

Klaus Meier, Evelin Wittich (Hrsg.)

# Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung

Beiträge und Diskussionen

Seminar des Gesprächskreises  
Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
am 17./18. Mai 2006

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 64

Rosa-Luxemburg-Stiftung

KLAUS MEIER, EVELIN WITTICH (HRSG.)

# **Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung**

Beiträge und Diskussionen

Seminar des Gesprächskreises Nachhaltigkeit  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17./18. Mai 2006

Karl Dietz Verlag Berlin

Wir danken den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars für die intensive Diskussion. Der Dank gilt weiterhin Elisabeth Endesfelder für die Erarbeitung der schriftlichen Textgrundlage sowie Dietmar Wittich für die redaktionelle Bearbeitung der Beiträge sowie der Diskussion. Bei der Zusammenfassung der verschiedenen Diskussionsblöcke durch Klaus Meier wurde weitestgehend am »O-Ton« festgehalten, um die Authentizität der lebendigen Diskussionsatmosphäre zu erhalten.

Eine Fortsetzung des theoretischen Diskurses im Gesprächskreis Nachhaltigkeit der RLS ist für den 20. und 21. September 2007 zum Thema »Nachhaltigkeit – Theorie und politische Praxis« geplant.

Rosa-Luxemburg-Stiftung., Reihe: Manuskripte, 64

ISBN 3-320-02107-8

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2007

Satz: Marion Schütrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

EVELIN WITTICH Zum Geleit	7
KLAUS MEIER Ein Vorschlag zur Diskussion theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung in der politischen Bildung	11
DIETER KLEIN Grundprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus und ihre Wirkungen auf die Umwelt	24
Diskussion zum Beitrag von Dieter. Klein	75
HUBERT LAITKO Theorie und Programm: zum Verhältnis von Deskriptivem und Präskriptivem (Normativem) im Nachhaltigkeitskonzept	87
Diskussion zum Beitrag von Hubert Laitko	147
KLAUS MEIER Ökonomie der Enteignung – eine Nachlese bei Rosa Luxemburg und aktuelle Ansätze einer integrativen Politik nachhaltiger Entwicklung	156
ULRICH SCHACHTSCHNEIDER Soziale Nachhaltigkeit in der modernen Gesellschaft?	169
ADELHEID BIESECKER, SABINE HOFMEISTER Der Beitrag der Kategorie (Re-) Produktion zur Nachhaltigkeitsdebatte	186
Diskussion zum Beitrag von Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister	205

JOACHIM SPANGENBERG	
Ausdifferenzierung des Nachhaltigkeitskonzepts. Von der Grenzziehung zum Komplexitätsmanagement	215
Diskussion zum Beitrag von Joachim Spangenberg	277
Abschlussdiskussion	282
Autorinnen und Autoren	287

## Zum Geleit

Die Literatur zu Themen, die Nachhaltigkeit zum Inhalt haben, ist nahezu unübersehbar geworden. Viele Publikationen eint ein komplexes Herangehen an nötige gesellschaftliche Veränderungen als Voraussetzung für ein Umsteuern zu tatsächlich nachhaltigen Entwicklungen. Dass es dabei um eine Gesamtbetrachtung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Prozessen geht, ist allgemein unbestritten. Zunehmend werden auch demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten und damit verbunden entsprechende institutionelle Veränderungen eingefordert. Die politischen Grundströmungen in Deutschland, hauptsächlich repräsentiert durch Parteien, haben entsprechend ihrem politischen Grundverständnis jeweils eigene Strategien zum Umgang mit dieser Thematik entwickelt, die mehr oder weniger durch theoretische Grundlagen untermauert sind. Die Mehrheit der politischen Linken hat die Tatsache, dass nachhaltige Entwicklung zur zentralen Herausforderung für die gesellschaftliche Entwicklung der Gegenwart und Zukunft geworden ist und untrennbar mit der sozialen Problematik verbunden ist, nicht ernsthaft und mit aller Konsequenz zur Kenntnis genommen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung möchte mit ihrer Arbeit die politische Bildung auf diesem Gebiet voranbringen und theoretische Diskurse stärken.

Der vorliegende Band ist Ergebnis eines theoretischen Seminars der Stiftung zu Grundlagen nachhaltiger Entwicklung und ist in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. *Erstens* benötigt die RLS für ihre Bildungsarbeit theoretische Grundlagen, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Eindruck vom gegenwärtigen Forschungsstand vermitteln und auf die gesellschaftliche Dimension der Probleme aufmerksam machen. Dafür ist eine interdisziplinäre Herangehensweise nötig und sehr produktiv – unter Einbeziehung naturwissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher, juristischer und ingenieurwissenschaftlicher Erkenntnisse. Eine solche Sicht eröffnet sich nur sehr begrenzt aus dem etablierten akademischen Bereich. Hubert Laitko charakterisierte die Funktion der RLS als Bildungseinrichtung, die gleichzeitig der Ort ist, an dem mit und für Linke theoretische Diskurse geführt werden können und in gewissem Sinne auch geforscht wird. Er riet, sich auf die berühmte Humboldtsche Universitätsidee zu besinnen, die bekanntlich die Einheit von Lehre und Forschung fordert. Denn diejenigen, die an politischer Bildung teilnehmen und in ihr agieren sind ja selbst Forschende. *Zweitens* geht es darum, die politischen Dimensionen zu diskutieren und dabei linke sozialistische Politik und Programmatik in den Mittelpunkt zu stellen. In immer größerem Maße ist es in der RLS gelungen, Politikerinnen und Politiker in die Debatten einzubeziehen. *Drittens* widerspiegelt der Band den gegenwärtigen Stand des Diskurses in der RLS und damit einen wichtigen Teil der linken Debatten zu dieser Thematik. Um genau das deutlich zu machen, werden zu den ge-

setzten Beiträgen auch die Diskussionen mit Fragen, Problemsichten und Anregungen für die weitere Arbeit dokumentiert. Dieser Manuskripte-Band und das Seminar, das er dokumentiert, ordnen sich ein in die gesamte Arbeit der Stiftung zum Thema Nachhaltigkeit.

Als die Rosa-Luxemburg-Stiftung<sup>1</sup>, gegründet 1990 als Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., ihre Tätigkeit begann, waren ökologische Themen mit starkem gesellschaftspolitischem Bezug deutlich mehr gefragt als heute. Das war unter anderem darauf zurückzuführen, dass auch umweltbewegte Gruppen aus der DDR an der Wende 1989 mit ihren Themen beteiligt waren. Themen, die in den letzten 10 Jahren der DDR in den Hintergrund gedrängt und deren Akteure beargwöhnt wurden. Die PDS sah sich in der Pflicht, diese Deformationen aufzuarbeiten und die diesbezüglichen Defizite in ihrer Politik allmählich zu beseitigen. Deshalb setzte sie sich verstärkt mit Themen auseinander, die Entwicklungen zu einer emanzipatorischen Gesellschaft als Gesamtheit von sozialen, ökologischen und ökonomischen Prozessen verstanden. Die in der DDR sozialisierte Linke erschloss sich damit ein wichtiges, neues Terrain der politischen Betätigung und suchte nach Möglichkeiten für Bildung, Kommunikation und Diskursen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde ein solcher Ort. Allerdings wurde nach wenigen Jahren deutlich, dass es schwer war und ist, die Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen ökologischen und sozialen Problemen im politischen Bewusstsein der Linken tatsächlich unumstößlich zu verankern. Das aber ist Ziel unserer politischen Bildungsarbeit seit Existenz der Stiftung.

Bis Mitte der 90er Jahre interessierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Themen, welche die globale Dimension ökologischer Probleme behandelten, sich mit der Bevölkerungsentwicklung in der so genannten 3. Welt beschäftigten oder die Vernachlässigung der Umweltproblematik in der DDR-Politik – z.B. bezogen auf die Energiegewinnung durch Braunkohle oder die Chemieindustrie – zum Gegenstand hatten. Intensiv diskutiert wurden das Verhältnis von Nachhaltigkeit, Wissenschaftsentwicklung und Innovationen in Verbindung mit philosophischen Problemen von Technikentwicklung und dem Bemühen um ein zeitgemäßes Fortschrittsverständnis. Es ist dringend nötig, diese Themen erneut aufzugreifen. Vielleicht könnte da Rosa Luxemburg auch einen Anstoß geben, die meinte, dass die Produktivkraftentwicklungen, insbesondere technologische Entwicklungen in einer Welt ohne kapitalistische Interessen Fortschritt auch als kulturellen Wert bedeuteten könnte. »Einstweilen sind die beiden Riesenunternehmungen (Kanalbau, Schleusen und Staudämme in Nordamerika, E.W.) Kinder ganz platter kommerzieller und kriegerischer Interessen, sie werden aber ihre Schöpferin – die kapita-

1 Der Verein Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung wurde 1990 mit der Absicht gegründet, eine PDS-nahe Einrichtung öffentlicher politischer Bildung zu entwickeln, die sich der linken sozialistischen Grundströmung verpflichtet fühlt. Bis 1999 erfolgte die Arbeit ehrenamtlich. Nach dem Einzug der PDS 1998 in den Bundestag mit Fraktionsstärke, wurden auch dieser Stiftung öffentliche Gelder aus dem Bundeshaushalt bewilligt. Gleichzeitig beschloss die Mitgliederversammlung, der Stiftung den Namen Rosa Luxemburg Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung zu geben.



listische Wirtschaft – überdauern. Sie zeigen auch wiederum, welche kolossalen Produktivkräfte im Schoße unserer Gesellschaft schlummern und welchen Aufschwung der Fortschritt und die Kultur nehmen werden, wenn sie einmal die Fesseln des kapitalistischen Interesses losgeworden sind.«<sup>2</sup>... »Auf die bürgerliche Welt können die großen Verkehrsmittel (z.B. Eisenbahnlinie, Kanäle usw. – E.W.), wie alles, was sie schafft, am Ende nur zerstörend wirken. Aber für den allgemeinen Kulturfortschritt sind sie von enorm bleibenden Wert.«<sup>3</sup>

Feministische Technikkritik und generell ein feministisches Verständnis von Nachhaltigkeit waren weitere Facetten im Themenspektrum, die für die gesamte Diskussion außerordentlich bereichernd wirkten. In der politischen Bildungsarbeit gerade zu ökologischen Themen gab es innovative methodische Ansätze wie die von Robert Jung entwickelte Zukunftswerkstatt, die in unserer Arbeit auf große Zustimmung bis hin zur Begeisterung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern trafen. Ossip K. Flechtheim, der eines der Gründungsmitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung war, diskutierte im Rahmen dieser Zukunftswerkstätten seine Szenarien für mögliche gesellschaftliche Entwicklungen<sup>4</sup>.

Ende der 90er Jahre bis ca. 2002 standen im Mittelpunkt unserer Arbeit zum Themenfeld Nachhaltigkeit theoretische Probleme einer zukunftsfähigen Entwicklung aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Perspektive, die zunehmend auch im Zusammenhang mit den dazu erforderlichen gesellschaftlichen Institutionen diskutiert wurden. Höhepunkt dieser Schwerpunktsetzung war die internationale Konferenz »Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert« im Jahr 2002, auf der das Profil der Rosa-Luxemburg-Stiftung deutlich herausgearbeitet wurde. Die dort geführte Kontroverse, ob soziale Gerechtigkeit substanzieller Bestandteil von Nachhaltigkeit sei, bestärkte uns im Ergebnis der Diskussion darin.

Der nächste Schritt der inhaltlichen Entwicklung in unserer Arbeit, die sich auch als politiknahe politische Bildungsarbeit versteht, war die stärkere Verbindung unserer grundsätzlichen Auffassung von Nachhaltigkeit mit entsprechenden politisch-praktischen Entwicklungen. Das heißt, wir haben nach Möglichkeiten gesucht, die de facto so etwas wie Einstiegsprojekte in eine zukunftsfähige Entwicklung sind und die mit unserem Selbstverständnis übereinstimmen. Unter dem Motto Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung beschäftigten wir uns mit der Umwandlung der ehemaligen Braunkohleregion in der Lausitz zu einer Region für regenerative Energien, für damit verbundene Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten aber auch der landschaftlichen Umgestaltung im Sinne einer lebenswerten Umwelt. Klinische Forschung in Berlin Buch, die auf eine wechselhafte Historie verweisen kann, wird von den regionalen kommunalpolitischen Akteuren insbesondere der Linkspartei.PDS in Richtung eines nachhaltigen regionalen Wissen-

2 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Bd. 1/1, Dietz Verlag 1990, S. 283.

3 Rosa Luxemburg, ebenda S. 287 f.

4 Vgl. Ossip.K.Flechtheim: Ist die Zukunft noch zu retten?, Wilhelm Heyne Verlag GmbH. & Co. KG, München Heyne Sachbuch Nr.19/82.

schafts-, Gesundheits-, Freizeit und Bildungsstandortes entwickelt, um die schwierige soziale Situation im Osten Deutschlands in dieser Region etwas verträglicher zu gestalten. Um es vorwegzunehmen: Mit diesen Einstiegsprojekten können nur kleine Schritte getan werden hin zu einer sozialen, ökologischen und ökonomisch sinnvoll funktionierenden Gesellschaft. Es können Erfahrungen gesammelt werden, die in der politischen Bildungsarbeit öffentlich zur Diskussion gestellt werden um Menschen zu ermutigen, sich in diese Entwicklungen einzumischen, nach neuen Lösungen zu suchen und gesellschaftliche Hemmnisse auf diesem Weg auszuräumen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Kommunikation zwischen Naturwissenschaftlern, Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen, Politikerinnen und Politikern und politisch interessierten Menschen nicht ohne Komplikationen verläuft, dass sie aber unverzichtbar ist, um zu tragfähigen Lösungsansätzen zu kommen. Die intensivste Arbeit bezogen auf Einstiegsprojekte für eine nachhaltige regionale Entwicklung gab es mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern, in dem acht Jahre ein Umweltminister der PDS, Wolfgang Methling, engagiert arbeitete. Ein Bundesland mit einer beeindruckenden Natur, mit guten Voraussetzungen für Erholung und Rehabilitation sowie für Forschung, insbesondere medizinische und medizintechnische Forschung aber auch mit hoher Arbeitslosigkeit. Methling war bemüht, seine Umweltpolitik mit den anderen Ministerien in Einklang zu bringen, was außerordentlich schwierig, aber unerlässlich ist. Bemerkenswert ist sein kooperativer Politikstil mit dem er versuchte, die oft verschiedenen Interessen von Umweltorganisationen, Bauern, Unternehmern und Bürgern ernst zu nehmen, dann Prioritäten für Lösungen zu setzen und diese transparent zu vermitteln.<sup>5</sup> Dieser Politikstil ist übrigens selbst Bestandteil von Nachhaltigkeit. Die Lage Mecklenburg-Vorpommerns an der Grenze zu Polen und als Ostseeanrainer bietet gute Möglichkeiten zu länderübergreifender regionaler Zusammenarbeit, wofür erste Beispiele geschaffen werden.

Hier wird ein weiteres künftiges Aufgabenfeld für die Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung liegen: europäische Projekte für nachhaltige Entwicklung zu befördern. Seit rund sechs Jahren ist die Stiftung im Ausland tätig und zunehmend werden Projekte nachgefragt, entwickelt und durchgeführt, die Grundprobleme nachhaltiger Entwicklungen zum Gegenstand haben. Besonders relevant ist gegenwärtig die Problematik öffentlicher Güter, vor allem die Wasserproblematik mit ihren verschiedenen Facetten wie Verfügbarkeit und Sauberkeit, Wasser als Energiequelle u.v.a.

Theoretische Probleme nachhaltiger gesellschaftlicher Entwicklung werden sich immer wieder neu oder in veränderter Gestalt stellen. Für die bevorstehenden Debatten werden die in diesem Band festgehaltenen Erkenntnissen und Diskussionen eine Grundlage sein.

*Evelin Wittich*

5 Vgl. Wolfgang Methling: Umweltpolitik – Impulse für technologische Innovation und Regionalentwicklung, in: UTOPIE kreativ, H. 162 (April 2004), S. 364-371.

## **Ein Vorschlag zur Diskussion theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung in der politischen Bildung**

Ich schlage Ihnen für den Einsteig zu unserem Seminar folgende zwei Schritte vor: *Erstens*: Als einer der Initiatoren dieses zweitägigen Seminars zu theoretischen Fragen nachhaltiger Entwicklung gestatten Sie mir einige Überlegungen zur Frage, was kann eine Theorie-Diskussion im Rahmen eines interdisziplinären Gesprächskreises leisten und welche Eingangsfragen könnte man aufwerfen.

*Zweitens*: In einem zweiten Schritt – getreu den methodischen ABC des politischen Bildners – würde ich Sie darum bitten, in einer Vorstellungsrunde etwas zu Ihrer Person, Profession bzw. zu Ihren Interessenlagen und Erwartungen an das Seminar zu sagen. Noch eine letzte Vorbemerkung: Wir beabsichtigen eine Publikation der Beiträge und der Diskussion vor allem mit Blick auf die Profilierung des Themenfeldes an der RLS bis 2009/10 und die anstehende programmatische Diskussion innerhalb der sich jetzt neu formierenden Linken. Deshalb wird die Diskussion aufgezeichnet.

### **1. Zur Theorie-Diskussion im Gesprächskreis Nachhaltigkeit**

Wir schreiben das zweite Jahr innerhalb der UN-Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« 2005 - 2014. Welche Rolle kommt dabei der theoretischen Diskussion zu?

Die Vorstellung und Diskussion theoretischer Fragen nachhaltiger Entwicklung war und ist in bestimmter Regelmäßigkeit immer wieder Gegenstand der Tagungen des Gesprächskreises Nachhaltigkeit aber auch der von der RLS organisierten Seminare und Konferenzen zum Themenfeld. Dabei war das Auditorium stets ein interdisziplinär zusammengesetztes, beteiligten sich neben Wissenschaftler ebenso Politiker, Nachhaltigkeitsakteure und an eine nachhaltige Zukunft Interessierte sowie politische Bildner an den zumeist sehr anspruchsvollen und inspirierenden Diskussionen.

Einiges davon ist in Publikationen der RLS, insbesondere in die Zeitschrift Utopie kreativ eingegangen. Insofern stehen wir nicht bei Null – ist eine Menge interessantes theoretisches Nachdenken über Fragen nachhaltiger Entwicklung nachlesbar.

Und doch – so zumindest meine Einschätzung – stehen wir als Gesprächskreis Nachhaltigkeit, als ein auf dieses Thema ausgerichtetes interdisziplinäres Netzwerk, am Anfang.

Die bislang vorgestellten Bausteine und Sichtweisen theoretischen Nachdenkens sind eben nicht oder kaum Gegenstand eines gemeinsamen Verständigungs-

prozesses geworden. Lassen sie mich mein gegenwärtiges Unbehagen über den Stand der theoretischen Diskussion und seine Folgenhaftigkeit für die politische Bildung zur Nachhaltigkeit etwas ausführen. Denn dahinter steht sowohl eine inhaltliche wie auch methodische Problematik.

Es gibt im Rahmen der politischen Bildung eine bis in die 60er und 70er Jahre zurück reichende Verständigung, wonach politische Bildung einen Anspruch vertritt, der über Wissensvermittlung hinausgeht. Das Credo politischer Bildung ist als normative Forderung bzw. Verpflichtung im sogenannten Beutelsbacher Konsens von 1976 formuliert. Was immer man dazu aus heutiger Sicht an Weiterungen, Präzisierungen etc. anbringen könnte, die drei dort formulierten Grundprinzipien haben – so denke ich – auch für die Kultur der politischen Bildung heute und besonders im linken Spektrum elementare Bedeutung: Es handelt sich um folgende drei Prinzipien:

- Erstens das Indoktrinations-, d.h. das Überwältigungsverbot im Verhältnis Lehrenden-Lernenden, d.h. Lehrende dürfen Schülerinnen nicht ihre Meinung aufzwingen. Schülerinnen sollen sich eine eigene Meinung mit der Hilfe des Unterrichtes selber bilden können. Analoges gilt für Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung.
- Zweitens das Prinzip der Ausgewogenheit bzw. Kontroversität, d.h. der Lehrende muss ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren, wenn es in der Öffentlichkeit – also in unserem Falle in der Theorie wie im politischen Diskurs - kontrovers erscheint.
- Und schließlich drittens die Schülerorientierung, für die Erwachsenenbildung besser die Akteursorientierung d.h. Politische Bildung muss die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position selbst aktiv zu analysieren und daraus für sich und sein Denken und Handeln Konsequenzen zu ziehen.

Wir sollten uns deshalb zunächst über eine entsprechende Zielrichtung der Diskussion verständigen. Ziel des Seminars sollte es mithin weniger sein, sich auf einen theoretischen Ansatz zu einigen, als vielmehr sich über Fragen zu verständigen, die an theoretische Zugänge zum Problem nachhaltiger Entwicklung zu stellen wären. Insofern wäre es gut, wenn die anschließende Vorstellungsrunde genutzt wird, aus Ihrer Sicht solche Fragen zu formulieren.

Ich habe mir zum Einstieg in die Diskussion dazu sieben Fragen aufgeschrieben:

*Erstens:* »Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?« So der Titel von Friedrich Schillers Akademischer Antrittsrede 1789 an der Universität Jena. So überschrieb mein Kollege, der Wissenschaftssoziologe Hans-Günter Meyer seinen Diskussionsbeitrag zum letzten Leibniz-Tag 2005, dem ich diese Anregung verdanke. Schillers Frage war, was verbindet den Menschen heute mit jenem früherer Epochen, lässt sich der Weg des Menschen als »Fortschrittsgeschichte« begreifen. Und mit Schillers Worten:

»Welche Zustände durchwanderte der Mensch, bis er ... vom ungeselligen Höhlenbewohner zum geistreichen Denker, zum gebildeten Weltmann hinaufstieg.« Auf unser Thema übersetzt hieße dies in Schillers Sinne:

*Welche Zustände hat der Mensch durchwandert und vor allem muss er noch durchwandern, um vom – vielfach wieder besseren Wissens – die Natur unwiederbringlich verzehrenden, ökonomisch gesteuerten Zombie, zu einem zukunfts-fähigen, natur- und sozialverträglichen, sich selbst verwirklichenden solidarischen Wesen aufzusteigen? Und kann ihn dabei theoretischen Wissens helfen und Orientierung geben?*

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Zitat von Joachim Spangenberg in der Programmankündigung zum Seminar:

»Nachhaltigkeit ist das wahrscheinlich anspruchsvollste Politik-Konzept, das je entwickelt wurde. Der Begriff beschreibt die Zielsetzung, die Existenzfähigkeit und Vitalität eines Systems dauerhaft zu sichern. Politisch zielt er auf den langfristigen Erhalt der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, auf das Wohlbefinden der Menschen und den Erhalt einer gesunden Umwelt, und das weltweit.«

Wenn es Sinn machen soll, über eine Theorie nachhaltiger Entwicklung nachzudenken, kann es aus meiner Sicht um nicht mehr und nicht weniger gehen als um eine im Schillerschen Sinne Universalgeschichte – also um die Suche nach Ansätzen zu einer Entwicklungsgeschichte von Natur und menschlicher Gesellschaft? Meine erste Frage wäre deshalb, teilen Sie diese Auffassung oder ist ein solcher Anspruch zu weit gegriffen?

*Zweitens:* Kommen wir zu einer solchen Theorie durch die Öffnung disziplinärer Zugänge so insbesondere der Politische Ökonomie, der Soziologie, der Philosophie etwa auf dem Wege der Integration, Implementierung ökologischer, sozialer, politischer, normativer Fragestellungen und Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung? Hier bin ich sehr gespannt, wie sich die Hauptvortragenden an den zwei Tagen selbst verorten werden. Inwieweit vertreten sie einen primär disziplinären, sich ökologischer Erfordernisse öffnenden oder eher einen inter- oder transdisziplinären Ansatz? Oder muss man die Frage meta- oder wissenschaftstheoretisch ganz anders stellen?

*Drittens:* Als politischer Bildner innerhalb der linken politischen Grundströmung haben wir es in zweifacher Hinsicht mit einem nicht einfachen Erbe zu tun. So hat die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruch des Staatssozialismus immer auch eine programmatische und theoretische Dimension – nämlich, inwieweit die untergegangenen realsozialistischen Systeme letztlich keine zukunfts-fähigen Antworten zur Entwicklung von sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Selbstverwirklichung ebenso wie etwa auf die Entwicklung der Produktivkräfte im Kontext der ökologischen Herausforderungen gefunden haben? An Dieter Klein – als

einem der Vordenker in Sachen Programmatik der Linkspartei.PDS und führenden Kopf der Zukunftskommission der RLS – würde die Frage zu stellen sein, wie sozialistische Programmatik diese entscheidenden Defizite zu überwinden sucht und auf welche theoretische Grundlagen sie sich dabei stützt?

Dies muss ebenso vor dem Hintergrund des theoretischen Erbes der Linken gesehen werden – und da sicher mit an exponierter Stelle mit Bezug auf die Arbeiten von Karl Marx zur Politischen Ökonomie.

Wie steht es also um die theoretischen Konsequenzen des bekannten Zitates von Marx aus dem ersten Band des Kapitals, wo es heißt:

»Die Arbeit ist zunächst ein Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber.«<sup>1</sup>

In einem Buchprojekt über Umweltpolitik in der DDR, das morgen im Rahmen des Gesprächskreis Nachhaltigkeit von Prof. Behrens vorgestellt wird, spielt in drei Beiträgen das theoretische Erbe von Marx in Hinblick auf die Entwicklung einer »sozialistischen Reproduktionstheorie« eine zentrale Rolle (das sind Beiträge von Herbert Hörz, Rolf Löther und Karl Hermann Tjaden). Ich darf kurz aus dem Beitrag von Karl Herrmann Tjaden zitieren:

»Die Rede ist also von einer ökonomischen Theorie gesellschaftlicher Reproduktion. Eine solche Theorie befasst sich vor allem mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einer Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Erneuerung dessen, was bei der Erzeugung von Gütern und Leistungen verbraucht wurde. Marxisten denken dabei nicht nur an die Werte, sondern auch an die sog. Gebrauchswerte.«<sup>2</sup> Und weiter: »Die eigentlichen Naturbedingungen aber erscheinen im Wesentlichen, wie das menschliche Arbeitsvermögen, eben als bloße Bedingungen gesellschaftlicher Arbeit.

Marxens »Kapital« ist keine Theorie der ökonomisch geprägten Mensch-Natur-Beziehungen, sie wollte das auch gar nicht sein. Das Problem der Erhaltung bzw. angemessenen Erneuerung der menschlich-natürlichen Grundlagen des Wirtschaftens stand, obwohl es immer wieder erwähnt wurde, daher auch alles andere als im Zentrum der Theorien von Marx und Engels – vermutlich waren sie der Meinung, diese würden sich im Sozialismus mehr oder minder selbstverständlich ergeben, wenn mit einer »neuen Produktionsweise« eine »freie« ungehemmte progressive, und universelle Entwicklung der Produktivkräfte selbst die Voraussetzung der Gesellschaft und daher ihrer Reproduktion bildet<sup>3</sup> (so zitiert aus den Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie)«<sup>4</sup>

1 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, Berlin 1972, S. 192.

2 Karl Hermann Tjaden: Natur, Mensch und Gesellschaft – Zur »sozialistischen Reproduktionstheorie«, in: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. (Hrsg.): Umweltschutz in der DDR, Band 1, München 2007, S. 129 f.

3 Ebenda, S. 132.

4 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 438.

Wie also sieht heute linke Programmatik – gerade mit Bezug auf die Defizite und Begrenzungen des praktischen und theoretischen Erbes aus und welche konstitutive Rolle spielt dabei die Nachhaltigkeit?

*Viertens:* Die Auseinandersetzung mit dem theoretischen und politischen Erbe des Realsozialismus wie der Linken insgesamt ist kein Selbstzweck. Sondern sie ist Voraussetzung und Ausgangspunkt, sich von den theoretischen Grundlagen her mit der neoliberalen Weitsicht und ihrer programmatisch verbreiteten Alternativlosigkeit – der sogenannten TINA-Logik,<sup>5</sup> dem Diktat eines solchermaßen wirtschaftlichen Handelns auseinanderzusetzen. Mir ist an dieser Stelle wichtig, dass wir in der Auseinandersetzung mit neoliberalen Denken, mit dem neoliberalen Menschenbild<sup>6</sup> nicht nur von der politischen, der normativen Seite her argumentieren, sondern auch theoretisch zu begründen suchen, inwiefern solche Politikansätze hinsichtlich einer nachhaltigen Zukunft nicht nur zu kurz greifen, sondern in die falsche Richtung gehen. Ich darf hierzu einen markanten Satz von Joachim Spangenberg zitieren: »Es kann nicht darum gehen, Falsches besser (und damit alles falscher) zu machen, sondern vieles anders und richtiger.«

Gefragt ist also nach einer Kapitalismuskritik, die zu alternativen Entwicklungspfaden führt.

*Fünftens:* Vieles spricht dafür, dass theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung in einer Reproduktionstheorie der Koevolution von Natur und menschlicher Gesellschaft – eines nachhaltigen Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur zu begründen sind. Wir können sehr gespannt darauf sein, wie dies Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister tun werden – um mit ihren Worten zu sprechen in der »Neuerfindung des Ökonomischen«:

Es »geht um ›das Ganze‹, um die Zusammenführung aller produktiven Prozesse der Gesellschaft in einer Kategorie der (Re)Produktivität Das Neue besteht im Zusammendenken all jener Prozesse in der Gesellschaft, die für die Gestaltung gesellschaftlicher Produktion notwendig sind. Das Neue besteht in neuen Prinzipien dieser Gestaltung – Prinzipien, die auf das Erhalten der produktiven Grundlagen ausgerichtet sind«<sup>6</sup>.

Ganz offensichtlich findet die »Neuerfindung des Ökonomischen« eben gerade nicht im Rahmen der Politischen Ökonomie, sondern in einem übergreifendem theoretischen Kontext statt – es geht, wie dem Abstract zu ihrem Buch zu entnehmen ist – um ein Konzept »Gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in dem die Kategorie der (Re)Produktivität eine zentrale Rolle spielt. »Diese Forschungsrich-

5 TINA –»There is no alternative«.

6 Sabine Hofmeister, Adelheid Biesecker: Die Neuerfindung des Ökonomischen. Der Beitrag des (Re)Produktiven zur theoretischen Fundierung Sozialer Ökologie, Abstract, S. 1.

tung beansprucht – so die Autorinnen – bisher Getrenntes zusammen zu denken: z.B. Natur und Kultur, männlich und weiblich, Produktion und Reproduktion.«

*Sechstens:* Bevor wir uns dazu ausführlicher verständigen werden, haben wir uns grundsätzlich der Frage zu stellen, wie es um das Verhältnis von Deskriptivem und Normativen im theoretischen Nachhaltigkeitsdiskurs bestellt ist und wie dieses Verhältnis theoretisch und programmatisch produktiv zu machen ist. Dies wird Gegenstand des Beitrages von Hubert Laitko, Wissenschaftshistoriker und Wissenschaftsphilosoph, sein.

Neben der analytischen, der beschreibenden und verdichtenden Seite hat theoretisches Denken immer auch eine modellierende, eine konstruktive und gesellschaftliche Theorien mithin auch eine normative Dimension, insofern Werte und Leitbilder ins Spiel kommen: Das macht die Faszination und Stärke sozialer Utopien aus – ist aber ebenso ihre Achillesverse, wenn das Normative nicht hinreichend durch deskriptive und induktive Fundamente untersetzt und begründet wird. Ich will dies an der allseits bekannten Definition von Nachhaltigkeit im Bericht der Brundtland-Kommission festmachen:

»Dauerhafte (nachhaltige) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.«<sup>7</sup>

Es ist ohne Zweifel ein großer politischer Erfolg, ein zivilisatorischer Durchbruch, dass sich die Weltgemeinschaft auf der UN-Konferenz »Umwelt und Entwicklung« in Rio de Janeiro 1992 auf dieses neue, gemeinsame Entwicklungsleitbild von *sustainable development* verständigt hat. Diese Formel verbindet auf geradezu geniale Weise die ökologische Zukunftsfrage mit dem Solidaritätsprinzip gleicher Entwicklungschancen für die heute Lebenden und nachfolgenden Generationen. Der normative Schlüssel dazu – eine Theorie der Generationengerechtigkeit.<sup>8</sup> So stark dieser normative Ansatz ist, lässt er aber offen, wie der Weg in eine solche nachhaltige Entwicklung auszusehen hat. Insofern bleibt er beliebig, und offen für Missbrauch und neoliberale Vereinnahmung.

*Siebtens:* Theoretische Grundlagen haben sich schließlich und endlich mit der Frage zu beschäftigen, wie das Projekt des ökologischen und sozialen Umbaus der gesamten Gesellschaft denn nun auszusehen hat.

Elmar Altvater spricht vom Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen; seine Antwort heißt solidarische Ökonomie und solare Gesellschaft. Sind dies die zentralen Angriffspunkte – oder wie es bei Dieter Klein heißt – Einstiegsprojekte in einer nachhaltigen Zukunft? Wie kann schrittweise ein dauerhaft tragfähiger Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur begründet werden. Welche Reproduktionsprozesse zwischen Mensch und Natur auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen

7 Volker Hauff, 1987, S. 46.

8 Vgl. dazu auch John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1979.



higen Koevolution müssen wir aus theoretischer Sicht im Blick haben? Dabei ist zweifellos die stete Erhöhung der Ökoeffizienz von Produktion und Konsumtion, die ökologische Modernisierung der Gesellschaft ein ganz zentrales Thema. Indes greift es aus theoretischer Sicht zu kurz. Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung hätten zu zeigen, wo die systembedingten Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft liegen und in welche Richtung ein grundlegender ökologischer und sozialer Umbau bzw. Transformationsprozess der Gesellschaft gehen müsste.

Als Träger politischer Bildung müssen wir uns in der Orientierung auf gesellschaftliche Akteure schließlich immer der Frage stellen, die 1986 bereits Niklas Luhmann auf einen einfachen Nenner gebracht hat: »Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?«<sup>9</sup> Und was bedeutet das für eine linke Politik für eine sozial und ökologische nachhaltige Entwicklung, was bedeutet dies für Verhaltens- und Handlungsoptionen des Einzelnen und sozialer Gruppen und Bewegungen?

## **2. Vorstellungsrunde<sup>10</sup>**

Frank Adler:

Was mich am Thema der theoretischen Grundlagen von Nachhaltigkeit reizt, ist der Anspruch, Dinge zusammen zu denken, die zusammen gehören: die soziale, die ökonomische und die ökologische Dimension. Da spielt auch die Erfahrung des Realsozialismus eine Rolle, wo der weit verbreitete Standpunkt herrschte, erst müssen wir Wachstum in der Ökonomie sichern und dann können wir uns um die Umweltprobleme kümmern. Dieses zeitliche Nacheinander was eines der Sargnägel des Sozialismus. Es ist wichtig, sich dieser Komplexität zu nähern, denn mit einem solchen Konzept von Nachhaltigkeit sind unterschiedliche Akteure in der Wissenschaft aber auch in der Politik ansprechbar, insbesondere auch Naturwissenschaftler, die man mit einer abstrakten Kapitalismuskritik nicht erreicht.

Rudi Höntzsch:

Ich bin seit langem in der lokalen Agenda Pankow tätig, leite dort einen Arbeitskreis. Für mich ist von Interesse, wie wir als Linke das Konzept zur Nachhaltigkeit durchsetzen können, aber auch auf welche Grenzen wir dabei stoßen. Ein großes Problem sehe in der Motivation der Akteure für die Nachhaltigkeit. Es gibt z.B. ein Förderprogramm vom Nachhaltigkeitsrat: »Bürger initiieren Nachhaltigkeit«, wo es darum geht, Akteure an der Basis für Nachhaltigkeitsprozesse zu mobilisieren. Und trotz der Tatsache, dass wir in Pankow eine ziemlich starke Mann-

9 Niklas Luhmann: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1986.

10 Moderiert und zusammengefasst von Klaus Meier.

schaft sind, vollzieht sich der Prozess sehr mühsam, sind verschiedentlich sogar Rückschritte zu verzeichnen, so ist die ehrenamtliche Tätigkeit deutlich zurückgegangen. Der vorige Bundeskanzler Schröder hat einmal auf einer Nachhaltigkeitskonferenz gesagt, »Nachhaltigkeit ist für mich Chefsache«. Aber wo ist denn tatsächlich Nachhaltigkeit zur Chefsache der Politik geworden? Und welche Möglichkeiten haben wir auf lokaler Ebene? Insofern erwarte ich mir von diesem Seminar vor allem schlagkräftige Argumente aus der theoretischen Diskussion.

Frank Rosner:

Ich habe eine naturwissenschaftlich-technische und ökonomische Ausbildung und mich in meinen letzten Berufsjahren vor allem mit Abfall- und Energiepolitik in der praktischen Umsetzung befasst. Dabei bewegt mich vor allem der Zusammenhang von Ökonomie und einer zukunftsfähigen Energiestrategie in einer hinreichend komplexen Sicht auf die Gesellschaft, von ihrer materiell-technischen Basis bis hin zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Demokratieentwicklung.

Meinhard Tietz:

Mir geht es vor allem um Anregungen für die Diskussionen im Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aber auch für die AG Agrarpolitik und Ländlicher Raum beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS.

Wolfgang Bey:

Als Mitarbeiter der RLS im Büro der Geschäftsführung und Mitglied des Gesprächskreises Nachhaltigkeit erhoffe ich mir Impulse aus der theoretischen Diskussion für Projekte und Veranstaltungen der politischen Bildung.

Maria Isabella Kossina (ehemalige Stipendiatin der RLS, arbeitet als freie Künstlerin):

Der sinnliche, der emotionale Zugang zur Frage des Überlebens der menschlichen Zivilisation und welche Wirkung dabei künstlerische Mittel haben können und müssen, ich denke, dazu muss man sich theoretisch erst »fit« machen.

Joachim Spangenberg:

Ich bin Volkswirt und von meiner ersten Ausbildung her Biologe und Ökologe und beschäftige mich jetzt seit über 20 Jahren mit der Nachhaltigkeitsforschung. In dieser Zeit hat sich eine immer komplexer werdende Perspektive entwickelt, die häufig von praktischen Problemen initiiert war. Die theoretisch konzeptionelle Arbeit hat sich erst in den letzten Jahren in den Vordergrund geschoben, die gab es vorher so nicht. Ich finde es spannend zu sehen, wie in einem systematischen Gesprächskreis der RLS sich unterschiedlichste Akteure zur Nachhaltigkeitstheorie austauschen und ein positives Feedback bekommen. Dabei ist es ausgesprochen herausfordernd, dass wir hier alle unterschiedliche sowohl biographische wie wis-

senschaftliche Hintergründe haben. Wenn es also der Anspruch von Nachhaltigkeit ist, wirklich über Disziplingrenzen hinwegzugehen, dann müsste hier eigentlich was Spannendes herauskommen.

Adelheid Biesecker:

Bis zu meiner Pensionierung von anderthalb Jahren, habe ich mich über 30 Jahre mit Fragen der ökonomischen Theorie beschäftigt und tue es heute noch, denn es gibt tatsächlich nichts praktischeres als eine gute Theorie...

Seit Anfang der 90er Jahre gehöre ich einem im wesentlichen von Frauen getragenen Netzwerk an, wo sich für mich neben der Mitwirkung an konkreten Projekten vor allem eine Verbindung der feministischen Kritik und des Nachhaltigkeitsdiskurses an den herrschenden ökonomischen Verhältnissen eröffnet, wie ich ihn gemeinsam mit Sabine Hofmeister in dem dankenswerter Weise mit einem Zuschuss der RLS geförderten Buchveröffentlichung dargestellt habe und wie wir ihn morgen in der Diskussion vorstellen dürfen.

Ulrich Schachtschneider:

Wie andere hier auch habe ich verschiedene disziplinäre Zugänge zum Thema Nachhaltigkeit: Ich bin Energietechnik-Ingenieur mit Berufspraxis als Energieberater und habe schon von daher einen Zugang zum Thema. Auf der anderen Seite bin ich Soziologe und Sozialwissenschaftler und beschäftige mich in diesem Kontext mit Nachhaltigkeitstheorien. Das liegt es nahe, dass man in der Diskussion ausloten möchte, was diese Zugänge für den Nachhaltigkeitsdiskurs zu leisten vermögen. Darüber hinaus erwarte ich aber auch – das sage ich als Linker – dass die Theoriediskussion so etwas wie Bausteine für eine linke Hegemonie auf dem Feld der Nachhaltigkeitsdiskussion zu begründen vermag, um aus der neoliberalen Dominanz herauszubekommen. Insofern werde ich mich in meinem Beitrag auf dem Seminar mehr mit den sozialen Nachhaltigkeitsansätzen auseinandersetzen und einen Bogen schlagen zu Theorien der Entwicklung moderner Gesellschaften. Ziel ist es, daraus Erkenntnisse zu gewinnen, welche linken Transformationsprojekte nachhaltiger Entwicklung eigentlich diesen Anspruch verdienen und Aussicht auf Erfolg haben.

Reinart Bellmann:

Ich bin aus Dresden und habe mich früher beruflich intensiv mit philosophischen Fragen der Physik, der Technik und der Technikfolgenabschätzung befasst. Von daher bin ich relativ früh auch auf das Thema Nachhaltigkeit gestoßen. Als Mitglied des Gesprächskreises Nachhaltigkeit und bis zum vorigen Jahr auch der Zukunftskommission der RLS interessiert mich insbesondere der Fortgang der theoretischen Diskussion zum Thema, die in den letzten Jahren eher in disziplinäre Verästelungen auseinandergedriftet ist. Ich bin der Überzeugung, dass wenn es um Transformationsüberlegungen in linken Politikkonzepten geht, Nachhaltigkeit

wieder einen zentralen Stellenwert bekommen muss. Das kann nicht ohne theoretische Grundlagen und einem konstruktivem Umgang mit dem Problem von Disziplinarität und Interdisziplinarität geschehen, daran möchte ich mich gern beteiligen.

Peter Ligner:

Als ehemaliger Westberliner bin ich seit einiger Zeit Brandenburger, also ein Ossi. Wessis waren für uns damalige Westberliner die Westdeutschen. Insofern kann ich mich, seit Anfang der 90er Jahre im Osten politisch tätig, zu recht als Ossi bezeichnen. Ich war seinerzeit in der Westberliner SED organisiert und kann mich erinnern, dass wir relativ frühzeitig Anfang der 80er Jahre das Verhältnis Technologie-, Wissenschafts- und Umweltpolitik recht erfolgreich thematisiert haben. In meinem ersten wissenschaftlichen Leben war ich Diplom-Wirtschaftsingenieur habe das Themenfeld Arbeit und Gesundheit im Industrieunternehmen behandelt. In den 90er Jahren rückten dann die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Arbeit, Umwelt und Gesundheit in den Mittelpunkt. Gegenwärtig arbeite ich freiberuflich auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit in diversen Projekten, einige im Rahmen der RLS, andere im Bereich der Lokalen Agenda. Darüber hinaus bin ich auch ehrenamtlich in lokalen Agenda-Initiativen aktiv, so auch in einer Gruppe der Brandenburger Agenda-Werkstatt.

Was interessiert mich an unserem theoretischen Seminar? Ich will zwei Fragen stellen, die mir wichtig sind. Ich spitze ein wenig zu, um es zu verdeutlichen. Ein Großteil der Motivation der Rio-Konferenz, insbesondere, wenn man den Kommunalteil ansieht, also den Agenda-Prozess auf lokaler Ebene, war für meine Begriffe auch Ausdruck von Hilflosigkeit und irgendwie eher eine technokratische Antwort auf eine gesellschaftliche Herausforderung. Lokale Agenda als technokratisches Instrument zu nutzen, die Themen Ökologie, Soziales und Ökonomie zusammen zu bringen. Also auf diesem Weg Prozesse zu optimieren, die nicht mehr so richtig beherrschbar waren. Mich interessiert – und das kann ich auch praktisch begründen – inwieweit diese drei Dimension von Nachhaltigkeit, ich füge immer noch eine vierte hinzu, nämlich die Demokratieentwicklung, inwieweit diese Dimension tatsächlich ein hilfreiches Modell sein können, die Widersprüchlichkeit analytisch zu betrachten und daraus programmatisch etwas zu entwickeln. In der praktischen Arbeit reden wir alle in den Leitbildern und in der Programmatik von Nachhaltigkeit. Dass hier Rhetorik und Praxis oftmals weit auseinanderklaffen, merken meistens die Bürger eher als die Nachhaltigkeitsakteure, weil sie nämlich mit den lokalen Agenda-Prozessen schnell an Grenzen stoßen. Die Frage also an die Theorie gerichtet: Inwiefern kann die Widersprüchlichkeit dieses Modells erstens ein Erkenntnis leitendes Moment sein, und zweitens ein programmatisches Moment entwickeln, um vor allem die gesellschaftskritische Debatte über Nachhaltigkeit anzustoßen? Die lokalen Agenda-Prozesse, die bundesweit stagnieren, könnte man so wieder stärker aus ihrer Nische oder »Spielwiese« holen und sie auch stärker mit den klassischen Instru-

menten der Kommunalpolitik verbinden. Dann stellt sich mir eine weitere Frage, nachhaltige Entwicklung ist nicht nur als programmatisches Modell zu verstehen sondern wir müssen es als interdisziplinäres Mehrebenen-Modell operationalisieren. Eine zentrale Erfahrung aus meiner Agenda-Tätigkeit ist, dass Nachhaltigkeit auf diversen Zuständigkeitsebenen weitgehend folgenlos verteilt wird. Es fehlt eine koordinierte Mehrebenenpolitik. Und ich glaube, dass auch in der Linkspartei.PDS im Sinne einer Mehrebenen querschnittsorientierten interdisziplinären Politik noch einiges zu tun bleibt.

Hubert Laitko:

Ich verstehe, dass Projekte und Diskussionen im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor allem mit dem Blick auf politische Bildung stattfinden. Auf der anderen Seite ist die Stiftung der einzige Ort, an dem mit und für die Linke theoretische Diskurse geführt werden können und man sich theoretisch austauschen und in gewissem Maße auch forschen kann. Vielleicht sollte man sich dabei besinnen auf die berühmte Humboldtsche Universitätsidee, die bekanntlich die Einheit von Lehre und Forschung gefordert. Insofern wird moderne Lehre wie auch politische Bildung damals wie heute dadurch bestimmt, dass diejenigen, die an ihr teilnehmen und in ihr agieren, selbst Forschende sind. Insofern ist der Blick auf beide Seiten zu richten und wir können deshalb dankbar sein, dass wir mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung als ein solches Forum des Austausches von Forschung und Bildung haben.

Als Wissenschaftshistoriker interessiert mich verständlicherweise nicht vordergründig, was gerade aktuell Mode ist. Mein Interesse gilt mehr der Frage, ob das Nachhaltigkeitskonzept wirklich eine der großen Ideen in der Menschheitsgeschichte darstellt, ob es eine konsistente Idee für die Zukunft der Menschheit ist und wie dieses Konzept in der Geschichte des menschlichen Denkens, der menschlichen Erkenntnis überhaupt wurzelt. Denn jede wirklich große Idee hat eine Historie, deren Wurzeln über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende zurückgeht. Das Problem besteht ja darin, dass der Terminus Nachhaltigkeit mit dem Brundtland-Bericht als eine Art *Lex Margina* auf die Szene getreten ist, und die Menschheit noch heute dabei ist, diesen Begriff mit seinen Zweideutigkeiten zu verdauen und mit seinem mannigfachen Missbrauch fertig zu werden. Es ist mithin durchaus sinnvoll, nach einer Zeit, in der sich unzählige Assoziationen mit dem Nachhaltigkeitsgedanken verbunden haben, über die verschiedensten Ebenen des Denkens und des praktischen Handelns auch mal wieder eine Art *Zusammenschau* zu versuchen und zu sehen, was ist denn eigentlich das Zentrum dieser Idee und ist dieses Zentrum wirklich tragfähig genug. Große integrative Ideen zeichnen sich ja dadurch aus, dass sie eine Unmenge von Verknüpfungen haben – und gerade weil wir hier eine Runde haben, in der außerordentlich vielfältige Ansatzpunkte, Lebenswege, disziplinäre Bindungen usw. gemeinsam vertreten sind – so kann man hoffen, dass wir ein kleines Stückchen weiter kommen, um uns des Kerns der Nachhaltigkeitsidee zu vergewissern.

Dieter Klein:

Ich bin von Hause aus Ökonom, habe lange an der Humboldt-Universität gearbeitet, war dort in den letzten Jahren der DDR Pro-Rektor, hätte dann eigentlich abgewickelt gehört, dies lies sich verhindern. Umweltfragen sind nicht mein eigenes Wissenschaftsgebiet, aber für einen Ökonomen ist es klar, dass ihn die Maßstäbe des Wirtschaftens interessieren und damit liegen dann Fragen nach dem Verhältnis von Ökonomie und Umwelt, von Natur und Gesellschaft im weiteren Sinne auf der Hand. Und auch mein eher multidisziplinäres Herangehen hat damit zu tun, dass ich mich seinerzeit in der Humboldt-Universität in meiner Art mit dieser Pro-Rektor-Funktion umzugehen, eher zuständig sah für die Moderation von multidisziplinären Prozessen als für das, was traditionell in der DDR das Handwerk eines Pro-Rektors war, als Pro-Rektor für Marxismus-Leninismus zu fungieren.

An der Rosa-Luxemburg-Stiftung leite ich die Zukunftskommission und hatte oder habe Anteil daran nachzudenken, was eigentlich die theoretischen Grundlagen für die Auffassung von demokratischem Sozialismus als transformatorischer Prozess sein könnten. In und für PDS und nun die Linkspartei engagierte ich mich für die Programmatik und dafür, wie denn nun Umweltfragen in diese linke Parteiprogrammatik hineingehören. Wir haben seinerzeit eine erste größere programmatische Arbeit zur Programmatik der PDS geschrieben. Und in diesem »Kommentar«<sup>11</sup> – und das war gar nicht so einfach – haben wir auf den ersten Platz der politischen Alternativen die Umweltproblematik gerückt. Das war ein erheblicher Bruch mit der bis dahin üblichen Sicht, für diese hätte eigentlich Arbeit an den ersten Platz gehört oder etwas anderes. Aber es war auch nicht einfach, sich mit dieser Sicht durchzusetzen. Wir haben das dann auch in der zweiten programmatischen Arbeit »Reformalternativen sozial ökologisch zivil«<sup>12</sup> so durchgehalten. Jetzt sehe ich mit gewisser Sorge, dass in der jüngeren programmatischen Arbeit in der Vorbereitung der Linkspartei die Umweltprobleme zurückzurutschen drohen. So wurden erste programmatische Vorschläge vorgelegt, ohne überhaupt ein Umweltkapitel aufzunehmen. Umso mehr haben wir uns bemüht, Umweltfragen in der Programmatik richtig und genügend solide und überzeugend zu platzieren.

Und dann hat mich auch ein weiterer Forschungsansatz wieder stärker zu den Umweltproblemen hingeführt. Ich habe mich in den letzten Jahren etwas intensiver mit Reichtumsforschung und mit der eigentlich ganz simplen Frage, wo denn der mit der steigenden Produktivität und begünstigt durch Wissenschaft und internationale Arbeitsteilung anschwellende gesellschaftliche Reichtum eigentlich bleibt. Wenn wir als moderne Zivilisation so arm sind, wie es jetzt erscheint, wenn wir alles das, was wir schon mal konnten, jetzt nicht mehr können – was sind ei-

11 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Herausgeber: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Berlin 1997.

12 Reformalternativen sozial ökologisch zivil. Herausgeber: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Berlin 2000.

gentlich die Ursachen dafür? Und bei dieser Fragestellung wurde dann deutlich, dass das nicht nur eine Frage der ungerechten Verteilung ist, sondern dass das auch dem Umstand geschuldet ist, dass produzierter Reichtum wieder zerstört wird. Dass die Art und Weise zu produzieren und zu konsumieren Umwelt zerstört und dass Reichtum in Strukturen produziert wird, der zwar statistisch Reichtum wachsen lassen, aber in solchen Sphären und Strukturen, die der Wohlfahrt der meisten Leute eher abträglich sind. Und so wird auch von dieser Seite her die Umwelt zum zentralen Maßstab für Zukunftsfähigkeit.

Klaus Meier:

Zum Abschluss der Runde möchte ich es nicht versäumen, mich selbst vorzustellen. Als Leiter des Bereiches Finanzen/Controlling der Rosa-Luxemburg-Stiftung bin ich insbesondere verantwortlich für den Haushalt der Stiftung und die Finanzprozesse rund um die Bereitstellung und Abrechnung der Mittel für die politische Bildung aber auch für die Förderung von Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Mit dem erfolgreichen Wiedereinzug der Linkspartei.PDS 2005 in den Deutschen Bundestag hat die RLS eine erfreuliche Perspektive. Im Zuge der zu erreichenden Gleichbehandlung der RLS im Kreis der parteinahen politischen Stiftungen in Deutschland wird die Stiftung bis 2009 einen deutlichen Mittelaufwuchs erfahren. Das ist sehr erfreulich und zugleich eine Herausforderung für die bundesweite politische Bildungsarbeit und unsere internationalen Aktivitäten.

Soweit zu meinem jetzigen beruflichen Hauptaufgabenfeld. In meinem früheren wissenschaftlichen Leben standen wissenschaftsökonomische und wissenschaftssoziologische Fragen der Entwicklung von Forschung, Bildung und Innovation im Mittelpunkt und spätestens seit dem Bericht des Club of Rome auch die Frage der Verantwortung der Wissenschaft für eine lebenswerte Umwelt, für einen schrittweisen Übergang von einem naturverzehrenden zu einem naturerhaltenden Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur. Klimawandel, das die zunehmende Verknappung und das absehbare Versiegen nicht erneuerbarer Ressourcen, Vernichtung des tropischen Regenwaldes und anderer ökologischer Nischen mit verheerenden Folgen auch für die Biodiversität machen zweierlei deutlich, nicht nur das Tempo, mit der auf diese Herausforderungen bislang reagiert wird, ist ganz offensichtlich unterkritisch, sondern auch die Richtung der globalen Entwicklung ist ambivalent bis selbstzerstörerisch.

Insofern bin ich glücklich, mich insbesondere über den Gesprächskreis Nachhaltigkeit aber auch mit dem Kollegium Wissenschaft der RLS mit der zentralen Rolle von Wissenschaft und Innovation für die sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft beschäftigen zu können. Und diese Frage kann und muss man herunter brechen bis hin zur praktischen Politik auf Landes- oder kommunaler Ebene, inwieweit es z.B.gelingt, Wissenschaft und Innovation für den ökologischen Umbau der Wirtschaft in den Regionen im Interesse der Menschen zu gestalten.

## **Grundprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus und ihre Wirkungen auf die Umwelt**

Zwei Scheidewegkonstellationen überschneiden sich seit einigen Jahrzehnten. In der westlichen Welt mündete die Krise des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, des Fordismus, seit Mitte der siebziger Jahre in Richtungsentscheidungen über den künftigen Entwicklungspfad als Antwort auf diese Krise.

Seitdem bestimmt ein neoliberal geprägter Kapitalismus die postfordistische Entwicklung. Gegenwärtig dominiert seine angelsächsische, ausgeprägt antisoziale, autoritäre und unilateral-imperiale Variante über den sozialdemokratischen Versuch eines Spagats zwischen Marktradikalismus und »aktivierendem Sozialstaat« mit eher demokratischen Mitteln und einer multilateralen Verfolgung imperialer Ziele. Dieser Entwicklungsweg birgt die Gefahr weiter gehender Entzivilisierung des Kapitalismus. Ein emanzipatorischer Entwicklungspfad existiert vorwiegend in den Kämpfen alternativer Kräfte, in ihren bescheidenen Teilerfolgen, konzeptionellen Vorstellungen und Zielen. Doch Krisenerscheinungen der neoliberalen Entwicklung verweisen auf deren Instabilität. Noch sind nicht alle Messen über den weiteren Verlauf in den nächsten Jahrzehnten gesungen.

Eine zweite Scheidewegsituation liegt scheinbar auf einer anderen Ebene. Die zwei oder drei bestimmenden Generationen der heutigen Menschheit entscheiden über Klimakatastrophe oder deren Abwendung. Im 21. Jahrhundert wird die Erdbevölkerung eine Abkehr von der Zerstörung der ökologischen Gleichgewichte vollziehen oder sie wird ihre eigenen Existenzgrundlagen für Jahrhunderte irreparabel untergraben. Jeremy Rifkin, Regierungsberater und Präsident der Foundation an Economic Trends, Washington, schrieb: »Ich glaube, dass unsere Spezies jetzt am Scheideweg zu ihrer eigenen evolutionären Zukunft steht. Wir sind mit der ganz realen Perspektive unseres eigenen Aussterbens konfrontiert.« (Rifkin, 2006)

Beide Scheidewegkonstellationen existieren nur scheinbar nebeneinander. Sie sind untrennbar verknüpft, obwohl die Diskurse über sie weitgehend getrennt voneinander verlaufen. Es ist kein Zufall, dass der erste Bericht an den Club of Rome mit dem Titel »Die Grenzen des Wachstums« im Jahr 1972 erschien und den Konflikt zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Naturproduktion zeitgleich mit dem offenen Ausbruch der Krise des Fordismus dramatisierte.

Die fordistische Massenproduktion, deren außergewöhnliches Wachstumstempo zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus auch auf rasch zunehmender Massenkonsumtion beruhte, führte zu einer Explosion des Ressourcenverbrauchs und der Naturbelastung. Vor allem war es ein fossilistisches Wachstum. Es beruhte auf dem exzessiven Verbrauch fossiler Energieträger. Zu Beginn der siebziger Jahre zeichnete sich die Möglichkeit von deren Erschöpfung in überschau-



baren Zeiträumen ab und löste den spektakulären ersten Bericht an den Club of Rome aus (Meadows u.a., 1972).

Der Übergang vom fordistischen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einem marktradikal orientierten, d.h. neoliberal geprägten Kapitalismus konnte zwar eine starke Verlangsamung des Wirtschaftswachstums nicht abwenden. Aber die Abschwächung des Wachstums führte nicht zur Versöhnung mit der Umwelt. Die Umweltkrise entfaltete sich weiter.

In ihrem Zentrum steht die zunehmende Gefahr einer Klimakatastrophe. Nach den Aussagen der Weltenergiekonferenz von 1989 müsste die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2040 um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden, wird sich aber bei Fortsetzung des gegenwärtigen Trends stattdessen verdoppeln. Statt einer globalen Halbierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs bis 2050 im Vergleich zu 1990 führt der steigende CO<sub>2</sub>-Ausstoß zusammen mit der Emission anderer klimarelevanter Gase zu einer Verdichtung der Hülle, die sie um die Erde bilden, und zu einem Treibhauseffekt, der sich bereits gegenwärtig ankündigt. Die zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Klimaaufzeichnung fallen in die Zeit seit 1994. Seit den siebziger Jahren schmilzt die arktische Eiskappe um etwa acht Prozent pro Jahrzehnt. Die Eismassen Grönlands verlieren durch ihr Abschmelzen jährlich ein Volumen von 235 Kubikkilometer. (Flannery, 2006). Verschiebungen der Klimazonen, Dürren, Überflutungen, Wirbelstürme, Anstieg der Meeresspiegel und Artenverlust nehmen bereits gegenwärtig zu. Hans Joachim Schellnhuber, wissenschaftlicher Direktor des britischen Tyndall Centre for Climate Change Research und Berater der deutschen Bundesregierung in Nachhaltigkeitsfragen, befürchtet: »Wahrscheinlich werden dabei so genannte Kippschalter im planetarischen System aktiviert (z.B. Zerfall des Grönlandeisschildes, Kollaps des Amazonasregenwaldes, Störung des indischen Monsuns), die sich für Jahrtausende nicht mehr rückstellen lassen.« (Schellenhuber, 2006).

In der überwältigenden Mehrzahl der alarmierenden wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten über die Umweltgefahren in Gegenwart und Zukunft wird jedoch kaum ein Bezug zwischen der häufig dramatisch beschriebenen Umweltkrise und den Charakteren des neoliberal geprägten Kapitalismus hergestellt. Der Scheideweg zwischen Umweltkatastrophen oder globaler Revolution zur Umkehr zu nachhaltiger Entwicklung und der Scheideweg zwischen neoliberalen Kapitalismus oder Transformation zu einer gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Umwelt werden überwiegend in getrennten Diskursen behandelt, als ginge es nicht um ein und denselben Prozess fundamentalen Wandels.

In Wahrheit sind beide in den Mainstream-Debatten getrennt betrachteten Ebenen durch eine zentrale Frage verbunden: Wird die Profitdominanz den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die ökologischen Gleichgewichte der Natur weiter zerstören oder wird die Zurückdrängung und Überwindung dieser Profitdominanz und der Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse, auf denen sie beruht, zur Lösung der sozialen und zugleich ökologischen Frage führen?

Dieser innere Zusammenhang ist Gegenstand der folgenden Betrachtung. Die für den neoliberalen Kapitalismus charakteristischen Grundprozesse sind folgenreich für die Umwelt. Diese Wirkung ist hier herauszuarbeiten.

### **Sechs Grundtendenzen des neoliberal geprägten Kapitalismus**

*Zu fragen ist nach den für den jüngsten postfordistischen Typ des Kapitalismus charakteristischen Qualitäten des Kapitalismus, die das Besondere seiner Entwicklung nach den Jahrzehnten sozialstaatlicher Regulierung bestimmen, und nach ihren spezifischen Zusammenhängen mit der Umweltkrise.*

Eine solche Frage setzt allerdings die Annahme voraus, dass sich nach der spezifischen Gestalt des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, des Fordismus, die sich seit den dreißiger Jahren vor allem in den skandinavischen Ländern, aber tendenziell auch mit dem New Deal in den USA herausbildete und nach dem zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre in der westlichen Welt bestimmend wurde, ein anderer Typ historischer Entwicklung des Kapitalismus durchgesetzt hat. Die einen nennen ihn einfach Postfordismus, die anderen neoliberal geprägten Kapitalismus oder finanzdominierten Kapitalismus, wiederum andere globalisierten Kapitalismus.

Was aber sind die besonderen Grundtendenzen des neoliberal geprägten Kapitalismus, die seine Spezifik im Vergleich zu vorangegangenen Gestalten oder Phasen kapitalistischer Entwicklung – von fordistischen Regulationstheoretikern auch als »Formationen« bezeichnet – kennzeichnen? Die Beantwortung dieser Frage ist deshalb so wichtig für die Linke, *weil ihre Gegenprojekte des Einstieg in eine andere Entwicklungsrichtung um so wirksamer sein können, je mehr sie durch wenige Grundorientierungen oder Grundnener gebündelt werden, die eine Antwort auf die Grundprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus sind.*

Anknüpfend an kapitalismuskritische, antikapitalistische, ökologische, feministische, kulturkritische, gesinnungsliberale und sozialreformerische internationale Diskurse können als *charakteristische Grundprozesse der gegenwärtig dominierenden Gestalt des Kapitalismus, des neoliberal geprägten Kapitalismus, die folgenden angesehen werden:*

- 1. Globalisierung und marktradikaler Wandel der Regulationsweise (Kriterium: Herrschaftsraum und ökonomischer Wirkungsmechanismus)*
- 2. Übergang zu einem finanzdominierten Kapitalismus (Kriterium: Bestimmen des Eigentumsverhältnis)*
- 3. Herausbildung einer Ökonomie der Enteignung und sozialen Desintegration (Kriterium: Soziale Wirkung)*
- 4. Erneuerung und Verstärkung imperialer und imperialistischer Tendenzen (Kriterium: Rolle der Gewalt)*
- 5. Entdemokratisierung und Missachtung der Menschenrechte (Kriterium: Stellung des Individuums in der Gesellschaft)*

*Jeder dieser Prozesse ist in unterschiedlicher Weise mit der Umweltkrise verbunden. Deshalb ist als ein gravierender und zentraler Grundprozess des gegenwärtigen Kapitalismus ferner zu bestimmen:*

*6. Fortschreitende Gefährdung und Zerstörung der Umwelt (Kriterium: Ökologische Nachhaltigkeit)*

Die Verflechtung dieser Prozesse bestimmt die gegenwärtige, seit den siebziger Jahren sich herausbildende Gestalt oder Formation des Kapitalismus. Ihre Dauer ist noch nicht absehbar; sie besitzt aber trotz erheblich tieferer Konflikte und Instabilitäten im Vergleich zur vorangegangenen fordistischen Entwicklungsstufe eine beträchtliche Reproduktions- und Durchsetzungsfähigkeit.

*Erstens* sind hier die bezeichneten Grundprozesse und -tendenzen gegenwärtiger kapitalistischer Entwicklung kritisch zu analysieren.

*Zweitens:* Da diese in erheblichem Maße die Form bestimmen, in der die Machteliten der Kapitallogik folgend auf objektive Herausforderungen reagieren, kommt die Linke nicht umhin, sowohl auf diese Herausforderungen selbst als auch auf die kapitalistische Art und Weise zu reagieren, in der sie gegenwärtig bearbeitet werden. Zu diesen Herausforderungen gehören die Globalisierung wirtschaftlicher und kultureller Prozesse, der demografische Wandel, die Anforderungen der Wissensgesellschaft, die Verwissenschaftlichung und Informatisierung der Produktion, die Verknappung von Ressourcen und Naturschätzen sowie die fortschreitende Umweltkrise.

Nicht selten werden allerdings die Probleme der Gegenwart ausschließlich der kapitalistischen Politik zugeschrieben, als gäbe es nicht zugleich einen tiefer liegenden strukturellen Wandel, der neue Fragen birgt.

*Drittens* kann die Linke Alternativen nur entwickeln und zur Geltung bringen, wenn sie Entwicklungspotenziale der bürgerlichen Gesellschaften zur Kenntnis nimmt, bewusst ausschöpft und für ihre eigenen sozialen und emanzipatorischen Ziele voll zur Geltung bringt. Das erfordert allerdings, die Widersprüche und Ambivalenzen gegenwärtiger kapitalistischer Entwicklung zu erfassen – ihre antisozialen und antidemokratischen Wirkungen ebenso wie die Entwicklungschancen in modernen bürgerlichen Gesellschaften.

Diese haben eine kapitalistische ökonomische Grundstruktur, deren dominierendes Maß der Profit ist – vor allem der Profit der Großbanken, internationalen Investmentfonds und global operierenden Konzerne. Aber moderne bürgerliche Gesellschaften sind mehr als Kapitalismus. Sie verfügen, wenn auch deformiert durch die Profitdominanz, über unverzichtbare Evolutionspotenziale. Dazu gehören die parlamentarische Demokratie – trotz ihrer Herrschaftsfunktionen, der Rechtsstaat – trotz starker Beeinflussung von Rechtsetzung und Rechtsprechung durch die ökonomischen Machtverhältnisse, der Individualisierungsprozess – der trotz seiner Verkehren in die Egoismen der Ellenbogengesellschaft Kreativität von Millionen frei setzt, der Innovation fördernde Markt – trotz der alles überlagernden und zerstörerischen globalen Verdrängungskonkurrenz.

Im Angesicht der antisozialen neoliberalen Offensive, der ökologischen Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der verstärkten Verteilung von Lebenschancen nach Klassenlagen, der Privatisierung bisher öffentlicher Güter, des Abbaus öffentlicher Daseinsvorsorge und imperialistischer Kriege gibt es gute Gründe für die Linke, die barbarischen Tendenzen des Kapitalismus schärfer anzugreifen als in Zeiten seiner sozialen Regulierung. Sie darf jedoch der Versuchung zu einseitiger, vereinfachter und undifferenzierter Kritik nicht nachgeben. Denn die Konsequenz wäre die Fortsetzung und Verstärkung sektiererischer Tendenzen, wäre Realitätsverlust und die Entfernung von Millionen Menschen, die in der gegebenen Gesellschaft deren Chancen für ihr eigenes Leben auszuschöpfen versuchen und mit einer Totalverweigerung gegenüber dem Gemeinwesen zu Recht nichts anfangen können. Viele Menschen in Europa suchen gerade zur Kompensation ihrer Nöte nach positiven Seiten und Erfolgen der Gesellschaft, in der sie leben. Die Begeisterung über die Erfolge der deutschen Elf in der Fußballweltmeisterschaft 2006 war ein augenfälliger Ausdruck dessen.

## **1. Kapitalistische Globalisierung und marktradikaler Wandel der Regulationsweise**

*Ein erster Grundprozess, der die Spezifik des gegenwärtigen neoliberal geprägten Kapitalismus im starken Maße bestimmt, ist die Globalisierung. Sie wurzelt in objektiven Prozessen; ihre politisch-soziale Gestalt ist zugleich das Resultat von Entscheidungen der Machteliten, besonders seit den siebziger Jahren.*

Zu ihren objektiven Grundlagen gehören die hochtechnologischen Umwälzungen, die derart wissenschafts- und daher auch kostenintensiv sind, dass erhebliche internationale Marktanteile und internationale Kooperation zu Bedingungen ihrer Rentabilität geworden sind. Intensität und Ausmaß der Globalisierung beruhen ferner auf modernen Transport- und Logistiksystemen. Weder die Netzwerkstrukturen transnationaler Unternehmen noch die erdumspannenden Finanzmärkte wären ohne informations- und kommunikationstechnologische Revolution möglich. Diese Umwälzungen bieten Chancen der internationalen Arbeitsteilung und Kooperation und kultureller Lernprozesse über nationale Schranken hinaus.

Die Gesamtheit dieser Prozesse mit ihren starken Wurzeln in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte vollzieht sich jedoch vorwiegend in der Regie transnationaler Konzernimperien, internationaler Großbanken, Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften. Sie werden unter deren Einfluss von internationalen Wirtschaftsorganisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und dem Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPS) der Liberalisierung der Weltmärkte einverleibt, der Deregulierung unterworfen und mit der Privatisierung bisher noch öffentlicher Ressourcen vorangetrieben.

Die Globalisierung hat also viele Gesichter. Sie birgt neue Chancen sinnvoller internationaler Arbeitsteilung und neue Möglichkeiten ihres Missbrauchs für die Ausplünderung der schwächeren Beteiligten. Sie ermöglicht Qualifikationsgewinne durch die Ausbildung von Millionen Menschen in anderen Ländern, und sie fügt Ländern schwere Verluste zu, deren Fachkräfte ihre Heimat verlassen. Sie führt zu so starker grenzüberschreitender Abhängigkeit, dass wirtschaftliche Erschütterungen, Kriege oder Umweltschäden in bestimmten Erdregionen weit reichende Folgen für andere Regionen haben. Die wechselseitige Abhängigkeit ist so fortgeschritten, dass Kriege zwischen den Industrieländern unwahrscheinlich geworden sind. Die wachsende Interdependenz könnte in Zukunft die westliche Welt sogar zwingen, im eigenen Überlebensinteresse den so genannten Entwicklungsländern in bisher unbekanntem Maße Unterstützung für die Überwindung von Hunger, Analphabetismus, Umweltkatastrophen, Epidemien und Armutsmigration zu leisten. In den Millenniumszielen von 2000 ist genau diese Herausforderung formuliert worden (UNDP, 2003). Aber zugleich werden Anstrengungen verstärkt, eigene Probleme auf andere Regionen abzuwälzen. Die internationale Mobilität und die globale Kommunikation erweitern die Berührung mit anderen Kulturen. Das ist eine Chance für ein Verständnis globaler Lebenszusammenhänge, für kulturelle Bereicherung aller Seiten, für die Ausweitung von Denkhorizonten und für mehr Toleranz. Aber Versuche, anderen die eigenen kulturellen Muster aufzuzwingen, verstärken den Widerstand dagegen und bieten einen Nährboden für Nationalismus und Fundamentalismus. Das Internet ermöglicht transnationale Unternehmensstrukturen, aber auch die globale Vernetzung von alternativen Akteuren.

Das Gesicht der Globalisierung ist janusköpflich. Chancen und Bedrohungen, Entwicklungsoptionen und ihr Verspielen sind miteinander verflochten. Der Globalisierungsprozess ist eine Herausforderung für die Gesellschaften rund um die Erde zur sozialen, ökologischen und kulturellen demokratischen Gestaltung des Internationalisierungsprozesses. Gegenwärtig allerdings stärkt die Globalisierung per Saldo die Macht des internationalen Großkapitals.

### *1.1. Entscheidende Veränderung der Regulierungsweise*

Die Globalisierung wurzelt in der inneren Natur des Kapitalismus, der eine alle nationalen und kontinentalen Grenzen überschreitende Tendenz zu maßloser Expansion birgt. »Der Weltmarkt ist die Basis und Daseinsweise der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt.« (Marx, MEW Bd. 25: 120) Gleichwohl unterscheidet sich der gegenwärtige Globalisierungsprozess von früheren Internationalisierungsprozessen. Heute wird dieser *Markt von global operierenden Bankimperien, Investmentfonds als institutionellen Anlegern, transnationalen Industrieunternehmen und Medienkonzernen dominiert*. Gemessen am Umsatz von Weltunternehmen und am Bruttosozialprodukt von Nationalstaaten zählen zu den 100 größten Volkswirtschaften der Welt nach Angaben des Institute for Policy Studies aus dem Jahr 2001 51 Konzernimperien und 49 Volkswirtschaften. Die 200 größten trans-

nationalen Unternehmen bringen 27,5 Prozent des Weltbruttosozialprodukts hervor (UNCTAD, 2001). Nicht mehr vorwiegend der grenzüberschreitende Handel und herkömmlicher Warenexport kennzeichnen den gegenwärtigen Internationalisierungsprozess, sondern internationale Wertschöpfungsketten, mittels derer die Konzerne »Standortvorteile« vieler Länder (Niedriglöhne, niedrige Unternehmenssteuern und -standards, hohe Qualifikation von Arbeitskräften, wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, moderne Kommunikationssysteme) profitgünstig kombinieren. Ein Drittel des Welthandels ist kein Handel im üblichen Verständnis, sondern internationaler Austausch innerhalb von Konzernen, nicht zwischen ihnen. Das ermöglicht ihnen, in konzerninternem Verrechnungsverkehr hohe Gewinne in Niedrigsteuerländern auszuweisen und rechnerisch geringe Gewinne dort zu deklarieren, wo die Steuern hoch sind. Ein weiteres Drittel des Welthandels findet zwischen transnationalen Unternehmen statt. Nur ein letztes Drittel des Welthandels vollzieht sich außerhalb von Konzernstrukturen, jedoch ebenfalls von ihren Interessen stark beeinflusst (George, 2002: 13/14).

Diese private Monopolmacht hat dazu geführt, dass die internationale Politik heute keineswegs allein nationalstaatlich getragene Außenpolitik ist, sondern es findet eine *Privatisierung der Weltpolitik* statt. Transnationale Unternehmen zwingen Nationalstaaten ihre politischen Interessen auf (Brühl u. a., 2001; Huffschmid, 2004). Sie üben bestimmenden Einfluss auf die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und andere internationale Institutionen weltwirtschaftlicher Regulierung aus, die ihrerseits die Privatisierung in Wirtschaft und Gesellschaft zu einem neoliberalen Kernprojekt für die ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts gemacht haben. Selbst die *kriegerische Gewalt wird zunehmend privatisiert*. Private Kapitalmacht hat auch auf alle anderen Dimensionen der Globalisierung bestimmenden Einfluss. Medienkonzerne transportieren mittels der erdumspannenden informations- und kommunikationstechnologischen Revolution westliche Leitbilder für Lebensweisen und das kulturelle Dasein der Völker in die letzten Winkel der Erde. (Beck, 1997: 29 ff.) Das alles deutet auf das Wesentliche der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse hin:

*Der Kernprozess der kapitalistischen Globalisierung und damit des neoliberalen Kapitalismus ist eine einschneidende Veränderung der Regulationsweise, verbunden mit erheblichen Verschiebungen in den Herrschaftsverhältnissen zugunsten der globalen ökonomischen Machteliten, besonders der transnational operierenden Bankimperien, Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften als institutionelle Anleger. Im Verhältnis zwischen Marktmechanismus und staatlichen Interventionen erfolgen ein ausgeprägter Bedeutungszuwachs der monopolistisch beherrschten Weltmärkte und eine Rücknahme sozialstaatlicher Regulierung.*

*Erdumspannende Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung sind die Leitlinien der neuen postfordistischen Regulationsweise unter Globalisierungsbedingungen.*

Um bessere Verwertungsbedingungen durchzusetzen, drohen Investoren ihren Rückzug aus Ländern oder Regionen an und setzen damit Forderungen nach Absenkung sozialer Leistungen, Steuersenkungen für Unternehmen, Lockerung von Umweltgesetzen und Privatisierung bisher öffentlichen Eigentums durch (Huffschmid, 2002: 106 ff).

Die wie nie zuvor ausgeprägte Herrschaft der Weltmärkte bedeutet ferner, dass der Kapitalismus sich Erdregionen erschließt, die bisher seinem Einfluss noch nicht oder nicht voll einverleibt waren (Aglietta, 2000: 41).

Längst ist die Globalisierung zu einem zentralen Vehikel neoliberaler Suggestionen geworden. Die Globalisierung wird von den politischen, ökonomischen und geistigen Trägern des Neoliberalismus vor allem als unausweichlicher Zwang interpretiert, sich der unaufhaltsamen Kraft erdumspannender Verdrängungskonkurrenz zu unterwerfen: Senkung der Löhne und der sozialen Standards – ein Gebot der Globalisierung! Senkung der Unternehmenssteuern und der Umweltstandards – ein Erfordernis globaler Marktkonkurrenz! Da sei kein Entkommen, keine Alternative – die Globalisierung als Schicksal der Liberalisierung, einer Öffnung der Märkte rund um die Erde. Die Globalisierung als Zwang zur Deregulierung – Überantwortung der Verantwortung, die bisher in öffentlicher Hand oder bei zivilgesellschaftlichen Akteuren lag, an den Markt. Die Globalisierung als Privatisierungszwang – Verwandlung bisher öffentlicher Güter in privat gehandelte Waren. Bürgerinnen und Bürger werden zu Kundinnen und Kunden; ihre gleichen Rechte mutieren zum ungleichen Zugang zu Gütern oder zum Ausschluss von ihnen in Abhängigkeit von der höchst ungleichen Verfügung über Kaufkraft.

Unterwerfung unter die Profitgesetze des Weltmarktes – das ist das Credo der Globalisierer.

Ein Netzwerk neoliberaler Think Tanks ist seit Jahrzehnten dabei, die realen Globalisierungsprozesse zu einem Mythos der Unausweichlichkeit zu überhöhen, der der Begründung von Lohndruck und dem Abbau sozialen und ökologischen Handelns dient. Meinhard Miegel, Leiter des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft und einer der prominentesten deutschen Berater in Wirtschaft und Politik, begründet beispielsweise in seinem jüngsten Buch »Epochenwende« sein Konzept bedingungsloser Unterwerfung unter die Weltmarktgesetze mit der Diagnose, die Völker des Westens seien satt und träge geworden. Überheblich selbstgewiss schon immer, hätten sie noch nicht erfasst, dass es der Aufstieg der zunehmend leistungsfähigen Niedriglohnländer der »Dritten Welt« sei, der den Westen zu einer Korrektur seines Lebensstandards nach unten zwingt. »Die Europäer sind nur noch Mitspieler. Andere zeigen ihnen immer öfter, wo es langgeht... Löhne wie in Indien, so protestieren sie lautstark, seien ihnen nicht zuzumuten. Warum eigentlich nicht? ... Dass ihr Einkommensniveau sinkt, dafür sorgen nicht irgendwelche perfiden Unternehmer, sondern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Niedriglohnländern.« (Miegel, 2005: 30) »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – dieses nur zu einsichtige Postulat gilt eben nicht nur für

Männer und Frauen oder verschiedene Regionen innerhalb einer Volkswirtschaft. Es gilt auch global. Die Annäherung aller Preise, ob gewollt oder ungewollt, ist die Quintessenz der Globalisierung... Die Preise für Wissen und Kapital, für Kommunikation und Transport sind einander bereits recht ähnlich geworden. Die Preise für Waren und Dienste sind im Begriff, dies zu tun. Und nun folgt zum Abschluss die globale Annäherung der Preise für Arbeit. Für die seit Generationen einkommensverwöhnten Westler ist dies ein Schock. Aber es sind die Gesetze des Marktes, die der Westen die Welt gelehrt hat. Sie jetzt ändern zu wollen, ist nicht nur doppelzünftig, sondern auch aussichtslos.« (ebenda: 98)

80 Kilometer weiter östlich, so argumentiert Meinhardt Miegel, sind die Löhne fünfmal niedriger als in Deutschland. Eine weltoffene Gesellschaft sei verurteilt zu ihrer Anpassung nach unten.

Zunächst, die Unterwerfung unter die globale Verdrängungskonkurrenz wird in der Mainstream-Argumentation in mythischer Weise überhöht dargestellt. Als würde nicht stets das Kräfteverhältnis zwischen gegensätzlichen Akteuren über Tendenzen und Gegentendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung entscheiden, erscheint die Unterwerfung unter die Weltmarktzwänge in neoliberalen Deutungen als schicksalhaft vorgegeben wie der Ablauf in den Dramen der griechischen Klassik. Die Globalisierung wird für eine antisoziale Politik instrumentalisiert. Gleichwohl ist die Weltmarktkonkurrenz eine Realität – ob es der Linken gefällt oder nicht.

In mehreren Branchen tritt die Niedriglohnkonkurrenz als Import von Billigwaren zutage, beispielsweise bei Textilien und Spielwaren, aber auch in Segmenten der Verbraucherelektronik und anderen Zweigen. In der Textilindustrie hat das zu erheblicher Schrumpfung der inländischen Produktion in den Industriestaaten bei oft skandalösen Arbeitsbedingungen in den Exportländern geführt. Deshalb gehört die Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen, Löhnen und Sozialleistungen in Auslandsniederlassungen einheimischer Unternehmen und darüber hinaus zur dringlichen internationalen Solidarität.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen aber auch, dass Druck auf inländische Löhne und Beschäftigung durch Auftragsvergabe an Informationsarbeiterinnen und -arbeiter in wissenschaftlich-technisch fortgeschrittenen Niedriglohnländern wie Indien ausgeübt wird.

Mit der Bolkestein-Richtlinie wurde in der Europäischen Union versucht, eine Liberalisierung von Dienstleistungen durchzusetzen, die es Dienstleistern aus den neuen Beitrittsländern gestattet hätte, zu den in ihren Herkunftsländern geltenden niedrigeren Löhnen und Sozialleistungen als Anbieter aufzutreten und in der ganzen Union zu konkurrieren. Dieser Versuch scheiterte zunächst am Widerstand in der EU, wird jedoch in gewandelter Form weiter verfolgt. Ein ähnlicher Versuch, Löscharbeiten in den Häfen Westeuropas von schlecht bezahlten Seeleuten auf Schiffen unter Billigflaggen übernehmen zu lassen und damit die bisher geltenden Arbeitsbedingungen zu unterlaufen, scheiterte am Widerstand der Hafentarbeiter.



Zu den Mechanismen der globalen Konkurrenz gehören ferner der Wettbewerb um Unternehmenssteuersenkungen, die Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigeren Lohn-, Sozial- und Umweltstandards und die Androhung solcher Verlagerungen als Mittel der Erpressung der Gewerkschaften in Lohnkämpfen. Obwohl die Möglichkeiten solcher Verlagerung durch die Abhängigkeit auch international operierender Unternehmen von gewachsenen Forschungslandschaften, Qualifikationsniveaus, Politiknetzwerken und auch von Märkten in den Stammländern begrenzt sind, bleibt dies eine Herausforderung für die internationale Solidarität der Lohnabhängigen und für alternative Strukturpolitik, wenn Verlagerungen von Arbeitsplätzen in andere Länder nicht abgewendet werden können. Zu diesen Alternativen gehören in den Industrieländern vor allem die sozial gleiche Teilhabe aller an Bildungsangeboten auf hohem Niveau, die Förderung wissensintensiver Branchen und die Konzentration von Innovationen auf den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

### *1.2. Globalisierung, postfordistische Regulationsweise und Umwelt*

Die Globalisierung wirkt *erstens* dadurch zerstörend auf die Umwelt, dass sie sich als Polarisierung zwischen Arm und Reich vollzieht. 1960 war das Einkommen des reichsten Fünftels der Menschheit dreißigmal höher als das des ärmsten Fünftels. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich das Verhältnis auf etwa 75 : 1 verschlechtert (Nollmann, Strasser, 2001: 1). Das Einkommen des reichsten Zehntels der Weltbevölkerung verhielt sich noch 1980 wie 70 : 1 zu dem des ärmsten Zehntels. 1999 war das Gefälle auf 122 : 1 angewachsen (Faux, 2003: 79). Die zu dem einen Prozent der Weltbevölkerung Zählenden, das die Reichsten der Erde umfasst, haben ein Einkommen, das dem von 57 Prozent der Menschheit entspricht (Milanovic, 2002: 51; UNDP, 2003: 49).

Die Reproduktion von Armut bedeutet, dass Ressourcen für den Umweltschutz fehlen, dass arme Länder niedrige oder fehlende Umweltstandards als Wettbewerbsvorteile einsetzen, dass einheimische Unternehmen im Raubbau an der Natur eine Konkurrenzchance suchen. In Chile sind die Küstenregionen seit langem überfischt, und große Teile des Regenwaldes sind verschwunden. In Mexiko werben Sonderwirtschaftszonen, so genannte Maquiladores, die Investoren unter anderem mit niedrigen Umweltauflagen. Das nutzen aber nicht allein mexikanische Firmen, sondern Auslandsunternehmen, beispielsweise US-amerikanische Autozulieferer, mit zerstörerischen Folgen für die Umwelt (Engelhardt, Steigenberger, 2003: 13).

*Zweitens* und vor allem hat der Wandel der Regulationsweise, d.h. die Liberalisierung und Deregulierung zu Gunsten ungezügelter globaler Marktkonkurrenz und zu Lasten sozialer und ökologischer staatlicher Regulierung schwerwiegende Folgen für die Umwelt. Die Verdrängungskonkurrenz wird verschärft und führt zu Abstrichen im Umweltschutz, um kurzfristig Kosten zu sparen.

Die Bush-Administration verweigert den Beitritt der USA zu dem am 16. Februar 2005 in Kraft getretenen Kyoto-Protokoll über die Reduktion von Treib-

hausgas-Emissionen mit Verweis auf Wettbewerbsinteressen der amerikanischen Industrie. Dabei ist die Kyoto-Vereinbarung selbst schon durch umweltfeindliche Konkurrenzinteressen geprägt und begrenzt. Die eingegangenen Verpflichtungen zu einer Emissionsreduzierung um 5,2 Prozent bis 2012 im Vergleich zu 1999 entsprechen bei weitem nicht den Anforderungen der Vermeidung einer Klimakatastrophe. Dringlich ist nach Auffassung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bis zum Jahr 2050 eine weltweite Minderung um 60 Prozent. Wenn aber nicht mehr geschieht als in den Festlegungen des Kyoto-Protokolls vorgesehen, werden die Emissionen voraussichtlich weltweit um 50 Prozent und in den Industrieländern um 11 Prozent ansteigen, statt zu sinken (Scheer, 2005: 183). Zudem kritisiert Hermann Scheer die illusionäre Fixierung des Kyoto-Prozesses auf konsensuale globale Verhandlungen, auf »flexible Instrumente« – Handel mit Emissionsrechten, Joint Implementation und Clean Development Mechanism –, die durchweg nicht den Übergang zu erneuerbaren Energien fördern und keinen Anreiz bieten, die Verpflichtungsquote von durchschnittlich 5,2 Prozent zu überschreiten (Scheer, 2005: 184 ff.).

*Drittens* wirken die Institutionen globaler Regulierung – vor allem die Welt handelsorganisation (WTO), das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und das Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPS) – zerstörend auf die Umwelt. Die WTO ist die zentrale internationale Institution zur Durchsetzung eines marktorientierten Wandels der Regulationsweise. Dadurch wird nicht allein die globale Verdrängungskonkurrenz mit ihren negativen Wirkungen verschärft. Alle so genannten »nicht notwendigen Disziplinen«, d.h. regulierende Mechanismen einschließlich von Umweltgesetzen, die als »mehr handelseinschränkend als notwendig« gelten, werden als Verstoß gegen die WTO-Regeln betrachtet. Gegen sie kann vor der Schlichtungsstelle Dispute Settlement Body (DSB) der WTO geklagt werden – nicht zuletzt zum Schaden der Umwelt.

Als die EU-Administration die Einfuhr von mit Hormonen gespritztem Rindfleisch aus den USA verbot, strengten – gedrängt vom Monsanto-Konzern – Vertreter der Vereinigten Staaten und Kanadas vor der DSB einen Streitfall an. Die EU unterlag in diesem Streit, den USA wurde gestattet, 116,8 Millionen US-Dollar Strafzölle pro Jahr auf Importe aus der Europäischen Union zu erheben. Der Vorstoß der USA gegen die Europäische Union war als Warnung aller Staaten vor Widerstand gegen die die Umwelt gefährdenden WTO-Regeln aufzufassen.

Unter Androhung von WTO-Strafzöllen wurden Bolivien und Sri Lanka gehindert, Gentechnikverbote einzuführen. Kroatien, Thailand und Südkorea gaben aus Angst vor WTO-Sanktionen analog geplante Regulierungsmaßnahmen von vornherein auf.

Als in Mexiko die US-Firma Metalclad Land für eine Sondermüllanlage in der Nähe eines Naturschutzgebietes gekauft hatte, Umweltauflagen den Bau dieser Anlage aber verhinderten, wurde das Land Mexiko von der Schlichtungsstelle des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) zur Zahlung von 90 Milli-

onen US-Dollar Entschädigung für schon geleistete Investitionen verurteilt (Wandel, Mittler, 2003: 145).

Die Regeln des GATS zur Liberalisierung beziehen sich unter anderem ausdrücklich auch auf die Teilbereiche Umwelt, Müllabfuhr, Landschaftsschutz, Fracht- und Passagiertransport per Schiene, Straße, See und Raumfahrt. Wer sich als Konkurrent auf diesen und anderen Gebieten durch staatliche Subventionen geschädigt oder diskriminiert fühlt, kann gegen solche Regulierungsmaßnahmen in den Streit bei der Schlichtungsstelle gehen.

Eine Arbeitsgruppe des GATS für innerstaatliche Regulierung definiert rechtlich zwingende Beschränkungen für die Regulierungstätigkeit von Regierungen. Wenn sie staatliche Interventionen als nicht angemessene Schranken definiert, müssen diese abgeschafft werden. »In einer Reihe spektakulärer Fälle – der Thunfisch-Delfin-Fall zwischen den USA und Mexiko und der Shrimp-Schildkröten-Streit, in dem sich die USA und die asiatischen Länder gegenüberstanden – schien es, als würden nationale Umweltgesetze dem Freihandel untergeordnet.« (Bello, 2003: 27).

Kurz, das GATS ist das Vehikel für einen andauernden Prozess vollständiger Privatisierung aller Sphären der Gesellschaft, bisher öffentlicher Güter und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Nicht zuletzt betrifft das die öffentliche und zivilgesellschaftliche Verantwortung für die Umwelt, die durch Marktmechanismen abgelöst werden soll.

Das TRIPS zielt darauf, bisher als öffentliches Gut betrachtetes Wissen weitgehend in privates Eigentum zu verwandeln. Für die Umwelt schließt das Gefahren ersten Ranges ein.

Durch die Patentierung entdeckter Gene – das heißt ihrer Isolierung, der Bestimmung ihres Informationsgehaltes und ihrer Funktion – wird privates Eigentum an Leben konstituiert und monopolisiert. Selbst Pflanzen, die seit Jahrhunderten von Bauern gepflegt, angebaut und verbessert wurden, werden durch Patentanmeldung in monopolartiges Eigentum überführt. Das betrifft auch tierisches und sogar menschliches Ausgangsmaterial (Rifkin, 2000: 96 ff).

Das neu kreierte private Eigentum an geistigem Wissen wird in der pharmazeutischen Industrie, in agrar-industriellen Komplexen, von den Saatgutkonzernen, in der Tiermedizin und Humanmedizin »in Wert gesetzt«, d. h. zum Ausgangspunkt der Kapitalverwertung. Hunderten Millionen Bauern wird das Recht auf Verwendung von Saatgut aus eigener Ernte genommen. Sie werden abhängig vom Kauf genmanipulierten Saatgutes und verlieren ihre Existenz, wenn sie nicht zahlen können.

Zwar sind die »Konvention über biologische Vielfalt« und andere internationale Vertragswerke dem Erhalt der Arten- und der genetischen Vielfalt verpflichtet. Sie deklarieren eine faire Regelung des Zugangs und eines Vorteilsausgleichs zwischen den Staaten als Souverän über ihre Naturressourcen und anderen Nutzern. Aber aus dem Kräfteverhältnis der beteiligten Staaten des »Südens«, besonders der indigenen Bevölkerungsteile dort, in deren Lebensumfeld sich ein

großer Teil der genetischen Ressourcen befindet, und den kapitalmächtigen Weltkonzernen des »Nordens« ergibt sich, dass in der realen Entwicklung die Sicherung von Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen und deren kommerzielle Verwertung im Vordergrund stehen (Brand, Görg, 2001: 7, 8, 11, 24).

Das Ergebnis ist neben neuen Zügen der Profitmacherei – beispielsweise in der pharmazeutischen Industrie durch die Verwertung patentierter Gene – die Dezimierung der Artenvielfalt und damit der Verlust an Genressourcen. Der Prozess wird weitergetrieben, der bisher nach einem Vergleich von Pflanzensortenlisten vom Anfang des 20. Jahrhunderts mit aktuellen Bestandslisten des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums ergab: von 75 verschiedenen Gemüsearten sind rund 97 Prozent der Sorten ausgestorben, von 7098 Apfelsorten existieren über 86 Prozent nicht mehr, und von 2683 Birnensorten sind nur noch 329 übrig geblieben.

Ein Zwischenfazit ergibt: Die Globalisierung als ein erster Grundzug des neoliberalen Kapitalismus und als Prozess einschneidender marktradikaler Veränderung der Regulationsweise führt zu systemisch bedingten schweren Störungen der Umwelt.

### *1.3. Globale Deregulierung – nicht unausweichlich*

Die kapitalistische Globalisierung muss keineswegs zwangsläufig eine soziale und ökologische Abwärtsspirale zur Folge haben.

*Ein Grundnenner alternativer Politik muss der Anspruch sein, den Globalisierungsprozess nach sozialen und solidarischen Maßstäben zu gestalten, der neoliberalen Deregulierung also eine sozial und ökologisch orientierte Re-Regulierung entgegenzusetzen.*

Die Linke kann ihre lohn-, sozial- und wirtschaftspolitischen Konzeptionen nicht ohne unterschiedenen Widerstand, nicht ohne eigene Antworten auf die internationale Marktkonkurrenz und auf die schon vorangeschrittene Einschränkung nationalstaatlicher Regulierungsmöglichkeiten verwirklichen. Doch dabei stößt sie auf das Problem, dass die Internationalisierung der politischen Institutionen generell – und erst recht die institutionellen Möglichkeiten der Linken – hinter der Globalisierung der Wirtschaftsprozesse zurückgeblieben ist. Die Globalisierung hat einen tiefen Widerspruch hervorgebracht: Die Wirkungsmacht des Marktmechanismus hat erheblich zugenommen, dagegen ist innerhalb der staatlichen Interventionen die sozialstaatliche Komponente stark zurückgedrängt worden. Die Märkte umspannen die ganze Erde; aber anders als zu Zeiten nationalstaatlich organisierter Volkswirtschaften sind auf globaler Ebene im Gegensatz zur Globalisierung der Wirtschaft keine funktionsfähigen staatlichen Strukturen absehbar, die dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen und Begrenzungen setzen könnten.

Horst Afheldt hat daraus geschlussfolgert: Es »bleibt nur, sich entweder dem Freihandel zu unterwerfen, oder aber, das freie Spiel des Marktes nur innerhalb von Räumen zuzulassen, in denen eine politische Macht, die die Ziele vorgibt, or-

ganisiert werden kann« (Afheldt, 1994: 211). Als einen solchen Raum betrachtet Afheldt die Europäische Union.

- Richtig ist zunächst, dass der Wandel der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer demokratischen Sozial- und Umweltunion als Friedensmacht eine zentrale Aufgabe ist. Dazu gehören Kämpfe um armutssichere Einkommen, soziale Grundsicherungen und hohe Umweltstandards. Beschäftigung und Leistungsangebote ausländischer Wettbewerber im Inland müssen zu hiesigen Arbeitsbedingungen statt zu denen des Herkunftslandes erfolgen. Eine solche Union müsste im Gegensatz zu den Zielen der Liberalisierungsstrategen durch EU-Regeln das Unterlaufen bereits erreichter sozialer und Umweltstandards ausschließen.

- Aber eine Abschottung des EU-Raumes beispielsweise gegen Agrarimporte aus so genannten Entwicklungsländern oder gegen jegliche Einwanderung, die sich nicht »rechnet«, ist abzulehnen.

- Die Europäische Linke muss darauf dringen, dass die EU auf globaler Ebene soziale und ökologische Ziele wie die auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 beschlossenen Ziele für sich als verbindlich betrachtet und entsprechende finanzielle und andere Verpflichtungen einlöst. Die Forderung nach demokratischen Reformen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen bleiben auf der Tagesordnung kapitalismuskritischer globaler Bewegungen.

In den Verhandlungsrunden der WTO ginge es aus einer solchen neuen europäischen Sicht weniger um die noch weitgehendere Beseitigung aller Handelsschranken, sondern um die weltweite – der jeweiligen ökonomischen Leistungskraft entsprechend differenzierte – Einführung von Mindestlöhnen, sozialen Standards und Umweltnormen und von Vereinbarungen gegen einen Steuersenkungswettlauf. Allerdings erfordert dies die Beteiligung des Westens am Ausgleich der Nachteile, die wirtschaftsschwache Länder dadurch hinnehmen müssten.

- Mehr noch, wirtschaftlich stärkere Regionen werden nur dann auf Verständnis armer Länder für Maßnahmen gegen Lohn-, Preis- und Sozialdumping rechnen dürfen, wenn sie deren Anstrengungen zur Verringerung des Abstandes zur OECD-Welt weit umfangreicher und wirksamer als bisher unterstützen und zugleich durch eigenen Wandel der Produktions- und Lebensweisen ein Beispiel für einen anderen sozialen und ökologischen Entwicklungsweg als den nicht auf die ganze Erde übertragbaren bisherigen Weg bieten. Der Westen wird mit eigenen bewussten Einschränkungen des stofflichen Verbrauchs zu einer gerechteren Welt beitragen müssen – jedoch nicht zu Lasten der sozial Schwächeren in der Gesellschaft. Auf solche Weise vermag er sich vor einer unkontrollierten Aufgabe aller einmal erreichten Einkommens- und Sozialstandards zu schützen.

Wenn jedoch dem »Norden« mehr solidarische Umverteilung zugunsten des »Südens« abgefordert ist, müssen im Inneren soziale Gerechtigkeit und Erneuerung des Sozialstaats erkämpft werden.

- Es geht also nicht darum, ob gegenwärtig die internationale Bewegung von

Gütern, Leistungen, Kapital und Menschen völlig frei oder stärker reguliert vor sich gehen soll, sondern darum, ob die Regulierung des Internationalisierungsprozesses mit dem Ziel höherer sozialer Standards oder gerichtet auf ihre Senkung erfolgen soll.

- Grundsätzlicher formuliert: dem mit der Globalisierung einhergehenden neo-liberalen Wandel der Regulationsweise muss eine alternative Regulationsweise entgegengesetzt werden. Linke emanzipatorische Reformalternativen bedürfen im Maße ihrer Durchsetzung eines alternativen Wandels auch der Regulationsweise. Häufig wird dies auf Seiten der Linken vernachlässigt. Nicht selten werden Forderungs- und Aktionsprogramme entwickelt, ohne dass den notwendigen Veränderungen in der Regulationsweise nennenswerte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Doch es liegt auf der Hand, dass soziale und emanzipatorische Fortschritte nicht durch Marktmechanismen und soziale Deregulierung erreichbar sind.

Auch ein alternativer Wandel der Regulationsweise wird sich voraussichtlich als ein permanenter Prozess vollziehen, da die Durchsetzung jedes progressiven Entwicklungsschrittes nur durch entsprechende Veränderungen der Institutionen und Mechanismen der Regulation zustande kommen kann.

Der Prozess der Herausbildung einer alternativen Regulationsweise ist von ihren Inhalten nicht zu trennen. Er umfasst oder wird voraussichtlich umfassen:

- die Selbstermächtigung von Individuen und Initiativen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen dazu, die eigenen Interessen in ihrer Lebenswelt in die eigenen Hände zu nehmen und durchzusetzen. Demokratisierung von unten ist eine elementare Ebene für die Herausbildung einer neuen Regulationsweise. Dabei können und müssen die durch die neoliberale Entwicklung geförderten Individualisierungs- und Selbstentscheidungsprozesse ausgeschöpft, ihre Richtung jedoch umgekehrt werden. Eine Grundbedingung dafür ist eine Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, weil Selbstbestimmung von unten sozialer Sicherheiten als Rückhalt bedarf – in Entgegensetzung zu einer Selbstorganisation unter dem neoliberalen Vorzeichen der Entsicherung. Die Frage, welche Bedingungen die Entscheidung von Individuen für ein aktives alternatives gesellschaftliches Engagement fördern und welche Umstände darauf hemmend wirken, gewinnt eine erstrangige Bedeutung für die Linke – wenn sie denn Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen ernsthaft als eine wesentliche Ebene einer neuen Regulationsweise entfalten will (siehe Chrapa, Dellheim, 2003: 288 ff.).

- die Stärkung kollektiver demokratischer Akteure, von alten und neuen sozialen Bewegungen und Initiativen, um die negativen sozialen und ökologischen Folgen der Marktregulierung in Grenzen zu halten, in der Wirtschaft eine erweiterte Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen und vom Staat eine erneuerte Politik der Verantwortung für nachhaltige Lösungen herangereifter Probleme und Widersprüche zu erzwingen.

- Rückgewinnung und Erweiterung von Optionen für eine strategisch gestaltende Politik auf nationaler und internationaler Ebene, die das Verhältnis zwischen

Marktmechanismen und staatlicher Intervention erneut verändert, diesmal jedoch zugunsten sozialstaatlicher und ökologischer Strategien, die besonders über Struktur-, Umwelt-, Bildungs- und Forschungspolitik, über mittelfristige Finanzpolitik und Sozialpolitik in den Reproduktionsprozess eingreifen. Das schließt den Erhalt und die Ausweitung öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Kultur und Mobilität ein.

– erneuerte staatliche Rahmensetzung, die den Marktmechanismus relativiert, ihn sozial und ökologisch konditioniert und auf solche Weise eine Umkehr einleitet: An die Stelle der Unterordnung der Gesellschaft unter die Wirtschaft tritt die Unterordnung der Wirtschaft unter Gemeinwohlinteressen der Gesellschaft.

– Wirkung des neu konditionierten Marktmechanismus: Private Gewinninteressen von Unternehmen werden nicht wie ehemals im Staatssozialismus abgeschafft, sondern zurückgedrängt und auf lange Sicht überwunden wird die *Dominanz* des Profits in Wirtschaft und Gesellschaft.

Eine neue Regulationsweise ist nicht »einzuführen«. Sie wird sich in den Kämpfen um die Durchsetzung sozialer, ökologischer und emanzipatorischer Forderungen entwickeln, weil jeder Fortschritt entweder Elemente solcher veränderten Regulationsweise bedingt oder nicht eintreten wird.

Eine neue Regulationsweise wird in den Kämpfen »vor Ort«, in der Lebenswelt der Individuen nach der *Maxime* »global denken, lokal handeln« entstehen. Sie wächst, wo es Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gelingt, sich aus bloßen Abwehrkämpfen zu befreien, wo sie Druck auf das Parteiensystem und die öffentliche Hand auszuüben, wo kritische öffentliche Diskurse, Streiks, Demonstrationen und andere Widerstandsformen eine Richtungsänderung staatlichen Handelns erzwingen, wo internationale Solidarität wirksam wird und einzelwirtschaftliches Denken endlich in Gemeinwohlinteressen eingeordnet wird.

Die neue Regulationsweise wird von alternativen Akteuren in der gesellschaftlichen Opposition geboren, findet den Ort ihrer Entwicklung aber auch in linker Regierungsbeteiligung.

#### *1.4. Internationale Erfahrungen: Soziale Alternativen versus neoliberaler Sozialabbau*

Internationale Vergleiche stärken die Auffassung, dass auch unter Globalisierungsbedingungen Alternativen zum neoliberalen Entwicklungsweg möglich sind. Erfolge versprechen ein hohes Bildungsniveau ohne soziale und andere Diskriminierung, intakte soziale Sicherungssysteme, Beschäftigung fördernde öffentliche Daseinsvorsorge, entsprechend hohe öffentliche Investitionen und deren Finanzierung auch durch relativ hohe Steuern und Abgaben auf Gewinne aus Vermögen und Unternehmen.

Doch gerade diese sozialstaatliche Regulierung wird von den Trägern des neoliberalen Mainstreams abgelehnt. Sie beharren in Deutschland und in anderen

Ländern darauf, dass die Unternehmerbeiträge zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu hohe Lohnnebenkosten zur Folge hätten und auf solche Weise die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unannehmbar belasten. Deshalb müssten die sozialen Leistungen auf die allernotwendigsten Aufwendungen für die Bedürftigsten abgesenkt werden. Das ist der wirkliche Gehalt der »Reformen« des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland.

Die so genannten Lohnnebenkosten seien dadurch zu senken, dass die Daseinsvorsorge stärker durch private Versicherung der Arbeitnehmer getragen wird. Längst hat ein entsprechender Umbau der sozialen Sicherungssysteme auch in Deutschland begonnen. An der Finanzierung der Pflegeversicherung sind die Unternehmer überhaupt nicht beteiligt. Ihr Anteil an der Finanzierung der Alterssicherung ist durch die Rentenreform der Regierung Schröder herabgesetzt worden – mit der Forderung an die Arbeitnehmer, sich stärker privat zu versichern. Die Große Koalition will den Unternehmerbeitrag zur Finanzierung der Krankenversicherung festschreiben und damit steigende Kosten den Patienten allein aufbürden. Solche Schritte seien im Interesse internationaler Wettbewerbsfähigkeit unvermeidbar. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen um 2 Prozentpunkte abgesenkt werden.

Kritiker dieser Positionen in Deutschland bringen dagegen den starken Verweis darauf zur Geltung, dass die Spitzenposition der Bundesrepublik in der Welt Rangliste der Exportnationen alle Annahmen über eine Wettbewerbsschwäche Deutschlands überzeugend widerlegt. Nicht die Lohnnebenkosten, sondern die Lohnstückkosten entscheiden über die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Lohnstückkosten werden zwar von der Höhe der Kosten für soziale Leistungen beeinflusst. In Deutschland machen die Beiträge der Unternehmer für die Renten-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung rund 15 Prozent der Arbeitskosten aus. Die üblicherweise genannten 40 Prozent »Lohnnebenkosten« enthalten darüber hinaus die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, bezahlten Urlaub, Betriebsrenten, leistungsabhängige Vergütungen und andere Komponenten. Aber vor allem hängen die Lohnstückkosten von der Arbeitsproduktivität ab. Von dieser ist abhängig, wie viel Güter in einer gegebenen Arbeitszeit produziert werden und auf welche Zahl von Gütern also die Kosten für Sozialleistungen verteilt werden.

Die Lohnstückkosten in Deutschland sind nach Berechnungen von ver.di von 1995 bis 2005 nur um 2 Prozent gestiegen – im Vergleich zu 13 Prozent im Durchschnitt der Euro-Länder und zu 18 Prozent im Durchschnitt der EU-25. Auf die Sozialleistungen entfällt in der Bundesrepublik seit 25 Jahren ein Anteil von knapp 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – obwohl die Arbeitslosigkeit gestiegen ist und der Umbruch in Ostdeutschland zu großen sozialen Verwerfungen geführt hat.

Internationale Vergleiche beweisen, dass Lohnsteigerungen und hohe Sozialleistungen die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit keineswegs mindern müssen, sondern im Gegenteil sogar fördern.



## Mehr Wachstum und Beschäftigung bei höherer Staatsquote und höheren Unternehmenssteuern

Land	Jahresdurchschnittl. Wachstum in % 1995-2004	Entwicklg. der Real-löhne in % 1995-2004	Arbeitslosen- quote 2004	Staatsquote 2004	Steuern und Abga- ben in % vom BIP 2002	Unternehmens- steuern in % vom BIP 2002
Deutschland	1,32	- 0,9	9,5	47,8	41,2	0,6
Dänemark	2,32	+15,6	5,4	55,6	49,8	2,2
Niederlande	2,40	+11,9	4,7	48,9	40,0	3,7
Schweden	2,82	+25,4	6,3	57,5	54,1	2,6

Quellen: Wirtschaftskammern Österreichs. Statistische Daten. Internationaler Vergleich, 2005; WSI-Mitteilungen 11/2003; Europäischer Tarifbericht des WSI, Hans-Böckler-Stiftung 2005

In Schweden, Dänemark und den Niederlanden beispielsweise ist der Anteil der Unternehmenssteuern am Bruttoinlandsprodukt höher als in Deutschland, und die Staatsquote liegt höher als in der Bundesrepublik. In Schweden und Dänemark übertrifft auch der Gesamtanteil der Steuern und Abgaben am Bruttoinlandsprodukt den Anteil in Deutschland, und in allen drei Vergleichsländern sind die Real-löhne seit 1995 im Gegensatz zu Deutschland kräftig gestiegen. Nach neoliberalen Annahmen müsste die Bundesrepublik ein höheres Wachstum und eine niedrigere Arbeitslosigkeit als in den anderen Ländern verzeichnen. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Eine vergleichende Untersuchung von Cornelia Heintze (Heintze, 2005) weist 7 von 18 OECD-Ländern als beschäftigungspolitisch besonders erfolgreich aus. Darunter befinden sich drei der vier skandinavischen Länder (Norwegen, Schweden, Dänemark), die Niederlande und drei der sechs angelsächsischen Länder (Irland, Neuseeland, Großbritannien) (Ebenda: 29). Die skandinavischen Länder erreichen besonders hohe Beschäftigungsquoten, eine hohe Frauenbeschäftigung und eine geringere Langzeitarbeitslosigkeit mit einer relativ hohen Staatsquote, überdurchschnittlichen Abgaben- und Steuerquoten sowie starken Reallohnzuwächsen. Unter den angelsächsischen Ländern haben Großbritannien und Neuseeland beschäftigungspolitische Erfolge und Staatsausgaben und/oder Staatseinnahmen über dem OECD-Durchschnitt.<sup>1</sup> Die USA und Irland sind beschäftigungspolitisch erfolgreich bei unterdurchschnittlichen Staatseinnahmen und -ausgaben (Ebenda: 43).

Deutschland erreicht mit einer Staatsquote, die im Durchschnitt der Jahre 1995 – 2002 bei 48,6 Prozent lag und sich damit zwar über dem OECD-Durchschnitt, aber unter dem Durchschnittsniveau der EU-15 von 49,4 befand, extrem schlechte Ergebnisse der Beschäftigungspolitik.

Cornelia Heintze kommt zu folgendem Gesamtergebnis ihrer vergleichenden Untersuchungen: »In der beschäftigungspolitischen Performance liefern die skandinavischen Ländern den Beweis, dass eine Politik erfolgreich sein kann, die genau an dem festhält, was aus Sicht neoliberaler Ökonomen in den wirtschaftlichen Ruin führt, angefangen bei einer hohen Staatsquote mit korrespondierend hoher Abgabenbelastung über eine Entwicklung der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten, die sich an der Produktivitätsentwicklung orientiert, bis zu fortbestehend hohen Anteilen von Staatsbeschäftigten und dem Festhalten an Staatskonzernen.« (Ebenda: 51).

*Die reale Entwicklung beweist demnach, dass sozialstaatlich orientierte Länder sich in der globalen Verdrängungskonkurrenz besonders erfolgreich behaupten können, statt von Niedriglohnländern mit geringen Sozial- und Umweltstandards überrollt zu werden.* Dem fügt Heintze allerdings – zunächst ernüchternd für vereinfachte linke Argumentationsweisen – hinzu: »Der Umkehrschluss, hohe Steuern und eine hohe Staatsquote seien die Bedingung für eine erfolgreiche Entwicklung, lässt sich daraus nicht ziehen. Beschäftigungspolitisch erfolgreich ist auch der angelsächsische Weg, bei dem arbeits- und beschäftigungspolitische Erfolge mit einer eher niedrigen Staatsquote und korrespondierend mit einer unterdurchschnittlichen Abgabenbelastung einhergehen. Mit Blick allein auf wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung erscheinen die beiden Entwicklungspfade gleichwertig.« (Ebenda)

Die Gesamtbewertung verändert sich jedoch sofort zugunsten der Länder, die auch unter Globalisierungsdruck an einer sozialstaatlichen Regulierung des Kapitalismus festhalten, wenn die Bewertungskriterien für die unterschiedlichen Entwicklungswege ausgeweitet werden. Relativ hohe Staatsquoten und Unternehmenssteuern öffnen Wege zur Begrenzung sozialer Ungleichheit, ermöglichen ein anspruchsvolles Bildungsniveau für breite Bevölkerungsschichten, hohe Gesundheitsstandards, wirksamen Umweltschutz, Erfolge der Geschlechtergleichstellung, der Korruptionsbekämpfung und der Entwicklungspolitik.

Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen zeichnen sich durch sehr niedrige Armutsquoten, durch ein relativ geringes Maß von Ungleichheit in der Einkommensverteilung und durch ein sehr hohes Niveau sozialer Integration aus. Die USA haben – gefolgt von Portugal – unter achtzehn OECD-Ländern die höchste Armutsquote und die am meisten ungleiche Einkommensverteilung; gefährdet ist die soziale Integration. Auch Großbritannien und Neuseeland befinden sich beim Vergleich von Armut und Einkommensungleichheit unter den sechs am schlechtesten platzierten Staaten (ebenda, Tabelle A – 4a). Deutschland nimmt einenmäßigen 9. Rang unter den achtzehn ein.

Nach OECD-Berechnungen liegen bei der Frauengleichstellung (Frauenbeschäftigungsquote und Durchschnittseinkommen von Frauen im Vergleich zu

1 Unter anderem ist dieser Unterschied dadurch zu erklären, dass Großbritannien einen aus Steuern finanzierten Gesundheitsdienst hat. Das USA-Gesundheitssystem beruht dagegen vorwiegend auf privater Vorsorge.

Männern) Schweden, Norwegen, Dänemark, Australien und Finnland auf den Spitzenplätzen, die USA und Großbritannien auf den Plätzen 9 und 10 und Deutschland auf einem schlechten 14. Platz. Irland liegt an letzter Stelle.

Im Bildungs-, Gesundheits- und Umweltranking befinden sich Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark in der Spitzengruppe, die USA, Großbritannien und Deutschland im letzten Drittel.

Gemessen am Anspruch auf ein Leben ohne Armut, auf Teilhabe an Arbeit, Bildung und Gesundheit, an ökologischer Nachhaltigkeit, Geschlechtergleichstellung und internationale Solidarität sind Länder mit starker wohlfahrtsstaatlicher Regulation und entwickelten Zivilgesellschaften auch unter den Bedingungen der Globalisierung besonders erfolgreich. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung sind wider alle herrschenden Suggestionen nicht unausweichlich!

Seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts dominiert zwar ein neoliberal geprägter Kapitalismus die internationale Entwicklung. Er bestimmt den vorherrschenden Zeitgeist. Gemessen am Zuwachs an Kapitalreichtum und Herrschaftskapital in der Verfügung einer transnationalen Machtelite ist er erfolgreich.

*Aber gemessen am wirklichen Reichtum als der »Bereicherung des menschlichen Wesens selbst« (Marx, MEW. Bd. 40: 545), als »Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur« (Marx, MEW. Bd. 26.2.: 111), als Entwicklung aller produktiven körperlichen, geistigen und kulturellen Fähigkeiten des Menschen, ist mitten in dieser neoliberalen Entwicklungsphase ein Typ der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft am erfolgreichsten und auch ökonomisch effizient, der die vorherrschende Tendenz einengt, sozial relativiert und sich ihr nicht bedingungslos unterwirft.*

Sind also alle Verweise auf den internationalen Konkurrenzdruck von Seiten aufsteigender Länder, die überdies ihre Arbeitsproduktivität und zunehmend auch die Wissenschaftsintensität ihrer Produkte rasch steigern werden, nichts als neoliberale Scheinbegründungen für Lohndruck und antisoziale »Reformen«? Die hier vorgetragenen Argumente gegen die neoliberale Grundthese von der Unausweichlichkeit einer globalen sozialen Abwärtsspirale widerlegen die neoliberalen Suggestionen weitgehend.

Das heißt aber nicht, dass die Tendenz zur Absenkung von Löhnen, sozialen Leistungen und Umweltstandards um Länder mit starker sozialstaatlicher Regulierung einen Bogen machen würden. Wohl aber verweisen die Tatsachen darauf, dass dieser Tendenz erfolgreich begegnet werden kann.

Die Erfolge eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus gründen u.a. darin, dass er so genannte »weiche« Faktoren auch für den ökonomischen Erfolg zu mobilisieren vermag. Verteidigung und Ausbau des öffentlichen Gutes Bildung sind die Grundlage für eine Wettbewerbsfähigkeit, die auf hoher Qualifikation der Erwerbstätigen, auf Wissenschaftsintensität vieler Erzeugnisse und Innovationsstärke beruht. Relativ hohe Staatsquoten ermöglichen die Ausschöpfung von Bildungspotenzialen ohne Beschränkungen durch die soziale Herkunft der Auszu-

bildenden. Sie tragen zur Vermeidung von Produktivkraftverlusten durch die Finanzierung eines gut funktionierenden Gesundheitswesens mit einem starken Gewicht der Prävention bei. Sie ermöglichen ein hohes Beschäftigungsniveau in öffentlichen Dienstleistungen, die dem Privatkapital als nicht profitabel und daher nicht als lohnende Anlagesphäre gelten. Die auf solche Weise erreichbare soziale Sicherheit wiederum setzt Kreativität frei.

Das hohe Qualifikationsniveau der Beschäftigten bei wachsenden Reallöhnen, ein entwickelter öffentlicher Dienst, ein umfangreicher Non-Profit-Sektor und umfangreiche Investitionen durch die öffentliche Hand stärken die Binnenkaufkraft und verringern die Abhängigkeit von Exporten.

### *1.5. Gegensätzliche Entwicklungswege*

Ein Zwischenfazit nach unserem Blick auf die Globalisierung und die Herausbildung einer veränderten Regulationsweise, in der die Weltmarktmechanismen gravierend an Gewicht gegenüber sozialstaatlicher Regulation gewinnen, deutet auf erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Varianten kapitalistischer Entwicklung hin, die sich seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts als Antworten auf die Krise des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, des Fordismus, herausbilden. Die Globalisierung erzwingt keineswegs schicksalhaft einen einzigen Entwicklungstyp:

1. Vor allem von den USA und anderen angelsächsischen Staaten bestimmt entwickelt sich ein *entfesselter neoliberal geprägter Kapitalismus mit starken autoritären und imperialen Tendenzen*. Kennzeichnend für ihn sind eine Deregulierung der Märkte, die Unterordnung der nationalen Volkswirtschaften unter das Diktat der Welt- und insbesondere der Finanzmärkte, Abbau von Arbeiterrechten, fortschreitende Schädigung der Umwelt, die Verwandlung bisher noch öffentlicher Güter in bloße Waren, die starke Reduzierung des Sozialstaates und folglich eine fortschreitende soziale Polarisierung. Die daraus resultierende Entsicherung der Menschen und die mit ihr verbundene Delegitimierung des Neoliberalismus werden mit autoritären, überwachungs- und sicherheitsstaatlichen Herrschaftsformen beantwortet.

Die Bush-Administration erstrebt gestützt auf eine absolute militärische Vormachtstellung ein von den Vereinigten Staaten geführtes – unilaterales – Imperium dieses Typs, das unter Einsatz von militärischer Gewalt auch in völkerrechtswidrigen Kriegen durchgesetzt werden soll, wenn es anders nicht möglich ist.

2. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts entstanden als Varianten des gegenwärtigen Kapitalismus die *Dritten Wege der Sozialdemokratie*. Sie sind der Versuch eines Spagats zwischen Unterordnung unter die Weltmarktwänge und verändertem, meist reduziertem Erhalt sozialstaatlicher Gegengewichte. Sie sind in Ländern wie Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden eine Variante neoliberaler kapitalistischer Entwicklung, in der der Wettbewerbsstaat zugleich Züge eines »aktivierenden Sozi-

*alstaates« annehmen soll, in Korrespondenz mit eher demokratischen als autoritären Herrschaftsformen. Imperiale Politik wird in der Europäischen Union als multilaterale Politik und teilweise in Distanz zur unilateralen US-Vormacht verfolgt.*

Im Rahmen dieses »sozialdemokratischen« Typs neoliberaler Entwicklung hat sich jedoch eine große Differenziertheit herausgebildet. Die europäische sozialstaatliche Entwicklung mündete in Deutschland unter Schröder in eine beschleunigte und verstärkte Durchsetzung neoliberaler Politik, in den skandinavischen Ländern trotz der auch dort wirkenden neoliberalen Tendenzen eher in die modifizierte Bewahrung des Wohlfahrtsstaates bei nur partieller Verstärkung des Drucks auf die Lohnabhängigen.

Durchaus offen ist, welche der beiden Hauptvarianten eines neoliberal geprägten Kapitalismus sich in den verschiedenen Regionen der Welt durchsetzen wird. Offen ist auch und stark abhängig von dem Druck alternativer emanzipatorischer Kräfte, ob und in welchen Ländern im Rahmen der sozialdemokratischen Dritten Wege eher die neoliberale Grundtendenz oder mehr die sozialstaatlichen Tendenzen Vorrang gewinnen werden.

3. Die neoliberale Entwicklung birgt Gefahren des Übergangs zu einem dritten Entwicklungstyp, zu einem weitgehend *entzivilisierten Kapitalismus*. Offener »Terror der Ökonomie«, beschleunigter Abbau des Sozialstaats, Eindringen mafioser Strukturen in die legale Ökonomie, Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Autoritäre und polizeistaatliche Herrschaftsformen sind Erscheinungen, die bereits in der gegenwärtigen Realität auf die Möglichkeit einer Entwicklung des Neoliberalismus hindeuten, die jegliche Spuren liberaler Herkunft abwirft.

4. *Emanzipatorische Alternativen, die auf soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit zielen*, sind gegenwärtig eher noch Konzepte als Realität, nehmen jedoch bereits in Abwehrkämpfen und in Initiativen von alten und neuen sozialen Bewegungen rund um die Erde reale Gestalt an. Sie können an den sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Tendenzen vor allem in skandinavischen Ländern anknüpfen. Sie haben jedoch die Erfahrung der neunziger Jahre in Deutschland, der frühen achtziger Jahre in Frankreich und anderer Länder zu verarbeiten, dass bei Erhalt der kapitalistischen Grundstrukturen die Veränderung der Kräfteverhältnisse schnell zur Rücknahme sozialer Reformen und zum Umschlag in ihr Gegenteil führen kann.

Auf Weltsozialforen und in alltäglichen Kämpfen zeichnen sich Formen solidarischer Ökonomie und erneuerter Demokratie ab. Selbstbestimmung über das eigene Leben in sozialer Sicherheit und Würde, Ansprüche auf sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen individueller Freiheit sind das Verlangen von Millionen Menschen. Es entstehen Projekte, in denen diese Maßstäbe angestrebt werden. In einzelnen Ländern versuchen alternative Kräfte, auch durch die Beteiligung an Regierungen, die Grenzen des gegenwärtigen Kapitalismus in Frage zu stellen,

hinauszuschieben und eine Transformation der gegenwärtigen Gesellschaften zu mehr Freiheit, Gleichheit und Solidarität in Frieden einzuleiten.

Ein modernes Verständnis des demokratischen Sozialismus fasst diesen als einen transformatorischen Prozess auf, der mitten in den gegebenen bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen beginnt und in einer voraussichtlich langen Abfolge von kleinen und größeren Schritten und Brüchen auf die Überschreitung der kapitalistischen Grenzen zielt.

Vorerst bestimmt – vor allem durch die USA getragen – der neoliberal geprägte Kapitalismus die postfordistische Entwicklung der westlichen Welt seit den siebziger Jahren. Abzuwarten bleibt, wie sich die Entwicklung in China und Indien vollziehen wird.

Zunächst wurde hier die Verknüpfung der kapitalistischen Globalisierung mit einer einschneidenden Veränderung der Regulationsweise als ein erster charakteristischer Grundprozess des neoliberalen Kapitalismus behandelt. Dessen Analyse ist jetzt durch die Betrachtung eines zweiten Grundprozesses und seine Wirkung auf die Umwelt zu vertiefen. Ist die veränderte Regulationsweise allgemein durch ein gravierend gewachsenes Gewicht der Weltmärkte im Verhältnis zu sozialstaatlichen Interventionen gekennzeichnet, so haben innerhalb des Gefüges der Weltmärkte die Finanzmärkte einen so rasanten Bedeutungszuwachs erfahren, dass von einem *finanzdominierten Kapitalismus* oder *Finanzmarkt-Kapitalismus* gesprochen werden kann.

## **2. Finanzdominierter Kapitalismus**

Die Krise des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, des Fordismus, nahm – für das Kapital besonders empfindlich – die Gestalt einer Wachstumskrise an. Auf den Binnenmärkten konnte das Kapital seit den siebziger Jahren nicht mehr die zuvor realisierten Wachstumsraten und Profitmargen erreichen. Als Reaktion darauf setzte sich die dem Kapitalismus generell eigene Expansion beschleunigt durch, gewann die Globalisierung mit den im letzten Abschnitt skizzierten neuen Qualitäten ein erstrangiges Gewicht und wurden die Finanzmärkte in einem Ausmaß wie nie zuvor zu bevorzugten Kapitalanlagesphären.

### *2.1. Herausbildung und Folgen des Finanzmarkt-Kapitalismus*

*In das Zentrum der neuen globalen Regulations- und Akkumulationsweise trat ein exklusiver Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte im Verhältnis zu allen anderen Märkten, zu den Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten. Das gewachsene Gewicht der Finanzmärkte, die neue Zentralität der Finanzinvestitionen im Verhältnis zu produktiven Investitionen, die Rolle des shareholder value als Orientierungsmaßstab für Kapitalrentabilität sprechen dafür, das finanzdominierte Akkumulationsregime und die finanzorientierte Regulationsweise als ein zweites*

*wesentliches Strukturmerkmal des neoliberalen Kapitalismus anzusehen – mit dem ersten eng verbunden.*

Finanzmärkte sind zu den Avantgarde-Märkten globaler Liberalisierung geworden. Denn sie sind am radikalsten nationalstaatlicher oder gar zivilgesellschaftlicher Kontrolle entzogen, am meisten abgekoppelt von nationalen Volkswirtschaften und am meisten gleichgültig gegenüber sozialen Verpflichtungen und ökologischer Nachhaltigkeit. Ihr Wachstum erfolgt mehrfach schneller als das der Warenmärkte und der übrigen Dienstleistungsmärkte.

In der kritischen ökonomischen Literatur wird dieser Wandel als Übergang zu einem »finanzgetriebenen Akkumulationsregime« (Aglietta, 2000; Boyer, 2000) oder als »finanzdominiertes Akkumulationsregime« (Chesnay, 2000) oder als »Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes« (Aglietta, 2000) bezeichnet.

In das Zentrum des neoliberal geprägten Kapitalismus ist jene Fraktion von Kapitaleigentümern und von Managern gerückt, die die Verfügung über hochkonzentriertes Geldkapital hat: die Großbesitzer und Fondsmanager der internationalen Banken, der großen Versicherungsgesellschaften und des neuen Unternehmenstyps der institutionellen Anlagen oder Vermögensfonds. Damit hat sich das [zentrale Eigentumsverhältnis] verändert, jenes Verhältnis, das Ziel, Mittel und Dynamik der gesellschaftlichen Reproduktion sowie Akkumulationsregime und Regulationsweise des Kapitalismus in konkret-historischen Phasen oder »Formationen« seiner Entwicklung bestimmt.

Im Kapitalismus der freien Konkurrenz – der ersten Formation kapitalistischer Entwicklung – war dessen Zentralfigur der Unternehmer in der Produktion, der auf dem Markt der vielen Konkurrenten keinen bestimmenden Einfluss hatte. Das einzelkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, dessen Daseinsform die freie Konkurrenz war, dominierte.

Eingeleitet durch die Große Depression 1875-1893, der ersten großen Regulationskrise in der Geschichte des Kapitalismus, vollzog sich der Übergang zu einer durch ökonomische Machtkonzentration bestimmten zweiten Entwicklungsphase oder Formation des Kapitalismus. Zur zentralen Form des Kapitals in dieser Entwicklungsphase wurde das Monopol, in der Marktformenlehre meist als Oligopol bezeichnet. Das Monopoleigentum wurde bestimmend, Kartelle, Syndikate und Konzerne dominierten den Verlauf der Reproduktion.

Die Größe der Monopolunternehmen und ihre Dynamik erforderten eine enorme Mobilisierung von Geldkapital für Investitionen. Das führte zu einem außerordentlichen Bedeutungszuwachs der Banken. »Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.«, schrieb Rudolf Hilferding und arbeitete die damit entstehende neue Rolle der Banken heraus: »Die Mobilisierung des Kapitals und die stets stärkere Ausdehnung des Kredits ändert allmählich die Stellung der Geldkapitalisten vollständig. Die Macht der Banken

wächst, sie werden Gründer und schließlich die Beherrscher der Industrie.« (Hilferding, 1947: 306 f.) Lenin schrieb über diesen Prozess: »Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.« (Lenin, 1960: 230) *Das Monopol nahm finanzkapitalistischen Charakter an.*

In dieser Entwicklungsphase des monopolistischen Kapitalismus erfuhr der Expansionismus des Kapitals neue Impulse, wurden imperiale Tendenzen stärker und mündete imperialistische Politik in zwei mörderische Weltkriege. Bei der Finanzierung der Unternehmen allerdings war das mit ihm verwachsene Bankkapital zwar an höchstmöglichen Profiten interessiert, drängte jedoch zugleich auf längerfristige Sicherheit der Kapitalanlagen und Stabilität der Industrieunternehmen. »Die Präferenzen einer Gläubiger-Bank lassen sich relativ einfach beschreiben: Die Bank hatte ein Interesse an der Kartellierung von Märkten, um durch eine Begrenzung der Konkurrenz die Ertragslage der Unternehmen langfristig zu stabilisieren; weiterhin war die Bank gegenüber dem Schuldner ein risikoaverser Vertragspartner, der versuchte, die Manager vor allzu riskanten Geschäften abzuhalten. Die Kredite der Banken waren geduldiges, kontrollierendes und risikoaverses Kapital.« (Windolf, 2005: 5)

*Ein finanzbestimmter Monopolkapitalismus – ein Finanz-Monopolkapitalismus – hatte sich herausgebildet, in dem das Finanzkapital allerdings, verschmolzen mit dem Industriekapital, an dessen langfristigem stabilem Wachstum zentrales Interesse hatte.*

Doch eine solche Stabilität war nicht erreichbar. Dem ersten Weltkrieg folgten in einer Reihe von Industrieländern Nachkriegsinflationskrisen, die erst allmählich von dem kurzen Aufschwung der »Goldenen Zwanziger« abgelöst wurden, der wiederum in die Weltwirtschaftskrise 1929/32 mündete. Die zweite große Regulationskrise, die bis in den zweiten Weltkrieg hinein andauerte, forderte Reaktionen der Machteliten auf das offenkundige Versagen der inzwischen vorwiegend monopolistischen Konkurrenz heraus, die statt zu volkswirtschaftlichen Gleichgewichten in die tiefste Krise der Geschichte des Kapitalismus führte.

Unter dem Druck dieser Erfahrung und der Kämpfe der Arbeiterbewegung bildeten sich in Gestalt des New Deal in den USA und wohlfahrtsstaatlicher Regulierung des Kapitalismus in nordischen Ländern ein Verteilungskompromiss zwischen Kapital und Arbeit und sozialstaatlichen Ergänzungen des Marktmechanismus heraus. In Deutschland, Italien, Japan und weiteren Ländern dagegen entwickelten sich nationalsozialistische bzw. faschistische und militaristische Diktaturen, die den Weg der Kriegsvorbereitung beschritten und in den zweiten Weltkrieg einmündeten. Erst unter dem Druck des Schocks durch Weltkrieg und Holocaust und in der Konkurrenz mit dem staatssozialistischen System setzte sich in den zweieinhalb Nachkriegsjahrzehnten in der westlichen Welt ein sozialstaatlich regulierter Kapitalismus durch, der atlantische Fordismus.



Der fordistische wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus war die dritte konkret-historische Gestalt oder Formation in der kapitalistischen Entwicklung. Für den fordistischen Kapitalismus waren ein kräftiges Wirtschaftswachstum, industrielle Massenproduktion und Massenkonsumtion, auf dieser Grundlage tendenzielle Vollbeschäftigung und die Finanzierbarkeit sozialer Reformen kennzeichnend. Allerdings war von dieser Entwicklung die Mehrheit der Menschen in den ärmeren Ländern ausgeschlossen, und es dominierte in ihr das Modell des männlichen Familienernährers.

In den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts geriet auch diese spezifische Formation des Kapitalismus in eine Krise, in die Krise des Fordismus. Sie ist die dritte große Regulationskrise in der Geschichte des Kapitalismus.

Der aus ihr hervorgegangene neoliberale Kapitalismus ist die vierte Formation oder Gestalt in der Entwicklung des Kapitalismus. Das finanzdominierte Akkumulationsregime der Gegenwart unterscheidet sich von der früheren engen Verflechtung des Industriekapitals mit dem Bankkapital vor allem durch eine starke Entkopplung zwischen produktivem Kapital und dem Finanzkapital, das auf den Finanz- und Devisenmärkten in hohem Maße spekulativ angelegt wird. Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bezog sich beispielsweise schon 1998 weniger als ein Prozent des Derivatemarktes auf stoffliche Güter. Der weltweite Börsenhandel stieg im Zeitraum zwischen 1980 und 2000 auf das 187fache. Die Aktien verbleiben nicht so lange wie früher in der Hand eines Aktionärs, sondern wechseln in der Hoffnung auf Spekulationsgewinne schnell die Eigentümer. Das Interesse an Dividenden, die aus einer langfristig stabilen Entwicklung von Unternehmen resultieren, tritt hinter die Spekulation auf den Anstieg der shareholder value, also des Kurswerts der Aktien, zurück. Innerhalb von Minuten und Stunden können im Gefolge von Kursschwankungen der Wertpapiere und Devisen Milliarden verloren oder gewonnen werden. Hektik und Kurzfristigkeit bestimmen die Entwicklung – in einer Situation, in der tiefgreifende Umbrüche langfristigen strategischen Umgangs mit dem Wandel der Bedingungen bedürfen.

Private-Equity-Fonds haben sich auf die Übernahme, den Umbau und Wiederverkauf von Unternehmen spezialisiert. Nicht deren langfristige Entwicklung, sondern Kauf, Durchrationalisierung, Zerlegung oder Fusionierung und Restrukturierung innerhalb weniger Jahre bis zum Wiederausstieg ist ihre Handlungsmaxime. Hedge-Fonds sind riesige Investmentgesellschaften, die kaum kontrolliert durch die Finanzaufsicht aus der Spekulation auf die Kursentwicklung von Aktien, Rohstoffen und Anleihen Profite schlagen und gegenwärtig besonders aggressiv in den Private-Equity-Bereich einsteigen. Vulture-Fonds (Geier-Fonds) haben sich auf den Kauf fast oder vollständig insolventer Firmen spezialisiert, um im Stil von Leichenfledderern von deren Restbeständen und der Chancenlosigkeit ihrer Gläubiger zu profitieren.

Die Wirkung des Finanzmarkt-Kapitalismus auf den Reproduktionsprozess ist zutiefst widersprüchlich. Einerseits erlauben internationale Kreditmärkte und die

internationale Emission von Aktien und anderen Wertpapieren die Finanzierung von Boomphasen wie vor 1987 in Südostasien und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in der New Economy vor allem in den USA und anderen Industrieländern.

Andererseits führt der Finanzmarkt-Kapitalismus zu erheblichen Reichtumsverlusten und sozialen Katastrophen. Überproportionale Finanzinvestitionen verringern die Kapitalinvestition in produktiven Sphären der Gesellschaft. Wenn solche Investitionen aber doch mit hohen spekulativen Erwartungen stattfinden und dies zum Entstehen und schließlich zum Platzen von Spekulationsblasen führt, wird offenbar, das Hunderte Milliarden Dollar investiert wurden, ohne dass Nachfrage nach den aufgeblähten Angeboten vorhanden ist. Dann werden durch den Bankrott von Firmen, durch Nichtauslastung von Kapazitäten, Währungsabwertungen und den Fall von Aktienkursen und Immobilienpreisen Vermögen bis zu Hunderten Milliarden Dollar vernichtet (Stiglitz, 2003: 48) und die Verluste in der Regel durch Entlassungen, Lohnsenkungen und Sozialabbau der Bevölkerungsmehrheit aufgebürdet (Huffschmid, 2002: 183).

Zur Veränderung der Regulationsweise gehört, dass das hochmobile Finanzkapital ebenso schnell aus Ländern und Regionen abgezogen werden kann, wie es dort hin fließt. Das macht Regierungen steuer-, sozial- und umweltpolitisch erpressbar. Die Entwicklung von Wirtschaftsstrukturen wird immer weniger von Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren und immer mehr von Entscheidungen in den Führungsetagen der Banken und Investmentfonds abhängig. Strategische Gemeinwohlinteressen treten in den Hintergrund, da die Fondsmanager mit kurzfristigen Horizonten handeln. Nachhaltige Zukunftsstrategien geraten unter die Räder der Finanzmärkte.

## *2.2. Finanzmärkte und Umwelt*

Eine Re-Regulierung der Finanzmärkte ist nicht zuletzt deshalb dringlich, weil ihre Funktionsweise erheblich zur Destabilisierung der Naturkreisläufe beiträgt. Drei Grundeigenschaften der Finanzmärkte vor allem kollidieren mit Erfordernissen der Nachhaltigkeit: die Kurzfristigkeit ihrer Maßstäbe, die Unterkomplexität ihres Wirkungsmechanismus oder die Eindimensionalität der Entscheidungsmaßstäbe und das extreme Tempo der Prozesse auf diesen Märkten.

*Erstens:* Naturkreisläufe haben einen langen Atem. Wenn gegenwärtig die Grundregeln nachhaltiger Entwicklung verletzt werden, wenn also mehr nichterneuerbare Ressourcen verbraucht werden als durch erneuerbare ersetzt werden können, wenn der Verbrauch von erneuerbaren Potenzialen ihr Nachwachsen übersteigt und wenn der Umweltraum nicht gerecht verteilt wird, reichen die Wirkungen weit in das Leben kommender Generationen hinein. Die Treibhausgasemissionen von heute werden das Klima über Jahrzehnte beeinflussen. Radioaktiver Atommüll ist eine Gefahr über Jahrtausende.

Der Übergang von einer fossilistisch-atomaren Energiewirtschaft zu einer sola-

ren Energiewirtschaft muss die Erschöpfung von Öl, Gas und Kohle, die in absehbaren Jahrzehnten eintreten wird, schon gegenwärtig in Rechnung setzen.

Kurz, Nachhaltigkeit im Umgang mit den Naturverhältnissen erfordert einen weiten Zeithorizont. Aber just in der Lage extremen Bedarfs in der Umweltpolitik und auf anderen Politikfeldern nach verantwortlicher politisch-strategischer Gestaltungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure explodieren die Finanzmärkte, auf denen Minuten- und Stundenhorizonte über Milliardenengeschäfte entscheiden und die das Gegenteil von strategischen Institutionen sind. Der auf den Finanzmärkten von den Gewinnern realisierte Reichtum lebt von Barrikaden gegen Zukunftsstrategien nachhaltiger Entwicklung.

Die schnelle Umschlagzeit von Finanzinvestitionen im Unterschied zu langen Umschlagzeiten von Investitionen in Produktionsanlagen steigert die in der Finanzsphäre erreichbaren Profitraten und vor allem den shareholder value weit über die in Produktion und humanorientierten Dienstleistungen erreichbaren Rentabilitätsmargen hinaus. Erst recht gilt das im Verhältnis zu vielen Umweltinvestitionen, deren wahre Effizienz häufig erst in der Vermeidung langfristiger Umweltschäden sichtbar wird. Das trägt erheblich zur Unterakkumulation in Bereichen des ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft bei.

*Zweitens* wirkt der Finanzmarkt-Kapitalismus durch die Unterkomplexität seiner Wirkung negativ auf die soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Nachhaltige Umweltproduktion erfordert die Beachtung extrem komplexer Zusammenhänge (Kommission für Umwelt und Entwicklung, 1988: 52ff.). Die verschiedenen Umweltbelastungen stehen in Wechselwirkung miteinander, beispielsweise CO<sub>2</sub>-Emissionen, Klimawandel, Wetterkatastrophen, Entwaldung, Wüstenbildung und Artenverluste. Umwelt und Wirtschaft korrespondieren miteinander in konflikthafter Weise. Fossilistische Energiewirtschaft gefährdet das Klima. Dessen Wandel trägt zu Bodenverlusten bei; düngungsintensive Landwirtschaft belastet die Wasserqualität und führt zu Raubbau an Wäldern; die dramatische Reduzierung der tropischen Regenwälder hat schwerwiegende Folgen für das Klima.

Umwelt- und Wirtschaftsentwicklung sind wiederum mit sozialen und politischen Faktoren verbunden. Viele Umweltschäden betreffen besonders die armen Länder, ihre Bevölkerung und vor allem Frauen und Kinder. Das schnelle Bevölkerungswachstum in großen Erdregionen belastet umgekehrt die Umwelt. Langfristig auftretende Umweltschäden werden in der betrieblichen Kostenrechnung externalisiert – mit der Folge größerer Rücksichtslosigkeit im Umgang mit der Natur.

Die Dominanz der Finanzmärkte hat vor allem deshalb entwicklungs- und umweltschädigende Wirkungen, weil sie für hochkomplexe, vieldimensionale gesellschaftliche und Naturprozesse noch mehr als der Kapitalismus ohnehin schon immer einen einzigen eindimensionalen Entscheidungsmaßstab diktiert: den Maßstab des Geldes, der Verwertung des Geldkapitals.

Längst ist die Kombination ganz unterschiedlicher Entscheidungskriterien überfällig: Selbstbestimmung jeder und jedes einzelnen über das eigene Leben,

Solidarität mit anderen, ökonomische Effizienz und sozial-ökologische Nachhaltigkeit, Verteilungs-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit. Doch mehr als je zuvor ist mit der Orientierung wirtschaftlicher Entscheidungen an der Bewegung der Aktienkurse das Geld oder genauer die Verwertung des Geldkapitals zum zentralen Maß aller Dinge geworden. Aber dieser Maßstab ist untauglich dafür, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die Reproduktion der ökologischen Gleichgewichte, Gesundheit und Bildung auf bestmögliche Weise zu sichern.

*Drittens* wirken die Finanzmärkte dadurch destruktiv auf die Umwelt, dass sie ökonomische Prozesse enorm beschleunigen. Innerhalb von Stunden können auf den Aktien-, Wertpapier- und Devisenmärkten Milliarden Gewinne gemacht oder Milliarden verloren werden. In kurzen Rhythmen müssen börsennotierte Unternehmen hohe Gewinne und Dividenden nachweisen, wenn die Aktienkurse nicht einbrechen sollen. Beschleunigung ist das Markenzeichen der Finanzmärkte.

Nachhaltigkeit bedarf dagegen der Entschleunigung, der Akzeptanz langer Umschlagzeiten des Kapitals, langer Nutzungsdauer der Güter statt hektischer Jagd nach der Ersetzung des Neuesten durch das Allerneueste. Sie bedarf der Reparatur- und Wiederverwendungsfähigkeit von Produkten oder Teilen davon.

### *2.3. Re-Regulierung der Finanzmärkte als Grundelement demokratischer Alternativen*

*Aus der finanzdominierten Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus folgt, dass demokratische Alternativen der Deformation der Gesellschaft begegnen müssen, die darin besteht, dass Produktionsentwicklungs- und Dienstleistungsangebote unter das Diktat der Finanzmärkte geraten sind. Sie müssen vom shareholder value als oktroyiertes Maß für die Entwicklung der Gesellschaft befreit werden. Dies ist eine weitere Klammer, die linken Alternativen eine Orientierung gibt.*

- Erstens müssen eine größere Transparenz der Banken gegenüber der Öffentlichkeit und der staatlichen Bankenaufsicht, die Einführung hoher Eigenkapitalreserven der Banken bei der Vergabe von Krediten mit großen Risiken oder unklaren Verwendungszwecken und eine starke Mithaftung der Finanzanleger erreicht werden, um spekulativen Transaktionen entgegenzuwirken.
- Zweitens sollten die Einführung einer Börsenumsatzsteuer auf kurzfristige Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, eine spürbare Umsatzsteuer auf kurzfristige Geldmarktgeschäfte von Nichtbanken und Maßnahmen der Beschränkung des Derivatenshandels zur Entschleunigung auf den Wertpapiermärkten führen.
- Drittens sind Übereinkommen zur Abwehr kurzfristiger Wechselkursschwankungen und zur Lenkung kurzfristiger Kursrelationen zwischen Dollar, Euro und Yen und der mit ihnen verbundenen Währungen wichtig, um Währungsspekulationen einzudämmen. Eine Steuer auf Devisenumsätze, die Währungsspekulationen verteuert, kann dazu erheblich beitragen.

Die kurzfristig auf den Finanzmärkten realisierbaren Höchstprofitraten und die Steigerung des shareholder value als das wahre Maß der Finanztransaktionen bilden den radikalsten Gegenpol zu einer Gesellschaft, in der der Mensch als ihr »wirklicher Reichtum« und neben ihm die Natur als große Quelle des Reichtums gilt. Deshalb müssen alle Kämpfe um sozial gleiche Teilhabe für jede und jeden an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde mit einer demokratischen Re-Regulierung der Finanzmärkte verbunden werden.

### **3. Ökonomie der Enteignung**

Zu den neuen Grundcharakteren oder Grundprozessen des neoliberal geprägten Kapitalismus zählt die Herausbildung einer »Ökonomie der Enteignung« (Harvey, 2003; Zeller, 2003). Natürlich schloss die gesamte Geschichte des Kapitalismus Enteignungsprozesse ein. Der Kapitalismus trat mit kolonialen Eroberungen, mit räuberischem Handel, Ausbeutung durch das Wucherkapital, mit der Vertreibung von Bauern vom Gemeindeland oder eigenem Boden zugunsten junkerlicher oder kapitalistischer Bewirtschaftung großer Bodenflächen in die Geschichte.

Kapitalistisches Eigentum schließt stets die Aneignung eines Teils des von den Lohnabhängigen produzierten oder realisierten Neuwerts durch die Kapitaleigentümer ein. Dieser permanente Enteignungsprozess ist der Sinn jeder Kapitalanlage. Kein Unternehmer würde ohne solchen Vorteil Arbeitskräfte einstellen.

#### *3.1. Ein neuer Schub der Enteignung*

Seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts gewinnt dieser Aneignungsprozess jedoch neue Qualitäten. Im Vergleich zum Wachstum des Weltsozialprodukts im Zeitraum 1950-1973 fand in den Jahrzehnten seitdem eine Halbierung des globalen Wachstums statt (Afheldt, 2003: 127). Im Europa der 15 blieb in jedem Jahrzehnt nach 1960 der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts etwa gleich groß, obwohl gemessen am Umfang des Bruttoinlandsprodukts die Volkswirtschaft beispielsweise in der Bundesrepublik im Jahr 2003 auf das 3,9fache im Vergleich zu 1960 angewachsen ist – mitsamt der Größe der zu lösenden Aufgaben. Die verringerten Wachstumsraten in den meisten OECD-Ländern sind ein Hintergrund für die »Akkumulation durch Enteignung«. Denn die Profite lassen sich nicht mehr so stark wie in den »goldenen« Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg durch hohe Zuwachsraten in der Produktion erhöhen, nicht mehr bei gleichzeitiger beträchtlicher Steigerung von Profiten und Masseneinkommen. Die Wachstumsverlangsamung führt vielmehr zu einer neuen Welle der Enteignung, um die Grenzen des Wachstums zu kompensieren. Der fordistische Verteilungskompromiss wird aufgekündigt, in dem die Hinnahme der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse durch die Bevölkerungsmehrheit mit deren Beteiligung am Zuwachs

des gesellschaftlichen Reichtums, sozialstaatlichen Leistungen und repräsentativer Demokratie erkaufte wurde. Seit den siebziger Jahren ist dieser Klassenkompromiss zerbrochen. Die zeitweilig in den Industrieländern mehr oder weniger verdeckten Klassenstrukturen treten wieder offen zu Tage. Die alte soziale Frage ist wieder in die Zentren des Kapitalismus zurückgekehrt. Die »Dritte Welt« ist nicht mehr allein im »Süden«, sondern erneut auch im »Nordwesten« lokalisiert.

Enteignungsprozesse vollziehen sich wie in früheren Phasen kapitalistischer Entwicklung durch Druck auf die Masseneinkommen. Aber dieser Druck wird erheblich verstärkt. Die Massenarbeitslosigkeit schwächt die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen. Der Niedriglohnsektor wird ausgeweitet. In prekären Arbeitsverhältnissen sind in Deutschland 6,5 Millionen Menschen beschäftigt. Die Sozialeinkommen werden gekürzt. Die nominalen Einkommenszuwächse der Lohnabhängigen werden in der Bundesrepublik durch Preissteigerungen wieder aufgeessen. Für viele führt das zu sinkenden Realeinkommen.

Ein globales Kernprojekt des Neoliberalismus für die nächsten Jahrzehnte ist die Privatisierung des Öffentlichen auf der ganzen Linie: Privatisierung bisher öffentlichen Eigentums an Wirtschaftsressourcen, öffentlicher Güter, öffentlicher Daseinsvorsorge, öffentlicher Räume und von Entscheidungen, die bisher in gewissem Maße öffentlichem Einfluss unterlagen.

Nach OECD-Angaben wurden in den Mitgliedsstaaten dieser Organisation der entwickelten Industrieländer zwischen 1990 und 2001 durch den Verkauf öffentlichen Eigentums Privatisierungserlöse von über 600 Milliarden US-Dollar erzielt, in der Bundesrepublik mehr als 25 Milliarden Euro (OECD, 2002: table 1). Das betraf u.a. die Privatisierung von Produktionsunternehmen, öffentlichen Verkehrsbetrieben, Unternehmen der Kommunikation, Wasser- und Energieversorgung sowie Müllentsorgung, Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen, Sparkassen und kommunalen Wohnungsbeständen. Deren Privatisierung durch Verkauf an internationale Investmentfonds beispielsweise nimmt den Kommunen die Möglichkeit sozialer Mietgestaltung für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Die Mieterinnen und Mieter verlieren frühere Sicherheiten, wenn die Investoren ihr investiertes Kapital durch Luxussanierungen und Mieterhöhungen, durch Verkäufe an die Mieter selbst oder Weiterverkauf an andere institutionelle Anleger verwerten.

In den so genannten Entwicklungsländern hält die Privatisierung von Gemeinboden an, den die Bauern bisher kostenlos nutzten. Häufig führt das zum Ruin der Kleinbauern und zu ihrer Verdrängung in städtische Slums.

Öffentliche Güter sind solche, von deren Gebrauch niemand ausgeschlossen werden kann und an deren Nutzung im Prinzip beliebig viele Menschen teilhaben können, ohne dass ihre Qualität gemindert wird. (Beispielsweise Bildung, kulturelles Erbe, öffentliche Sicherheit). Darüber, welche Güter als öffentliche zu betrachten sind, für welche Güter also die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich gewährleistet werden soll, entscheidet in politischen Kämpfen das Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen Interessengruppen.

Der öffentliche Charakter einer Reihe von Gütern wie Wasser, Wald, Klimastabilität, Aufnahmefähigkeit der Natur für Emissionen und Biodiversität scheint naturgegeben zu sein. Aber Wasserressourcen werden privatisiert und sind in vielen Ländern zum Objekt von Kämpfen um eine der elementarsten Lebensbedingungen geworden. Bisher frei nutzbare Natur als öffentliches Gut wird durch die Vergabe von Lizenzen und Zertifikaten zur Ausbeutung von Naturressourcen bzw. Belastung von Natursenken in privat verfügbares Eigentum an nunmehr privaten Gütern verwandelt. Durch die Patentierung von pflanzlichen, tierischen und auch menschlichen Genen werden Grundbausteine des Lebens zu einer Art Monopoleigentum und zu Profitquellen von Pharmaunternehmen, medizinischen Einrichtungen, Saatgut- und Lebensmittelkonzernen.

Andere, erst in langen Kämpfen zu öffentlichen Gütern gewordene Elemente des Reichtums wie Bildung, historisch entstandenes Wissen, Information, Kultur und Gesundheit sind gegenwärtig ebenfalls Objekte neoliberaler Privatisierungsstrategien. Durch Arztgebühren, Zuzahlungen bei Medikamenten und Kürzung der durch die Krankenkassen bezahlten Leistungen findet eine fortschreitende Privatisierung der Kosten im Gesundheitswesen zu Lasten der Patienten statt. Die Ausweitung privater Bildungseinrichtungen und Gebühren für Bildungsleistungen verstärken in Deutschland die Abhängigkeit erworbener Bildung vom sozialen Status. Auch im Bildungswesen vollziehen sich auf solche Weise Enteignungsprozesse, die die Teilhabe an Bildung betreffen.

Öffentliche Daseinsvorsorge für den Krankheitsfall und für das Alter, für Wasserver- und -entsorgung, Abfallbeseitigung, Mobilität und Schutz vor Kriminalität setzt nicht zwingend öffentliches Eigentum voraus, nicht unbedingt die Erbringungspflicht durch den Staat selbst. Der Staat hat jedoch dafür zu sorgen, dass »Güter, die für die menschliche Existenz wesentlich sind« (Alt Vater), den einzelnen mit Sicherheit zur Verfügung stehen. Er hat zu garantieren, dass alle Patienten unabhängig von ihrem Einkommen alle notwendigen medizinischen Leistungen erhalten, dass Altersarmut ausgeschlossen wird usw. Aber die öffentliche Daseinsvorsorge ist am sichersten gestützt auf öffentliches Eigentum zu leisten. Doch die öffentliche Daseinsvorsorge wird ebenfalls zur Disposition gestellt und im Namen der Befreiung der Bürgerinnen und Bürger von staatlicher Vormundschaft Schritt für Schritt in Privatvorsorge verwandelt. Die durch die Regierung Schröder beschlossene Senkung von Unternehmerbeiträgen in der Rentenversicherung zu Lasten einer Teilprivatisierung der Altersvorsorge beispielsweise bürdet den künftigen Rentnerinnen und Rentnern auf, was im Namen der Senkung von Lohnnebenkosten den Unternehmern erlassen wird.

Enteignungsprozesse finden ferner in größtem Stil beim staatlichen Schuldendienst zu Gunsten der Großgläubiger und im Gefolge von Finanzspekulationen zu Lasten der Verlierer statt.

Welche Güter öffentliches Eigentum sein sollten, was in den Kreis öffentlicher Güter gehören sollte, was die Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge sein müs-

sten, welche Rolle öffentlichen Räumen zukommen soll – das alles sind Fragen, die in öffentlichen Diskursen immer wieder neu zu entscheiden sind und deren Beantwortung gegen neoliberale Privatisierungswut erkämpft werden muss. Die Öffentlichkeit von Entscheidungen selbst wird aber ständig in Entdemokratisierungsprozessen unterlaufen. Gerade über kostbarste öffentliche Güter wie den Frieden wird offen gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung entschieden. Und sogar der Krieg wird privatisiert. Und rund um die Erde bieten Private Military Companies staatlichen und privaten Kriegsparteien ihre Dienste bis zum Einsatz privater Söldnerarmeen an. Die USA und Großbritannien geben für das private Sicherheitsgewerbe bereits mehr aus als für die reguläre Polizei.

Der »Kulturimperialismus« enteignet Völker von ihren kulturellen Wurzeln und ihrer Geschichte, nicht selten sogar von ihrer Sprache.

Nicht allein biologisches Leben, sondern das Leben von Millionen Menschen als pulsierender sozialer und individueller Prozess wird auch außerhalb der Arbeit zum Objekt der Aneignung und Verfügung kapitalistischer Unternehmen. Immer mehr sind es kommerziell arrangierte Erlebnisse, die das Leben und den Lebensrhythmus von Millionen in erheblichem Maße bestimmen – nach dem Maß des Profits der Erlebnisanbieter: der Musikveranstalter, der Anbieter im Fernsehen, in den Printmedien, im Internet, in den Fußballstadien, in der Freizeit- und Touristikbranche und im Politikspektakel. Menschliche Beziehungen werden massenhaft vermarktet und zur Ware. Selbstbestimmung und Demokratie geraten auf immer neue Weise unter die Räder der Eigentums-, Verfügungs-, Verteilungs- und Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus.

Zur Ware wird rundum, was bisher außerhalb der Geldgeschäfte blieb. Rechte der Bürgerinnen und Bürger werden in Waren verwandelt, für die aus ungleich gefüllten Geldbeuteln zu zahlen ist. Bürger mutieren zu Kunden und unterliegen dabei vielgestaltigen Enteignungsprozessen.

Zusammengefasst: Der Reichtumszuwachs bei den Reichen und Superreichen ist nicht allein das Resultat der Reichtumsproduktion, sondern zunehmend auch das Ergebnis einer Ökonomie der Enteignung wachsender Teile der Bevölkerung in vielen unterschiedlichen Formen. Es vollzieht sich ganz offensichtlich ein neuer enormer Schub so genannter »innerer Landnahme«. So wie der Kapitalismus seine Herrschaftsräume durch Kolonialismus und Neokolonialismus, das heißt durch »äußere Landnahme« ausgeweitet hat und noch immer in Ressourcen-Kriegen ausweitet, tut er dies seit der Krise des Fordismus verstärkt auch im Innern.

### *3.2. Ökonomie der Enteignung und Umwelt*

Die Privatisierung bisher öffentlicher Güter und deren »In-Wert-Setzung«, das heißt Unterwerfung unter privatkapitalistische Verwertungsinteressen, betrifft in hohem Maße Naturressourcen, die bisher besonders für die lokale oder regionale Bevölkerung unentgeltlich zugänglich waren. Die »innere Landnahme« verändert die gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf weitreichende Weise.



Bio- und Genforschung dringen in bisher unerforschte Tiefenstrukturen der Materie und des Lebens ein. Die Patentierung ihrer Entdeckungen, aber sogar die Aneignung des pflanzlichen und tierischen Ausgangsmaterials – als seien konventionelle Pflanzen selbst Entdeckungen! – führt zur Konstituierung von exklusivem monopolistischem Eigentum an der Natur, verändert also die »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« in entscheidender Weise. Information und Wissen werden generell zu einem zunehmend zentralen Konfliktfeld (Brand, Görg, 2003: 47). Besonders trifft dies für die Naturverhältnisse zu, die das Aktions- und Verwertungsfeld der so genannten aufsteigenden Life Science Industries sind, der Konzerne in der Pharma-, Saatgut-, Pflanzenschutz- und Nahrungsgüterindustrie und von Forschungszentren im medizinischen und tiermedizinischen Bereich (Rifkin, 2001: 90 ff.).

Die Pharmaindustrie rechnet mit Milliardenprofitten durch die Einführung von neuen Medikamenten, die auf gentechnischen Patenten beruhen und neue Heilungschancen eröffnen, aber zugleich zu Lasten der sozial schwachen Einkommensschichten die Entwicklung zu einer Zwei-Klassen-Medizin verstärken. Mit tödlichen Folgen für Millionen Menschen ermöglichen die Patente, den armen Ländern die billige Nachahmung dringlich notwendiger Pharmazeutika zu untersagen.

Millionen Bauern geraten in Abhängigkeit von Saatgutkonzernen wie Monsanto, die auf den Patentschutz für ihr Saatgut gestützt den Bauern in Indien, auf den Philippinen und in anderen Ländern die Nutzung eigenen Saatgutes und den Saatgutaustausch untereinander untersagen und Zuwiderhandlungen polizeilich verfolgen lassen. Sie werden in den Ruin getrieben, wenn sie das Saatgut nicht kaufen können, das sie früher aus eigener Ernte verfügbar hatten. Traditionelle Saatgutpflege wird illegal durch Diebstahl an dem traditionellen Eigentümer.

Doch hier interessieren außer solchen sozialen Folgen »innerer Landnahme« die ökologischen Folgen. Die Aneignung genetischer Ressourcen führt über die Züchtung von Hohertragssorten zwar in vielen Bereichen zunächst zur Ertragssteigerung pro Hektar. Aber der effiziente Einsatz solcher teuren Sorten erfordert den Anbau auf großen Flächen, am besten von cash crops für den Export. Mit umweltschädigenden Folgen werden interkontinentale Transportströme mitsamt dem Energieverbrauch verstärkt. Die neuen Sorten benötigen überdies in der Regel mehr chemische Düngemittel und Pestizide, die ebenfalls die Umwelt belasten. Der damit einhergehende Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft stürzt nicht nur Hunderttausende kleine Bauern ins Elend, sondern verdrängt mit ihnen auch Anbauweisen, die die Pflege einer Vielfalt von Nutzpflanzen sichern. Die Intensivierung der Landwirtschaft führt zum Verlust an Genvielfalt. Monokulturen steigern die Anfälligkeit für Schädlingsbefall. Die Netze biologischer Interdependenzen werden gestört (Brand, Görg, 2003: 101ff.; Norberg-Hodge, 2003: 104ff.).

Enteignungsprozesse finden ferner in neuen Dimensionen dadurch statt, dass der tropische Regenwald, ein globales öffentliches Gut par excellence von höch-

ster Bedeutung für den Erhalt des klimatischen Gleichgewichts der Erde und für die Bewahrung der Arten- und Genvielfalt, rücksichtslos dezimiert wird. Dies erfolgt sowohl durch Raubbau seitens der internationalen Großexporteure von Hölzern und anderen Rohstoffen als auch der Latifundistas, die ihre Nutzflächen in den Wald vortreiben oder die Bauern von ihrem Boden vertreiben und sie so zu Brandrodungen nötigen, um weiter expandieren zu können.

Die Ökonomie der Enteignung nimmt ferner im umweltrelevanten Bereich die Gestalt der Privatisierung von Wasserressourcen an. Sie führt nicht allein in vielen Fällen zur Verteuerung des Wasserangebots und der Abwasserentsorgung durch Abgabendiktat seitens internationaler Wasserkonzerne und zur Ausschaltung bürgernahe kommunaler Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge. Am bekanntesten ist der Kampf um das Wasser in der bolivianischen Stadt Cochabamba geworden, wo ein von dem US-Konzern Bechtel angeführtes internationales Konsortium nach der Privatisierung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung die Wasserpreise ummehr als 100 Prozent erhöhte. Nachdem die Wasserkonzessionen unter dem Druck des Widerstandes der Bevölkerung gekündigt werden mussten, klagt nun Bechtel vor dem bei der Weltbank angesiedelten Schiedsgericht auf Schadensersatz gegen Bolivien (Hoering, 2001).

Für die Umwelt sind weitere Wirkungen der Privatisierung in der Wasserwirtschaft alarmierend. Lokale Wasserversorger tragen angesichts lokaler Umweltinteressen eine Mitverantwortung für den Schutz der Ressource Wasser. Mit der Liberalisierung im Wasserbereich und der Dominanz überregionaler Privatunternehmen wachsen die Möglichkeiten, einem mit Kosten verbundenen wichtigen Ressourcenschutz vor Ort zu Gunsten der Versorgung aus entfernteren Wasserressourcen auszuweichen. Kommunen geben Umweltschutzgebiete, aus denen sie Wasser gewinnen können, gestützt auf Fernbezug, zu Gunsten von Gewerbegebieten auf, da sie ja Wasser aus entfernteren Gebieten statt aus lokalen Wasserwerken erhalten können. Überdies beansprucht der Fernbezug einen höheren Energieaufwand.

Vorsorgender Ressourcenschutz für Grundwasser erfordert Investitionen auf lange Sicht. Das kurzfristige Gewinninteresse privater Unternehmen tendiert zur Vernachlässigung von langfristigem Ressourcenschutz (Umweltbundesamt, 2000).

Ein sehr ambivalentes Instrument der Umweltpolitik ist die Vergabe von Lizenzen oder Rechten zur Belastung der Umwelt. Aus markttheoretischer Sicht sind sie besonders geeignet zur Internalisierung bisher externalisierter Kosten in die betriebswirtschaftliche Rechnung. Andererseits können sie, wenn sie erst einmal nicht nur kostenlos verteilt sind, sondern wenn sie später gehandelt werden, von besonders finanzkräftigen Großunternehmen am leichtesten erworben werden und verleihen ihnen damit vorrangige Rechte zur Aneignung der Natur bzw. ihrer Senken. Zudem ist mit der Vergabe von Verschmutzungsrechten – beispielsweise von CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten – die Gefahr der Zurückdrängung sehr wirksamer Instrumente wie Ver- und Gebote oder Erneuerbare-Energie-Gesetze verbunden. Vor

allem aber führt die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten dazu, dass Länder, die diese Rechte wegen ihrer Wirtschaftsschwäche gar nicht ausnutzen können, sie profitabel an andere Länder verkaufen werden, die sich damit von Emissions-senkungen freikaufen können. Hermann Scheer rechnet damit, dass beispielsweise Russland durch den Verkauf nicht ausgeschöpfter Emissionszertifikate bis 2012 jährlich einen Erlös von etwa 3,5 Milliarden Dollar erreichen kann, ohne dass damit seine Umweltpolitik erfolgreicher wird (Scheer, 2005: 186 ff).

Der 2005 eingeleitete Handel mit Emissionsrechten betrifft in Deutschland vorerst 1200 Unternehmen und 1849 Anlagen. Scheer erwartet, dass der bürokratische Aufwand der Emissionshandelsstelle, der je Projekt Kosten von etwa 250.000 Dollar verursachen wird, für kleine Unternehmen zu hohen Anteilen der Transaktionskosten am Umsatz führt und damit eher die Tendenz zu umweltbelastenden Großprojekten fördern wird (ebenda: 189).

Die Ökonomie der Enteignung ist also, so lautet ein Zwischenfazit, mit einem weit reichenden Wandel der gesellschaftlichen Naturverhältnisse verbunden. Sie führt zu einer erheblichen Vertiefung der Umweltkrise in unterschiedlichen Erscheinungsformen.

*3.3. Aneignung der eigenen Lebensbedingungen statt Ökonomie der Enteignung*  
Alternative Projekte des Einstiegs in einen emanzipatorischen, von Bürgerinnen und Bürgern selbstbestimmten Entwicklungspfad werden daher nur unter einem *dritten gemeinsamen Grundnenner* erfolgreich sein: *Sie werden dann transformatorischen Charakter gewinnen, wenn sie diesem Privatisierungs- und Enteignungsprozess die Aneignung oder Wiederaneignung der eigenen Lebensbedingungen durch die Individuen und kollektiven Akteure entgegensetzen.* Entscheidend wird, wie weit jene, die bisher im gesellschaftlichen »Aus«, im »Unten« gehalten werden, zu aktiven Subjekten der Aneignung der Grundgüter eines selbstbestimmten Lebens werden. Alternative Projekte werden nur dann eine höhere Formation gesellschaftlicher Entwicklung vorbereiten können, wenn der Reichtumszuwachs in der Gesellschaft nicht zu Lasten von Freiheitsräumen der Einzelnen geschieht, sondern individuelle und gesellschaftliche Entwicklung zugleich gefördert werden.

Gegenwärtig geht rund um die Erde die Entwicklung dahin, dass die Gerechtigkeit geschleift wird. Liberalisierung und Privatisierung bedeuten Aneignung nicht allein der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Naturressourcen durch das Kapital und die politischen Eliten. Das heißt Aneignung aller Lebensbedingungen und des bestimmenden Einflusses auf das Leben der Menschen selbst durch die ökonomisch und politisch Herrschenden.

Alle alternative Politik hat einen Gegenpol deutlich erkennbar zu machen. Gerechtigkeit muss zum Maß der Reformpolitik werden – jeder und jedem sozial gleiche Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit! Das erfordert, dass die Linke ihren früher verbreiteten Begriff des Eigentums – weit-

gehend reduziert auf das Eigentum an Produktionsmitteln – im Hegelschen Sinne in einem weiterten Eigentums- und Aneignungsbegriff »aufhebt«.

Gewiss bildet das Eigentum an Wirtschafts-, Wissenschafts- und Naturressourcen weiter den Kern des Kapitaleigentums in kapitalistischen Gesellschaften. Aber allein der Umstand, dass Geldvermögen im Umfang von Hunderten Billionen Dollar sich ausschließlich auf internationalen Finanzmärkten bewegt, ohne in die Produktionssphäre zurückzukehren, verweist bereits darauf, dass Kapitaleigentum nicht auf Eigentum an Produktionsmitteln reduzierbar ist.

Eigentum ist zunächst als gesellschaftliches Verhältnis von Klassen, sozialen Gruppen und Individuen zueinander in Bezug auf Wirtschafts-, Wissenschafts- und Naturressourcen zu verstehen. Eigentum ist der Prozess der Aneignung dieser Voraussetzungen von Produktion und Dienstleistung. Es bedeutet Bestimmung oder Verfügung über Organisation und soziale Qualität des Produktions- und Reproduktionsprozesses und Aneignung seiner Resultate durch die Eigentümer.

Aber Eigentum umfasst heute weit mehr als jene Ressourcen, die Macht über die Produktion verleihen. Das Kapitaleigentum oder Eigentum in der Verfügung von exklusiven Machteliten begründet den Ausschluss von Menschen als Nichteigentümer aus wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Verfügungsmacht über das Leben von Millionen Menschen und Macht über deren Inklusion in die Gesellschaft oder ihre Exklusion aus wesentlichen gesellschaftlichen Sphären beruht über Wirtschaftspotenzial hinaus auch auf anderen Ressourcen (Bourdieu, 1983). Ungleich sind Bildungs- und Kulturrressourcen, Information, Sozialkapital als Verfügung über gesellschaftliche Beziehungen, Teilhabe an Leistungen des Gesundheitswesens, die Bedingungen der Selbstbestimmung im Alltagsleben, die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der Gesellschaft, der Zugang zu gesunder Umwelt und nicht zuletzt die Verfügung über Macht- und Militärapparate verteilt.

Jene, die vor allem aufgrund ihrer ökonomischen Macht weitgehend über vielfältige Ressourcen freier Selbstbestimmung des eigenen Lebens verfügen, sind in der Lage, sich den ganzen Reichtum menschlichen Lebens anzueignen – sofern sie als Individuen nicht zu beschränkt dafür sind. Jene, denen es an solchen Ressourcen mangelt, befinden sich eher in Abhängigkeit von den Machteliten. Sie sind deren Anspruch unterworfen, sich mit dem Hauptanteil an gesellschaftlichem Reichtum zugleich die Verfügung über nahezu alle Sphären gesellschaftlichen Lebens anzueignen.

*Aneignung ist daher in der jüngeren Zeit zu einem Knotenpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzung geworden.* Die Demontierung einer Filiale von McDonalds durch den französischen Bauernführer José Bové und seiner Freunde war ein Symbol des Kampfes um Aneignung. Die Schlichtungsstelle des GATS-Abkommens hatte den USA ermöglicht, nach der Sperre für die Einfuhr von Hormonrindfleisch durch die Europäische Union im Namen des Freihandels Importe aus der EU mit Strafzöllen von 100 Prozent zu belegen. Das betraf u.a. die fran-

zösischen Produzenten von Schafmilch für den Roquefort-Käse, darunter Bové und seine Kollegen. Sie setzten mit ihrer Aktion gegen McDonalds ein Zeichen gegen die Fremdverfügung über ihre Produktions- und Lebensbedingungen und zugleich auch gegen die uniformierende McDonalds-Kultur (George, 2002: 38 f.).

Die symbolischen »Umsonst-Kampagnen« in der Bundesrepublik für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr oder andere öffentliche Leistungen zielen auf die Wiederaneignung von Mobilitätsmöglichkeiten durch alle unabhängig von ihrem Geldbeutel und generell auf sozial gleiche Aneignung öffentlicher Güter im Widerstand gegen deren Privatisierung.

Partizipative Haushalte sind auf die Aneignung von Entscheidungen über die Verwendung öffentlicher Mittel durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gerichtet. Reformalternativen für die Arbeitswelt haben ebenfalls Forderungen nach Aneignung von Verfügungsmacht der Arbeitenden über die Bedingungen ihrer Arbeit aufzunehmen: Vereinbarkeit von Arbeitszeitregime und Familie, Geschlechtergerechtigkeit in der Neuverteilung von Arbeit, selbstbestimmte Flexibilität und volle soziale Absicherung bei selbst gewählter Teilzeitarbeit und bei freiwilligem Wechsel zwischen Erwerbsarbeit, unbezahlter Familienarbeit und Fortbildung.

Eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Grundsicherung soll der Aneignung der Arbeitskraft durch die Unternehmer zu beliebigen Bedingungen – als Ware zu Niedrigpreisen im Billiglohnsektor – entgegenwirken. Solche Grundsicherung soll ein Mindestmaß eigener Verfügung der Arbeitenden über die eigene Arbeitskraft ermöglichen.

Diese Beispiele verdeutlichen: Eigentum als Verfügungsmacht über Ressourcen und damit über Menschen hat heute weit mehr Dimension als in früheren Zeiten. Kapitaleigentum und kapitalistische Aneignung sind allgegenwärtig. Mehr als zu seinen Zeiten gilt heute Marxens Aussage: »Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen. Eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten ... Idee geben zu wollen, kann nichts sein als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz.« (Marx, MEW Bd. 4: 165). Das heißt aber auch, dass die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse überall, in den Unternehmen selbst, im politischen Raum, in der alltäglichen Lebenswelt und in der kulturellen Sphäre angegriffen und in Frage gestellt werden können.

In allen Verhältnissen rumort die Frage, ob die Lebensbedingungen und selbst die Lebensverläufe der Bürgerinnen und Bürger von den Eigentümern der Machtressourcen aller Art angeeignet werden, ob also über das Leben der Menschen fremd verfügt wird oder ob sie sich die Bedingungen ihrer Selbstbestimmung selbst aneignen.

*Einstiegsprojekte in eine alternative Entwicklung müssen öffentlich erkennen lassen, dass sie geeignet sind, mit dieser Frage emanzipatorisch umzugehen. Der Gebrauchswert der Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten besteht*

darin, ausnahmslos jede in den gegebenen Verhältnissen angelegte Chance für ein Mehr an Bedingungen selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde auszuschöpfen – nicht allein die Möglichkeiten, die im Rahmen von Profitdominanz und Unterordnung unter Weltmarktwänge erreichbar sind, sondern nach und nach auch jene, die ein Zurückdrängen dieser Dominanz bedingen und schließlich darauf hinauslaufen, auch unternehmerische Gewinninteressen emanzipativen, sozialen und ökologischen Zielen unterzuordnen. Aneignung des eigenen Lebens ist zu einem archimedischen Punkt alternativer Politik geworden.

#### **4. Imperiale und imperialistische Politik**

Ein weiterer, für den gegenwärtigen neoliberal geprägten Kapitalismus charakteristischer Grundprozess ist das Wiedererstarken imperialer und imperialistischer Politik unter Einsatz militärischer Gewalt und Verletzung des Völkerrechts.

##### *4.1. Imperiale Kriege und »neue Kriege«*

Das internationale Klima wird vorrangig durch die Außen- und Militärpolitik der Vereinigten Staaten bestimmt. Kriege gelten vor allem den USA, aber auch der NATO und anderen Staaten wieder als taugliche Mittel der Politik. Die Bush-Administration verfolgt eine ausgeprägt imperiale Politik mit dem Ziel einer Weltordnung nach den Interessen der konservativen Eliten an einem US-amerikanischen Imperium. Eckpunkte der »Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten (NSS)« sind der Anspruch auf präventive Kriegsführung, das angemäße Recht auf atomare Erstschläge, die Sicherung einer absoluten militärischen Übermacht, die jeden potenziellen Widersacher von vornherein chancenlos macht, die Entsendung amerikanischer Streitkräfte in jede beliebige Region der Erde, wenn eine selbstdefinierte Sicherheit der Vereinigten Staaten dies gebietet, und die Verweigerung der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für amerikanische Bürger, selbst wenn sie als Militärs unter dem Verdacht des Völkermordes oder anderer Kriegsverbrechen stehen. In der Europäischen Union werden imperiale Interessen im Unterschied zur vorwiegend unilateralen Orientierung der USA eher multilateral und graduell zurückhaltender in Entscheidungen über den Einsatz militärischer Gewalt verfolgt.

Seit 1999 wurden die Weltmilitärausgaben von 687 Milliarden US-Dollar auf rund 1.000 Milliarden im Jahre 2005 erhöht. Neben imperiale Kriege wie die Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan oder den Irak sind immer mehr die so genannten »neuen Kriege« getreten, die überwiegend als innerstaatliche militärische Konflikte im Unterschied zu klassischen Kriegen zwischen Staaten stattfinden (Azzellini, Kanzleiter, 2003; Jean, Rufin 1999; Münkler, 2003). Für diese Kriege sind in erheblichem Maße Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt kennzeichnend.

In mehreren Ländern, wie beispielsweise im Kongo und in Angola, entstanden Kriegsökonomien, in denen große Teile der Wirtschaft weitgehend abhängig wurden von der Verbindung andauernder militärischer Gewalt mit der Ressourcenausbeutung und -verarbeitung seitens der Gewaltakteure selbst oder mit deren Kontrolle über die Handelswege von illegalem Waffenhandel, Drogen, Frauen- und Kinderhandel. Kriegsressourcen werden durch Vertreibung und Beraubung der Bevölkerung, Erhebung von »Schutzgeldern«, Prostitution, Schmuggel und Piraterie mobilisiert.

Die Regulationsweise der globalen Ökonomie erfährt eine fatale Variation. Staatliche und zunehmend privatisierte Militärgewalt wird in vielen Ländern verstärkt zum Exekutor ökonomischer Interessen. Militärische Gewalt selbst wird zur Ware, die auf globalen Gewaltmärkten verkauft wird. Global agierende Private Military Companies, oft von ehemaligen Generälen der US-Armee geleitet, stellen beliebigen staatlichen oder privaten Kriegsparteien Kampfseinheiten als Söldnertruppen zur Verfügung (z.B. in Angola, Sierra Leone, Kenia, Sambia, Ruanda, Zaire und Uganda), übernehmen den Schutz von Niederlassungen transnationaler Konzerne samt der Niederschlagung von Aufständischen und Widerstandsbewegungen, bieten Militärberatung und -ausbildung an, stellen Waffen und militärische Infrastruktur zur Verfügung und errichten Militärgefängnisse wie im Militärstützpunkt Guantanamo Bay.

Es kommt zur Verflechtung der Wirtschaftstätigkeit globaler Gewaltkonzerne, militärischen Unternehmertums, militärischer Gewalt und internationaler organisierter Kriminalität und zur Einbindung aller dieser Elemente in globale Wirtschaftskreisläufe und imperiale Strategien.

Nicht fern der westlichen Welt und gesondert von ihr, sondern durch direkte Beteiligung von Unternehmen führender NATO-Länder und über illegale Geldwäsche mit der legalen Ökonomie verbunden, vollziehen sich Rückfälle in die Barbarei, die in Völkermord, Kriegsverbrechen, systematischen Massenvergewaltigungen und dem Einsatz von Kindersoldaten zum Ausdruck kommen.

Die mit Kriegen verbundenen Entzivilisierungsprozesse stehen in Wechselwirkung mit inneren Gestalten der Entzivilisierung. Die Missachtung des Völkerrechts korrespondiert mit der Aushöhlung der bürgerlichen Werte- und Rechtsordnung und humanistischer Moralnormen im Inneren der OECD-Welt. Mit imperialer Außen- und Sicherheitspolitik gehen Ausländerfeindlichkeit, Gewalt gegen die »Anderen«, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einher.

#### *4.2. Kriege, Rüstung und Umwelt*

Rüstung und Kriege sind immer auch Krieg gegen die Umwelt. Es fällt jedoch auf, dass in der Friedens- und in der Umweltforschung in der Regel der Zusammenhang zwischen Krieg und Umwelt zwar vielseitig beleuchtet wird. Jedoch sind die Auswirkungen des Krieges auf die Umwelt verhältnismäßig selten Gegenstand der Untersuchungen. Im Vordergrund steht mehr, dass ökonomische

und machtpolitische Interessen an Rohstoffen zu Kriegsursachen und Zielen imperialistischer Politik werden, dass die Ausbeutung von Naturressourcen die Finanzierung der Kriege von Warlords in vielen Ländern ermöglicht und zu einer Grundlage der so genannten »neuen Kriege« geworden ist, dass Kämpfe und die Beherrschung von Ressourcen häufig zu Abspaltung von Regionen und dabei zu bewaffneten Konflikten führen und dass Missbrauch der Ressourcenbeherrschung durch bevorzugte Oberschichten bewaffnete Aufstände und Rebellionen der Ausgebeuteten provozieren. (Le Billon, 1999: 29ff.). Aber selbst in der renommierten Reihe der jährlichen »Friedensgutachten« der führenden deutschen Friedensforschungsinstitute sind Angaben über ökologische Folgen von Kriegen nur selten zu finden.

Tatsächlich werden jedoch der Natur durch die Rüstung riesige Mengen an Ressourcen – oft strategisch besonders wertvolle knappe Ressourcen – für zerstörerische Zwecke entzogen. Der Zugriff auf Rohstoffressourcen gilt als Legitimation imperialer Herrschaftsansprüche, militärischer Präsenz der USA und ihrer Verbündeten in vielen Regionen der Erde und selbst von Kriegen.

Rüstungsausgaben verschlingen weltweit rund eine Billion Dollar, die für Umwelt und Entwicklung eingesetzt werden könnten. Mobilisiert für die dezentrale Ausschöpfung erneuerbarer Energien könnte beispielsweise die Versorgung mit gesundem Wasser gesichert und Millionen Kindern das Leben gerettet werden. Von vornherein könnte anstelle des zerstörerischen Weges einer fossilistischen Energiewirtschaft eine alternative Energiepolitik gefördert werden.

Nach offiziellen Angaben hatten die USA bereits bis 2004 für die in Afghanistan und im Irak geführten Kriege 280,9 Milliarden US-Dollar ausgegeben. In dieser Zahl sind die beanspruchten Mittel aus dem normalen Budget des Pentagon und die Militärausgaben anderer an diesen Kriegen beteiligter Staaten nicht enthalten. Der Preis einer Windkraftanlage liegt nach Expertenschätzungen bei etwa 1000 US-Dollar pro Kilowatt-Leistung. 280,9 Milliarden US-Dollar würden theoretisch den Bau von Windkraftanlagen ermöglichen, die 280 Gigawatt Strom produzieren könnten – genug, um rund 400 Atomkraftwerke abzuschalten (<http://www.freace.de/artikel/200406/11064a.html>) oder Millionen Menschen dezentral mit Strom zu versorgen.

Im zweiten Golfkrieg wurden allein die direkten Verluste durch Ölbrände in Kuwait auf 50 bis 100 Milliarden Dollar geschätzt (Hornig, Kopp, Otto, Schinke, Span, 2005). Die Auswirkungen der brennenden Ölquellen auf Landwirtschaft, Viehzucht und Fischfang sind dabei nicht berücksichtigt. Unbestreitbar wurde aber durch 1,8 Millionen Tonnen ausgetretenes Öl ein Ölteppich verursacht, der das Meer, wertvolle Korallenbänke, Seegrasteppe und damit den Lebensraum von etwa 300 Fischarten und von Meeresschildkröten sowie 400 Kilometer der Küsten erheblich geschädigt hat (ebenda).

Nach Angaben der Weltbank kosten »typische Bürgerkriege« die betroffenen Länder 15 Prozent ihres Wirtschaftspotenzials, und die Armut nimmt um 30 Pro-



zent zu. Erst recht führt die vollständige Auflösung und Zerrüttung der Wirtschaft in den häufig mehr als ein oder zwei Jahrzehnte andauernden »neuen Kriegen« zu schwersten Schäden der Umwelt.

#### *4.3. Alternative Politik: Friedenspolitik*

*Der Globalisierung unter imperialen Vorzeichen, in der militärische Gewalt zum Instrumentarium der neuen neoliberalen Weltordnung wird, muss eine friedliche Gestaltung des Globalisierungsprozesses entgegengesetzt werden. Emanzipatorische Alternativen sind uneingeschränkt dem Frieden und internationaler Solidarität verpflichtet. Dies ist ein weiterer Grundnenner eines alternativen Entwicklungsweges.*

Sicherheit kann unter den Bedingungen fortgeschrittener und erdumspannender wechselseitiger Abhängigkeit nur gemeinsame Sicherheit sein. Das erfordert, die Sicherheit anderer Länder und Regionen als Bedingung der eigenen Sicherheit anzusehen. Sicherheit ist nur als komplexe Sicherheit zu erlangen. Militärische Sicherheit muss mit sozialer Sicherheit, mit Schutz vor Hunger und Umweltkatastrophen einhergehen. Friedenspolitik wird nur im Verein mit Schritten zur Überwindung der empörenden Ungerechtigkeit in der Verteilung der Lebenschancen zwischen den verschiedenen Erdregionen erfolgreich sein. Sie erfordert solidarische Entwicklungspolitik unter Einsatz erheblich größerer Ressourcen als bisher. Denn Kriege entspringen aus dem Kampf um Macht, Märkte und höchste Profite, aus der Verknappung und ungerechten Aneignung von Naturressourcen. Sie resultieren aus Armut und Unterentwicklung, aus dem Zerfall von Staaten, aus ethnischen und religiösen Konflikten sowie aus Umweltkonflikten wie Kämpfen um Wasser. Armut in großen Teilen der Erde, Missachtung fremder Kulturen und Religionen durch die Arroganz imperialer Mächte und deren Anspruch auf die Naturressourcen anderer Länder sind der Nährboden des internationalen Terrorismus.

Zu einer friedensstiftenden Sicherheitspolitik gehören daher:

- universelle Verwirklichung der Menschenrechte als Maß für eine alternative Gestaltung des Globalisierungsprozesses: Schritte zu einer gerechten Welt- und Weltwirtschaftsordnung, in der Armut, Hunger, leicht heilbare Erkrankungen von Hunderten Millionen Menschen und ihr Leben in Slums, patriarchale Herrschaft, Analphabetismus und extreme Unterbeschäftigung solidarisch überwunden werden. Eine Demokratisierung und Reformierung der Vereinten Nationen und internationaler Wirtschaftsorganisationen sind dafür wichtige institutionelle Bedingungen.

- Globale Gerechtigkeit wird nur zu erreichen sein, wenn die Stagnation im Abrüstungsprozess überwunden, wenn die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen gestoppt wird und A-, B- und C-Waffen geächtet werden. Kaum weniger wichtig sind die Einschränkung und das Verbot des Exports von Kleinwaffen, die das militärische Hauptarsenal in den »neuen Kriegen« bilden. Statt der Rüstung muss eine humanorientierte Entwicklung in den armen Regionen der Erde finanziert werden.

- Frieden ist nur bei strikter Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts zu erreichen, nur wenn die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt und respektiert wird, nur im Dialog der Kulturen und Zivilisationen. Dringlich sind zivile Konfliktvorbeugung und -bearbeitung anstelle der untauglichen Versuche zur Lösung von Konflikten durch Krieg.

- Multilaterale imperiale Politik, die sich mit dem Ausbau weltweit einsetzbarer Militärmacht der Europäischen Union abzeichnet, ist keine taugliche Alternative zur unilateralen imperialen Politik der USA. Stabilität und Sicherheit würden durch die demokratische Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Friedens-, Sozial- und Umweltunion gewinnen. Ein anderes friedliches Europa könnte zu einem Zentrum für globale Abrüstung und Entwicklung werden.

## **5. Entdemokratisierung, Missachtung der Menschenrechte und Umwelt**

*Ein fünfter Grundprozess des neoliberal geprägten Kapitalismus ist die Erosion der Demokratie, verknüpft mit der Missachtung von Menschenrechten.*

Ursprünglich stützte die aufsteigende junge Bourgeoisie die Legitimation ihrer Herrschaftsansprüche auf die Deklaration von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, auf diese große Forderung der Französischen Revolution. Die amerikanische Revolution 1767 und die Französische Revolution 1789-1794 traten mit der Erklärung der Menschenrechte in die Geschichte. Die Demokratie als das Geltendmachen der politischen Freiheiten wurde ebenso zum Mittel der Verwirklichung der Menschenrechte wie sie selbst schon deren Ausdruck ist. »Menschenrechte bilden die wichtigste Grundlage der Rechtfertigung, der Legitimation von Macht in modernen Gesellschaften. Wenn Herrschaft nicht von Gott kommt, wenn es kein ›Gott Königs Gnadentum‹ gibt, wenn von der ›Rasse‹ ausersehene Führer in die Katastrophe führen, wenn es keine Partei gibt, die einen durch die ›historische Mission‹ begründeten Führungsanspruch aufrechterhalten kann, werden Wahlen zu einer wichtigen Prozedur, durch die politische Macht erlangt werden kann. Die politischen Freiheiten (freie Wahlen, freie Bildung von Parteien und Verbänden, Meinungsfreiheit usw.) sind dafür die allernotwendigste Bedingung. Politische Macht ist unter derartigen Verhältnissen eher dazu gezwungen, sich einerseits durch den Schutz dieser Freiheiten und andererseits an den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Bürger zu orientieren.« (Brie, 1997: 36).

Demokratie galt stets als Trumpf der westlichen Welt in der Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus, der freie Wahlen ausschloss. Für Menschenrechte zu stehen, machte die Anziehungskraft des Westens für große Teile der Welt aus, nicht zuletzt für die Völker im Osten Europas – obwohl diese Rechte seit ihrer Deklaration nur höchst ungleich eingelöst werden, in Abhängigkeit von der Lage der Klassen und sozialen Gruppen und von deren Machtressourcen.

Einst waren Freiheitsrechte aber tatsächlich das Lebenselixier der jungen bürgerlichen Gesellschaften gegen den feudalen Absolutismus. Die Arbeiterbewegung, die Frauen- und Friedensbewegung, die Befreiungsbewegungen kolonial ausgebeutete Völker und später die Öko-Bewegung und andere Kräfte kämpften für die Ausweitung politischer Rechte und gegen die starke Tendenz zu deren Beschränkung. Sie setzten in einer Reihe von Staaten mehr oder weniger weitgehend eine nächste Generation von Menschenrechten, die sozialen Rechte, durch. Mit der Berufung auf die ganze Menschheit wurden in einer dritten Generation von Rechten Friede, Erhaltung einer gesunden Umwelt, gleiche Rechte für jede und jeden auf Umweltraum und das Recht auf Entwicklung eingefordert.

Aber der neoliberal geprägte Kapitalismus untergräbt – während sich seine geistigen Träger weiter auf Demokratie und Menschenrechte berufen – die eigene demokratische Verfasstheit der westlichen Welt und missachtet die Menschenrechte bis hin zu Kriegsverbrechen.

Die Demokratie wird systemisch untergraben, indem in den Chefetagen transnationaler Unternehmen Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Millionen Menschen und auf die Umwelt in fernen anderen Ländern und Kontinenten fallen. Sie wird ad absurdum geführt, wenn in ihrem Namen unter Verletzung des Völkerrechts selbstmandatierte Präventivkriege geführt werden.

Die parlamentarische Demokratie nimmt permanent Schaden, wenn Finanzunternehmen mit dem Abzug von Kapital drohen oder Investitionen von der Einlösung ihrer Forderungen abhängig machen. Ohnehin werden Entscheidungen im vorparlamentarischen Raum über die Lobby-Arbeit der Machteliten vorstrukturiert oder zumindest stark beeinflusst.

Der fortschreitende Konzentrationsprozess im Medienbereich unterwirft die öffentliche Meinung hochgradig dem Einfluss weniger privater Medienkonzerne. Sie formen den Zeitgeist, dessen der Neoliberalismus bedarf. Der Geist, den die neoliberalen Think Tanks produzieren, wird über die Medien mit Umsätzen von Hunderten Milliarden profitabel in den Mainstream des öffentlichen Denkens verwandelt. Auf diesem Wege dringen private Partikularinteressen in das politische Bewusstsein ein und wirken einem auf Sachinformation beruhenden demokratischen Meinungsbildungsprozess entgegen. Die Verflachung im Unterhaltungsangebot und das so genannte Infotainment sind damit verbunden, dass aufwändige und in der Regel teure Recherchearbeit und die journalistische Bearbeitung seriöser Themen oft in den Hintergrund treten.

Einen erheblichen Schub erfuhr die Erosion der Demokratie in einer Reihe westlicher Staaten nach den Terrorakten vom 11. September 2001. Seitdem werden im Namen des Krieges gegen den internationalen Terrorismus Bürgerrechte eingeschränkt, Staaten mit polizeilichen und geheimdienstlichen Überwachungsnetzen verstärkt überzogen und autoritäre Herrschaftsformen ausgebaut.

Parallel zur politischen Aushöhlung der Demokratie ist die ohnehin höchst begrenzte Mitbestimmung in der Wirtschaftssphäre unter den wachsenden Druck der

Massenarbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigungsverhältnisse, verschlechterter Sozialleistungen im Falle des Arbeitsplatzverlustes und des Abbaus von Arbeitnehmerrechten geraten.

Trotz der Fortschritte, die unter dem Druck feministischer Bewegungen in der Einforderung von Geschlechtergerechtigkeit erreicht wurden, bleibt auch diese Seite der Menschenrechte unterentwickelt. Zwei Drittel der 876 Millionen Analphabeten auf der Erde sind Frauen. Sie sind am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zerstörung der Umwelt betrifft sie, die den Hauptanteil der Sorge für die Familien tragen, am meisten, wenn hygienisch einwandfreies Wasser, Brennholz und gesunde Lebensmittel fehlen und Kinder darunter leiden.

Gleicher Lohn für gleichwertige Leistungen, gleiche Karrierechancen, gleicher politischer Einfluss und Geschlechtergleichstellung in der Teilhabe an Erwerbs- und Familienarbeit und finanzielle Unabhängigkeit vom Partner sind auch in den reichen Industrieländern längst nicht erreicht. Vielmehr bergen Arbeitslosigkeit, Absenkung sozialer Standards und die Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge starke Tendenzen zur neuerlichen Verstärkung patriarchaler hierarchischer Strukturen.

*Der neoliberale Kapitalismus ist dabei, Demokratie und Menschenrechte als Legitimationsgrundlage so zu beschädigen, dass ihre Verteidigung und Verwirklichung zu einer elementaren Aufgabe emanzipatorischer Alternativen wird. Die Erneuerung der Demokratie, die Vernetzung alternativer Akteure zu breiten Allianzen für mehr Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Solidarität ist die zentrale Bedingung für die Abkehr vom neoliberalen Entwicklungsweg und das Beschreiten eines anderen Weges.*

Es gibt nur eine einzige Chance, jegliche Form des Eigentums dem Grundgesetz entsprechend auf das Gemeinwohl zu verpflichten und der marktradikalen Privatisierungswut die Ausweitung öffentlichen Eigentums, öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge entgegenzusetzen. Es gibt nur einen einzigen Weg, die Unterwerfung der Soziallogik unter die Kapitallogik zu beenden und das Verhältnis zwischen beiden Entwicklungslogiken umzukehren. Das ist die Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses gegen die Macht des Großkapitals und seine politischen Stützen. Das ist die Selbstermutigung vieler Bürgerinnen und Bürger, ihrer Initiativen und sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, kurz, von Gegenmächten unterschiedlichster Art und von Parteien, die mit ihnen solidarisch sind, zur Verteidigung der Demokratie und zu ihrer Erneuerung über die parlamentarische repräsentative Demokratie hinaus.

Dringlich ist, die parlamentarische mit direkter Demokratie zu verbinden, die den Bürgerinnen und Bürgern über Volksbegehren, Volksentscheide, Bürgerhaushalte und Regionalbeiräte mehr unmittelbaren Einfluss und Mitbestimmung ermöglicht. Wichtige Schritte der Demokratisierung sind die Stärkung individueller Rechte, rechtliche Überprüfbarkeit staatlichen Handelns, Rechtswegegarantie, un-

abhängige Kontrollinstanzen gegenüber staatlichen Sicherheitsorganen und Selbstbestimmung über die Daten zur eigenen Person.

Dringlich ist, demokratischen Einfluss von Beschäftigten und Kommunen auch in der Wirtschaft zu erreichen. Erneuerung der Demokratie erfordert Wirtschaftsdemokratie über die Verteidigung der Mitbestimmung hinaus. Ohne wesentlichen Einfluss der Lohnabhängigen auf die Verfügung über das Eigentum an Wirtschaftsressourcen, über nachhaltige Produktionsziele und Humanisierung der Arbeitswelt, über ein familiengerechtes Arbeitszeitregime und eine gerechte Verteilung der Produktionsergebnisse wird es keine ausreichende Erneuerung der Demokratie geben.

Demokratisierung schließt Geschlechterdemokratie ein oder sie wird nicht gelingen. Gleiche Teilhabe und gleiche Entwicklungschancen der Geschlechter in allen Sphären der Gesellschaft sind unbewältigte Aufgaben. Der bedarfsdeckende Aufbau von ganztägigen Einrichtungen der Kinderbetreuung, gleiche Einkommen für gleichwertige Arbeit, Gleichstellung von Frauen in den Systemen sozialer Sicherheit und Gesundheit und Sicherung von gleichem Einfluss beider Geschlechter auf allen Entscheidungsebenen sind Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Demokratie.

Teilhabe an demokratischen Prozessen ist ein Recht aller, einschließlich der Bürgerinnen und Bürger mit einem Migrationshintergrund. Deshalb umfasst die Demokratisierung der Demokratie die Sicherung gleicher Bürgerinnen- und Bürger- sowie Menschenrechte für alle in Deutschland und in der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen. Diese Rechte sind nicht teilbar und müssen gegen jede Form von Rassismus und Fremdenhass gestützt und verwirklicht werden. Demokratie bedeutet Toleranz und produktiven Umgang mit der Vielfalt der Kulturen und Lebensweisen.

Das elementarste Menschenrecht ist das Recht auf Leben. Dieses Recht wird täglich für hunderte Millionen hungernder Menschen, die kaum Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und sauberem Wasser haben, in elementarer Weise verletzt. Ihre Lebensrechte werden mit der Umwelt zerstört. Der Zusammenhang von Armut und Umweltkrise untergräbt selbst die Lebensbedingungen der noch gar nicht Geborenen.

Ein gravierender Konflikt entfaltet sich. Wer nicht weiß, wie das Überleben in den nächsten Tagen oder gar ein menschenwürdiges Leben gesichert werden kann, wem der Zugang zu Bildung versperrt ist, dem fehlen Grundbedingungen zur Wahrnehmung demokratischer Rechte, selbst wenn sie formell verkündet sind. Aber die Bewahrung der Umwelt bedarf gerade der Initiativen der Betroffenen, der Gegenmacht von unten, eben der Demokratie. Zwar wurde das Umweltbewusstsein erheblich durch Wissenschaftler aufgerüttelt, etwa durch den Bericht »Die Grenzen des Wachstums« des Club of Rome und den Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Doch überall dort, wo Teilerfolge auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung erreicht werden konnten, beruht dies auf dem Druck von unten. Es ist die sich ausweitende Umweltbewegung, von der vor allem ein

neues ökologisches Bewusstsein ausging und die ihm immer wieder Anstöße gibt. Demokratie ist das Medium der Nachhaltigkeit. Nicht der Marktmechanismus bringt nachhaltige Entwicklung hervor, sondern diese muss in öffentlichen demokratischen Aushandlungsprozessen und in letzter Instanz durch demokratischen Wandel der Kräfteverhältnisse erkämpft werden.

Bewundernswert und ermutigend ist, dass sich selbst unter Armutsverhältnissen mit ihren antidemokratischen Tendenzen Bewegungen für den Erhalt der Umwelt entfalten. Beispiel dafür sind der Widerstand der seringueiros – der Kautschuksammler – gegen die Vernichtung der brasilianischen Tropenwälder oder in Kenia des Greenbelt Movement, das vor Ort die Anpflanzung von Millionen Bäumen organisiert hat, um weitere Bodenerosionen abzuwenden. Die Bewegung der Vertreterinnen und Vertreter indigener Völker zur Verteidigung der biologischen Vielfalt und der eigenen kulturellen Praxen in deren Nutzung hat sogar ein internationales Netzwerk und das International Indigenous Biodiversity Forum zur Vertretung indigener Interessen in internationalen Verhandlungen hervorgebracht.

Die Umkehr zu einer ökologischen Zeitenwende wird auf dem Wege einer Erneuerung der Demokratie erfolgen, oder sie wird nicht stattfinden.

## **6. Zunehmender Konflikt zwischen Kapitallogik und Logik der Naturreproduktion**

Die hier gegebene Impression von den Wirkungen der Globalisierung und insbesondere des Wandels der Regulationsweise, die knappe Kennzeichnung des Übergangs zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime, der Herausbildung einer Ökonomie der Enteignung, imperialer Politik und der Entdemokratisierungstendenzen als charakteristische Grundprozesse des zeitgenössischen Kapitalismus verweisen auf ein weiteres Charakteristikum gegenwärtiger kapitalistischer Entwicklung, das hier zusammenfassend skizziert werden soll.

*Zu den Grundcharakteristika des neoliberalen Kapitalismus gehört trotz des gewachsenen Umweltbewusstseins und vieler umweltpolitischer Anstrengungen eine fortschreitende globale Umweltkrise.*

In der politökonomischen und politikwissenschaftlichen Debatte ist umstritten, ob die Krise des Fordismus bereits in eine neue postfordistische Entwicklungsphase oder Formation innerhalb des Kapitalismus geführt hat und ob – wenn diese Frage bejaht wird – diese neue Phase mit dem neoliberal geprägten Kapitalismus gleichzusetzen ist. Umstritten ist auch, welche Prozesse diese postfordistische oder neoliberale Entwicklung am meisten bestimmen: Die Globalisierung, eine finanzgetriebene Akkumulations- und Regulationsweise, die kapitalistische Wissens- und Informationsgesellschaft, der Abschied vom Sozialstaat, die Krise der sozialen Integration, imperialistische Politik oder was sonst?

Das veränderte Verhältnis zwischen postfordistischem Kapitalismus und der Umwelt wird im Diskurs über Entwicklungsstufen des Kapitalismus, über die Abfolge von Regulationsweisen und Akkumulationsregimen kaum als eines der Grundmerkmale des gegenwärtigen Kapitalismus behandelt. Kritische Umweltdiskurse verlaufen häufig gesondert von der Verständigung über den Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus. Das ist Anlass dafür, diesen Zusammenhang hier ausführlicher zu betrachten. Zu den Ausnahmen gehört Elmar Altvaters Kapitalismuskritik (Altvater, 2006; Altvater, Mahnkopf, 1996; Altvater, 1992). In jüngerer Zeit haben Ulrich Brand und Christoph Görg den Zusammenhang zwischen neoliberalen Kapitalismus und imperialer Umweltpolitik in ihrem Buch »Postfordistische Naturverhältnisse« thematisiert – konzentriert auf Konflikte um genetische Ressourcen. In der Regel jedoch bleiben das Verhältnis von Kapitallogik und Logik der Naturreproduktion und die Spezifika dieses Verhältnisses in den Entwicklungsstufen des Kapitalismus unterbelichtet.

Der Kongress McPlanet.com, gemeinsam getragen von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie stellte im Jahre 2003 fest, dass globalisierungskritische Themen und Umweltthemen seit Jahren eher getrennt voneinander als in ihrem inneren Zusammenhang behandelt wurden (Bello, Bullard, Sachs, Shiva, 2003). Der Kongress trug dazu bei, dieses Defizit zu schließen. Aber dabei ging es weniger um die theoretische Einordnung der Umweltkonstellationen in die Kennzeichnung des gegenwärtigen Kapitalismus als um das Zusammenwirken von Globalisierungskritikern und Umweltbewegungen.

Hier wird gefragt, ob und in welcher Weise eine neue Qualität der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu den charakteristischen Grundprozessen des gegenwärtigen neoliberalen oder postfordistischen Kapitalismus gehört. Die Problematisierung dieser Frage ist kein abgehobenes abstrakt-theoretisches Problem. Vielmehr ist zu beobachten, dass in der kritischen Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Kapitalismus die Kritik an seinen umweltzerstörenden Wirkungen hinter brennenden sozialen Auseinandersetzungen zurückgetreten ist. Auch in der Neuformierung der Parteilinken in Deutschland ist das zu beobachten. Es gibt aber allen Grund, diesen Trend zu durchbrechen. Dazu kann die konzeptionelle Einordnung der Umweltverhältnisse in die Kennzeichnung des heutigen Kapitalismus beitragen.

Wie könnten die für den postfordistischen Kapitalismus charakteristischen Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Natur beschrieben werden? Naturverhältnisse sind in modernen Gesellschaften stets gesellschaftliche Naturverhältnisse. Es gibt kaum noch unberührte Natur. Die Natur ist längst von der Gesellschaft verändert und stark beeinflusst – all zu häufig sind ihre Gleichgewichte untergraben. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass die Natur unbegrenzt durch die Gesellschaft beherrscht und ihren Interessen einverleibt wäre. Die Natur hat ihre eigene Reproduktionslogik, ihren Eigensinn, ihre Nichtidentität gegenüber der Gesellschaft. Und wo ihrer Logik die Kapitallogik aufgezwungen wird, wehrt sie sich mit Zu-

sammenbrüchen ökologischer Kreisläufe und mit Naturkatastrophen, die auf die Gesellschaft zurückschlagen und ihr ihre Naturabhängigkeit deutlich machen.

Für den fordistischen Kapitalismus war der ungebrochene Glaube an die Beherrschbarkeit der Natur und deren tendenziell schrankenlose Ausbeutung eine wesentliche Wachstumsgrundlage. Die Ölkrise Anfang der siebziger Jahre und der Bericht des Club of Rome »Grenzen des Wachstums« setzten dieser falschen Zuversicht ein jähes Ende.

An der Schwelle zum postfordistischen Kapitalismus standen erste Einsichten in die Brüchigkeit der durch ihn bestimmten Naturverhältnisse. Dem lagen einschneidende Veränderungen in den realen Naturverhältnissen zugrunde: Im Gefolge des starken fordistischen Wachstums begann sich die Endlichkeit der Naturressourcen, insbesondere der fossilen Ressourcen, abzuzeichnen. Die Überlastung der Natursenken ist so weit fortgeschritten, dass sie nicht länger ignoriert werden kann. Nie waren die Erscheinungen der Umweltkrise so alarmierend wie unter den gegenwärtigen postfordistischen Verhältnissen. Wetterkatastrophen, Ausweitung des Ozonlochs, Vernichtung des Regenwaldes, Überfischung der Meere und Artenschwund deuten darauf hin. Noch nie fanden so viele Umweltkonferenzen und Vertragsabschlüsse über die Eindämmung dieser Prozesse statt. Aber Vertragswerke, wie beispielsweise die Konvention über Biodiversität, die auf den Erhalt der Artenvielfalt und faire Regeln zur Nutzung der biologischen Vielfalt zielen, erweisen sich zugleich als die rechtliche Grundlage zu deren fortschreitender Kommerzialisierung mit destruktiven ökologischen Folgen (Brand, Görg, 2003: 52ff.).

Auf spezifische Weise vertiefen der Globalisierungsprozess und der marktzentrierte Wandel der Regulationsweise, der Finanzmarkt-Kapitalismus, die Ökonomie der Enteignung sowie imperiale, imperialistische und Entdemokratisierungstendenzen die Umweltkrise. Die neoliberale Kapitallogik und die Logik der Naturreproduktion befinden sich in tiefem Widerspruch. Profitdominanz, noch dazu fixiert auf kurzfristige Steigerung des shareholder value, kollidiert zwangsläufig mit ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.

Zu den übergreifenden Maßstäben emanzipatorischer Alternativen gehört daher, der Unterwerfung der Natur unter diesen Maßstab Widerstand entgegenzusetzen und sie schließlich zu überwinden. Stärker und zielstrebigere müssen Alternativen am Kriterium nachhaltiger Entwicklung orientiert werden und darin ihren eigenen inneren Zusammenhang finden. Wichtig ist, dabei zu beachten, was Joachim Spangenberg hervorhebt: »Nachhaltige Entwicklung ... ist notwendig ein Komplexbegriff; sie umfasst a priori ökologische, soziale und institutionelle sowie auch ökonomische Nachhaltigkeit«, »Überzeugungen, Normen, Beziehungen, Eigentumsrechte« und »Meta-Leitbilder« (Spangenberg, 2005: 27f.).

Die hohe Arbeitslosigkeit, der wachsende Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Druck auf Löhne und Sozialeinkommen, steigende Beiträge, Leistungseinschränkungen oder stärkere finanzielle Belastung der einzelnen im Gesundheitswesen und Ängste vor Altersarmut drängen allerdings im Alltag und nicht



selten auch in der Politik der Linken die Zuwendung zu Umweltproblemen zurück. Auf die Tagesordnung gerät jedoch, solche Trennung zu überwinden. Nachhaltigkeit ist ein umfassender Prozess und erfordert ein engeres Zusammenwirken der Akteure auf den verschiedenen Konfliktfeldern.

## Literatur

- Afheldt, Horst, 1994: Wohlstand für niemand?, München
- Afheldt, Horst, 2003: Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft. München
- Aglietta, Michel, 2000: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg
- Beck, Ulrich, 1997: Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main
- Altwater, Elmar, Birgit Mahnkopf, 1996: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Gesellschaft. Münster
- Altwater, Elmar, 1992: Der Preis des Wohlstaates oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster
- Altwater, Elmar, 2006: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Münster.
- Azzellini, Dario, Boris Kanzleiter, 2003: Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Beck, Ulrich, 1997, Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main
- Bello, Walden, Nicola Bullard, Wolfgang Sachs, Vandana Shiva, 2003: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle. Hamburg
- Bello, Walden, 2003: Die Krise des Globalisierungsprojekts und der Wirtschaftspolitik von George W. Bush. In: Bello, Walden u. a.: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle. Hamburg
- Brand, Ulrich, Christoph Görg, 2003: Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte und genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster
- Brie, Michael, 1997: Die moderne kapitalistische Gesellschaft. In: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.(Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin
- Brie, Michael, 2006: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006
- Brie, Michael, 2006: Sozialismus, Ursprünge, Widersprüche, Wandlungen. In: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin
- Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen
- Boyer, Robert, 2000: Is a finance – led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis. In: Economy and Society. 29 (1)
- Brühl, Tanja, Tobias Debiel, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel, Jens Martens (Hrsg.), 2001: Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn
- Bullard, Nicola, 2003: Global Governance und Neoliberalismus. In: Walden Bello u.a.: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle. Hamburg
- Chesnay, Françoise, 2004: Das finanzdominierte Enteignungsregime. In: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster
- Chrapa, Michael, Judith Dellheim, 2003: Akteure. In: Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Berlin
- Engelhardt, Marc, Markus Steigenberger, 2003: Umwelt in der Globalisierungsfalle. In: Walden Bello u. a.: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle. Hamburg
- Flannery, Tim, 2006: Daten aus Luftbläschen. In: Der Tagespiegel, 20. 9. 2006
- George, Susan, 2002: WTO: Demokratie und Drakula. Hamburg
- Gillen, Gabriele, 2004: Hartz IV. Eine Abrechnung. Reinbeck bei Hamburg
- Faux, Jeff, 2003: A Global Strategy for Labour. In: Fisher, William, Thomas Ponniah: Another World is Possible. New York
- Harvey, David, 2003: Der »neue« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 5
- Harwig, H., G. Hornig, A. Kopp, A. Otto, M. Schinke, R. Span, 2005: Eine vorläufige Bilanz des Golfkrieges. Aus: [http://www.uni-muenster.de/peaCon/wuf/wf-91/911030\\_m.htm](http://www.uni-muenster.de/peaCon/wuf/wf-91/911030_m.htm)
- Heintze, Cornelia, 2005: Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells. Schkeuditz
- Hilferding, Rudolf, 1947: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. Berlin
- Hoering, Uwe, 2001: Privatisierung im Wassersektor. WEED: Arbeitspapier, November. Bonn

- Huffschmid, Jörg, 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg
- Huffschmid, Jörg (Koordinator), 2004: Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg
- Huws, Ursula, 2002: Die Produktion eines Kybertariats. Die Wirklichkeit virtueller Arbeit. In: Das Argument 248
- Jean, Francois, Jean-Christophe Rufin (Hrsg.), 1999: Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg
- Keynes, John Maynard, 1929: The End of Laissez-faire. Leipzig
- Kommission für Umwelt und Entwicklung, 1988: Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Berlin
- Le Billon, Philippe, 1999: Risiko Ressourcenreichtum. In Jean, Francois, Jean-Christophe Rufin: Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg
- Lenin, Wladimir Iljitsch, 1960: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke Bd. 22
- Marx, Karl, 1983: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844. In: MEW, Bd. 40. Berlin
- Marx, Karl, 1967: Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil. In: MEW, Bd. 26.2. Berlin
- Marx, Karl, 1973: Das Kapital, Band III. In: MEW, Bd. 25. Berlin
- Marx, Karl, 1959: Das Elend der Philosophie. In: MEW, Bd.4. Berlin
- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jorgen Randers, 1972: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart
- Miegel, Meinhard, 2005: Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?. Berlin
- Münkler, Herfried, 2003: Die neuen Kriege. Reinbeck bei Hamburg
- OECD, June 2002: Financial Market Trends, No. 82
- Nollmann, Gerd, Hermann Strasser, 2002: Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bd. 29-30
- Norberg-Hodge, Helena, 2003: Den Traum von der Entwicklung platzen lassen. In: Walden Bello u. a., Die Umwelt in der Globalisierungsfalle. Hamburg
- Rifkin, Jeremy, 2000: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt am Main/New York
- Rifkin, Jeremy, 2006: Wasserstoff kann den Planeten retten. In: Der Tagesspiegel, 20.9.
- Scheer, Hermann, 2005: Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien. München
- Stiglitz, Joseph, 2003: Die goldenen Neunziger. In: Lettre international 44/Frühjahr
- Sennett, Richard 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin
- Schellnhuber, Hans-Joachim, 2006: Verantwortung, Erneuerung, Partnerschaft. In: Der Tagesspiegel, 20.9.
- Spangenberg, Joachim H., 2005: Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft. Theorie, Kriterien und Indikatoren. Berlin
- Scheer, Hermann, 2005: Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energie. München
- Sekretariat der Klimakonvention, 2004: Cf. FCCC/CPI 2004/INF.2 vom 19. Oktober
- Weber, Max, 1988: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen
- Wandel, Alexandra, Daniel Mittler, 2003: Die WTO im Dienste der Konzerne – Beispiele und Alternativen. In: Bello, Walden u. a.: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle. Hamburg
- UNCTAD/Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, 2001: World Investment Report 2000. NEW York/Genf
- Umweltbundesamt (Brackemann, Holger u. a.), 2000: Liberalisierung der deutschen Wasserversorgung. Berlin
- UNDP, 2003: Bericht über die menschliche Entwicklung 2003. Berlin
- Vester, Michael, 2005: Der Mythos des individualistischen Wählers. Soziale Milieus und gesellschaftliche Lager. In: Vorgänge 171/172, Sept./Dez.
- Vester, Michael, Peter von Oertzen, Heiko Geiling u. a., 2001 (1993). Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main
- Windolf, Paul, 2005: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? <http://www.unitrier.de/uni/fbh/soziologie/apo/Was%20ist%20Finanzmarkt-Kapitalismus.pdf> search 'Finanzmarkt-Kapitalismus
- Zeller, Christian (Hrsg.), 2004: Die globale Enteignungsökonomie. Münster

## Diskussion

Frank Adler:

Der Beitrag von Dieter Klein hat eine sehr interessante Analyse gegeben, wobei er erstaunlicher Weise völlig ohne das Nachhaltigkeitskonzept ausgekommen ist. Deshalb stellt sich auch anknüpfend an das, was Hubert Laitko in der Vorstellungsrunde sagte, für mich die Frage, ob man eigentlich die Idee der Nachhaltigkeit braucht, um Alternativen zu entwickeln. Ist sie so grundlegend und tragfähig bzw. was steuert der Nachhaltigkeitsdiskurs originär bei für die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen?

Die zweite Frage schließt daran unmittelbar an. Der Vortrag hat eine Vielzahl von Umweltproblemen berührt und hat diese im Prinzip mit Umweltpolitik beantwortet. Geht dabei nicht gerade das, was der Nachhaltigkeitsdiskurs wirklich Neues eingebracht hat, wieder verloren, ist dies nicht eine zu enge Perspektive?

Und dann habe ich noch Bemerkung: Ist nachhaltige Zukunft nur Luxus für wenige. Ist das mit dem Kern des Nachhaltigkeitsgedanken vereinbar?

Adelheid Biesecker:

Ich will mich auf drei Dinge beschränken. Ich habe mit großem Interesse zugehört, mich aber gefragt, wo nehmen Sie bei dieser Analyse den Optimismus für die Formierung der Gegenkräfte her? Das zweite: Sie sagten, diese Bewegung braucht einen gemeinsamen Nenner. Ich glaube, auch die Vielfalt ist eine große Kraft in der Nachhaltigkeitsdebatte. Und das dritte, ich weiß aus den Diskussionen in feministischen Kreisen gerade mit Frauen, die in den Ländern des Südens tätig sind, dass sie sehr davor warnen, dass Nachhaltigkeit zu einem Konzept der Länder des Nordens gerät. Auch da stellt sich wieder die Frage nach der Vielfalt der Ansätze, Perspektiven und Projekte.

Joachim Spangenberg:

Um auf den Stapel der Fragen und Kommentare noch etwas draufzulegen: Bei den dargestellten Problemen der gegenwärtigen Gesellschaftsformationen ist mir die ökonomische Ebene etwas zu kurz gekommen. Hier möchte ich auf drei Dinge aufmerksam machen. Zum einen, dass gern mit Nachhaltigkeit argumentiert wird, wenn es etwa um Finanz- und Rentenpolitik geht, das war bei Hans Eichel so wie auch bei der jetzigen Regierung. Ich bin mir nicht sicher, ob es mehr der Versuch ist, den Terminus zu entwerten oder ob ihnen wirklich kein besseres Wort eingefallen ist. Der zweite Punkt, den ich nennen möchte, ist die massive Individualisierung. Und diese Entwicklung, die mit mehr Freiheit begründet wird, bedeutet de facto ein Mehr an Deregulierung, d.h. insbesondere sukzessiver Wegfall sozialer Sicherung. Das Problem ist, dass Individualisierung gleichzeitig Verunsicherung aber eben auch Befreiung bedeutet kann. Wir bewegen uns hin zu einem

Konzept des Sozialstaates, der nur noch auf Minimalversorgung orientiert und darüber hinaus die Verantwortung auf den einzelnen schiebt. Diese Ambivalenz der Individualisierungstendenz müssen wir aufgreifen. Ich glaube, beim Thema Nachhaltigkeit haben wir es immer wieder mit dem Problem von Äquivalenzen zu tun, dass wir keine eindeutigen Klarheiten haben, sondern uns in Spannungsverhältnissen verorten müssen. Und es ist manchmal sinnvoller, nicht eine fertige Antwort zu haben, sondern ein Spannungsfeld sichtbar zu machen, in dem man sich durchaus verschieden verorten kann.

Ein dritter Aspekt, den ich nennen wollte: Abgesehen vom Missbrauch des Wortes Nachhaltigkeit, wird die Definition im Brundtland-Report zumeist verkürzt wiedergegeben. Man sollte schon ein bisschen weiter lesen. Denn es werden dort im folgendem zwei entscheidende Grundprinzipien formuliert: Das eine ist das Prinzip der Bedürfnisorientierung, insbesondere an den Bedürfnissen der Armen. Und das zweite ist die Anerkennung des Prinzips von natürlichen Grenzen, von absoluten Grenzen. Diese Grundprinzipien sind deshalb so wichtig, weil man davon ausgehend zwei verschiedene Interpretationen von Nachhaltigkeit klar unterscheiden kann. Die einen versuchen, eine domestizierte Nachhaltigkeit im Rahmen des gegenwärtigen wirtschaftlichen und zivilisatorischen Modells zu definieren, wo natürliche Ressourcen beliebig substituierbar erscheinen. Wir aber müssen von absoluten Grenzen sprechen und das hat völlig konträre politische und ökonomische Konsequenzen. Insofern würde ich an Dieter Klein anschließen und sagen, dass Nachhaltigkeit so verstanden von ihrem Grundkonzept her ein Gegenentwurf zu den gegenwärtig dominierenden gesellschaftlichen Prozessen ist.

Hubert Laitko:

Die Darstellung der Grundzüge oder Grundtendenzen des neoliberalen Kapitalismus war überzeugend und beeindruckend auch durch die Fülle von gravierenden Fakten. Man kann sich vorstellen, dass es unter ihnen eine gewisse Ordnung gibt. Für mich steht eigentlich der Gedanke des Übergangs der finanzdominierten oder finanzmarktdominierten Akkumulation im Zentrum, weil alles andere in gewissem Maße davon abgeleitet ist und als Erscheinungsformen verstanden werden kann.

In den von Dieter Klein skizzierten Gegenstrategien kamen viele solche Termini vor wie Rückgewinnung, Rückaneignung, Korrektur, Zurückdenken usw. Es kann sein, dass die Weltsituation wirklich so ist, dass die Gegenkräfte sich in einer defensiven Lage befinden, in der sie ihre Anstrengungen zunächst auf Verteidigung dessen richten müssen, was noch da ist bzw. auf die Rückgewinnung dessen, was schon einmal da war. Aber wie sieht es mit der Vision des darüber Hinausgehens aus? Die globalen Finanzmärkte sind ja gleichzeitig das Maximum der Vergesellschaftung im globalen Maßstab, nur eben in entfremdeter Gestalt. Ist also eine Strategie der Gewinnung von Gouvernements auf einer vergleichbaren

vergesellschafteten Ebene oder auch auf einer übergeordneten Vergesellschaftungsebene denkbar? Denn die Gegenstrategien von Unten laufen ja immer auf einer lokalen, regionalen, partiellen Ebene.

Dieter Klein:

Also eine erste Frage war die nach dem Begriff Nachhaltigkeit, den ich nicht explizit benutzt habe. Ich will dies begründen: Wir haben in letzter Zeit beim Nachdenken über solche Grundprozesse den Versuch in den Vordergrund gestellt, dem Leitbild des Neoliberalismus, also einem Leitbild vom Menschen, der hoch flexibel und mobil danach bewertet wird, wie er sich »rechnet«, eine andere Grundvorstellung entgegenzusetzen. Und zwar nicht allein als Vision einer fernen Gesellschaft, sondern zugleich als ein Maßstab, nach dem wir uns in der Gegenwart und der Zukunft bewegen könnten. Unsere Überlegung war, dass es uns um eine Gesellschaft geht, in der für jede und jeden eine sozial gleiche Teilhabe an elementaren Lebensbedingungen – also an Existenz sichernder Arbeit, an Bildung und Kultur, an sozialen Sicherungen und Gesundheit sowie an demokratischer Mitentscheidung – garantiert sein muss, damit ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit und Würde möglich ist. Wir haben also bewusst die Frage danach in den Vordergrund gerückt, was der Maßstab sei, nach dem sich linke emanzipatorische Politik bewegen sollte und zu der als großer Rahmen Frieden und eine intakte Umwelt gehören. Daran anknüpfend betrachte ich eine Gesellschaft als auf nachhaltigem Wege, die ökonomisch, ökologisch, kulturell und bezogen auf demokratische Mitentscheidung im zunehmendem Maße sichert, dass Menschen diese sozial gleiche Teilhabe erlangen, mit der sie ihr Leben selbstbestimmt in die Hand nehmen können. Darunter würde ich Nachhaltigkeit verstehen. Damit will ich keineswegs gegen die Brundtland-Definition argumentieren, sondern wir können uns eben auch sinnvoll in einer anderen Weise diesem Begriff nähern.

Ist Nachhaltigkeit ein Luxus für wenige? Natürlich werden selbst die Machteliten Nachhaltigkeit nicht auf die Dauer genießen können, wenn diese nicht für die Menschheit insgesamt durchgesetzt werden kann. Aber die Herrschenden können in beachtlichem Maße über sehr lange Zeit den negativsten Folgen von Nicht-Nachhaltigkeit entgehen. Nehmen wir die inzwischen nicht ganz unrealistischen Szenarien über das Ansteigen der Meeresspiegel – in solchen Gebieten werden die Reichen nicht wohnen. Es finden ja heute schon massenhaft soziale Sortierungen statt. Und trotzdem werden auf Dauer auch die Wenigen den Luxus von Nachhaltigkeit nicht haben.

Woher der Optimismus meiner Analyse kommt, war die Frage von Frau Biesecker. Ich sage ausdrücklich, ich konzentriere mich hier besonders auf einen Punkt. Und zwar darauf, wie wesentliche Grundprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus mit seinem Verhältnis zur Umwelt korrespondieren. Das ist eine sehr wichtige Frage, die uns in der Stiftung bewegt und bei der wir übrigens auch ständig im »Krieg« mit einem Teil der uns nahen Linken stehen. Ich vertrete bei-

spielsweise im Moderne-Diskurs die Auffassung, dass moderne bürgerliche Gesellschaften vielfach zerstörerisch wirken, dass sie aber zugleich unverzichtbare Evolutionspotenziale in sich bergen, ohne deren Kenntnisnahme die Linke überhaupt keine Ansatzpunkte für alternative Politik hätte. Aber manche linke Kreise klammern aus ihrer Totalkritik des Kapitalismus die Anerkennung seiner Entwicklungspotenzen völlig aus. In jüngster Zeit verstärkt sich diese Tendenz im Angesicht der Vertiefung der Widersprüche in der Gesellschaft. Damit wird auch die Neigung, die Entwicklungspotenziale der Gesellschaft auf differenzierte Weise zur Kenntnis zu nehmen, wieder geringer. Deswegen finde ich den Einwand sehr anregend und will meine Sicht kurz andeuten: Erstens: nach unserer Auffassung ist der Individualisierungsprozess ein fundamentaler Prozess, weil sich die Menschen in aller Regel wünschen, ihr Leben selber in die Hand nehmen zu können und nicht gesteuert zu werden, nicht vom Staat und nicht von sonst wem. Das ist ein ganz wichtiges Anknüpfungspotenzial für alle politischen Kräfte. Und eine Stärke des Neoliberalismus ist, dass er daran erfolgreich anknüpft. Allerdings verleibt er dieses Individualitätsstreben der Kapitalverwertung ein und deutet es um zu Egoismus. Dass diese Gesellschaft bei allem Elend per saldo mehr gebildet ist, dass sie mobiler geworden ist, Frauen gleichberechtigter sind als vor einiger Zeit, dass die Freizeit größer geworden ist, dass die Realeinkommen, obwohl sie auch wieder zurückgehen, über längere Zeit höher geworden sind – das alles bedeutet, dass die Räume der Persönlichkeitsentfaltung erweitert worden sind. Und dies haben wir auszuschöpfen, daran haben wir anzuknüpfen. Das ist für mich auch ein sehr wichtiger Grund, optimistisch zu sein. Die Menschen wollen ihr Leben selber in die Hand nehmen, und sie spüren zunehmend, dass sie es unter den gegebenen Bedingungen nur schwerlich können.

Zu einem weiteren Punkt: Die Versprechungen des Neoliberalismus gehen nicht auf. Seine Verheißung war, dass er Wachstum produzieren werde. Und mit dem Wachstum würde er die globalen Probleme von Armut, Unterentwicklung und Umwelt lösen. Er ist jedoch außerstande, dieses Versprechen einzulösen. Und dies zeigt sich zunehmend im gesellschaftlichen Alltag; die Leute merken, dass ihnen das Wachstum, das erreichbar ist, nicht aus der Arbeitslosigkeit heraus hilft, dass es auch nicht mehr für die Rente reichen soll usw. usf. Die verkündeten Verheißungen sind nicht einlösbar. Und zwar nach jetzt schon mehr als drei Jahrzehnten nicht!

Diese Gesellschaft, so hochkomplex wie sie ist, benötigt immer mehr allgemeine Bedingungen der Reproduktion, der Bildung, der Gesundheit, der Mobilität, Kommunikation usw. Alles das funktioniert offensichtlich, privat geregelt, nicht perfekt. Die Eigenlogik von Teilsystemen entwickelt aber ein Stück Sprengkraft, wenn versucht wird, sie dem Profitmechanismus vollständig unterzuordnen. Ich glaube, auch das ist eine Chance für alternative Akteure. Ich möchte dazu stellvertretend auf unseren ersten Zukunftsbericht verweisen und auf die Publikation »Sozialismus als Tagesaufgabe« (teils ein bisschen ironisch gemeint, teils auf das Prozesshafte sozialistischer Politik verweisend). Dort haben wir versucht, be-

stimmte Grundlagen von Transformationstheorien zu entwickeln, zu zeigen, worauf eigentlich unser Optimismus ruhen könnte. Und wir haben uns in einem besonderen Kapitel dazu den gesellschaftlichen Akteuren gewidmet.<sup>1</sup>

Dann war da der Einwand: Jede Bewegung braucht zwar einen gemeinsamen Nenner, aber wie steht es da mit der Vielfalt? Ich meinte etwas anderes: dass in den vielen Antworten, denen wir beispielsweise in den Weltsozialforen begegnen, doch bestimmte Gemeinsamkeiten stecken. Ich plädiere also nicht gegen Vielfalt, sondern für den Versuch, in der Vielfalt auch wieder Verbindendes zu entdecken.

Joachim Spangenberg's Anmerkungen zum Verständnis des Ansatzes im Brundtland-Report finde ich sehr einleuchtend: Bedürfnisorientierung und Anerkennung des Prinzips absoluter Grenzen zugleich.

Von Hubert Laitko kam die Frage, ob nicht die Finanzen das eigentlich Dominierte sind in diesem gegenwärtigen Kapitalismus. Ich denke, im neoliberal geprägten Kapitalismus führt die Globalisierung zu einer einschneidenden Veränderung der Regulationsweise, zu einer erstrangigen Bedeutung der internationalen Marktmechanismen und zur Abwertung (sozial)staatlicher Regulation. Und ich würde als das besonders Herausragende und am meisten Prägende innerhalb dieser Marktregulation die finanzdominierte Regulation ansehen.

Hubert Laitko hat ferner kritisch darauf aufmerksam gemacht, ich hätte häufig Begriffe wie Rückgewinnung verwandt. Er hat mit dieser Kritik recht, weil vieles entweder noch nie da war, was wir gerne hätten, und anderes werden wir nie mehr so bekommen, wie es war und schon gar nicht mit den damaligen Mitteln. Insofern nehme ich diese Begrifflichkeit gern zurück. Aber ich hebe das hervor, was wir in der Linkspartei das »strategische Dreieck« genannt haben. Zur Formierung gesellschaftlicher Gegenkräfte brauchen wir zum einen Proteste und Widerstand, der aber zerrinnt, wenn wir nicht zweitens für das Machbare hier und heute alternative Konzepte anbieten. Mit beidem aber bleiben wir im gegenwärtigen System stecken und werden nichts voranbringen, wenn wir nicht drittens eine Vision entwickeln, und zwar eine machbare Vision. Und die Beherrschung der Brücken zwischen diesen drei Aufgaben, dies ist für mich bislang ein ganz elementares, aber [nicht] gelöstes Problem. Und deshalb bemühen wir uns so um das Herausfinden von Einstiegsprojekten. Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht gewinnen, wenn sie nicht spüren, man kann etwas bewegen. Also geht es um Einstiegsprojekte, die machbar sein müssen und die daher mobilisierungsfähig sind und außerdem noch die Qualität haben, dass sie über das Machbare von heute hinausreichen, ein Stück von Vision in sich bergen. Das ist etwas sehr Schwieriges.

Und wenn ich noch einen Wunsch für die Diskussion äußern kann: Was sind aus Ihrer Sicht eigentlich besonders wichtige, mögliche Einstiegsprojekte in der Umweltpolitik? Was sind Projekte, die im Umgang mit Natur, mit ökologischen Kreisläufen oder wie immer man das formulieren will, auf der Hand liegen, be-

1 Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002.

sonders mobilisierungsfähig und machbar sind und dabei auch ein Stück Vision in sich tragen? In der Arbeitspolitik haben wir bestimmte Ansätze, Für die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme gibt es bestimmte Vorstellungen. Ich habe den Eindruck, bei der Umweltpolitik haben wir eine relative Breite der Initiativen und Angebote. Aber sind diese mehr lokal geprägt oder gibt es übergreifende gesellschaftliche Projekte?

Andreas Trunschke:

Die Kritik bzw. die Fragen, die hier in der ersten Diskussionsrunde gestellt wurden, waren auch ein bisschen meine. Für mich kommt dabei eine optimistische Note auf oder besser dialektisch mit hinein, weil ich glaube, dass auch im Kapitalismus schon Prozesse im Gange sind, an die man anknüpfen kann und die über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Grenzen hinausgehen können.

Als erstes die Tatsache, dass der Kapitalismus Produktionsinstrumente bereitstellt, die auch alternative Gegenkräfte nutzen können, inzwischen schon klassisch das Beispiel Internet. Ohne Internet z.B. wäre attac nicht vorstellbar, die Sozialforen nicht vorstellbar und es wäre auch für die Linke nicht möglich, so viele Informationen an andere weiterzugeben. Denn Zeitungen, Fernseh- und Rundfunkstationen sind in der Regel in anderer Hand. Insofern kann man etwas machen, was vorher in dem Maße nicht möglich war, und zwar weltweit. Nicht nur die Linke als organisierte Bewegung kann etwas anbieten, es kann eigentlich heute fast jeder und der Aufwand ist jedenfalls für westliche Verhältnisse relativ niedrig. Jeder kann heute Radio machen über das Internet; 500 bis 1.000 Euro reichen dafür und ein bisschen Engagement. Man ist also nicht mehr auf große Organisationen mit entsprechender ökonomischer, personeller und finanzieller Kraft angewiesen. Da schimmert schon ein Stück andere Welt auf.

Ein zweiter Punkt: Kann ich nicht auch im Rahmen der Kapitallogik, indem ich bestimmte Konditionen ein klein wenig anders setze, eine umweltgerechte Politik zumindest befördern? Ein Beispiel sind für mich die Fonds für Windkraftanlagen oder war z.B. das Programm zu den Solardächern. In diesem Zusammenhang etwas zum Stichwort »Einstiegsprojekte«: Ich habe mich – aus dem Cottbuser Raum kommend – gefragt, warum der große Energiekonzern Vattenfall, der ja in der Braunkohle dort sehr engagiert ist (was er übrigens in Schweden als Heimatland weitgehend ablehnt), warum steigt der nicht auch massiv in alternative Energiequellen ein. Denn bei aller Perspektive der Gewinnmaximierung, die im Moment mit der Braunkohle noch funktioniert, ist es absehbar, dass es zu Ende geht. Bis mir ein Insider erklärt hat: »Die Technologie hätten wir und auch die Leute. Nur wir können das am Ende nicht mehr beherrschen. Denn es handelt sich um dezentrale Technologien und wir sind ein Konzern.« Da passen die Strukturen, also die Technologie, nicht mehr zur Struktur des Unternehmens. Ebenso ein Bericht, den ich kürzlich im Inforadio gehört habe, dass es inzwischen Modelle von kleinen Windkraftanlagen gibt, die man einfach in den Garten stellen kann, und



die ausreichen, mehrere Haushalte zu betreiben. Ich will das nur als Denkanstoß in den Raum stellen.

Und meine letzte Frage: Von Rosa Luxemburg stammt, wenn ich mich richtig erinnere, die These, dass der Kapitalismus immer nur existieren kann, wenn er immer neue Räume erobert. Bei ihr ist das vor allen Dingen territorial gemeint. Aber ich glaube, man kann das auch so interpretieren, dass einfach auch neue Lebensbereiche mit erobert werden. Der Beitrag von Dieter Klein hat das sehr gut geschildert. Dazu gehört aber auch ein Bereich der oft nicht erwähnt wird, der Zusammenhang von Unternehmenskultur und Nachhaltigkeit. So werden heute die Images von Unternehmen global bedeutsam und zunehmend hinterfragt. Das führt nun wiederum dazu, dass manche Unternehmen ein paar ihrer berüchtigtsten Auswüchse abstellen mussten. Also IKEA mit der nichtökologischen Produktion. Und weil wir gerade im Fußballweltmeisterfieber sind – im Turnschuhbereich gab es ähnliche Vorgänge. Also Images, die früher gar keine Rolle gespielt haben, müssen jetzt, weil global transportiert, sich auch entsprechender Kritik stellen.

Rudi Höntzsch:

Auf einem Nachhaltigkeitsforum des BDI vor einem halben Jahr hat der Chef postuliert: »Wenn jemand in Deutschland überhaupt die Nachhaltigkeit umsetzt, sind wir das, mit unseren Produkten, mit unseren Verfahren.« Und er hat 70 Projekte genannt, wo sie Nachhaltigkeit praktizieren; sie im Profitinteresse nutzen, weil man mit diesem Label auf dem Weltmarkt Geschäfte machen kann. Wir sollten dies kritisch sehen und zugleich als Chance nutzen.

Und jetzt zu der Frage zu den Bestandteilen oder Dimensionen des Nachhaltigkeitskonzept. Leider müssen wir feststellen und Umfragen belegen dies, der Umweltfaktor ist weit nach hinten gerutscht. Dabei gibt es gute Einstiegsprojekte; ich nenne nur das Problem Umwelt – Energie – Bürgerbeteiligung. Es gibt bis heute – obwohl wir versuchen, das zu praktizieren – keine echten demokratischen Bürgerbeteiligungsmodelle, wo sich die Bürger einbringen können, wenn es um eine sinnvolle Nutzung erneuerbarer Energien im Territorium (ob Windräder, Biomasse oder Solarenergie) geht. Solche Prozesse mit Bürgerbeteiligung zu favorisieren, das sollte man sich als Einstiegsprojekte vornehmen. Ebenso Projekte mit starker sozialer Dimension, etwa die Genossenschaftsbewegung. Das könnte ein echter Ansatzpunkt sein.

Frank Rosner:

Angesichts der hier versammelten polit-ökonomisch kapitalismustheoretischen Kompetenz mache ich mich vielleicht unbeliebt, hier noch eine Frage nachzureichen, aber inwieweit ist dieses Bestreben zur Beschleunigung und Erweiterung des Verwertungsprozesses – also alles einzubeziehen in den Verwertungsprozess, was da kreucht und fleucht, – inwieweit ist das konstitutiv, kann man die dahinter liegende Dynamik oder Motivation des Profitstrebens auch im Sinne der Nachhaltigkeit produktiv umlenken?

Ulrich Schachtschneider:

Eine kurze Frage: Dieter Klein hat versucht, die Ableitung gesellschaftlicher Alternativen mit dem Nachhaltigkeitsanspruch zusammen zu bringen und sinngemäß gesagt, Teilhabe-Gesellschaft ist nachhaltige Gesellschaft. Warum?

Peter Ligner:

Ich habe ein Problem bei der Suche nach Einstiegsprojekten, diese nur oder vorrangig in der Umweltpolitik zu sehen. Trotz aller Kritik bin ich dafür, den Spannungsbogen zwischen den Dimensionen der Nachhaltigkeit zu nutzen. Ich glaube, anders gibt es keine Einstiegsprojekte, wollen wir nicht riskieren, dass wir mit Teilen der Umweltbewegung in einer Nische landen. Ich will hierfür ein ganz einfaches Beispiel nennen, wo es reale Prozesse in dieser Gesellschaft gibt, die alle drei Elemente des Widerstandes, des Machbaren und der Vision in sich tragen. Ich bin in Birkenwerder (bei Berlin) im Gemeinderat für die PDS. Was wir eigentlich brauchen, ist für unsere Gemeinde eine langfristige Planung, wohin wir uns in den nächsten fünfzehn, zwanzig Jahren entwickeln wollen. Das, was wir aber tatsächlich politisch machen, bewegt sich im relativ kurzfristigen Rahmen. Man kann aber sinnvolle Tagespolitik nicht betreiben, wenn man nicht weiß, was in den nächsten Dekaden in einem Ort passieren soll. Solche Visionen darf man nicht noch weiter zersplittern, hier ein Umweltvorhaben und dort ein anderes Projekt. Meines Erachtens müssen lokale kommunale Entwicklung und lokale Demokratieentwicklung Hand in Hand gehen. Wenn es uns gelingt, diese Dimensionen, z.B. gerade Beteiligungsverfahren, neue Formen der Bürgerdemokratie – in Süddeutschland wird das Bürgerkommune genannt – als neue Form von Demokratie und nachhaltiger lokaler Entwicklung zu profilieren, das wäre ein Einstiegsprojekt, da könnte man wirklich etwas anschieben. So eine integrative Sicht auf Einstiegsprojekte müsste man haben, das halte ich für zentral.

Frank Rosner:

Ich möchte noch einmal einen Gedanken, der hier schon eine Rolle gespielt hat, ein wenig deutlicher machen. Die Frage nach den Einstiegsprojekten. Ich sehe eigentlich in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung des Kapitalismus global, aber auch konkret unter europäischen, deutschen und Landes- und kommunalen Bedingungen deutlich die erneuerbaren Energien als eine solche Möglichkeit. Es sollte auf allen Ebenen entsprechende Energiestrategien entstehen. Es steht die Klimaproblematik an, es stehen Demokratiefragen an, und es gibt Bewegungen, die weit über die linke Grundströmung hinausgehen, die sich bereits jetzt dafür einsetzen, in ihren Regionen 100 Prozent erneuerbare Energie etwa bis zum Jahre 2020 zu realisieren. Es gibt viele solcher Initiativen, die wir stärker ins politische Zentrum rücken sollten, gemeinsam mit den vielen, vielen gesellschaftlichen Kräften, Kooperationspartnern usw., um hier eine Entwicklung einzuleiten, die weg von der Konzentration des Kapitals mehr zu einer Dezentralisierung, zu

Demokratie usw. hingeht. Das wäre eine Chance einen Weg zu beschreiten, der uns dem näher bringt, was Dieter Klein mit dem strategischen Dreieck gemeint hat. Etwas zu tun, was in der Gesellschaft dringend ansteht, ausgehend von den Erfahrungen, die gesammelt worden sind, und mit einer klaren Vision, die – wenn auch noch ein langer Weg vor uns steht – sich in konkrete machbare Elemente und Schritte umsetzen lässt.

Joachim Spangenberg:

Apropos Visionen, ich behaupte, wir hätten überhaupt keine Probleme, wenn wir heute Abend in die nächste Kneipe gehen – spätestens nach dem dritten Bier hätten wir begeisterungsfähige Visionen. Meist sind es große Würfe, allerdings mit dem kleinen Nachteil, dass sie in aller Regel für die Alltagspraxis keine besondere Relevanz aufweisen. Insofern ist man gut beraten, in Wissenschaft und Politik auf die Wünsche und Visionen der Bürger rückzukoppeln. So haben wir dazu auf kommunaler Ebene einen Diskursprozess organisiert über verschiedenste gesellschaftliche Gruppen hinweg und haben zusammen Indikatoren entwickelt. Indikatoren deswegen, weil wir so etwas wie ein gesellschaftliches Leitbild für die Kommune entwickelt haben, wo wollen wir hin und wie können wir den Fortschritt in dieser Richtung messen. Das war auch deswegen ganz spannend, weil man damit alle halbe Jahre mit Hilfe der Lokalzeitung berichten konnte, das haben die Bürger gewollt und geht die Entwicklung in diese Richtung, stimmt das oder stimmt das nicht. Und das hat den Vorteil, dass gesellschaftliche Organisationen, wenn sie als aktive Akteure an dem Prozess einmal teilgenommen haben und wenn darüber berichtet wird, selbst auch sehr stark auf einen erfolgreichen Verlauf achten. Man braucht nicht ständig als Wachhund auf der Matte zu stehen.

Ein zweites Beispiel einer Verknüpfung solcher Dimensionen könnte z.B. neue Jobs im Bereich von Aktivitäten im Naturschutz sein. Im Naturschutz sind sehr viele Protestorganisationen aktiv, Umweltorganisationen, Naturschutzverbände, Vogelschützer und andere, und streiten sich um relevante Flächen, die sie für ihre Anliegen haben wollen, die zur Zeit aber z.B. noch der Bundeswehr gehören, bei den Banken liegen oder ähnliches. In diesen Flächen kann man Bildungsaufgaben durchführen, Naturführungen machen, Flächenschutz betreiben, d. h. es würden neue Jobs für konkrete Tätigkeiten entstehen. Dazu benötigt man aber staatliche Unterstützung, man braucht Infrastrukturen, die Flächen müssten zur Verfügung gestellt werden etc.

Und auf Bundesebene flankiert durch ein staatlich gesichertes finanziertes Mindesteinkommen für alle. Da kommt das Utopische wieder rein. Das zeigt aber auch, dass Ökologie sehr viel mit sozialen Verhältnissen in der Gesellschaft zu tun hat.

Adelheid Biesecker:

Um diesen wichtigen Diskussionsstrang aufzugreifen, wir müssen unbedingt an den konkreten Lebensproblemen der Leute ansetzen. Wenn wir z.B. in einem

Stadtteil in Bremen eine Umfrage gemacht haben bei Familien mit Kindern: Was braucht ihr für ein gutes Leben? Da zeigt sich in aller Regel – das haben wir bei Umfragen gesehen – ein größeres Bewusstsein für Längerfristigkeit als angenommen, weil es um die Zukunft der Kinder geht. Die Frage der Ökologie rückt nicht automatisch an vorderste Stelle, aber immer dann, wenn man die Lebensbedingungen und -interessen der Leute tatsächlich hinterfragt.

Andreas Trunschke:

Die Forderung nach Einstiegsprojekten hat was Faszinierendes. Aber manchmal habe ich den Eindruck, man überlegt krampfhaft, welches was man wohl sinnvoll initiieren kann und sieht dabei gar nicht, was eigentlich schon da ist. Ein solches Projekt, für das sich auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung engagiert, existiert beispielsweise in einem Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern, der sich das Ziel gestellt hat, sich zu 100 Prozent selbst mit Energie zu versorgen, eine Initiative ausgehend vom Solarzentrum Wietow. Eigentlich erfüllt das Vorhaben alle hier genannten theoretischen Anforderungen. Es hat etwas Visionäres, es hat etwas mit Arbeitsplätzen zu tun, die dort vor Ort geschaffen werden, und es hat mit Ökologie zu tun. Und nicht zuletzt hat es auch mit Wirtschaftlichkeit zu tun, um mit machbaren Technologien in der Region selbst Gewinn zu schöpfen. Es hat außerdem – weil Peter Ligner auch die vierte Dimension angesprochen hat – auch mit Demokratie zu tun. Denn es funktioniert doch nur und gerade deswegen, weil man die Leute mitnimmt. Das wäre für mich ein Einstiegsprojekt.

Klaus Meier:

Dazu eine Zwischenbemerkung: Vielleicht kann unser Gedankenaustausch um Einstiegsprojekte vor Ort im Solarzentrum Wietow eine Fortsetzung erfahren.

Peter Ligner:

Allerdings dürfen das auch keine Alibiprojekte sein, die nicht transferierbar sind.

Andreas Trunschke:

Sicher muss man die Frage stellen, sind sie verallgemeinerbar, sind sie übertragbar auch für andere Regionen?

Ulrich Schachtschneider:

Mir scheint, wir reden hier von lokalen Initiativen, und diese sind in der Regel auch überschaubar. Aber wenn ich Dieter Klein richtig verstanden habe, darf man auch die entscheidenden Strukturen der Gesellschaft nicht vergessen. Allein mit lokalen Initiativen, so wichtig sie sind, bringt man das gesamte Regulations- und Reproduktionssystem noch nicht in Bewegung. Also muss man beides irgendwie miteinander koppeln.

Dieter Klein:

Wenn ich auf alle Bemerkungen eingehen will, muss ich es mir etwas einfach machen. Zu dem, was Joachim Spangenberg hier nachgetragen hat, dazu sage ich einfach: Ja! Das sehe ich auch so.

Eine ganz wichtige Frage ist, was denn nun im Rahmen der Kapitallogik geht und was nicht. Und: Wie ist das mit der Rahmensetzung für die Kapitallogik? Das ist sicher ein tagungsfüllendes Thema. Es berührt die Frage, wie weit durch Wandel von Kräfteverhältnissen aus der Zivilgesellschaft heraus und durch deren Druck auf die durch die Exekutive zu setzenden Konditionen Veränderungen möglich sind. Ich denke schon, dass wir davon ausgehen müssen, dass die Rahmensetzung wichtig ist für die Art, in der die Kapitallogik wirkt, zurückgedrängt oder auch gebrochen wird. Das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) selbst hat nicht die Welt verändert, aber immerhin bietet es bedeutende Chancen für das Vordringen von erneuerbaren Energien. Das haben sich die großen Energiekonzerne nicht so gewünscht. Oder Ge- und Verbote für Umweltstandards; oder wenn es gelingen sollte, auch in Deutschland gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen: ich denke schon, dass solche Rahmensetzungen außerordentlich wichtig sind. Als Marx im »Kapital« über die Bewegung der Profitrate schrieb, kam er zu der Auffassung: *Letzten Endes löst sich das ganze Problem auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Beteiligten; also welche Kräfte in der Lage sind, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen.*<sup>2</sup> Erst waren es 16 Stunden Arbeitszeit, jetzt sind es acht Stunden. Und trotzdem ist damit der Kapitalismus nicht weg, das wissen wir auch.

Die Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Profitdominanz berührt vor allem die Eigentumsfrage. Ich glaube, dass es vor allem darum geht, wie die Verfügung über das Eigentum beeinflusst werden kann. Solange die Kräfteverhältnisse sind wie sie sind, ist die Verfügung über das Eigentum dominant kapitalistisch. Wenn sich die Kräfteverhältnisse jedoch verändern, können sich per Gesetz und Druck von unten auch Verfügungsverhältnisse verändern. Damit ändert sich dann aber auch das Eigentum selbst. Das ist sicher eine komplizierte theoretische Frage. Ich will eine weitere Aussage von Marx zitieren: »Das bürgerliche Eigentum definieren, heißt somit nicht anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen. Eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten ... Idee geben wollen, kann nichts anderes sein, als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz.«<sup>3</sup> Marx meint damit, im Grunde genommen gehe es beim Eigentum um Kämpfe darum, wer über was verfügt. Und dies an allen Orten und in allen Sphären der Gesellschaft. Davon halte ich sehr viel, um mich der Frage zu nähern, was im Rahmen der Kapitallogik überhaupt möglich ist. Ich denke, es geht um einen Prozess, der sich lange in dieser Kapitallogik bewegt, sie

2 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit. In: MEW Bd. 16. Berlin 1964, S. 149.

3 Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: MEW Bd. 4. Berlin 1959, S. 165.

erschüttern kann, aufbrechen kann, Gegenteilendungen auslösen – und sie irgendwann auch überwinden kann. Aber es geht um einen Prozess der Kämpfe.

Inwieweit ist Beschleunigung immer konstitutiv für den Kapitalismus? Ich denke, das ist wie mit allen anderen Prozessen, es kommt auf die Kräfteverhältnisse an. Da kann man sich auch vorstellen, das »Entschleunigungen« möglich sind. Warum soll nicht die Arbeitszeit verkürzt werden, wenn es möglich ist. Oder es werden Sozialsysteme etabliert werden, die ebenfalls nicht der Urlogik des Kapitals entsprechen, aber für eine Entschleunigung mancher Prozesse sorgen. Das sind Fragen der Kämpfe in der Gesellschaft. Und wir haben immer wieder nach den Akteuren zu fragen, das ist das eigentliche Problem.

Eine für mich sehr interessante Frage war, auch weil ich sie nicht auf Anhieb beantworten kann: Ist Teilhabegesellschaft identisch mit nachhaltiger Gesellschaft? Eine Teilhabegesellschaft ist auf alle Fälle eine sehr gebildete Gesellschaft mit einem hohen Kulturstandard. Das begünstigt auf alle Fälle einen klugen Umgang mit der Umwelt und Einsichten in vernünftige und überlebensfähige Lebensweisen. Teilhabe aller an der Demokratie ist eine Elementarbedingung, wenn wir feststellen, dass sich der Umgang mit der Umwelt lokal abspielt. Und auch auf regionalen, nationalen und internationalen Ebenen bedarf es des Einflusses der Betroffenen.

Ich bedanke mich für die anregenden Überlegungen zu den Einstiegsprojekten. Mir leuchtet ein, dass die Lokalsichten immer sehr verschieden sind, abhängig von den Lebensbedürfnissen. Sie werden in Afrika anders aussehen als bei uns. Ich frage mich trotzdem, ob es bei der Verschiedenheit der einzelnen Einstiegsprojekte nicht zugleich wichtig ist, auch integrierende Kämpfe zu führen, für die übergreifende Projekte wichtig sind. Vielleicht ist die Grundsicherung so ein Projekt, das viele unter verschiedenen Gesichtspunkten bewegt. Eventuell kann es auch der Mindestlohn sein, der zumindest viele Interessen berührt. Man muss darüber weiter nachdenken. Auch die Überlegung ist vernünftig, dass es für strategische sowie programmatische Überlegungen wichtig ist, wie begrenzte Kämpfe auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene mit Kämpfen, die die Grundstrukturen der Gesellschaft betreffen, zusammengehören.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die vielen Anregungen.

## Theorie und Programm: zum Verhältnis von Deskriptivem und Präskriptivem (Normativem) im Nachhaltigkeitskonzept\*

Die Themen und Ereignisse, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, wechseln schnell und irregulär, doch die theoretischen Konzepte, vor deren Hintergrund das aktuelle Geschehen seinen tieferen Sinn offenbart, reifen langsam, und ihre Wurzeln reichen weit zurück in die Geistesgeschichte. Manchmal bedarf es des Abstandes von Jahrzehnten, um Gedanken, die zu der Zeit, als sie ursprünglich geäußert wurden, eine eher oberflächliche Beachtung gefunden hatten, in ihrer vollen Bedeutung angemessen zu würdigen. Das ist insbesondere bei solchen Diskursen der Fall, die eher aus praktischer Betroffenheit als aus theoretischer Problembearbeitung erwachsen sind und die, wenn sich ihr Gegenstand als ebenso dringlich wie schwierig erweist, aus sich selbst das Bedürfnis nachholender reflexiver Vertiefung entwickeln. Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist von dieser Art. Eine vor fünfunddreißig Jahren abgegebene Diagnose, deren gravierende Aktualität heute weitaus deutlicher zutage liegt als damals, mag dies veranschaulichen: »Gegenwärtig, für einen kurzen Zeitraum in der Geschichte, besitzt der Mensch die wirksamste Kombination aus Wissen, technischen Hilfsmitteln und Rohstoffquellen, alles, was notwendig ist, um eine völlig neue Form der menschlichen Gemeinschaft zu schaffen, die für Generationen Bestand hätte. Was noch fehlt, sind ein realistisches, auf längere Zeit berechnetes Ziel, das den Menschen in den Gleichgewichtszustand führen kann, und der menschliche Wille, dieses Ziel auch zu erreichen. Ohne dieses Ziel vor Augen, fördern die kurzfristigen Wünsche und Bestrebungen das exponentielle Wachstum und treiben es gegen die irdischen Grenzen und in den Zusammenbruch. Mit diesem Ziel als Leitlinie wäre die Menschheit gerüstet für den geordneten und kontrollierten Übergang vom Wachstum zu einem weltweiten Gleichgewicht.«<sup>1</sup>

Mit diesen Sätzen schließt das bei seinem Erscheinen im Jahre 1972 – vor einem halben Menschenleben – als spektakulär empfundene Buch *Limits to growth*, das in der deutschen Übersetzung den Titel *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit* trug. Wenn es in der Geistesgeschichte überhaupt einen Startpunkt für den modernen Nachhaltigkeitsdiskurs gab, dann muss man ihn nach meiner Auffassung hier ansetzen und nicht erst beim Brundtland-Report. Die Schwemme der Nachhaltigkeits-Literatur, die in der Folge dieses Reports während der 1990er Jahre einsetzte, hat in eigener Sache weitgehend geschichtsvergessen argumentiert. In *Limits to growth* wurde anstelle

\* Der Autor hat den gesprochenen Text aktualisiert und überarbeitet.

1 Dennis Meadows, Donella Meadows, E. Zahn, P. Milling: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart 1972, S. 164.

von »sustainability« der Terminus »equilibrium« (Gleichgewicht) verwendet<sup>2</sup>; dem Inhalt nach geht es aber bereits darin genau um die Themen, die gemeinhin in das Zentrum des Nachhaltigkeitsgedankens gestellt werden: die globale, auf die gesamte Menschheit bezogene Perspektive des Weltsystems; die Sicherung langfristiger Stabilität der Menschheitsentwicklung; das Bedenken der prospektiven Generationenfolge, der Ansprüche der noch ungeborenen, zukünftigen Generationen<sup>3</sup> – und keineswegs nur um die Umweltproblematik im engeren Sinne des Wortes. Allerdings wurde im Jahre 1972 nach Angaben von Charles V. Kidd auch das Wort »sustainability« erstmalig in dieser Bedeutung benutzt, jedoch nicht von Meadows, sondern in dem von Edward Goldsmith et al. verfassten Buch *Blueprint for survival*<sup>4</sup>. Die Normierung der Nachhaltigkeits-Terminologie war wesentlich mit der Entwicklung von UNO-Aktivitäten auf diesem Feld verbunden und war mit dem Brundtland-Bericht relativ abgeschlossen. Es ist nicht ausgemacht, ob dieser Normierungsprozess lediglich eine terminologische Rationalisierung darstellte oder ob sich darin ein gegenüber der Serie der Berichte des (bzw. an den) Club of Rome erweiterter Erkenntnis horizon t ausdrückt. Sollte es sich bestätigen, dass wir es mit einer neuen Erkenntnisstufe zu tun haben, dann wissen wir nach der Erwägung dieser Frage vielleicht besser, *was* genau am Nachhaltigkeitskonzept das Spezifische und Neue ist. Bestätigt es sich nicht, dann wäre das auch noch kein Grund, den Nutzen der heute gebräuchlichen Terminologie zu bestreiten, denn in der Medien- und Werbegesellschaft, in der wir leben, können terminologische Normierungen wirksame Strategien im Kampf um das knappe Gut Aufmerksamkeit sein<sup>5</sup>. Ulrich Schachtschneider sieht als entscheidende Neuerung der Nachhaltigkeitsdiskurse seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gegenüber der vorhergehenden Literatur zur globalökologischen Krise an, dass damit die Integration ökonomischer, sozialer und ökologischer Politikziele als notwendige Bedingung für das Erreichen nachhaltiger Entwicklung thematisiert worden sei.<sup>6</sup>

## Konjunkturen der Aufmerksamkeit

Einen so spektakulären Effekt, wie ihn das Erscheinen der *Limits to Growth* in der Öffentlichkeit hervorrief, hat jedenfalls der moderne Nachhaltigkeitsdiskurs nicht

- 2 Donella Meadows, J. Randers, Dennis Meadows: *Limits to growth. The 30-year update*. White River Junction, Vermont 2004, S. 295.
- 3 »Eine Gesellschaft im Gleichgewicht muss die Entscheidungsmöglichkeiten, die eine begrenzte Erde lässt, nicht nur nach den gegenwärtigen menschlichen Wertmaßstäben, sondern auch nach denen zukünftiger Generationen abwägen.« Dennis Meadows, Donella Meadows, Zahn und Milling, *Die Grenzen* (wie Anm. 1), S. 163.
- 4 Ch. V. Kidd: *The evolution of sustainability*. In: *Journal of Agricultural and Environmental Ethics* 5 (1992) 1, S. 1-26; E. Goldsmith et al.: *Blueprint for survival*. Boston MA 1972.
- 5 G. Franck: *Ökonomie der Aufmerksamkeit: ein Entwurf*. München u.a. 2004.
- 6 U. Schachtschneider: *Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie?* In: *UTOPIE kreativ* H. 196 (Februar 2007), S. 132-146, hier S. 132-133.



wieder erreichen können – ungeachtet der Proliferation der Literatur und der Ausdehnung des institutionellen Hinterlandes in den 1990er Jahren<sup>7</sup>. Um 1970 bestand in der Welt eine einzigartige Sensibilität für existentielle Fragen der Menschheitszukunft. Die Blockkonfrontation mit der jedermann bewussten Drohung eines thermonuklearen Weltkrieges<sup>8</sup> hatte die Aufmerksamkeit für tiefer liegende Krisen der gesellschaftlichen Entwicklung außerordentlich geschärft. Die nukleare Gefahr hatte eine neuartige Bewusstseinslage geschaffen: Wenn der Mensch zum Bau von Waffen in der Lage war, deren Einsatz der gesamten Menschheit ein jähes Ende bereiten konnte, dann erschien es geraten zu prüfen, ob nicht möglicherweise auch die akkumulierten Resultate der gewöhnlichen Lebenstätigkeit der Milliarden von Erdbewohnern unter den Verhältnissen der Industriegesellschaft geeignet waren, die Daseinsbedingungen der Menschheit schleichend und auf lange Sicht zu untergraben. Alarmierende Symptome fortschreitender Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung gab es in großer Zahl. Es mag sein, dass die allgegenwärtige Furcht vor einer thermonuklearen Katastrophe die Einsicht in den gravierenden Charakter der ökologischen Krise zunächst verzögert hat; aber nachdem sich diese Einsicht einmal aufgedrängt hatte, potenzierten sich in der öffentlichen Wahrnehmung die verschiedenen globalen Probleme der Menschheit zum Schockbild einer alarmierenden Situation.

Verglichen mit der Spannung jener Jahre, muss das öffentliche Bewusstsein der Gegenwart eher als träge bezeichnet werden; es ist gekennzeichnet von einer Ideologie des »Unideologischen«, der Utopieabstinenz, des Horrors vor »Visionen«, der Absage an das Pathos der Weltveränderung, des oberflächlichen Pragmatismus. In einem Gespräch, das die Wochenzeitung *DIE ZEIT* mit dem Soziologen Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung führte, wurde das Thema erörtert, wie es zu verstehen sei, dass eine Maßnahme wie die

7 Die außerordentliche Expansion dieses Feldes kommt darin zum Ausdruck, dass bereits umfassende Handbücher geschaffen wurden, um den Überblick zu behalten. Vgl. W. Leal Filho: Handbook of sustainability research. Frankfurt a.M. 2005.

8 Die von den Kernwaffen ausgehende existentielle Gefahr für die Menschheit gehört keineswegs einer endgültig begrabenen Vergangenheit an und wird im Vergleich zu den Risiken von Kernkraftwerken dramatisch unterschätzt. Jochen Bittner machte unlängst darauf aufmerksam, dass auf der Erde nach wie vor etwa 27.000 nukleare Sprengköpfe existieren – ein Mehrfaches der für die vollständige Ausrottung der Menschheit erforderlichen Vernichtungskapazität – und dass auch die deutsche Bundesregierung weiterhin auf der Teilnahme am nuklearen Arsenal der NATO beharrt: »Amerika und Russland verfügen noch über schätzungsweise 2.200 bzw. 4.000 Sprengköpfe auf Interkontinentalraketen in Erdsilos, hinzu kommen fast noch einmal so viele auf Atom-U-Booten. Auch Großbritannien und Frankreich unterhalten eine atomar bestückte U-Boot-Flotte, die unentwegt auf geheimem Kurs durch die Weltmeere kreuzt. Von den Booten aus können ballistische Langstreckenraketen abgeschossen werden, die innerhalb einer halben Stunde nach dem Feuerbefehl jeden Punkt der Erde treffen können. (...) Weitgehend vergessen, lagern auch in Deutschland noch schätzungsweise 150 taktische Nuklearwaffen aus dem Kalten Krieg. 130 altmodische Gravitationsbomben sollen in hochgesicherten unterirdischen »Bombengrüften« auf der U.S. Air Base in Ramstein ruhen, 20 weitere auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel. Dort sorgt eine Flotte von Tornado-Jagdbombern bis heute für die sogenannte ‚nukleare Teilhabe‘ Deutschlands«. In: *DIE ZEIT* Nr. 6, 1.2.2007, S. 8. Zur aktuellen Verschärfung des nuklearen Rüstungswettlaufs siehe auch: H. Schmidt: Amerika, geh mit gutem Beispiel voran. Atomare Aufrüstung und Raketenabwehr: Die Welt steht vor einem bedrohlichen Wettlauf. In: *DIE ZEIT* Nr. 11, 8.3.2007, S. 3.

Einführung von Studiengebühren, die zwei oder drei Jahrzehnte früher Massenproteste ausgelöst hätte, heute von der deutschen Studentenschaft nahezu widerstandslos hingenommen wird. Auf die Frage, ob sich aus dem verbreiteten Frust über die Verschlechterung der Studienbedingungen wieder ein umfassender Protest entwickeln könnte, antwortete der Wissenschaftler: »Ich glaube, ein Umschlagpunkt wird kommen. Aber ich würde nicht wagen, den Zeitpunkt zu prognostizieren. Es gibt längere Zyklen des Engagements zwischen dem Rückzug ins Private und Druck auf Veränderungen in der Gesellschaft. Im Moment sind wir eher in einer Phase des Pragmatismus und der Bescheidenheit. Das kann aber auch eine Gegenbewegung auslösen. Rudolf Bahro, einer der Gründer der Grünen, hat mal davon gesprochen, dass wir mit Putzarbeiten auf der *Titanic* beschäftigt sind. Das Schiff sinkt, aber es wird immer noch verschönert. Dieses Gefühl, dass das alles Nebendinge sind, kann auch überhandnehmen, sodass wieder ganz grundsätzliche Fragen aufgeworfen werden«<sup>9</sup>. Noch ist – ganz anders als in der Zeit um 1970 – das geistige Klima vom Triumph des Kapitalismus über die Beseitigung einer unzulänglichen Alternative beherrscht, einem Triumph, der für das bestehende Gesellschaftssystem Selbstbestätigung bedeutet und die Sensibilität dafür abstumpft, dass es sich selbst in einer fundamentalen Krise befinden könnte. Die Suche nach profunden Alternativen erscheint als ein ebenso hoffnungsloses wie marginales Unterfangen weltfremder Träumer. In diesem Rahmen bewegt sich der Nachhaltigkeitsdiskurs, unter diesem Vorzeichen wird er von der Politik rezipiert und pragmatisch klein gearbeitet. Arndt Hopfmann konstatierte dies vor einem Jahrzehnt: »Infolge der Umbrüche 1989/90, die die weltumspannende Alternativlosigkeit kapitalistischer Marktwirtschaft vermeintlich bestätigten, ist offenbar auch der kapitalismuskritische Geist aus dem Nachhaltigkeitskonzept entwichen.«<sup>10</sup>

Nach dem Erscheinen des Brundtland-Reports hatte der Terminus »Nachhaltigkeit« einige Zeit eine mediale Konjunktur. Etwa seit der Jahrtausendwende ist der Terminus ebenso wie der mit ihm verbundene Problembereich wieder auf die unteren Ränge der Aufmerksamkeitsskala abgesunken, die er nur vorübergehend verlässt, wenn wieder einmal spektakuläre Berichte über zerstörerische Tornados oder über das Abschmelzen der Gletscher veröffentlicht werden oder der Ölpreis beunruhigende Höhen erreicht, die Unruhe an den Zapfsäulen hervorrufen und das Nachdenken über die künftige Erschöpfung der Ölvorkommen fördern. Dann schiebt sich das Nachhaltigkeitsproblem kurzzeitig an die Spitze der politischen Agenda, aber schon bald erscheint es wieder als ein zwar ernstes, aber doch spezielles Problem, dem mit einem Bündel spezieller Maßnahmen Genüge getan werden kann, keineswegs aber als dringendes Signal der herangereiften Notwendig-

9 Patchwork-Engagement. Interview mit dem Protestforscher Dieter Rucht vom WZB Berlin. In: DIE ZEIT Nr. 46 vom 9.11.2006, S. 96.

10 A. Hopfmann: Transformation und Zukunftsfähigkeit. Zur Kritik eines nachholenden Transformations- und Entwicklungsparadigmas. In: UTOPIE kreativ H. 78 (April 1997), S. 40-49, hier S. 42.

keit, Lebensweise und Lebensverhältnisse der Menschheit grundlegend zu ändern: »Über längere menschheitsgeschichtliche Zeiträume denkt und plant die gegenwärtige Menschheit nicht.«<sup>11</sup> Schachtschneider konstatiert, nach anfänglicher Euphorie sei Ernüchterung eingetreten: »So gibt es trotz vielem staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Engagement nach etwa einem Jahrzehnt Bemühungen unter dem Stern der Nachhaltigkeit nahezu keine Indikatoren, die auch nur den Beginn einer Entschärfung von als nachhaltigkeitsrelevant konstatierten Schlüsselproblemen wie etwa Ressourcen- und Flächenverbrauch, Treibhauseffekt, Reichtumsverteilung etc. anzeigen.«<sup>12</sup>

Der mediale Verschleiß des Nachhaltigkeitsgedankens hat zugleich zu einem Absinken des Sprachgebrauchs in die Alltäglichkeit geführt. Man kann heute immer und überall von »Nachhaltigkeit« reden – von der nachhaltigen Bekämpfung der Vogelgrippe bis zum nachhaltigen Anstieg des DAX. Im Ergebnis dieser *semantischen Entleerung* ist kaum noch gegenwärtig, dass die Einführung dieser Terminologie ursprünglich mit der Reflexion einer existentiellen Bedrohung und Herausforderung der Menschheit durch von ihr selbst ausgelöste Prozesse verbunden war. Die Bedeutungserosion im Ergebnis medialer Verarbeitung hat das Bedeutungsfeld dieses Terminus beinahe wieder auf jenes reduziert, das das Adjektiv »nachhaltig« als wenig gebrauchte, aber akzeptierte Vokabel in der deutschen Sprache ohnehin hatte, bevor es – als sprachliches Äquivalent des englischen »sustainable« – auf die globale Entwicklungsproblematik bezogen worden war.

Diese Situation hat, obwohl sie keineswegs begeisternd ist, durchaus auch ihre Vorteile. Für verantwortliche Politiker mag es ärgerlich sein, dass sich mit dem Nachhaltigkeitsthema zur Zeit schlecht »punkten« lässt, geschweige denn Wahlen gewinnen lassen<sup>13</sup>, aber für die theoretische Reflexion ist eine Zeit der Besinnung eher günstig. Bei nachlassendem Aktualitätsdruck kann man mit einer gewissen Muße das Bleibende von den Eintagsfliegen der Hochkonjunktur dieser Thematik sornern und sich der *Idee* der Nachhaltigkeit in ihrem Kerngehalt versichern. Personen mit einer marxistischen Biographie werden sich hier an die Umstände erinnern, unter denen sich die theoretischen Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels herausbildeten: Auf die Idee, dass die Zielstellungen der entstehenden Arbeiterbewegung ökonomisch fundiert werden müssten, waren sie bereits durch die Praxis der vorrevolutionären und revolutionären Bewegungen vor

11 E. Altwater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster 2005, S. 147.

12 U. Schachtschneider: Nachhaltigkeit als geänderte Moderne? Spielräume nicht-technischer Strategien nachhaltiger Entwicklung. Frankfurt a.M. u.a. 2005, S. 11; U. Schachtschneider: Zukunftsfähige Gesellschaften. Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich. Oldenburg 2000.

13 Joachim Spangenberg konstatiert eine eigentümliche Asymmetrie in der politischen Wertigkeit des Themas; man könne mit dem Thema Umwelt Wahlen zwar nicht gewinnen, wohl aber verlieren, wenn man es nicht genügend ernst nimmt. Vgl. J. Spangenberg: Gegengift – Nachdenken über Wege in eine nachhaltige Zukunft. In: UTOPIE kreativ, H. 131, September 2001, S. 817-827, hier S. 818.

1848 gebracht worden; aber erst das Abebben der politischen Kämpfe nach der Niederlage der 1848er Revolution und die Notwendigkeit, diese Niederlage theoretisch verarbeiten zu müssen, gaben ihnen die Muße und den geistigen Abstand, eine elaborierte Theorie der kapitalistischen Produktionsweise zu schaffen<sup>14</sup>. Das Abflauen der politischen Aufmerksamkeit erlaubt es auch, den geistesgeschichtlichen Horizont zu weiten und sich nicht immer nur an die jeweils allerneuesten Publikationen zu halten. Letztlich ist die Einordnung des Nachhaltigkeitsgedankens in den geistesgeschichtlichen Zusammenhang mitentscheidend für seinen Erkenntniswert.

Freilich ist es nicht ausgeschlossen, dass die seit Ende 2006 zumindest im EU-Bereich intensivierte öffentliche Debatte über das Klimaproblem, deren vorläufiger Höhepunkt die auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Union im März 2007 gefassten Beschlüsse zur Senkung der Emissionen von Treibhausgasen, zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien an der Energieerzeugung waren, eine wirkliche Wende eingeleitet hat und der Thematik eine mit praktischen Konsequenzen verbundene längerfristige Konjunktur beschert. Ausgemacht ist das nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte freilich noch längst nicht, und so kann man den Hinweis von Bernd Ulrich nur unterstreichen: »Für das Regieren in einer Weltmediengesellschaft am Rande des Umweltkollaps gilt, Politik ist die Verwandlung von kurzfristigen Erregungen in nachhaltige Entscheidungen.«<sup>15</sup> Die Zeit wird lehren, ob das schwierige Wunder dieser Verwandlung diesmal geglückt ist.

## **Propädeutik des Nachhaltigkeitsdiskurses**

In diesem Sinne versuche ich hier eine Art philosophischer Erörterung des Nachhaltigkeitsgedankens, jedoch nicht in akademischer, schulphilosophischer Terminologie. Vielleicht sollte man auch eher von protophilosophischer Reflexion sprechen – eine gewisse Strecke kann man das in einfachen Worten der Alltagssprache tun, ehe man die Feinarbeit am Begriff den Philosophen vom Fach überlassen muss. Dieses Vorgehen ist auch dadurch legitimiert, dass der Begriff der Nachhaltigkeit selbst bei einer so elementar wie möglich gehaltenen Explikation niemals nur in den Zuständigkeitsbereich einer einzigen Wissenschaftsdisziplin fällt. Schon die Minimalexplikation mit dem Bild des Dreiecks oder der drei Dimensionen, die sich in den neueren Nachhaltigkeitstexten immer wieder findet, erachtet mindestens drei Disziplingruppen – Ökologie, Ökonomie und Soziologie –

14 Diese zu den Zeitereignissen gewonnene Distanz äußert sich deutlich in einem Brief, den Engels am 13.2.1851 an Marx in London schrieb: »Wir haben jetzt endlich wieder einmal – seit langer Zeit zum erstenmal – Gelegenheit, zu zeigen, dass wir keine Popularität, keinen support von irgendeiner Partei irgendwelchen Landes brauchen und dass unsre Position von dergleichen Lumpereien total unabhängig ist. Wir sind von jetzt an nur noch für uns selbst verantwortlich...« MEW Bd. 27. Berlin 1984, S. 189.

15 B. Ulrich: Erst kommt die Moral. In: DIE ZEIT Nr. 11, 8.3.2007, S. 1.

für unentbehrlich, um gemeinsam den gedanklichen Kontext bereitzustellen, in dem »Nachhaltigkeit« als Begriff konstituiert werden kann. Als übergreifende Verkehrssprache in einer solchen interdisziplinären Konstellation kommt nur eine kultivierte Alltagssprache in Frage, eben die Sprache der protophilosophischen Reflexion. Der Bedarf nach solcher Reflexion ist groß und sollte als ein ständiges Moment des Nachhaltigkeitsdiskurses beachtet werden, so wie auch die Reflexion über Begriffe wie »Mensch«, »Gesellschaft« oder »Kultur« nie aufhören wird und darf. Sowie man die normierten Standarddefinitionen hinterfragt, bemerkt man sofort, dass das Etikett »Nachhaltigkeit« eine »weiche«, flexible und vielschichtige Formation des Denkens bezeichnet: »The roots of the term ›sustainability‹ are so deeply embedded in fundamentally different concepts, each of which has valid claims to validity, that a search for a single definition seems futile. The existence of multiple meaning is tolerable, if each analyst describes clearly what he means by sustainability.<sup>16</sup> Die Schöpfer von *Limits to Growth* bemerken, »sustainability« sei »a term that remains ambiguous and widely abused even sixteen years after the Brundtland Commission coined it«<sup>17</sup>.

Der Versuch, das Nachhaltigkeitskonzept in der Geschichte des menschlichen Denkens zu verorten, sollte zunächst eine Eigenart der deutschen, aber auch der englischen Sprache bedenken: die enorme Leichtigkeit, mit der Eigenschaften verdinglicht und Dinge zu Attributen anderer Dinge umgeformt werden können. Zwischen dem Adjektiv »nachhaltig« und dem Substantiv »Nachhaltigkeit« kann flexibel gewechselt werden, aber dieser Wechsel ist keine leere Formalität, sondern drückt eine Verschiebung des kognitiven Akzents aus. Eine Eigenschaft wie »nachhaltig« besteht nicht für sich, sondern wird einem Ding zugeschrieben; ein Ding hat viele – eventuell unbegrenzt viele – Eigenschaften. Man gewinnt den Begriff einer Eigenschaft durch Abstraktion aus der Totalität des Dinges. »Nachhaltigkeit« als ein Ding, eine Sache müsste selbst als ein Kompositum mehrerer, gegebenenfalls vieler Eigenschaften dargestellt werden. Die kognitive Situation ist also einfacher, wenn sich das Erkenntnisinteresse auf eine Eigenschaft richtet.

Der Terminus »nachhaltig« – zum Unterschied von der unreflektierten Alltagsbedeutung dieses Wortes – ist bekanntlich als deutsches Äquivalent von »sustainable« eingeführt worden, und »sustainable« bezeichnete eine Eigenschaft von Entwicklung: »*nachhaltige Entwicklung*« = »*sustainable development*«. Offenbar war damit eine nichtkonstitutive Eigenschaft von Entwicklung gemeint, also eine Eigenschaft, die Entwicklung haben kann oder auch nicht, und das Interesse war auf die Frage gerichtet, unter welchen Bedingungen eine Entwicklung nachhaltig ist oder nachhaltig wird. Kognitiv bedeutet dies, dass für das Kompositum »nachhaltige Entwicklung« ein Begriff von Entwicklung schon vorausgesetzt wurde, zu dessen Bestimmung die Eigenschaft »Nachhaltigkeit« als Definiens nicht erforderlich ist. Anders als »Nachhaltigkeit«, ist »Entwicklung« kein terminologischer

16 Kidd, The evolution (wie Anm. 4), Abstract.

17 Donella Meadows, Randers und Dennis Meadows, *Limits* (wie Anm. 2), S. XIV.

Newcomer, sondern bezeichnet einen zentralen Begriff vieler philosophischer und wissenschaftlicher Weltbilder, dessen geistesgeschichtliche Wurzeln mindestens bis in die Antike zurückgehen. Um 1990 standen bei der Suche nach einer passenden Übersetzung von »sustainable« mehrere Kandidaten zur Auswahl, darunter das Wort »zukunftsfähig«. Dieses Wort wäre in mancher Hinsicht passender gewesen, es hat sich auch bis heute – zum Teil neben und gleichrangig mit »nachhaltig« – im Nachhaltigkeitsdiskurs gehalten<sup>18</sup>. Indes sind die Unschärfen, die dem Begriff »nachhaltig« anhaften, vergleichsweise harmlos und überschaubar. Weit aus heikler und zudem kaum reflektiert sind die Ambivalenzen, die der zweite Bestandteil des Kompositums »nachhaltige Entwicklung« aufweist. Was bedeutet es, dass die mit dem Brundtland-Bericht gleichsam offizialisierte Formel »sustainable development« lautet und nicht »sustainable evolution«? Dahinter steckt mehr als eine sprachliche Spitzfindigkeit; ich komme darauf weiter unten kurz zurück. Auf jeden Fall bleibt bereits hier festzuhalten, dass das deutsche Wort »Entwicklung« – was es in anderen Kontexten auch immer bedeuten mag – innerhalb des Kompositums »nachhaltige Entwicklung« als Entsprechung von »development« und nicht von »evolution« anzusehen ist. Andernfalls würde man mit dem Übergang von einer Sprache zur anderen eine zusätzliche Ambivalenz in den Begriffsgebrauch tragen, wie man sie beispielsweise in Kauf nimmt, wenn man »Wissenschaft« umstandslos mit »science« wiedergibt und umgekehrt.

## **Das Modell der nachhaltigen Forstwirtschaft**

Die Favorisierung von »nachhaltig« als Übersetzung von »sustainable« hatte den Vorzug, dass man beim Verfolgen der Etymologie auf einen historischen Gebrauch dieses Wortes verwiesen wurde, der für die modernen Nachhaltigkeitserörterungen ein leicht verständliches, anschauliches Modell zur Verfügung stellt. In der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts galt als »nachhaltig« eine Wirtschaftsweise, die den Bestand des Waldes nicht antastete, sondern lediglich den Zuwachs verbrauchte, so dass das Produktionssystem »Wald« in späteren Perioden in gleicher Weise wie in früheren das Produkt »Holz« lieferte. Dahinter stand eine enorme Abstraktionsleistung, die das Denken in Langzeitzusammenhängen verlangte, da Wald, gemessen an den Maßstäben eines Menschenlebens, sehr langsam wächst. Ferner musste die Endlichkeit oder Begrenztheit der Ressourcen gedacht werden, was unter dem unmittelbaren Eindruck von Fülle, den die Wälder jener Zeit vermittelten, außerordentlich schwierig war<sup>19</sup>. Ein sehr lebendiges Bild

18 Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Hrsg. von BUND und Misereor. Basel / Boston / Berlin 1996.

19 Sowohl der historische Hintergrund als auch der theoretische Gehalt des forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeitskonzepts werden von Martin Stuber umfassend dargestellt. – M. Stuber: Wälder für Generationen. Konzepte der Nachhaltigkeit am Beispiel des Kantons Bern (1750 – 1880). Köln / Weimar 2007.

dieser Schwierigkeit liefert Theodor Fontane in seinen *Wanderungen durch die Mark*, in denen er einen Besuch in der Menzer Forst im Nordosten der Grafschaft Ruppin schildert und darauf zu sprechen kommt, dass um die Mitte des 18. Jahrhunderts in der preußischen Kriegs- und Domainenkammer die Frage erörtert wurde, wie dieser ungeheure Wald in einer kaum besiedelten Gegend wirtschaftlich zu nutzen wäre: »Kohlenmeiler und Teeröfen wurden angelegt, aber Teer und Kohle hatten keinen Preis. Die nächste, nachhaltige (hier steht dieses Wort bereits bei Fontane – H.L.) Hülfe schien endlich die Herrichtung von *Glashütten* bieten zu sollen, und in der Tat, es entstanden ihrer verschiedene zu Dagow, Globsov und Stechlin; ein Feuerschein lag bei Nacht und eine Rauchsäule bei Tag über dem Walde; vergeblich: auch der Glashüttenbetrieb vermochte nichts, und der Wald brachte es nur spärlich auf seine Kosten. Da zuletzt erging Anfrage von der Kammer her an die Menzer Oberförsterei: wie lange die Forst aushalten werde, wenn Berlin aus ihm zu brennen und zu heizen anfangen, worauf die Oberförsterei mit Stolz antwortete: ›Die Menzer Forst hält alles aus‹. Das war ein schönes Wort, aber doch schöner, als sich mit der Wirklichkeit vertragen. Und das sollte bald erkannt werden. Die betreffende Forstinspektion wurde beim Wort genommen, und siehe da, ehe dreißig Jahre um waren, war die ganze Menzer Forst durch die Berliner Schornsteine geflogen. Was Teeröfen und Glashütten in alle Ewigkeit hinein nicht vermocht hätten, das hatte die Konsumtionskraft einer großen Stadt in weniger als einem Menschenalter geleistet. Ja, Hülfe war gekommen, die Menzer Forst *hatte* rentiert; aber freilich, die Hülfe war gekommen nach Art einer Sturzwelle, die, während sie das aufgefahrene Schiff wieder flott macht, es zugleich auch zerschellt.«<sup>20</sup>

Das ist eine wunderbare literarische Illustration des Nachhaltigkeitsproblems. In diesem konkreten Fall gab es ein – bei Fontane mit Befriedigung vermerktes – Happy End: Der Holzeinschlag wurde beendet, die Berliner Heizungen wurden auf Linumer Torf umgestellt, und auf der Tabula rasa erstand die Menzer Forst schön wie zuvor. Die neuere Nachhaltigkeitsdebatte ging freilich von der Befürchtung aus, dass auf der Tabula rasa, die von der Industriegesellschaft in die Natur geschlagen wird, nichts mehr wie zuvor erblühen könnte. Die Lehren, die in der Idee des 18. Jahrhunderts von einer nachhaltigen Forstwirtschaft enthalten sind, gehen indes noch wesentlich weiter. Was hier gedacht und praktiziert wurde, war ja nicht das einfache Bewahren eines Bestandes in seiner Naturalform – wie etwa das Horten eines Schatzes –, sondern das Bewahren einer Bestands[größe], während die Elemente des Bestandes wechseln, und der Zweck des Bewahrens war nicht der Bestand selbst, sondern der *Ertrag* an Holz, der Überschuss über den zu erhaltenden Bestand, den dieser bei adäquater Bewirtschaftung regelmäßig hervorbringt: »Diese Grundidee von Nachhaltigkeit kann als Erhaltungsziel bzw. als

20 Th. Fontane: *Wanderungen durch die Mark Brandenburg*. Erster Teil. Die Grafschaft Ruppin. Berlin, Weimar 1980, S. 372.

Ziel beschrieben werden, von den Erträgen einer Substanz und nicht von der Substanz selbst zu leben.«<sup>21</sup>

Die ursprüngliche Idee der nachhaltigen Forstwirtschaft entsprang physiokratischem Denken, für das konkrete und abstrakte Arbeit, Gebrauchswert und Tauschwert noch nicht voneinander geschieden waren. Die Nachhaltigkeitsrelation konnte sowohl in Natural- als auch in Geldform ausgedrückt werden, so dass der natürliche Zuwachs an Holz dem Gewinn entspricht, den ein investiertes Kapital abwirft, und umgekehrt. Das ökonomische Denken kehrt scheinbar auf physiokratisches Niveau zurück, wenn in Nachhaltigkeits-Texten der Kapitalbegriff ganz selbstverständlich auf Naturgegebenheiten ausgedehnt wird und von der Bewirtschaftung des *Naturkapitals* die Rede ist. Schon bei Meadows et al. ist »Kapital« einfach ein Synonym für »Ressourcen«<sup>22</sup>. Das ist zugleich ein Moment einer breiteren Bewegung in der neueren Geistesgeschichte, der Proliferation des Kapitalbegriffs über die ökonomische Sphäre hinaus, wie man sie etwa bei Pierre Bourdieu mit der Einführung von Begriffen wie »soziales Kapital« oder »kulturelles Kapital« findet<sup>23</sup>.

Allerdings ist der Eindruck, »Kapital« würde heute unabhängig von jeder ökonomischen Formbestimmtheit zur Bezeichnung beliebiger Ressourcenarten für beliebige menschliche Tätigkeiten verwendet, nicht mehr als ein äußerer Schein. Dahinter steht das historische Faktum, dass die Subsumtion des Kosmos menschlicher Tätigkeiten mit ihren Ressourcen unter das Kapitalverhältnis nahezu total geworden ist. Während sich zur Zeit der Physiokraten die Wertsphäre der Wirtschaft gegenüber den natürlichen und technologischen Charakteristika der Produktion gerade erst zu verselbständigen begann, hat heute die in Gestalt kapitalistischer Märkte »entbettete« und verselbständigte Wertsphäre der Wirtschaft ihrerseits die Gesamtheit der Natur-, Technik- und Sozialverhältnisse des Menschen nahezu vollständig absorbiert. Die Pointe dieser Entwicklung ist nicht die Naturalisierung des Kapitals, sondern die Kapitalisierung der Natur, die »Inwertsetzung« tendenziell aller Ressourcenarten als »Kapitalsorten«, in die investiert werden kann und die im Hinblick auf die mit solchen Investitionen verbundenen Renditeerwartungen kalkulatorisch miteinander verglichen werden. Elmar Altvater hat dies prägnant auf den Begriff gebracht: »Denn wenn alles als Kapital kalkuliert wird – Realkapital, Immobilienkapital, Naturkapital, Sozialkapital, Hu-

21 Jürgen Kopfmüller, Volker Brandl, Juliane Jörissen, Michael Paetau, Gerhard Banse, Reinhard Coenen, Armin Grunwald: Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin 2001, S. 21.

22 »Unter dem Begriff Kapital ist in diesem Buch kein Geldwert zu verstehen; er bezeichnet vielmehr die Maschinen, Fabriken und Anlagen, mit denen man Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen erzeugt«. Das zur Finanzierung solcher Ausrüstungen erforderliche Geld soll *Finanzkapital* genannt werden. D. H. Meadows, D. L. Meadows, J. Randers: Die neuen Grenzen des Wachstums. Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen. Stuttgart 1992, S. 19. Die theoretische Ambivalenz, die dadurch entsteht, dass sowohl Ressourcen in Naturalform als auch Geldbeträge – als *Kapitalsorten* – gleichermaßen unter den Begriff des Kapitals subsumiert werden, muss hier außer Betracht bleiben.

23 M. Herz: Disposition und Kapital: ein Beitrag zur Bourdieu-Debatte. Wien 1996.



mankapital – , kann der rationale ›Investor‹ zwischen Kapitalanlagen Renditevergleiche anstellen. (...) Das Portfolio, das aus verschiedenen Kapitalen bestehen kann, soll optimiert werden. Alle ›Kapitalsorten‹ sind vergleichbar und austauschbar.«<sup>24</sup> Auf diese Vergleichbarkeit und Austauschbarkeit kommt es an. Der Begriff des »Naturkapitals« hebt so, strenggenommen, gerade *nicht* auf das Eigenrecht und die Eigengesetzlichkeit der Natur ab, sondern drückt deren Einbeziehung in Kapitalverwertungsstrategien und deren Vergleichbarkeit mit anderen Kapitalanlagesphären aus. Wenn man dies im Blick behält, kann man leichter mit dem insbesondere bei der Diskussion der Nachhaltigkeitsproblematik sehr verwirrenden Tatbestand umgehen, dass es dort, wo der Terminus »Kapital« verwendet wird, in der Absicht der jeweiligen Autoren oftmals gerade *nicht* um die kapitalistische Verfasstheit der Gesellschaft geht, obwohl die Problematik selbst in höchstem Grade mit eben dieser Verfasstheit verbunden ist.

### **Komplementäre Perspektiven: objektiver Prozess und subjektives Handeln**

Ferner ist ersichtlich, dass im Modell der nachhaltigen Forstwirtschaft die Eigenschaft der Nachhaltigkeit auf der Stabilität von Reproduktionszyklen beruht; diese Beziehung erscheint mir konstitutiv für den Begriff der Nachhaltigkeit überhaupt. Der entscheidende Schritt, der den Reproduktionszyklus schließt und die Fortdauer des produzierenden Systems sichert, ist hier die Substitution der eingeschlagenen Bäume durch Neupflanzungen. Damit bezieht sich Nachhaltigkeit *unmittelbar auf menschliches Handeln*, auf eine Wirtschaftsweise und nicht auf eine Eigenschaft des Waldes als selbst organisierendes System, wie sie sich in einem ganz sich selbst überlassenen Urwald, einem Totalreservat, ausbilden würde. Wird er sich selbst überlassen, dann *verliert* er gerade die Eigenschaft, auf nachhaltige Art wirtschaftlich nutzbar zu sein.

Hier zeigt sich nun an einem elementaren, leicht einsichtigen Exempel das ganze Problem des Verhältnisses zwischen zwei dialektisch korrelierten Aspekten der Nachhaltigkeit – zwischen *Nachhaltigkeit als Prozesseigenschaft* und *Nachhaltigkeit als Handlungsintention*. Der wirtschaftende Mensch *wünscht*, dass der Wald als dauerhaft leistungsfähiges Produktionssystem funktionieren möge; insofern hat der Mensch als Zielgeber, der durch sein Handeln für das Erreichen seiner Ziele sorgen muss, das *intentionale Primat*. Die *Natureigenschaften* des Waldes bestimmen aber, *wie* er dabei vorgehen muss. Verfehlt er diese objektiven, von seinen Wünschen unabhängigen Vorgaben, so wird er sein Ziel nicht erreichen; insofern haben diese Vorgaben das *naturgesetzliche Primat* gegenüber dem han-

24 Altvater, Das Ende (wie Anm. 11), S. 44, S. 45-46. – Im Verständnis neoliberaler Ökonomen ist die Natur »so-wieso nur ein Ensemble von ›Naturkapital‹, gebildet durch die Vergabe von Eigentumsrechten an Stücken der Natur. Naturkapital ist Teil des Portfolios von Investoren und kann durch monetäres Kapital substituiert werden – und umgekehrt« (ebd., S. 149).

delnden Menschen. Das ist eine rekursive, zyklisch gekoppelte Situation: Der Mensch entscheidet hier, ob er ein nachhaltiges System mit bestimmten Parametern herstellen möchte oder nicht, doch über den Inhalt seines Handelns entscheiden die objektiven Eigenschaften dieses Systems, die von seinem Willen unabhängig sind. Insofern ist die Deskription des nachhaltig funktionierenden Systems den Normativen, die das Handeln zur Herstellung, Auswahl oder Nutzung dieses Systems bestimmen, logisch vorgeordnet – als eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Grundlage, von der die Rationalität dieser Normative abhängt.

Erkenntnistheoretisch ausgedrückt, begegnet man hier dem für die Selbsterkenntnis des Menschen und seiner Verhältnisse zentralen Problem der *Multiperspektivität* des Erkennens und der Notwendigkeit des *Perspektivenwechsels*. Als konstitutives Element des nachhaltigen Systems stellt sich der Mensch Ziele und greift als zielstrebig handelndes Subjekt praktisch in den Wald als Objekt seines Handelns ein: »Aus der Teilnehmerperspektive lassen sich die subjektive Motivation, Zielstellung, Intention und das subjektive Verständnis der Mittelwahl im Handeln erfassen.«<sup>25</sup> Der Beobachter, der den Vollzug nachhaltiger Forstwirtschaft von außen beschreibt, nimmt demgegenüber eine andere Perspektive ein. In der Beobachtungs- und Beschreibungssituation, in der er sich befindet, ist die Nachhaltigkeit des dargestellten Systems nicht die Norm, nach der er handelt, sondern eine integrale objektive Prozesseigenschaft, die er konstatiert: »Aus der Beobachterperspektive interessiert zunächst nicht das subjektive Binnenleben des Handelnden, sondern die Bedeutung seiner Handlungen für andere in einer bestimmten Umwelt von für ihn objektiven Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen des Handelns. Das Handeln wird von anderen als Verhalten beobachtet.«<sup>26</sup>

Entsprechend sind »Nachhaltigkeit als Prozesseigenschaft« und »Nachhaltigkeit als Normativ« nicht etwa Bezeichnungen für alternative Nachhaltigkeitskonzepte, sondern komplementäre Perspektiven des Nachhaltigkeitsphänomens, die untrennbar miteinander verbunden, zugleich aber nicht aufeinander reduzierbar sind. »Beobachter« und »Akteur« (Teilnehmer), die hier analytisch unterschieden worden sind, um die Komplementarität der Situationen zu verdeutlichen, sind aber nicht notwendigerweise zwei verschiedene Personen. Typischerweise sind es zwei verschiedene *Rollen*, zwischen denen ein und dieselbe Person alterniert: Der Mensch als Akteur wechselt in die Rolle des Beobachters, um die Bedingungen, den Verlauf, die Ergebnisse und die Folgen seines Handelns zu beurteilen und zu bewerten; der Mensch als Beobachter wechselt in die Rolle des Akteurs, um die Richtigkeit seiner Urteile zu prüfen und sie gegebenenfalls zu korrigieren. Als reflexiv Handelnder ist der Mensch imstande, diesen Perspektivenwechsel in beiden Richtungen immer wieder zu vollziehen. Schon unter der simplifizierenden Voraussetzung, Akteur bzw. Beobachter jeweils als Monosubjekt zu unterstellen, wird

25 H.-P. Krüger: Perspektivenwechsel. Autopoiese, Moderne und Postmoderne im kommunikationsorientierten Vergleich. Berlin 1993, S. 18.

26 Ebd.

deutlich, dass das Nachhaltigkeitskonzept – sofern man das zielstrebige menschliche Handeln als konstitutiv für das Phänomen der Nachhaltigkeit erachtet – nicht die Form einer homogenen und konsistenten Theorie annehmen kann: Vom Sein zum Wollen und Sollen führt keine logische Brücke, und wenn man theoretisch zwingend darlegen kann, wie gehandelt werden muss, damit ein gesellschaftliches System in der Interaktion mit seiner Umwelt die Prozesseigenschaft der Nachhaltigkeit annimmt, dann ergibt sich daraus noch keineswegs, dass die Akteure dieses Systems sich auch entschließen werden, nach dem Normativ der Nachhaltigkeit zu handeln. Die Differenz zwischen den Diagnosen und Prognosen der Klimaforscher auf der einen und den verbindlichen Entscheidungen der politischen Instanzen auf der anderen Seite ist eine fortdauernde Demonstration dieser Kluft.

## Nachhaltigkeit und Evolution

Das schlichte, anschauliche Modell der nachhaltigen Forstwirtschaft trägt also, wie man sieht, begrifflich sehr weit; man erkennt seine Leistungsfähigkeit schon daran, dass von seinem historischen Prototyp eine direkte gedankliche Linie zu den konzeptionellen Grundlagen der modernen Forstwirtschaft führt<sup>27</sup>. Seine Grenzen hat es darin, dass es im Grunde ein *stationäres Regime* auf der Grundlage einfacher, identischer Reproduktion beschreibt. Ein bewirtschafteter Wald soll danach zu jeder Zeit aus Exemplaren derselben Baumarten in unterschiedlichen Lebensaltern bestehen. Dass eine ideale Selbstidentität über die Zeit hinweg real nicht erreicht werden kann, entspricht gerade nicht dem Ziel der Bewirtschaftung, sondern stellt eine unvermeidliche Abweichung von diesem Ziel dar. Ein stationäres Regime ist ein *Grenzfall von Evolution*. Dabei wird »Evolution« hier ausdrücklich als Einheit von quantitativer und qualitativer Veränderung verstanden<sup>28</sup>. Evolutionsprozesse beschränken sich nicht auf Zu- oder Abnahme mess- bzw. abzählbarer Größen, sondern schließen Innovationen und damit qualitativen Wandel ein. Die Geschichte der menschlichen Gesellschaft insgesamt – und die in sie integrierte Wirtschaftsentwicklung, die im 20. Jahrhundert die globalökologische Problematik hervorgerufen hat – ist ein solcher Evolutionsprozess. Hinter dem Nachhaltigkeitsdiskurs steht die grundlegende allgemeine Frage, ob ein nachhaltiger Verlauf von Evolutionsprozessen (zum Unterschied von stationären Regimes) überhaupt möglich ist, wie man diese Verlaufsqualität begrifflich fassen und damit nachhaltige von nicht-nachhaltigen, letztlich an inneren oder äußeren Gren-

27 W. Peters: Die Nachhaltigkeit als Grundsatz der Forstwirtschaft, ihre Verankerung in der Gesetzgebung und ihre Bedeutung in der Praxis. Diss. Univ. Hamburg 1984; H. Schanz: Forstliche Nachhaltigkeit. Sozialwissenschaftliche Analyse der Begriffsinhalte und Funktionen. Freiburg 1996.

28 Auf dieser Ebene werden die Termini »Evolution« und »Entwicklung« häufig synonym verwendet; auf die damit verbundene Problematik wird weiter unten eingegangen.

zen scheiternden Verläufen unterscheiden kann. *Nach dem Scheitern* ist man immer klug; es kommt aber darauf an, die Diagnose der Verlaufsqualität eines Evolutionsprozesses möglichst frühzeitig zu stellen, in einem Stadium, in dem man noch lenkend eingreifen kann. Diese Frage ist alles andere als trivial, denn wenn in der Literatur von nachhaltiger *Entwicklung* gesprochen wird, diskutiert man in der Regel tatsächlich Prozesse des *Wachstums* (unter Einschluss von Schrumpfungprozessen, die als negatives Wachstum aufgefasst werden können). Wenn von Wachstum die Rede ist, meint man gerade *nicht* qualitativen Wandel, denn die Größen, deren Wachstum beschrieben wird (etwa der Kohlendioxidgehalt der atmosphärischen Luft), müssen per definitionem zu jedem Zeitpunkt des betrachteten Prozesses qualitativ mit sich selbst identisch bleiben, andernfalls würde der Begriff des Wachstums ad absurdum geführt<sup>29</sup>. Der Terminus »qualitatives Wachstum«, der in den 1990er Jahren in Gebrauch gekommen ist, leidet – jedenfalls dann, wenn man ihn wörtlich nimmt – an einer Konfusion der Kategorien »Quantität« und »Qualität«.

Die verbreitete Konfusion von »Entwicklung«, »Wachstum« und »Evolution«, die für das Verständnis des Nachhaltigkeitsproblems von hoher Relevanz ist, hängt mit der Vielschichtigkeit und der komplizierten Geschichte des Entwicklungsbegriffs selbst zusammen. Als der Terminus »Entwicklung« im 18. Jahrhundert aus der Alltagssprache in die Wissenschaftssprache Eingang fand, führte er die Bedeutung von »Auswickeln« mit sich – auswickeln aber kann man nur etwas, das zuvor zwar nicht sichtbar, da zusammengefoldet, aber doch eben schon vorhanden war. Diese Idee von Entwicklung schloss die Entstehung von Neuem gerade nicht ein, sondern führte den sichtbaren Gestaltwandel, der in der sinnlichen Wahrnehmung als eine Veränderung der Qualität erschien, auf das Zutagetreten von etwas bereits Existentem zurück. Am deutlichsten wurde dies im biologischen Konzept der Präformation, das zur Erklärung der Ontogenese von Pflanzen und Tieren verwendet wurde.

In der Geschichte der Biologie hat sich mit der Durchsetzung der Abstammungslehre im 19. Jahrhundert der Entwicklungsbegriff in zwei Begriffe aufgespalten – den der *Ontogenese* (Individualentwicklung oder Entwicklung im engeren Sinne) und den der *Phylogenese* (Stammesentwicklung oder Evolution). Diese Aufspaltung setzte voraus, dass der Artbegriff in den biologischen Wissenschaften fest etabliert war. Auf dieser Grundlage konnte eine eindeutige Begriffsunterscheidung vorgenommen werden, die Konrad Senglaub (in heutiger Terminologie) so ausdrückt: »Die ontogenetische Entwicklung ist die Realisierung einer

29 »Wachsen bedeutet, dass eine Größe materiell zunimmt. Entwickeln aber bezeichnet eine qualitative Änderung. Wenn etwas wächst, wird es quantitativ größer, wenn es sich entwickelt, wird es qualitativ besser – oder zumindest andersartig. Quantitatives Wachstum und qualitative Änderung unterliegen unterschiedlichen Gesetzen. Unser Planet entwickelt sich insgesamt ohne Wachstum, seine Masse nimmt dabei nicht zu. Unsere Wirtschaft, die nur ein Untersystem der begrenzten und nicht wachsenden Erde darstellt, muss wohl über kurz oder lang eine gleichartige Entwicklungsform annehmen«. D. H. Meadows, D. L. Meadows und Randers, *Die neuen* (wie Anm. 22), S. 20.

genetischen Information, während Evolution auf genetischem Wandel in Populationen beruht. Das sind wesensverschiedene Prozesse.»<sup>30</sup> Nur die Evolution – sinngemäß auf die menschliche Gesellschaft übertragen – ist nach vorn offen. Die Individualentwicklung hingegen hat eine (wie wir heute wissen, genetisch programmierte) endliche Dauer. Für die Individualentwicklung könnte man daher allenfalls von einer limitierten, zeitlich befristeten Nachhaltigkeit sprechen, die bei allem Bemühen nicht über die ihr natürlich gesetzte Grenze hinaus durchzuhalten ist. Das wird für das menschliche Individuum etwa durch das Ideal der gesunden Lebensweise zum Ausdruck gebracht; die Beachtung dieses Ideals kann dazu beitragen, die in einem Menschenleben angelegten Möglichkeiten vollständiger auszuschöpfen, doch sie bewahrt kein Individuum vor dem Tod. Deshalb besteht streng genommen keine Notwendigkeit, in *diesem* Zusammenhang den Begriff der Nachhaltigkeit anzuwenden. Eingeführte Begriffe wie Gesundheit oder soziale Sicherung bestimmen das hier Gemeinte hinreichend.

Die deutliche Unterscheidung von Entwicklung (als Ontogenese) und Evolution hat sich aus den biologischen Wissenschaften nicht ohne weiteres auf die Gesellschaft übertragen lassen, denn dort gibt es zum Unterschied zwischen der Realisierung eines gegebenen genetischen Programms (als Individualentwicklung) und der Veränderung dieses Programms selbst keine direkte Entsprechung. Zudem kannte auch der in der philosophischen Tradition überkommene Weltbildbegriff »Entwicklung« keine derartige Unterscheidung, so dass die beiden im biologischen Kontext streng zu unterscheidenden Begriffe der Entwicklung (als Ontogenese) und der Evolution gleichermaßen unter ihn zu subsumieren waren. Begriffsverwirrung als Pendant terminologischer Unklarheiten<sup>31</sup> war die bis heute anhaltende Folge, die unterschwellig auch in den Nachhaltigkeitsdiskurs hineinspielt. Zudem ist »Entwicklung« eher als »Evolution« ein Begriff der Alltagssprache, er wirkt vertrauter, und häufig wird von »Entwicklung« gesprochen, wo eigentlich ein offener, nicht voll determinierter und programmierter Prozess mit emergenten Zügen gemeint ist.

Die Frage, warum sich im Nachhaltigkeitsdiskurs »sustainable development« durchgesetzt hat und nicht »sustainable evolution«, lohnt einen Augenblick des Nachdenkens, obwohl eine zufrieden stellende Antwort darauf kaum zu erwarten ist. Es kann nicht daran gelegen haben, dass in den frühen Debatten um die globalökologische Krise und deren Lösung der Terminus »evolution« etwa nicht prä-

30 K. Senglaub: Neue Auseinandersetzungen mit dem Darwinismus. In: Geschichte der Biologie. Theorien, Methoden, Institutionen, Kurzbiographien. Hrsg. von I. Jahn unter Mitwirkung von E. Krauß, R. Löther, H. Querner, I. Schmidt und K. Senglaub. 3., neubearb. und erw. Aufl. Heidelberg, Berlin 2000, S. 558-579, hier S. 563.

31 Die Verwirrung wird durch die verbreitete Konfrontation von »Evolution« und »Revolution« noch weiter gesteigert. In *diesem* Zusammenhang bezeichnet »Evolution« eine allmähliche, graduelle und »Revolution« eine plötzliche, grundlegende Veränderung. In einer weiteren Bedeutungsnuance ist es geläufig, »Evolution« als Synonym für »quantitative Veränderung« und »Revolution« als Synonym für »qualitative Veränderung« zu verwenden. Im vorliegenden Aufsatz wird ausdrücklich davon abgesehen, den Terminus »Evolution« in den Bedeutungen zu verwenden, die er in den gerade genannten Kontexten annimmt.

sent gewesen wäre; er war es zweifellos, denn Kenneth E. Boulding schuf sein Konzept der »societal evolution« in genau diesem Zusammenhang. Eher dürfte es damit zusammenhängen, dass die Diskussion der globalökologischen Problematik und insbesondere die Arbeit der Brundtland-Kommission von vornherein eng mit dem so genannten Nord-Süd-Problem verbunden war. Die Länder der »Dritten Welt« galten als »Entwicklungsländer«, und die für sie in Aussicht genommene »Entwicklung« war in der Tat ein programmierter Prozess; auch von »nachholender Entwicklung« – eine verräterische Formulierung – war oft die Rede. Das Programm für die »Entwicklungsländer« bestand darin, in den Grundzügen den Weg nachzuvollziehen, den die kapitalistischen Industrieländer – auch »entwickelte« Länder genannt – bereits durchlaufen hatten. Für die letzteren war dieser Weg eine schöpferische, offene Evolution, für die ersteren sollte er eine programmierte Entwicklung werden. Nach 1989/90 wurde das Konzept der nachholenden Entwicklung reaktiviert, um den Prozess der Rückholung der ehemals sozialistischen ost- und mitteleuropäischen Länder in die »Normalität« des Kapitalismus angemessen abbilden und effektiv steuern zu können. Dabei werden die Gesellschaften dieser Länder als »Transformationsgesellschaften« gekennzeichnet. Den unterschiedlichen – modernisierungstheoretischen, neoliberalen oder institutionenökonomischen – Ansätzen einer Theorie der Transformation ist gemeinsam, »dass sie davon ausgehen, dass das Ziel der Transformation prinzipiell bekannt ist bzw. die Kenntnis des angestrebten Endzustandes sogar einem adäquaten Verständnis der Transformationsprozesse vorausgesetzt ist«<sup>32</sup>. »Transformation« im hier gemeinten Sinn bezeichnet also einen programmierten Ablauf und ist gemäß der hier diskutierten Unterscheidung eigentlich ein Synonym für »Entwicklung«. Auf einem anderen Blatt steht, dass sich gesellschaftliche Abläufe stets – also auch hier – höchstens in einer gewissen Näherung programmieren lassen und daher die realen Prozesse unvermeidlich auch Züge nichtintendierter Evolution aufweisen.

Untergründig – ohne dass jemand eine explizite Definition wagen würde – transportiert das Kompositum »sustainable development« so die Vorstellung vom Kapitalismus als verbindlicher Norm der Weltgeschichte und allgemeiner Rahmenbedingung für die Lösung der global-ökologischen Problematik. Die deutsche Übersetzung »nachhaltige Entwicklung« gibt diesen Subtext angemessen wieder. Da es sich hier um einen de facto normierten Ausdruck handelt, kommen wir nicht umhin, uns seiner zu bedienen. Es sei aber wenigstens an dieser Stelle hervorgehoben, dass es tatsächlich um »nachhaltige Evolution« geht – einen offenen Prozess, dessen Offenheit so weit reicht, dass auch seine kapitalistische Form zur Disposition gestellt werden kann.

Wirklich sinnvoll ist der Nachhaltigkeitsbegriff meines Erachtens nicht in Bezug auf die individuelle, sondern in Bezug auf die *gesellschaftliche (soziale)* Seite des Menschseins – die Weltgesellschaft (Menschheit), Teilgesellschaften, gesell-

32 Hopfmann, Transformation (wie Anm. 10), S. 44; A. Schüller: Ansätze einer Theorie der Transformation. In: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Bd. 43, 1992, S. 35-63.

schaftliche Arrangements und Institutionen, denen die Eigenschaft der nach vorn offenen Evolution gemeinsam ist. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass diese Gebilde ewige Dauer hätten – nichts ist ewig, und alles, was besteht, ist bekanntlich wert, dass es zugrunde geht –, aber es bedeutet, dass ihnen nicht von vornherein eine Befristung ihrer Existenz, ein »Tod« einprogrammiert ist. Bei den Diskussionen über Nachhaltigkeit geht es darum, wie *selbstevolutionierende* gesellschaftliche Systeme auf einen nachhaltigen Pfad gelenkt bzw. auf einem solchen gehalten werden können. Der Begriff des *Pfades* – aus der Untersuchung sogenannter *Pfadabhängigkeiten* in der Innovationstheorie und in der Technik- und Wirtschaftsgeschichte herkommend<sup>33</sup> – ist übrigens gut geeignet, um plausibel zu machen, dass der Terminus »Nachhaltigkeit« keinen unveränderlichen Zustand, sondern eine *Eigenschaft von Evolutionsprozessen* bezeichnen soll.

## Die Dimension der Reflexivität

Gesellschaftliche Systeme sind nicht nur selbst evolutionierend, sondern auch *reflexiv*, und die Reflexionen ihrer Akteure – ihr »Bewusstsein« – gehören zu den inneren Determinanten ihrer Selbstevolution. Es ist unmöglich, solche Systeme hinreichend vollständig *objektiv* zu beschreiben – also zu tun, als stünde der Theoretiker ihnen als Betrachter *von außen* gegenüber, ohne ihnen selbst anzugehören. Gegenüber dem globalen System der Menschheit ist es für einen Menschen ohnehin unmöglich, *de facto* die Perspektive eines äußeren Beobachters einzunehmen und damit die historischen Aktionen der Menschheit vollkommen objektiv zu betrachten. Er kann sich lediglich hypothetisch in eine solche Situation versetzen, und diese Art von Hypothesen ist, da die Menschheit nur in einem einzigen Exemplar existiert und keine anderen kosmischen Zivilisationen als Vergleichsinstanzen zur Verfügung stehen, in höchstem Grade riskant. Das zeitweilig weit über die Science-Fiction-Sphäre hinaus sehr intensive Bemühen, außerirdische Zivilisationen aufzuspüren und mit ihnen in Kontakt zu treten, war nicht zuletzt von der Intention motiviert, einen solchen Beobachterstandpunkt gegenüber der Menschheit und ihrer Geschichte zu gewinnen. Aber auch dann, wenn Forscher aus einem Teil der Weltgesellschaft einen anderen Teil dieser Gesellschaft zu ihrem Gegenstand machen – im Extremfall: ethnologische Untersuchungen von noch unter urgesellschaftlichen Verhältnissen lebenden Stammesgemeinschaften in abgeschlossenen Territorien –, sind den Erkenntnismöglichkeiten eines rein objektivierenden Vorgehens enge Grenzen gezogen. Von einem bestimmten Punkt an genügt es nicht mehr, den Lebensprozess der untersuchten Gemeinschaft als bloßes Verhalten zu behandeln, sondern es wird unerlässlich, die »innere Welt« ihrer Mitglieder aufzuschließen – und dies gelingt nur durch den Dialog, in dem sich Forscher und

33 Evolution and path dependence in economic ideas: past and present. Hrsg. von P. Garrouste und S. Ioannides. Cheltenham 2000.

Erforschte *gegenseitig* als Subjekte und damit als gleichberechtigte Angehörige der Menschheit anerkennen. Was in ethnologischen Forschungen in zugespitzter Form zutage tritt, das ist nichts anderes als das allgemeine erkenntnistheoretische Grundproblem jeglicher soziologischen Erkenntnis, das auch für Nachhaltigkeitskonzepte und deren praktische Umsetzung konstitutiv ist.

Diese kognitive Situation ist nach meiner Ansicht der Grund dafür, dass hier die *Perspektive der Subjektivität* in die Theorie selbst eingeführt werden muss. Naturwissenschaftliche Theorien verfahren so nicht (jedenfalls nicht, seit mit dem Ende der so genannten Physikotheologie die teleologische Perspektive aus ihnen ausgetrieben worden ist, deren Nachgeburt wir heute im »intelligent design« in den USA erleben<sup>34</sup>), und auch naturwissenschaftsanalog konstruierte *sozialwissenschaftliche* Theorien lassen sich von Postulat der Elimination der Subjektivität leiten. Man sollte sich dessen bewusst sein, dass die Einführung der Subjektivität in die Theorie ein Charakteristikum der Geisteswissenschaften ist; wenn es sich wirklich so verhalten sollte, dass der Begriff der nachhaltigen Entwicklung nicht unabhängig von dieser Perspektive gefasst werden kann, dann hat die *geisteswissenschaftliche* Perspektive einen irreduziblen Anteil am Verständnis von Nachhaltigkeit. Unsere Überlegungen waren indes – mit dem Rückblick auf den ersten Bericht des Club of Rome – von der globalökologischen Situation ausgegangen, für deren Erfassung und Bearbeitung eine *naturwissenschaftliche* Perspektive unverzichtbar ist, und der Versuch, diese beiden Perspektiven aufeinander zu beziehen, hatte auf den Gedanken ihrer Komplementarität und zu der Einsicht geführt, dass ihre Verknüpfung *nicht* durch eine Auflösung ihres Gegensatzes erreicht werden kann, sondern nur dadurch, dass ein Wechsel zwischen den Perspektiven bei Anerkennung ihrer wechselseitigen Irreduzibilität für möglich erachtet und praktiziert wird. In einer allgemeinen, ausdrücklich die globalökologische Problematik einschließenden Form hat Hans-Peter Krüger dies mit größtmöglicher Präzision auf den Begriff gebracht: »Es hängt vom Maße des kommunikativen Wechsels zwischen Teilnehmer- und Beobachterperspektive ab, inwieweit jeder sich selbst zu beobachten erlernt, d.h. sein Handeln antizipatorisch als Verhalten im Lichte anderer Beobachter anlegt, und inwieweit jeder das beobachtete Verhalten anderer als subjektiv intendiertes Handeln zu deuten vermag, d.h. sich in deren Teilnehmerperspektive versetzt. Im kommunikativen Wechsel zwischen den Teilnehmer- und Beobachterperspektiven entsteht die Perspektive der Selbstbeobachtung, in der Handlungs- als Verhaltenssequenzen und umgekehrt Verhaltens- als Handlungssequenzen durch Zeichenaustausch koordiniert werden. Darin kombinieren wir produktiv die Vorteile des subjektiven Engagements und der reflexiven Selbstkontrolle, wodurch die meist destruktiv werdende Schere zwischen Handeln und Verhalten wieder geschlossen werden kann.«<sup>35</sup> Damit erscheint die Frage erwägenswert, ob ein Nachhaltigkeitskonzept

34 U. Kutschera: Streitpunkt Evolution: Darwinismus und intelligentes Design. Münster 2004.

35 Krüger, Perspektivenwechsel (wie Anm. 25), S. 18.



überhaupt auf die Form einer Theorie reduziert werden kann oder vielmehr eine komplexere geistige Formation darstellt, die komplementär zum theoretisch-deskriptiven auch einen normativen Aspekt notwendig einschließt. Dies gilt unbeschadet der möglichen Pluralität der Nachhaltigkeitskonzepte; es erscheint möglich, dass jedes Nachhaltigkeitskonzept, wie auch immer es inhaltlich beschaffen ist, diese formale Eigenschaft aufweisen muss.

## Evolution in der Generationenfolge

Beim Nachdenken über nachhaltige Entwicklung wird, wie heute allgemein anerkannt ist, gesellschaftliche Entwicklung als Folge von *Generationen* modelliert<sup>36</sup>. »Generation« ist dabei doppelt bestimmt – einerseits *demographisch* und *soziologisch* als Kohorte gleichartiger Individuen, die ihren Lebenszyklus simultan durchlaufen, andererseits *historisch* als Etappe der irreversiblen gesellschaftlichen Evolution. Demographisch gesehen sind danach Generationen an verschiedenen Stellen der historischen Zeit ähnlich<sup>37</sup>. Immer wieder durchlaufen Menschen die verschiedenen Stadien der Humanontogenese von der Kindheit bis zum Greisenalter, und die damit verbundenen intim-menschlichen Probleme ähneln sich über die Epochen hinweg; deshalb erscheinen uns große Kunstwerke auch aus entlegenen Zeitaltern unmittelbar verständlich<sup>38</sup>. Historisch gesehen ist hingegen jede Generation einzigartig, eine jede lebt in *ihrer* Zeit. In die historische Verfasstheit nachfolgender Generationen kann man sich lediglich deshalb hineindenken (und auch das nur in einem ganz bescheidenen Maß), weil die Aufeinanderfolge der Generationen zeitlich lückenlos ist und die endlichen Lebensspannen mehrerer Generationen einander partiell überlappen<sup>39</sup>. Deshalb ist jedes Individuum in jedem Moment seiner Existenz Zeitgenosse mehrerer Generationen und hat in seinem eigenen generativen Zusammenhang persönliche Vor- und Nachfahren, mit denen es gewisse Erfahrungen teilt. Zuverlässig vorhersehbar sind nur die demographischen und humanontogenetischen Bestimmungen, in denen die sukzessiven Generationen einander ähneln.

Es ist nun üblich zu sagen, dass ein nachhaltiger Verlauf der gesellschaftlichen Evolution *Gerechtigkeit zwischen den aufeinander folgenden Generationen* vor-

36 U. Jureit, M. Wildt: Generationen: zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg 2005; Generatives Verhalten und Generationenbeziehungen. Festschrift für Bernhard Nauck zum 60. Geburtstag. Wiesbaden 2005.

37 M. Rheinheimer: Der Durchgang durch die Welt: Lebenslauf, Generationen und Identität in der Neuzeit. Neumünster 2001.

38 Darin sah Karl Marx ein erklärungsbedürftiges Problem: »Aber die Schwierigkeit liegt nicht darin zu verstehen, dass griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, dass sie uns noch Kunstgenuss gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten«. K. Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857 – 1858. Berlin 1953, S. 31.

39 Linking lifetimes: a global view of intergenerational exchange. Hrsg. von M. S. Kaplan. Lanham, Md. u.a. 2002.

aussetze<sup>40</sup>. Dabei ist es überaus schwierig, die Ansprüche sukzessiver Generationen gegeneinander aufzurechnen<sup>41</sup>. Prinzipiell ist es überhaupt nur in sehr engen Grenzen möglich, die Bedürfnisse und Ansprüche nachfolgender Generationen vorauszusehen<sup>42</sup>. Oftmals wird auch, vom Postulat der intergenerationellen Gerechtigkeit ausgehend, die Argumentationskette hier fortgesetzt und postuliert, dass Gerechtigkeit innerhalb der Generationenfolge auch Gerechtigkeit innerhalb der eigenen Generation voraussetze, inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit also ein untrennbares Ganzes bildeten. Dies ist nun die Stelle, an der, wie erwähnt, die Perspektive der Subjektivität in die Argumentation eintritt. *Gerechtigkeit*, wie wir sie auch immer auffassen, ist im Kern eine *moralische* Kategorie, sie drückt ein Sollen aus. Die Beziehungen zwischen den Individuen und damit die soziale Lebenssituation eines jeden Individuums *sollen* auf eine Weise gestaltet werden, die der Urteilende als gerecht empfindet, und wenn dieses Wort deskriptiv verwendet wird, indem man gewisse Verhältnisse als gerecht oder ungerecht bezeichnet, dann liefert man dennoch keine objektive Beschreibung einer Situation, sondern wertet sie subjektiv, indem man sie an einer vorgegebenen oder vorgefassten Gerechtigkeitsnorm misst. Jürgen Kopfmüller et al. betonen, »dass bei der Idee der nachhaltigen Entwicklung normativen Fragen, wesentlich bestimmt durch Interessen, Wertvorstellungen und moralische Grundhaltungen der gesellschaftlichen Akteure zu Entwicklungsfragen, eine zentrale Bedeutung zukommt«<sup>43</sup>. Dies sollte man im Auge behalten, wenn man das Postulat der Generationengerechtigkeit erörtert, gerade deshalb, weil die Operationalisierung von Gerechtigkeitsvorstellungen mit dem Ziel, sie für empirische Untersuchungen handhabbar zu machen, ihnen eine objektivierte Gestalt verleiht, die ihren subjektiven Ausgangspunkt verdeckt – es ist eine sekundäre Objektivität, mit der subjektive Urteile in eine Form gebracht werden, die naturwissenschaftlichen Fakten täuschend ähnelt.

## **Das Problem der Gerechtigkeit und die Pluralität der Nachhaltigkeitskonzepte**

Nun ist es eine Binsenweisheit, dass es in der gegenwärtigen Gesellschaft über den Inhalt der Gerechtigkeitsnorm keinen Konsens gibt. Bestenfalls besteht formales Einverständnis mit dem Postulat, dass es in der Welt gerecht zugehen solle, aber sobald zu der Erklärung fortgeschritten wird, was man sich jeweils unter Gerechtigkeit vorstellt, treten krasse Divergenzen und Dissonanzen zutage. Die

40 D. Grieswelle: Gerechtigkeit zwischen den Generationen: Solidarität, Langfristdenken, Nachhaltigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Paderborn u.a.2002; W. Veith: Intergenerationelle Gerechtigkeit: ein Beitrag zur sozialetischen Theoriebildung. Stuttgart 2006.

41 H. Bonin: Generational accounting: theory and application. Berlin u.a. 2001.

42 A. Wahl: Die Veränderung von Lebensstilen: Generationenfolge, Lebenslauf und sozialer Wandel. Frankfurt a.M. u.a. 2003.

43 Kopfmüller et al., Nachhaltige (wie Anm. 21), S. 29.

einen beklagen die enorme Differenz zwischen dem Lebensunterhalt von Hartz-IV-Empfängern und den Millioneneinkünften von Konzernvorständen als Ausdruck schreiender, von der Dekadenz der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zeugender Ungerechtigkeit, die anderen preisen sie als Phänomen echter Leistungsgerechtigkeit und Motor fortschrittsfördernden Wettbewerbs – diese Kluft ist in keiner Weise theoretisch zu überbrücken, bestenfalls lassen sich fragile praktische Kompromisse zwischen den Vertretern der konträren Gerechtigkeitsideale erzielen, deren konkrete Ausgestaltung vom jeweiligen Kräfteverhältnis der hinter ihnen stehenden sozialen Gruppen abhängt. Entsprechend differieren natürlich auch die Vorstellungen darüber, welche Art von Gerechtigkeit wir kommenden Generationen einräumen sollten.

Jede inhaltlich bestimmte Vorstellung von Gerechtigkeit impliziert je eigene Anforderungen an Art und Funktionsweise der gesellschaftlichen Strukturen. Das lässt sich anhand der Debatten um Verteilungsgerechtigkeit versus Chancengerechtigkeit nachvollziehen. Wenn man idealerweise unterstellt, die Wirklichkeit würde annähernd den Postulaten entsprechen, und von allen realpolitisch zu berücksichtigenden Umständen abstrahiert, von denen die Realisierung verzerrt werden kann, dann liegt auf der Hand, dass die in beiden Fällen vom Gemeinwesen erwarteten Leistungen von ganz unterschiedlicher Art sein werden. Ein Gemeinwesen, das Verteilungsgerechtigkeit ermöglicht, muss weitaus solidarischer strukturiert sein als eines, das »nur« Chancengerechtigkeit bietet. *Verteilungsgerechtigkeit* impliziert, dass der Lebensstandard aller Mitglieder des Gemeinwesens ein – demokratisch zu vereinbarendes – Intervall weder über- noch unterschreitet. Dazu muss es entweder eine ständige enorme Umverteilungsleistung vollbringen, aus der sich die Unvermeidlichkeit einer ausufernden Bürokratie ergibt, oder aber seine ökonomischen Verhältnisse so umbauen, dass die Primäreinkünfte aller Bürger von vornherein innerhalb dieses Intervalls liegen und die Umverteilung auf den Unterhalt der Hilfsbedürftigen beschränkt werden kann. *Chancengerechtigkeit* ist hingegen, abstrakt betrachtet, selbst mit größter sozialer Ungleichheit vereinbar und verlangt weiter nichts, als dass jeder Angehörige einer neu ins Leben tretenden Generation im Prinzip die Möglichkeit hat, zum Milliardär zu werden, obwohl die Struktur der Gesellschaft die reale Zahl der Milliardäre auf einen Bruchteil der Population beschränkt; vom Gemeinwesen wird lediglich so viel Umverteilung erwartet, dass die Kinder der sozial benachteiligten Schichten hinsichtlich der Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten in der Startphase die gleichen Möglichkeiten erhalten wie die Kinder der Reichen; inwieweit dies durch Umverteilung wirklich zu leisten wäre, ist eine Frage für sich, die hier außer Betracht bleiben muss. Eine Gesellschaft, die dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit folgt, wäre eher solidarisch als kompetitiv; obendrein schlösse, was oft mit Vorbedacht übersehen wird, die Verteilungsgerechtigkeit von vornherein Chancengerechtigkeit ein. Eine Gesellschaft hingegen, die ausschließlich auf Chancengerechtigkeit im hier gemeinten Verständnis setzte, wäre extrem kompetitiv und

würde den Wettbewerb zwischen ihren Mitgliedern in sozialdarwinistischer Radikalität entfesseln.

Dies sind natürlich zugespitzte Idealisierungen, nur zur Begriffsdiskussion geeignet; die tatsächlich vertretenen Gerechtigkeitsvorstellungen variieren interessenabhängig in weiten Grenzen. Daraus ergibt sich nun, dass es – sofern der Nachhaltigkeitsbegriff an Vorstellungen von Gerechtigkeit gebunden ist – *in einer interessendiversifizierten, sozial heterogenen Gesellschaft kein einheitliches, im Konsens akzeptiertes Nachhaltigkeitskonzept geben kann*. Der Umstand, dass alle oder fast alle politischen Kräfte den Terminus Nachhaltigkeit heute in ihrem ideologischen Arsenal haben, trägt nicht zur Klarheit bei. Er spiegelt Gemeinsamkeiten vor, wo Differenzen klaffen, und nach dem Erscheinen des Brundtland-Berichts zeigte sich bald, »dass die relativ breite Zustimmung in der Debatte vor allem in der Allgemeinheit der Formulierung dieser Forderungen begründet war«. Die Brundtland-Kommission verblieb »auf einem ziemlich geringen und wohl deswegen weitestgehend zustimmungsfähigen Konkretionsniveau mit weiten Interpretationsspielräumen«<sup>44</sup>. Es dürfte nicht möglich sein, ein Nachhaltigkeitskonzept interessenunabhängig in der Art einer naturwissenschaftlichen Theorie zu formulieren. Allenfalls könnte man sich noch eine Metatheorie der nachhaltigen Entwicklung vorstellen, in der die Menge aller möglichen Gerechtigkeitsvorstellungen bestimmt und für jedes Element dieser Menge angegeben wird, ob seine praktische Verwirklichung überhaupt in der Folge der Generationen stabilisiert werden kann und, wenn ja, unter welchen strukturell-funktionellen Bedingungen das möglich wäre. Aber die Formulierung einer solchen interessenneutralen Metatheorie fiele wohl eher in die Kompetenz eines fiktiven außerirdischen Beobachters. Wenn es sich aber so verhält, dass ein inhaltlich bestimmtes Nachhaltigkeitskonzept nicht interessen- und perspektivenunabhängig geschaffen werden kann, dann ist die politische Linke jedenfalls legitimiert, ihr *eigenes* Nachhaltigkeitskonzept zu entwickeln, und sie sollte es tun, sofern sie sich sicher ist, ein eigenes *Gerechtigkeitsideal* zu vertreten, das sich von den Gerechtigkeitsvorstellungen anderer politischer Kräfte hinreichend deutlich unterscheidet.

Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob alle möglichen Gerechtigkeitsideale auch nachhaltigkeitsfähig sind. So könnte man meinen, dass das Bestehen starker Unterschiede im sozialen Status, in Einkommen und Vermögen, das in neoliberalen Sinn keineswegs als ungerecht, sondern vielmehr als Verkörperung von Leistungsgerechtigkeit gilt, zum Verschwinden des unerlässlichen Minimums an sozialer Kohäsion und damit zum Zerfall der Gesellschaft führen müsste. Vielleicht verhält es sich so, aber Skepsis ist gegenüber diesem Gedanken immerhin geboten. Das Kapital verfügt über eine Jahrhunderte lange Erfahrung, extreme Ungleichheit nicht nur zu erzeugen<sup>45</sup>, sondern auch zu managen und so-

44 Ebd., S. 25.

45 Wolf-Dieter Narr und Alexander Schubert bezeichnen »Ungleichheitsproduktion« als den sozialen Kern des

gar zum Ferment des eigenen Wachstums zu machen; im gegenwärtigen Deutschland bringt, wie man jeden Tag sieht, die horrende Spreizung der Einkünfte zwischen einem Ein-Euro-Jobber und dem Vorstandsvorsitzenden einer Großbank keine stärkeren sozialen Erschütterungen hervor als ein wenig leicht beherrschbaren Unmut. Schachtschneider schreibt, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit könnten »auch bei *globaler Reichtumsasymmetrie* realisiert werden«, meint jedoch, diese Ordnung wäre »als unsozial delegitimiert« und aus diesem Grund nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten<sup>46</sup>. Indes ist die Überwindung einer solchen Ordnung, die ja in der Welt von heute sowohl innerhalb der einzelnen Länder und Regionen als auch zwischen ihnen besteht, keineswegs eine zwangsläufige Folge ihrer Existenz. Sie erfolgt nicht, wenn nicht hinreichend starke soziale Kräfte sie als delegitimiert beurteilen, als unerträglich empfinden und als überwindbar bewerten. Extreme Ungleichheit wird nur dann keine längerfristige Zukunft haben, wenn es der Linken gelingt, für *ihre* Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit Mehrheiten zu gewinnen; gelingt ihr das nicht, dann wird es auch immer Herrschaftsmechanismen geben, die geeignet sind, Verhältnisse äußerster sozialer Ungleichheit auf lange Sicht zu zementieren.

### **Konsensuelles Minimum: die Nichthintergebarkeit des Ökologischen**

Auf einem anderen Blatt steht, ob es unter den verschiedenen existierenden oder denkmöglichen Nachhaltigkeitsvorstellungen, die ihren sozialen Inhalten nach mehr oder weniger stark differieren, nichtsdestoweniger eine *gemeinsame Schnittmenge*, ein *konsensuelles Minimum* geben kann. Nach meiner Ansicht ist das der Fall. Sonst wäre es in der Welt von heute hoffnungslos, nach weltweiten Vereinbarungen zur nachhaltigen Entwicklung auch nur zu streben. Wie schwierig es ist, realpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, ist zur Genüge bekannt. Aber die Resultate sind immerhin nicht gleich Null. Die gemeinsame Schnittmenge beruht darauf, dass alle gesellschaftlichen Kräfte, die auf eine Zukunft für die Menschheit rechnen und sich nicht als Endzeit-Apokalyptiker verstehen, daran interessiert sein müssen, den Planeten Erde bewohnbar zu halten. Dies hängt fundamental damit zusammen, dass der Mensch bei aller seiner entwickelten Gesellschaftlichkeit primär ein *Naturwesen* ist und zur Aufrechterhaltung seiner physischen Existenz einen – wie man im 19. Jahrhundert mit einer biologischen Metapher zu sagen pflegte – »*Stoffwechsel*« zwischen Gesellschaft und Natur aufrechterhalten muss, der an ein naturgesetzlich bestimmtes Intervall physikalischer, chemischer, geologischer und biologischer Bedingungen gebunden ist.

kapitalistischen Transnationalisierungsprozesses. Vgl. W.-D. Narr, A. Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt a.M. 1994, S. 43.

46 Schachtschneider, Nachhaltigkeit (wie Anm. 12), S. 9.

Dieser – der älteste – Strang des Nachhaltigkeitsdiskurses (in dem damals das Wort »Nachhaltigkeit« noch nicht verwendet wurde) kommt von den Naturwissenschaften her. Das Postulat, ein bestimmtes Regime der Wechselwirkung von Gesellschaft und Natur auf der Erde zu bewahren, sollte für die ganze Menschheit konsensfähig sein; die Differenzen und Divergenzen setzen bei der Frage ein, welche innergesellschaftlichen Verhältnisse mit den globalökologischen Stabilitätsbedingungen vereinbar und welche davon wünschenswert sind. Die globalökologischen Stabilitätsbedingungen bilden nur ein Moment des Nachhaltigkeitsdenkens, aber ihre Bestimmung ist das unerlässliche Fundament, auf dem alle anderen Schichten aufbauen. Alle Erwägungen über soziale Nachhaltigkeit verlieren ihren Sinn, sobald die global-ökologische Stabilität in Frage steht. Dieses Fundament ist, da naturgesetzlich bestimmt, *nicht verhandelbar*. Mit Bezug auf neuere Versuche, die Krisensymptome mit technischen Lösungen zu bekämpfen, betonte unlängst Wolfgang Neef, der Vorsitzende der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit, dass »die Natur nicht mit sich verhandeln und sich nicht auf Dauer überlisten lässt...«<sup>47</sup>. Die Tatsache, dass das Umweltproblem in den politischen Raum gezogen und in vielen Ländern Umweltpolitik als ein besonderes Politikressort installiert worden ist, drückt eine im Prinzip positive Entwicklung aus; anders könnte dieses Problem nicht auf demokratische Weise bewältigt werden. Eine heikle Nebenfolge dieses Prozesses ist aber, dass viele Politiker stillschweigend zu glauben begannen, auch die globalökologischen Desiderate seien ebenso wie die Interessen sozialer Gruppen eine disponible Verhandlungsmasse in politischen Prozeduren, über die je nach Opportunität bald dieser, bald jener Kompromiss ausgehandelt werden könnte. Die zähen, über Jahrzehnte erstreckten Verhandlungen über Fristen und Ziele für die Absenkung der globalen Emissionen klimarelevanter Gase spiegeln diese tief eingewurzelte Haltung auf drastische Weise.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, den säkularen Gang der für die Herausbildung des Nachhaltigkeitskonzepts wichtigsten Denkmotive in kurzen Zügen zu rekapitulieren. Bis in das 18., teilweise sogar bis in das frühe 19. Jahrhundert herrschte die auf die wörtliche Deutung von Bibeltexten gestützte Überzeugung vor, dass seit der Erschaffung der Welt und damit seit dem Beginn der Zeit nur einige Jahrtausende vergangen seien<sup>48</sup>; für einen so kurzen Zeitraum war es nicht möglich, natürliche Evolutionsprozesse gedanklich zu konzipieren, als deren Ergebnis die aktuelle Formenvielfalt der belebten und unbelebten Natur gedeutet werden konnte. Die Öffnung des geologischen Zeithorizonts durch Emanzipation von den physikotheologischen Dogmen, die in den Jahrzehnten um 1800 erfolgte, machte eine deszendenztheoretische Deutung der paläontologischen Fakten und damit eine über gewaltige Zeitspannen erstreckte natürliche Evolution überhaupt erst

47 W. Neef: Mit Vollgas gegen die Wand. In: Freitag Nr. 3, 19.1.2007, S. 4.

48 H.-J. Waschkiens: Die Physikotheologie als Gegenstand historischer Forschung. In: Geisteshaltung und Umwelt. Festschrift zum 65. Geburtstag von Manfred Büttner. Hrsg. von W. Kreisel. Aachen 1988, S. 163-181.

denkmöglich<sup>49</sup>. Auf diesem Hintergrund bildeten sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Konturen der biologischen Evolutionstheorie heraus; sie ist in erster Linie mit dem Namen Charles Darwins verbunden, der mit dem Mechanismus von Konkurrenz und Selektion eine plausible Hypothese vorschlug, welches Zusammenspiel von Faktoren die in den erweiterten Zeithorizont der Geologie eingebettete Evolution des Lebens bewirkt haben könnte. Es ist ein bemerkenswertes Faktum der Geistesgeschichte, dass etwa gleichzeitig eine evolutionstheoretische Sicht des Kapitalismus skizziert wurde. Karl Marx und Friedrich Engels, die die innere Verwandtschaft ihrer Gesellschaftslehre mit der biologischen Evolutionstheorie durchaus bemerkten und wiederholt hervorhoben, fassten den Kapitalismus nicht einfach als Daseinsform, sondern als *Entwicklungsform* der Wirtschaft auf. Sie äußerten bereits in einem frühen Stadium der Ausarbeitung ihrer Auffassungen die Ansicht, dass diese Wirtschaftsweise nur durch unaufhörliches Wachstum von Produktion und Konsumtion stabil sein könne<sup>50</sup>; mit anderen Worten, die kapitalistische Wirtschaftsweise generiert die Tendenz zu »entgrenztem« Wachstum – einem Wachstum, das unmittelbar in seinem eigenen Mechanismus keine Grenze findet und allenfalls durch äußere Bedingungen, im einfachsten Fall durch Erschöpfung der Ressourcen, limitiert werden kann: »Nur soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert (...) Aber soweit sind auch nicht Gebrauchswert und Genuss, sondern Tauschwert und dessen Vermehrung sein treibendes Motiv. Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen...«<sup>51</sup>. Marx bediente sich bei der Einführung des für seine Geschichtsauffassung grundlegenden Arbeitsbegriffs auch der Metapher vom *Stoffwechsel* zwischen Mensch und Natur, der durch die gesellschaftliche Produktion vermittelt wird: »Die Arbeit ist zunächst ein Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert.«<sup>52</sup> Unbegrenzttes Wachstum von Produktion und Konsumtion kann diesen Stoffwechsel aus dem Gleichgewicht bringen und entgleisen lassen. Die darin beschlossenen ökologischen Risiken waren aber den Denkern des 19. Jahrhunderts noch weitgehend verborgen; allenfalls Andeutungen dazu lassen sich aus ihren Texten herauslesen. Allerdings wurde durchaus der Gedanke artikuliert, dass unaufhörliches Wachstum in *sozialer* Hinsicht nicht unbedingt wünschenswert sei, wirtschaftliches Nullwachstum aber auch nicht kulturelle Stagnation bedeuten müsse. Ein früher Vertreter des Gedankens einer stationären Wirtschaft war John

49 H. Laitko: Historizität und Globalität: Der Beitrag der Geowissenschaften zum wissenschaftlichen Weltbild des 19. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für geologische Wissenschaften 27 (1999) 1 / 2, S. 37-59.

50 Im *Manifest der Kommunistischen Partei* heißt es: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen«. MEW Bd. 4. Berlin 1980, S. 465.

51 K. Marx: Das Kapital. Erster Band. MEW Bd. 23. Berlin 1988, S. 618.

52 Ebd., S. 192.

Stuart Mill<sup>53</sup>, der 1857 schrieb: »Es erscheint kaum notwendig, besonders zu betonen, dass ein Zustand konstanten Kapitals und gleichbleibender Bevölkerungszahl nicht mit einem stillstehenden Zustand menschlicher Erfindungsgabe gleichzusetzen ist. Es gäbe ebensoviel Spielraum für alle Arten geistiger Kultur, für moralischen und sozialen Fortschritt, genauso viel Möglichkeiten, die Lebensführung zu verbessern, und es wäre wahrscheinlicher, dass dies auch geschehen würde.«<sup>54</sup> In *Limits to growth* berief sich das Meadows-Team ausdrücklich auf diese Stelle bei Mill<sup>55</sup>.

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde das evolutionstheoretische Bild durch zunehmende Einsicht in den *systemischen* Zusammenhang zwischen unbelebter Natur, belebter Natur und menschlicher Gesellschaft ergänzt. Ernst Haeckel verwendete in seinem Werk *Generelle Morphologie* (1866) den Terminus »Ökologie« zur Bezeichnung der wissenschaftlichen Disziplin, die sich mit den Wechselbeziehungen zwischen den lebenden Organismen und ihrem Lebensmilieu beschäftigt<sup>56</sup>. Auch der globale Charakter dieses Zusammenhangs wurde akzentuiert. Mit dem von dem russischen Geochemiker Vladimir I. Vernadskij eingeführten Terminus »Biosphäre«<sup>57</sup> wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Milliarden lebender Organismen auf der Erde, die zahllosen Arten angehören, sowohl hinsichtlich ihres evolutionären Ursprungs als auch hinsichtlich ihrer aktuellen Wechselwirkungen ein in sich zusammenhängendes Ganzes darstellen. Vor 1970 blieb die Verwendung dieses Begriffes weitgehend auf die sowjetische Literatur beschränkt<sup>58</sup>; mit dem von der 16. Generalkonferenz der UNESCO 1970 beschlossenen Umweltprogramm *Der Mensch und die Biosphäre*<sup>59</sup> setzte er sich im wissenschaftlichen Gebrauch weltweit durch<sup>60</sup> und wird auch in den Dokumenten der deutschen Umweltpolitik verwendet<sup>61</sup>. Der Biosphärenbegriff war bei Vernadskij Bestandteil der Idee, die irdische Natur als einen Komplex integrierter und interagierender Sphären (Lithosphäre, Hydrosphäre, Atmosphäre, Biosphäre) darzustellen<sup>62</sup>; um 1920 komplettierte er dieses Konzept durch Einbeziehung des auf Teilhard de Chardin zurückgehenden Begriffs der Noosphäre, des aus der Vielfalt der menschlichen Lebenstätigkeiten und ihrer Vernetzung untereinander hervor-

53 M. O'Connor: John Stuart Mill's utilitarianism and the social ethics of sustainability. In: The European Journal of the History of Economic Thought 4 (1997) 3, S. 478-506.

54 J. S. Mill: The Principles of Political Economy. In: The Collected Works of John Stuart Mill. Hrsg. von V. W. Bladen und J. M. Robson. Toronto 1965, S. 754.

55 Dennis Meadows, Donella Meadows, Zahn und Milling, Die Grenzen (wie Anm. 1), S. 157.

56 G. Leps: Ökologie und Ökosystemforschung. In: Geschichte der Biologie (wie Anm. 30), S. 601-619.

57 V. I. Vernadskij: Biosfera. Leningrad 1926.

58 G. F. Chil'mi: Osnovy fiziki biosfery. Leningrad 1966.

59 H. Brabyn, M. Hadley: Der Mensch und die Biosphäre: internationale Zusammenarbeit in der Umweltforschung. Das Programm der Unesco »Der Mensch und die Biosphäre«. Bonn 1990.

60 Ch. Lévêque: Ecology: from ecosystem to biosphere. Enfield, NH u. a. 2003.

61 Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin u. a. 2000.

62 V. I. Vernadskij: Der Mensch in der Biosphäre: zur Naturgeschichte der Vernunft. Hrsg. von W. Hofkirchner. Frankfurt a.M., Berlin u. a. 1997.



gehenden planetaren Geflechts der Vernunft, das den Erdball wie eine in sich geschlossene Schicht umgibt und die im Menschen zum Bewusstsein ihrer selbst gelangte Natur repräsentiert<sup>63</sup>. Vernadskij verstand die Noosphäre allerdings nicht nur als ein mentales Phänomen, sondern beachtete zugleich, dass der Mensch mit seiner historisch wachsenden Fähigkeit, Naturkräfte zu seinen Zwecken in Bewegung zu setzen, im 20. Jahrhundert schließlich die Potenz erreicht hat, selbst als eine Naturkraft von geologischer Dimension zu agieren – mit Auswirkungen, die denen geologischer Umwälzungen vergleichbar sind<sup>64</sup>.

Dies wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unübersehbar. Das entfesselte Wachstum der Weltwirtschaft hatte nunmehr ein Ausmaß erreicht, dass Symptome einer aufbrechenden Krise im Verhältnis von Mensch und Natur nicht mehr geleugnet werden konnten. Grobe Formen der Umweltverschmutzung beeinträchtigten die Lebensqualität ernsthaft. Nicht zufällig hatten in der Krisendiagnostik der 1960er und der frühen 1970er Jahre medizinische Metaphern (»Patient Erde«<sup>65</sup>, »Geohygiene« usw.) Konjunktur. Verschiedene Autoren betonten die Endlichkeit der Erde und ihrer Ressourcen gegenüber der mit einem unbegrenzten Wirtschaftswachstum einhergehenden Maßlosigkeit des Ressourcenverbrauchs. Große Popularität erlangte die von dem amerikanischen Ökonomen und Systemtheoretiker Kenneth E. Boulding in einem 1966 gehaltenen Vortrag verwendete Metapher vom »Raumschiff Erde«<sup>66</sup>. Sie wurde wiederholt aufgegriffen und hatte weitreichende Diskussionen über den kosmischen Zusammenhang der menschlichen Lebenstätigkeit zur Folge<sup>67</sup>. Im Kontext der Erörterungen darüber, welche Konsequenzen sich aus der Begrenztheit des Planeten für die Entwicklungen der menschlichen Gesellschaft ergeben, gewannen Überlegungen zur Möglichkeit und zur Funktionsweise einer wachstumsfreien Wirtschaft ein neues Gewicht. Besonders früh und konsequent wurden solche Überlegungen von Herman E. Daly vorgetragen<sup>68</sup>. Aus seinen Arbeiten erwuchs jenseits des neoklassischen Mainstreams die heute einflussreiche Forschungsrichtung der ökologischen Ökonomie<sup>69</sup>. Im Bewusstsein dieses historischen Zusammenhangs widmete die Verei-

63 K. Fuchs-Kittowski, P. Krüger: The noosphere vision of Pierre Teilhard de Chardin and Vladimir I. Vernadsky in the perspective of information and world wide communication. In: *World Futures* 50 (1997), S. 757-784.

64 V. I. Vernadskij: *Biosfera i noosfera*. Moskva 1989; P. Krüger: Von der Biogeochemie zur Noosphäre – die Geochemie als »Denkzeug«. Zum 50. Todestag des russischen Naturforschers W. I. Vernadskij. In: *UTOPIE kreativ* H. 51, 1995, S. 35-46; G. S. Levit: *Biogeochemistry – biosphere – noosphere: the growth of the theoretical system of Vladimir Ivanovich Vernadsky*. Berlin 2001.

65 *The patient earth*. Hrsg. von J. Harte und R. Socolow. New York 1971.

66 K. E. Boulding: *The economics of the coming spaceship earth*. In: *Environmental quality in a growing economy*. Hrsg. von H. Jarrett. Baltimore 1966, S. 3-14; siehe auch: K. E. Boulding: *Ecodynamics. A new theory of societal evolution*. Beverly Hills 1981.

67 *Beyond spaceship earth: environmental ethics and the solar system*. Hrsg. von E. C. Hargrove. San Francisco, Cal. 1986.

68 H. E. Daly: *Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*. Salzburg 1999.

69 R. Costanza, J. Cumberland, H. Daly, R. Goodland, R. Norgaard: *Einführung in die ökologische Ökonomie*. Stuttgart 2001.

nigung für Ökologische Ökonomie unlängst dem 40. Jahrestag des Erscheinens des erwähnten Aufsatzes von Boulding ein von Sabine Höhler und Fred Luks herausgegebenes Themenheft ihrer *Beiträge und Berichte*<sup>70</sup>.

## Die Pionierleistung des Meadows-Teams

Die von unterschiedlichen Seiten zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse drängten nach Zusammenschau und komplexer Analyse. Die erste bedeutende supranationale Institution, die sich dieser Aufgabe widmete, war der 1968 gegründete *Club of Rome*<sup>71</sup>. Wenn das in mehrfacher Hinsicht historisch bedeutsame Jahr 1968 behandelt wird, pflegt man diese Gründung nur selten zu nennen; dabei war dieser äußerlich unspektakuläre Vorgang unter den verschiedenen Ereignissen dieses Jahres das vielleicht für die Zukunft der Menschheit bei weitem wichtigste. Als erstes großes wissenschaftliches Unternehmen beauftragte der Club of Rome die Systems Dynamics Group der Sloan School of Management am Massachusetts Institute of Technology (MIT), eine komplexe Untersuchung über die globale Situation und ihre wichtigsten Trends zu erarbeiten. Es verdient ein Achtungszeichen, dass diesem Team, in dessen Zentrum Dennis und Donella Meadows standen, auch drei Deutsche angehörten – Erich Zahn und Peter Milling, die als Koautoren des Berichtes zeichneten, sowie Steffen Harbordt – und dass die gesamte Untersuchung von der deutschen Stiftung Volkswagenwerk gefördert wurde. Das Projekt basierte auf der von Jay Forrester, dem Lehrer von Dennis und Donella Meadows, geschaffenen Methode der globalen Modellierung<sup>72</sup>. Darin verband Forrester drei Richtungen, die damals an der Front des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts standen: das kybernetische Paradigma, die mathematische Modellierung dynamischer Systeme und die moderne Computertechnik.

Die zentrale Denkleistung des Projektes bestand darin, die Lebenstätigkeit des Menschen – insbesondere seine wirtschaftliche Aktivität und seine demographische Reproduktion – und die natürlichen Bedingungen dieser Lebenstätigkeit im globalen Maßstab als ein ganzheitliches System zu konzeptualisieren. Auf die Analyse dieses Systems wurde die Methode der globalen Modellierung angewandt. Die Größe dieser Denkleistung ist weithin unterschätzt worden – viel zu rasch hat man sie als etwas Selbstverständliches hingegenommen. Um sie nachvollziehen zu können, muss daran erinnert werden, dass der Mainstream des westlichen Denkens und damit auch das Selbstbewusstsein der industriellen Zivilisation seit wenigstens zwei Jahrhunderten durch die Konfrontation von Gesellschaft

70 Beam us up, Boulding! 40 Jahre »Raumschiff Erde«. Themenheft zum 40. Jubiläum von Kenneth E. Bouldings »Operating Manual for Spaceship Earth« (1966). Hrsg. von S. Höhler und F. Luks. Vereinigung für Ökologische Ökonomie. Beiträge und Berichte 7 (2006).

71 J. Streich: 30 Jahre Club of Rome: Anspruch – Kritik – Zukunft. Basel, Boston, Berlin 1997; G. A. Pauli: Crusader for the future: a portrait of Aurelio Peccei, founder of the Club of Rome. Oxford u.a. 1987.

72 J. Forrester: Der teuflische Regelkreis. Stuttgart 1971.

und Natur gekennzeichnet war: Die Natur erschien darin als Gegenspieler des Menschen, der besiegt, beherrscht, gezähmt und genutzt werden musste. Natürlich waren die Angehörigen des Meadows-Teams weder die ersten noch die einzigen, die diese Konfrontation in Frage stellten, doch zum Unterschied von vielen anderen Kritikern begnügten sie sich nicht mit der philosophischen Reflexion, sondern konkretisierten sie zu einem leistungsfähigen Forschungsprogramm. Alle späteren Nachhaltigkeitsuntersuchungen – ob sie es erwähnen oder nicht – bewegen sich in der von diesem Team markierten Spur. Es verwundert nicht, dass ein solcher Ansatz, der die bisherige industrielle Orientierung der Weltgesellschaft massiv in Frage stellte, unverzüglich auf heftige Kritik stieß<sup>73</sup>.

Dem ersten Buch des Teams um Dennis und Donella Meadows folgte zwanzig Jahre später ein Update unter dem Titel *Beyond the limits*, das in der deutschen Übersetzung nicht ganz glücklich *Die neuen Grenzen des Wachstums* hieß<sup>74</sup>. Hans-Dieter Haustein bescheinigte den beiden Meadows, »von 1972 bis 1992 einen bemerkenswerten persönlichen Schritt zur Kritik des gesellschaftlichen Kausalnexuses der globalen Krise vollzogen« zu haben<sup>75</sup>. Der nach dreißig Jahren geplante Band *Limits to growth. The 30-year update* erschien aufgrund des Todes von Donella Meadows im Februar 2001 mit einer gewissen Verzögerung erst im Jahre 2004. Für 2012 ist ein 40-Jahres-Update beabsichtigt. Die wesentlichen Aussagen der beiden erstgenannten Bücher sind allgemein bekannt. Im neueren deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs spielte diese Untersuchung eine großenteils nur marginale Rolle, die ihrem Pioniercharakter in keiner Weise gerecht wurde. Es erscheint mir geboten, sich auf ihre zentrale Botschaft zu besinnen. Schon die Entschlossenheit der Autoren, ihren ursprünglichen Ansatz über Jahrzehnte durchzuhalten und nicht einfach der veränderten Situation entsprechende neue Bücher, sondern wiederholte Updates von *Limits to growth* vorzulegen, ist ein unikaales Phänomen; sie stellen damit das Forschungsprogramm, mit dem sie ihr Leben verbunden haben, nicht nur der wissenschaftlichen Kritik, sondern dem Urteil der Weltgeschichte. Der 1972 publizierte Ansatz wurde zwar an die seither eingetretenen Veränderungen (beispielsweise stand in den frühen 1970er Jahren das Problem des anthropogenen Klimawandels noch nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit) adaptiert, aber in seinen Grundzügen weitergeführt. Damit läuft dieses noch unabgeschlossene Vorhaben schon über einen Zeitraum, der die üblichen Intervalle geplanten politischen und wirtschaftlichen Handelns bei weitem übersteigt; es rückt damit die immer wieder neu aufbrechende Diskrepanz zwischen den verkündeten Handlungsintentionen und den alles bewusste Handeln übersteigenden säkularen Tendenzen in der Evolution des Mensch-Natur-Verhältnisses in das Zentrum der Aufmerksamkeit.

73 Models of doom. A critique of the limits to growth. Hrsg. von M. S. D. Cole, S. Freeman, M. Jahoda, K. L. B. Pavitt. New York 1973.

74 D. H. Meadows, D. L. Meadows und Randers, Die neuen (wie Anm. 22).

75 H.-D. Haustein: Evolutionskrise, Arbeit und technologische Innovation. In: UTOPIE kreativ H. 85/86 (November/Dezember 1997), S. 62-73, hier S. 63.

Die beiden grundlegenden Eigenschaften, die das Team dem globalökologischen System zuschrieb, sind *Begrenztheit* und *Optionalität*. In diesem Bezugssystem gewann der Nachhaltigkeitsgedanke Kontur und Stringenz. Es ist um so wichtiger, sich darauf zu besinnen, als dieser Gedanke heute nicht nur durch seinen eingangs erwähnten medialen Verschleiß, sondern auch durch seine in die Breite und ins Detail gehende Operationalisierung (eine im Prinzip begrüßenswerte Entwicklung) zu zerfasern und seine Kenntlichkeit zu verlieren droht. Die ausufernde Operationalisierung, so unumgänglich sie für die praktische Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens auch immer sein mag, unterläuft zugleich auch dessen gesellschaftskritische Botschaft.

(1) *Begrenztheit*. Aus der Endlichkeit des Planeten Erde als Heimstatt der Menschheit ergibt sich nach diesem Ansatz die Existenz von *Grenzen* für die quantitative Veränderung bestimmter wesentlicher Parameter der menschlichen Lebenstätigkeit. Diese Grenzen sind *naturgesetzlich* – physikalisch, chemisch, geologisch, biologisch usw. – gegeben und als solche dem menschlichen Handeln vorausgesetzt. Sie sind nicht so zu verstehen, dass sie etwa prinzipiell unüberschreitbar wären; im Gegenteil – die Gefahr, vor der *Limits to growth* warnen wollte, besteht gerade darin, dass sie durch die Expansion menschlicher Aktivitäten überschritten werden können und dass als Konsequenz einer solchen Überschreitung (overshoot) unvermeidlich eine Degradation oder gar ein Kollaps des globalökologischen Systems eintritt. Damit ist nicht zwingend die Forderung verbunden, dass diese Grenzen als starre, absolute und durch menschliches Handeln nicht beeinflussbare gedacht werden müssten. Wenn menschliches Handeln die Wirkungsbedingungen der systembestimmenden Naturgesetze zu ändern vermag, dann lassen sich diese Grenzen auch verschieben – aber das ändert nichts daran, dass sie in jeder konkreten Situation objektiv gegeben sind und daher durch überschießende praktische Aktivität des Menschen auch überzogen werden können. 1972 hatten die Schlussfolgerungen der Autoren darauf hingedeutet, dass im Fall ungebremster Fortsetzung der basalen Trends des Industriezeitalters die Grenzüberziehung in etwa einem halben Jahrhundert stattfinden würde, also noch ein relativ langer Zeitraum für eine grundlegende Umorientierung der Weltgesellschaft zur Verfügung stände. 1992 konstatierten sie hingegen, dass auf wichtigen Gebieten die Grenzüberziehung bereits stattgefunden hätte: »Die Menschheit hat ihre Grenzen überzogen; unsere gegenwärtige Art zu handeln lässt sich nicht mehr lange durchhalten. Eine lebenswerte Zukunft muss zu einer Epoche des Rückzugs werden, in der man die Aktivitäten zurückführt und die entstandenen Schäden ausheilen lässt.«<sup>76</sup> 2004 mussten sie die Diagnose von 1992 wiederholen und radikalisieren. Kurz vor der Fertigstellung des Dreißig-Jahres-Updates hatte Mathis Wackernagel sein Konzept, in dem die »carrying capacity« des Planeten und der »ecological footprint« der Menschheit zueinander in Beziehung gesetzt wurden,

76 D. H. Meadows, D. L. Meadows und Randers (wie Anm. 22), S. 12.

vor der Akademie der Wissenschaften in Washington präsentiert und nachgewiesen, dass – nach seiner Methode bewertet – seit den 1980er Jahren der ökologische Fußabdruck der Menschheit die Tragekapazität der Erde ständig übersteigt<sup>77</sup>. Dieses Ergebnis stimmte mit der Einschätzung des Meadows-Teams überein; mit der von Wackernagel eingeführten Begrifflichkeit konnte griffiger und einprägsamer ausgedrückt werden, was im Zwanzig-Jahres-Update als »overshoot« bezeichnet worden war: »Sadly, the human ecological footprint is still increasing despite the progress made in technology and institutions.«<sup>78</sup> Trotz Rio und Johannesburg, trotz überbordender Nachhaltigkeitsdiskurse im Gefolge des Brundtland-Berichts hatte der empfohlene Rückzug der Menschheit von ökologisch riskanten Verhaltensweisen nicht stattgefunden, die Welt befindet sich weiter in »unsustainable territory«<sup>79</sup>, in »overshoot mode«<sup>80</sup>. »Consequently, we are much more pessimistic about the global future than we were in 1972. It is a sad fact that humanity has largely squandered the past 30 years in futile debates and well-intentioned, but halfhearted, responses to the global ecological challenge. We do not have another 30 years to dither. Much will have to change if the ongoing overshoot is not to be followed by collapse during the twenty-first century.«<sup>81</sup> In der Tat setzt sich ungeachtet aller Nachhaltigkeitsdiskurse die Grenzüberschreitung ungebremst fort; der World Wide Fund for Nature (WWF) gibt in seinem *WWF Living Planet Report 2006* – auf der Basis der Daten für 2003 – an, dass der »ökologische Fußabdruck« der Menschheit die Tragekapazität der Erde nunmehr bereits um etwa 25 Prozent überschreite<sup>82</sup>. Die overshoot-Diagnose war die Pointe des 1992er Berichtes des Meadows-Teams. Ein reichliches Jahrzehnt später stellten die Autoren mit Bedauern fest: »We failed totally to get the concept of ›overshoot‹ accepted as a legitimate concern for public debate.« Sie verglichen die geringe Akzeptanz, die ihr Vorstoß gefunden hatte, mit dem Echo, dessen sich die Verfechter des freien Handels rühmen können, und konstatierten sarkastisch: »Unlike us, they have been able to make their concept a household word. Unlike us, they have convinced numerous politicians to fight for free trade. (...) Ecological overshoot seems to us to be a much more important concept in the twenty-first century than free trade. But it is far behind in the fight for public attention and respect. This book is a new attempt to close that gap.«<sup>83</sup> Die bleibende Botschaft dieses Ansatzes besteht meines Erachtens in der Mahnung, den Nachhaltigkeitsbegriff nicht so weit zu formalisieren, dass er nur noch das Formcharakteristikum beliebiger Prozesse ausdrückt, über jeden absehbaren Zeithorizont hinaus fort-

77 M. Wackernagel et al.: Tracking the ecological overshoot of the human economy. In: Proceedings of the Academy of Sciences, Washington, DC 99 (2002) 14, S. 9266-9271.

78 Donella Meadows, Randers und Dennis Meadows, *Limits* (wie Anm. 2), S. XIV.

79 Ebd., S. XII.

80 Ebd., S. XIV.

81 Ebd., S. XVI.

82 [http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf\\_neu/Living\\_Planet\\_Report\\_Zusammenfassung\\_DE.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/Living_Planet_Report_Zusammenfassung_DE.pdf).

83 Donella Meadows, Randers und Dennis Meadows, *Limits* (wie Anm. 2), S. XX.

setzbar zu sein, sondern darauf zu beharren, dass jenes System, um dessen Persistenz und Zukunftsfestigkeit es *hier* primär geht, das globalökologische ist. Damit gibt es eine objektiv begründete *Hierarchie* von Nachhaltigkeitsdesideraten, deren Fundament die *globalökologische* Nachhaltigkeit bildet. An dieser Stelle muss allerdings strikt beachtet werden, dass es sich um eine Hierarchie der Begründungen handelt, nicht etwa um eine Hierarchie der Wichtigkeit oder der Relevanz. Die Sicherung sozialer Nachhaltigkeit ist keinesfalls weniger wichtig als die Gewährleistung eines zukunftsfähigen Evolutionspfades für das globalökologische System. Von *sozialer* Nachhaltigkeit kann man aber nur mit Bezug auf die globalökologische sprechen; selbst ein ideal gerechtes soziales System könnte trivialerweise nicht nachhaltig sein, wenn sein ökologisches Fundament aus dem Ruder liefe. Der Mensch ist ein Naturwesen und erst unter dieser Voraussetzung ein soziales Wesen, und die stabile Interaktion mit der Natur ist die unverzichtbare Grundlage für die Existenz der Gesellschaft. Damit ist es auch evident, dass jedes Nachhaltigkeitskonzept naturwissenschaftlich fundiert sein muss, so wenig es sich darauf beschränken kann und so sehr sich die verschiedenen Auffassungen von Nachhaltigkeit nach den in ihnen artikulierten Interessen auch voneinander unterscheiden. Noch deutlicher als in den Vorstellungen des Meadows-Teams vom globalökologischen System wird dieser Umstand im Systemkonzept von Vernadskij; um 1970 scheint niemand die innere Verwandtschaft dieser beiden Konzepte bemerkt zu haben. Auf dieser Ebene besteht auch Anschlussfähigkeit zu den von Marx und Engels ausgehenden geschichts- und gesellschaftstheoretischen Ansichten<sup>84</sup>. Das Insistieren auf einem naturwissenschaftlichen Fundament des Nachhaltigkeitskonzepts darf keineswegs mit einem Plädoyer für ein reduktionistisches oder technokratisches Vorgehen verwechselt werden. Das globalökologische System, wie es von Forrester und dem Meadows-Team ins Auge gefasst wurde, ist eben kein Natursystem, sondern das gesellschaftlich organisierte System der menschlichen Lebenstätigkeit und ihrer Naturbedingungen. Seit die Wissenschaft Einblick in die planetare Evolution gewonnen hat, liegt auf der Hand, dass diese Evolution niemals Reliefgestaltungen, geographische Strukturen, klimatische Verhältnisse oder biologische Artenbestände auf Dauer konserviert hat. Gegen die Neigung, die »unberührte« Natur zu romantisieren, wendet sich Hansjörg Küster mit Nachdruck und weist darauf hin, dass Nachhaltigkeit kein Naturziel, sondern ein kulturelles Ziel ist<sup>85</sup>. In der Umweltdebatte wurde lange vor den *Limits to growth* immer wieder eine veränderte kulturelle Orientierung, ein Wertewandel angemahnt, und diese Haltung teilten auch Meadows et al. Es erwies sich jedoch als überaus schwierig, diese Seite der Problematik in die globalökologischen Mo-

84 K. H. Tjaden: Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. Kassel 1990; H. Laitko: Marx' theoretisches Erbe und die Idee der nachhaltigen Entwicklung. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2006. Berlin, Hamburg 2006, S. 63-81.

85 Hj. Küster: Das ist Ökologie. Die biologischen Grundlagen unserer Existenz. München 2005.

delle zu integrieren. In der kritischen Würdigung des ersten Berichtes, die der Club of Rome als Auftraggeber vornahm, wurde moniert, die Argumentation sei zu technokratisch; die Autoren akzeptierten diese Kritik, machten aber geltend, ihr Modell erfasse das Verhalten des Menschen deshalb nur bezüglich der materiellen Seite des Weltsystems, »weil soziale Wertfaktoren bei diesem ersten Versuch einfach noch nicht quantitativ beschrieben und eingeführt werden konnten«<sup>86</sup>. Die nach dem Brundtland-Bericht zum Standard gewordene Ansicht, das Ökologische sei nur eine »Dimension« des Nachhaltigkeitsproblems und man müsse ebenso die ökonomische und die soziale Dimension in Betracht ziehen, war Ausdruck des Bemühens, den blinden Fleck der frühen Umweltdiskurse zu tilgen und die Kluft zwischen der Sphäre der menschlichen Ziele und Werte auf der einen und den materiellen Parametern des globalökologischen Systems auf der anderen Seite zu schließen. Mit steigender Aufmerksamkeit für diese – ökonomischen, sozialen, politischen, institutionellen – Vermittlungen trat unwillkürlich eine Schwerpunktverschiebung ein. Die Vermittlungen schoben sich gegenüber dem zu Vermittelnden in den Vordergrund, erst recht in dem Maße, in dem deutlich wurde, dass die in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen der Gesellschaft wurzelnde irreduzible Interessenpluralität auch auf die Auffassung des Nachhaltigkeitsproblems im ganzen durchschlägt und die Hoffnung aufgegeben werden musste, es könnte jemals ein Nachhaltigkeitskonzept geben, das in gleicher Weise allgemeinverbindlich wäre wie eine naturwissenschaftliche Theorie. Wenn das Nachdenken bei dieser richtigen Einsicht angelangt ist, müsste jedoch ein Stoppzeichen gesetzt werden, denn beim Weitergehen auf diesem Weg ist es nicht mehr weit bis zu einer konzeptionellen Verselbständigung der Vermittlungen gegenüber dem zu Vermittelnden (ein Phänomen, das in der Erkenntnisgeschichte häufig auftritt) und einer Verabsolutierung der interessenbedingten Differenzen; man ist schon im Begriff, dies zu tun, wenn man Ökologisches, Ökonomisches und Soziales neben einander stellt und als »Dimensionen« gleichen Ranges behandelt. Nur das ausdrückliche Beharren auf dem Rückbezug aller gesellschaftlichen Verhältnisse auf ihr ökologisches Fundament bewahrt davor, dieser Versuchung nachzugeben.

(2) *Optionalität*. Die zweite bleibende Lehre aus dem Ansatz des Meadows-Teams ist die Vorstellung von der Optionalität des globalökologischen Systems. Das Computermodell World 3 arbeitete mit verschiedenen Szenarien, die je nach den zugrunde gelegten Annahmen über Ausgangs- und Randbedingungen und über die Verknüpfung der Variablen bei der Simulation des Verhaltens des Weltsystems in den bevorstehenden Jahrzehnten ganz unterschiedliche Verläufe ergaben, vom Kollaps bis zum allmählichen Übergang zu einem neuen Gleichgewicht. Die Autoren mussten die Erfahrung machen, dass *Limits to growth* von zahlreichen Lesern als Prognose eines künftigen Weltzustandes aufgefasst wurde, und sie

86 Dennis Meadows, Donella Meadows, Zahn und Milling, *Die Grenzen* (wie Anm. 1), S. 167.

verwendeten später nicht wenig Mühe darauf, diesem Eindruck entgegenzutreten. Das Buch enthielt, wie sie bemerkten, »keine Prognose und beschrieb auch keine vorherbestimmte Zukunft«<sup>87</sup>. Ihrer Ansicht nach ergab das Durchspielen eines Szenarios keine verbindliche Prognose eines künftigen Ablaufes, sondern eine Wenn-So-Aussage: *Wenn* die zugrunde gelegten Annahmen zutreffen, *dann* (aber nur dann) ergibt sich (mit Gewissheit bzw. mit mehr oder minder großer Wahrscheinlichkeit) ein bestimmter Ablauf des Geschehens. Optionalität besteht zunächst für die Wahl der Szenarien, die mit Hilfe des Weltmodells durchgerechnet werden. Was aber bedeutet dies für das Verständnis des wirklichen Geschehens? Auf dem Standpunkt eines konservativen, klassischen Determinismus würde man die mit der Szenario-Methode praktizierte Optionalität als ein Phänomen deuten, das allein auf der Subjektseite der Analytiker und Interpreten besteht: Die verschiedenen Szenarien sind mehr oder minder gute oder auch schlechte Annäherungen an das eine wirkliche Geschehen, sie repräsentieren alternative Hypothesen über ein und denselben Ablauf, und nur deshalb, weil wir nicht wissen, welche von ihnen der Wirklichkeit entspricht, können wir auch keine Prognose der Zukunft wagen. Aber schon in *Limits to growth* von 1972 war das Meadows-Team über den klassischen Determinismus hinaus, obwohl seine diesbezüglichen Äußerungen aus jener Zeit nicht sehr dezidiert sind, denn es ging immer um eine Weichenstellung, die von den handelnden Menschen bewusst zu vollziehen ist und die je nach Vollzug auf einen von zwei alternativen Pfaden führt: in den Kollaps oder zu einem neuen Gleichgewicht. Im Zwanzig-Jahres-Update wird bereits »die enorme Spannweite möglicher künftiger Entwicklungen dieser Welt« hervorgehoben<sup>88</sup>. Dies entspricht einem nichtklassischen Verständnis der Szenario-Methode. Die Optionalität verschiebt sich von der subjektiven auf die objektive Seite. Nicht nur wir nähern uns der einen Welt mit einem Fächer alternativer Hypothesen über ihre künftige Entwicklung, auch diese selbst enthält ein Bündel von Möglichkeiten für ihre Zukunft – »mögliche Zukünfte«, wie es Ossip K. Flechtheim treffend ausgedrückt hat<sup>89</sup>. Die Konstruktion alternativer Szenarien ist damit ein Mittel, der Optionalität des wirklichen Geschehens auf die Spur zu kommen und damit auch den Akteuren die ihnen gegebenen Wahlmöglichkeiten bewusst zu machen: »We still see our research as an effort to identify different possible futures.«<sup>90</sup> Die Beziehung der Szenario-Methode zur Idee möglicher Zukünfte hat sich inzwischen allgemein eingebürgert; so heißt es beispielsweise im 4. Sachstandsbericht des IPCC zu den Projektionen künftiger Klimaveränderungen: »Model simulations cover a range of possible futures including idealised emission or concentra-

87 D. H. Meadows, D. L. Meadows und Randers, *Die neuen* (wie Anm. 22), S. 10.

88 Ebd., S. 34.

89 »Die Zukunft ist niemals eindeutig festgelegt, innerhalb bestimmter Grenzen oder, wie man heute sagt, Parameter bleiben mehrere Wege offen. Deshalb hat die Pluralform ›Zukünfte‹ ihre Berechtigung. Vieles mag unwiederbringlich verloren und in Zukunft nicht mehr möglich sein, aber noch können wir zwischen verschiedenen Zukünften wählen«. O. K. Flechtheim: *Ist die Zukunft noch zu retten?* Hamburg 1987, S. 12.

90 Donella Meadows, Randers und Dennis Meadows, *Limits* (wie Anm. 2), S. XVII.



tion assumptions.«<sup>91</sup> Die unterschiedlichen Zukunftsoptionen, die dem globalökologischen System eigen sind, gestatten für die Bewältigung seiner Evolutionskrise verschiedene Strategien, die von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren gemäß ihren Interessenlagen präferiert und verfochten werden. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf erwähnen hier das bekannte Dilemma, »dass eine realistische Problembearbeitung und ein realistisches Angebot der Problemlösung weit auseinanderfallen. Das hat damit zu tun, dass die Analyse der Probleme einem anderen Diskurs angehört als die Suche nach Lösungen. Während die Analyse noch mit den Mitteln der Wissenschaft ohne Rücksicht auf politische Interessen und Bewusstseinsformen geschehen kann, ist letztere nur möglich, wenn den sozialen und politischen Trägheiten, den ökonomischen Interessen, den sozialen Gegensätzen, der Ungleichverteilung der Macht und den konkurrierenden Gegenwartsinterpretationen Rechnung getragen wird. (...) Diese prinzipielle Offenheit der zukünftigen Entwicklung durch politische Gestaltung ist der Grund dafür, dass wir nicht von einer alternativen Entwicklungsbahn im Singular, sondern von möglichen Entwicklungsbahnen im Plural sprechen.«<sup>92</sup>

In der tatsächlichen Arbeit mit Weltmodellen werden sich die Optionalität des zu untersuchenden Systems und die Optionalität der Hypothesenbildung über das System überlagern. Die letztere wird sich nicht einfach in die erstere auflösen – schließlich kann man über ein und dasselbe plurale Möglichkeitsfeld eines dynamischen Systems alternative Hypothesen aufstellen. Doch es ist auch nicht zu erwarten, dass die kognitive Situation unkomplizierter wird, wenn man die Schranken des klassischen Determinismus als einer stark vereinfachenden ersten Annäherung an die Realität der gesellschaftlichen Evolution überschreitet. Immerhin entledigt man sich damit einer ad-hoc-Annahme, die im klassischen Determinismus versteckt ist und empirisch nicht gerechtfertigt werden kann. Auch ein strenger Vertreter des klassischen Determinismus kann nicht übersehen, dass die Menschen in der Praxis ihres Lebens ununterbrochen mit realen Optionen zu tun haben und Auswahlentscheidungen treffen. Er muss jedoch unterstellen, dass sich die Folgen dieser im Kleinen getroffenen Entscheidungen auf der Makroebene der Gesellschaft ausmitteln, so dass sich zwar durch das Handeln der Akteure, aber zugleich hinter ihrem Rücken stets die eine gesetzmäßig bestimmte Evolutionsrichtung des Systems durchsetzt. Ein altbekanntes Beispiel einer solchen Unterstellung ist der klassische Glaubenssatz von der »unsichtbaren Hand« des Marktes und den durch sie bewirkten sozialen Wohltaten. Diese implizite Voraussetzung wird verworfen, wenn man zu der Auffassung übergeht, dass auch auf der Makroebene Optionalität auftritt<sup>93</sup>. Es mag zwar oft so sein, dass divergierende individuelle Handlungsweisen in ihrer Masse eine Trajektorie des Gesamtsystems

91 Intergovernmental Panel on Climate Change: Climate Change 2007: The Physical Basis. Summary for Policymakers, S. 12. – <http://www.ipcc.ch> .

92 E. Altvater, B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996, S. 575.

ergeben, die als Fortsetzung eines in der Vergangenheit durchlaufenen Pfades erscheint, aber es muss ebenso mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass sich für die Bewegung des Gesamtsystems alternative Pfade eröffnen und das bewusste oder spontane Handeln der systemischen Akteure einen Pfadwechsel bewirkt, der zur Herausbildung neuer Pfadabhängigkeiten und damit zur Stabilisierung des beschrifteten Pfades führt<sup>94</sup>. Die Nachhaltigkeit setzt letztlich die Optionalität des globalökologischen Systems voraus; ihre normative Ausprägung, die eindringliche Forderung nach einer grundlegenden Veränderung menschlicher Verhaltensweisen, hätte keinen realistischen Sinn, wenn die Systembedingungen des menschlichen Verhaltens nicht die Option des Übergangs auf einen nachhaltigen Pfad enthalten würden. Bei vollständigerer und detaillierterer Berücksichtigung der gesellschaftlichen Vermittlungen des globalökologischen Systems spaltet sich die optionale Dichotomie Nachhaltigkeit/Nicht-Nachhaltigkeit in die Dichotomie zweier Bündel oder Klassen von Pfaden auf, die sich im Einzelnen voneinander vielfältig unterscheiden können. Dies ist der Raum für die Ausdifferenzierung der Nachhaltigkeitskonzepte zu einer Arena politischer Konkurrenzen.

## Wachstum als Focus der Kontroversen

Den entscheidenden Grund für die Nicht-Nachhaltigkeit der industriellen Gesellschaft, deren Diagnose im Mittelpunkt seiner Forschungen stand, erblickte das Meadows-Team bekanntlich im exponentiellen Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung; alle anderen diskutierten Phänomene von Nicht-Nachhaltigkeit sind in seiner Sicht davon abgeleitet. Linke Kritiker ließen sich davon inspirieren. So entnahm in den späten 1970er Jahren Robert Havemann den *Limits to growth* entscheidende Argumente für seine Schlussfolgerung, dass sowohl der Kapitalismus als auch der »Realsozialismus« unfähig seien, die globalökologische Krise zu meistern – ersterer, weil der Wachstumsimperativ seiner Grundstruktur immanent sei<sup>95</sup>, letzterer, weil er der kapitalistischen Wachstumsorientierung epigonal nachstrebe<sup>96</sup> –, und deshalb der Übergang zu einem demokratischen Sozialismus als zukunftsfähiger Gesellschaftsform auf der Agenda der Geschichte stände.

93 H. Laitko: Wissenschaft als Bild und Bildnerin möglicher Zukünfte. In: Wissenschaft und Politik-Diskurs. Kolloquienbeiträge zu aktuellen Problemen der F&T-Politik. Hrsg. von Hg. Meyer und H. Steiner. Berlin 1998, S. 14-32.

94 A. Wetzel: Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung. Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkt Politik H. 52/2005.

95 »Der Kapitalismus ist seiner inneren Struktur und seinem ganzen Wesen nach vollständig unfähig, die uns jetzt bevorstehende große Krise zu meistern, weil er dazu sich selbst aufgeben müsste, was er nicht kann. Er ist am Ende. Seine Zeit ist abgelaufen«. R. Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie. Frankfurt a.M. 1982, S. 35.

96 »Nirgends wird Wachstum mit mehr Ergebnis angebetet, als in den Staaten des realen Sozialismus.« (ebd., S. 52).

Wachstumskritik ist der Grundgestus aller Arbeiten des Meadows-Teams. Eben dies dürfte auch der wesentliche Grund dafür sein, dass sie ungeachtet ihres Pioniercharakters heute vergleichsweise wenig Beachtung finden. Wirtschaftswachstum gilt dem Zeitgeist als ein hoher Wert, sein Mangel oder gar seine völlige Abwesenheit hingegen als ein schwerwiegendes Defizit; Wachstumsbejahung geht quer durch die politischen Lager. Deshalb muss Wachstumskritik damit rechnen, vom Zeitgeist abgewehrt und neutralisiert zu werden. Aus diesem Grund erscheint es auch opportun, den Nachhaltigkeitsdiskurs historisch am Brundtland-Bericht festzumachen, der nach dem Urteil von Reinhard Grienig »zwar die drohenden globalen Katastrophen realistisch beschreibt, aber als Ausweg nur unrealistische Wachstumsszenarien, nichtfundierte Pläne zur Geburtenregelung und vage Hoffnungen auf technologische Durchbrüche und menschliche Vernunft anbietet«<sup>97</sup>.

In seiner Beurteilung des ersten Meadows-Berichtes würdigte der Club of Rome insbesondere die prägnante Herausarbeitung des exponentiellen Charakters der ökologisch brisanten Wachstumsvorgänge und der damit verbundenen Gefahren, die dem Alltagsbewusstsein – auch dem der Politiker – kaum gegenwärtig sind<sup>98</sup>. In der Tat erweckt die verbreitete Gewohnheit, Zuwächse jeweils mit Bezug auf den Stand des Vorjahres anzugeben, angesichts der meist bescheidenen Raten den Eindruck von Harmlosigkeit; bleiben die jährlichen Zuwachsraten annähernd konstant, so vermittelt dies ein Gefühl von Stabilität, obwohl das damit beschriebene Wachstum tatsächlich exponentiell ist: »Seit Beginn der Industriellen Revolution vor 200 Jahren ist exponentielles Wachstum das wichtigste Charakteristikum aller menschlichen Aktivitäten, es wurde nahezu allgemein begrüßt. Es ist aber auch der treibende Faktor, der die Menschen und ihre Wirtschaft gegen die Begrenzungen auf unserer Erde und darüber hinaus vorstoßen lässt. Offensichtlich ist das exponentielle Wachstum im globalen sozialen System der Menschen tief verwurzelt.«<sup>99</sup> Diese Verwurzelung erzeugt eine mentale Blockade, die es für die Masse der Menschen kaum möglich macht, eine wachstumsfreie Gesellschaft auch nur zu denken, geschweige denn, sie zu akzeptieren und für ein erstrebenswertes Ziel zu halten. Von den meisten Menschen wird das Wachstum »geradezu gefeiert«<sup>100</sup>; ein Blick in die aktuelle politische Debatte in Deutschland zeigt, dass diese Diagnose unvermindert zutrifft. Daher sei »eine geistige Umwälzung kopernikanischen Ausmaßes« erforderlich<sup>101</sup>, um den Abschied vom Wachstumsparadigma zu ermöglichen. Ökonomisch stützte sich *Limits to growth* weit-

97 R. Grienig: Rezension zu »Zwischen Entropie und Selbstorganisation. Perspektiven einer ökologischen Ökonomie«, hrsg. von F. Beckenbach und H. Diefenbacher, Marburg 1994, und »Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung«, hrsg. von G. Nutzinger, Marburg 1995. In: UTOPIE kreativ H. 65 (März 1996), S. 90-93, hier S. 92.

98 Dennis Meadows, Donella Meadows, Zahn und Milling, Die Grenzen (wie Anm. 1), S. 169.

99 D. H. Meadows, D. L. Meadows und Randers, Die neuen (wie Anm. 22), S. 35.

100 Ebd., S. 26.

101 Dennis Meadows, Donella Meadows, Zahn und Milling, Die Grenzen (wie Anm. 1), S. 175.

gehend auf die Vorstellungen von Daly; eine global wachstumsfreie Wirtschaft – in der lokal und regional Wachstumsvorgänge (insbesondere bei der Heranführung der Entwicklungsländer an den allgemeinen Standard) möglich sind, sofern sie durch Schrumpfungsvorgänge an anderer Stelle kompensiert werden) – wurde für erstrebenswert und realisierbar erachtet. Die Autoren qualifizierten bereits 1972 die (auch heute noch mit größter Selbstverständlichkeit vertretene) Ansicht, Wirtschaftswachstum sei zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme unabdingbar, als eine Illusion; Wachstum löse zwar einige Probleme, schaffe dafür aber neue<sup>102</sup>. Eine wachstumsfreie Wirtschaft müsse keinen sozialen und kulturellen Stillstand, keine Abwesenheit von Innovation bedeuten: »Möglich ist auch, dass eine Gesellschaft, die nicht mehr mit den zahlreichen Problemen zu kämpfen hat, die das Wachstum ständig aufwirft, größere Kräfte und Erfindungsgaben zur Lösung anderer Probleme freisetzen würde.«<sup>103</sup>

Die Wachstumskritik des Meadows-Teams, besonders in seinem ersten Buch, war allerdings durch pauschalisierende Züge, durch ungenügende begriffliche Differenzierung gekennzeichnet. 2004 schrieben die Autoren selbst, die Schwierigkeiten seien noch gesteigert worden durch das Fehlen eines elementaren Vokabulars, mit dem über den globalökologischen »overshoot« der menschlichen Aktivitäten angemessen gesprochen werden könnte: »It took more than two decades before the conceptual framework – for example, distinguishing growth in the Gross Domestic Product (GDP) from growth in the ecological footprint – matured sufficiently to enable an intelligent conversation about the limits to growth issue.«<sup>104</sup> Schon 1992 hatten sie bei der Diskussion der Gefahren des Wirtschaftswachstums, aber eher beiläufig, bemerkt: »Geldflüsse interessieren uns hier nicht besonders, denn nur physikalisch-materielle Flüsse, nicht aber Geldflüsse unterliegen den Begrenzungen unseres Planeten.«<sup>105</sup> Rückblickend kann man wohl eindeutig sagen, dass sich die Wachstumskritik des Meadows-Teams de facto und von vornherein ausschließlich (ungeachtet der in gewissen Formulierungen enthaltenen Ambiguitäten) auf den physischen Aspekt der menschlichen Lebens- und Wirtschaftstätigkeit bezieht; die »Grenzen des Wachstums« sind *ökologische* Grenzen und nicht etwa monetär ausdrückbare Schwellen des wirtschaftlichen Wertprodukts – allein die Überschreitung der ersteren führt die Menschheit in »unsustainable territory«.

Allerdings dürfte das Problem mit einer schlichten Begriffsdifferenzierung nicht erledigt sein. Es ist unbestreitbar, dass es physische Grenzen gibt, die die menschliche Lebenstätigkeit langfristig respektieren und hinter die sie dort, wo sie sie bereits überschritten hat, wieder zurückgeführt werden muss – so etwa die Grenzen für die zulässige Emission klimarelevanter Gase, die heute im Zentrum

102 D. H. Meadows, D. L. Meadows und Randers, Die neuen (wie Anm. 22), S. 28.

103 Dennis Meadows, Donella Meadows, Zahn und Milling, Die Grenzen (wie Anm. 1), S. 157.

104 Donella Meadows, Randers und Dennis Meadows, Limits (wie Anm. 2), S. XIII-XIV.

105 D. H. Meadows, D. L. Meadows und Randers, Die neuen (wie Anm. 22), S. 57.

der Debatten stehen. In diesem Zusammenhang ist der vollständige Ausstieg aus der Verwendung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung und der Übergang zur Solarwirtschaft eine zwingende Notwendigkeit; eine überzeugende Argumentation dazu ist von Hermann Scheer schon in den frühen 1990er Jahren vorgelegt worden: »Es reicht nicht aus, den Anteil der erneuerbaren Sonnenenergie auf 10, 20, 30, 40 oder 50 Prozent des Energieverbrauchs der Menschheit zu steigern. Das würde die existentiellen Gefahren nicht überwinden, sondern lediglich dazu beitragen, den Zeitpunkt des Kollapses der menschlichen Zivilisation hinauszuschieben. *Das Ziel im vor uns liegenden Jahrhundert muss das vollständige Ersetzen der herkömmlichen Energiequellen durch die stets aktuelle Sonnenenergie sein – also eine vollständige solare Energieversorgung der Menschheit.*«<sup>106</sup> Seitdem hat Scheer sein Konzept umfassend ausgebaut und einen beharrlichen Kampf auf publizistischer und politischer Ebene um seine praktische Umsetzung geführt<sup>107</sup>. Sandra Thieme diskutiert dieses Konzept im Vergleich mit anderen konkreten Utopien<sup>108</sup>. Solange der Übergang zu einer hundertprozentigen Solarwirtschaft nicht erfolgt ist, kann keine Rede davon sein, dass sich die Weltwirtschaft auf einem nachhaltigen Pfad befände; man kann nur von einer Phase des Übergangs zu einem solchen Pfad sprechen, sofern erstens der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieaufkommen stetig steigt und zweitens die Bereitstellung von Energie aus nichterneuerbaren Quellen nicht nur relativ, sondern auch absolut sinkt. Sobald die Menschheit ihren Energiebedarf vollständig durch Einschaltung in den natürlichen Strahlungshaushalt der Erde deckt, entfallen die bisher geltenden ökologischen Einwände gegen ein weiteres Wachstum der energetischen Pro-Kopf-Ausstattung. Angesichts der alarmierenden globalökologischen Situation ist es jedoch geboten, in der Phase des Übergangs die Verwendung fossiler Brennstoffe (und die Erzeugung von Kernenergie) möglichst noch schneller zurückzufahren, als die Erzeugung erneuerbarer Energien gesteigert werden kann – für diese kritische Übergangsphase wäre somit ein Nullwachstum oder gar eine Schrumpfung des totalen Energieaufkommens die beste Option. Die Weltwirtschaft wird sich hier der 1972 entworfenen Vision vom physischen Nullwachstum in gewissem Maße annähern und Zuwächse in der Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen allein durch Steigerung der Energieeffizienz und der Ressourcenproduktivität gewährleisten müssen. Im Übrigen wäre es fatal, den Übergang zur Solarwirtschaft als Eröffnung eines neuen Pfades abermals schrankenlosen Wirtschaftswachstums zu interpretieren. Darauf macht Thieme zu Recht aufmerksam: »Zwar mag eine solare Weltwirtschaft zunächst die fossilen Engpässe (Öl, Kohle, Mineralien etc.) überwinden – ein unbegrenztes Wachstum kann aber auch

106 H. Scheer: *Sonnen-Strategie. Politik ohne Alternative*. München 1993, S. 17.

107 H. Scheer: *Energieautonomie: eine neue Politik für erneuerbare Energien*. München 2005; S. Pater: *Anwalt der Sonne*. Wien 1998.

108 S. Thieme: *Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens*. Schkuditz 2004, S. 162-180.

sie nicht garantieren, Nutzungsgrenzen existieren vor allem im Bereich der Biomasseproduktion. Eine solare Weltwirtschaft, die weiter der marktwirtschaftlichen Wachstumslogik folgt, würde in Hinblick auf ihren stets steigenden Material- und Energiedurchsatz auch hier zwangsläufig mit Grenzen konfrontiert.«<sup>109</sup>

Ist es denkbar, die Naturalbasis eines fortdauernden Wirtschaftswachstums durch ständig wachsende Energieerzeugung – aber ausschließlich aus erneuerbaren Quellen – zu sichern, während die von der menschlichen Lebenstätigkeit in Bewegung gesetzten Stoffströme absolut und relativ abnehmen und damit die Natur fortschreitend entlastet wird, da eine immer weiter steigende Einschaltung in den natürlichen Strahlungshaushalt der Erde unmittelbar keine ökologische Belastung bedeutet? Vermutlich sind nicht wenige Protagonisten einer »Dematerialisierung« der Produktion und Befürworter des Übergangs zur Solarwirtschaft von einer solchen Perspektive überzeugt. Das in den 1990er Jahren unter der Federführung von Friedrich Schmidt-Bleek am Wuppertal Institut entwickelte und von dem auf seine Initiative entstandenen und in Carnoules in der Provence tagenden internationalen Faktor-10-Club propagierte MIPS-Konzept (Material-Input pro Einheit Service) geht davon aus, dass innerhalb einer Generation der spezifische Stoffeinsatz je Service-Einheit um den Faktor 10 gesenkt werden könne und auf dieser Basis fortdauerndes Wirtschaftswachstum möglich sei<sup>110</sup>. Nun sind Stoff und Energie zwei miteinander verbundene Aspekte der Naturwirklichkeit, mit der der Mensch in Wechselwirkung tritt. Ein »rein« energetisch fundiertes Wirtschaftswachstum ohne stoffliche Komponente ist schwer vorstellbar. Der Materialaufwand für Produktion, Distribution und Verbrauch erneuerbarer Energien ist keineswegs vernachlässigbar klein; in der Regel treten allerdings Abschätzungen dieses Aufwandes in den zugunsten erneuerbarer Energien vorgetragenen Argumentationen nicht auf. Hausteин nennt jedoch eine aufschlussreiche ältere Zahl, die sich zwar auf vorwiegend aus nichterneuerbaren Quellen gewonnene Energie bezieht – als Vergleichsmaß für Primärenergie wird die traditionelle Steinkohleneinheit (SKE) verwendet – , aber immerhin die Größenordnung der Stoffströme abzuschätzen erlaubt, die mit einem bestimmten Quantum Energieverbrauch verbunden sind. Danach kamen in der Bundesrepublik zwischen 1960 und 1990 auf 1 t (SKE) Zuwachs im Primärenergieverbrauch durchschnittlich 93 t zusätzlicher Stoffumsatz (einschließlich Erdbewegungen)<sup>111</sup>. Wenn es durch den Übergang von fossilen zu erneuerbaren Quellen gelingt, den mit Produktion und Verbrauch eines bestimmten Quantum Energie verbundenen spezifischen Stoffumsatz wesentlich zu senken, so werden auf dem neuen Niveau der Ressourcenproduktivität die Stoffumsätze absolut wieder in dem Maße steigen, wie die Energieerzeugung zu-

109 Ebd., S. 171.

110 F. Schmidt-Bleek: Das MIPS-Konzept. Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10. München 1998.

111 Hausteин, Evolutionskrise (wie Anm. 75), S. 62.

nimmt. Es ist also zumindest fraglich, ob sich auf dieser Ebene eine Legitimation für ein weiterhin grenzenloses, aber nunmehr ökologisch unbedenkliches Wirtschaftswachstum begründen lässt. Auf jeden Fall ist es konsequenter, die Ressourcen- und die Energieeffizienz gleichrangig zu behandeln und auf ihre gemeinsame Steigerung zu orientieren, wie es bereits in der *Carnoules Declaration* 1997 des Faktor-10-Clubs gehandhabt wurde<sup>112</sup>.

An diesem Punkt gewinnt das Nachhaltigkeitsproblem entscheidende Relevanz für die strategische Orientierung der Linken. Der Übergang zur Solarwirtschaft ist zweifellos die größte Herausforderung für die kapitalistische Wirtschaftsweise, mit der sie seit ihrem Entstehen konfrontiert war. In den vergangenen Jahrhunderten hat sie eine erstaunliche Vitalität bewiesen und sich durch die erfolgreiche Lösung ihrer internen Evolutionskrisen mit der Erfindung und Einführung immer neuer Akkumulations- und Regulationsformen wiederholt neue Entwicklungsperspektiven eröffnet. So meisterte sie die Übergänge vom Stadium der Manufaktur zum Stadium der klassischen Großindustrie, von dort zum Fordismus und weiter zum Postfordismus, für den sich zunehmend der Terminus »Finanzmarktkapitalismus« einbürgert. Wird der Kapitalismus auch den Übergang zur Solarwirtschaft durch innovative Selbsterneuerung bewältigen können, oder deutet sich hier ein weltgeschichtliches »window of opportunity« an, die Möglichkeit einer tiefer gehenden Transformation, die in kapitalistischen Formen (in welchen auch sonst?) beginnen, aber in ihrem Vollzug die Menschheit irreversibel aus ihrer kapitalistischen Verfasstheit hinausführen könnte, nachdem frühere Versuche, den Rahmen des Kapitalismus zu überschreiten, sich evolutionär nicht zu stabilisieren vermochten und vom Fortgang der historischen Evolution wieder kassiert wurden? Letztlich kann diese Frage nur von der vor uns liegenden Geschichte definitiv beantwortet werden. Die Linke würde aber ihren Namen nicht verdienen, wollte sie nicht an dem beharrlichen Versuch festhalten, über den Kapitalismus hinaus zu denken, und so sollte sie auch die Möglichkeit beachten, dass die konsequente Verfolgung des Nachhaltigkeitskonzepts gesellschaftliche Horizonte jenseits des Kapitalismus eröffnen könnte. Noch ist es nur eine *Denkmöglichkeit*, aber keineswegs eine grundlose Spekulation, und vielleicht verweisen die Gründe, die dafür sprechen, auf eine *real mögliche* Zukunft. Jede Nachhaltigkeitsstrategie der Linken – wie auch immer sie im Einzelnen ausgestaltet sein mag – sollte sich zuerst und vor allem in diesem Zusammenhang verorten, andernfalls setzt sie zu niedrig an.

Die Transformationskrise, mit der sich der gegenwärtige Finanzmarktkapitalismus konfrontiert sieht, äußert sich in verschiedenartigen Symptomen, insbesondere als Energiekrise(n) und als Klimakrise. Beide Gruppen von Symptomen drängen in die gleiche Richtung des Übergangs zur Solarwirtschaft, die Scheer als

112 Der Appell des Faktor-10-Clubs von 1997 an die Chefetagen in Regierungen und in der Wirtschaft. In: Schmidt-Bleek, Das MIPS-Konzept (wie Anm. 110), S. 277-288.

einer ihrer führenden Protagonisten nicht nur als einen technologischen Wandel, sondern als Übergang »zu *einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem*« sieht<sup>113</sup>. Seine bisherigen Transformationen vollzog der Kapitalismus, indem er sich neue Potenziale des Wirtschaftswachstums und damit der Erzeugung von Profit erschloss; nur auf diese Weise kann sich eine kapitalistische Wirtschaft dynamisch stabilisieren. Diese Übergänge waren stets mit einer weiteren Expansion und Diversifizierung der durch die wirtschaftlichen – produktiven wie konsumtiven – Aktivitäten in Bewegung gesetzten Stoff- und Energieströme und so auch mit einer zusätzlichen Belastung der planetaren Tragekapazität verbunden. Bisher lebt das kapitalistische Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung von den in der Erdgeschichte über enorme Zeiträume hinweg angehäuften Ressourcen. Der namhafte Physiker und Meteorologe Hartmut Graßl, früherer Direktor des UN-Weltklima-Forschungsprogramms, findet dafür eine ebenso treffende wie drastische Formulierung: »In einem Jahr verbubeln wir, meist in den Industrieländern, in Motoren, Industrieanlagen und Wohnungen, was in einer Million Jahren als Kohle, Erdöl und Erdgas gespeichert wurde, und machen dabei die Atmosphäre zur Müllhalde.«<sup>114</sup> Die Verschwendung der akkumulierten Naturressourcen war bisher das stofflich-energetische Medium kapitalistischer Profitabilität. Für den bisherigen Geschichtsverlauf teilt auch der wirtschaftsnahe Faktor-10-Club diese Ansicht: »Ungeachtet aller Tatsachen gehen z. B die meisten Regierungen, Vereinigungen und Wähler weiterhin davon aus, dass eine Wirtschaft dann gesund ist, wenn Energie-, Material- und Ressourcenverbrauch ansteigen, um mehr Güter, Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen. Diese Annahme ist ein Überbleibsel der Massenwirtschaft einer zu Ende gehenden Epoche, in der Wachstum gekennzeichnet war durch stete Expansion der Energiebereitstellung, der Ausbeutung von Ressourcen und der Umweltzerstörung.«<sup>115</sup>

Vermutlich wäre die Weltgeschichte wesentlich anders verlaufen, hätte nicht die fossile Mitgift dem Kapitalismus eine robuste, über Jahrhunderte andauernde Expansion mit exponentiellem Wachstum ermöglicht. Parallel zur Expansion des Ressourcenverbrauchs vollzog sich allerdings, gleichfalls durch die inneren Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise angetrieben, auch ein beeindruckender Fortschritt in der Ökonomie der Ressourcennutzung, der einer relativen Senkung des Naturverbrauchs gleichkommt. Auch die Einsparung physischen Aufwandes wurde zur Quelle von Profit und damit von wirtschaftlichem Wachstum. Dies spricht für das Fehlen einer strengen Korrelation zwischen den Stoff- und Energieumsätzen und der »Wertschöpfung« im Wirtschaftsprozess und damit für die Möglichkeit, den Zuwachs des Wertprodukts vom physischen Wachstum abzukoppeln. Die alles entscheidende Frage ist, wie weit diese Abkoppelung gehen kann. Bisher war – wie die bis in die unmittelbare Gegenwart fortdauernde

113 Scheer, Sonnen-Strategie (wie Anm. 106), S. 289.

114 H. Graßl: Städte in der Marsch, voran! In: Freitag Nr. 10, 9.3.2007, S. 2.

115 Der Appell (wie Anm. 112), S. 279.



Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen anzeigt – die absolute Ausweitung des Naturverbrauchs die dominante, die relative Naturentlastung durch höhere Ressourcenökonomie die untergeordnete, ergänzende Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Der irreversible Übergang auf einen nachhaltigen Pfad verlangt eine Dominanzumkehr, die so weit geht, dass das absolute Volumen des Naturverbrauchs nicht nur auf dem gegebenen Stand eingefroren, sondern wesentlich reduziert wird. Wird der Kapitalismus imstande sein, die Wertseite des Wirtschaftswachstums so komplett von der Steigerung der stofflich-energetischen Umsätze abzukoppeln, dass er diesen Dominanzwechsel bewältigt und dabei dennoch das Minimum an wirtschaftlichem Wachstum gewährleistet, ohne das er seine dynamische Stabilität verlieren würde? Altwater rät zur Skepsis; er sieht die fossilen Energieträger als den »Treibstoff des Wachstums« der kapitalistischen Wirtschaft und bemerkt: »Es ist ein grundsätzlicher und schwer wiegender Irrtum, ökonomische Prozesse nicht als Prozesse der Werterzeugung und zugleich als Transformationen von Stoffen und Energien zu begreifen.«<sup>116</sup> Demnach würde die Strategie der Entkoppelung nicht grenzenlos möglich sein, sondern auf ökonomische Grenzen stoßen. Demgegenüber stellt die oben erwähnte *Carnoules Declaration* aus dem Jahr 1997 die Dinge so dar, als wäre eine vollständige Entkopplung nicht nur im Prinzip möglich, sondern auch schon auf dem gegenwärtigen Niveau der Technologie machbar; auf progressiven Feldern, so heißt es dort, »wurde das Wachstum von seinen Auswirkungen auf die Umwelt abgekoppelt«<sup>117</sup>. Ob das auch für ganze Volkswirtschaften möglich wäre, ist eine ganz andere Frage. Die Mechanismen der Marktkonkurrenz treiben jedenfalls dazu, die durch verringerten Energie- und Ressourcenverbrauch je Serviceeinheit ermöglichte absolute Senkung des Naturverbrauchs durch den über jede Schranke hinaus gesteigerten Absatz solcher »Serviceeinheiten« (Verbrauchsgüter und Dienstleistungen) immer wieder zunichte zu machen.

Altwater und Mahnkopf haben das ökonomische Problem der globalökologischen Krise einmal so formuliert: »Marktsysteme haben in der bisherigen Geschichte nur die Steigerung von Produktion und Verbrauch, also das ökonomische (biophysische und monetäre) Wachstum reguliert und dabei die Stellgröße Wohlstandssteigerung wie selbstverständlich nach oben gedreht. Die Frage heute muss aber lauten: Sind die Mechanismen des Marktes geeignet und sind die Akteure in der marktwirtschaftlichen Arena dazu bereit, auch die Stagnation, ja die Schrumpfung des ökonomischen Systems zu regulieren? (...) Wie können Märkte, die in der bisherigen Geschichte so erfolgreich waren, eine monetär gemessene quantitative Steigerung zu erzwingen, nun auf das Gegenteil umgepolt werden?«<sup>118</sup> Hier dürfte es keine trivialen Antworten geben. Wenn ständiges Wirtschaftswachstum das unentbehrliche Lebenselixier der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist – und

116 Altwater, *Das Ende* (wie Anm. 11), S. 108, 105.

117 Der Appell (wie Anm. 112), S. 278.

118 Altwater und Mahnkopf, *Grenzen* (wie Anm. 92), S. 519.

diese Ansicht scheinen Anhänger und Kritiker zu teilen – , dann müsste die Antwort auf die zitierte Frage lauten: Der Markt ist genau dann im Stande, Schrumpfungsprozesse zu steuern, wenn er sie für jene, die die Marktmacht haben, zur Quelle von Gewinn zu machen vermag. Der Finanzmarktkapitalismus hat zwischen die realwirtschaftlichen Prozesse, die den »Stoffwechsel« mit der Natur realisieren, und die Bewegung der Finanzprodukte so viele Vermittlungen geschaltet, dass diese Bewegung gegenüber jenen Prozessen ein Höchstmaß relativer Autonomie gewonnen hat. Die »Freiheit« der Finanzsphäre äußert sich auch in der paradoxen Möglichkeit, auf fallende Kurse zu spekulieren und daraus Profit zu ziehen. Die unübersichtliche Welt der Finanzderivate enthält offenbar Instrumente, die geeignet sind, auf kapitalistische (also profitbringende) Weise auch Schrumpfungsprozesse zu steuern. Das sind aber niemals Win-Win-Situationen; im Gegenteil, hier öffnet sich die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern besonders weit. Dieses überaus schwierige Problemfeld ist für die Linke von strategischer Brisanz. Es gibt zur Zeit viele Punkte, an denen dem Kapitalismus mit guten Gründen soziale Ungerechtigkeit attestiert werden kann, doch nur ganz wenige, an denen sich in seiner ökonomischen Basis selbst reale Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Transformation andeuten, die über seine Grenzen hinausführt. Die Linke ist gut beraten, diesen kritischen Punkten beharrlich analytische Aufmerksamkeit zu widmen, ohne sich dabei zu vorschnellen Schlüssen verleiten zu lassen.

## **Modellfall Klimawandel**

Wieder einmal ist, wie schon eingangs bemerkt, der globale Klimawandel in aller Munde. Der EU-Gipfel vom März 2007 hat beschlossen, auf dem Territorium der Europäischen Union die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent zu senken, und für den Fall, dass sich weitere Industrieländer zu vergleichbaren Maßnahmen verpflichten, sogar eine Reduktion um 30 Prozent in Aussicht gestellt. Der Anteil erneuerbarer Energien soll in dieser Zeit auf 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs steigen<sup>119</sup>. Die Verkündung dieses Beschlusses geht mit gehöriger Jubelrhetorik einher<sup>120</sup>. Die politische Entschlossenheit, dem Problem des Klimawandels zu Leibe zu rücken, wird mit dem gleichen Enthusiasmus gefeiert, wie man auch das Wachstum feiert, das jenes Problem erst geschaffen hat. Vor allem wird der endlich erreichte Durchbruch mit der deutschen

119 Neuer Energieplan der EU – mehr Sicherheit, weniger Verschmutzung. – [http://ec.europa.eu/news/energy/070110\\_1\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/energy/070110_1_de.htm) .

120 In einem Pressebeitrag wertet Petra Pinzler diesen Plan um einiges moderater und schreibt: »Dennoch reicht der europäische Plan wahrscheinlich aus, um der Kanzlerin auf internationalen Konferenzen einen gewissen Ökoglanz zu verleihen – schließlich bieten die anderen Weltregionen noch weniger.« – P. Pinzler: Immer schön stillhalten. In: DIE ZEIT Nr. 11, 8.3.2007, S. 6.

EU-Ratspräsidentschaft und der Beharrlichkeit verknüpft, mit der diese in Aufmerksamkeit der Union auf das Thema gelenkt habe. Für Deutschland wären die damit zu bewältigenden Aufgaben in der Tat beträchtlich, da hier im Jahre 2006 der Anteil erneuerbarer Quellen am Gesamtenergieaufkommen erst bei 5,3 Prozent lag und auch die Zielmarke des schwarz-roten Koalitionsvertrages für 2020 lediglich 10 Prozent beträgt.

Der Klimawandel ist ein instruktives Exempel dafür, wie sehr auf dem Feld der Nachhaltigkeitskonzepte objektive Systemeigenschaften und subjektive Akteursinteressen einander durchdringen und wie unhintergebar und nichtverhandelbar die naturgesetzlich bestimmten Charakteristika des Klimasystems tatsächlich sind, obwohl sich Politiker oft so verhalten, als hätten sie die Macht, mit diesem System ebenso wie mit menschlichen Partnern Kompromisse über die zu treffenden Maßnahmen und deren Zeithorizonte auszuhandeln. Ganz unabhängig davon, ob sich die öffentliche Meinung alarmistisch oder abwiegelnd gibt, ob sie den klimatischen Veränderungen viel oder wenig Aufmerksamkeit schenkt – die Veränderung des Klimas schreitet voran und ist inzwischen auch für jedermann augenfällig geworden.

Der neuerliche Boom der Klimadebatten wurde im Oktober 2006 mit dem Bericht von Sir Nicholas Stern an die britische Regierung und den zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung und dem darauf folgenden Medienecho eingeleitet. Die zentrale Konsequenz, die Stern aus seiner Untersuchung zog, lautet in authentischer Formulierung: »Ausgehend von wirtschaftlichen Modellrechnungen könnten die Kosten und Risiken des Klimawandels, wenn nichts dagegen unternommen wird, einer Einbuße von mindestens 5 Prozent des globalen BIP jährlich gleichkommen, jetzt und in Zukunft. Berücksichtigt man ein breiteres Spektrum von Risiken und Folgen, wird der Schaden sogar auf möglicherweise 20 Prozent des BIP oder mehr geschätzt. Andererseits wäre es möglich, die Kosten des Vorgehens – d.h. einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Abwendung der schlimmsten Folgen des Klimawandels – auf ca. 1 Prozent des globalen BIP zu beschränken.«<sup>121</sup>. Die aktuellen Daten zum Klimawandel, die den unmittelbaren Bezugspunkt des EU-Beschlusses bildeten, wurden vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) Anfang Februar 2007 mitgeteilt<sup>122</sup>. Bei dem derzeit vorliegenden Material handelt es sich um den ersten Teil des insgesamt mehrere tausend Seiten umfassenden vierten Sachstandsberichtes; der zweite und der dritte Teil folgen in den nächsten Monaten. Von jedem dieser Teile, die im Volltext nur für Fachleute rezipierbar sind, wird ein kompaktes *Summary for policymakers* vorgelegt; diese Zusammenfassungen sollen, so wird erwartet,

121 Die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels: Studie von Sir Nicholas Stern. Zusammenfassung der Schlussfolgerungen, 30. Oktober 2006. – [www.britischebotschaft.de/de.news/items/061124.htm](http://www.britischebotschaft.de/de.news/items/061124.htm) .

122 Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Summary for Policymakers. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. – <http://www.ipcc.ch> .

einen unmittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse ausüben. Das jetzt veröffentlichte Material hat den seit längerem laufenden Bemühungen, im UN-Rahmen eine effektiv arbeitende Weltumweltorganisation zu schaffen, neuen Auftrieb gegeben. Wie gemeldet wurde, haben 46 Staaten vereinbart, noch im Frühjahr 2007 das Statut einer solchen Organisation zu entwerfen und sich dabei am Muster der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu orientieren. Udo E. Simonis bemerkt dazu mit vorsichtigem Optimismus: »Sollte endlich eine effektive Weltumweltorganisation entstehen, käme dies in der Tat einer Revolution gleich. Dies um so mehr, als man es seit 1972 – seit 35 Jahren also – nicht geschafft hat, sich in angemessener Weise dem Schutz und dem Erhalt der globalen Ökologie zu widmen.«<sup>123</sup>

Mehr als ein vorsichtiger Optimismus ist indes keineswegs angebracht. Es sei daran erinnert, dass die 1990 vom IPCC getroffenen Aussagen kaum weniger beunruhigend waren als die jüngsten Einschätzungen, die in der politischen Szene hektische Geschäftigkeit ausgelöst haben<sup>124</sup>. Nach der damaligen Veröffentlichung sollte für den Fall unverminderter Emission von Treibhausgasen im 21. Jahrhundert mit einer Erhöhung des globalen Temperaturmittels in Bodennähe um 0,2 bis 0,5°C pro Jahrzehnt und einem Anstieg des Meeresspiegels im globalen Mittel um 3 bis 10 cm pro Jahrzehnt gerechnet werden, das wären also für das ganze Jahrhundert eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur um 2 bis 5°C und ein mittlerer Anstieg des Meeresspiegels um 30 bis 100 cm. Der neue Bericht arbeitet mit ganzen Serien von Szenarien, die mit unterschiedlichen Annahmen über den Gehalt der Atmosphäre an Treibhausgasen operieren. Für den sehr wahrscheinlichen Fall einer Verdoppelung der CO<sub>2</sub>-Konzentration bis zum Ende des Jahrhunderts wird eine Temperaturerhöhung um 2 bis 4,5°C erwartet, wobei die beste Schätzung bei etwa 3°C liegt, aber auch Werte oberhalb von 4,5 °C nicht ausgeschlossen werden. Der erwartete mittlere Anstieg des Meeresspiegels liegt je nach Szenario zwischen 18 und 59 cm. Hier ist nicht der Ort, die mannigfachen Folgen zu diskutieren, die sich beim Eintritt dieser möglichen Veränderungen ergeben würden; es liegt auf der Hand, dass sie gravierend wären und die verschiedensten Bereiche der menschlichen Lebenswelt betreffen. Die Aufmerksamkeit soll vielmehr darauf gelenkt werden, dass sich die 2007 vorgetragenen Warnungen in ihrem sachlichen Gehalt und in ihrer Handlungsrelevanz nicht grundsätzlich von den 1990 ausgesprochenen unterscheiden. Natürlich sind die Befunde von 2007 differenzierter, und sie sind umfassender belegt; wäre es anders, dann hätte die Forschung in der Zwischenzeit stagniert haben müssen. Aber die in dieser Periode erzielten Fortschritte waren, um die von Thomas Kuhn eingeführte Terminologie zu benutzen, solche der »normal science«, des detaillierten Ausbaus eines bestehenden Paradigmas in den verschiedensten Richtungen; ein neues klimatologisches Paradigma ist nicht aufgetreten.

123 U. E. Simonis: Schock und Innovation. In: Freitag Nr. 6, 9.2.2007, S. 2.

124 Climate change. The IPCC scientific assessment. Hrsg. von I. T. Houghton, G. I. Jenkins und J. S. Ephraums. Cambridge 1990.

Die um 1990 vorliegenden Kenntnisse zur Situation und zu den Entwicklungstendenzen des Weltklimas und die Bedeutung dieser Trends für die Gesellschaft waren seriös und konkret genug, um zum Anlass für durchgreifende, weltweit abgestimmte Maßnahmen genommen zu werden. Zunächst machte es auch den Eindruck, als würde genau dies geschehen; die Rio-Konferenz 1992, der unter anderem die Ergebnisse der Weltklimakonferenz 1990 zugrunde lagen, und ihre Beschlüsse lösten damals nicht weniger Jubel und Geschäftigkeit aus als die jüngsten EU-Vereinbarungen. Dennoch verliefen diese umfangreichen Initiativen und Aktivitäten im Sand deprimierender Folgenlosigkeit. Der jüngste IPCC-Bericht konstatiert nicht nur eine fortdauernde Zunahme der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre – was für eine informierte und alarmierte Weltgesellschaft schon peinlich genug ist –, sondern sogar eine Beschleunigung dieser Zunahme. Während im längerfristigen Durchschnitt von 1960 bis 2005 die Steigerung 1,4 ppm pro Jahr betrug, wird für die letzte Dekade von 1995 bis 2005 die Zunahme mit 1,9 ppm pro Jahr angegeben<sup>125</sup>. »The carbon dioxide radiative forcing increased by 20 Prozent from 1995 to 2005, the largest change for any decade in at least the last 200 years.«<sup>126</sup> Und diese Dekade war das Jahrzehnt nach Rio! Dieser Befund ist ein Lehrstück dafür, was unter den Verhältnissen der Gegenwart politischer Aktivismus real bewirkt. Offensichtlich waren in der kapitalistischen Weltgesellschaft mächtige Interessen am Werk, die die Bemühungen unzähliger motivierter Klimaschützer rigoros ausgebremst haben.

Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Mitautor des IPCC-Reports, sagte in einem Interview zu der Frage, warum sich das Gremium um die Formulierung eines einheitlichen Standpunktes bemühe und ob damit nicht Meinungsverschiedenheiten überdeckt würden: »Sicherlich sinnvoll ist dieser Zentralismus dort, wo es um die Zusammenfassung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse geht. Da stellt der IPCC lediglich einen bestehenden Konsens fest: Der Klimawandel ist durch Treibhausgase verursacht, für die der Mensch verantwortlich ist. Dagegen wird der Ausschuss in der Frage, wie wir gefährlichen Klimawandel vermeiden können – zu welchen Kosten und mit welchen Maßnahmen –, auch in der Zukunft auf keinen Konsens hoffen können, denn dabei spielt nicht nur Naturwissenschaft, sondern auch Ökonomie und Ethik eine Rolle. Da muss der IPCC lernen, produktiv mit der Ressource Streit umzugehen.« Diese Aussage stimmt mit der hier vertretenen Auffassung überein, dass auf die Evolution des globalökologischen Systems bezogene Nachhaltigkeitskonzepte eine stark naturwissenschaftlich bestimmte und daher weitgehend konsensfähige Basisschicht haben und eine darüber liegende Schicht (oder mehrere solcher Schichten), in der die Wertungen und Normative der Akteure durchschlagen und ein übergreifender Konsens gar nicht oder allenfalls partiell und temporär zu erreichen ist. Deshalb meint Edenhofer, man solle den Entscheidungsträgern und

125 Climate Change 2007 (wie Anm. 122), S. 2.

126 Ebd., S. 5.

der Öffentlichkeit gangbare Alternativen vor Augen führen – womit auch die »versteckten Annahmen der Experten« sichtbar würden –, »statt ihnen einen vermeintlich einzig richtigen Weg vorzugaukeln«. Man komme hier um Fragen der Bewertung nicht herum, und von den diskutierten Lösungen könne man »nur verlangen, dass sie in sich schlüssig und umsetzbar sind – nicht, dass sie neutral sind«.

Besonders aufschlussreich ist aber die folgende Bemerkung von Edenhofer: »Die bisherige Verbesserung der Energieeffizienz und die Verringerung der Kohlenstoff-Intensität reichen nicht aus, um diesen Trend zu stoppen. Im vorigen IPCC-Bericht war diese Botschaft noch nicht so klar. Damals blieb zumindest die Möglichkeit offen, dass wir mit dem Klimaschutz noch warten können.«<sup>127</sup> Hier wird die Interaktion zwischen den wissenschaftlichen Ergebnissen und deren interessengesteuerter Wahrnehmung, die den gesamten Nachhaltigkeitsdiskurs durchdringt, ganz deutlich. Das IPCC wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ins Leben gerufen. Die IPCC-Funktionäre sind offizielle und damit weisungsgebundene Vertreter der Nationalstaaten, ihnen obliegt auch die Auswahl und Bestätigung der Wissenschaftler, die die Sachstandsberichte erarbeiten. Den Gründungsgedanken des IPCC formuliert Axel Bojanowski ironisch überspitzt als Idee, »Wissenschaft zu verhandeln wie auf einem Basar«<sup>128</sup>. Der aktuelle Wikipedia-Eintrag zum IPCC bezeichnet den Umstand als problematisch, »dass die Endredaktion der im politischen Prozess besonders stark beachteten Themenzusammenfassungen stark von der großen Zahl der von den Regierungen entsandten Politiker und Juristen dominiert wird. Deren Aufgabe besteht darin, in langwierigen Verhandlungen die wissenschaftlichen Erkenntnisse so darzustellen, dass die entsendenden Regierungen diese Erkenntnisse möglichst problemlos in ihre jeweilige politische Agenda integrieren können, was nicht immer zu einer sachgerechten oder hinreichend präzisen Darstellung führt. Kritiker sehen deshalb in der Zusammensetzung dieses Gremiums die Gefahr, dass die Berater mit den zu Beratenden verschmelzen.«<sup>129</sup> Die Staatsvertreter dürfen bei der Erarbeitung der *Summaries for policymakers* nur solchen Formulierungen zustimmen, die ihrem Auftrag entsprechen: »So grotesk es erscheinen mag, Texte mit wissenschaftlichem Inhalt nach dem Konsensprinzip zu verhandeln – es hat System.« Bojanowski beschreibt das Procedere der Verabschiedung des aktuellen *Summary* so: »Über Zusammenfassung Nummer eins verhandelten in Paris eine Woche lang rund 500 Politiker und Wissenschaftler. Juristen wachten über jedes geschriebene und gesprochene Wort. Bei den Debatten wird bis in die Nacht um Formulierungen gerungen. Dabei lernen die Klimaforscher, dass ihre Ergebnisse nicht nur zutreffend, sondern auch konsensfähig sein müssen. (...) Das Textgefeilsche in Paris

127 Interview mit Ottmar Edenhofer. In: DIE ZEIT Nr. 6, 1.2.2007, S. 36.

128 A. Bojanowski: Der Klimabasar. In: DIE ZEIT Nr. 6, 1.2.2007, S. 35.

129 [http://de.wikipedia.org/intergovernmental\\_Panel\\_on\\_Climate\\_Change](http://de.wikipedia.org/intergovernmental_Panel_on_Climate_Change). – Stand 11.3.2007.

bestritten fast ausschließlich die Delegierten mit ihren Rechtsberatern. Die IPCC-Wissenschaftler sahen sich in die Rolle stiller Zuhörer gedrängt – und gerieten mitunter ganz aus dem Spiel.«<sup>130</sup>

Die Synopsis des aktuellen Standes der Klimaforschungen, die von den durch das IPCC beauftragten Wissenschaftlern in den ausführlichen Sachstandsberichten vorgenommen wird, unterliegt dem Einfluss der Regierungen nur ganz indirekt – durch die Auswahl der Autoren. Jeder Wissenschaftler entscheidet im paradigmatischen Rahmen seines Denkens, wie er die Relevanz der ihm vorliegenden Daten einzuschätzen hat, welche er für mehr und welche für weniger wichtig hält und welches Gewicht er ihnen bei der Darstellung gibt. Die subtilen Abstimmungs- und Evaluationsprozeduren, die in die Arbeit an den Berichten eingebaut sind, sichern ein Höchstmaß an Korrektheit; von etwaigen gewollten Verzerrungen kann hier keine Rede sein. Bei der Formulierung der *Summaries*, die die eigentlichen Instrumente der Politikberatung bilden, wird aber, wie man sieht, der Einfluss der zu Beratenden wesentlich größer und direkter. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die naturwissenschaftliche Fachsprache hier zurückgedrängt werden muss und Formulierungen zu wählen sind, die auch Nicht-Naturwissenschaftlern verständlich sind. Ohne etwas an den mitgeteilten Fakten zu verändern, kann man sie ohne weiteres so in Worte fassen und so anordnen, dass sie entweder mehr alarmierend oder mehr beruhigend klingen und die Aufmerksamkeit der Leser unwillkürlich in diese oder jene Richtung gelenkt wird.

Die Wortwahl des aktuellen *Summary* jedenfalls ist so gehalten, dass die Notwendigkeit energischen und abgestimmten Handelns deutlich wird. Eine im Prinzip gleichartige Einschätzung der Lage und der notwendigen Handlungsrichtungen hatte sich aber auch schon nach dem Erkenntnisstand von 1990 aufgedrängt. Es ist deshalb aufschlussreich, eine 1994 veröffentlichte umfangreiche Abhandlung der renommierten Physiker und Meteorologen Karl-Heinz Bernhardt und Wolfgang Böhme, die diesen Erkenntnisstand zusammenfasst und diskutiert, noch einmal zur Hand zu nehmen. Zwar müssen die dort verwendeten Daten teilweise durch neuere ersetzt werden, aber die damals gegebenen qualitativen Einschätzungen und besonders die Diskussion der Frage, wie die Gesellschaft mit den klimatologischen Befunden umgehen sollte, sind unvermindert gültig und von größter aktueller Bedeutung. Den Schlüssel zur Argumentation von Bernhardt und Böhme bildet die Einsicht, dass es für unsere Zeit eine schon nicht mehr hinreichende Näherung wäre, das Klimasystem als eine bloße äußere Rahmenbedingung für die Existenz und Entwicklung der Gesellschaft zu modellieren, die auf den Menschen einwirkt und auf die er seinerseits zurückwirkt, der er aber selbst nicht angehört. Die erste Weltklimakonferenz hatte 1979 noch definiert, dass das Klimasystem aus Atmosphäre, Ozean, Kryosphäre, Landoberfläche und Biosphäre bestehe. Heute müsse man anerkennen, dass der Mensch selbst »zu einem

130 Bojanowski, Der Klimabasar (wie Anm. 128).

Teil des Klimasystems geworden« sei; die beiden Forscher erachten es für notwendig, dass man »den Menschen einschließlich der von ihm geschaffenen Technosphäre als Teil der Biosphäre hervorhebt, die sich damit in die Noosphäre wandelt«<sup>131</sup>. Zugleich betonen sie die hochkomplexe Natur des Klimasystems, dessen miteinander gekoppelte Teilsysteme in Zeitskalen von  $10^5$  bis  $10^{13}$  s schwingen; die Eigenzeiten der Komponenten des Klimasystems überstreichen somit acht Größenordnungen, woraus sich eine kaum überschaubare Fülle komplizierter direkter und indirekter Wechselwirkungen ergibt. Diese extreme Komplexität besaß das Klimasystem bereits in vorindustrieller Zeit, in der die menschliche Gesellschaft als global klimawirksamer Faktor noch eine vernachlässigbar geringe Rolle spielte. Zumindest seit Beginn der industriellen Revolution aber hängen äußere Natur und Menschheit auf stark nichtlineare Weise zusammen, so dass die Systemverhältnisse noch komplizierter werden. Dies alles »macht klassisch-deterministisch überschaubare Systemantworten von vornherein unwahrscheinlich und eine umfassende Vorhersagbarkeit höchst fraglich«<sup>132</sup>.

Die imponierende Fülle an Daten und Modellen, über die heute die Klimaforschung verfügt, darf keineswegs so verstanden werden, als sei das Klimasystem im Wesentlichen begriffen. Theoretisch und rechnerisch sind die gebräuchlichen Modelle noch weit davon entfernt, jenen Grad an Komplexität adäquat abzubilden, dessen Vorhandensein beim wirklichen Klimasystem angenommen werden muss. Bernhardt und Böhme fragen: »Sind wirklich alle für Klima-änderungen im Zeitbereich von Jahrzehnten bis Jahrhunderten relevanten Wechselwirkungseffekte wenigstens konzeptionell erfasst?«<sup>133</sup> Das ist keine rhetorische Frage, die man beruhigt bejahen könnte. Zum Exempel verweisen die Autoren auf die Mitte der 1980er Jahre erfolgte Entdeckung eines stark klimarelevanten Effekts, der stratosphärischen Ozonadünnung (»Ozonloch«) am Ende des antarktischen Winters. Diese Entdeckung erfolgte zufällig und überraschend, und zwar keineswegs deshalb, weil man sich mit dem Ozon in der Stratosphäre zuvor etwa nicht hinreichend beschäftigt hätte. Im Gegenteil – seit den 1970er Jahren wurde über natürliche und anthropogene Einwirkungen auf den atmosphärischen Ozonhaushalt intensiv geforscht. In keiner der vielen dabei ausgeführten Modellrechnungen war jedoch das Phänomen des Ozonlochs vorhergesagt worden: »Diese und weitere wissenschaftshistorische Erfahrungen sollten jedenfalls Mahnung sein, bei der Klimaprognose zwischen der Modellwelt der Simulationsexperimente und der realen Welt des Klimasystems zu unterscheiden.«<sup>134</sup> Das Meadows-Team widmet der »ozone story« übrigens ein ganzes Kapitel seines 30-Jahres-Update, und zwar als einem eher ermutigenden Beleg für die Möglichkeit, das globale System von

131 K.-H. Bernhardt, W. Böhme: Klima und Menschheit. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 1 (1994) 1/2, S. 51-90, hier S. 60.

132 Ebd., S. 55.

133 Ebd., S. 80.

134 Ebd., S. 80.



einem einmal eingetretenen »overshoot« wieder in die Grenzen nachhaltigen Verhaltens zurückzuführen<sup>135</sup>. Im Zusammenhang unserer Darstellung geht es hier aber vor allem darum, dass das Ozonloch über der Antarktis unerwartet aufgetreten ist. Niemand kann ausschließen, dass uns auch in Zukunft ähnlich gravierende oder noch dramatischere Ereignisse überraschen werden. Daraus ergibt sich die Konsequenz, »dass gerade die Unsicherheit der modellmäßigen Klimaprognosen bei gleichzeitig unbestreitbarer Relevanz der anthropogenen Eingriffe in das globale Klimasystem (Modifikation der Strahlungs- und Energiebilanz sowie biogeochemischer Stoffkreisläufe) die Gefahr einschneidender, auch unerwarteter und abrupter, Klimaänderungen deutlich macht, so dass Gegenmaßnahmen und Anpassungsstrategien dringend notwendig sind«<sup>136</sup>. Einige besonders nahe liegende *direkte* Wirkungszusammenhänge im Klimasystem – insbesondere die Verstärkung des Treibhauseffekts infolge des Eintritts von durch die menschliche Lebenstätigkeit freigesetzten klimarelevanten Gasen in die Atmosphäre – sind heute allgemein bekannt, und man kalkuliert nach den IPCC-Szenarien mögliche Temperaturanstiege in Abhängigkeit von Mengen und Raten der emittierten Treibhausgase. Weit weniger Aufmerksamkeit finden die indirekten Verknüpfungen zwischen menschlichen Aktivitäten und Klima. Als Beispiel verweisen Bernhardt und Böhme darauf, dass der natürliche CO<sub>2</sub>-Austausch zwischen Biosphäre und Atmosphäre etwa das 25fache des derzeitigen anthropogenen CO<sub>2</sub>-Eintrages in die Atmosphäre beträgt. Veränderungen der globalen Biosphäre wie der Rückgang der Wälder oder die Ausdehnung von Wüsten wirken auf diesen Austausch ein: »Geringfügige Imbalancen in diesem globalen Austauschprozess, erst recht die Reaktion des Ozeans und der festländischen und marinen Biosphäre auf veränderte Klimabedingungen, können damit den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre zusätzlich zur anthropogenen Emission in schwer vorhersehbarer Weise beeinflussen«. Daraus folgt, dass nicht nur die dynamische Modellierung des Klimageschehens, sondern bereits der künftige Verlauf der atmosphärischen CO<sub>2</sub>-Konzentration als Eingangsgröße für die meisten Klimaprognosen »mit viel mehr Unsicherheiten behaftet ist, als gemeinhin angenommen« wird<sup>137</sup>. Generell sind die Grenzen der Vorhersagbarkeit des Klimasystems »noch nicht annähernd ausgelotet«<sup>138</sup>.

Dies aber ist nur die eine, offen zutage liegende Seite des Problems. Unsicherheiten der Vorhersage, die den Grenzen unserer derzeitigen Erkenntnis des Klimasystems geschuldet sind, werden in dem Maße überwunden, wie die Erkenntnis weiter voranschreitet. Wesentlich heikler sind jene Prognoseunsicherheiten, die der objektiven Beschaffenheit des Klimasystems selbst entspringen und deshalb durch keinerlei Erkenntnisfortschritt ausgeräumt werden können. Wie Bern-

135 Donella Meadows, Randers und Dennis Meadows, Limits (wie Anm. 2), S. 181-202.

136 Bernhardt und Böhme, Klima (wie Anm. 131), S. 75.

137 Ebd., S. 77.

138 Ebd., S. 71.

hardt und Böhme feststellen, hat das Klimasystem als ein komplexes nichtlineares System sehr wahrscheinlich Eigenschaften eines deterministischen Chaos, durch die die Vorhersagbarkeit seines Verhaltens begrenzt wird<sup>139</sup>. In solchen Systemen treten, wie Werner Ebeling erläutert, Instabilitäten der Bewegung gegenüber einer Variation ihrer Anfangsbedingungen auf, in deren Folge benachbarte Bahnen auseinanderstreben: »Chaotische Dynamik impliziert strikte Grenzen der Vorhersagbarkeit. Eine kleine Unsicherheit in der Kenntnis der Anfangsbedingungen führt nach kurzer Zeit zu weitgehender Unkenntnis des tatsächlichen Zustandes des Systems.«<sup>140</sup> Unstetige Klimasprünge mit kollapsartigen Auswirkungen können sich ereignen, ohne dass es möglich wäre, ihr Eintreten oder gar dessen Zeitpunkt vorherzubestimmen. Das ist keine bloß theoretische Denkmöglichkeit; die enormen Fortschritte der paläoklimatischen Forschung in den letzten Jahrzehnten haben unabweisbar belegt, dass abrupte Erwärmungen und Abkühlungen in der Erdgeschichte keineswegs selten eingetreten sind. Auf solche möglichen Effekte ist das Denken der Öffentlichkeit und der Politiker in keiner Weise eingestellt: »Durch die Vorhersagen der globalen, gekoppelten Ozean-Atmosphäre-Zirkulationsmodelle ist die Erwartung der Öffentlichkeit auf eine allmähliche Erwärmung der Atmosphäre in Erdbodennähe fixiert.«<sup>141</sup> Selbst die avancierteste Klimaschutzpolitik der Gegenwart rechnet damit, dass die anthropogen bedingte Klimaerwärmung zwar schnell, aber stetig verlaufen wird, und dimensioniert die gesellschaftlichen Anpassungsstrategien auf der Grundlage dieser Erwartung. Es kann aber – das ist theoretisch plausibel und erdgeschichtlich erhärtet – auch beträchtlich schlimmer kommen, und ein denkbarer Klimasprung kann zudem auch nicht nur als abrupte Erwärmung, sondern ebenso auch als ein eklatanter Temperatursturz erfolgen. Wie der Physiker Karl Lanus betont, kann schon die geringfügige Änderung eines klimarelevanten Antriebsfaktors »in einer sich selbst verstärkenden Reaktionsfolge zu einem Klimaumschlag führen«. Er bezeichnet es daher als unzulässig, »das globale Klimasystem als annähernd stabil zu betrachten und bei Klimaänderungen mit einem Zeitmaßstab von Jahrhunderten zu rechnen«<sup>142</sup>. Die Möglichkeit von Instabilitäten wird im aktuellen *Summary* des IPCC nicht betont; die Aufmerksamkeit der Leser wird auf einen zwar beunruhigend intensiven, aber jedenfalls stetig verlaufenden Klimawandel gelenkt.

Mit dem Aufschwung der Paläoklimatologie war der Nachweis verbunden, dass der verhältnismäßig ausgeglichene Temperaturverlauf der letzten 10.000 Jahre im nordatlantisch-grönländischen Raum, der optimale Bedingungen für die Entwicklung der modernen Zivilisation schuf<sup>143</sup>, eine erdgeschichtliche Ausnahmeerscheinung ist; jedenfalls war er präzedenzlos innerhalb der letzten zweiein-

139 Ebd., S. 71.

140 W. Ebeling: Entropie, Vorhersagbarkeit und nichtlineare Dynamik. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 1 (1994) 1/2, S. 33-50, hier S. 39.

141 K. Lanus: Globaler Wandel. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 1 (1994) 1/2, S. 7-31, hier S. 31.

142 Ebd., S. 25.

halb Jahrhunderttausende<sup>144</sup>. Es muss im Interesse der gesamten Menschheit liegen, diese erd- und klimageschichtlich untypische, aber für die Gesellschaft komfortable Stabilität nach Möglichkeit zu bewahren; auf jede denkbare Weise müsste vermieden werden, »das Klimasystem aus dem seit einigen tausend Jahren eingenommenen stabilen Bereich hinauszudrängen...«<sup>145</sup>. Indes muss befürchtet werden, dass eben dieses Hinausdrängen schon seit langem auf dem Weg ist. Die Strahlungsaktivität von CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub> und weiteren Gasen ist sicher nachgewiesen, ebenso ist bestätigt, dass die Konzentration dieser Gase – hauptsächlich aufgrund des massenhaften Verbrauchs fossiler Brennstoffe – »schon deutlich über das in den letzten Jahrhunderttausenden maximal erreichte Niveau angestiegen ist«; daraus resultiert »ein schwer abschätzbares Gefahrenpotential für künftige Klimastabilität und unvorhergesehene Veränderungen im Klimasystem«<sup>146</sup>.

Ebenso wenig wie die Möglichkeit folgenreicher Instabilitäten im Verhalten des Klimasystems wird in der politischen Öffentlichkeit der kumulierte Effekt der bisherigen Emissionen beachtet. Auch dann, wenn es gelingt, den Anstieg der Treibhausgas-Emissionen zu stoppen, den Trend umzukehren und die Emissionsraten sukzessiv abzusenken, ist die Gefahr noch längst nicht gebannt: »Selbst wenn alle zusätzlichen anthropogenen Quellen sofort versiegen würden, könnte sich ein neues Gleichgewicht erst in Jahrhunderten wieder einstellen.«<sup>147</sup> Dies wird auch im *Summary* des IPCC unumwunden ausgesprochen: »Anthropogenic warming and sea level rise would continue for centuries due to the timescales associated with climate processes and feedbacks even if greenhouse gas concentrations were to be stabilised«. Nach Einschätzung des Berichtes wird diese Wirkung mehr als ein Jahrtausend anhalten<sup>148</sup>. Der Kapitalismus, der seine Dynamik den fossilen Rohstoffressourcen verdankt, hat den nachfolgenden Generationen damit ein schwerwiegendes Langzeitproblem beschert, von dem noch keineswegs klar ist, wie und auf welche Weise es gelöst werden wird, und so auf seine Weise Nachhaltigkeit produziert – freilich im Negativen. Wenn jetzt endlich effektive Maßnahmen zum Klimaschutz auf der politischen Agenda stehen, so kommt dies dem Ziehen der Notbremse in einem Moment gleich, wo schon niemand mehr wissen kann, ob sich der Zug noch vor dem Crash zum Stehen bringen lässt; man muss es tun, doch es gibt keinen Grund, das Unerlässliche als Großtat zu preisen und sich selbst als »Vorreiter« zu feiern.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus dem Dargelegten für die Klimapolitik als wichtige Komponente des Nachhaltigkeitskonzepts? Einer der beliebtesten Vorwände, die mit mächtigen Kapitalinteressen verbundenen »fossilen«

143 H. H. Lamb: Klima und Kulturgeschichte. Der Einfluss des Klimas auf den Gang der Geschichte. Reinbeck b. Hamburg 1989.

144 Bernhardt und Böhme, Klima (wie Anm. 131), S. 65.

145 Ebd., S. 81.

146 Ebd., S. 67.

147 Lanius, Globaler (wie Anm. 141), S. 29.

148 Climate Change 2007 (wie Anm. 122), S. 17.

Bastionen möglichst unangetastet zu lassen und die erneuerbaren Energien lediglich zur Komplettierung eines bekömmlichen »Energimix« zu fördern, war in den letzten beiden Jahrzehnten das Argument, es sei noch nicht endgültig und zweifelsfrei erwiesen, dass die beobachtete Klimaerwärmung tatsächlich durch die anthropogenen Treibhausgasemissionen verursacht oder mit verursacht worden sei; da sich das Klima während der gesamten Erdgeschichte immer wieder verändert habe, sei die Möglichkeit nicht auszuschließen, dass es sich auch jetzt um eine natürliche Klimaschwankung handeln könne. Rein sachlich ist dieses Argument nicht von der Hand zu weisen, und absolute Gewissheiten sind über einen so komplexen Gegenstand wie das Klima kaum zu erlangen. Bernhardt und Böhme räumen ein, dass natürliche und anthropogene Einflussfaktoren oder Störungen zumindest qualitativ zu sehr ähnlichen Reaktionen des Klimasystems führen, so dass sich beide kaum voneinander trennen lassen<sup>149</sup>. Wartet man mit unterschiedenen Maßnahmen zur Eindämmung der anthropogenen Einwirkungen auf das Klimasystem ab, bis eindeutig und erschöpfend geklärt ist, zu welchem Teil die festgestellten Klimaänderungen auf das Konto dieser Einwirkungen gehen, dann kann es längst zu spät sein. Auch den zentralen Aussagen der IPCC-Berichte sind Wahrscheinlichkeiten zugeordnet. Im III. Sachstandsbericht war die Aussage, der größte Teil des globalen Temperaturanstiegs seit Mitte des 20. Jhs. gehe auf die beobachtete Zunahme der anthropogenen Treibhausgaskonzentrationen zurück, mit dem Wahrscheinlichkeitswert »likely« (> 66 Prozent) getroffen worden. Im IV. Bericht wurde diese Aussage auf den Wert »very likely« (> 90 Prozent) hochgestuft<sup>150</sup>.

Hier wird nun vollkommen deutlich, dass die Reaktionen der Politik nicht direkt von den klimatologischen Fakten bestimmt werden, sondern von deren interessengeleiteter Wahrnehmung. Wenn die Wissenschaft besorgniserregende klimatische Ereignisse und Trends als möglich bzw. wahrscheinlich vorhersagt und Wahrscheinlichkeitsaussagen zur Frage ihrer anthropogenen Verursachung trifft, dann kann man auf das in diesen Aussagen enthaltene Moment von Unsicherheit oder Ungewissheit auf zwei grundsätzlich unterschiedliche Weisen reagieren. Einmal kann man diese Unsicherheit als hinreichenden Grund für die Erwartung nehmen, dass die für möglich erachteten negativen Wirkungen doch nicht oder erst wesentlich später oder doch ohne den »worst case« eintreten werden oder dass man sich zumindest selbst vor diesen Entwicklungen in Sicherheit bringen kann; hinter diesem Klimahasard stehen in der Regel bornierte Interessen, die vom »weiter so« profitieren. Umgekehrt kann man aber die Möglichkeits- bzw. Wahrscheinlichkeitsaussagen auch als wohlbegründete Warnung vor schwerwiegenden Gefahren verstehen, die eintreten können, selbst wenn sie es nicht mit absoluter Sicherheit müssen, denen man mit allen verfügbaren Mitteln begegnen und zu de-

149 Bernhardt und Böhme, Klima (wie Anm. 131), S. 70.

150 Climate Change 2007 (wie Anm. 122), S. 10.

ren Abwehr man das eingefahrene Tableau gesellschaftlicher Prioritäten entschlossen zur Disposition stellen muss. Nur das letztgenannte Reaktionsmuster entspricht dem Normativ, für die Zukunft der Menschheit statt allein für bornierte Gruppeninteressen Verantwortung zu übernehmen, und nur diesen Imperativ kann sich die Linke zu eigen machen. In drei Richtungen – entsprechend der diskutierten Struktur des Problems – sollte die gesellschaftliche Agenda entwickelt werden: *Erstens* sind die bekannten anthropogenen Risikofaktoren für das Klima zu reduzieren und, soweit möglich, ganz auszuschalten; *zweitens* sind weitsichtig Anpassungsmaßnahmen vorzubereiten, um den bekannten und zu erwartenden Klimaänderungen zu begegnen und deren negative Auswirkungen zu kompensieren; *drittens* schließlich sind Dispositionen zu treffen, um sich auf unvorhergesehene und möglicherweise sprunghafte Veränderungen einzustellen. Es ist entscheidend, dass alle drei Richtungen gleichermaßen ernst genommen werden; dabei ist es naturgemäß am schwierigsten, sich auf Unvorhergesehenes vorzubereiten, aber dieser am wenigsten bestimmbare Bereich der Vorsorge könnte sich als der wichtigste erweisen. Sogar dann, wenn – wie beispielsweise Lanius annimmt – ein katastrophaler Umbruch des Klimasystems nicht mehr zu vermeiden sein sollte<sup>151</sup>, wären diese Bemühungen nicht ohne Sinn: Sie könnten dazu beitragen, diesen Umbruch wenigstens hinauszuzögern, und ein Gewinn an Zeit ist immer auch ein Gewinn an Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Problemsichten und neuer Handlungsstrategien auf einem höheren Stand der Erkenntnis als jenem, der uns heute zu Gebote steht.

Auf dieser Ebene kann es für die Linke keine separaten Ziele geben. Ihre Aufgabe ist es hier, dafür einzutreten, dass das gesellschaftlich Notwendige entschlossen und ohne Verzögerung getan wird. Ihre ureigenste Sache aber ist es, im Ringen um die Bewahrung eines zuträglichen Klimas und um die humane Bewältigung des Klimawandels ihr Gerechtigkeitsideal zur Geltung zu bringen. Sie darf es nicht hinnehmen, dass auch die Kosten des Klimaschutzes und die Nachteile der klimatischen Veränderungen einseitig den sozial Schwachen aufgebürdet werden, während die Begüterten imstande sind, sich diesen Nachteilen zu entziehen. Der Journalist Bernd Ulrich hat jüngst auf anregende Weise das Problem des Klimawandels mit dem Gerechtigkeitsgedanken verknüpft: »Es ist mit keinem Argument der Welt zu begründen, warum die Menschen beim Klimaschutz nicht gleich sein sollen. Der Anspruch der US-Regierung, dass Amerikaner auch in Zukunft doppelt so viel Abgase in die Luft pusten dürfen wie Europäer, fünfmal so viel wie Chinesen und zwanzigmal so viel wie Afrikaner, ist ökologischer Rassismus und im Übrigen politisch nicht durchzuhalten. (...) Denn beim Klima kann die Menschheit nur dann zu einem guten Ende kommen, wenn sie sich zuvor über ein paar Gerechtigkeitsfragen einigt. Niemand hätte das erwartet: Das Klima macht die Menschen zur Menschheit, die Ökologie erzwingt mehr Gerechtigkeit, als es

151 Lanius, Globaler (wie Anm. 141), S. 31.

sie je gegeben hat.«<sup>152</sup> Selbstverständlich ist Gleichheit beim Klimaschutz nicht nur zwischen verschiedenen Ländern, sondern auch innerhalb eines jeden Landes einzufordern. Die Ökologie erzwingt auch kein höheres Niveau an Gerechtigkeit, wohl aber macht sie es möglich. Seine Wirklichkeit muss erkämpft werden, und weil sie real möglich ist, lohnt es sich, diesen Kampf zu führen.

## **Die Schichtstruktur des Nachhaltigkeitsproblems und ihre normativen Konsequenzen für die Linke**

Der Problemkreis des Klimawandels und des Klimaschutzes bot Gelegenheit, die weiter oben entwickelten Vorstellungen über das Verhältnis von Deskriptivem und Normativem im Nachhaltigkeitskonzept und über dessen damit zusammenhängenden Schichtenbau zu exemplifizieren. Abschließend werden die impliziten Schlussfolgerungen, die sich dabei andeuteten, kurz in allgemeiner Form dargestellt.

Auf der einen Seite konvergieren bei der Wahrnehmung und Bearbeitung jenes Fundaments, das man mit dem Etikett »Überleben der Menschheit auf der Erde« plakativ bezeichnen könnte, die Interessen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure; hier ist daher ein weitreichender Konsens erstrebenswert, und er sollte auch sachlich möglich sein. Auf dieser Ebene kann die Linke keine exklusiven Zielstellungen entwickeln und verfolgen. Vielmehr ist wichtig, dass sie eine hohe Problemsensitivität entwickelt und öffentlich sichtbar macht und dass sie mit allen ihren Mitteln dafür eintritt, den Übergang zur solaren Wirtschaft mit maximaler Konsequenz und maximalem Tempo zu vollziehen. Ihre politischen Gegner sind hier jeweils jene, die aus bornierten Eigeninteressen heraus den Ernst des Problems bagatellisieren, die Radikalität des Übergangs abschwächen und sein Tempo verzögern. Das spezifische Interesse der Linken muss von der Überlegung bestimmt sein, dass größtmögliche Konsequenz beim Übergang zur Solarwirtschaft zugleich die Chancen steigern kann, die kapitalistische Verfasstheit der Gesellschaft zu transzendieren – sofern das, worüber allein die Geschichte entscheiden kann, auf diesem Weg überhaupt möglich ist.

Auf der anderen Seite bestimmt die in hohem Maße gesellschaftlich konsensfähige Ebene der für das Überleben der Menschheit zu sichernden ökologischen Grundbedingungen den dabei zu beschreitenden strategischen Pfad nicht eindeutig und erschöpfend. Er bildet vielmehr einen Rahmen, innerhalb dessen ein ganzes Bündel alternativer oder divergierender Pfade möglich ist, deren Differenz vom Unterschied der Interessen der gesellschaftlichen Akteure abhängt. Die Unterschiede dürften primär die ökonomischen, sozialen und institutionellen Vermittlungen des globalökologischen Systems und die auf dieser Ebene entstehen-

152 Ulrich, Erst kommt die Moral (wie Anm. 15).

den spezifischen Ziele betreffen. Hier gibt es keinen generellen Konsens, allenfalls partielle und temporäre Übereinstimmungen entsprechend der Möglichkeit taktischer und strategischer Koalitionen zwischen unterschiedlichen Akteuren. Auf dieser Ebene sollte die Linke ihrer Nachhaltigkeitsstrategie möglichst distinkte Züge geben, die auf ihr allgemeines gesellschaftliches Ideal ebenso wie auf die besonderen Interessen ihrer Klientel abgestimmt sind. Schachtschneider macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die Herausarbeitung dieses Unverwechselbaren wesentlich noch zu leisten ist. Angesichts der langfristig zunehmenden Arm-Reich-Disparitäten werden egalitäre Orientierungen, die auf die Verkleinerung dieser Kluft gerichtet sind, dabei sicher eine wichtige Rolle spielen; zu dieser Ansicht neigt auch Schachtschneider. Allerdings finden sich auch in anderen politischen Lagern profunde Kritiker, die gerade unter Nachhaltigkeitsaspekten vor einer weiteren Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich warnen. Bundespräsident Horst Köhler, ein bedachtsamer Konservativer, erklärte unlängst in einem Presseinterview: »Wir reden auch hier in der Mehrheit von Menschen mit Verstand und Verantwortungsgefühl, die in der Lage sind, Zusammenhänge zu erkennen. Sie wissen, dass wir in einer sehr vernetzten, von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägten Welt und Gesellschaft leben und dass deshalb die Entwicklung extremer Einkommensunterschiede auf Dauer auf die soziale und politische Stabilität in der Gesellschaft zurückschlagen wird. Wenn ein Unternehmer heute nicht sieht, dass er langfristig ein Eigeninteresse an sozialer und politischer Stabilität hat, dann, glaube ich, hat er seinen Unternehmensauftrag nicht richtig verstanden.«<sup>153</sup> Sozialer Ausgleich ist offenbar kein Monopol der Linken, auch dem konservativen Lager sind solche Überlegungen nicht fremd. Schroffe und vor allem weiter zunehmende soziale Diskrepanzen gefährden am Ende auch die Kohäsion der Gesellschaft, eine nicht zu unterschätzende Reproduktionsbedingung des Kapitals. Damit ist aber zugleich deutlich, dass die Linke mit ihrer Betonung egalitärer Züge in ihrer Strategie der sozialen Nachhaltigkeit nicht allein das Interesse der Benachteiligten ausspricht, sondern auch einen Nerv der Gesellschaft im ganzen trifft, den neoliberalen Denken brüsk ignoriert. Andererseits machen es solche Ähnlichkeiten schwieriger, im Nachhaltigkeitskonzept der Linken unverwechselbare Züge auszuprägen. Nach der Diagnose Schachtschneiders gibt es » – zumindest aus dem bisherigen Nachhaltigkeitsdiskurs heraus – keine eindeutigen gesellschaftsstrukturellen, linken Forderungen bzw. Projekte, die sich als unvereinbar mit dem Finanzmarktkapitalismus, aber als genau passend zu einer modernen, nachhaltigen Gesellschaft darstellen lassen. Noch nicht«<sup>154</sup>.

Geschickte Etikettierungen, bloße Verbalkosmetik helfen hier kaum weiter. Wenn Schachtschneider aber den Mangel eines originär linken Transformationsprojekts anmerkt, dann deutet er auch die Richtung an, in der weitere Fortschritte

153 Ich will keiner Schablone entsprechen. Gespräch mit Bundespräsident Horst Köhler. In: DIE ZEIT Nr. 10, 1.3.2007, S. 4.

154 Schachtschneider, Soziale (wie Anm. 6), S. 146.

liegen könnten. Der Begriff der Nachhaltigkeit bezeichnet keinen abgrenzbaren Sektor der gesellschaftlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Handelns. Ein unverwechselbar linkes Nachhaltigkeitskonzept wird es dann und nur dann geben, wenn es gelingt, das Problem der nachhaltigen Entwicklung mit dem der demokratisch-sozialistischen Transformation der modernen Gesellschaft zusammen zu denken. Dieses Zusammendenken wird durch die eingangs erörterten Konditionen des Zeitgeistes, die mit dem abermaligen historischen Triumph des Kapitalismus im späten 20. Jahrhundert verbunden sind, erheblich erschwert. Es gibt aber auch Faktoren, die ihm entgegenkommen – die Tatsache, dass zur Bewältigung der anstehenden Evolutionskrise erstmalig in der Geschichte des Kapitalismus nicht nur dessen Fähigkeit zum strukturellen Umbau, sondern sogar sein Allerheiligstes, das Wachstumsparadigma, herausgefordert ist, und der Umstand, dass angesichts des Auslaufens des »fossilen« Zeitalters und der Problematik des galoppierenden Klimawandels der Zeitdruck für tief greifende gesellschaftliche Veränderungen außerordentlich groß ist: »Denn die Menschheit ist in zwei Jahrhunderten ins fossile Zeitalter hineingewachsen, und dies war vergleichsweise leicht wegen der ... Kongruenz zwischen kapitalistischen Formen, Rationalität und fossilen Energieträgern. Alternativen müssten in wenigen Jahrzehnten (wenn nicht schneller) gefunden werden ...«<sup>155</sup>. Beide Faktoren erhöhen die Aufgeschlossenheit für unkonventionelle Alternativen und schwächen die Tabus, die die Sensibilität für solche Alternativen blockieren. Es gibt wieder Symptome einer Krisenwahrnehmung, die nicht in unfruchtbare Depressionen mündet oder sich in leerem Pragmatismus verläuft. Wolfgang Neef schreibt, auf dem gegenwärtigen Niveau seines Naturverbrauchs sei »unser Wirtschaftssystem mit seinem Wachstums- und Wettbewerbs-Paradigma zur existentiellen Gefahr geworden, weil es sich von den natürlichen Bedingungen abzukoppeln versucht und mit dieser Illusion unser Denken und Handeln prägt«. Aus der Perspektive des Ingenieurs beschreibt er die geltenden Anforderungen an die Sicherheit technischer Konstruktionen und bemerkt: »Kein Flugzeug würde heute ohne solche Sicherheiten in die Luft gelassen. Beim laufenden Großexperiment mit Mensch und Natur verzichten wir darauf, weil die herrschende Ökonomie es verlangt.«<sup>156</sup>

Wenn das Problem des Übergangs zu einem nachhaltigen Evolutionsmodus als bisher größte historische Herausforderung für die kapitalistische Wirtschaftsweise gekennzeichnet wird, so darf dies aber auf keinen Fall als Prognose verstanden werden, dass der Kapitalismus daran scheitern würde und *danach* der Weg in eine alternative Gesellschaftsform frei wäre. So leicht macht es die Weltgeschichte der Linken nicht. Sie ist besser beraten, wenn sie dem Kapitalismus, wie schon bei seinen historisch vorhergehenden Evolutionskrisen, so auch hier das Potenzial zu einer Krisenbewältigung *in seinem Sinne* zutraute. In einer Evolutionskrise wer-

155 Altwater, Das Ende (wie Anm. 11), S. 155.

156 Neef, Mit Vollgas (wie Anm. 47).



den die Verhältnisse labiler – hier können sich temporär alternative Pfade eröffnen, aber wenn die Linke die Weichenstellung verfehlt, wenn sie historisch zu schwach ist, die Chance zu nutzen, oder wenn es ihr, wie in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, nicht gelingt, einen schon beschrittenen alternativen Pfad zu stabilisieren, dann schließt sich das Fenster der Möglichkeiten wieder, und der Kapitalismus gewinnt mit einem neuen Akkumulationsregime und einer neuen Regulationsweise bis zur nächsten Evolutionskrise erneut dynamische Stabilität.

Bloßes Abwarten wäre somit für die Linke keine gute Strategie. Da es absehbar ist – und zwar nicht erst für eine fernere Zukunft, wir befinden uns schon mitten in diesem Prozess –, dass der Kapitalismus den Übergang zu einem haltbaren Gleichgewicht zwischen Gesellschaft und Natur, sofern er ihm überhaupt gelingen würde, nur um den Preis einer weiteren schroffen Zunahme der sozialen Disparitäten bewältigen könnte, ist es Sache der Linken, dem ein eigenes, attraktives Nachhaltigkeitskonzept entgegenzustellen. Solange die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und die Bewältigung der globalökologischen Krise von der Linken faktisch als zwei unterschiedliche Zielbündel behandelt werden, erscheinen ihre sozialen Ziele als eine mehr oder minder provinzielle, weil von den globalen Problemen der Menschheitsentwicklung abgetrennte Klientelpolitik, während der ökologische Zielkomplex bei der traditionellen primären Orientierung der Linken auf soziale Gerechtigkeit für sie nolens volens nachrangig wird. Wenn es gelingt, beide Problemkreise nicht nur verbal zu verklammern, sondern zu einer einheitlichen Strategie zu verschmelzen, kann die Linke ein Profil gewinnen, mit dem sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist. Das hat Karl Morgenstern bereits 1996 treffend formuliert: »Nachhaltige Entwicklung primär als ökologische Aufgabe zu sehen – noch dazu begrenzt auf den reichen Norden – ohne ernsthafte Anstrengungen zum Abbau sozialer Gegensätze ist genauso abwegig wie die Auffassung (der Glaube), durch vorrangigen Kampf für soziale Gerechtigkeit die grundlegenden Menschheitsprobleme lösen zu können. Die soziale und die ökologische Frage haben eine gleichrangige Bedeutung erlangt.«<sup>157</sup>

## Resümee

Abschließend soll der in diesem Beitrag entwickelte Gedankengang in Thesenform zusammengefasst werden:

1. Der Begriff der Nachhaltigkeit bezeichnet unter seinen verschiedenen Aspekten

(a) die Eigenschaft selbstorganisierender und selbstevolutionierender Systeme mit offener Zukunft, langfristige stabile Pfade zu durchlaufen, in denen gewisse

157 K. Morgenstern: Umbau in Wirtschaft und Gesellschaft. Grundlagen ganzheitlicher Lösungsansätze. In: UTOPIE kreativ H. 72 (Oktober 1996), S. 44-52, hier S. 46.

wesentliche Parameter dieser Systeme im Rahmen bestimmter Intervalle («Leitplanken») bleiben (*deskriptiver Aspekt*);

(b) das zielstrebige Handeln des Menschen, das darauf gerichtet ist, diese Eigenschaft in Systemen, in denen oder gegenüber denen er agiert, herbeizuführen, aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen (*normativer Aspekt*);

(c) das *regulative Prinzip* oder Paradigma, das beide Aspekte zueinander in Beziehung setzt.

2. Der konkrete Inhalt des Nachhaltigkeitskonzepts bestimmt sich vor allem aus zwei Quellen:

(a) der Reflexion der *Integration der Gesellschaft in ihre planetaren Daseinsbedingungen*;

(b) der Reflexion der auf den *Generationenzusammenhang* fokussierten Problematik und Perspektive der gesellschaftlichen Evolution.

Im erstgenannten Strang dominiert der *deskriptive*, im letztgenannten der *normative Aspekt* von Nachhaltigkeit; in jedem Fall aber ist die Ergänzung durch die Bezugnahme auf das jeweilige Gegenstück unerlässlich.

Ferner verhalten sich beide Stränge *komplementär* zueinander und bedürfen der Bezugnahme aufeinander; erst in dieser Bezugnahme erhält das Nachhaltigkeitskonzept seine eigentliche Bestimmtheit.

Nach seinem *kognitiven Status* ist ein Nachhaltigkeitskonzept notwendigerweise inter- oder transdisziplinär und integriert insbesondere Naturwissenschaften und Wissenschaften vom Menschen.

3. Nachhaltigkeitskonzepte existieren aufgrund ihrer Bezugnahme auf Gerechtigkeitspostulate *im Plural*. Sie haben dabei eine enkaptische oder hierarchische Struktur; ihr relativ bestimmungsärmster, aber basaler und logisch allen anderen Schichten vorgeordneter Teil betrifft die globalökologischen Stabilitätsbedingungen menschlicher Existenz; auf *dieser* Ebene ist ein übergreifender Konsens unterschiedlicher Nachhaltigkeitskonzepte möglich und erstrebenswert.

Die Differenzen entfalten sich oberhalb dieser elementaren Basisschicht. Hier ist ein profiliertes *eigenständiges Nachhaltigkeitskonzept der Linken* möglich und geboten.

## Diskussion

Joachim Spangenberg (Moderation):

Ich fühle mich ein bisschen wie auf dem Bahnhof Nachhaltigkeit, wo verschiedene Leute aus ganz unterschiedlichen Richtungen angereist kommen. Dieter Klein hat vorhin die Frage gestellt, ja, wohin fahren wir denn von hier? Und alle haben dazu ihre ICE oder U- und S-Bahnen genannt, haben den Lokalverkehr, den Globalverkehr und alles Mögliche angesprochen. Ich bin sicher, dass wir im Laufe dieses Seminars ein paar weitere interessante Neuzugänge auf unserem Bahnhof begrüßen dürfen. Es ist aber schön, dass sich alle hier treffen, denn das passt wirklich sehr gut zusammen.

Adelheid Biesecker:

Ich fand es sehr spannend, etwas Systematisches zum Verhältnis von Normativem und Deskriptivem zu erfahren. Ich möchte Sie folgendes fragen: Wer hat eigentlich welches Recht auf welchen ökologischen Footprint? Oder anders: Haben alle Menschen das Recht auf denselben Umweltverbrauch?

Ulrich Schachtschneider:

Ich kann eigentlich gleich anknüpfen. Es wurde im Beitrag gesagt, Ungleichheit verträgt sich nicht mit Nachhaltigkeit. Und dann – wenn ich das richtig verstanden habe –, wurde gesagt, es gibt da verschiedene Möglichkeiten, diesen grundlegenden Nachhaltigkeitsanspruch – also mit anderen Worten, dass Ressourcen nicht übermäßig verbraucht werden – mit Wertvorstellungen auszufüllen: z.B. Verteilungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit. Aber es wurde auch festgestellt, dass in Deutschland wie anderswo auf der Welt durchaus eine hohe Ungleichheit akzeptiert wird, Beispiel Ackermann versus Hartz IV-Empfänger, und dass dies möglicherweise auch ein Nachhaltigkeitskonzept wäre. Die Gesellschaft scheint so etwas zu tolerieren. Hier möchte ich meinen Widerspruch anmelden: Muss man nicht besser fragen, ob diese Ungleichheit dazu führt, dass etwa der ökologische Footprint unnötig groß wird? Denn große Ungleichheit führt auch zu verständlichen Streben der vielen ärmeren Menschen, an diesen Ressourcen-Reichtum der Reichen heranzukommen. Und je größer diese Unterschiede sind, desto größer sind auch die Anstrengungen, selbst in diese Richtung zu gehen und sich nicht zufrieden zu geben mit weniger. In einer egalitären Gesellschaft ist es eigentlich eher möglich, dass sich globale Genügsamkeit durchsetzt. Das wäre meine Vermutung, ganz sicher bin ich mir da allerdings nicht und insofern würde ich dann eher meinen: Große Ungleichheit verträgt sich eigentlich primär aus sozialstrukturellen Gründen nicht mit Nachhaltigkeit.

Joachim Spangenberg:

Einkommen und Umweltverbrauch stehen nicht unbedingt in einem proportionalem Verhältnis. Die ersten Tausend Euro des Einkommens bewirken etwa bei allen ungefähr das gleiche an Umweltbelastungen, aber die nächsten Fünf- oder Zehntausend mehr an Einkommen machen in der Regel weniger ökologische Schäden als die ersten Tausend Euro. Daraus könnte man aus gesellschaftlicher Gesamtperspektive schließen, dass eine ökologisch optimale Einkommensverteilung eine extreme Polarisierung mit Massenarmut und wenigen Privilegierten bedeuten würde. Das wäre sozusagen eine rein ökologische Betrachtungsweise, aber ob dies unter dem sozialen Aspekt von Nachhaltigkeit überhaupt eine Alternative wäre, ist anzuzweifeln.

Frank Adler:

Größere Einkommensschere gleich weniger Umweltbelastung – dem wäre nur zuzustimmen, wenn man allein die reine Konsumtionsseite von Eigentum betrachtet und nicht die Art und Weise der Vermögensbildung mit ins Visier nimmt, die die Welt heute systematisch wirtschaftlich, sozial und ökologisch deformiert und zerstört.

Kommen wir noch mal zum Gerechtigkeitsprinzip zurück: Ich glaube, es gibt in der Nachhaltigkeit hinreichend Argumente dafür, warum bestimmte Maße von Ungerechtigkeit oder Ungleichheit ökologisch und ökonomisch negative Wirkungen intendieren. Ich würde auch einen Zusammenhang zwischen dem Gerechtigkeitsbegriff und dem Nachhaltigkeitsbegriff sehen, insofern der Gerechtigkeitsbegriff nicht wissenschaftsintern entstanden ist, sondern das Resultat sozialer Bewegungen ist und als solches aus den Perspektiven unterschiedlicher sozialer Gruppen auf der sozialen Stufenleiter unterschiedlich interpretiert wird.

Auch deshalb ist für mich eine wissenschaftliche Betrachtung des Verhältnisses von Deskriptivem und Normativem interessant, denn in der Wissenschaft findet ja Normatives vielfach Ablehnung. Es sind ja auch eher Außenseiter, die sich in der Forschung wissenschaftlich mit Nachhaltigkeit beschäftigen.

Nachhaltig bedeutet eigentlich Dauer und Nachhall einer Handlung oder eines Ereignisses. In der Alltagssprache wird es ja auch so verwendet. Mit dieser Doppeldeutigkeit kann man in der Politik auch spielen, etwa nachhaltige Finanzpolitik, nachhaltige Rentenpolitik – dabei ist eher an dauerhaft gedacht; es ist keine Finanzpolitik oder Rentenpolitik, die dem Leitbild der Nachhaltigkeit entspricht.

Joachim Spangenberg:

In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass der Begriff Nachhaltigkeit, bevor er bei uns modern wurde, bereits Eingang in die Entwicklungspolitik fand. Damals galten Entwicklungsprojekte als nachhaltig, wenn eine dauerhafte Wirkung feststellbar war. Und die Nachhaltigkeit der Projekte wurde primär im Sinne ihrer Dauerhaftigkeit geprüft. Man sollte diesen Hintergrund kennen, zu-

mal die RLS selbst Entwicklungsprojekte fördert, und darauf schauen, dass ein breiteres Verständnis von Nachhaltigkeit Anwendung findet.

Hubert Laitko:

Ich weiß übrigens nicht, ob diejenigen, die bei der Übersetzung von »sustainable« bzw. »Sustainability« damals für »Nachhaltigkeit« votiert haben, dies schon mit bewusster Bezugnahme auf das berühmte forstwirtschaftliche Beispiel getan haben, oder ob man diesen Bezug erst im nachhinein gefunden hat. Im deutschen Sprachgebrauch hat »nachhaltig« zwei Bedeutungskomponenten: die lange Dauer und die Intensität. Etwas, das nachhaltig wirkt, das wirkt auch intensiver als anderes, nicht nur längerfristig. Beides waren natürlich schöne Sinnressourcen, die man einbringen konnte in diese komplizierte Problematik.

Man kann nun im Grunde genommen zwei Arten von Vorstellungen vertreten: Man könnte sagen, es gibt nur ein Nachhaltigkeitskonzept, das von den globalen Existenzbedingungen der Menschheit bis zu einer, bis zu *der* legitimen Gerechtigkeitsvorstellung reicht und das dann alles zusammenbindet. Und alle anderen, die andersartige Vorstellungen von Gerechtigkeit einschmuggeln, vertreten nicht die wahre Nachhaltigkeit, sondern sie gebrauchen fälschlich dieses Wort. Das ist die eine Möglichkeit, ich habe die andere Möglichkeit gewählt und entsprechend der Erkenntnisgeschichte, die das ganze Konzept sozusagen aus unterschiedlichen Schichten komponiert hat, das Nachhaltigkeitskonzept so, wie es ist, als etwas Geschichtetes angesehen. Wenn man es so betrachtet, dann kann man auch sagen, es gibt je nach den inhaltlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit, die man dort einfügt und deren Perpetuierung man anstrebt oder für möglich hält, unterschiedliche Konzepte von Nachhaltigkeit. Insofern haben die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure das Recht, das Wort »Nachhaltigkeit« zu verwenden, man sollte aber von ihnen erwarten, dass sie ihr Konzept gerade in den neuralgischen Punkten explizieren und deutlich machen, was sie damit meinen. Nur so lässt sich der Diskurs und auch die politische Auseinandersetzung um unterschiedliche Vorstellungen von Nachhaltigkeit führen und nicht darum, dass der eine Nachhaltigkeit besetzen darf und ein anderer nicht.

Politisch gesehen gibt es eine gemeinsame Ausgangsbasis für Nachhaltigkeit, insofern weitgehend auf naturwissenschaftliche Weise die Bedingungen für eine langfristige Existenz der menschlichen Zivilisation analysiert und bestimmt wird (z.B. den ökologischen Fußabdruck, ökologische Tragfähigkeit).

Darüber hinaus wird der Nachhaltigkeitsdiskurs zur Auseinandersetzung um soziale und ökologische Gerechtigkeit. Nach unseren Überzeugungen hat niemand das Recht, für sich einen größeren Anteil des Umweltraumes in Anspruch zu nehmen, als der andere. Ziel ist jene gerechte Verteilung, die durch gesellschaftliche Arrangements, durch gesellschaftliche Prozesse erreicht werden muss. Insofern habe ich diesen »Footprint« zunächst einmal wirklich nur als neutrale Größe verwendet, aber für die reale Politik kommt es natürlich entscheidend dar-

auf an, wie die Lasten sozial verteilt werden. Übrigens war das ja schon eine Idee, die bei Meadows et. al. in den »Grenzen des Wachstums« ganz am Anfang stand, wenn gesagt wurde, selbstverständlich kann die Annäherung zum Gleichgewicht nur darin bestehen, dass man für die dabei benachteiligten Entwicklungsländer die Möglichkeit eines schnelleren Wirtschaftswachstums schafft, während die hoch entwickelten Industrieländer – die zudem durch ihr Wachstum auch noch die eigentlich Schuldigen an der global ökologischen Situation sind – ihr Wachstum einzuschränken haben. Das war vielleicht eine etwas blauäugige Vorstellung, aber mit dem richtigen Grundtenor: Letztlich geht es nicht anders, wenn man nicht nur eine global ökologische, sondern auch humanistisch zulängliche Vorstellung von der Zukunft der Menschheit vertreten will. Insofern waren und sind diese Autoren durchaus keine Sozialisten, aber sie haben eine entwickelte, uns sehr nahe Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit auf diesem Felde.

Es könnte natürlich sein, dass eine egalitäre Gesellschaft besser geeignet ist für globale Gütigkeit, während eine stark auseinanderdriftende Welt des Wohlstandes gleichzeitig zur Verschwendung führt. Wenn sich das stichhaltig nachweisen ließe, dann wäre das ein Argument, das mir sehr sympathisch ist.

Ich denke übrigens auch, dass man die Nachhaltigkeitsdebatte im Osten Deutschland wieder offensiver etwa über den Zusammenhang von Umweltschutz und Arbeitsplätzen führen kann, dass es nicht schicksalhaft ist, dass die Aufmerksamkeit zurückgegangen ist.

Wozu man den Begriff der Nachhaltigkeit überhaupt braucht? Ich habe versucht, am Schluss meines Beitrages eine Art Explikation zu geben, die ich nicht noch einmal wiederholen muss. Meines Erachtens gibt es keinen anderen Terminus, der diesen Begriffsinhalt so, wie ich ihn hier zu entwickeln versucht habe, abdeckt. Wenn das wirklich eine sinnvolle Inhaltsbestimmung sein sollte, dann ist es auch vernünftig, dafür ein besonderes Wort zu nehmen. Da sich nun einmal der Begriff der Nachhaltigkeit durchgesetzt hat, benutzen wir das Wort und wir verstehen es soweit wie möglich mit Sinn.

Reinart Bellmann:

Für mich war überzeugend, dass wir hier Nachhaltigkeit – nicht das Wort, sondern wirklich den Inhalt – auf den Begriff bringen wollen. Und diese Verkopplung von Normativem und Deskriptivem scheint mir außerordentlich schlüssig zu sein und begründet bei der Untersuchung eines solchen hochkomplexen Vorgangs, wie es nachhaltige Entwicklung ist, sehr wichtige Ansatzpunkte bzw. Zugänge. Ich finde es bezogen auf gängige Denkgewohnheiten auch mutig, wenn Hubert Laitko darauf hingewiesen hat, dass ein wesentliches Moment der Subjektivität im Begriff der Nachhaltigkeit steckt und dass diese Subjektivität konstitutiv ist, dass sie gebraucht wird. Man kann Nachhaltigkeit nicht objektivieren im Sinne einer rein naturwissenschaftlichen Theorie oder eines naturwissenschaftlichen Begriffs, weil immer letzten Endes menschliche Vorstellungen, Zielstellungen, menschliche

Normen usw. in diesen Eingang finden. Man kann sich keinen realen gesellschaftlichen Prozess vorstellen, der auf das Moment der Subjektivität verzichtet.

Ich möchte noch einmal das Thema Nachhaltigkeit in der Waldwirtschaft ansprechen. Die ursprüngliche Vorstellung davon ist ja eigentlich schon up to late. Es gibt inzwischen Konzepte der nachhaltigen Waldwirtschaft, die beispielsweise das Moment der Monokultur hinter sich lassen, die einen vielseitigen Umbau des Waldes anstreben, die auf die Wechselwirkung der verschiedenen Strukturen abheben und die von daher ein anderes Bild von Nachhaltigkeit erzeugen. Und das wiederum scheint mir wichtig zu sein für das heutige Verständnis der globalen Nachhaltigkeit. Es geht ja in der Tat nicht nur um eine Größe, die gestellt werden muss, auf die man sich einigen muss. Selbst hinter diesem Footprint-Ansatz verbirgt sich eine Vielfalt von Prozessen. Und es hängt auch sehr davon ab, über welche Regionen man redet, dass man berechtigt sehr unterschiedliche Pfade einschlagen kann.

An dieser Stelle noch eine Bemerkung zum Problem der nachholenden Entwicklung: Wir diskutieren über China und Indien und deren Ansprüche auf Ressourcen usw., dabei wird aber leicht vergessen, dass es sich um Länder handelt mit sehr klugen Völkern und Kulturen, die sich ökologischen Fragen nicht verschließen. Es erinnere mich an eine vergleichende Untersuchung vor einigen Jahren, die auch Südkorea relativ ausgeprägte Vorstellungen zur Umweltpolitik bescheinigte. Wie heute etwa von deutschen Unternehmern, die in China tätig sind, gewarnt wird, wenn wir uns nicht ranhalten, werden uns die Chinesen den Rang ablaufen hinsichtlich einer umweltfreundlichen Technologie. Diese Länder haben ebenso den Blick auf ökologische Gefahren wie fortgeschrittene westliche Industrieländer und werden auf ihre Weise darauf reagieren. Das würde auch der These entsprechen, dass es verschiedene Konzepte nachhaltiger Entwicklung geben kann, die auch nicht alle auf ein und demselben Gerechtigkeitsprinzip beruhen. Es wird sich das durchsetzen, was sich bewährt und – soviel Optimist bin ich – was letztlich dieser global-ökologischen Entwicklung entsprechen wird. Ob das dann zu spät ist für ein generelles Umlenken etwa beim Klimawandel, und man nur noch die Schäden begrenzen kann, ist eine andere Frage.

Joachim Spangenberg:

Ich habe noch einige Anmerkungen. Eine erste: Im 18. Jahrhundert gab es insbesondere in den USA eine Diskussion darüber, welche Form von Nachhaltigkeit für die Waldbewirtschaftung sinnvoll wäre. Sie fanden die deutsche zu normativ, die schweizerische instruktiv, die französische zu bürokratisch. Was aber schon deutlich zeigt, dass aus demselben Prinzip heraus eine Vielfalt an Realitäten entstanden war. Ich denke, das sollten wir als frühe Lektion mitnehmen. Solange bestimmte Prinzipien eingehalten werden, gibt es so etwas wie Nachhaltigkeit, aber diese kann sehr gut verschiedene Formen annehmen.

Zweitens: Ich habe mit Meadows et. al. das Problem, dass sie zuviel über das Gleichgewicht reden. Gleichgewichte, das ist nicht nur, wenn man als Ökonom

sozusagen mit der Gleichgewichtsobsession in der Profession geplagt ist, sondern weil in den 70er Jahren durchaus noch die Biologen, Ökologen und Umweltforscher von Gleichgewichtsprozessen gesprochen haben. Dies tut man heute nicht mehr. Kein ökologisches System ist im Gleichgewicht. Und es geht auch nicht darum, bei Naturschutzmaßnahmen Gleichgewichte herzustellen, sondern darum, die Evolutionsbedingungen zu erhalten, also Dynamiken zuzulassen. Es geht um Prozesse und nicht um Zustände, das ist etwas ganz anderes.

Wenn man dies auf die Gesellschaft überträgt, wenn man Evolutionsbedingungen zulässt, dann ist die Zukunft offen, dann kann es in verschiedene Richtungen gehen. Und das können unter sozialen Aspekten ganz unterschiedliche Richtungen sein. Da kommt wiederum das subjektiv-normative Element hinein, dass man dann aus Gerechtigkeitsgründen natürlich bestimmte Richtungen aus einem Konzept Nachhaltigkeit ausschließen kann. Insofern habe ich große Schwierigkeiten, wenn jemand hofft, dass er auf naturwissenschaftlicher Basis herleiten kann, welches Gerechtigkeitsziel oder welches Gerechtigkeitsmodell funktional ist. Ich glaube, dass Gerechtigkeit einfach keine naturwissenschaftliche Kategorie ist und deswegen so auch nicht charakterisierbar ist. In komplexen gesellschaftlichen Systemen ist dies vor allem aus zwei Gründen nicht möglich. Erstens weil wir sowieso nicht vorhersagen können, wie sich das System entwickeln wird und was unter diesen unbestimmten Bedingungen Normen für eine gerechte Gestaltung sein könnten. Dazu ist einfach die Unsicherheit in sich entwickelnden Systemen zu groß. Das zweite ist, es gibt auch nicht so etwas wie feste Schwellenwerte, wo man vorhersagen könnte, wann das System kollabiert. Das verführt manche Leute dazu, dass sie dann immer weiter und höher gehen wollen, in dem was sie an Grenzwerten annehmen und zulassen wollen. Das ist schon von daher ein Fehler, weil es einer falschen Logik folgt. Die Logik, die wir bisher folgten, ist die, dass wir einen Schwellenwert bestimmen und dann versuchen, so dicht wie möglich an ihn heranzukommen. Sozusagen die maximale Verschmutzung auf unterster Schwelle ist zu erreichen. Die eigentliche Logik indes müsste sein, wenn wir einen Schwellenwert haben, bei all der Unsicherheit, die es gibt, sollten wir uns bemühen, so weit wie möglich von ihm weg zu bleiben.

Letzter Punkt dazu: Ich kenne die Diskussion, dass es bei der Nachhaltigkeit um die Zukunft der Menschheit oder um die Zukunft des Überlebens der Menschheit geht. Ich halte das für Unsinn. Um es ganz deutlich zu sagen, Säugetiere sind anpassungsfähig und insbesondere Allesfresser wie Schweine, Menschen und Ratten werden auf dieser Welt überleben auf absehbare Zeit. Davon gehe ich erst einmal aus. Also geht es m.E. überhaupt nicht um das Überleben der Menschheit – ein paar Milliarden weniger wäre für die Erde vielleicht auch nicht schlecht. Es geht um das Überleben einer bestimmten Zivilisation. Es geht um das Überleben von bestimmten Wertemustern, Entwicklungspfaden, um bestimmte kulturelle Errungenschaften.

Ich verteidige damit nicht die Position, dass man so weiter wirtschaften soll wie bisher, ich sage nur, wenn man ständig mit der Keule droht, dass die Menschheit



ausstirbt, wird man auf Dauer nicht gehört. Es geht darum, dass man sagt, ich will ein bestimmtes Zivilisationsmodell retten und weiterentwickeln. Das heißt aber auch, ich muss dann wieder mit qualitativen und auch normativen Vorgaben und mit politischen Definitionen sagen, was will ich denn überhaupt retten. Es hat etwas mit Freiheitsgraden, mit Entscheidungsfreiheiten zu tun und welche Bedürfnisse gibt es da. Ich kann überhaupt all das, was es mir wert ist zu erhalten und zu befördern, nicht naturwissenschaftlich definieren. Deswegen lässt sich Gerechtigkeit nicht ökologisch, nicht naturwissenschaftlich begründen, es ist eine politische Diskussion, die man führen muss. Mir geht es darum, dass die Ökologie keine Basis bietet, um Gerechtigkeitsbegriffe abzuleiten, sondern Gerechtigkeitsbegriffe haben ihren eigenen Stellenwert, sind keine abgeleiteten Werte, sondern sind primäre Werte im Leitbild der Nachhaltigkeit.

Eine letzte Bemerkung zum Hinweis, die Aufmerksamkeit für Nachhaltigkeit sei zurückgegangen: Nach meinem Verständnis ist das nicht so. Wenn wir Nachhaltigkeit als Phänomen verstehen, würde ich die Tatsache, dass sich die Leute heute größere Sorgen um Arbeitslosigkeit machen, so beschreiben, dass sich innerhalb des Paradigmas der Nachhaltigkeit die Aufmerksamkeit mehr auf einen anderen Aspekt verschoben hat. Denn zu sagen, die Aufmerksamkeit hat nachgelassen, heißt ja immer noch, dass wir Nachhaltigkeit in erster Linie unter ökologischen Aspekten definieren würden. Das heißt im Umkehrschluss für uns, wenn wir so diskutieren, sehen wir Nachhaltigkeit selbst nur als ein Umweltthema.

Adelheid Biesecker:

Vier Anmerkungen: Erstens unterstütze ich die Betonung der Vielfalt im Entwicklungsbegriff. Die zweite Anmerkung zur Begründung von Nachhaltigkeit mit ökologischen Grenzen, wobei doch das eigentlich zentrale Problem das der Verteilung ist. Drittens: Wozu brauchen wir den Begriff nachhaltige Entwicklung? In dem ersten Referat von Dieter Klein wurden am Ende noch einmal diese Grundprozesse der Globalisierung dargestellt. Er hat dann gesagt, sie prägen eine neue Qualität gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Letztlich erhält auch der Nachhaltigkeitsbegriff mit dem Globalisierungsprozess andere Qualitäten, bedarf es eines visionären, eines analytischen, eines anderen Begriffs gesellschaftlicher Naturverhältnisse – das ist mir ganz wichtig. Das letzte: Es gibt unter Ökologen einen Witz, sicher kennen ihn einige. Es treffen sich zwei Planeten im Weltraum, der eine ganz elend, der andere ganz proper. Der kranke Planet ist die Erde und wird vom anderen mitleidig gefragt: »Was für eine Krankheit hast du denn?« «Ach,« sagt die Erde, »ich habe Menschen.« »Das macht nichts«, sagt der andere, »das hatte ich auch, das geht vorbei.«

Hubert Laitko

Reinart Bellmann hat meine Definition besser ausgedrückt, als ich es selber tun könnte. Natürlich ist der Footprint ein grober Indikator. Um die globale Situation

zu beurteilen, benötigen wir ein Maximum an Aggregation, aber um praktisches Handeln zu begründen, brauchen wir ein Maximum an Desaggregation und Konkretisierung im Detail. Strategien nachhaltiger Entwicklung sind eine Weltherausforderung und eine Herausforderung für jede einzelne Region und jedes Land. Aber die Begrifflichkeit, die wir hier diskutieren, ist aus der abendländischen Kultur gewachsen. Sie knüpft zunächst einmal in keiner Weise an die großen Kulturen anderer Regionen der Welt an, obwohl sie gerade, was ein gleichgewichtiges oder ausgewogenes Verhältnis zur Natur betrifft, große kulturelle Ressourcen besitzen. Wir sind bisher darauf zu wenig eingestellt; es reicht nicht, diese Vielfalt zu betonen, sondern man muss sie wirklich berücksichtigen. Es gibt nicht viele Autoren, die etwa in der Wissenschaftsgeschichte versucht haben, neben der oder in Ergänzung zu der von den Griechen durchgezogenen abendländischen Tradition auch andere große Traditionen der Weltkultur aufzuarbeiten und verfügbar zu machen – zum Beispiel das vielbändige Werk »Science and Zivilisation in China« von Joseph Needham. Das ist aber außer bei den Spezialisten für asiatische Kultur und den Sinologen nirgendwo rezipiert worden. Genauso ist es bei den Gerechtigkeitsvorstellungen. Bereits die Autoren der »Grenzen des Wachstums« haben darauf verwiesen, dass sie Schwierigkeiten hatten, die menschlichen Wertvorstellungen und ihre Vielfalt zu berücksichtigen auch in ihrer Wirkung auf gesellschaftliche Entwicklung, weil sie sich eben nicht klassisch quantifizieren und operationalisieren lassen.

Zum anderen hatten Meadows et. al. keine richtige Möglichkeit, Innovationen zu berücksichtigen. Schließlich ist das ganze Modell linear gewesen und es ist nicht möglich, jedenfalls entnehme ich es nicht aus der Argumentation, mit nicht-linearen Effekten zu rechnen, mit chaotischen Einbrüchen. Was sie gemacht haben, war, Szenarios durchzurechnen, wie das unter unterschiedlichen Anfangs- und Randbedingungen ablaufen kann, um die Leute darauf aufmerksam zu machen, wenn dieses oder jenes geschieht oder nicht, dann ist mit einiger Konsequenz mit diesem oder jenem Effekt zu rechnen. Eine wünschenswerte Möglichkeit bestand für sie darin, die allmähliche sanfte Anpassung des Verhaltens der Weltgesellschaft an die Desiderate der globalökologischen Situation zu erreichen.

Die These, es geht um das Überleben der Menschen, kommt in den Texten natürlich vor, aber in den Explikationen war das eigentlich nie in dem Sinne gemeint. Es gab seinerzeit nur eine absehbare Möglichkeit, durch die das Überleben der Menschheit tatsächlich auf dem Spiel stand, wenn es einen thermonuklearen Krieg gegeben hätte. Mit der vielfachen Overkill-Kapazität, über die die Kernwaffenstaaten in den 60er, 70er Jahren verfügten – und übrigens auch heute noch verfügen –, wäre es möglich, unseren Planeten wirklich vollkommen unbewohnbar zu machen. Selbst für die Reichsten und Schönsten hätte es kein Refugium mehr gegeben. Aber die durch die Verschlechterung der ökologischen Situation entstehende kritische Lage sahen sie immer so, dass der Kollaps als eine erzwungene Schrumpfung der Bevölkerung unter unangenehmen Bedingungen eintritt,

durch Hungersnöte, durch andere Katastrophen bis auf einen Stand, auf dem die Menschheit wieder überleben und sich wieder anpassen kann. Wenn das Wort »Überleben« verwendet wurde, dann war gedacht an ein Überleben unter menschenwürdigen Verhältnissen. Hier war die Wertdimension, die Gerechtigkeitsvorstellung sozusagen implizit, ohne dass sie in jedem Satz ausgesprochen wurde.

Ich habe aus diesem Grunde auch ausdrücklich die Termini Evolution und Selbstevolution auf der einen Seite, und Gerechtigkeit auf der anderen Seite aufeinander zu beziehen versucht. Das ist noch kein umfassendes Konzept, sondern allenfalls ein Nukleus, an den sich aber Konzepte anlagern können.

Joachim Spangenberg:

Ein Hinweis: es gibt auch eine chinesische Diskussion zur Nachhaltigkeit. Ich habe auf meinem Rechner einen Beitrag von einem Kollegen, der über die chinesische Wahrnehmung, über die Verankerung von nachhaltiger Energie in der chinesischen Geschichte geschrieben hat.

Klaus Meier:

Zunächst darf ich allen Diskutanten herzlich danken, muss aber darauf aufmerksam machen, dass wir uns in unserem Seminar in ein massives Gerechtigkeitsproblem manövriert haben, an dem wir alle durch die lebhaft aber sehr zeitintensive Diskussion ein Stück mitgewirkt haben. Ich muss leider feststellen, wir bekommen den Beitrag von Ulrich Schachtschneider heute nicht mehr ins Programm, ich kann mich dafür nur entschuldigen. Wir nehmen seinen Beitrag schriftlich zu den Unterlagen. Ullrich Schachtschneider hat bereits einen Artikel zur Thematik der Zeitschrift UTOPIE kreativ übergeben, der noch vor unserer geplanten Publikation zu diesem Seminar erscheinen wird. Ich weise also in diesem Zusammenhang gern darauf hin.

## **Ökonomie der Enteignung – eine Nachlese bei Rosa Luxemburg und aktuelle Ansätze einer integrativen Politik nachhaltiger Entwicklung<sup>1</sup>**

*»Die neoliberale Missachtung der Eigengesetzlichkeit der Natur und des Eigensinns der Gesellschaft legt die Lösung einer durch die Kräfte des freien Marktes gewaltsam exekutierten und zugleich legitimierten Enteignung (durch Privatisierung öffentlichen Eigentums, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Abbau sozialer Standards und Ansprüche, die Verlängerung von Arbeitszeiten, Missachtung von Gefahren für die Gesundheit, Entrechtung der Menschen etc.) nahe. Dies ist eine strategische Unterminierung von menschlicher und sozioökonomischer Sicherheit. Möglichkeiten demokratischer Partizipation werden eingeschränkt.*

*Die Frage nach Alternativen ist daher auf der Tagesordnung. Doch inwieweit kann eine andere Welt kapitalistisch sein, und wenn ja, wie wird dieser Kapitalismus aussehen? Gibt es einen anderen Kapitalismus als den, den wir kennen?«<sup>2</sup>*

*Elmar Altvater*

### **Nachhaltigkeit – Kritik der Politischen Ökonomie**

Ein entscheidendes Problem des Nachhaltigkeitsdiskurses ist eine zuweilen einseitige Fixierung auf die Verteilungsproblematik. Selbstverständlich ist die Verteilungsgerechtigkeit eine Schlüsselfrage und ein zentraler Maßstab nachhaltiger Entwicklung. Politik für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung gerät aber leicht in die Defensive, wenn sie sich allein auf die Verteilungsproblematik konzentriert. Sie wird als unseriös, populistisch und wirtschaftsschädlich diffamiert. Verengt sich der Verteilungsspielraum – so die Logik – müssen die sozialen und ökologischen Erfordernisse in den Hintergrund treten bzw. werden Kompromisse auf Kosten der Zukunft geschlossen.

Die Analyse und Kritik muss deshalb – wie Elmar Altvater dies tut – bei der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ausrichtung der politischen Ökonomie ansetzen und zeigen, dass sich der Charakter der kapitalistischen Ökonomie bzw. wo und in welcher Weise sich die heutige kapitalistische Ökonomie selbst gegen soziale und ökologische Nachhaltigkeit richtet. Kapitalistische Ökonomie in der Ära neoliberaler Globalisierung verhindert nicht nur Schritte zu mehr Verteilungsgerechtigkeit auf nationaler Ebene und in den internationalen Beziehungen. Sie vernichtet darüber hinaus vorhandene und potenzielle Möglichkeiten der Pro-

1 Dem vorliegenden Text liegen Ausarbeitungen des Autors zur Profilierung des Themenfeldes Nachhaltigkeit zugrunde.

2 Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005, S. 12

duktion gesellschaftlichen Reichtums immer dort, wo sie der globalen Ausdehnung ihrer Verwertungsbedingungen im Wege stehen. Wie nach der Wende im Osten Deutschlands in massivster Weise Produktions- und Innovationskapazitäten ausgeschaltet wurden, was eine Transferökonomie auf Jahrzehnte zur Folge hatte, so vernichtet neoliberale Globalisierung weltweit ursprüngliche Wirtschaftsformen und soziale Gemeinwesen, ohne in der Lage und Willens zu sein, diese von der Produktion gesellschaftlichen Reichtums ausgeschlossenen Massen ausreichend zu ernähren und zu versorgen. Die Aushöhlung des Sozialstaates in den wirtschaftlich führenden westlichen Ländern, wie die Verwandlung der gesamten Welt in eine Ware sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Perspektive einer sozial gerechteren, ökologisch auch für künftige Generationen tragfähigen Zukunft steht im krassen Gegensatz zur fortschreitenden weltweiten Enteignung, einer massiven Umverteilung von Unten nach Oben, von arme in reiche Regionen. Als deutsche Form dieser Umverteilungs- und Enteignungsprozesse haben wir es im eigenen Lande mit der Agenda 2010, mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, der Gesundheitsfürsorge und Altersversorgung bis hin zu Hartz IV und der damit verbundenen massiven Ausdehnung des Niedriglohnssektors und des Drucks auf die noch in Arbeit befindlichen Lohnabhängigen zu tun.

Nachhaltigkeit im Sinne der Sicherung einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen dieses Planeten pervertiert immer mehr zur Nachhaltigkeit der Profitakkumulation.

»Die Wörter *Ökologie* und *Umwelt* zeichnen sich angesichts dieser Tatsachen durch einen hohen Grad an Neutralität aus. Sie sind oft unpassend und gefährlich irreführend. Man sollte sie durch andere, angemessenere Begriffe ersetzen« – so Francois Chesnais und Claude Serfati. Und sie fahren fort: »diese Arbeit (kann) nur im Rahmen einer erneuerten Kapitalismuskritik erfolgen, welche die Ausbeutung der Beherrschten durch die Besitzenden untrennbar mit der Zerstörung der Natur und der Biosphäre verknüpft.«<sup>3</sup>

## **Globale Enteignungsökonomie und Unterkonsumtion – »Nachlese« bei Karl Marx und Rosa Luxemburg**

In der jüngeren globalisierungskritischen Debatte sorgt der Begriff der Ökonomie der Enteignung für Furore. Mit dem Terminus neoliberale Globalisierung wurden bislang vor allem die Tendenzen der Deregulierung im Interesse der Verwertungsbedingungen des weltweit agierenden Finanzkapitals beschrieben – also eher Fragen der globalen Rahmenbedingungen für Kapitalverwertung. Der Begriff

3 Francois Chesnais, Claude Serfati: Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion, in: Die globale Enteignungsökonomie, Christian Zeller (Hrsg.), Münster 2004, S. 255

neoliberale Globalisierung leistet aber auch einer Vernebelung des Charakters des heutigen Kapitalismus Vorschub – bis hin zur Illusion, dass sich Geld selbst vermehrt, die Reichen heute auch ohne Ausbeutung reicher werden können. So schreibt Ulrich Beck: »Die Globalisierung, aber auch die Individualisierung haben den Charakter sozialer Konflikte verändert. Viele Menschen mögen dasselbe Geschick teilen, aber es gibt keine einheitliche und einigende Erklärung für ihr Leiden, keinen sichtbaren Gegner, der bekämpft und zum Nachgeben gezwungen werden kann. Schlimmer noch ist, dass die wahrhaft Benachteiligten schlicht nicht mehr gebraucht werden, sie müssen nicht einmal mehr wie früher ausgebeutet werden.«<sup>4</sup> Im letzten Punkt irrt Beck, denn die aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess Ausgestoßenen sind Bestandteil der neuen Ökonomie des Kapitalismus.

Das von Christian Zeller 2004 herausgegebene Buch »Die Globale Enteignungsökonomie« leistete in diesem Sinne einen wichtigen Beitrag zur Analyse der sich im Zuge neoliberaler Globalisierung entfaltenden neuen weltweiten Akkumulationsstrategie des modernen Kapitalismus. Bezeichnenderweise knüpfen Zeller und andere Autoren des Sammelbandes bei Karl Marx und seinen Ausführungen zur ursprünglichen Akkumulation an (Das Kapital, Band 1, 24. Kapitel), wonach die Expropriation, also die Enteignung des Landvolks von Grund und Boden erst jene Verhältnisse schafft, in dem der doppelt freie Arbeiter (frei vom Besitz von Produktionsmitteln noch als Individuum für den Produktionsprozess konstitutiv) seine Arbeitskraft den Eignern von Geld, Produktions- und Lebensmitteln auf Gedeih und Verderb anbieten muss.<sup>5</sup> Die ursprüngliche Akkumulation spielt für die politische Ökonomie des Kapitalismus nach Marx ungefähr dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie – »So kam es, daß die ersten Reichtum akkumulierten und die letzteren schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigene Haut.«<sup>6</sup>

Ursprüngliche Akkumulation war aber nicht nur der Sündenfall, der die Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ermöglichte. Ursprüngliche Akkumulation bleibt – so Rosa Luxemburg – auch in der weiteren Geschichte des Kapitalismus eines seiner entscheidenden Merkmale, insofern es um die räumliche und soziale Ausweitung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse geht.

In ihren ökonomischen Schriften bestimmt Rosa Luxemburg den Doppelcharakter kapitalistischer Akkumulation wie folgt: »Die eine vollzieht sich in der Produktionsstätte des Mehrwertes – in der Fabrik, im Bergwerk, auf dem landwirtschaftlichen Gut – und auf dem Warenmarkt. ... Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Pro-

4 Ulrich Beck: Die Utopie des Weniger. Interview mit Ulrich Beck in: Psychologie Heute, Heft 10, Weinheim, Oktober 2004, S. 34

5 Karl Marx: Das Kapital, Band 1, insb. Kapitel 24. Die so genannte ursprüngliche Akkumulation, Berlin 1972, S. 741 ff

6 Ebenda, S. 741

duktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden.«<sup>7</sup> Rosa Luxemburgs ökonomischen Schriften – am Vorabend der ersten durch den Imperialismus herbeigeführten weltweiten Katastrophe, dem 1. Weltkrieg, geschrieben – lesen sich heute wie eine Kampfschrift der globalisierungskritischen Bewegung.

Ulrich Beck wäre eine »Nachlese« bei Rosa Luxemburg sehr zugute kommen, da er genau diese zweite Seite kapitalistischer Akkumulation ausblendet. Dazu Rosa Luxemburg: »Die bürgerlich-liberale Theorie fasst nur die eine Seite: die Domäne des ›friedlichen Wettbewerbs‹, der technischen Wunderwerke und des reinen Warenhandels, ins Auge, um die andere Seite, das Gebiet der geräuschvollen Gewaltstreiche des Kapitals, als mehr oder minder zufällige Äußerungen der ›auswärtigen Politik‹ von der ökonomischen Domäne des Kapitals zu trennen. In Wirklichkeit ist die politische Gewalt auch hier nur das Vehikel des ökonomischen Prozesses, die beiden Seiten der Kapitalakkumulation sind durch die Reproduktionsbedingungen des Kapitals selbst organisch miteinander verknüpft, erst zusammen ergeben sie die geschichtliche Laufbahn des Kapitals.«<sup>8</sup>

Es ist nicht nur eine Verbeugung gegenüber der Namensgeberin unserer Stiftung, wenn wir bezogen auf die Grundfragen nachhaltiger Entwicklung noch einen weiteren Argumentationsstrang in den ökonomischen Schriften von Rosa Luxemburg aufgreifen – das Gesetz der Unterkonsumtion.

Erinnern sei an die These von Beck, »dass die wahrhaft Benachteiligten schlicht nicht mehr gebraucht werden, sie müssen nicht einmal mehr wie früher ausgebeutet werden«. Man lese dazu Rosa Luxemburg »Einführung in die Nationalökonomie«: »Die kapitalistische Produktionsweise hat das Eigentümliche, dass für sie die menschliche Konsumtion, die in jeder früheren Wirtschaftsform Zweck war, nur ein Mittel ist, das dem eigentlichen Zweck dient: der Anhäufung von kapitalistischem Profit. Das Selbstwachstum des Kapitals erscheint als Anfang und Ende, als Selbstzweck und Sinn der ganzen Produktion. Das Hirnverbrannte dieser Verhältnisse kommt aber in dem Maße erst zum Vorschein, wie sich die kapitalistische Produktion zur Weltproduktion auswächst. Hier, auf dem Maßstabe der Weltwirtschaft, erreicht das Absurde der kapitalistischen Wirtschaft seinen richtigen Ausdruck in dem Bilde einer ganzen Menschheit, die unter furchtbaren Leiden im Joche einer ihr selbst unbewußt geschaffenen blinden Gesellschaftsmacht, des Kapitals, stöhnt.«<sup>9</sup> Soweit bei Rosa Luxemburg die Analyse; es folgt ein Kern-

7 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitalismus. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Gesammelte Werke, Band 5, Berlin 1975, S. 397

8 Ebenda S. 397/398

9 Ebenda, S. 775

satz, der den Widerspruch von nachhaltiger Entwicklung und moderner kapitalistischer Ökonomie auch unter unseren heutigen Bedingungen auf den Punkt bringen hilft:

»Der Grundzweck jeder gesellschaftlichen Produktionsform: die Erhaltung der Gesellschaft durch die Arbeit, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, erscheint erst hier völlig auf den Kopf gestellt, indem die Produktion nicht um der Menschen, sondern um des Profits willen auf der ganzen Erdkugel zum Gesetz und die Unterkonsumtion, ständige Unsicherheit der Konsumtion und zeitweise direkte Nichtkonsumtion der enormen Mehrheit der Menschen zur Regel werden.«<sup>10</sup>

Eine solche Schulstunde zu den ökonomischen Wurzeln imperialistischer Politik und den neueren Merkmalen kapitalistischer Ökonomie erscheint uns für den Nachhaltigkeitsdiskurs geboten und die Autoren in dem bereits zitierten Buch »Die globale Enteignungsökonomie« leisten in dieser Richtung wichtige Beiträge. Nach ihrer Analyse befindet sich der Kapitalismus heute in einer tief greifenden Akkumulationskrise und Umbruchphase, die new economy hat eine historische Verlangsamung der Arbeitsproduktivitätssteigerung qualitativ nicht umgekehrt<sup>11</sup>. Insofern setzt der Kapitalismus weltweit verstärkt auf seine zweite Karte. »Im neuen finanzdominierten Akkumulationsregime tritt die Akkumulation durch Enteignung hervor. Dazu zählen die Aneignung finanzieller Einkünfte sowie biologischer und intellektueller Ressourcen, Privatisierung und imperialistische Kriege.«<sup>12</sup>

Beide Seiten kapitalistischer Ökonomie, die Akkumulation durch Mehrwertaneignung aber insbesondere die fortschreitende Ökonomie der Enteignung setzen nach Rosa Luxemburg um des Profits willen die ganze Erdkugel unter das »Gesetz der Unterkonsumtion«<sup>13</sup>. Es ist Mitnichten ein Schönheitsfehler oder ein notwendiges Durchgangsstadium, es gehört zum Charakter der heutigen kapitalistischen Ökonomie, dass sie weltweit und selbst in ihren Hochburgen permanent Massen von der Produktion gesellschaftlichen Reichtums ausschließt und sie um den Erhalt ihres Profit willens einer permanenten Unterkonsumtion preisgibt.

Mithin ist das von Rosa Luxemburg formulierte Gesetz der Unterkonsumtion geeignet, den theoretischen Diskurs um Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit konkret bis auf den Alltag sozialer Konflikte und Kämpfe in unserer Zeit herunter zu brechen. Robert Kurz zeigt dies am Beispiel um die Diskussion des Länderfinanzausgleichs in Deutschland: »... , dass die Politische Klasse wie bei den Sozialtransfers auch beim Länderfinanzausgleich entschlossen ist, die Notbremse zu ziehen und den bisherigen Verfassungsauftrag zu liquidieren. Damit vollzieht die BRD verspätet einen weltweiten Trend: Die Unmöglichkeit, die gesamte Menschheit weiter kapitalistisch zu reproduzieren (was Rosa Luxemburg das Gesetz der

10 Ebenda, S. 775

11 Michel Husson; Der Kapitalismus nach der »neuen Ökonomie«, in: Die globale Enteignungsökonomie, Christian Zeller (Hrsg.), Münster 2004, S. 129

12 Vgl. Klappentext zu: Die globale Enteignungsökonomie, Christian Zeller (Hrsg.), Münster 2004

13 Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 775



Unterkonsumtion nennt, K.M.), schlägt sich nicht nur als individuelle, sondern auch als regionale Verarmung und Ausgrenzung wachsender Bevölkerungsteile nieder. Inzwischen gibt es kein Land mehr, das nicht sein ›Mezzogiorno‹ hätte. Die ökonomischen Todeszonen breiten sich aus.«<sup>14</sup>

Und hier schließt sich der Kreis zu den sozialen und ökologischen Grundfragen nachhaltiger Entwicklung. Der Kapitalismus ist in eine tiefe Akkumulationskrise geraten. Die durch Wissenschaft und Innovation induzierten Produktivitätsfortschritte erfüllen nicht mehr die Erwartungen des Finanzkapitals. Die Produktivitätsrate hat seit den 60er Jahren<sup>15</sup> tendenziell abgenommen, die kapitalistische Ökonomie schlägt zurück und strebt nach besseren Verwertungsbedingungen. Auf der Ebene der Mehrwertakkumulation geraten die Reallöhne und Sozialabgaben unter massiven Druck, zugleich wird im Zuge neoliberaler Globalisierung der Boden für weitere Wellen der Enteignungsökonomie bereitet.

›Das Kapital ist besessen, neue Verwertungsfelder als Quellen regelmäßiger Einnahmen und Renten aufzuspielen. Die Kapitalisierung der Natur und wissenschaftlichem Wissen ist zu einem zentralen Kennzeichen des aktuellen Kapitalismus unter der Dominanz des Finanzkapitals geworden.«<sup>16</sup> In der fortschreitenden Enteignung und Privatisierung der Natur und aller Lebensbereiche und ihrer Unterwerfung unter die Logik der Kapitalakkumulation fokussieren sich heute mithin die entscheidenden Grundfragen nachhaltiger Entwicklung.

## **Politische Bildung und die Formierung von Gegenkräften und gesellschaftlichen Alternativen**

Soweit ein Exkurs zur Analyse – eine wichtige Voraussetzung zur Formierung von Gegenkräften gegen eine fortschreitende weltweite Ökonomie der Enteignung und der Unterkonsumtion. Für die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ein Verständnis von Nachhaltigkeit konstitutiv, das der Ökonomie der Enteignung und Unterkonsumtion eine integrative Politik nachhaltiger Entwicklung und demokratischen Partizipation entgegensetzt.

14 Robert Kurz: Krisenkolonie Ostdeutschland, ND v. 17.9.04, S. 6. An gleicher Stelle heißt es zur Wiedervereinigung: ›Heute zeigt sich, dass die Macher der Vereinigung nichts als die Exekutoren des Weltmarkts waren, die den Ruin der ostdeutschen Wirtschaft vollzogen. Nicht ein Zuwachs an globaler Konkurrenzfähigkeit und politisch-militärischer Macht war das Resultat, sondern die Belastung durch Transferzahlungen in astronomischer Größenordnung. Diese gingen jedoch ins Leere, weil sich unter den Bedingungen der 3. industriellen Revolution für die ›entwerteten‹ Zonen keine Rentabilität mehr herstellen lässt.‹

15 Für die drei Nachkriegsjahrzehnte, die als Hochzeiten des fordistischen Kapitalismus gelten, waren ein bestimmtes Fortschrittsmodell und ein darauf aufbauender ›Gesellschaftsvertrag‹ charakteristisch. Nicht zuletzt durch den durch die Existenz des Staatssozialismus bedingten Systemwettbewerb sah sich der Kapitalismus lange Zeit genötigt, an den insbesondere durch Wissenschaft und Technik bedingten und in dieser Zeit sehr deutlichen Produktivitätsfortschritten auch die Lohnabhängigen und sozial Schwachen partiell teilhaben zu lassen. An diesen Gesellschaftsvertrag sieht sich die heutige kapitalistische Ökonomie nach dem Zerfall des Staatssozialismus und im Zuge fortschreitender Globalisierung nicht mehr gebunden. (K.M.)

16 Christian Zeller: Die globale Enteignungsökonomie, in: Die globale Enteignungsökonomie, a.a.O., S.14

Das betrifft die internationale Politik ebenso, wie die Formulierung von Alternativen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Was dies im Einzelnen für Folgerungen hat, soll hier kurz angerissen werden.

Das betrifft zum einen das Engagement der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und im Diskurs internationaler globalisierungskritischer Netzwerke und Projekte wie etwa dem Weltsozialforum. Denn alle zentralen Fragen einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch tragfähigen Perspektive der Welt sehen sich mit erneuerten, z.T. aber auch völlig neuen Strategien und Mechanismen von Enteignungs- und Umverteilungswellen kapitalistischer Akkumulation konfrontiert: »Die Betonung der Rechte an geistigem Eigentum in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (das sogenannte TRIPS-Abkommen) deutet auf Methoden hin, mit denen die Patentierung und Lizenzierung genetischen Materials, Veränderungen am Saatgut und an den Pflanzensorten nun gegen ganze Bevölkerungen eingesetzt werden, deren Kultivierungspraktiken eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung dieser Materialien gespielt haben. Die Biopiraterie wuchert und das Plündern des Weltvorrats an genetischen Ressourcen zum Nutzen von wenigen riesigen multinationalen Konzernen ist bereits seit längerem im Gange.«<sup>17</sup>

Hier zog die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte erste internationale Konferenz zu Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit 2002 in Berlin eine kritische Bilanz von über zwei Jahrzehnten Deregulierung und Privatisierung in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Zugang zu öffentlichen Gütern, Umweltschutz, Klima und den Erhalt der Ökosysteme. In diesem Jahr nun wird am 26. und 27. Oktober 2006 eine zweite internationale Konferenz zu Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit stattfinden, die am Beispiel des menschlichen Grundrechts auf Wassers, die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes, Chancen oder Gefahren für eine nachhaltige Entwicklung diskutieren wird. Gerade das Beispiel Wasser macht für die politische Bildung sehr deutlich, die globalen Probleme beginnen tatsächlich vor der eigenen Haustür, wie die Diskussion um die Privatisierung der Berliner Wasserwirtschaft zeigt. Insofern muss sich der Nachhaltigkeitsdiskurs ebenso offensiv gegen die im eigenen Lande praktizierten Formen einer Ökonomie der Enteignung und Umverteilung richten.

17 David Harvey: Die Geographie des »neuen« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, in: Die globale Enteignungsökonomie, a.a.O. S. 197 und weiter heißt es: »Die Privatisierung bisher öffentlicher Einrichtungen (wie z.B. Universitäten) und ihre Überführung in den Besitz von Konzernen – um gar nicht von der Privatisierung des Trinkwassers und anderer öffentlicher Güter zu sprechen –, stellen eine neuerliche Welle der ›Einhegung der Gemeingüter‹ dar (vgl. Karl Marx: Die so genannte ursprüngliche Akkumulation, a.a.O. S. 741-791).

## **Wissenschaftliche und soziale Innovationen als letztlich unerschöpfliche Quelle menschlicher Produktivität**

Zum anderen geht es auch und gerade für die Nachhaltigkeitsthematik um etwas zugegebenermaßen äußerst Kompliziertes – um das Aufzeigen von gesellschaftlichen Alternativen, von Entwicklungspfaden und konkreten Veränderungsmöglichkeiten.

Die Suche nach Alternativen führt zur Frage nach den Bedingungen einer nachhaltigen Wirtschaft im Zeichen weltweiter Konkurrenz. Eine Ökonomie der Enteignung und Umverteilung – soviel wurde deutlich – ist ihrer Natur nach nicht nachhaltig. Kapitalakkumulation versucht zwar immer, und im Zeichen der Globalisierung mit massiver Gewalt, sich neue Felder zu erschließen, insbesondere durch Privatisierung öffentlicher Güter (Atmosphäre, Wasser, Dienstleitungen, Bildung, Gesundheit oder die genetischen Ressourcen). Die einzig unerschöpfliche Quelle menschlicher Produktivität bilden letztlich aber nur wissenschaftlich-technische und soziale Innovationen. Dabei geht es zugleich um eine fundamentale Bedeutungsverschiebung: Während in der bisherigen Entwicklung menschlicher Produktion die Einsparung lebendiger Arbeit im Mittelpunkt stand und bis heute steht, gehört zu einer nachhaltigen Koexistenz und Koevolution von Natur und Gesellschaft die Begründung einer ressourcensparenden, besser noch ressourcenregenerierenden, emissionsminimierenden, und besser noch naturregenerierenden Ökonomie.

Insofern weist die Orientierung der Lissabon-Strategie<sup>18</sup>, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen, mit der Betonung auf eine wissensbasierte Wirtschaft in diesem Punkt zwar in die richtige Richtung. Die Weiterverfolgung der Deregulierungs-, Privatisierungs- und Enteignungsstrategie ist dabei aber eben nicht der viel gepriesene Königsweg. Vielmehr ist für Projekte nachhaltiger Entwicklung ein integrativer und damit z.T. auch re-regulierenden Politikansatz erforderlich, so wie es auch Joachim Spangenberg in einem für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeiteten Grundsatzpapier zur Nachhaltigkeit anspricht: »Gerade in Zeiten krisenhafter ökonomischer Entwicklung (Globalisierung) sind Innovationen der Schlüssel zum Überleben, und nicht Kostensenkungsstrategien, die im Wettbewerb mit den sich industrialisierenden Ländern des Südens vorn vornherein keine dauerhafte und damit nachhal-

18 Die Lissabon-Strategie (auch Lissabon-Prozess oder Lissabon-Agenda) ist ein auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm, das zum Ziel hat, die EU innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.... Die Lissabon-Strategie versucht, die Produktivität und Innovationsgeschwindigkeit der EU durch verschiedene politische Maßnahmen zu erhöhen. Als Messlatte dienen die Konkurrenten Japan und besonders die USA.

Hauptfelder dieses Programms sind wirtschaftliche, soziale und ökologische Erneuerung und Nachhaltigkeit in den Bereichen: – Innovation als Motor für Wirtschaftswachstum, – Die »Wissensgesellschaft«, – Soziale Kohäsion und Umweltbewusstsein; Quelle: Wikipedia.org.

tige Lösung sein können. Innovation, die die Wettbewerbsfähigkeit stärken, können jedoch nicht nur technische Neuerungen sein, sondern müssen technische, soziale und Prozessinnovationen verbinden ... Mit anderen Worten: erfolgreiche Innovation verlangt einen integrativen Ansatz und bedarf der Teilhabe und Partizipation – das gilt in der Wirtschaft wie im öffentlichen Sektor und in zivilgesellschaftlichen Institutionen.«<sup>19</sup>

Es geht also um Politikkonzepte, die die endogenen, die inneren Entwicklungspotenziale von Regionen, von zukunftsträchtigen Innovationsfeldern und Wirtschaftszweigen im internationalen Wettbewerb stärken. Im Rahmen des Gesprächskreises Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigen wir uns deshalb verstärkt mit neueren theoretischen Ansätzen und Ergebnissen der Innovationsforschung, der Evolutionsökonomie und von Untersuchungen zur Regionalentwicklung. Stellvertretend sei hier auf Manuell Castells dreibändiges Werk »Das Informationszeitalter« verwiesen, insbesondere auf den Band 1 »Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft« und seine Ausführungen zu den Modellen, Akteuren und Orten informationstechnologischer Revolutionen. Castells zeigt auf der Basis von Fallstudien zu international führenden Innovationszentren, wie spezifische, sich über längere Zeiten herausbildende Innovationsmilieus mit massiver staatlicher Förderung und einer starken Umfeldabhängigkeit die Vorstellung von der Zufälligkeit und der Ortslosigkeit der Innovation im Informationszeitalter entmystifiziert haben.<sup>20</sup>

Eine aufschlussreiche Bestandsaufnahme von Fallstudien und neueren regionalwirtschaftlichen Ansätzen findet sich auch bei Manfred Perlik<sup>21</sup>, der vor allem die Rolle der Kooperationsfähigkeit der lokalen Akteure hervorhebt. In Auswer-

19 Joachim H. Spangenberg, Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen, Ausarbeitung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Entwurf v. 18.1.2005, S. 9. Und weiter heißt es bei Spangenberg: »Eine derartige innovative Gesellschaft bedarf zur Absicherung der mit schnellen Entwicklungen immer verbundenen Friktionen eines zuverlässigen sozialen Sicherungssystems, und eine emanzipatorische Gesellschaft ist nur möglich bei einer entsprechenden Sozialisation ihrer Bürger/innen, die ohne soziale Kohäsion und aktive Integration nicht zu haben ist. Die formelle wie materielle Freiheit zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist Bedingung für die Entwicklung zu mündigen Staatsbürger/innen.«

20 Manuell Castells: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Teil 1 der Trilogie Das Informationszeitalter, Opladen 2004, S. 72

21 »Die Renaissance des Regionalen in der Forschung und auf der institutionellen Ebene drückt sich folgendermaßen aus:

- a) Der Potenzialcharakter regionaler Unterschiede und Besonderheiten als Innovationspool und als komplementäres Betätigungsfeld gewinnt an Bedeutung:

  - für die Region selbst
  - für die beteiligten nationalen Volkswirtschaften ( die u.a. dadurch regionale Ausgleichsmaßnahmen reduzieren können) und
  - für global tätige Unternehmen verschiedener Volkswirtschaften

- b) Durch die Aufwertung regionaler Potenziale können immobile Faktoren gestärkt und dadurch ökonomische und gesellschaftliche Dynamik ausgeglichener gestaltet werden.
- c) Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten wandelt sich regionale Vielfalt von einem Effizienznachteil zu einem Zukunftspotenzial und damit zu einem zusätzlichen Wert.«

Manfred Perlik: Neuere Ansätze der Regionalentwicklung und ihre Implementierung in nationalen und internationalen Entwicklungsprogrammen, Bern 2003, S. 7

tung von Cluster-Ansatz, Milieu-Ansatz, dem Konzept der »lernenden Regionen«, der Evolutionsökonomie bis hin zu Nachhaltigkeitskonzepten formuliert Perlik: »Die Chancen einer Region hängen danach in starkem Maße davon ab, inwieweit die wirtschaftlichen und politischen Akteure in der Lage sind, im gemeinsamen Interesse miteinander zu kooperieren, inwieweit die Bereitschaft besteht, von inner- und außerregionalen Entwicklungen zu lernen und inwieweit bestehendes und neu gebildetes Wissen innerhalb einer Region diffundieren kann ohne dabei von anderen Regionen kopiert zu werden.«<sup>22</sup>

Begriffe wie »wissensbasierter Wirtschaftsraum« oder »lernende Regionen« weisen auf ein grundlegendes Phänomen hin: Innovation ist mehr als nur die Summe von arbeitsteilig realisierten Teilschritten oder Bausteinen. Je komplexer die menschliche Gesellschaft geworden ist, je größer der Fundus wissenschaftlichen Wissens, desto größer der Zustand der Unwissenheit einzelner Handlungen und Akteure. Umso dringlicher wird die Frage der Beschaffenheit und Funktionsweise wissensbasierter Wirtschaftsräume in Bezug auf ihre Fähigkeit zur Hervorbringung neuen Wissens und technischer Innovationen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse wie wissenschaftlich-technische und soziale Innovationen sind Ergebnis komplexer Evolutionsprozesse. Sie bringen Neues hervor und verändern sich dabei selbst. Diese Prozesse lassen sich allein aus der Perspektive des Marktes und seiner Mechanismen nicht beschreiben. Insofern will die Evolutionsökonomie bzw. Evolutionsökonomik über eine verengte ökonomische Betrachtung hinausgehen. Angestrebt wird eine integrative sozialwissenschaftliche Perspektive auf die Genese von Innovationen in komplexen Systemen. »Die fundamentale ontologische Prämisse der Evolutorischen Ökonomik besteht darin, dass in komplexen Systemen der Wissensteilung handlungsrelevant nur das individuell und subjektiv verfügbare Wissen ist, während die Leistung des gesamten Systems durch den insgesamt wirksam werdenden Wissensbestand determiniert ist. Dieser Wissensbestand besitzt daher einen eigenen ontologischen Status im Sinne einer eigenständigen Ursache wirtschaftlicher Phänomene.«<sup>23</sup>

22 Manfred Perlik: Neuere Ansätze..., a.a.O. S. 10f

Und weiter heißt es: »Theoretisch bauen die neuen regionalwirtschaftlichen Ansätze einerseits auf die politische Ökonomie (Karl Marx) auf. Dies betrifft insbesondere die Erklärung der Makroebene des wirtschaftlichen Strukturwandels als Ergebnis von Produktlebenszyklen/Profitzyklen sowie die Erklärung veränderter politischer Aushandlungsprozesse. Sie gehen darüber hinaus, indem sie Determinismen ablehnen und die Möglichkeit verschiedener Entwicklungspfade (aus der Evolutionsökonomie) konstatieren. Die unterschiedlichen Optionen gelten dabei nicht nur in epochaler Abfolge (zeitlich unterschieden) sondern auch zeitlich parallel und räumlich (d.h. regional unterschieden) Dadurch beschränken sich diese Ansätze nicht auf reine gesellschaftstheoretische Diskussion, sondern beziehen sich auf konkrete regionale Entwicklungspfade. ...

Die neuen regionalwirtschaftlichen Ansätze zeichnen sich dadurch aus, dass bei der Bewertung der Chancen einer Region eine Bedeutungsverchiebung vom Standortfaktor (der anziehend auf Investoren, Besucher, Betriebsgründer wirkt) zur Beurteilung der Kooperationsfähigkeit der lokalen Akteure stattfindet (deren Innovationskraft das entscheidende Moment bildet). Dies drückt sich auch in der Wortwahl in den neueren Publikationen aus, wo »Standortfaktor« zunächst mit dem Begriff der »weichen Standortfaktoren« gewichen und schließlich weitgehend vom 'sozialen Kapital' einer Region ersetzt worden ist.« Ebenda, S. 10

23 Carsten Herrmann-Pillath: Grundriß der Evolutionsökonomik, München 2002, S. 33

Der Wissensbestand ist gewissermaßen das Medium, der Nährboden, in dem Innovationen keimen und gedeihen können. Dieser Nährboden muss sich aber selbst permanent weiterentwickeln, um seine Eigenschaft als Innovationsquelle reproduzieren zu können. Dies setzt wiederum den permanenten Fluss personeller, materieller und finanzieller Inputs voraus. Zugleich sind diese Evolutionsprozesse in ein bestimmtes sozio-kulturelles Milieu eingebettet. Dabei handelt es sich um ein hochkomplexes System von Netzwerken unter je spezifischen Rahmenbedingungen konkreter Interessen- und Machtkonstellationen. Demzufolge ist für jede Region, für jeden Wirtschaftsraum, für jeden zukunftsträchtigen Wissenszweig und Innovationsstrang ein je spezifisches Milieu ursächlich. Innovationen selbst wie erfolgreiche Regionen sind deshalb immer ein unikales Phänomen gesellschaftlicher Evolution. »Diese Sicht hat natürlich auch Konsequenzen für das praktische Handeln: Auch Probleme der Wirtschaftspolitik können nicht einfach vom Markt her definiert werden, wie nicht zuletzt die Erfahrungen mit den Transformationsländern des Ostens gezeigt haben. Wirtschaftspolitik muss sich immer auf die Gesamtheit und die Komplexität der Netzwerke und ihrer Dimensionen beziehen, in die jene Prozesse eingebettet sind, die sie zu beeinflussen sucht.«<sup>24</sup>

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Workshops und Tagungen zu Innovation und nachhaltiger Regionalentwicklung zielen deshalb, wie am Beispiel des John-Desmond-Bernal-Tages zu zeigen ist, weniger auf eine formale Übertragung spezifischer Erfolgsrezepte als auf die Entwicklung einer politischen Kultur der komplexen und integrativen Entwicklung von Regionen und der für sie entscheidenden Wissens- und Innovationspotenziale. Unverzichtbar für eine solche politische Kultur sind etwa die langfristige Förderung von Faktoren einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem von Bildung, Wissenschaft und Innovation sowie der für sie förderlichen Netzwerke sowie sozialen und kulturellen Milieus.

### **John Desmond Bernal – die soziale Funktion der Wissenschaft erfordert ihre gesellschaftliche Organisation**

Auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg fand 2001 in Potsdam der erste John-Desmond-Bernal-Tag statt. John Desmond Bernal (1901-1971) gilt als einer der Väter der science of science (Wissenschaftsforschung), der sich vor allem um die Bestimmung der sozialen Funktion und Verantwortung der Wissenschaft im Spannungsfeld zwischen atomaren Bedrohung und einer menschenwürdigen Zukunft verdient gemacht hat. Ausgangspunkt der Idee für einen jährlich stattfindenden Bernal-Tag war die Überlegung, im Zeichen einer zunehmenden auf Markterfordernisse zielenden Ausrichtung von Wissenschaft und Bildung die

24 Carsten Herrmann-Pillath: Grundriß der Evolutionsökonomik, a.a.O., S. 441

soziale Funktion und Organisation (Daseinsform) von Wissenschaft wieder offensiver zu thematisieren. Der Zuspruch auf die ersten Bernal-Tage 2001 und 2002 in Potsdam blieb allerdings auf einen Kreis von Bernal-Kennern und Wissenschaftsforschern begrenzt. Insofern entschloss sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und der Gesprächskreis Nachhaltigkeit, die Diskussion um die soziale Verantwortung und gesellschaftliche Einbettung von Wissenschaft auf ganz konkrete Fragen ihres Beitrages für eine nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung von ausgewählten ostdeutschen Regionen zu konzentrieren.

Begonnen haben wir mit dieser neuen Schwerpunktsetzung 2003 mit einer zweitägigen Konferenz in Teterow und Rostock-Warnemünde unter Schirmherrschaft des damaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Umwelt, Wolfgang Methling zum Zusammenwirken von Biotechnologie, Medizin und Tourismus als synergetische Zukunftspotenziale für Mecklenburg Vorpommern. 2004 folgte eine Tagung zur Thema der Rekultivierung der Lausitzer Braunkohlentagebau-landschaften gemeinsam mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, wo Wissenschaftler, Studierende, innovative Unternehmer und Politiker diskutierten, wie eines der größten Umweltprojekte Europas dazu beitragen kann, selbsttragende sozialverträgliche wirtschaftliche Entwicklungspfade zu eröffnen. Auf dem Bernal-Tag 2005 ging es dann um neue Perspektiven des traditionsreichen Gesundheits- und Wissenschaftsstandorts Berlin-Buch als einem führenden internationalen Kompetenzzentrum für medizinische Forschung und neueste klinische Methoden der Diagnose und Therapie. Dabei zeigte sich deutlich der Einfluss politischer, sozialer und kultureller Rahmenbedingungen, etwa wie der »rot-rote« Berliner Senat darum bemüht ist, das Projekt *Gesundheitsstadt Berlin* mit einer ressortübergreifenden integrativen Politik voranzubringen. 2006 schließlich wird es am 24. und 25. November im Technologie- und Gründerzentrum in Halle um die nicht nur in Sachsen-Anhalt umstrittene und heiß diskutierte Frage »Gentechnik – Top oder Flop?« gehen. Ohne Frage ist die Gentechnik, insbesondere in ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisfunktion und mit Blick auf neue medizinische Möglichkeiten ein äußerst zukunftsträchtiges Forschungs- und Innovationsfeld. Allerdings hat insbesondere bezogen auf die grüne Gentechnik eine verantwortungsvolle Politik im Interesse von Umwelt und Menschen Grenzen zu setzen, besteht insgesamt – regionaler, nationaler und globaler – Regulierungsbedarf.

Aus diesen Erfahrungen lassen sich wichtige Schlussfolgerungen ziehen. Wissenschaft und Innovation erweisen sich als durchaus probate Mittel, dem Ausverkauf und Abschreiben ganzer Regionen im Osten Deutschlands aktiv entgegenzuwirken. Insofern kann hier politische Bildung für nachhaltige Entwicklung einen substanziellen Beitrag für die Politikberatung leisten als auch Bürgerinnen und Bürger besser zur Teilhabe und Partizipation bei der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebenswelt zu befähigen. Nachhaltigkeit – so ein Fazit – bedeutet aus unserer Sicht ein Plädoyer für eine Politik der Stärkung der endogenen Entwicklungsfak-

toren und Potenziale, ein Plädoyer für integrative Politikansätze zur Entwicklung innovativer Regionen unter Nutzung und Förderung ihrer spezifischen natürlichen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen. Zugleich bedeutet Nachhaltigkeit eine Abfuhr gegenüber einer Politik des schnellen Geldes durch Privatisierung und Sozialabbau, die die Gesellschaft mittel- und langfristig nur in eine Abwärts-spirale treibt und mit dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung unvereinbar ist. In diesem Sinne erfordert Nachhaltigkeitspolitik vor allem die Wiedergewinnung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie. In diesem Sinne stand auch auch das Credo im Grußwort von Wolfgang Methling zu unserer Konferenz in Rostock-Warnemünde:

»Streng ökologisches Denken und Handeln ohne soziale und wirtschaftliche Akzeptanz führt in die Sackgasse. Gleichzeitig muss das freie Agieren der Marktkräfte dort begrenzt werden, wo irreversible Schäden an Natur, Umwelt und Gesellschaft zu befürchten sind. Das heißt, nur wenn es gelingt Ökologie, Ökonomie und Sozialkultur als untrennbar miteinander verbundenes komplexes System zu betrachten, erreichen wir eine nachhaltige gesellschaftliche Perspektive. Die Erforschung dieses Systems sowie die darauf fußende Entwicklung und Anwendung zukunftsfähiger Technologien müssen eine Schlüsselstellung einnehmen. Für ein solches Herangehen habe ich mich als Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern stets eingesetzt, versucht Impulse zu geben und als Koordinator gewirkt.«<sup>25</sup>

25 Wolfgang Methling: Grußwort zur Einladung für den 3. John-Desmond-Bernal-Tag 2003 zum Thema »Forschung und Technologie für nachhaltige Entwicklung – Innovation, Regionalentwicklung, Politik – Perspektiven gestalten«



## **Soziale Nachhaltigkeit in der modernen Gesellschaft?**

**Über die Chancen von mehr Egalität und Kommunarität diesseits und jenseits der aktuellen Konstellation des Finanzmarktkapitalismus. Eine Annäherung aus gesellschaftstheoretischer Sicht**

Politiken einer nachhaltigen Entwicklung, die mehr sein möchten als schmückendes Beiwerk, stoßen schnell an strukturelle Grenzen der zeitgenössischen Formation eines finanzmarktdominierten Kapitalismus. Offensichtlich beherbergen die konkreten Ziele nachhaltigkeitsorientierter Sozial-, Umwelt- oder Wirtschaftspolitik gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen, die unabhängig von den jeweiligen konkreten Kontexten in Konflikt mit tieferliegenden Strukturen des zeitgenössischen Kapitalismus, möglicherweise auch der bisherigen Entwicklung der modernen Gesellschaft insgesamt, geraten. In welche grundlegenden Richtungen würde eine Realisation der vielfältigen Vorschläge aus Nachhaltigkeitskonzepten, ein Erfolg der Projekte nachhaltigkeitsorientierter Programme die Struktur der Gesellschaft denn überhaupt verändern, seien es nun – um nur beispielhaft die Bandbreite zu skizzieren – Projekte zum Thema Flächenverbrauch, Müllvermeidung, Energiesparen, Schienenverkehr, Armutsbekämpfung, zum fairen Handel, zur Mitbestimmung bei der Verkehrsplanung usw?

Um eine erste Diskussion dieser Fragen leisten zu können, die über die Beschreibung von Oberflächenphänomenen, wie etwa eine fehlende politische Mehrheit für ein bestimmtes Umweltschutzgesetz, den mangelnden Willen zum Energiesparen, die mächtige Stellung eines Sonderinteresses eines Konzerns, eine Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein- und handeln etc hinausgeht, ist im ersten Schritt eine Abstraktion der diversen Nachhaltigkeitsforderungen aus ihren konkreten Kontexten nötig. Ich werde deshalb die Frage der Anschlussfähigkeit von Nachhaltigkeitspolitiken anhand von grundlegenden analytischen Kategorien von Nachhaltigkeitsansätzen diskutieren. Von besonderem Interesse für die in diesem Beitrag aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis sozialer Nachhaltigkeit und moderner Gesellschaft sind diejenigen Nachhaltigkeitsansätze, die substantiellen Charakters sind: Sie zielen nicht nur auf geänderte *Verfahren* der Zielbestimmung, sondern erfordern eine Veränderung der Sozialstruktur der Gesellschaft in eine ganz bestimmte Richtung. Besonders beleuchten werde ich hierbei zwei Nachhaltigkeitsansätze, die ich als solidarisch-substantiell bezeichnen möchte: Diejenigen Forderungen, die auf mehr Egalität sowie auf mehr Kommunarität in der Gesellschaft hinauslaufen.

Im zweiten Schritt werde ich skizzieren, wie eine Diskussion der Anschlussfähigkeit dieser Ansätze beginnen könnte. Wer jenseits voluntaristischer Hoffnungen hier zu begründeten Einschätzungen gelangen möchte, kommt meines Erach-

tens um einen theoretischen Blick auf die bisher erkennbaren Strukturen moderner Gesellschaften nicht herum. Ich werde zu diesem Zweck verschiedene Meta-Theorien der Entwicklung der modernen Gesellschaft heranziehen. Wenn ich von moderner Gesellschaft spreche, negiere ich damit nicht deren kapitalistischen Charakter. Ich gehe jedoch davon aus, dass die Moderne Strukturen und Dynamiken beherbergt, die nicht wesentlich in der Kapitaldominanz wurzeln und folglich auch jenseits einer solchen Bestand haben würden. Theorien der Entwicklung moderner Gesellschaften wie etwa die Modernisierungstheorie, der Ansatz reflexiver Modernisierung, der kommunikationstheoretische Ansatz von Habermas, die Systemtheorie etc. haben also ebenso etwas zur Diagnose moderner kapitaldominierter Gesellschaften beizutragen wie etwa die Theorie der Regulation kapitalistischer Akkumulation, die die relative Stabilität verschiedener Phasen des Kapitalismus in den Blick zu nehmen versucht. Ich werde mit diesen Theorien am Beispiel der Nachhaltigkeitsforderung nach egalitärer Nutzung des Umweltraums exemplarisch zeigen, warum bestimmte Strukturen moderner Gesellschaft mehr - oder auch weniger - in Konflikt mit Nachhaltigkeitspolitik geraten müssen.

Nach dieser Diskussion der Kompatibilität des egalitären Nachhaltigkeitsansatzes mit allgemeinen Tendenzen moderner Gesellschaften werde ich im dritten Abschnitt beleuchten, wie sich die gesellschaftliche Solidarität in der aktuellen postfordistischen Formation des Finanzmarktkapitalismus wandelt: Von eher egalitären, gesellschaftsweiten Lösungen im Fordismus hin zu eher kommunitären, kleinräumigen Formen im Postfordismus. Zur Erklärung dieser Wandlung werde ich auf den Regulationsansatz zurückgreifen, da nur er die unterschiedlichen Phasen der kapitalistischen Moderne umfassend - das heißt unter Berücksichtigung von Dynamiken der Kapitalakkumulation sowie der Dynamiken ihrer politischen und ideologischen Regulation erklären kann.

Auf der Basis dieser gesellschaftstheoretisch begründeten Chancen für die Realisation sozialer Nachhaltigkeitsansätze werden ich abschließend kurz die Frage aufwerfen, ob die sozialen Nachhaltigkeitsansätze der Egalität und der Kommunität als Richtungen linker Transformationsprojekte taugen. Dazu müssten sie erstens einen strukturellen Widerspruch zur zeitgenössischen Formation des Finanzmarktkapitalismus aufweisen. Ebenso notwendig ist aber ihre Vereinbarkeit mit denjenigen Trends und Dynamiken, die offensichtlich der modernen Gesellschaft insgesamt eingeschrieben sind.

## **1. Solidarisch-substanzielle Nachhaltigkeitsansätze**

Unter »nachhaltigen Entwicklung« bzw. »Nachhaltigkeit« ist eine Entwicklung, die dauerhaft durchhaltbar ist, zu verstehen. Daraus ergibt sich die Forderung nach intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit: Eine Politik, die jetzt keine Gerechtigkeit herstellen kann, ist ebenso wenig dauerhaft durchhaltbar wie eine Politik,

die Probleme auf folgende Generationen abwälzt. Intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit ist nur zu erreichen bei einer Integration ökonomischer, sozialer und ökologischer Politikziele. Dies ist die entscheidende Neuerung, die mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs seit etwa anderthalb Jahrzehnten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dies klingt zunächst harmlos, hat es aber in sich, wenn wir die Implikationen des Anspruchs auf Integration bzw. auf Ganzheitlichkeit in den Blick nehmen. Zum einen verbietet sich die Priorisierung eines der drei Ansprüche. So geht der reine ökonomische Liberalismus etwa davon aus, dass die Verfolgung seiner politökonomischen Ziele der Schaffung freier Märkte ausreicht, auch alle anderen möglichen Ansprüche von Entwicklung zu befriedigen. Soziale und ökologische Politikziele werden schlichtweg für unnötig gehalten. Zum anderen verbieten sich additive Politiken, wie sie etwa im Rahmen der sozialdemokratischen Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus<sup>1</sup> versucht werden. Nicht nachhaltig kann es sein, wenn die Wirtschaftspolitik Prozesse der Spaltung vorantreibt und benötigt, die dann mit Sozialpolitik wieder zurückgedrängt werden sollen. Nicht nachhaltig ist es, wenn Wirtschaftsförderung Verkehr induziert, der dann im Rahmen umweltpolitischer Anstrengungen für Emissionsreduzierungen wieder reduziert werden soll. Sozial nicht nachhaltig kann es sein, wenn etwa im Rahmen einer Energie-sparpolitik Treibstoffe so sehr verteuert würden, dass Fortbewegung zum Privileg der am meisten Begüterten mutieren würde. Nicht integrative Politik produziert systematisch Zielkonflikte. Sie kann nicht dauerhaft durchgehalten werden – sie ist nicht nachhaltig.

Nachhaltigkeit mit seinem Integrations- und Gerechtigkeitsanspruch ist der »vielleicht wichtigste gesellschaftspolitische Gegenentwurf zur neoliberalen Weltordnung«.<sup>2</sup> Eine nachhaltige Entwicklung erfordert nicht nur dauerhaft durchhaltbare Techniken der Produktion, wie sie etwa in den technologischen Meta-Forderungen nach mehr Effizienz (Verbraucht weniger Energie und Rohstoffe für eure Produkte!) und mehr Konsistenz (Macht natürliche und anthropogene Stoffkreisläufe kompatibel!) zum Ausdruck kommen. Eine nachhaltige Entwicklung wird sich nach allem, was wir heute über die begrenzten Ressourcen des Globus wissen, nicht allein technologisch erreichen lassen. Die Grenzen der Technik und der Physik zwingen uns, über andere Konsumstrukturen und Lebensstile nachzudenken. Zur Nachhaltigkeit gehören damit auch andere Gesellschaftsstrukturen. Die Sozialstruktur der Gesellschaft muss dabei zwei Anforderungen genügen: Sie muss erstens kompatibel mit den ökologischen Randbedingungen sein und sie muss zweitens sozial dauerhaft durchhaltbar sein. Das ist gemeint mit sozialer Nachhaltigkeit.

1 Vgl. Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006. Hamburg 2006.

2 So Joachim Spangenberg in: Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen. In: Utopie kreativ H.174. Berlin 2005.

Als Gegenentwurf zum aktuell hegemonialen Neoliberalismus wirkt Nachhaltigkeit gerade dann, wenn sie nicht liberalistisch-prozedural, sondern solidarisch-substantiell gefasst wird. Nach dem liberalistisch-prozeduralen Verständnis ist Nachhaltigkeit als regulative Idee, als ständig neu auszuhandelnder Prozess und daher nicht substantiell zu bestimmende Qualität zu fassen. So liegt demnach etwa das »Wesen der sozialen Dimension« von Nachhaltigkeit in der »Umsetzung gesellschaftlich determinierter Gerechtigkeitsvorstellungen...«.<sup>3</sup> Als Elemente einer »solidarischen Gesellschaft« werden dann prozedurale Oberziele wie etwa »Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit«<sup>4</sup> angeführt.

Demgegenüber steht ein solidarisch-substantielles Verständnis von Nachhaltigkeit, insbesondere von sozialer Nachhaltigkeit. Für eine nachhaltige Entwicklung wird etwa eine gesellschaftliche Tendenz, eine Änderung der Sozialstruktur in Richtung von mehr Egalität und mehr Kommunität für notwendig gehalten. Beide Ansätze basieren auf einer solidarischen Haltung, wenn auch die Handlungsorientierungen sich auf verschiedene gesellschaftliche Ebenen beziehen. Die egalitäre Forderung nach Gleichverteilung von Inanspruchnahmen natürlicher Ressourcen bezieht sich auf die Gesamtgesellschaft, die kommunitäre Forderung nach mehr Gemeinschaftsbindungen fordert ein solidarisches Handeln, welches im wesentlichen auf Kontexte innerhalb partikularer Gruppen bezogen ist.

Ausgangspunkt für den egalitären Ansatz war die Analyse einer stark asymmetrischen Inanspruchnahme global knapper Umweltgüter, die auf Dauer nicht zu verteidigen und auch normativ nicht zu legitimieren sei. So heißt es im Abschlussdokument der Konferenz von Rio, der Agenda 21: »Während in bestimmten Teilen der Welt übermäßig konsumiert wird, bleiben die Grundbedürfnisse eines großen Teils der Menschheit unbefriedigt.«<sup>5</sup> Die Antwort auf diesen Zustand trägt dabei deutlich egalitäre Züge und geht über reine Armutsbekämpfung hinaus. So ist selbst in der aufgrund ihres Konsensanspruches notwendig stark kompromissförmigen Agenda 21 etwa die Rede von einer »größeren Ausgewogenheit der Einkommensverteilung« als »größte[r] Herausforderung überall auf der Welt«,<sup>6</sup> von »übermäßigem Konsum« und »überhöhten Ansprüchen« der wohlhabenden Bevölkerungsteile.<sup>7</sup> Diese Sichtweise wird zum Zentrum der folgenden, den Globalanspruch operationalisierenden Nachhaltigkeitsstudien »Sustainable Netherlands«<sup>8</sup> und daran anschließend »Zukunftsfähiges Deutschland«.<sup>9</sup> Dort wird der

3 Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des 13. Deutschen Bundestages (Hg.): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht. Bonn 1998, S.38.

4 Enquete-Kommission, a.a.O., S. 48.

5 BMU (Hrsg.): Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn, o.J., S.22.

6 BMU, a.a.O., S.18.

7 BMU, a.a.O., S.22.

8 Institut für sozialökologische Forschung (ISOE)/Milieudefense (Hrsg.): Sustainable Netherlands – Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande. Frankfurt/M. 1994.

9 BUND/Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel u.a. 1996.

egalitäre Anspruch in das Konzept des paritätischen Pro-Kopf-Umweltraums gegossen, der ein Höchstmaß an persönlichen Umweltnutzungsrechten für jeden Erdbewohner festlegt.<sup>10</sup> Das Konzept des global-paritätischen Umweltraums hat egalitäre Implikationen in Richtung einer faktisch dramatisch stärkeren Gleichverteilung von Einkommen durch die Annäherung der Konsumrechte, auch wenn diese Konsequenz – aus welchen Gründen auch immer – von seinen Autoren nicht immer expliziert wurde.<sup>11</sup>

Der andere solidarisch-substantielle Ansatz geht von der notwendigen Stärkung gemeinschaftlicher Bezüge aus. Ausgangspunkt ist die Kritik der Auswirkungen der Individualisierung in modernen Gesellschaften. Ihre allzu große Ausdehnung wird aufgrund ihrer sowohl narzisstisch-distinktiv als auch kompensatorisch motivierten Konsumförderung als Barriere ressourcensparender Lebensstile und damit als ökologisch nicht nachhaltig betrachtet. Ein zweiter Begründungsstrang besteht aus der Sorge um nachlassendes Gemeinwohllengagement durch eine fragmentierende Wirkung von Individualisierung. Der Erhalt und der Ausbau sozialen Kapitals, in diesem Zusammenhang verstanden als die Kapazität sozialer Bindungen zur näheren sozialen Umgebung, wird als Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhang überhaupt und damit für soziale Nachhaltigkeit gesehen. Ausdrücke dieser Orientierungen sind etwa die starke Gewichtung der lokalen Agenda oder die Aufwertungen demonetarisierter Sphären der Nachbarschaften und der bürgerschaftlichen Gemeinschaftsarbeit in den Nachhaltigkeitskonzepten.<sup>12</sup> Dieser kommunitäre Ansatz hat im Laufe des letzten Jahrzehnts im Unterschied zum Leitbild der Egalität weniger an Attraktivität verloren. Es wird unverändert auf lokale Nachhaltigkeit gesetzt, auch in neueren Konzepten wird eine stärker gemeinschaftliche Organisation gesellschaftlicher Arbeit anvisiert.<sup>13</sup>

Die Forderungen nach mehr Egalität und mehr Kommunität (Gemeinschaftlichkeit) sind soziale Nachhaltigkeitsansätze, die auf eine starke Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zielen. Als weiterer sozialer Nachhal-

10 Eine noch konsequentere Ausformung dieses Konzeptes findet sich bei: Mayer, Lothar.: Ausstieg aus dem Crash. Entwurf einer Ökonomie jenseits von Wachstum und Umweltzerstörung. Oberursel 1999. Ebenso bei: Sarkar, Saral: Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, 2001.

11 Während in »Sustainable Netherlands« so exemplarisch die zulässige Nutzung des »Umweltraums« auf jeden Erdenbürger heruntergerechnet und entsprechende persönliche Reduktionsziele für Bewohner der Niederlande abgeleitet werden, teilt die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« den Ansatz des paritätischen globalen Umweltraums, begnügt sich allerdings mit dessen Operationalisierung bis auf die nationalstaatliche Ebene. Aus verständlichem Grund: Durch diesen Stop der Operationalisierung des Konzepts an der nationalstaatlichen Grenze braucht die intranationale Verteilung des Ressourcenverbrauchs nicht in Frage gestellt zu werden.

12 Vgl. die Analyse des Gesellschaftsbildes von ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten in: Ulrich Schacht-schneider: Zukunftsfähige Gesellschaften, Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich. Oldenburg 2000.

13 So wird etwa in der im Nachhaltigkeitsdiskurs einflussreichen Studie des Verbundprojektes »Arbeit und Ökologie« die Ausweitung des Angebots an »betrieblicher, kommunaler und selbstorganisierter Pflege« und eine »öffentliche Infrastruktur für Gemeinschafts- und Eigenarbeit« gefordert: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf 2000, S. 47ff).

tigkeitsansatz ist die Forderung nach umfassender Partizipation zu nennen, gekoppelt mit dem Anspruch, einen Konsens zu finden. Im Gegensatz zum Modus der politischen Entscheidungsfindung in der parlamentarischen Demokratie, der durch Repräsentation und Mehrheitsprinzip charakterisiert ist, sollen alle Betroffenen direkt eingebunden, möglichst jede Meinung und jedes Interesse berücksichtigt werden. Nur solche politischen Lösungen gelten als nachhaltig, die alle Interessen einbeziehen.

Ebenso zum solidarisch-substanziellen Ansatz sozialer Nachhaltigkeit gehört Suffizienz (Genügsamkeit). Wiederum ausgehend vom Konzept des globalen Umweltraumes wird vom einzelnen erwartet, auf Konsum zu verzichten, um damit andere am weltweiten Gebrauch natürlicher Ressourcen teilhaben lassen zu können. Insofern handelt es sich hier nicht um eine rein individuelle Präferenzverschiebung, sondern um einen sozialen Vorgang. Ebenfalls in Richtung einer größeren Suffizienz gehen Strategien der Regionalisierung und der Entschleunigung. Die Optionen der Masse der Konsumenten werden eingeschränkt, wenn der Zugang zu Waren aus größerer Entfernung erschwert oder verunmöglicht wird – etwa durch die Verteuerung des Warentransports durch Ökosteuern. Eine Einschränkung der Optionen ist es auch, wenn die Fortbewegung verlangsamt wird, indem ressourcenintensive Geschwindigkeiten (z.B. Flugverkehr) unerreichbar teuer gemacht werden.

Die sozialen Nachhaltigkeitsansätze

- Egalität (Nutzt den Umweltraum paritätisch!)
- Kommunität (Nutzt Güter gemeinsam!)
- Partizipation, Konsensualität (Beteiligt alle! Überstimmt keinen!)
- Suffizienz (Verbraucht weniger!)
- Regionalität, Langsamkeit (Vermeidet Wege, lebt ruhiger!)

sind als analytische Kategorien zu verstehen. Sie tauchen so explizit in Nachhaltigkeitskonzepten und -studien nicht auf. Viele der dort propagierten Vorschläge, Projekte etc. laufen jedoch auf eine Änderung in Richtung einer oder mehrere dieser analytischen Kategorien hinaus.<sup>14</sup> Dies gilt zumindest für diejenigen Nachhaltigkeitskonzepte von Umweltverbänden, kritischer Wissenschaft, sozialen Bewegungen, linken Organisationen und Parteien, die auf eine starke Änderung der Entwicklungsrichtung der modernen Gesellschaft drängen. Natürlich gibt es auch Nachhaltigkeitskonzepte, die gravierende Änderungen in die oben angeführten Richtungen nicht für nötig halten, wie etwa viele Stellungnahmen aus Wirtschaftsverbänden oder das Nachhaltigkeitskonzept der Bundesregierung. Eine Untersuchung dieser Konzepte und eine Kritik daran soll hier jedoch nicht vorgenommen werden. Ziel dieses Beitrages ist es hingegen, einen Einstieg zu leisten in die Diskussion der Chancen der oben genannten, wesentlich auch von

<sup>14</sup> Zum Konzept der analytischen Nachhaltigkeitsansätze sowie ihrer Verbreitung in verschiedenen Nachhaltigkeitsstudien und -konzepten vgl.: Ulrich Schachtschneider: Nachhaltigkeit als geänderte Moderne? Spielräume nicht-technischer Strategien nachhaltiger Entwicklung. Frankfurt/M. 2005.

der Linken aufgenommenen Forderungen mit Änderungskonsequenz. Dabei möchte ich mich auf die Ansinnen nach mehr Egalität und mehr Kommmunarität konzentrieren.

## 2. Egalität in der modernen Gesellschaft

Praktische Nachhaltigkeitspolitiken, die auch nur in die Richtung der skizzierten Ansätze sozialer Nachhaltigkeit zielen, scheitern – so die zunächst banale Ausgangserkenntnis – schnell an den tieferliegenden Strukturen moderner westlicher, kapitalmarktdominierter Industriegesellschaften, sofern sie über additive kosmetische Politik hinausgehen. Hier beginnt die Aufgabe für linke Theorie bzw. für eine kritische Wissenschaft. Vorzufinden sind bis dato hingegen lediglich Forschungen in zwei isolierten Richtungen:

Zum einen werden die konkreten Probleme und Umsetzungsschwierigkeiten von Nachhaltigkeitspolitiken – hauptsächlich beobachtet wird die Politik der lokalen Agenda – aufgelistet. Dabei werden die *sichtbaren* Barrieren beschrieben, die Studien verharren auf einer eher deskriptiven Ebene. Zum anderen gibt es soziologische Theoriebildung über die Strukturen und Dynamiken der Moderne bzw. moderner Industriegesellschaften. Zu nennen wären beispielhaft die mehr oder weniger konkurrierenden Ansätze: Theorie der kommunikativen Handelns, Systemtheorie, Theorie »reflexiver« Modernisierung, die Theorie des Struktur-funktionalismus sowie der Regulationsansatz als neomarxistische Theorie.

Warum werden nicht beide Probleme integriert bearbeitet? Warum werden die Schwierigkeiten praktischer Nachhaltigkeitsanstrengungen nicht auf die tiefer liegenden Strukturen moderner Gesellschaften bezogen? Zu fragen ist etwa: Welche langfristigen Trends werden von den Theoriesträngen als irreversibel beschrieben und welche Begründungen werden dafür angeführt? Wie konstitutiv für eine moderne Gesellschaft sind Erscheinungen wie Individualisierung, Massenkonsum und repräsentative Konkurrenzdemokratie? Wie konstitutiv sind Trends der Wertpluralität, einer Desubstanzialisierung von Gerechtigkeitsfragen, ein prozedurales Gerechtigkeitsverständnis? Wenn hier – möglicherweise theorieübergreifend – bestimmte Trends als stabil begründet werden können, welche Schlussfolgerungen ergeben sich dann für die Zielsetzungen einer Politik für soziale Nachhaltigkeit? Welche Trends lassen sich ganz oder teilweise mit den bisherigen Ansätzen sozialer Nachhaltigkeit vereinbaren und welche eher nicht? Gibt es möglicherweise eine theoretisch begründbare Hierarchie der Anschlussfähigkeit sozialer Nachhaltigkeitsansätze?

### *Kulturelle und materielle Individualisierung*

Betrachten wir hier zunächst den Egalitätsansatz, zugespitzt in der Forderung nach global paritätischem Ressourcenverbrauch, im Lichte der strukturellen Ten-

denzen der modernen kapitaldominierten Gesellschaften. Ins Auge fällt zunächst der Prozess der Individualisierung, der Herauslösung der Individuen aus vorgegebenen Strukturen in den Sphären der Familie, des Berufsstandes, der sozialen Schicht etc. Beck, Giddens u.a.<sup>15</sup> beschreiben den Individualisierungstrend als ein zwingendes Merkmal einer sich vollendenden, einer »zu sich selbst kommenden« Moderne. Der emanzipative Impuls der Aufklärung kam in der ersten Phase der »Industriemoderne« nur halb zur Geltung, die Lebensplanung der Menschen war noch stark vorgeprägt durch die Familie und die soziale Schicht. Auf der Basis eines relativen Wohlstandes, der die unmittelbarsten Überlebensprobleme zurückließ, geraten in der »zweiten Moderne« Fragen der Gestaltung des eigenen Lebens stärker in den Vordergrund. Jeder kann und muss zum Architekten der eigenen Biografie werden. Dabei sind den Individuen natürlich – wie Baumeistern auch – in unterschiedlichem Maße äußere Beschränkungen auferlegt.

Steht dieser Individualisierungstrend gegen die egalitäre Forderung des sozialen Nachhaltigkeitsansatzes? Bei etwa gleicher Inanspruchnahme von Ressourcen sind ja unterschiedlichste Lebensstile vorstellbar, ein prinzipieller Widerspruch ergibt sich hier meines Erachtens nicht. Problematisch wird es hingegen, wenn diese – ich nenne sie einmal »kulturelle« – Individualisierung stattfindet bei gleichzeitigem Sozialabbau. Kollektive sozialstaatliche Sicherungen und Umverteilungsmechanismen werden, auch durch Anknüpfung an ein entwickeltes kulturell-individualistisches Bewusstsein, abgebaut. Waren die Lebensverhältnisse innerhalb einer sozialen Schicht während der »Industriemoderne« noch relativ einheitlich, haben wir es jetzt mit einer Individualisierung sozialer Ungleichheit zu tun – zur kulturellen tritt sozusagen eine materielle Individualisierung hinzu. Dieser Trend ist das direkte Gegenteil egalitärer Forderungen.

Sozialabbau bzw. eine Entwicklung zur Vergrößerung der Reichtumsasymmetrie ist das, was wir auf der Oberfläche beobachten. Handelt es sich um eine Tendenz der modernen Gesellschaft insgesamt? Oder ist dieser Trend lediglich gekoppelt an die gegenwärtige Phase des Finanzmarktkapitalismus?

### *Gefährdeter Diskurs*

Die Moderne ist wesentlich konstituiert durch den Anspruch der Aufklärung, alle scheinbar vorgegebenen Verhältnisse zu hinterfragen und die Beziehungen der Menschen untereinander nach frei gewählten Vorstellungen zu gestalten. Nach Habermas sind die zur rationalen Reflexion fähigen Individuen aufgrund ihrer Sprachfähigkeit geradezu vorherbestimmt zu einem derart kommunikativen Handeln. Im Verlaufe der weiteren Entwicklung der Moderne werden sie ihre Probleme immer mehr im Modus eines Diskurses unter Gleichberechtigten, bei dem nur der »zwanglose Zwang des besseren Arguments« den Ausschlag gibt, regeln.

15 Vgl. etwa: Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M 1986; ders.: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt/M 1993; Anthony Giddens: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/M. 1995(90).



Die Modernetendenz besteht im Einschluss aller in diesen Diskurs.<sup>16</sup> Dies scheint zunächst eine gute Basis für das egalitäre Nachhaltigkeitsziel der Ressourcengleichverteilung zu sein. Auf was sonst könnten sich Gleichberechtigte im rationalen Diskurs einigen? Zwei Tendenzen, die Habermas im Rahmen seiner Modernetheorie selbst herleitet, senken jedoch die Wahrscheinlichkeit eines solchen Diskursresultats.

Zum einen entsteht in der Modernen neben der Sphäre des kommunikativen, des diskursiven sozialen Handelns, der »Lebenswelt« zwangsläufig eine Sphäre des strategischen Handelns: Die Systeme der Wirtschaft und der Politik. Da eine diskursive Regelung aller gesellschaftlichen Vorgänge angesichts der Komplexität und der Offenheit nicht-traditioneller Gesellschaften nicht möglich ist, bilden sich quasi zur Entlastung Systeme heraus, in denen das Handeln der Menschen durch nicht-diskursive Medien wie Geld und Macht gesteuert wird. Dabei sind nach Habermas die Systeme grundsätzlich dem lebensweltlichen Diskurs nachgeordnet, d.h. eine diskursive Steuerung der Rahmenbedingungen etwa des Systems der Wirtschaft ist der Normalfall. Unklar bzw. historisch offen bleibt dennoch das Verhältnis von Systemen und Lebenswelt. Habermas sieht vor allem die Gefahr der Überformung des lebensweltlichen Diskurses durch die Systeme. Dann werden systemisch generierte wirtschaftliche Imperative normativ wirksam: Wenn zum Beispiel ein ökologisch schädlicher Standort für einen Industriebetrieb auch nach ausführlicher öffentlicher Erörterung von der Bevölkerung aufgrund der Arbeitsplatznot mehrheitlich gebilligt wird, haben wir es m.E. mit solch einer Überformung des ökonomischen Systems auf die Sphäre des rationalen Diskurses zu tun. Zu einer solchen »Kolonisierung« des diskursiven Denkens kann es kommen, wenn eine »übernormale« Dominanz des ökonomischen Systems die Haltungen und das Erkenntnisvermögen der Diskursteilnehmer in Richtung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte verengen. Wenn also zum Beispiel – möglicherweise egalitäre Lösungen provozierende – Fragen der Verteilung der Inanspruchnahme des globalen Umweltraums, wie sie etwa bei der Aushandlung der zulässigen CO<sub>2</sub>-Emissionen für ein bestimmtes Land, eine bestimmte Branche oder einen Betrieb auftauchen, im politischen Diskurs nicht unter ökologischen oder sozialen Aspekten, sondern unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet und entschieden werden.

Der zweite große Wermutstropfen auf die prinzipiell egalisierende Wirkung des Diskurses besteht in der Tendenz der Wertabstraktion. Wertabstraktion bedeutet, dass Konsense im Diskurs der Modernen immer weniger über geteilte substantielle Inhalte, also etwa eine bestimmte Form der Einkommensverteilung, erreichbar sein werden. Die Wertesysteme, die Auffassungen vom richtigen Zusammenleben und von der gelungenen Lebensart, werden sich weiter ausdifferenzieren. Es verbleiben Konsense über Verfahrensregeln – über abstraktere Normen.<sup>17</sup> Dem

16 Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns (2Bd). Frankfurt/M. 1988(81) / Ders.: Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt/M. 1991

17 Vgl. Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt/M. 1994.

substantielle Werte wie etwa Verteilungsgerechtigkeit verdrängenden Abstraktionsprozess steht jedoch die potentiell egalitäre Wirkung des früher oder später alle Ansprüche inkludierenden Diskurses gegenüber. Ob sich die egalitäre oder die eher wertabstrahierende, rein prozedurale Tendenz durchsetzen wird, ist damit ebenso (wie die Frage der Kolonisierung des Diskurses) eine offene Frage der Moderne.

### *Gekoppelte Systeme*

Vollkommen gegen die Einschätzung, eine egalitäre Inanspruchnahme von Umweltgütern ließe sich möglicherweise früher oder später über den Diskurs vernünftiger Individuen durchsetzen, spricht natürlich die Beschreibung der Moderneentwicklung als eine sich in komplett autonome Subsysteme ausdifferenzierende Gesellschaft. Die Systeme der Wirtschaft, der Politik, der Wissenschaft, der Erziehung etc. folgen mithilfe ihrer spezifischen Kommunikationsmittel lediglich ihrer eigenen Logik. Nach Luhmann, der die extremste Form dieser Systemtheorie konzipiert hat, können die Subsysteme Probleme aus anderen Systemen aufgrund ihrer anderen Sprache, ihrer anderen »Codierung« nicht in ihrem eigentlichen Gehalt erfassen. In der Wirtschaft kann also nicht verstanden werden, worum es in der Politik überhaupt geht und umgekehrt. Jedes System wird demnach durch Ereignisse in anderen Systemen lediglich »irritiert«, eine systematische Beeinflussung oder Steuerung des einen Systems über das andere ist nicht möglich. In modernen Gesellschaften gibt es folglich kein Zentrum, von dem aus sich Probleme lösen lassen würden – eben auch nicht die ökologische Problematik.<sup>18</sup> Eine zentrale Steuerung der Inanspruchnahme von Umweltraum, ob durch globalen Diskurs oder durch irgendwelche Institutionen der Politik wäre dann gänzlich unmöglich.

Meines Erachtens ist die Beobachtung sich ausdifferenzierender und auch auseinanderdriftender Systeme nicht von der Hand zu weisen – nur die Behauptung der Unmöglichkeit der zielgerichteten gegenseitigen Beeinflussung halte ich für nicht belegbar. Akteure aus dem ökonomischen System nehmen gezielt Einfluss auf politische Entscheidungen, andersherum setzt das politische System der ökonomischen Tätigkeit einen gewisse Rahmen, das ökonomische und das politische System beeinflussen das System der Wissenschaft gezielt durch Berufungen, Geldströme etc. – die Liste ließe sich fortsetzen. Es lohnt sich jedoch ein Blick auf die früheren systemtheoretischen Ausarbeitungen von Parsons, Münch und anderen.<sup>19</sup> Nach deren strukturfunktionalistischem Ansatz entwickelt sich die Moderne ebenfalls zwangsläufig in Richtung einer Ausdifferenzierung von Subsystemen

18 Vgl. Niklas Luhmann: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen 1986.

19 Vgl. etwa: Talcott Parsons: Das System moderner Gesellschaften. München 1972 (71); ders.: Gesellschaften: Evolutionäre und komparative Perspektiven. Frankfurt/M. 1971(66); Richard Münch: Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften. Frankfurt/M. 1984.

mit eigenen Kommunikationsmedien. Die Systeme haben jedoch eine Aufgabe, eine Funktion für die Gesamtgesellschaft – sie sind strukturfunktional. Ein weiterer Unterschied zur Luhmann'schen Systemtheorie besteht darin, dass die Systeme sich gegenseitig durchdringen. Diese Beeinflussungen können unterschiedlich ausgeprägt sein. Bei ungleichgewichtiger Kopplung, etwa einer Dominanz eines Systems gibt es eine krisenhafte Entwicklung – die Systeme sollten sozusagen im Gleichgewicht sein. Letztendlich ist die Entwicklung der funktionalen Struktur, d.h. die Ausprägung der Systeme selber und ihre Beziehungen untereinander eine historisch offene Frage. Interessant ist, dass sich nach diesem Theorieansatz in modernen Gesellschaften ein »System der gesellschaftlichen Gemeinschaft« herausentwickelt, gesteuert durch das Kommunikationsmedium »Einfluss«, welches die Aufgabe der Solidaritätserhaltung und der Integration hat. Demnach ist auch bei sich ausdifferenzierenden Systemen eine gesamtgesellschaftliche Bearbeitung des Problems globaler Ressourcenverteilung mit der möglichen Lösung einer egalitären Verteilung zumindest möglich.

In der Moderne sind also aus gesellschaftstheoretischer Sicht, wie ich hier unter Zuhilfenahme mehrerer metatheoretischer Ansätze angedeutet habe, egalitäre Entwicklungen prinzipiell denkbar – wenn auch mit entgegengesetzten Tendenzen, die sich aus tieferliegenden Strömungen wie der Wertabstraktion, der Kolonisierung des Diskurses, der Dominanz einzelner Subsysteme ergeben, zu rechnen ist. Gleiches kann natürlich nicht für die gegenwärtige Phase des finanzmarktdominierten Kapitalismus behauptet werden. Neue Akkumulationsstrategien und eine veränderte gesellschaftliche Regulation sorgen für mehr Ungleichheit, für multiple Spaltungen. Die Individualisierung sozialer Ungleichheit, die Zurückdrängung von Kollektivregelungen bzw. die Aufwertung von Selbstorganisation und -verantwortlichkeit wird die inter- und intraregionalen Ungleichheiten verstärken.

Die bisher diskutierten theoretischen Erklärungen der Moderneentwicklung haben sich auf verschiedene Entwicklungscharakteristika fokussiert, die jede für sich ihre Berechtigung haben und sich zudem meines Erachtens weitgehend ergänzen können, sieht man einmal von den radikalen Annahmen der Luhmann'schen Systemtheorie ab. Bisher nicht in den Blick genommen wurden jedoch Dynamiken der Kapitalakkumulation und ihrer gesellschaftlichen Regulation. Dies versucht der Regulationsansatz, der die Entwicklungsphasen moderner Industriegesellschaften als kapitalistisch verfasste begreift, ohne in ein einfaches und falsches Basis-Überbau-Schema zu verfallen.

### 3 Mehr Kommunarität als Egalität in der neuen Regulation

Der Regulationsansatz erklärt jede relativ stabile Phase der kapitalistischen Moderne als spezifisches Zusammenspiel zwischen einem die Kapitalrentabilität garantierenden Akkumulationsregime einerseits und deren gesellschaftlicher Regulationsweise durch formale und informelle Normen andererseits. Akkumulationsregime und Regulationsweise »artikulieren« sich zueinander, sie sind nicht aufeinander reduzierbar – es gibt etwa keinen ökonomischen Kern, aus dem sich das Politische und Ideologische der Regulationsweise ableitet und auch nicht umgekehrt.<sup>20</sup> Bekanntestes Beispiel einer relativ kohärenten Entwicklungsformation ist der Fordismus, der sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den entwickelten Industrieländern durchsetzte und etwa bis in die Mitte der 70er Jahre andauerte. Der Fordismus hat seinen Namen vom US-amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford, der in den Zwanziger Jahren prototypisch die Entwicklungsweise vorweg exerzierte: Auf der einen Seite effektivierte und verbilligte er die industrielle Produktion von Automobilen durch Standardisierung der Modelle und eine taylorisierte Zerteilung des Arbeitsprozesses (Fließband). Auf der anderen Seite zahlte er seinen Arbeitern relativ hohe Löhne, so dass für eine Massennachfrage nach seinen eigenen Wagen gesorgt war. Dementsprechend ist der Fordismus gekennzeichnet durch ein Akkumulationsregime der tayloristischen Massenproduktion, eines durch Gewinnaufteilung ermöglichten Massenkonsums sowie einer relativen Binnenorientierung nationaler Wirtschaftsräume. Diese spezifische Kohärenz von Produktion und Konsum, die eine beständige Akkumulation möglich machte, wurde gestützt durch eine Regulation über den keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Er glättete durch aktive staatliche Konjunkturpolitik zyklische Krisen und korrigierte das Marktergebnis via sozialstaatlicher Umverteilung.

In der fordistischen Phase gab es also eine Entwicklung hin zu etwas gleichen Lebensverhältnissen, wenn auch die Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten keineswegs abgebaut wurden. Meine These ist nun, dass diese fordistische Tendenz zu etwas mehr Egalität in der aktuellen postfordistischen Formation, die als Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden kann, zurückgedreht wird und dafür – dies mag zunächst verwundern – kommunitäre Bezüge eine Aufwertung erfahren.

Unter Kommunarität fasse ich, wie oben erläutert, die Aufwertung gemeinschaftlicher, nahräumlicher Bezüge, wie sie auch im Nachhaltigkeitsdiskurs direkt

<sup>20</sup> Als Akkumulationsregime definiert Alain Lipietz, einer der Begründer der französischen »ecole de la regulation«, den »Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes«, der über einen längeren Zeitraum hinweg eine bestimmte Entsprechung zwischen der Transformation von Produktions- und Konsumverhältnissen herstellt. Als Regulationsweise fasst er »die Gesamtheit der institutionellen Formen, der Netze, der expliziten und impliziten Normen, die die Kompatibilität von Verhaltensweisen im Rahmen des Akkumulationsregimes ... gewährleisten«. Vgl. Alain Lipietz: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hamburg 1998, S. 161 ff.

oder implizit gefordert wird. Die gesteigerte Bedeutung gemeinschaftlicher Bezüge ergibt sich – auch dies mag zunächst verwundern – trotz und gerade wegen der Individualisierungstendenz.

Mehr Kommunitarität im Postfordismus kann aus der regulatorischen und der akkumulatorischen Krise des Fordismus heraus erklärt werden. Zu einer Regulationsweise gehört immer auch ein soziales Paradigma, ein hegemoniales Leitbild. Das soziale Paradigma der fordistischen Periode war sozialer, technischer und staatlich-institutioneller Fortschritt, der die Verfolgung individuellen Glücks in der Kleinfamilie absichern sollte. Die den sozialen Fortschritt sichernde primäre Vergesellschaftung über zentrale Institutionen der Interessenvertretung und des Sozialstaats geriet von »innen« durch die Dynamik von Individualisierungsprozessen und von »außen« durch ökonomischen Druck in die Krise. Kritisiert wurde auf der einen Seite die atomistische Vereinzelung in einem System unpersönlicher, unbeeinflussbarer Großorganisationen, sei es in der Sphäre der politisch-repräsentativen Interessenvertretung oder der tayloristisch entmündigenden Arbeitsorganisation. Auf der anderen Seite nagten multiple ökonomische Differenzierungsprozesse an der Akzeptanz kollektiver Regelungen, etwa des Flächentarifs oder der Sozialversicherungspflicht. Der »atomistische Kollektivismus« im Fordismus wurde abgelöst durch das postfordistische Leitbild der Selbstorganisation. Letztere wird jedoch sowohl individualistisch als auch kommunitär gedacht. Die kommunitären Konnotationen des neuen Leitbildes spiegeln sich in den Konturen der neuen Regulationsweise ebenso wie in denen des neuen Akkumulationsregimes.

Die Konturen der postfordistischen Regulationsweise sind gekennzeichnet durch eine Transformation der Solidaritätsform. Statt der Solidarität mit den Unbekannten im Rahmen von anonymen, gesamtgesellschaftlichen Regelungen tritt die selbstorganisierte Solidarität mit den Bekannten. Kommunitäre Bezüge zur Familie, zur Nachbarschaft, zum Betriebsteil, zum Betrieb, zum Berufsstand werden dabei aufgewertet. Die Solidarität wird exklusiver. Hirsch/Roth sprechen von der »Erosion der Institutionen, die bisher die Verbindung zwischen Individuum und Kollektiv hergestellt haben« und der Herausbildung eines »Mikrokorporatismus«, geprägt durch die »Konkurrenz zersplitterter Individuen, partikularer Statusgruppen, auseinanderdriftender Regionen und sich verselbständigender Betriebsgemeinschaften«<sup>21</sup>. Lipietz charakterisiert die Krise der Solidarität als Krise ihrer »anonymen, bürokratischen Form« im Wohlfahrtsstaat und preist die »Transformation der Solidaritätsformen« von »rein monetärer Umverteilung hin zur Subventionierung von Aktivitäten, die selbstorganisiert sind« als Element des »alternativen Paradigmas«<sup>22</sup>. Das »alternative Paradigma« ist nach Lipietz eine mögliche Antwort auf die Krise des fordistischen Leitbildes staatlich organisierten sozialen Fortschritts und steht in Konkurrenz zum »liberal-modernistischen Paradigma« des reinen Neoliberalismus.

21 Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg 1986, S. 140.

22 Vgl. Alain Lipietz: Demokratie nach dem Fordismus. In: Das Argument 189, Hamburg 1991, S. 682ff.

Auf der Ebene der Arbeitsorganisation spiegeln sich diese kommunitären Elemente der neuen Regulationsweise. Auf die hierarchisch-tayloristische Arbeitsorganisation folgt neben der Flexibilisierung die Strategie der auszuhandelnden Einbindung.<sup>23</sup> Die Einbindung umfasst Dimensionen der Qualifikation, der Gruppenarbeit, sowie der Mitsprache bei Festlegung und Kontrolle von Aufgaben. Der Aushandlungsprozess dieser Einbindung vollzieht sich immer stärker jenseits aggregierter sozialer Ebenen der Gesamtgesellschaft oder von Branchen, sondern zunehmend auf individueller oder partikular korporativer Ebene etwa von Arbeitsgruppen oder Betriebsteilen. Die auf diesem Weg sowie über ökonomische Fragmentierung geforderte und geförderte betriebliche *corporate identity*, zu denen auch die Unternehmenssteuerung über Aktienbesitz der unmittelbaren Produzenten gezählt werden muss, ist Bestandteil einer allgemeinen kommunitären Orientierung auf unmittelbare Gemeinschaften.<sup>24</sup>

Diese Unmittelbarkeit von Kommunität, ihre Orientierung auf die nähere soziale Umgebung, erklärt ihren engen Zusammenhang mit Partizipation. In der regulationstheoretischen Beschreibung postfordistischer Konturen sowie deren paradigmatischen Strömungen (etwa das der »Alternative«, s.o.) tauchen Partizipation und mehr Gemeinschaftsbezug oft gemeinsam auf. Kommunität ist zwar kein zwingendes Implikat partizipativer Orientierung, da Partizipation auch in überörtlichen oder temporären sozialen Zusammenhängen stattfinden kann. In nahräumlichen Konstellationen sind Partizipativität und Kommunität jedoch zwei Seiten derselben Medaille. Die abgelöste soziale Währung ist die überörtliche Egalität. Erst partizipative Kommunität bzw. kommunitäre Partizipation ermöglicht die Abschaffung (eher) egalitärer Paradigmen und Praxen, sie sind der neue soziale Kitt in der postfordistischen kapitalistischen Gesellschaft.

Dieser aus den angedeuteten regulationstheoretischen Beschreibungen zu gewinnende Zusammenhang erklärt die mögliche Parallelität von Individualisierung und einem Anstieg von Kommunität. Individualisierende Tendenzen wie die Kommerzialisierung sozialer Bindungen, wie sie etwa in der Person des Arbeitskraftunternehmers zum Ausdruck kommt, oder Entwicklungen hin zum narzisstischen Selbstdarsteller<sup>25</sup> stehen zwar einerseits in Gegensatz zur gemeinschaftlichen Orientierung. Die Kritik am Fordismus war aber auch eine Kritik an dessen atomistischer Vergesellschaftung, die keineswegs mit der postfordistischen Modifikation hin zu ökonomistischen und narzisstischen Formen der Vereinzelung zu

23 Vgl. Alain Lipietz : Die neuen Beziehungen von Zentrum und Peripherie. In: Ders.: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hamburg 1998.

24 Die Vermögensbeteiligung der Produzenten am eigenen Betrieb ist Bestandteil der Strategie von Michel Aglietta zur Regulation des sich abzeichnenden »Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes«, also des Finanzmarktkapitalismus. Daneben sollen gesamtgesellschaftliche Mechanismen der Kontrolle institutioneller Anlage treten. Vgl. Michel Aglietta: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg 2000. Ähnlich wie bei der Transformation der Solidarität in der von Lipietz unterstützten »Alternative« besteht die Transformation der Unternehmenssteuerung hier bei Aglietta aus einer Mischung von dezentralem Korporatismus und überpartikularen Ausgleichsmechanismen.

25 Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth, a.a.O.

stillen gewesen wäre. So leisteten vor allem die neuen sozialen Bewegungen Pionierarbeit für einen Vereinzelungs- und Normierungstendenzen überwindenden dezentral-partikularen Korporatismus<sup>26</sup>, wenn sie ihn auch stets mit einem Bezug aufs Ganze kombinieren wollten und wollen.<sup>27</sup>

Die mögliche und für die Stabilität postfordistischer Vergesellschaftung auch notwendige Kombination von individualisierendem Neoliberalismus und sozialisierendem Kommunitarismus im »kommunitaristischem Neoliberalismus«<sup>28</sup> soll für Nachhaltigkeit, Einbettung und Kompensation desselben sorgen. Die funktionale Notwendigkeit der nur scheinbar paradoxen parallelen Förderung von Markt und Gemeinschaft konstatiert auch Roth in seiner Analyse der lokalen Ebene als Experimentier- und Pionierfeld postfordistischer Regulation:

»Flexiblere Produktionskonzepte bedürfen der sozialen und politischen institutionellen Einbettung, die vor allem auf lokaler Ebene zu leisten ist. Der Blick auf diesen institutionellen Bedarf kann auch zur Klärung einer Paradoxie beitragen, die in der aktuellen sozialwissenschaftlich inspirierten öffentlichen Debatte deutlich zu spüren ist: die Förderung von Marktmentalitäten einerseits und die Anrufung von Gemeinschaften andererseits. Die marktliberale Umwälzung der Arbeitsbeziehungen und Lebensverhältnisse und das wachsende Interesse an Kommunitarismus und Zivilgesellschaft sind keine schroff gegensätzlichen Alternativen, sondern sich ergänzende Strategien. Es geht bei den Debatten über den Dritten Sektor, über neue Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement überwiegend nicht um eine nostalgische Anrufung lokaler Gemeinschaften, sondern darum, jenes ‚soziale Kapital‘ zu sichern, das für die erfolgreiche Etablierung postfordistischer Produktions- und Konsumformen unverzichtbar ist.«<sup>29</sup>

Nach dem Regulationsansatz wandelt sich im Postfordismus – oder genauer: im Finanzmarktkapitalismus – gesamtgesellschaftliche Solidarität zu selbstorganisierter. Durch die lokale Selbstorganisation des Sozialen gewinnen partikuläre Bezüge zur Familie, zum Betrieb(steil), zur Nachbarschaft, zum Berufsstand an Bedeutung. Solidarität wird damit exklusiver. Die durch die neue Regulationsweise verstärkte notwendige Einbindung in gemeinschaftliche Bezüge auf unterschiedlichsten Ebenen ist nicht zu verwechseln mit der Wiederkehr umfassender vorgegebener Gemeinschaftsbindungen, wie sie etwa noch in der ersten Phase der Moderne, der »Industriemoderne« (vgl. Beck) vorzufinden waren. Die Bezüge gehen quer durch die Individuen, sind nicht allumfassend, wechseln im Lebenszyklus und sind – in welchen Grenzen auch immer – wählbar. Die Aufwertung von Gemeinschaftsbezügen im Postfordismus vollzieht sich damit komplementär zur Individualisierungstendenz.

26 Ebd.

27 So Alain Lipietz in: Demokratie nach dem Fordismus, a.a.O.

28 Vgl. Hans-Jürgen Bieling: Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen. Münster 2000, S. 228.

29 Vgl. Roland Roth: Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen. In: Görg/Roth (Hg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften. Münster 1998, S. 110.

#### 4 Egalitäre und komunitäre Nachhaltigkeitsansätze als Transformationsprojekte?

Mein Ausgangspunkt war, dass zur Erörterung der vielfältig beobachtbaren strukturellen Schwierigkeiten einer erfolgreichen Umsetzung von Forderungen nach nachhaltiger Entwicklung tieferliegende Strukturen moderner, kapitaldominierter Gesellschaften verstärkt in der Blick zu nehmen sind. Um Aussagen über gesellschaftsstrukturelle Hindernisse, aber auch Anschlusschancen und Vereinbarkeiten treffen zu können, ist zudem eine Verallgemeinerung, eine Abstraktion der Nachhaltigkeitsforderungen aus ihren vielfältigen konkreten Zusammenhängen notwendig. In diesem Beitrag habe ich dafür einen Vorschlag vorgelegt.

Am Beispiel der abstrahierten Nachhaltigkeitsansätze Egalität und Komunitarität habe ich gezeigt, wie eine Diskussion von deren Anschlussfähigkeit unter Zuhilfenahme von theoretischen Erklärungen der Entwicklung moderner Gesellschaften begonnen werden könnte. Wenn ich von modernen Gesellschaften spreche, habe ich immer auch ihre Kapitaldominanz im Blick, die in verschiedenen aufeinander folgenden Formationen reguliert wird. Ich halte es für fruchtbar, sich dabei nicht nur bei einem theoretischen Ansatz zu bedienen. Um einen Gegenstand umfassend zu beurteilen, ist es sinnvoll, ihn von verschiedensten Seiten aus zu betrachten. Das heißt nicht, beliebige Erklärungen miteinander zu kombinieren – eine Kompatibilität der Beiträge aus verschiedenen Perspektiven ist für eine widerspruchsfreie Analyse natürlich unabdingbar. Im vorliegenden Falle habe ich mit der Theorie des Diskurses der Moderne, dem Ansatz einer strukturfunktionalen Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Subsystemen sowie der Beobachtung einer sich vollendenden zweiten Modernephase begründet, dass in modernen Gesellschaften eine Option auf mehr Egalität, etwa in Form einer paritätischen Nutzung des Umweltraums, generell durchaus gegeben ist.

Dies kann nicht behauptet werden für die gegenwärtige Phase des Finanzmarktkapitalismus. Mit dem Regulationsansatz, der die Ursachen für die relative Stabilität und die Krisen verschiedener Formationen der kapitaldominierten Moderne in den Blick zu nehmen versucht, habe ich gezeigt, dass die Solidarität im Postfordismus nähräumlicher wird. Gesamtgesellschaftliche Regelungen und Solidaritäten werden zumindest teilweise ersetzt durch komunitäre Bezüge auf unmittelbarere Gemeinschaften.

Was kann das für eine linke und emanzipative Politik bedeuten? Meines Erachtens eignen sich Komunitarität bzw. etwas konkretere Forderungen und Projekte mit komunitärer Stossrichtung nicht als linke Transformationsprojekte. Ein Transformationsprojekt muss zwei Anforderungen genügen: *Erstens* muss es unverträglich mit der zeitgenössischen Formation des Finanzmarktkapitalismus sein. Ansonsten kann die Notwendigkeit dessen Überwindung nicht mit diesem Transformationsprojekt behauptet werden. *Zweitens* müssen die Projekte kompatibel mit der Moderne allgemein sein. Ich habe die Diskussion darüber für die kommu-



nitären Nachhaltigkeitsansätze hier aus Platzgründen nicht mehr geführt. Der Topos der Egalität bzw. konkretere Forderungen mit egalitären Implikationen taugen eher als Transformationsprojekte. Sie sind mit dem Finanzmarktkapitalismus unvereinbar, jedoch mit der Moderne zumindest kompatibel. Ein ideales Transformationsprojekt hingegen sind auch Forderungen mit egalitären Inhalten nicht. Dies wären Projekte, die mit dem Finanzmarktkapitalismus unvereinbar wären, jedoch elementare, unzweifelhafte Gehalte einer sich vollendenden Moderne repräsentieren würden.

# Der Beitrag der Kategorie (Re-)Produktivität zur Nachhaltigkeitsdebatte

## 1 Einleitung

Herkömmliche Vorstellungen vom Ökonomischen sowie vom Verhältnis zwischen Ökonomie, Gesellschaft und Natur sind durch vielfältige Dichotomien gekennzeichnet. Diese enthalten Hierarchien, Ausgrenzungen und Abwertungen, die die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft und einer ihr entsprechenden Wirtschaftsweise blockieren. Darauf machen verschiedene Diskurse aufmerksam, die sich in der Nachhaltigkeitsdebatte bündeln.

Nachhaltigkeit ist ein integratives Lebensprinzip (Busch-Lüty 1996, 143 ff.), welches zum integrativen Denken und Handeln auffordert. In der sozial-ökologischen Forschung, zu der wir mit unseren Gedanken einen Beitrag leisten wollen, ist mit Nachhaltigkeit ein Wissensverständnis verbunden, in welchem es um die Integration von sozial- und naturwissenschaftlichen Wissensbeständen und Methoden geht (BMBF 2000). Diese Integration gelingt jedoch nur mühsam, da viele Teildiskurse im Disziplinären verharren und so die notwendige Kritik von Dichotomien und der ihnen eingeschriebenen Herrschaftsverhältnisse nicht leisten können.

Anders ist es mit der feministischen Forschung. Diese überschreitet von vornherein die Grenzen zwischen Disziplinen. Das Sichtbarmachen von Herrschaftsstrukturen ist eines ihrer zentralen Anliegen. Wir beziehen uns daher für unser integratives Projekt (ein Projekt einer Ökonomin und einer Umweltwissenschaftlerin) auf dieses Wissenschaftsgebiet. Insbesondere knüpfen wir an das Konzept eines Vorsorgenden Wirtschaftens an, das vom gleichnamigen Netzwerk explizit als Antwort auf die vom Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausgehenden sozialen und ökologischen Herausforderungen entwickelt wurde und wird. Hier wird das, was sich als »ökologische Ökonomik« etabliert hat, mit feministischer Forschung zusammengedacht; hier wird »das Soziale« mit »dem Ökologischen« bei der Herausbildung eines neuen Ökonomieverständnisses im Zusammenhang gesehen (vgl. Biesecker et al. 2000).

Unsere nun folgenden Gedanken (vgl. Biesecker/ Hofmeister 2006) richten sich auf die Entwicklung einer alle produktiven Prozesse zusammenführenden Kategorie (Re)Produktivität. *Mithilfe dieser Kategorie, so lautet unsere These, gelingt es, diesen Zusammenhang sichtbar, verstehbar und damit gesellschaftlich gestaltbar zumachen.*

Um die Notwendigkeit dieses Zusammendenkens deutlich zu machen, aber auch, um zu zeigen, wie und warum die Teildiskurse getrennt verlaufen und dennoch auf diesen Zusammenhang drängen, skizzieren wir zwei Diskurse, die die Nachhaltigkeitsdebatte immer noch unverbunden durchziehen: den Diskurs über

die »Zukunft der Arbeit« und den Diskurs über die »Zukunft der Natur« (2). So dann diskutieren wir das Unverständnis des Zusammenhangs dieser beiden Diskurse und der sie auslösenden Krisenphänomene im ökologisch-ökonomischen Nachhaltigkeitsdiskurs (3), um schließlich die Kategorie (Re)Produktivität zu entfalten und mit ihr diesen Zusammenhang diskutierbar zu machen (4). Unsere Gedanken enden in einer Skizzierung der Vision einer (re)produktiven Ökonomie (5).

## 2 Zukunft der Arbeit – Zukunft der Natur

### 2.1 Zukunft der Arbeit

Die Diskussion um die »Zukunft der Arbeit« begleitet uns seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts (vgl. Bierter/ von Winterfeld 1998). Sie hat, insbesondere durch den feministischen Diskurs, zu einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs geführt: Zu der dominanten Erwerbsarbeit wurden die Begriffe Versorgungs- oder Sorgearbeit, Freiwilligenarbeit oder bürgerschaftliches Engagement sowie Eigenarbeit hinzugefügt. Das kreative Moment dieser Debatte lag darin, dass sie auf das Sichtbarmachen, das Aufwerten des bisher unsichtbaren, abgewerteten sogenannten Reproduktiven drängte (vgl. Wolf-Graaf 1981).

Das konnte zunächst jedoch nicht gelingen, da die Erweiterung des Arbeitsbegriffs vor allem additiv erfolgte. Dadurch wird die Trennung des Produktiven und des sogenannten Reproduktiven, die Produktions-Reproduktionsdifferenz, in der Diskussion weiter mitgeschleppt. Denn wenn an der bisher einzigen, dominanten Form der Arbeit, der Erwerbsarbeit, angesetzt wird, bleiben alle anderen Tätigkeiten Nicht-Arbeit – »reproduktiv« im Vergleich zur produktiven Erwerbsarbeit. Die hierarchisch-dichotome Struktur dieser Differenz, die geschlechtlich konnotiert ist (das sogenannten Reproduktive ist sozial weiblich, das Produktive sozial männlich), wird ebenfalls ungewollt mitgeschleppt. Und die »Krise der Arbeit« bleibt eine »Krise der Erwerbsarbeit«. Dass es gerade auch und vor allem um eine »Krise der Reproduktionsarbeit« (Rodenstein et al. 1996) geht, bleibt so unsichtbar.

Das Überwinden der Produktions-Reproduktionsdifferenz kann dagegen nur gelingen, wenn der produktive gesellschaftliche Prozess als prozessuale Einheit aller produktiven Potentiale verstanden wird – als (Re)Produktionsprozess, als Einheit in Verschiedenheit. Aus dieser Perspektive ist sowohl die Kritik der Differenz und ihres dichotom-hierarchischen Charakters als auch die visionäre Neugestaltung des ganzen gesellschaftlichen (Re)Produktionsprozesses möglich. Dazu sind jedoch neue Begriffe nötig – Begriffe, die von vornherein die Perspektive auf das »Ganze« dieses Prozesses in sich tragen. *Es ist unsere These, dass diese neue Begriffsbildung mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität gelingen kann.* Denn in ihr werden alle Produktivitäten als prozessuale Einheit gedacht, als Einheit, in der die verschiedenen Qualitäten der Produktivitäten ineinander greifen.

## 2.2 Zukunft der Natur

Auch der Diskurs um die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit bleibt häufig merkwürdig verengt: So wird Natur meist restriktiv gefasst – als eine Schranke des wirtschaftlichen und sozialen Handelns begriffen. Ausgehend hiervon werden Nachhaltigkeitsstrategien auf quantitative Überlegungen reduziert: Die Rede von »Leitplanken« (BMU 2002), »Tragekapazitäten« (vgl. z.B. die Kategorien »plim-soll-line« und »scale« bei Daly 1999) oder »Nachhaltigkeitslücken« (Majer et al. 1996) dominieren den ökologischen Nachhaltigkeitsdiskurs. Ökologische Natur wird darin überwiegend als eine »Bestandsgröße« aufgefasst, die es zu sichern und zu erhalten gilt.

Natur ist jedoch kein Bestand. Natur ist lebendig, und als lebendige ist sie in der Zeit. Sie ist Zeit. Erst indem wir auf das dynamische, prozessierende und evolutionäre Moment verweisen, lässt sich ein Eindruck davon gewinnen, was Natur für die Gesellschaft und ihre Ökonomie leistet: Mit der Kategorie *Naturproduktivität* (Immler/ Hofmeister 1998) wird deutlich, dass es die Gesamtheit der Stoffe, Energie und Leistungen sind, die der menschlichen Gesellschaft als Ressourcen zur Verfügung stehen und in die ökonomischen Prozesse einfließen.<sup>1</sup>

Doch ist Natur nicht nur Produktivität, sondern zugleich immer auch schon *Produkt*. Ausgehend von einem Naturverständnis, das die Einheit von Produktivität und Produkt betont (Immler 1989 mit Verweis auf Schelling), sehen wir, dass auch die gewohnte – trennende und dichotomisierende – Sichtweise auf Natur und Gesellschaft nicht mehr zeitgemäß ist. Das Denken, in dem Kultur/Gesellschaft und Natur als zwei getrennte ontologische Einheiten einander gegenüber gestellt werden, hat sich durch die Entwicklung der Industriegesellschaft überholt: Natur ist längst nicht mehr nur Produkt ihrer selbst, sondern immer auch schon gesellschaftliches Produkt – Resultat wirtschaftlichen und sozialen Handelns. Wir gehen davon aus, dass die Industriegesellschaft und ihre Ökonomie auf der physisch-materiellen Ebene eine Verbindung eingegangen ist mit der ökologischen Natur – eine Verbindung, die weder im Raum noch in der Zeit mehr zu begrenzen sein wird. Außerhalb von Gesellschaft gibt es keine Natur, die es zu erhalten und zu bewahren gälte. Die Zukunft der »Natur« liegt daher lange schon in gesellschaftlicher Verantwortung, sie ist mithin eine politische Aufgabe geworden.

Betrachten wir vor diesem Hintergrund die so genannte ökologische Krise, so erweist sie sich als eine Krise des sozial-ökonomischen Systems: Weil die durch jeden einzelnen Produktions- und Konsumtionsprozess hergestellten Naturprodukte als solche gelehnet werden – als nicht intendierte Nebenprodukte des Wirtschaftens durch den Wirtschaftsprozess selbst nicht bewusst (mit)gestaltet wer-

1 In den aktuellen ökologischen Diskursen sowie im Naturschutz zeigt sich, dass die Sichtweise auf Natur sich zu verändern begonnen hat: Die Kategorie Resilienz, die Mosaik-Zyklus-Theorie und das Prozessschutzkonzept betonen das Dynamische und Prozesshafte, das mehr und mehr Wert geschätzt und zum Gegenstand des Naturschutzes wird (vgl. zu diesem Diskurs u.a. Holling 1976, Scherzinger 1999, Sturm 1993). In der politischen Nachhaltigkeitsdebatte findet dieses Naturverständnis bislang jedoch kaum Berücksichtigung.

den, können ökologische Krisenphänomene entstehen und sich weiter ausdehnen. Doch wird von diesen noch immer angenommen, dass sie im Nachhinein zu steuern, zu korrigieren und umzugestalten wären. Gerade jene Logik, in der die notwendig miterzeugten »Naturen« ausgeblendet und verleugnet werden, kommt zum Tragen auch dort, wo im politischen Raum das Gegensatzverhältnis zwischen Kultur/Gesellschaft vs. Natur ex post wiederhergestellt werden soll. Die Politikkonzepte Umwelt- und Naturschutz sind mithin Teil des Problems, das zu lösen sie angetreten sind: Produktion und Reproduktion ökologischer Qualitäten bleiben in dieser (wie in der ökonomischen Logik auch) getrennt.

### 2.3 Das Verständnis von der sozial-ökologischen Krise verbindet die Diskurse

Betrachten wir die beiden bislang noch weitgehend unverbundenen Diskurse in der Debatte um Nachhaltige Entwicklung – den Diskurs um die »Zukunft der Arbeit« und jenen um die »Zukunft der Natur« – im Zusammenhang, so wird deutlich, dass die in beiden Feldern auftretenden Krisenphänomene strukturell eine Gemeinsamkeit aufweisen: Die ökologische wie die sozial lebensweltliche Krise (die Krise der Reproduktionsarbeit) lassen sich verstehen als eine Krise des Reproduktiven. Sowohl die sogenannten ökologischen Krisenphänomene als auch die mit der Krise der Reproduktionsarbeit verbundenen Phänomene, wie der demographische Wandel, Kinder- und Jugendkriminalität oder die so genannte Bildungskrise, betreffen jene Bereiche, die als »reproduktive« Systeme ökonomisch ausgeblendet und nicht Wert geschätzt werden.

Wir gehen weiterhin aus von der These, dass beide – als eine einzige sozial-ökologische Krise interpretierten – Krisenfelder *gleichursprünglich* sind und dass die Verursachungsmomente im Kern im Ökonomischen liegen. Aufbauend hierauf entfaltet sich unsere Kritik am Mainstream in der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte: Was auch in den sich ausbildenden neuen ökonomischen Ansätzen, wie der Ökologischen Ökonomik, nicht gesehen wird, ist die prozessuale Verbindung der so genannten reproduktiven Leistungen: So greift die Ökologische Ökonomie zwar (vielfach sehr produktiv) in die Debatte um Nachhaltige Entwicklung ein, im Vordergrund steht dabei jedoch vor allem die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit. Dass es eine Verbindung zur sozial lebensweltlichen Problemdimension gibt und wie diese Verbindung beschaffen ist, kann mit dieser ökonomischen Theorie nicht erklärt, nicht einmal thematisiert werden. Erst im Zusammendenken mit feministischer Theorie – insbesondere mit feministischer Ökonomik, wie sie z.B. dem Konzept Vorsorgendes Wirtschaften (Biesecker et al. 2000) zugrunde liegt – gerät dieser Zusammenhang in das Blickfeld.

Weshalb tut die ökonomische Theorie sich so schwer, die Ursachen nicht nachhaltigen Wirtschaftens zu erklären und Zusammenhänge neu zu denken?

### 3 Das Unverständnis dieser Gleichursprünglichkeit im ökologisch-ökonomischen Nachhaltigkeitsdiskurs

Generell lautet die Antwort: weil die Produktivitäten sozial weiblicher Tätigkeiten und ökologischer Prozesse abgetrennt bleiben und daher nicht als Elemente ein und desselben, des die Grundlagen der Marktökonomie sichernden »Reproduktiven«, erkannt und behandelt werden können. Das wird im Folgenden, nach einem kurzen Rückgriff auf die Theoriegeschichte der Ökonomik, anhand der Ökologischen Ökonomik, wie insbesondere Herman Daly sie entwickelt hat (vgl. Daly 1999), verdeutlicht.

Ökonomische Theorien bilden ab, wie die Gesellschaft historisch ihr Verhältnis zur Natur versteht. Dabei sind sie selbst eingebunden in die historischen Verhältnisse mit den je spezifischen gesellschaftlichen Naturverhältnissen.

Die Geschichte moderner ökonomischer Theorien (vgl. zum Folgenden Biesecker/ Hofmeister 2006, 76 ff.) wird herkömmlich mit Adam Smith im 18. Jahrhundert begonnen (vgl. Smith 1985/1759 sowie 1973/1776). Schon bei ihm werden die für die weitere Theorieentwicklung maßgeblichen Trennlinien eingezeichnet: Ökonomie wird definiert als Marktökonomie, produktive und damit Wert schaffende und bewertete Arbeit ist nur die Waren produzierende Erwerbsarbeit. Die sozial weiblichen Tätigkeiten werden zwar für die Stabilität dieser Marktökonomie gebraucht, da durch sie die am Markt tätigen Menschen (Männer) mit einer für das Handeln am Markt nötigen Moral ausgestattet werden; sie gelten aber nicht als ökonomisch, nicht als Arbeit, nicht als Wert schaffend, nicht als wertvoll. Auch die ökologische Natur wird mit ihrer Produktivität gebraucht: als Lieferantin von Energie und Stoffen für die Gebrauchswerte der Waren. Aber auch diese Produktivität geht in den Bewertungsprozess nicht ein. Auch sie ist, wie die sozial weibliche Produktivität, unhinterfragte Existenzbedingung der kapitalistischen Warenproduktion.

Diese Theiestruktur wird in den folgenden maßgeblichen Theoriekonzepten beibehalten und in der frühen Neoklassik Ende des 19. Jahrhundert durch die Konstruktion einer nun gänzlich autonomen Marktökonomie gefestigt, die auch Kern der modernen Neoklassik des 20. Jahrhundert bleibt. Denn schien bei Smith im Gebrauchswert der Waren zumindest noch ihre stoffliche Qualität auf und wurden Frauen in der Familie als Produzentinnen von Moral für den Markt betrachtet, so geht es jetzt nur noch um Nutzen, um subjektive Werteinschätzungen der Güter, wofür weder Stofflichkeit noch Moral eine Rolle spielen. Getrennt wird in Produktion und Konsumtion, die sozial weibliche Produktivität verschwindet in der Rolle der Konsumentin. Und die ökologische Produktivität wird als Kapitalproduktivität vereinnahmt, da Natur als Eigentum zum Produktionsfaktor wird, der gegen alle anderen Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) austauschbar, substituierbar ist.

Diese Trennung des sogenannten Reproduktiven vom Ökonomischen wird auch in der kritischen Theorie des 19. Jahrhundert, der Kritik der Politischen Ökonomie von Karl Marx, nicht aufgehoben.

Zwar geht es hier um die gesellschaftliche Reproduktion und ihre Verformung als Reproduktion des Kapitals. Aber auch hier bleiben die sozial weiblichen Tätigkeiten aus dem Arbeitsbegriff ausgegrenzt, und auch hier findet sich kein Verständnis für die der ökologischen Natur eigene Produktivität. In der Kritik der zerstörerischen Tendenzen kapitalistischer Warenproduktion allerdings scheint ein solches Verständnis auf, wenn Marx darauf hinweist, dass diese Produktionsweise die »Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter«. (Marx 1971/1867, 529 f.)

An aktuelle Theorien, die den Anspruch erheben, einen Beitrag für das Verständnis der Ökonomie einer nachhaltigen Gesellschaft zu leisten, stellt sich aus diesem skizzenhaften Durchlauf durch die Entstehungsgeschichte ökonomischer Theorie die Frage: Wird die Trennung des sogenannten Reproduktiven vom Ökonomischen aufgehoben?

Ein für den Nachhaltigkeitsdiskurs bedeutender Theoriebeitrag kommt aus der Ökologischen Ökonomik, zu deren Entstehung Daly wesentlich beigetragen hat. Im Folgenden blicken wir daher mit unserer Frage nach einem integrativen Ökonomiekonzept auf diese Theorie.

Daly (vgl. zum folgenden Daly 1999 sowie Costanza et al. 2001) beginnt seine Theorieentwicklung mit einer Kritik an der Neoklassik. Insbesondere kritisiert er deren Wachstumsparadigma und die Annahme einer Substituierbarkeit zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden (nur als solcher kommt die Natur in der Neoklassik vor) und Kapital. Er differenziert den Kapitalbegriff aus und unterscheidet zwischen menschengemachtem Kapital und Naturkapital. Beide stehen nicht in einem substitutiven, sondern in einem komplementären Verhältnis zueinander – auf »Natur« kann somit im kapitalistischen Produktionsprozess nicht verzichtet werden. Über seine historische These von der absoluten Knappheit des Naturkapitals bringt Daly die Neoklassik in grundsätzliche Schwierigkeiten. Denn diese Theorie kann nur mit relativen Knappheiten umgehen – mit Knappheiten von (als unersättlich unterstellten) Bedürfnissen im Verhältnis zu den für deren Befriedigung gegebenen Mitteln. Für die Behandlung von absoluten Knappheiten fehlt ihr das Handwerkszeug.

Daly versteht die Natur als Ökosystem, dessen Ausmaß konstant bleibt, und die Wirtschaft als dessen offenes Teilsystem. Das Ökosystem dient als Quelle von Rohstoffen (Ressourcen und Energie) und als Senke von Abfallstoffen. Diese Natur wird bei Daly zur Schranke für die sich ausdehnende Ökonomie. Das Naturkapital wird zum begrenzenden Faktor. Als Grundregel für eine nachhaltige Entwicklung gilt daher: Erhalte das Naturkapital.

Die historische Entwicklung skizziert Daly als den Übergang von einer von Ökonomie »leeren« zu einer mit Ökonomie »vollen« Welt (vgl. Daly 1999, 75). Er sucht nach der optimalen Größe der Ökonomie (scale) im Hinblick auf das knappe Naturkapital. Diese Frage tritt gleichwertig neben die herkömmlich im Mittelpunkt ökonomischen Denkens stehenden Fragen nach der optimalen Allokation der Ressourcen und nach der Verteilung.

Natur in der Vorstellung von Naturkapital ist ein Bestand, ist nicht Produktivität. Natur als sich selbst erhaltendes und veränderndes Lebendiges erstarrt in dieser Kategorie zu einer konstanten Größe. Zwar scheint in Dalys Vorstellung von einer Vermehrung des natürlichen Kapitals durch »Investition des Wartens« (Daly 1999, 117) die Produktivität der ökologischen Natur auf – denn dass dieses Warten zur Erhöhung des Naturkapitals führt, lässt sich nur durch ein Produzieren in der und durch die Natur während der Wartezeit erklären. Dennoch wird der Begriff des Naturkapitals nicht aufgegeben.

Nachhaltigkeit gerät in dieser Theoriekonzeption somit zu einer Frage des *rechten Maßes* von etwas, das der Gesellschaft und ihrer Ökonomie äußerlich ist, das getrennt von ihr besteht. Das ist zwar berechtigt, denn der Umfang des Wirtschaftssystems (die Menge an menschlichen Stoff- und Energieumsätzen in der Zeit) ist mit entscheidend für Nachhaltigkeit. Die Frage nach dem Ausmaß greift jedoch zu kurz. Denn dabei wird übersehen, dass die Gesellschaft und ihre Ökonomie auf der physisch-stofflichen Ebene bereits eine *Verbindung* mit der Natur eingegangen sind. Die Frage nach einer leeren, halbvollen oder vollen Welt stellt sich nicht mehr: Unsere Welt ist irreversibel voll (vgl. Biesecker/Hofmeister 2001).

Und das bedeutet auch, dass das Ökosystem als Ganzes nicht mehr das der Ökonomie Äußere ist: Bis hinaus in die Atmosphäre und bis hinein in die DNA-Strukturen sind die Industriegesellschaften eingedrungen in die Natur und haben sie dabei umgestaltet. Das so hergestellte gesellschaftliche Naturprodukt ist weder räumlich noch zeitlich begrenzt. Die vollzogenen menschlichen Umweltveränderungen sind global und unumkehrbar. Die sogenannte »Umweltkrise« ist ihr kontraproduktives Resultat.

Diese Entwicklung gilt es endlich zu akzeptieren – und es gilt, über die *Qualitäten* der eingegangenen und einzugehenden Verbindungen mit der Natur nachzudenken. In einer unumkehrbar »vollen Welt« tritt diese Frage an die erste Stelle. Es reicht nicht mehr aus, Nachhaltigkeit vor allem über Effizienzstrategien zu erreichen. Die zentralen Fragen sind die nach der Konsistenz der aus der kooperativen Verbindung mit der ökologischen Natur resultierenden Produkte sowie die nach der Organisation dieser Kooperationsprozesse selbst.

Diese Fragen lassen sich jedoch im Konzept von Daly nicht beantworten, ja, nicht einmal stellen. Der Grund liegt nicht nur im Konzept des Naturkapitals, sondern auch in dem damit verbundenen und dadurch gestützten Bild von Ökonomie als einem Prozess, in dem Naturstoffe und Energie durch das Teilsystem Wirtschaft hindurchfließen. Folgerichtig geht es Daly um eine Minimierung und effizientere Gestaltung von dieser »Durchlaufmenge« als Teil eines umfassenden Effizienzkonzepts (vgl. Daly 1999, 121).

Damit sitzt auch Daly der Struktur des gegenwärtigen ökonomischen Systems der Industriegesellschaft auf – einer linearen Struktur, einer Ökonomie, die als Input-Output-Ökonomie, als Durchflussökonomie organisiert ist. In ihr gibt es



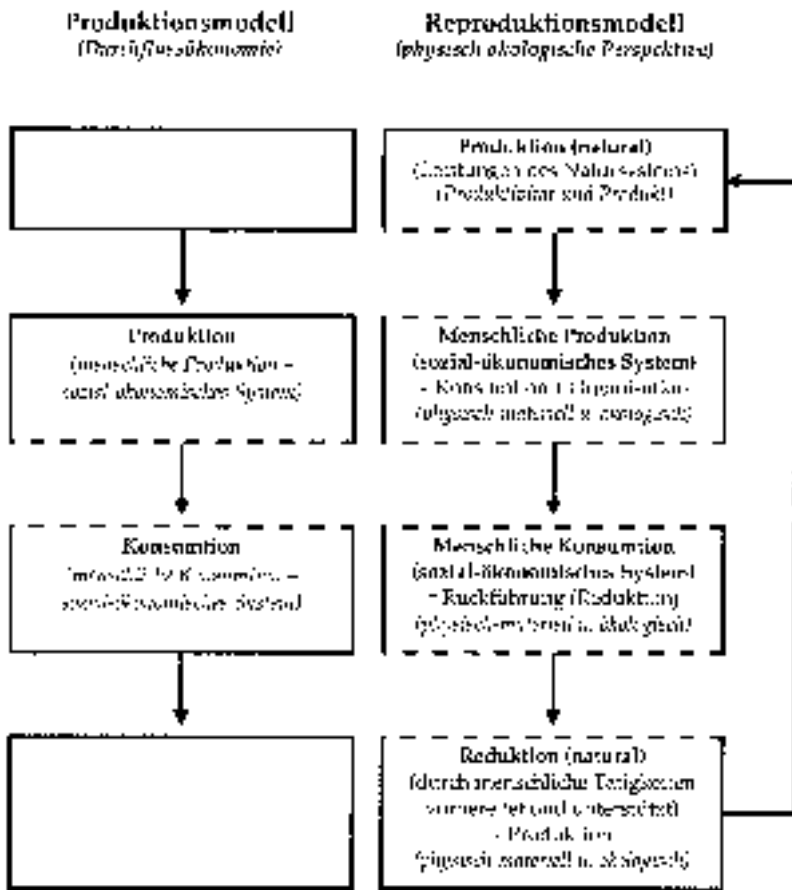
Produktion und Konsumtion, jedoch kein Verständnis von Reproduktion und deren Einheit mit der Produktion. So kann sich auch kein Verständnis von Naturproduktivität und von deren Qualität als gleichzeitig gestaltend und erhaltend entwickeln. Zusammengehörige Prozesse bleiben in diesem Konzept getrennt, das Naturverhältnis ist auch hier ein nicht nachhaltiges. Im Umkehrschluss lässt sich hieran jedoch auch zeigen, worauf es mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung ankommt: durch die menschlichen ökonomischen Prozesse hindurch auch die Produktion und Reproduktion der Natur bewusst mitzugestalten.

Diesen Gedankengang abschließend lautet somit die Antwort auf die diesen Abschnitt einleitende Frage: Auch die Ökologische Ökonomik nach Daly hebt die durch Adam Smith begründete Trennungsstruktur nicht auf. Immerhin deutet sich in der Diskussion der Kategorie »Naturkapital« eine Ahnung von der Produktivität der ökologischen Natur an. Die sozial weibliche Produktivität bleibt jedoch wie in den herkömmlichen ökonomischen Theorien unsichtbar und abgespalten. Ein Verständnis von der Qualität der ökologischen Krise und der Krise der Arbeit gerade auch als Krise der Reproduktionsarbeit wie auch von deren Gleichursprünglichkeit kann so nicht entwickelt werden.

#### **4 Die Reichweite der Kategorie (Re)Produktivität für ein Neudenken des Ökonomischen in der Nachhaltigkeitsdebatte**

Jenseits der Vorstellung von einer Durchflussökonomie entfaltet sich ein anderes Bild vom Ökonomischen. Denn wird gefragt, was das industrieökonomische System in Unterscheidung von seinem Selbstverständnis auf der physisch-materiellen Ebene leistet, so bildet sich ein *Reproduktionsmodell* aus (Immler/ Hofmeister 1998).

Abb. 1: Gegenüberstellung Durchflussökonomie vs. Ökonomie der Reproduktion (Bies-ecker/Hofmeister 2006, 134 nach Immler/ Hofmeister 1998, S. 28)



Dem ökonomischen Modell, wie es sich in der Industriegesellschaft als lineares darstellt, stellt sich in der Perspektive auf die physisch-materiellen (stofflichen und energetischen) Prozesse ein zyklisches – genauer: ein spiralförmiges – Modell gegenüber. Hier bildet sich ab, dass es Aufbau- und Abbauprozesse sind, die im gesamten ökonomischen Prozess ineinander wirken. Das Produktionssystem »Natur« ist zugleich Ausgangspunkt (Produktivität) und Ergebnis dieses Prozesses (Produkt). Dabei ist den Reproduktionsprozessen Veränderung und Erneuerung – in dieser Bedeutung »Entwicklung« – eigen: Nicht ein (geschlossener) Kreislauf, sondern ein spiralförmiger, prinzipiell zukunftsöffener Prozess wird beschrieben (»evolutive Reproduktion«, Immler/Hofmeister 1998, 10f., 26ff.).

Deutlich wird vor allem, dass die ökonomischen Funktionen (anthropogene) Produktion und Konsumtion in die ökologischen Prozesse eingebettet sind – Prozesse, die um nichts weniger produktiv sind als die ökonomisch bewerteten Leistungen auch. In dieser Perspektive werden die ökologischen Prozesse als die primär produktiven Funktionen gesehen: Die Funktionen »naturale Produktion« und »naturale Reduktion« – das sind jene Funktionen, die in der Einheit von Naturprodukt und Naturproduktivität miteinander identisch werden – werden im Reproduktionsmodell als die die anthropogenen Funktionen des Wirtschaftens umschließenden erkannt. Es sind gerade diese Funktionen, die durch bewusste Gestaltung (anthropogener) Produktion und Konsumtion hindurch zu erhalten und wiederherzustellen sind (a.a.O., 113 ff.). Im industrieökonomischen Verständnis von sich selbst als Durchflussökonomie werden jedoch diese natürlichen Funktionen unsichtbar.

Die Reichweite des Reproduktionsmodells nach Immler/Hofmeister (1998) bleibt jedoch durch seine Perspektive ausschließlich auf die physisch-materielle Reproduktion begrenzt: Ausgehend von einem *sozial-ökologischen* Verständnis der gegenwärtigen Krisensituation (vgl. 2.3) wird das Kategorienpaar Produktion vs. Reproduktion erst dann fruchtbar, wenn es erweitert werden kann um das, was im sozialen Raum als »Natur« gesetzt wird: um die vermeintlich »reproduktiven« Leistungen des sozialen Geschlechts Frau. Solange die *soziale* Reproduktion menschlichen Lebens durch sozial weiblich zugewiesene Versorgungsarbeit ausgeklammert bleibt, kann die Kategorie (Re)Produktivität für die Entschlüsselung der Verbindung gesellschaftlicher Natur- und Geschlechterverhältnissen nicht genutzt werden.

Dort jedoch, wo die Frage nach dieser Verbindung als Ausgangspunkt für die Entwicklung sozial-ökologischer Theorieansätze genutzt wird, wird die Produktions-Reproduktionsdifferenz zu einer fruchtbaren kritischen Analysekatgorie. Indem wir von der These ausgehen, dass » ... das Ziel der Naturbeherrschung die Unterdrückung der Frau einschließt, daß sich ›Logik‹ und Genesis der Polarisierung und Hierarchisierung der Geschlechter wie der zwischen Natur und Gesellschaft als gemeinsame herausstellen ...«, (Scheich 1987, 3), schließen wir an die feministischen Debatten um den Begriff »Reproduktion« an.

Hintergrund für die zu Beginn der (neuen) Frauenbewegung wie der historischen Frauen- und Geschlechterforschung in den 1970er und 1980er Jahren zentrale Bedeutung des Begriffspaars Produktion vs. Reproduktion war die feministische »Hausarbeitsdebatte«: Mit der Trennung von Produktion vs. Reproduktion und Öffentlichkeit vs. Privatheit war die Herauslösung der Erwerbsarbeit (als vermeintlich einzige produktive Arbeit) aus dem (Re)Produktionszusammenhang kritisiert worden. Frühzeitig hatten feministische Forscherinnen auf die »blinden Flecken« der kapitalistischen Marktökonomie aufmerksam gemacht (vgl. u.a. von Werlhof 1978). Sozial weibliche Tätigkeit wird als »Reproduktivität« aus dem Ökonomischen ausgegrenzt und unsichtbar gehalten. Kapitalistische Produktion für den Markt setzt das »reproduktive System« Frau immer schon voraus.

Das (vermeintlich) Reproduktive hat also zwei verschiedene, aber funktional identische Orte: einen anscheinend außer- und vorgesellschaftlichen Ort in der ökologischen Natur und einen als vorgesellschaftlich gesetzten innergesellschaftlichen Ort in der Privatheit der Haushalte und Familien, in der die Frauen »Reproduktionsarbeit« leisten.

Wir haben gezeigt, dass auch in das Verhältnis des Ökonomischen zur sozial lebensweltlichen Sphäre das Prinzip der Trennung und Dichotomisierung eingeschrieben ist (vgl. 3). Auch hier dominiert die Vorstellung von einer Durchflussökonomie: Der sozial weibliche Bereich liefert dem ökonomischen System »Ressourcen«, nämlich Arbeitskraft (Input); zurückgegeben werden (warenförmige) Güter und Leistungen (Output). Auch in diesem Verhältnis werden die sozial weiblichen Leistungen als *Produktivität* nicht verstanden: Jene Tätigkeiten der Sorge und Versorgung, die nötig sind, um (warenförmige) Arbeitskraft herzustellen und wiederherzustellen, bleiben im ökonomischen Denken und Handeln unerkant – werden als das vermeintlich Reproduktive abgetrennt. Wie im Verhältnis zur Natur wird die sozial weibliche Reproduktionsarbeit als eine »Naturressource« gesetzt und vorausgesetzt (vgl. 3). Sie erscheint als eine »ewig sprudelnde Quelle«, deren Erhaltung und Wiederherstellung nicht Aufgabe des Ökonomischen ist. Gerade dies wird jedoch aktuell durch die Realität der Reproduktionsarbeitskrise vehement widerlegt.

Trennung und Dichotomisierung und mithin Hierarchisierung beider Sphären – der ökologischen wie der sozial lebensweltlichen – bildet den Hintergrund der sozial-ökologischen Krise mit ihren zwei Seiten: der »ökologischen Krise« und der Krise der Reproduktionsarbeit. Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen sprechen wir von *Gleichursprünglichkeit* (vgl. 2.3).

Die Ursachen der sozial-ökologischen Krise lassen sich nun erkennen in der widersprüchlichen Struktur des Ökonomischen selbst: Auf der Ebene der ökonomischen *Verwertung* wird physisch-materiell vermittelt. Durch jeden einzelnen Produktionsprozess hindurch entstehen Natur-Kultur-Hybride – und zwar zum einen in den bewusst und beabsichtigt hergestellten Gütern und Leistungen und zum anderen in den unbewusst und unbeabsichtigt (mit)erzeugten Nebenprodukten: Hochwasserereignisse, Klimawandel, durch Chemikalien belastete Organismen und andere Krisenphänomene verdeutlichen, dass die Trennung zwischen anthropogenen und natürlichen Verursachungs- und Wirkungsmomenten nicht mehr möglich ist. Die Vermittlung von Naturprodukten und -leistungen und mithin die Herstellung von Hybriden<sup>2</sup> bildet daher nicht die Ausnahme, sondern ist systemisch in die ökonomischen Praktiken eingelassen. Doch von eben dieser Praxis der Verwertens will das ökonomische System dann nichts wissen, wenn es um das *Bewerten* geht: In der ökonomischen Bewertung wird getrennt und gespalten – nur, was das Ökonomische als seine eigene Produktivität (Kapital- und warenförmige Arbeitsproduktivität) er-

2 Vgl. zum Begriff des Hybriden Latour 1995 und insbesondere Haraway 1995.

kennt und anerkennt, geht in die Wertrechnung ein. Ökologische und sozial weibliche Produktivität gelten als außerökonomische Leistungen – als »Natur«.

Zugespitzt ließe sich sagen: Die ökonomische Theorie versteht nichts von dem, was die Wirtschaftspraxis tut. In der ökonomischen Bewertung bildet sich das nicht ab, was dem ökonomischen Handeln vorausgeht und in es eingeht (Natur- und sozial weibliche Produktivität) und was es hervorbringt (gesellschaftlich unerwünschte ökologische und sozial lebensweltliche Produkte). Die Grundannahmen der Ökonomik lassen dies, wie wir gezeigt haben (vgl. 3), nicht zu.

Diese widersprüchliche Struktur des Ökonomischen kennzeichnet und durchzieht die gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnisse in der Industriegesellschaft: Natur-Kultur-Hybride werden durch die ökonomische Praxis produziert und zugleich in der ökonomischen Logik geleugnet. Durch die Praktiken des Vermittelns und Trennens hindurch werden systemisch gesellschaftliche Naturverhältnisse und Regulationen erzeugt, die nicht nachhaltig sind. Wenn überhaupt, dann werden nur zufällig Produkte hergestellt und mit hergestellt, die jene (re)produktiven Qualitäten aufweisen, die gesellschaftlich erwünscht sind und künftig gebraucht werden. Inter- und intragenerationale Gerechtigkeit, wie sie mit dem Leitbild Nachhaltigkeit geboten sind, werden durch die widersprüchliche Struktur des Ökonomischen hindurch systematisch untergraben und ausgehöhlt.

Mit dem Leitbild Nachhaltigkeit wird normativ gefragt: Welche Ökonomie brauchen wir, um Nachhaltige Entwicklung zu realisieren? Welche gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind geeignet, eine (re)produktive Ökonomie zu befördern – eine Ökonomie, die entlang der Gerechtigkeitsgebote und des Integrationsprinzips die sozial lebensweltlichen und ökologischen (Re)Produktionskräfte erhaltend zu gestalten vermag?

Bevor wir auf die mit der Kategorie (Re)Produktivität verbundene Vision von einer nachhaltigen Gesellschaft explizit eingehen (vgl. 5), gilt es, an dieser Stelle zunächst zu fragen, was diese Kategorie leistet, um die gegenwärtige Transformation des Ökonomischen besser zu verstehen. Neue ökonomisch-technische Systeme, wie die informations- und biotechnischen Industrien, und die Transformation der industriellen Ökonomie in eine Dienstleistungsökonomie weichen die Produktions-Reproduktionsdifferenz, wie sie für die Industriegesellschaft kennzeichnend ist, an den zwei zentralen Stellen auf: Das vermeintlich Reproduktive, sozial weibliche und ökologische Produktivität, wird als die zentralen Ressourcen dieser neuen Ökonomie erschlossen: So werden jene sozial weiblichen Kompetenzen, wie Kommunikations-, Kooperations-, Koordinations- und Mediationsfähigkeiten, die vielfach Frauen durch ihren Lebensalltag als Grenzgängerinnen zwischen Erwerbs- und Versorgungsbereich erworben haben, als Schlüsselkompetenzen für die Dienstleistungsökonomien gebraucht. Die neue Ökonomie wirbt längst schon um die noch vielfach brachliegende »Ressource Frau« (vgl. z.B. Hondrich 2006) – eine Tatsache, die inzwischen auch von Familien- und Frauenpolitiker/innen erkannt worden ist und neue politische Konzepte (z.B. das ein-

kommensabhängige Erziehungsgeld oder das Ziel der Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche) befördert. Zugleich wird auch die Naturproduktivität als Ressource »entdeckt«: So gerät z.B. Biodiversität als die Schlüsselressource biotechnischer Industriekomplexe in den Fokus globaler Schutzpolitiken, wie mit der Biodiversitätskonvention von Rio 1992 geschehen. Die neuen Ökonomien verwandeln mehr und mehr das, was der Industrieökonomie als das »Reproduktive« galt, in ihre zentralen Produktivitäten.

Dabei entstehen zu gleicher Zeit neue Ausschlüsse, neue »reproduktive« Systeme werden geschaffen: Wir sehen z. B., dass die an die Erwerbsarbeits-sphäre in den westlichen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften abfließende Frauenarbeit immer häufiger in der Versorgungsarbeits-sphäre kompensiert wird durch Frauenarbeit aus den Ländern des Südens oder Osteuropas (vgl. u.a. Leitner/Ostner 2000; Wichterich 2003). Einhergehend mit den politischen Anstrengungen zum Schutz der Biodiversität wird genetisches »Material« in großem Maßstab durch globale Industriekomplexe privat angeeignet. Es gilt also kritisch zu beobachten, welche neuen Ausschlüsse und Abspaltungen die sich transformierende Ökonomie hervorbringt – wo entlang genau die neuen Grenzen zwischen Produktivem und »Reproduktivem« verlaufen werden.

Zugleich sehen wir jedoch auch die mit diesen Entwicklungen verbundenen Chancen: Es setzt – wenn auch in der Logik kapitalistischer Warenproduktion – allenthalben eine Umwertung, eine Neubewertung ein. Was bisher abgewertet und ökonomisch unsichtbar gehalten wurde, wird mehr und mehr Wert geschätzt. Neue familien- und frauenpolitische Konzepte holen ans Licht, was an sozial weiblichen Kompetenzen bislang noch im Schatten des Industrieökonomischen verborgen gewesen war. Die politischen Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität befördern eine neue Wertschätzung für die ökologische Natur, die nunmehr nicht mehr nur als statisch konstante, sondern auch als dynamisch prozesshafte verstanden und anerkannt wird. In diesen Entwicklungen liegen Chancen für eine Nachhaltige Entwicklung – Chancen, die es zu nutzen gälte.

Fragen wir zusammenfassend, was die Kategorie (Re)Produktivität für die Nachhaltigkeitsdebatte in kritisch analytischer Hinsicht zu leisten vermag, so ist deutlich geworden, dass die Einsicht in die theoretischen Zusammenhänge von ökologischer und feministischer Ökonomik ein Neudenken des Ökonomischen ermöglicht: Dass beides, Naturproduktivität und sozial weibliche Produktivität, durch die ökonomischen Bewertung abgespalten (externalisiert) und zugleich in der ökonomischen Verwertungspraxis vollständig und umfassend vereinnahmt (internalisiert) wird, bildet den Hintergrund der sozial-ökologischen Krise. Die Einsicht in die Gleichursprünglichkeit der Krise der Reproduktionsarbeit und der »ökologischen Krise« als *Krise des Reproduktiven* eröffnet einen Denkraum, der dem im Nachhaltigkeitskonzept verankerten Integrationsanspruch wissenschaftlich zu entsprechen vermag: Das Verständnis, dass wir es nicht erstens mit ökologischen Probleme und zweitens mit sozial lebensweltlichen Problemen zu tun

haben, sondern dass beide Problemkomplexe mit- und ineinander verwoben sind und keineswegs zufällig zu gleicher Zeit auftreten, fordert zu neuen Formen auch des wissenschaftlichen Arbeitens heraus. Nachhaltigkeitswissenschaften sind inter- und transdisziplinär – als »mode 2«-Wissenschaften von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen (Becker/Jahn 2006) – zu konzipieren. Erste Forschungsschwerpunkte, wie die durch das BMBF geförderte »Sozial-ökologische Forschung« (BMBF 2000), sind eingerichtet.

Doch ist mit der Kategorie (Re)Produktivität nicht nur ein neues Denken gefordert, sondern zugleich auch neue integrative Handlungsformen und Strategien: Ein Neudenken dessen, was Ökonomie ist und was das Ökonomische leistet, verweist zugleich auf eine Vision: Die »Neuerfindung« des Ökonomischen auf Basis der Kategorie (Re)Produktivität vermag eine Vorstellung von Wirtschaften in einer nachhaltigen Gesellschaft zu vermitteln.

## **5 Visionärer Ausblick: (Re)Produktivität als Modus des Ökonomischen in einer nachhaltigen Gesellschaft**

Eine nachhaltige Ökonomie (vgl. zum Folgenden Biesecker/Hofmeister 2006, 158 ff.) agiert unter der Gewissheit, dass Produzieren und »Reproduzieren«, Herstellen und Wiederherstellen/Erneuern, untrennbar zusammengehören, dass Produkt und Produktivität identisch sind: Sie versteht sich als (*re*)produktive Ökonomie und weiß um ihre Aufgabe des Vermittelns, um ihre Verantwortung für die Herstellung eines gesellschaftlich erwünschten sozial-ökologischen Produkts. Ökonomisches Handeln ist hier mehr als marktliches, geldvermitteltes Handeln. Zwar sind Märkte und ist Geld Bestandteil dieser Ökonomie, sie sind jedoch gesellschaftlich bewusst gestaltete und genutzte Mittel für nachhaltige Lebensprozesse. Unter dieser Voraussetzung eines umgekehrten Zweck-Mittel-Verhältnisses wird (re)produktives Wirtschaften auch marktökonomisch wirksam.

Voraussetzung für das Gelingen des grundlegenden Transformationsprozesses des Ökonomischen ist die Überwindung der Differenz zwischen Bewerten (bisher bedeutet das Trennen) und Verwerten (Vermitteln) als inneres Widerspruchsverhältnis moderner Ökonomie. Das bedeutet, den bisher geltenden abstrakten, quantitativen Produktivitätsbegriff um sozial-ökologische Kriterien zu erweitern. Welche Kriterien das sind, unterliegt gesellschaftlicher Bestimmung. Das Ökonomische dehnt sich daher einerseits auf jene Bereiche aus, die in der Moderne als außerökonomisch abgetrennt sind (vor allem die Versorgungsökonomie und ökologische Produktionsräume); zum anderen unterliegt es gesellschaftlichen demokratischen Bewertungs- und Gestaltungsprozessen. In Anknüpfung am und in Erweiterung vom Reproduktionsmodell (vgl. Abb.1) lassen sich drei Dimensionen benennen, die es in diesem Transformationsprozess besonders zu beachten gilt: die materiell-technische, die sozial-kulturelle sowie die kulturell-symbolische.

Materiell-technisch versteht sich eine (re)produktive Ökonomie als eine Stoffwirtschaft, deren Zweck es ist, ein gesellschaftlich erwünschtes »Naturprodukt« herzustellen. In diesen Produktionsprozess gilt es, sowohl die Funktion der Reduktion als auch das Alltagswissen aller beteiligten Akteure und Akteurinnen einzubeziehen. Insbesondere gilt es, die Alltagserfahrungen der Konsumentinnen und Konsumenten für die qualitative Produktentwicklung mit dem naturwissenschaftlichen und Ingenieurswissen zu verbinden. Dabei verändern sich auch bisherige Geschlechterrollen (vgl. Weller 2004).

*Sozial-kulturell* kommt es darauf an, alle Produktivitäten – die aller menschlichen Arbeiten und die der ökologischen Natur – einzubeziehen, Wert zu schätzen und zu bewerten. Das bedeutet auch eine radikale Erweiterung des Begriffs der Arbeit. Es gilt, die Produktivitäten der verschiedenen Arbeiten sowie die Naturproduktivität im (Re)Produktionsprozess gemäß demokratisch ausgehandelter Vorstellungen von den Produktionsprozessen und den hergestellten Qualitäten des »Naturprodukts« kooperativ zu verbinden. Alle Produktivitäten sind hier gleichwertig und gleich wichtig. Damit ist für eine sich (re)produktiv verstehende Ökonomie die Überwindung der Dichotomien Gesellschaft vs. Natur und männlich vs. weiblich zentral. Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit sind daher nicht nur ein moralisches Anliegen, sondern sie werden ökonomisch gebraucht: Gerechtigkeit wird zur Basisressource nachhaltiger Ökonomie.

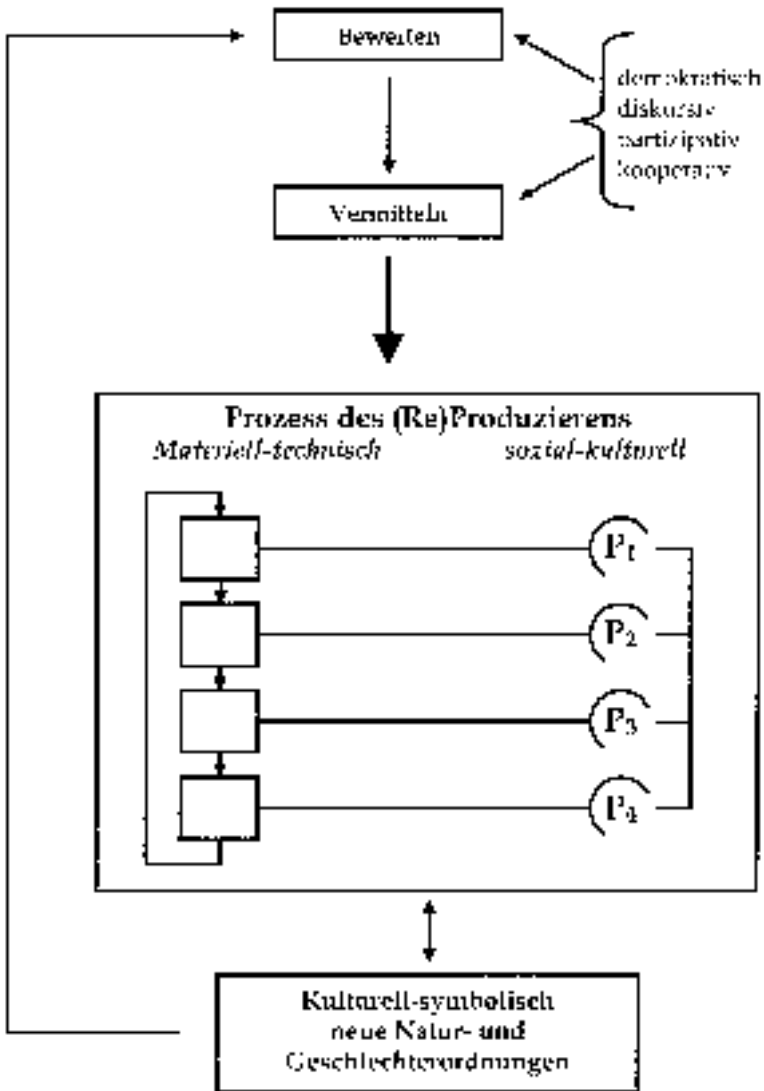
Die *kulturell-symbolische* Dimension des Transformationsprozesses in einer (re)produktiv verfassten Ökonomie lässt sich nur sehr vorsichtig skizzieren, da insbesondere sie sich während des Prozesses erst neu herausbildet. Beschreiben lassen sich jedoch Auflösungserscheinungen der tradierten kulturell-symbolischen Ordnungen. Bourdieu (2005) spricht davon, dass sich die »Ökonomie der symbolischen Güter« verändert. Welche Natur- und Geschlechterordnungen dabei entstehen werden, ist jedoch unklar. Für Bourdieu selbst erweist sich der Dualismus männlich vs. weiblich in kulturell-symbolischer Dimension als ausgesprochen resistent. Er spricht sogar von einer »transhistorischen Konstanz der Herrschaftsbeziehungen« (Bourdieu 2005, 178) von Männern über Frauen. Dem stehen zum einen die Auswirkungen der oben (vgl. 4) angesprochenen neuen ökonomisch-technischen Systeme entgegen: Im biotechnischen Zeitalter verschwinden z. B. kulturelle Männlichkeitsvorstellungen aus den gesellschaftlichen Entwicklungsvorstellungen, und Natur- und Weiblichkeitsbegriff verlieren sich (Schulz 1996, 203). Zum anderen sind mit dem Aufbrechen der Muster geschlechtlicher Arbeitsteilung die kulturell-symbolischen Zuweisungen von männlicher Erwerbsarbeits- und weiblicher Familienarbeitsbiografie nicht mehr selbstverständlich. Ein für eine nachhaltige Gesellschaft charakteristisches kooperatives Geschlechterverhältnis könnte sich hier andeuten.

Die beschriebenen drei Dimensionen des Transformationsprozesses kennzeichnen auch dessen Resultat – eine (re)produktiv verfasste Ökonomie. Diese lässt sich als Regulationsordnung verstehen, deren Aufgabe es ist, die materiell-techni-



sche, sozial-kulturelle und kulturell-symbolische Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse entlang sozial-ökologischer Kriterien zu ermöglichen und zu sichern. In Abb. 2 ist der Modus einer solchen Regulationsordnung skizziert.

Abb. 2: Modus einer nachhaltigen Gesellschaft – Modus des (Re)Produzierens (Biesecker/Hofmeister 2006, S. 166)



Das produktive System ist hier durch die Einheit der aus dem physischen Reproduktionsmodell (vgl. Abb.1) übernommenen vier Produktionsphasen gekennzeichnet. Diese sind zugleich Tätigkeitsräume. In jedem wird eine je spezifische Produktivität benötigt und entfaltet (P1 bis P4) – eine je spezifische Arbeitsproduktivität in Kooperation mit Naturproduktivität. Gestaltet und gesteuert wird dieses (re)produktive System über einen bewussten Prozess gesellschaftlicher Regulierung, über den sowohl die stofflichen Qualitäten der Prozesse und Produkte als auch deren Bewertungen (Werturteilsbildung) bestimmt werden. Dieser gesellschaftliche Prozess ist demokratisch und partizipativ angelegt und in seiner prozessualen Form diskursiv. So bildet sich nach und nach eine neue Natur- und Geschlechterordnung heraus, die selbst auf den Prozess des (Re)Produzierens (des Vermittelns) zurückwirkt und auch die Bewertungsmaßstäbe beeinflusst.

Deutlich wird hiermit: Das Ökonomische wird in einer nachhaltigen Gesellschaft nicht mehr das sein (können), was es heute noch ist. Es wird kein durch Geldströme gesteuerter Marktmechanismus sein, sondern eine (re)produktive Regulationsordnung. In ihr ist das Ökonomische gleichzeitig erweitert und durch politisch-gesellschaftliche Gestaltungs- und Bewertungsprozesse geprägt: Ein im (Re)Produktiven verankerter ökonomischer Raum ist somit ein bewusst konstituierter sozial-ökologischer Handlungsraum.

## Literatur

- Becker, Egon, Jahn, Thomas (Hg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt/M., New York.
- Bierter, Willy, Uta v. Winterfeld (Hg.) (1998): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Berlin, Basel, Boston.
- Biesecker, Adelheid, Maite Mathes, Susanne Schön, Babette Scurrall, (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg in eine Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.
- Biesecker, Adelheid Sabine Hofmeister (2001): Vom nachhaltigen Naturkapital zur Einheit von Produktivität und Reproduktivität – Reproduktion als grundlegende Kategorie des Wirtschaftens. In: Martin Held, Hans G Nutzinger (Hg.): Nachhaltiges Naturkapital. Ökonomik und zukunftsfähige Entwicklung. Frankfurt/M., New York, S. 154-178.
- Biesecker, Adelheid, Sabine Hofmeister (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zu Sozialen Ökologie. München.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2000): Rahmenkonzept Sozial-ökologische Forschung (erarbeitet durch ISOE 1999). Bonn. [<http://www3.gsf.de/ptukf/bmbf/laufSchwerp/soef/material/SOEFJUNI.pdf>]; 08.03.2006]
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2002): Umweltpolitik. Lokale Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung in Deutschland in deutschen Kommunen. 10 Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven. Berlin.
- Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Busch-Lüty, Christiane (1996): Nachhaltige Entwicklung als Ziel und selbstorganisierender Verständigungsprozess. In: Adelheid Biesecker, Klaus Grenzdörffer (Hg.): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens, Pfaffenweiler, S. 141-160.
- Costanza, Robert, John Cumberland, Herman Daly, Robert Goodland, Richard Norgaard (2001): Einführung in die Ökologische Ökonomik. Deutsche Ausgabe herausgegeben von Thiemo Eser, Jan Schwaab, Irmi Seidl, Marcus Stewen, Stuttgart.
- Daly, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung. Salzburg.
- Haraway, Donna (1995): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt/M., New York.

- Holling, Crawford S. (1976): Resilience and Stability in Ecosystems. In: E.Jantsch, C.H. Waddington (eds.): Evolution and Consciousness. Human Systems in Transition. Addison-Wesley, Reading, MA, 79-92.
- Hondrich, Karl-Otto (2006): Der Fall der Geburtenrate – ein Glücksfall. Wirtschaft und Sozialversicherungen sind nicht auf »eigenen« Nachwuchs angewiesen. In: NZZ Nr. 174 v. 29.07.2006, 27 (Teil 1).
- Immler, Hans (1989): Vom Wert der Natur - Zur ökologischen Reform von Wirtschaft und Gesellschaft. Opladen.
- Immler, Hans, Sabine Hofmeister, (1998): Natur als Grundlage und Ziel der Wirtschaft. Grundzüge einer Ökonomie der Reproduktion. Opladen.
- Latour, Bruno (1995): Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Berlin.
- Leitner, Sigrid, Ilona Ostner (2000): Frauen und Globalisierung. Vernachlässigte Seiten der neuen Arbeitsteilung. In: APuZ B48/2000 v. 24.11.2000.
- Majer, Helge, Joachim Bauer, Christian Leipert, Ulrich Lison, Frederike Seydel, Carsten Stahmer (1996): Regionale Nachhaltigkeitslücken. Ökologische Berichterstattung für die Ulmer Region. Sternenfels-Berlin.
- Marx, Karl (1971/1890). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. I. Berlin: Dietz.
- Rodenstein, Marianne, Stefanie Bock, Susanne Heeg (1996): Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hg.): Forschungs- und Sitzungsbericht Bd. 199: Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten. Hannover, S. 26-50.
- Scheich, Elvira (1987): »Größer als alle Fenster«. Zur Kritik des Geschlechterverhältnisses und der Naturwissenschaften. In: Elvira Scheich, Irmgard Schultz: Soziale Ökologie und Feminismus. Sozial-ökologische Arbeitspapier AP 2. Frankfurt/M., S. 1-57.
- Scherzinger, Wolfgang (1999): Mosaik-Zyklus-Konzept. In: W. Konold, R. Böcker, U. Hampicke (Hg.): Handbuch Naturschutz und Landschaftspflege. Kompendium zu Schutz und Entwicklung von Lebensräumen und Landschaften. München.
- Schultz, Irmgard (1996): Feministische Analyse als Übersetzungsarbeit? Eine Auseinandersetzung mit zwei zentralen Ansprüchen kritischer Gesellschaftstheorie im Ökologiezeitalter. In: Elvira Scheich (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg, S. 183-214.
- Smith, Adam (1985/1759): Theorie der ethischen Gefühle. Hamburg.
- Smith, Adam (1973/1776): Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkwohlstandes (Wealth of Nations). 2 Bde. Giessen.
- Sturm, Knut (1993): Prozessschutz – ein Konzept für naturschutzgerechte Waldwirtschaft. In: Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz, Jg. 2, S. 181-192.
- Weller, Ines (2004): Nachhaltigkeit und Gender. Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten. München.
- Wichterich, Christa (2003): Femme Global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral. AttacBasis Texte 7, Hamburg.
- Werlhof von, Claudia (1978): Frauenarbeit: Der Blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. Jg. 1, Nr. 1, S. 18-32.
- Wolf-Graaf, Anke (1981): Frauenarbeit im Abseits. Frauenbewegung und weibliches Arbeitsvermögen. München.



Georg Fülberth, Michael R. Krätke  
**Neun Fragen zum Kapitalismus**

71 Seiten, Broschur, 6,90 Euro, ISBN 978-3-320-02102-3

Was ist eigentlich Kapitalismus? Wann hat der Kapitalismus angefangen – und wo? Der Profit und seine Vermehrung: woher und – wieviel? Rosa Luxemburg: Wie war ihre Auffassung vom Kapitalismus – und was bleibt? Was heißt »globaler« Kapitalismus? Geopolitik und Geoökonomie: Ist »Raum« das neue Schlüsselwort für den neuen Kapitalismus? Gibt es einen »neuen« Imperialismus? Was ist »neoliberaler« Kapitalismus? Wann endlich kommt der große Kladderadatsch und ist der Kapitalismus zu Ende? Auf solche Fragen zum Kapitalismus versuchen die bekannten Autoren Michael R. Krätke und Georg Fülberth Antworten zu finden und zum kritischen Weiterdenken anzuregen.

*»Die Schafe, einst so sanft und genügsam, sind wild und raubgierig geworden, dass sie sogar Menschen fressen, Felder, Gehöfte und Dörfer verwüsten und entvölkern ...«*

Thomas Morus, Utopia

**AUTOREN**

**Georg Fülberth**, geb. 1939, Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.

Publikationen (Auswahl): G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus (2005); Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätszialismus zur nationalen Restauration (2001); Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten (1994), Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen (1991).

**Michael R. Krätke**, geb. 1950, Prof. Dr., Politologe an der Universität Amsterdam, Mitherausgeber von spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Publikationen (Auswahl): Die Wiederentdeckung der Klassen (gemeinsam mit Veit-Michael Bader, Albert Benschop); Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit? (gemeinsam mit Thomas Blanke, Pierre Bourdieu); Kleine Geschichte der Weltwirtschaft; Mut zur konkreten Utopie (gemeinsam mit Joachim Beerhorst, Kerstin Jürgens).

## Diskussion

Sandra Thieme (Moderation):

Bevor Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister beginnen, möchte ich kurz Frau Hofmeister vorstellen, die heute zu unserem Theorieseminar dazu gestoßen ist: Sabine Hofmeister, Sie sind ursprünglich von Hause aus Landschaftsplanerin, Sie haben sich im Rahmen Ihres Studiums sehr früh auf Umweltthemen spezialisiert und sind ihrer Linie auch treu geblieben und haben in den 80er Jahren Ihre Dissertation zu Stoff- und Energiebilanzen geschrieben – seinerzeit ein aktuelles Thema, brandneu eigentlich. Dann haben Sie einen kleinen Ausflug ins Umweltamt Berlin-Steglitz gemacht und waren dort zwei Jahre lang als Leiterin tätig. Aber es ging wieder zurück in die Wissenschaft und Sie sind nun seit 1999 an der Universität Lüneburg Leiterin des Faches Umweltplanung.

Sabine Hofmeister:

Adelheid Biesecker hat mir berichtet, dass sie gestern bereits eine ausführliche Vorstellungsrunde hatten. Was Frau Biesecker und mich unterscheidet, ist natürlich die disziplinäre Herkunft, Frau Biesecker ist die Ökonomin im Team und ich bin die Umweltwissenschaftlerin. Was uns verbindet? Seit 1993 arbeiten wir gemeinsam im Netzwerk »Vorsorgendes Wirtschaften«. Dieses Netzwerk hat sich gegründet auf der Basis einer Konferenz in Sankt Gallen, initiiert von einer Studierenden-Initiative OIKOS, wo es um Nachhaltigkeit ging. Dort gab es eine kleine Arbeitsgruppe unter dem Titel »Nachhaltigkeit aus weiblicher Sicht«, eine Arbeitsgruppe von 15 Frauen. Erstaunlich war, dass in dieser Arbeitsgruppe so ganz andere Nuancen zur Nachhaltigkeit erarbeitet wurden im Vergleich zu den sonstigen Diskursen. Es ging plötzlich darum, wie wir unsere eigene Zeit verbringen, wie viel Zeit in den Versorgungs- oder Sorgebereich geht und wie viel Zeit auch in den erwerblichen Bereich, und dass Arbeit für uns eigentlich eine völlig andere Bedeutung hat als in der seinerzeit vorherrschenden Nachhaltigkeitsdebatte. Daraus hat sich das Netzwerk »Vorsorgendes Wirtschaften« entwickelt, das nunmehr seit 1993 arbeitet. Die Grundthese des »Vorsorgenden Wirtschaftens« ist, dass man das, was unter dem Label ökologische Ökonomie diskutiert wird, im Zusammenhang mit den Diskursen, die unter dem Etikett feministische Ökonomie stattfinden, zusammenführt. Dabei müssen wir kritisch anmerken, dass der vorherrschende Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem zwei Strängen folgt, nämlich einmal der Debatte um Zukunft der Arbeit und zum anderen in Richtung ökologischer Modernisierung und die »Zukunft der Natur«, die aus unserer Sicht aber engstens miteinander verknüpft und verwoben sind.

Adelheid Biesecker und ich möchten Ihnen heute die Kategorie der (Re)Produktivität vorstellen, weil wir denken, dass über diese Kategorie die beide Diskurse miteinander verbunden werden können.

Klaus Meier:

Mein Kompliment für die Dramaturgie Ihres Vortrages als ein Dialog zwischen Umwelt und Ökonomie. Das hat seinen Charme, aber ist sicher auch inhaltlich zu begründen, und zeigt, wie in Ihrem Konzept beide Zugänge zusammengehen. Nun meine Frage: Ich konnte Ihnen bis zum Ende des Beitrages sehr gut folgen, bis zum Ansatz durch Einbettung des Produktiven im (Re)Produktiven die ökologische und soziale Ausgrenzung zu überwinden. Sicher wäre das mit dem Begriff Kreislaufdenken, einem zyklischen Verständnis unzureichend beschrieben, können Sie dazu noch mehr sagen. Und zum anderen wie verhält sich Ihre Vision zur Grundtendenz der heutigen Ökonomie, der »alles Inwertsetzung«. Meine Frage lautet: Ist es eine Strategie der »alles Inwertsetzung«, die Sie favorisieren, oder wo liegt die neue Qualität Ihrer Vision? Wenn es auf eine »alles Inwertsetzung« hinausläuft, wie kann man die ganz offensichtlichen negativen Wirkungen dieser Inwertsetzung kompensieren? Wo beginnt die neue Qualität im alten System? Da hängt m. E. die Krux der ganzen Geschichte.

Hubert Laitko:

Mir ist es überaus sympathisch, was Sie vorgetragen haben. Nun bin ich kein Ökonom und kann dies nicht aus detaillierter Kenntnis neuerer ökonomischer Diskussionen beurteilen, aber bestimmte Vorstellungen hat man ja auch in einer etwas allgemeineren Sicht. Zunächst einmal erscheint es mir äußerst interessant, dass Sie den Gegensatz von Produktivem und Reproduktivem in einem Maße relativiert haben, dass es beides verschwindende Momente in einem zyklischen Zusammenhang sind. Das ist im Grunde genommen das Denkschema, das man – unabhängig davon, dass es im Detail nicht dieses Maß an Ausführlichkeit hat – im Ansatz bei Marx findet. Und Marx ist uns ja im linken Spektrum noch ganz gut vertraut. Wenn man sagen kann, dass bei Adam Smith noch eine ungefähre Ausgewogenheit in der Beschäftigung mit der Warenproduktion auf der einen Seite und dem Markt als Zirkulationsmedium auf der anderen Seite immer aber auch schon mit einer gewissen Dominanz des Marktbezuges vorlag, läuft ja der Mainstream der ökonomischen Theorieentwicklung hin zur Neoklassik immer mehr zu reinen Marktökonomien, bei denen der eigentliche Produktionsprozess und damit auch das Zusammenwirken von Mensch und Natur nur noch Randbedingungen sind. Denn nicht umsonst definieren sich ja die derzeitigen Wirtschaften in ihrem Selbstverständnis als Marktwirtschaften, um jedem Menschen einzuhämmern, der Markt ist das Entscheidende, der Markt ist das Zentrum, die Produktion liegt am Rande. Der Ansatz von Marx, der ja auch an Smith und seine Arbeit anknüpft, war insofern andersartig, als er die Produktion ins Zentrum genommen und den Markt als Vermittlung von Reproduktionszusammenhängen begriffen hat. Und insofern hat man hier wirklich diesen zyklischen Zusammenhang, dass die Konsumtion betrachtet wird als Reproduktion der Voraussetzungen für die Wiederholung des Produktionsprozesses und damit in Zyklen gedacht worden ist. Da Marx ja auch

Dialektiker war, war es klar, Konsumtion ist Produktion, Produktion ist Konsumtion usw.; die Dinge schlagen fortwährend ineinander um. Ebenso wie man sagen kann, dass die Produktion von Waren sozusagen der Reproduktion des menschlichen Lebens dient. Umgekehrt ist die Reproduktion des menschlichen Lebens Voraussetzung für die Warenproduktion usw. Diesen Gedanken kann man inhaltlich aufladen dadurch, dass die Reproduktion der Produktionsbedingungen in immer weiteren Kreisen gesehen wird. Der gedankliche Ansatz dazu: Die Reproduktion der Natur, die Reproduktion sämtlicher Sozialverhältnisse usw., das ist letztlich einfach organisch einzubeziehen und daher ist überhaupt gar keine scharfe Trennung zwischen dem Theoriestrom, der aus der ökologischen Ökonomie und aus anderen Quellen herkommt, und dem, was über diese alte marxistische Tradition geht. Insofern sind da wirklich große intellektuelle Ressourcen vorhanden, die bei Ihnen glänzend kombiniert und synthetisiert sind.

Mit fällt noch am Rande ein: Der Gedanke der Produktivität oder Selbstproduktivität der Natur war ja auch ein Grundmotiv der Romantik, der romantischen Naturphilosophie von Friedrich Wilhelm Schelling, das ist eine andere Terminologie als sie in der mehr rationalen Ökonomie verwendet wird, aber nichts desto weniger ist sie ungeheuer anregend.

Aber ich habe auch gesehen, die Politische Ökonomie, wie sie in der DDR existiert hat und zur Interpretation und Gestaltung des eigenen Systems praktiziert wurde, hat ja die Dichotomie bei Marx auch nicht überwunden. Gemeint ist eine Dichotomie von produktiver oder Wert schaffender und nicht produktiver (Sie nannten das reproduktiver) Tätigkeit, die den in der produktiven Sphäre geschaffenen Wert lediglich umverteilt. Klaus Meier und ich, wir haben beide lange an einem Akademieinstitut für Wissenschaftsforschung gearbeitet, wo heftig darüber diskutiert wurde, wie man nun die Produktivität von Wissenschaftlern, also von wissenschaftlicher Tätigkeit fassen kann. Das normativ vorgesezte System der Politischen Ökonomie des Sozialismus war in dieser Frage wie folgt beschaffen: Grundsätzlich ist Wissenschaft zwar eine gesellschaftlich notwendige, aber nicht desto weniger nicht produktive Tätigkeit, die nur in dem Maße finanziert werden kann, wie die produktive Tätigkeit die Mittel dafür schafft. Und ich sehe das gleiche Motiv in den modernen Diskussionen, die ja auch die Frage der Finanzierung von Wissenschaft in den Mittelpunkt stellen. Die Wissenschaft soll sich selbst refinanzieren, in dem sie produktive Innovationen ermöglicht, die über den Markt in Profit abwerfen. Die Wissenschaft trägt demnach weitgehend selbst Verantwortung für die Mittel, die sie für die Weiterentwicklung benötigt. Und alle Zweige der Wissenschaft, die in diesem Sinne keine Produktivität geltend machen können, sind schlecht dran. Ich meine, das ist genau auch das verbindende Glied zur gestrigen Diskussionen über die Enteignungsökonomie als ein Wesenszug der modernen Entwicklung des Kapitalismus. Ich hatte dies gestern in der Diskussion zum Beitrag von Dieter Klein schon angesprochen, dass die Gegenstrategien immer mehr auf Verteidigung des Vorhandenen gerichtet sind, aber nicht darauf ori-

entieren zu sehen, dass mit dieser Ausdehnung des Kapitalverhältnisses auch immer mehr Lebenssphären, die vorher noch in gewissem Maße Reservate gegen die Allmacht des Kapitalismus waren, seiner Herrschaft unterworfen werden. Und dass darin gleichzeitig ein fundamentaler Vergesellschaftungsmechanismus steckt, in dem sich eine Universalisierung der Wert schaffenden Tätigkeit ausdrückt, aber eben in der kapitalistischen Form mit ihren Antagonismen.

Frank Adler :

Die These, Natur ist gleich gesellschaftliches Produkt, die schien mir im Beitrag doch ein wenig zu absolut. Naturgesetze werden ja nun nicht außer Kraft gesetzt. Die Naturkatastrophen zeigen, sie werden verursacht durch Eingriffe, aber man kann die Gesetze nicht außer Kraft setzen.

Und eine zweite Bemerkung: Am Anfang wurde gesagt, dass die sozial-weibliche Krise verschiedene Erscheinungsformen zeigt, wie Kriminalität usw. usf. und das wird doch sehr kausal zurückgeführt auf die Einbindung der weiblichen Erwerbstätigkeit, das habe ich nicht ganz verstanden.

Und noch etwas: Die Kritik an ökonomisch theoretischem Denken hat mich sehr an Marx, an seine Kritik der Politischen Ökonomie erinnert. Noch eine Sache zur Ehrenrettung von Marx. Ich kann mich an eine Stelle erinnern, wo er die Frage aufwirft, was ist produktive Arbeit? Und er sagt, es ist dann produktive Arbeit, wenn sie im Rahmen des kapitalistischen Verwertungsprozesses vollzogen wird.

Sabine Hofmeister:

Ich beginne bei Herrn Meier: Die Frage nach dem Kreislaufdenken oder zyklischem Denken und was das strategisch bedeuten kann. Ich versuche es ein wenig zu verknüpfen mit den Aussagen von Hubert Laitko zum Zyklischen und dem Verweis auf Schelling. Ich denke, dass mit dem, was man unter Kreislaufdenken – oder wie es sich ja jetzt auch materialisiert in solchen rechtlichen Regelungen mit dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – ganz leicht Gefahr läuft, so etwas wie Ideologie zu produzieren. Es gibt schlicht keine geschlossenen Kreisläufe und auch in der Natur gibt es sie nicht. Was aber noch sehr viel verkürzter ist, wenn wir glauben, wir könnten sozusagen über Recyclingschleifen innerhalb des anthropogenen wirtschaftlichen Systems so etwas wie geschlossene Kreisläufe hinkommen – das geht nicht. Als ich diesen Kreis von Senke zu Quelle gezogen habe, hatte ich mehr das im Kopf, was ich »Evolutive Reproduktion« genannt habe. Also, die Tatsache, dass natürlich das, was entsteht, immer zwangsläufig etwas Neues und etwas anderes ist, als das, was in Anspruch genommen wird, dass wir nie mit einem einfachen zyklischen Begriff von Reproduktion arbeiten können, wenn wir uns diese Gesellschaftsnaturverhältnisse anschauen. Insofern war der Verweis auf Schelling und die Romantik schon interessant, denn genau das konnte Schelling nicht mitdenken. Das, was wir Natur nennen ist immer schon Hybrid, es ist etwas, was aus beiden Prozessen hervorgeht.



Die zweite kritische Anmerkung, was wir sozial-weibliche Krise oder Krise der Reproduktionsarbeit nennen, gehe nur aus der Tatsache hervor, dass Frauen stärker an der Erwerbsarbeit partizipieren als früher, ist natürlich differenzierter zu sehen. Die Erosion der Alltagsstrukturen wie Familie etc. liegt natürlich nicht nur daran, dass die Frauen plötzlich alle so karrieresüchtig geworden sind, sondern hat sehr viel mit gesellschaftlichen Umbrüchen insgesamt zu tun, die wir mitdenken müssen. Wir haben eine Erosion aufseiten des sogenannten Reproduktiven, aufseiten der Versorgungsarbeit. Hier treten Lücken auf, die nicht allein dadurch wieder gefüllt werden können, dass Umverteilung stattfindet, etwa indem ebenso viele Männer im Versorgungsbereich tätig werden wie jetzt Frauen im Erwerbsektor tätig geworden sind. Viele der Phänomene, die wir jetzt als krisenhafte diskutieren, gehen darauf zurück, dass das, was Reproduktionsarbeit einmal war und als solches unsichtbar blieb, nun, wo es fehlt und mehr fehlt, deutlicher wahrgenommen wird. Da sind die Eltern nicht mehr in der Lage, sich ausreichend um ihre Kinder zu kümmern, und das hat Verwahrlosungsprozesse zur Folge, die Allgemeinbildung nimmt Schaden oder ethische Grundwerte werden den Kindern nicht mehr mitgegeben.

Adelheid Biesecker:

Da mache ich gleich einmal weiter mit der Frage der Inwertsetzung. Ich muss dabei bei unserem biographischen Hintergrund beginnen. Frau Hofmeister und ich, wir sind beide zwar unterschiedlichen Alters aber geprägt von dem, was man bei uns die 68er Bewegung nannte und auf der theoretischen Ebene durch die westdeutsche, die westeuropäische Marxdebatte. Ich habe selbst viele Stunden zu Marx' »Kapital« an der Universität gegeben. Unser theoretisches Denken hat seine Wurzeln in dieser Kritik der Ökonomie. Insofern hat unsere Anbindung an die feministische Debatte und an den Diskurs zum Arbeitsbegriff den Marxschen Arbeitsbegriff zum Ausgang genommen.

Nun komme ich zum Begriff der Inwertsetzung. Eine Inwertsetzung im Sinne kapitalistischer Wertrationalität, das alles in diese Bewertung über Geld und Profitmaximierung in den Verwertungsprozess herein gesogen wird, das ist nicht unsere Vision. Wenn wir den Begriff Inwertsetzung benutzen dann im Sinne von Neubewertung – es geht um eine neue Bewertung. Und wir fragen: Wo sind Ansatzpunkte für die neue Bewertung ökologischer Produktivität oder eben dieser sozial-weiblichen Produktivität? Und so gibt es in der gesellschaftlichen Realität eben diese beiden Tendenzen; die Tendenz, alles in den kapitalistischen Verwertungsprozess einzusaugen und es gibt aber auch die andere, beispielsweise die Berücksichtigung ökologischer Produktivität. Nehmen wir die immer wieder auftretenden Lebensmittelkrisen, in dem Moment, wo BSE zur Schlagzeile wird, wird uns deutlich, dass es bei der ökologischen Viehwirtschaft um Produktivität geht. Diese Rinder sind wirklich ein Produkt von Produktivität. Und wenn sie nur als Input-Output-Ökonomie organisiert wird, was die Viehwirtschaft in aller Re-

gel macht – viel rein so schnell wie möglich und viel raus – dann passiert es. Plötzlich wird uns bewusst, hier geht es um eine Produktivität, die es zu pflegen gilt und die es natürlich an Märkten auch zu wertschätzen gilt, d.h. ich muss dann auch einen höheren Preis dafür zahlen.

Oder nehmen wir die Debatte um das neue Elterngeld – sollen die Männer oder sollen sie nicht. Ich habe es auf den Begriff des »männlichen Wickelns« gebracht. Allein dies macht schon deutlich, die alte Stellung bleibt, die Männer sollen lediglich als Volontäre dabei sein. Aber insofern jetzt Männer mit ins Spiel kommen wird in der Diskussion viel mehr thematisiert, dass es sich um Produktivität handelt, die da zu leisten und auch zu bewerten ist. Insofern erfahren diese Tätigkeiten eine Aufwertung.

Ein anderes Beispiel ist die Auseinandersetzung um gentechnisch verändertes Saatgut, also der Versuch, alles in kapitalistischen Wert zu setzen, bringt ja auch das Bewusstsein dafür, so wollen wir es nicht haben. Was ich gestern Dieter Klein fragte: Wo sind die Gegenkräfte? Mit unserem Ansatz wollen wir diese Gegenkräfte stärken und wir sammeln auch viele Fallbeispiele etwa beim Kampf um die Verfügung öffentlicher Gütern, etwa die Debatte um das Wasser oder die Dienstleistungsrichtlinie der EU. Da soll etwas privat angeeignet werden und plötzlich merkt die Gesellschaft, das ist ein Gut, das gilt es zu verteidigen, und verteidigen heißt, in der Verteidigung neu zu gestalten.

Joachim Spangenberg:

Als erstes: Bei Ihrem Beitrag ist mir die gängige Argumentation der Substitution von Kapitalstöcken in den Sinn gekommen, die ja theoretisch in beide Richtungen möglich ist, de facto aber immer nur in eine Richtung gedacht wird. Unter diesem Gesichtspunkt wird Nachhaltigkeit als langfristig Kapital erhaltend angesehen. Und wenn ich jemanden frage, also gut, wenn es wirklich in beide Richtungen geht, d.h. es ist eine Gesellschaft denkbar, wo Leute hoch gebildet, glücklich und zufrieden und wohl ernährt auf den Bäumen sitzen, weil sie keine Hochhäuser mehr haben, wäre dann per Definition eine solcher Abbau von Sachkapital, Humankapital und Sozialkapital noch nachhaltig? Dann werden sie leichenblass, weil nämlich die Reversibilität einzufordern, das ist natürlich nicht mitgedacht. Diese Fixierung auf den Produktionsprozess ist auch bei Dally (1999) noch sehr stark ausgeprägt. Deswegen müssen diejenigen, die eben das kritisieren wollen auch das Implizite explizit machen. Insofern hat mir der Beitrag sehr gut gefallen.

In einem zweiten Punkt habe ich ein paar Nachfragen und zwar zu dieser Krise der Reproduktionsarbeit. Die gängige Aussage ist wohl, dass die Männer weniger lustvoll Reproduktionsarbeit übernehmen, wie die Frauen Erwerbsarbeit. Die drängeln sich nicht so richtig danach. Nun habe ich gerade gehört, dass in den Daten der sozioökonomischen Berichterstattung zum ersten Mal auftaucht, dass Männer einen signifikant höheren Anteil an Hausarbeit freiwillig übernehmen. Allerdings nicht in allen Tätigkeiten, sondern nur in bestimmten, z.B. sie kümmern

sich verstärkt um die Kinder, was keine schlechte Idee ist, sie machen auch Versorgungsarbeit, aber das mit dem Putzen, das ist oft weniger ihr Ding. Die Frage ist jetzt, was passiert, wenn sich beide nicht mehr für bestimmte Reproduktionsarbeit engagieren wollen? Da gibt es eine gängige Lösung, die wir auch bei uns zu Hause versucht haben. Wir haben z.B. einen kleinen Staubsaug-Roboter angeschafft. Allgemein formuliert, es muss eine technische Lösung her, wenn man selber dazu keine Lust hat. Die andere Möglichkeit ist, dass man soziale Begriffe und Kategorien ändert: Wie oft muss denn eigentlich eine Wohnung geputzt werden? Und die dritte Variante schließlich, man beschäftigt eine Putzfrau. Auf diese Weise werden dann Reproduktionstätigkeiten in Erwerbsarbeit verwandelt. Aber um es auf den Punkt zu bringen: Ändert sich dadurch, dass sich solche Verschiebungen ergeben, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern oder ändert sich dabei auch die Definition dessen, was wir unter Reproduktionsarbeit zu verstehen haben? Und das zweite ist, ein Teil der Reproduktionsarbeit wird professionalisiert. Wir haben insgesamt, glaube ich, vier Millionen, und zwar überwiegend Frauen, die Putzarbeiten machen. Was dann aber auch zu einer Polarisierung zwischen Frauen führt. Die einen machen weniger Reproduktionsarbeit und die anderen mehr, über den eigenen Haushalt hinaus.

Schließlich möchte ich auf kulturelle Unterschiede in der europäischen Debatte aufmerksam machen. Ich habe dies jüngstens auch in Frankreich mitbekommen, wenn man z.B. mit Kollegen dort über den Begriff Natur diskutiert. Natur braucht man nicht schützen, Natur ist das, was der Mensch nicht gemacht hat. Folglich ist Natur im wesentlichen Hochgebirge und Hochsee. Dass man heute auch das Hochgebirge und die Hochsee schützen muss, ist eine ganz andere Frage. Für sie ist die Obsession der Deutschen mit einem Naturprodukt wie Wald völlig unverständlich. Da könnten wir ja genauso gut Roggenfelder schützen. Das ist sozusagen kulturell eine andere Wahrnehmung dessen, was Natur ist. Und die Frage ist, wirkt sich das auch in dem Kontext, von dem in Ihrem Beitrag der Naturbegriff abgeleitet wird, wirkt sich das auch auf Diskussion aus und inwieweit ist das Konzept, das entwickelt wurde, sozusagen typisch deutsch, oder ist es sozusagen europaweit anschlussfähig?

Sabine Hofmeister:

Ich fange mit der Frage nach Natur an. Ich denke nicht, dass sich das auswirkt. Natürlich ist es fragwürdig, bei einer komplett überformten Natur von Natur zu sprechen oder selbst das, was in stärkster Weise Produkt eines Ausbeutungs- und gesellschaftlichen Aneignungsprozesses der Vergangenheit war, als Natur auszuweisen – ich denke da z.B. an die Lüneburger Heide als solch ein Produkt vergangener Wirtschaftsformen. Ich kenne diese Diskussion, glaube aber, dass sie für unseren Ansatz wenig Relevanz hat. Würden wir uns diesem Naturbegriff anschließen und von wilder unberührter Natur sprechen, hätten wir den gleichen Läuterungsprozess. Denn es gibt kein Hochgebirge und es gibt auch keine Hoch-

see und es gibt auch keine Arktis etc., die noch unbeeinflusst im Sinne von unberührt sind. Wir würden sozusagen wieder dichotomisieren: Da ist die natürliche Natur und da ist die Kultur-Natur. Nur wenn wir von einem Hybrid reden, meinen wir eindeutig auch beide »Naturen«.

Adelheid Biesecker:

Eine kurze Antwort auf die Frage nach der Versorgungsarbeit. Was passiert da tatsächlich? Einmal haben wir die Tendenz und das geht eher in die Festigung tradierter Strukturen, dass sich deutsche Familien die Sorgearbeit aus Thailand einkaufen. Es gibt inzwischen einen Weltmarkt für solche Sorgetätigkeiten. Und die Frauen verlassen ihre Familien in ihren Ländern, um hier unsere Kinder großzuziehen, nur um etwas Geld zu verdienen. Das ist nicht unsere Vision. Aber es passiert und gerade, dass gut bezahlte Frauen sich diesen Luxus leisten, wir kriegen auf diese Weise eine sonderbare Familienpolitik. Das andere, was Joachim Spangenberg ansprach, es ist interessant zu sehen, wo bestimmte Rollen und Trennungen bleiben und wo Verschiebungen stattfinden. So kann man feststellen, dass da, wo gesellschaftliche Hausarbeit öffentlich wird, es oftmals zu einer Männerdomäne wird. Fensterputzer in unseren Bürogebäuden sind alles Männer, die Müllmänner sind Männer und auch diejenigen, die mit den Putzmaschinen mit großem Lärm draußen herumfahren, sind Männer. Und ab und zu steht daneben eine Frau und fegt mit dem Besen. In jedem Fall besagen die Daten, dass sich etwas bewegt im Geschlechterverhältnis. Und das ist für sich genommen schon spannend. Wenn ich einmal in die Zukunft sehe, würde dies bedeuten, dass der Anteil von Reproduktionsarbeit zunimmt, den man sich marktförmig einkaufen kann. Märkte sind in unserer Vision nicht per se schlecht, gerade wenn wir sie eben nicht als neoliberale gestalten, sondern als Vermittler zwischen Bürgern. Ich bin ganz froh, dass ich morgens zum Bäcker gehe und mir ein Brötchen kaufe und nicht stundenlang verhandeln muss. Und ähnlich wäre dies bei anderen Leistungen und Tätigkeiten, wo regionale Märkte, nachbarschaftliche Hilfe, bürgerschaftliches Engagement und politische Unterstützung eine Vielfalt der Formen ermöglichen könnten. Hybride Formen der Regulierung dieser Felder – ich denke, das ist die Zukunft.

Ulrich Schachtschneider:

Zum Schluss des Beitrages wurde ein Modell aufgeführt, bei dem es im Prinzip um einen partizipativen Diskurs um die Frage ging, wie soll diese neue Mischung von produktiver und reproduktiver Arbeit aussehen. Das können wir jetzt noch gar nicht so genau voraussagen. Ist es da nicht ein bisschen voluntaristisch zu sagen, dass man sich jetzt ein Modell überlegt, in dem eine große gesellschaftliche Versammlung beschließt, und das wird dann gemacht. Und die zweite Frage: Was wären Kriterien für ein Ergebnis, was auch nachhaltig ist. Vielleicht kommen bei diesem Diskurs um die Frage, wie die Mischung aussehen sollte, auch ganz an-

dere Strukturen heraus; es gibt ja unterschiedlichste Wertvorstellungen in der Gesellschaft.

Sabine Hofmeister:

Um gleich darauf zu antworten: Ist es allein diskursiv lösbar? Antwort: Jein. Weil es natürlich an allen möglichen Stellen und Ecken verschiedener Diskurse bedarf. Der Großkonzern, der darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist, in Managerfunktionen Frauen hereinzuholen, weil er sich davon etwas im Sinne neuer Produktivität verspricht, ist die eine Geschichte. Das, was Adelheid Biesecker über die politischen über die ökonomischen, die gesellschaftlichen Prozesse gesagt hat, die diese Entwicklung flankieren und die Frage danach, was wollen wir, welche Art von Natur oder welche Art von sozialer Lebenswelt wollen wir eigentlich, ist eine andere Seite. Der zweite Teil der Frage war die nach den Kriterien. Und da meine ich, dass wir mit unserer Kategorie des (Re)Produktiven, das schon sagen können. Und zwar immer in dem Zusammenhang von Sozial-Ökologischem. Also wenn ich mich von vornherein frage, welches Naturprodukt möchte ich *mit* herstellen, wenn ich primär Strom erzeuge oder T-Shirts oder etwas anderes produziere. Damit ist ein völlig anderes Herangehen verbunden, wenn man in die Produktentwicklung zugleich die »Reproduktentwicklung« mit hinein nimmt. Ich stelle somit die Frage nach den Möglichkeiten des (Re)Produzierens, also was sozusagen am Ende wieder in welcher Form und mit welchen Ergebnissen in den ökologischen Haushalt zurückgeführt wird. Damit begründe ich eine völlig andere Logik. Indem ich die Differenz zwischen Produzieren und Reproduzieren im Denken aufhebe, komme ich auch zu anderen Praktiken. Es würde sich in der Produktentwicklung, in der Technikentwicklung ganz deutlich etwas ändern, wenn wir wissen, dass das, was wir da machen, eben nicht nur die Maschine X und das Produkt Y ist, sondern, dass wir zugleich immer auch Klima, Bodenqualität, ökologische Effizienz mit verändern.

Apropos: Effizienzstrategie, das war das, was Adelheid Biesecker anhand dieses Bildchens von der vollen und leeren Welt deutlich machen wollte. Effizienzstrategie impliziert ja, dass wir immer noch davon ausgehen, wir könnten Kulturelles, Gesellschaftliches, Ökonomisches auf der einen Seite und Natürliches auf der anderen Seite voneinander trennen. In unserer Welt können wir eben nicht mehr sagen, da ist das wachsende ökonomische Teilsystem und drum rum ist die Natur, in der wir uns nur wieder richtig und maßvoll einbetten müssen. Aber dieses »Bett«, was wir uns selber gemacht haben, dieses Bett, in das wir uns beruhigt zurück legen könnten, wenn wir nur die ökologischen Grenzen beachten, existiert nicht.

Peter Ligner:

Die Grenzen des neuen Bettes? Ich frage, weil in der Diskussion auch das Stichwort Leitplanken fiel, ist Natur nicht doch relativ unabhängig von uns?

Sabine Hofmeister:

Ja, natürlich, es gibt so etwas wie eine neue Macht von Natur, die entsteht und die wir an ökologischen Krisenphänomen festmachen, wenn unsere Häuser durch Hochwasser weggespült werden. Das ist ja das gerade Unberechenbare an diesem Hybriden. Die Hochwasserkatastrophe, von der wir nicht genau wissen, was ist daran eigentlich selbst gemacht und was ist daran sozusagen »ursprüngliche« Natur.

Adelheid Biesecker:

Ich möchte noch zwei kurze Bemerkungen dazu machen. Erstens will ich auf unser demnächst erscheinendes Buch »Die Neuerfindung des Ökonomischen« aufmerksam machen, in dem unser Konzept ausführlicher dargestellt wird.<sup>1</sup> Zweitens wir haben damit ein Forschungsfeld aufgemacht, wo wir sofort fünfzehn Diplomarbeiten vergeben, insofern noch vieles offen ist. Danke für Ihre Diskussionsfreudigkeit.

1 Adelheid Biesecker, Sabine Hofmeister: Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung, München 2006.

# **Ausdifferenzierung des Nachhaltigkeitskonzepts Von der Grenzziehung zum Komplexitätsmanagement**

## **1. Theorie und Strategie**

Diskussionen um nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung sind kein Selbstzweck, sondern der Versuch, den gegenwärtig dominierenden Konzeptionen von Politik eine Alternative entgegenzusetzen. Dies ist notwendig, weil die herrschenden Politikkonzepte bei der Lösung drängender Probleme versagt, ja diese zum Teil selbst erzeugt haben. Nachhaltigkeit als Alternative bietet sich an, weil die konkreten Ziele nachhaltiger Umwelt-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik, wo immer sie formuliert werden, tendenziell und weitgehend kontextunabhängig immer wieder in Konflikt mit den tiefer liegenden Strukturen des zeitgenössischen Kapitalismus geraten und so nicht nur zeigen, dass sich dessen Dynamik gegen die soziale, ökologische und institutionelle, und selbst gegen die ökonomische Nachhaltigkeit richtet, sondern auch reklamieren eine Alternative darzustellen.

Daraus ergibt sich, dass sich eine Theorie nachhaltiger Entwicklung – zu der hier nur einzelne Bausteine vorgeschlagen werden können – letztlich daran messen lassen muss, ob die auf ihrer Grundlage auszuarbeitenden Politikvorschläge eine gegenüber dem status quo bessere Fähigkeit zur Erfassung und Lösung der Probleme der Gegenwart darstellen, ob sie nicht nur Transformationen in der Moderne, sondern eine Transformation der Moderne hervorbringen und so die Zukunftsfähigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung sichern können. Insofern ist es notwendig Teil der Vorgehensweise, im Prozess der Erarbeitung einer Theorie der Nachhaltigkeit sowohl auf die Schwächen der herrschenden Lehre hinzuweisen und diese gezielt zu vermeiden, wie auch im Sinne einer Selbstvergewisserung die Anwendungsorientierung nicht aus den Augen zu verlieren.<sup>1</sup> Notwendig ist ebenfalls, diejenigen Konzepte, die heute unter dem Signum »Nachhaltigkeit« verbreitet werden daraufhin zu überprüfen, ob es sich in der Tat um genuine Nachhaltigkeitskonzepte handelt oder um politische Mogelpackungen.

Dies gilt um so mehr, als die Entscheidungsmaximen bzw. Spielregeln, die heute das menschliche Zusammenleben bestimmen oder gar konstituieren, (zu) stark auf den Ökonomiefokus einer egoismus- und wachstumsfixierten Geldertragsmaximierung ausgerichtet sind. Die Gesellschaften laufen dabei Gefahr, durch die Eigendynamik der ökonomischen Prozesse weiter in diese Richtung vorangetrieben zu werden und dabei nachhaltiger Entwicklungsoptionen gänzlich verlustig zu gehen. (Zabel 2004)

1 Diese Anwendungs- oder Problemorientierung gilt allgemein als Merkmal von »Sustainability Science«, vgl. ICSU et al. (2002).

Um die Ursachen dieser zivilisations- (nicht menscheits-)bedrohenden Probleme zu beseitigen, müssen nicht nur die ökonomiefokussierten politischen Entscheidungsmaximen mit außerökonomischen, also ökologischen, sozialen und institutionellen Zielen ausbalanciert, sondern auch einer anderen ökonomischen Logik zum Durchbruch verholfen werden. Die gegenwärtige Funktionsweise der Ökonomie ist auch ökonomisch nicht nachhaltig: Der globalisierte Finanzmarkt-Kapitalismus untergräbt seine langfristigen Funktionsgrundlagen. Das heißt weder, dass er zusammenbrechen wird, denn er wird sich fortentwickeln und anpassen, noch dass er gerettet werden müsse, denn das haben seine Opfer nicht verdient. Es heißt jedoch, dass unsere Wirtschaft und Gesellschaft an Haupt und Gliedern reformiert werden müssen, wenn nicht die Kosten der späteren Adjustierung immens werden und gerade die schwächeren Bevölkerungsteile treffen sollen, national wie global.

Zu diesem Zweck muss die Theorie die Grundlage dafür bieten, klare Zieldefinitionen für mögliche Nachhaltigkeitsstrategien abzuleiten, die wesentliche Charakteristika einer solchen Entwicklung beschreiben und realistische Vorschläge für die Überwindung der Ursachen der bisherigen Umsetzungsdefizite machen. Angesichts der Herausforderungen einer Mehrebenenstrategie unter Einbeziehung von Meta-, Makro-, Meso- und Mikro-Ebene, sowie im politischen Raum der Handlungsebenen von kommunal bis zur Europäischen Union und zum »global governance« werden auf absehbare Zeit nur Bausteine einer umfassenden Theorie verfügbar sein – deren Eignung aber u.a. daran zu prüfen ist, ob sie in einen derartig komplexen Rahmen einpassbar sind.

Eine substantielle Strategieentwicklung ist auf Theoriebildung angewiesen, denn jede Strategie beruht auf angenommenen Ziel-Mittel Relationen (Söderbaum nennt diese Annahmen Ideologien). Ziel der Theoriearbeit ist es u.a., solche angenommenen sozio-ökonomischen und ökologischen Wirkungszusammenhänge zu explizieren und damit einerseits ihre Plausibilität aufzuzeigen und sie andererseits der Falsifizierung zugänglich zu machen. Diese konzeptionelle Transparenz ist Voraussetzung für eine öffentliche Diskussion über Politikziele und -strategien, und damit Grundlage der Glaubwürdigkeit von auf ihnen basierenden Politikvorschlägen, einschließlich der Auswahl der vorgeschlagenen politischen Instrumente (Ordnungsrecht, Planungsrecht, fiskalische und andere ökonomische sowie informationelle Instrumente).

Der gegenwärtige Stand der Diskussion ist von einer Vielfalt teils traditioneller, teil neuer Ansätze geprägt. Im Prozess einer Theorie-Entwicklung ist auch zu prüfen, wieweit diese Konzepte als Beiträge zur weiteren Arbeit geeignet sind und wo ihre Schwächen liegen. Nur dann können sie selektiv für die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitstheorie nutzbar gemacht werden.



## 2. Die Herausforderungen

Die nationale Situation in allen Industriestaaten ist geprägt von

- zunehmender Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen (Böhnke, Delhey 1999) sowohl unter den Bürger/inne/n, als auch im Verhältnis von privaten und öffentlichen Einnahmen (Zuwachs privaten Reichtums bei zunehmender Armut der öffentlichen Hand). Dies legt die Einbeziehung neuer, die wachsende Einkommenspolarisierung zurückführender Verteilungsmechanismen in problem-lösende Konzeptionen nachhaltiger Entwicklung nahe, aber auch die Einbeziehung derjenigen Formen der Nichterwerbsarbeit in die Betrachtung, die als relevant für den Lebensstandard erkannt worden sind. (Spangenberg, Lorek 2002).

- einer weit reichenden Vernichtung von Erwerbsarbeit und der Polarisierung der verbleibenden Arbeit in Tätigkeiten hoher und niedriger Qualität (Anspruch, Verantwortung, Qualifikation. Dies geht einher mit der Erosion des Nachkriegsmodells von Normalarbeit, Normalbiografie und Normalfamilie und dadurch bedingt der Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffs einschließlich Erwerbs- und Versorgungsarbeit (Mischarbeit, siehe Brandl, Hildebrandt 2002; Hildebrandt 2002).

- einer krisenhaften ökologischen Entwicklung, die – nachdem die Umweltbelastung aus technisch einfach zu handhabenden Punktquellen weitgehend gelöst ist – überwiegend durch Emissionen aus diffusen Quellen hervorgerufen wird, die nachgelagerten technischen Lösungen nur schwer zugänglich sind. Dies verweist auf die zunehmende Dringlichkeit, die primären Ursachen der Umweltbelastung (den Gesamtdurchsatz an Ressourcen einschließlich Material, Energie und Fläche) zu begrenzen, was wiederum auf die Notwendigkeit einer anderen Art von Produktion (und Konsumtion) hinweist.

- der politischen Krise der sozialen Sicherungssysteme (und erst in deren Folge der finanziellen Probleme), die zu neuen Überlegungen herausfordert. Ein Beispiel in dieser Hinsicht sind Vorschläge zur Einführung einer sozialen Grundsicherung oder negativen Einkommenssteuer. Die zentrale Funktion einer sozialen Mindestsicherung ist es dabei, bei gleich bleibenden oder steigenden Friktionen (Patchwork-Biographien) und zunehmend weniger planbaren Lebensperspektiven – von Erwerbs- und Versorgungs-Arbeitsort über Beruf und Ausmaß der Versorgungsarbeit (vgl. Spitzner 1999) bis zum Partner- und gegebenenfalls Familienstatus – eine ständige materielle Grundsicherung zu vermitteln, verlässlich auch für zukünftige Lebensabschnitte (Ziegler 2003).

- der Globalisierung von ökonomischen Prozessen wie politischen Entscheidungen, die eine effektive Partizipation immer schwieriger macht und die einerseits die Notwendigkeit der Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen verdeutlicht (z.B. durch rechtliche wie finanzielle Stärkung der Kommunen und Länder), und andererseits Strategien zur »Redomestizierung« der globalen Kapitalmärkte erfordert.

- der Militarisierung der internationalen Beziehungen, des Wiederauflebens einer längst überwunden geglaubten imperialen Geopolitik, die im Gefolge des US-amerikanischen Außenpolitik auch in Europa (nicht zuletzt unter deutscher Führung) zunehmend an Gewicht gewinnt. Die Selbstverständlichkeit, mit der die verfassungsmäßig auf Landesverteidigung festgelegte Bundeswehr inzwischen weltweit agiert ist Teil dieser Entwicklung.

Diese Entwicklungen erfolgen und werden rezipiert vor dem Hintergrund des auf der Metaebene seit mehr als 200 Jahren vorherrschenden gesellschaftlich-ökonomischen Paradigma des Industrialismus. Es unterscheidet sich von seinem Vorgänger aus der klassischen Periode der Ökonomik (also aus der frühen Periode der Industrialisierung) mit den drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Land unter anderem dadurch, dass es diesem gegenüber eine Aktualisierung der berücksichtigten Faktoren darstellt: Im Übergang von einer agrarbasierten Feudalwirtschaft zur industriellen Produktion verlor der Boden seinen Stellenwert als dominanter Produktionsfaktor. Ressourcen (Naturkapital aller Art) waren in der »leeren Welt« (Daly 1991) des ausgehenden 18. Jahrhunderts im Überfluss vorhanden – sie stellten, da nicht knapp, keine für die Produktionsplanung relevante Restriktion dar, so dass lediglich zwei Produktionsfaktoren betrachtet wurden: Arbeit und Kapital. Diese Dichotomie der industrialistischen Auffassung galt in kapitalistischen wie in staatssozialistischen Systemen, war also ein gemeinsamer Nenner auf der Metaebene trotz antagonistischer Konzepte in der Makro-Politik. Auch aktuelle neoliberale wie marxistische und keynesianistische Konzepte basieren nach wie vor – bei letzteren abgesehen von einigen aktuellen Fortentwicklungen – auf dem industrialistischen Paradigma (Ullrich 1979; Strasser, Traube 1981). Einige Netzwerke der Mesoebene, insbesondere die ökonomischen Lehrstühle, reproduzieren dieses Weltbild, während andere intermediäre Organisationen (Umweltverbände, entwicklungspolitische Organisationen und teilweise auch die Gewerkschaften) neue Denkansätze propagieren oder zumindest fordern<sup>2</sup>.

Eine erneute Aktualisierung hat das Paradigma im Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensökonomie (nicht notwendig -gesellschaft) durch die Betonung des gesellschaftlichen Wissens als Produktionsfaktor erhalten (Sozial- und Wissenskapital, teilweise Humankapital in der ökonomischen Diskussion, (vgl. OECD 1998; Morosini 2001; OECD 2001)<sup>3</sup>. Die umweltpolitischen Akteure (einschließlich der Umwelt- und Ressourcenökonomik als Appendix der neoklas-

- 2 Weltbild- oder Paradigma-Differenzen sind auch ein Haupthindernis für die effektive Entwicklung von Genenmacht in Bündnissen von Gewerkschaften, Kirchen, NGOs und sozialen Bewegungen, in denen die Zielvorstellungen von prä- über früh- bis zu postindustrialistischen Welten reichen (Spangenberg 2000).
- 3 Diese Entwicklung, auch wenn sie den zentralen Stellenwert der lebendigen Arbeit neu entdeckt, ist in zweifacher Hinsicht nicht unproblematisch. Zum einen wird »Wissenskapital« zum dominanten Produktionsfaktor erklärt (und damit allen Strategien von Umverteilung und kollektiver Vertretung eine Absage erteilt), und zum zweiten wird in der Diskussion über die Vererbbarkeit von Intelligenz eine »natürliche« Grundlage gesellschaftlicher Ungleichheit suggeriert, die nahtlos an den frühkapitalistischen Sozialdarwinismus anschließt, aber auch Bezüge zu feudalgemeinschaftlichen Legitimationsmustern und rassistischen Ideologien und ihren biologistischen Rechtfertigungen hat.

sischen Wirtschaftstheorie) betonen demgegenüber die Rolle des Naturkapitals, was zu einem Gesamtbild mit mindestens vier essentiellen Produktionsfaktoren oder Kapitalstöcken führt.<sup>4</sup> Grundlage einer Theorie der Nachhaltigkeit kann damit nur der Ausgleich ökonomischer, ökologischer, sozialer und institutioneller Ziele sein, was einen Abstimmungsprozess zwischen mehreren zumindest teilweise unabhängigen Variablen voraussetzt (Spangenberg 2001; O'Connor 2002). Die Unabhängigkeit der Variablen wiederum bedingt, dass nicht die Maximierung eines gemeinsamen Nenners (z.B. Nutzen in Geldeinheiten) das Ziel sein kann, sondern mittels einer multikriteriellen Abwägung (Munda 2003) ein Optimum gesucht werden muss, das infolge der Mehrdimensionalität des Konzepts in der Regel nicht eindeutig bestimmt werden kann. Statt dessen kann lediglich eine Spannweite von Entscheidungsoptionen und möglichen Lösungen angegeben werden, innerhalb derer die Kriterien betreffs aller vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung in unterschiedlichem, aber immer in hinreichendem Maß erfüllt sind. Hinreichend bezeichnet hier den Zustand, dass die Mindestanforderung der Vermeidung irreversibler Schäden erfüllt ist und darüber hinaus die gewählte Option durch gesellschaftlich-politische Abwägungs- und Aushandlungsprozesse gesellschaftliche Legitimität erlangt hat. Diese weitergehenden Überlegungen stellen keine Aktualisierungen des Industrialismus-Paradigmas dar; sie sprengen vielmehr als systemtransformierende Reformstrategien seinen Rahmen.

Das ursprüngliche biopolare Wirtschaftsverständnis des Industrialismus wurde im 20. Jahrhundert durch den Fordismus zu einem gesellschaftspolitischen Konzept weiterentwickelt. Es beruht auf der Möglichkeit von Massenproduktion durch Massenkonsum, der wiederum durch angemessene Bezahlung ermöglicht wird. Steigende Einkommen führten zu wachsenden Konsummöglichkeiten und schufen eine Massenloyalität, die subjektive Grundlage der Wahrnehmung eines Übergangs von der Klassen- zur Konsumgesellschaft war, verstärkt durch eine ideologische Überhöhung des erfahrenen Wachstums mit dem Versprechen, dass alles Allen früher oder später zugänglich sein werde. Wohlstandsdifferenzen wären also – solange das System unangetastet bliebe – lediglich Ungleichzeitigkeiten, nicht aber Ungerechtigkeiten (so bis heute der »American Dream«). Insofern war der Fordismus auch ein Gegenwurf zu dem von Rosa Luxemburg in Analyse der weltwirtschaftlichen Situation vor den ersten Weltkrieg aufgestellten »Gesetz der Unterkonsumtion«, dem zufolge zwei Tendenzen die global Wirtschaft beherrschen, eine hinter den Reproduktionsbedürfnissen zurückbleibende Entlohnung mit der Folge ständiger Unsicherheit der Konsumtion für die Arbeitnehmer in den Metropolen und eine »Ökonomie der Enteignung«, der Nichtkonsumtion der Mehrheit der Menschen in der Peripherie (nach Meier 2005). Diese Situation wurde zu einer vorübergehenden erklärt, zu einem Durchgangsstadium

4 Zur Vorgehensweise der Ökonomen und deren Problemen siehe das entsprechende Kapitel unten; Nicht-Ökonomen sehen die ökonomischen Konnotationen der Kapitalstock-Terminologie kritisch (insbesondere Komensurabilität, Quantifizierbarkeit und Substituierbarkeit der Kapitalstöcke).

auf dem Wege zur allgemeinen Konsumgesellschaft, und die Entwicklung der Jahre nach dem zweiten Weltkrieg ließ dieses Versprechen glaubhaft erscheinen. Es ist wenig überraschend, dass mit dem Ende des Fordismus beide Phänomene wieder auftreten – Prekarisierung und Lohnsenkungen zur Erhöhung bereits enormer Gewinnmargen in den Industriestaaten, und eine Reduzierung des Südens zum Rohstofflieferanten. Dies erfolgt bei fortschreitender Privatisierung der Gemeingüter in Natur und Gesellschaft und damit ihrer Auslieferung an die Logik der Märkte, wobei der Zugang zu Rohstoffen wahlweise mit ökonomischen (Freihandel) oder militärischen Mitteln durchgesetzt wird (Interventionen, Geopolitik).

Dieses Konzept setzt nicht nur die unbegrenzte Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren voraus, sondern auch eine passende gesellschaftliche Organisationsform. Seine vier zentralen Voraussetzungen sind (nach Littig 2002):

1. nahezu unbegrenzte Nutzung billiger natürlicher Lebensgrundlagen,
2. unbegrenzt warenförmige Bedürfnisbefriedigung,
3. hierarchische Geschlechterverhältnisse und
4. die Kleinfamilie als zentrale Form der Vergemeinschaftung.

Diese Vorstellungen prägen heute noch viele Aspekte unseres industriellen und gesellschaftlichen Alltags und insbesondere die normativen Orientierungen, wie nach der Idealvorstellung weiter Teile der Bevölkerung dieser Alltag sein solle. Das gilt für »Normalarbeitsverhältnis« (lebenslang ununterbrochen Vollzeit in der selben Firma), die »Normalarbeitszeit« (fünf Tage, 35 Stunden, Urlaub) oder die »Normalfamilie« (männlicher Ernährer, Kinder erziehende Hausfrau). Sie haben immer noch eine politische Leitfunktion über (fast) alle Parteigrenzen hinweg: Gerade in Zeiten, in denen diese idealtypische »Normalität« der gesellschaftlichen Realität immer weniger entspricht, beweist das Leitbild seine enorme – und teils noch zunehmende – Bindewirkung (Bierter 1994; Bierter, von Winterfeld 1998). Gerade die zunehmende Prekarisierung führt zur Reaktualisierung traditioneller Leitbilder als Element einer retroprojektiven Idealisierung der Vergangenheit auf der Suche nach verloren gegangenen Sicherheiten. Die gegenwärtige postfordistische Transformation beinhaltet u.a. eine Flexibilisierung, Individualisierung und Feminisierung der Erwerbsarbeit, und legt – geht man davon aus, dass sie auch signifikante Teile der industriellen Kerne erfassen wird – die Notwendigkeit neuer sozialer Sicherungstypen (Grundsicherung) und Arbeitsformen (Mischarbeit) nahe (Hans-Böckler-Stiftung 2000). Politisch ist es schwerer, dieses Weltbild reformieren zu wollen, also z. B. Leitbilder wie Arbeitsplatzzerhalt und soziale Sicherung gegen die gegenwärtige Politik mobilisieren zu wollen und gleichzeitig Individualisierung zu begrüßen und Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, als das gesamte Paradigma als »überholt« zu verwerfen, wie es die Marktradikalen tun. Soziokulturell befinden wir uns insofern in einer Krisenphase, die Strukturwandel und Innovationen erfordert, insbesondere in der familialen Arbeitsteilung auf der Mikroebene, ohne dass die korrespondierenden Veränderungen auf den übrigen Ebenen synchron erfolgen würden.

Solche Asynchronitäten, die auch auf der verzögerten Problemwahrnehmung auf über- wie untergeordneten Ebenen beruhen, führen immer wieder zu Inkohärenzen, Spannungszuständen und Brüchen, die ihrerseits nachlaufende Veränderungen auf allen Ebenen auslösen. So wurde das Grundkonzept des Industrialismus erst als nicht mehr zeitgemäß erkannt, als mit dem Wachstum der Wirtschaft diese an die ökologischen Grenzen der nun »vollen Welt« stieß. Erst dann gab es Bemühungen, die Metaebenen-Orientierung erneut zu aktualisieren und der Natur ihre Rolle in Ökonomie und Ökonomik zuzugestehen – ein Prozess, der längst noch nicht vollendet, aber in der Praxis häufig weiter vorangeschritten ist als in der Theorie. Das Ideal der »Normalfamilie« ist realitätsfern, wie die stetig wachsende Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zeigt – trotzdem hat es in der familialen Arbeitsteilung nach wie vor prägenden Charakter, führt zur Denunziation berufstätiger Frauen als »Rabemütter« und legitimiert die schlechtere Bezahlung von Frauen als »Zuverdienerinnen«. In der Rechtsordnung – die ja den gesellschaftlichen Entwicklungen fast immer hinterherhinkt – ist es tief verankert.

Um die gegenwärtige Legitimationskrise der Politik zu verstehen reicht es nicht, auf die negativen Folgen neoliberaler Politikstrategien zu verweisen – immerhin werden ihre Vertreter/innen mit breiten Mehrheiten gewählt. Wichtig ist zu verstehen, dass die erfahrbaren Phänomene der gegenwärtigen Krisen – sozial, ökologisch, ökonomisch – von jedem Betroffenen im Rahmen seines Weltbildes wahrgenommen und gedeutet (oder auch aus der bewussten Wahrnehmung ausgeschlossen) werden, und dass erst diese Deutungen bestimmt, ob der Zustand der Gesellschaft als krisenhaft wahrgenommen wird oder nicht. Bei der Einschätzung von Krisen und ihren Wirkungen ist also die materielle Ebene, die unabhängig von ihrer Wahrnehmung durch den Menschen besteht und sich nach eigenen Gesetzen fortentwickelt (trotz aller Fortschritte der Natur-, Sozial- und Humanwissenschaften werden viele Aspekte dieser Realität unserem Wissen dauerhaft verborgen bleiben, vgl. Rees 1994), zu unterscheiden von der gesellschaftliche Ebene der durch Deutungsmuster und Symbole vermittelten Wahrnehmung.<sup>5</sup> Auf dieser Ebene sind gesellschaftliche Entscheidungen angesiedelt, und für diese sind nicht die materiellen Probleme handlungsauslösend, sondern ihre gesellschaftliche Wahrnehmung. Erst aus dieser Kontextualisierung (einschließlich der Abwägung mit anderen wahrgenommenen Problemen) ergibt sich gegebenenfalls die Bewertung eines wahrgenommenen Problems als lösungsbedürftig oder gar dringlich. Politische Maßnahmen werden in diesem Kontext definiert; nicht zufällig zielen sie häufig auf die Wahrnehmung, nicht auf die dahinter liegenden Probleme; die resultierenden symbolischen Lösungen greifen dann (bestenfalls) auf der gesellschaftlichen, nicht aber auf der materiellen Ebene. Mangels geeigneter Erfolgskontrollen kann dies lange unbemerkt bleiben, zumeist bis die materiellen

5 Materiell hier im Sinne von realweltlich, im engeren Sinne biologisch-chemisch-physikalische wie gesellschaftliche Probleme (Armut, Diskriminierung etc.) mit einschließend.

Probleme z. B. durch die Störung etablierter gesellschaftlicher Abläufe erneut ihre Wahrnehmung erzwingen (Dörner 1989).

Das dialektische Verhältnis von materiellem Effekt und sozialer Perzeption gilt z. B. für die Wahrnehmung von Egalität in der Gesellschaft, für die Ursachen der (wahrgenommenen) Arbeitslosigkeit, aber auch für die Auswirkungen der Umwelt auf das System ‚Ökonomie‘ (Brand et al. 2002). So hängen die materiellen Auswirkungen von Umweltproblemen nicht davon ab, ob über sie kommuniziert wird oder nicht. Diese Kommunikation prägt jedoch die Form ihrer Wahrnehmung, damit die Interpretationen und die gesellschaftliche Reaktionen (Metzner 1989). Schädigungen der Umwelt und ihre Wirkung auf die übrigen Dimensionen sind insofern nur mittelbar mit der Kommunikation über sie verknüpft (Luks 2001). Jedoch bleiben solche Beeinträchtigungen (wie die Wirkungen aus anderen Teilsystemen) nicht dauerhaft verborgen – teils weil sie sich früher oder später als Systembeeinträchtigungen im immanenten Kode des Systems äußern, teils weil Menschen als Teilnehmer verschiedener Systeme die Transferleistung erbringen, ein Problem in einem System (z. B. Umwelt) zu erkennen und seine Nichtwahrnehmung in einem anderen (z. B. Ökonomie) als Systemversagen zu interpretieren und Änderungsbedarf zu artikulieren. Beide Effekte, die Entwicklung und Nutzung gemeinsamer Kodices wie die individuelle Transferleistung tragen zur Interaktion der Handlungssysteme bei.

### **3. Die Historie**

Nachhaltigkeitsstrategien müssen Lösungen vor diesem komplexen Hintergrund suchen, und Nachhaltigkeitstheorien müssen in der Lage sein, diese Situation analytisch zu erfassen. Wenn im folgenden eine wissenschafts- und politikhistorische Darstellungsweise der Entwicklung von Nachhaltigkeitskonzepten gewählt wird, so ist das Ziel, durch die schrittweise Ausweitung des Grundkonzepts deutlich zu machen, welches die elementaren Grundstrukturen des Konzepts sind und wie sie genutzt und ergänzt wurden, um der Komplexität der Probleme Rechnung zu tragen, aber auch welche Regressionen auftraten. Dabei werden die frühen Vorläufer hier nur kurz genannt; die Darstellung fokussiert auf die Entwicklung seit Publikation des Endberichts der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung (WCED 1987, »Brundtlandkommission«). Sein heutiger Nutzen wird diskutiert und die konzeptionellen Weiterentwicklungen der letzten Jahre beschrieben (Gleichheitsprinzip, Menschlichkeitserbe, Umweltraum, vier Dimensionen, Koevolution, Querschnittsthemen).

Die historische Betrachtungsweise macht auch deutlich, wie sehr die wissenschaftliche Welterkenntnis von ihren immanenten Grenzen geprägt ist: In der Regel werden Probleme von den Mitteln her definiert, die zu ihrer Bearbeitung eingesetzt werden können; Wissenschaft ist insofern bei der Wahl ihrer Themen von

ihren Theorievorgaben und -vorlieben sowie ihrem Methodenrepertoire abhängig. Angesichts der hohen Komplexität, der möglichen Schadensgröße und der Dringlichkeit von Maßnahmen kann man sich deswegen gerade für eine nachhaltige Entwicklung nicht auf die Problemlösungskapazität von Wissenschaft und Technik verlassen (Funtowicz et al. 1998). Ganz im Gegenteil besteht ein erheblicher Bedarf an Neudefinition von Methodik und Aufgabenstellung der Wissenschaft angesichts dieser neuen Herausforderungen (Funtowicz et al. 1999), auch und gerade betreffs der Begrifflichkeit der Nachhaltigkeit und ihrer kulturell-historischen Entfaltung.

Bei den im Folgenden analysierten Dokumenten handelt es sich um Texte, die teils im wissenschaftlichen, teils im politischen Bereich verortet sind. Diese Mischung ist insofern gerechtfertigt, als Nachhaltigkeit als normatives Konzept vor der wissenschaftlichen Präzisierung der gesellschaftlich-politischen Zielsetzung, also einer »prä-analytischen Verständigung« bedarf (Daly 1996).

### *Vorgeschichte*

Der Begriff »nachhaltig« wurde 1712 durch von Carlowitz geprägt, einen Kameeralisten und als Oberberghauptmann leitenden Mitarbeiter der Forstverwaltung des sächsisch-polnischen Königreichs unter August dem Starken (von Carlowitz 1713, Reprint 2000). Später wurde der Begriff (inzwischen ein forstlicher Fachbegriff) mit »sustainable« ins englische übersetzt. Außerhalb forstlicher Kreise wurde der Begriff erstmals in den 1980er Jahren verwendet, im Nachfolgebund zu »Global 2000« namens »Global Future – Time to Act« (Council on Environmental Quality 1981, S. 145 ff); in der deutschen Übersetzung »Global Future – Es ist Zeit zu handeln« als »dauerhafte Entwicklung« übersetzt, (Bechmann 1981, S. 152 ff) und in der ersten Weltnaturschutzstrategie (IUCN/UNEP/WWF 1980). In den Diskussionen der Vereinten Nationen, die zur Einsetzung der World Commission on Environment and Development (WCED) unter Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland führten (United Nations 1983; WCED 1984) war der Begriff bereits etabliert.

Nicht benutzt wurde der Begriff von früheren UN-Kommissionen, obwohl deren Arbeit zentrale Nachhaltigkeitsaspekte betraf und ihre Berichte bis heute nur unzulänglich genutzte Quellen zur Nachhaltigkeit darstellen, so die Brandt-Berichte, der Palme- und der Nyerere-Bericht (Brandt-Kommission 1980; Brandt 1983; Südkommission 1990). Ebenfalls nicht benutzt wurde der Terminus im Bericht von Meadows et al. an den Club of Rome (Meadows et al. 1972), im Gegenteil: »Die Grenzen des Wachstums« sind einer der zwei Antipoden, die der Brundtlandt-Bericht im Sinne einer antagonistischen Synthese zu vereinen sucht. Der andere Antipode, ein Bericht der als Gegendarstellung zu »Limits to Growth« geschrieben wurde und seit den 1970er Jahren weite Teile der Diskussion im Süden geprägt hat, ist der Bariloche Report »Limits to Misery« (»Grenzen des Elends«), verfasst von einer Gruppe kritischer Wissenschaftler/innen um das ar-

gentinische Nuklearforschungszentrum Bariloche (Herrera, Skolnik 1976). Seine Kernthese: Es geht auf absehbare Zeit nicht um Wachstumsgrenzen, denn die Ursache für die internationalen Probleme, allen voran Armut und Elend, ist nicht Überproduktion, sondern die ungerechte Verteilung. Dieser Ansatz greift Ideen über globale Allgemeingüter auf, betrachtet Ressourcen als Menschheitserbe und betont die Menschenrechte – alles Elemente, die sich heute im Nachhaltigkeitskonzept wieder finden.

Die von der WCED entwickelte, inzwischen global anerkannte Definition von Nachhaltigkeit besagt Nachhaltigkeit bedeute, die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation zu erfüllen ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken, ebenfalls ihre Bedürfnisse zu erfüllen (Sustainable development is »development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs« WCED 1987, S. 43). Meist wird jedoch ignoriert, dass die WCED danach konkret wird und fortfährt:

»It contains within it two key concepts:

- The concept of »needs«, in particular the essential needs of the world's poor, to which overriding priority should be given; and
- The idea of limitations imposed by the state of technology and social organization on the environment ability to meet present and future needs.«

Die normativen Prinzipien von Bedürfnisorientierung und Anerkennung von Grenzen sind also per definitionem konstitutiv für jedes Nachhaltigkeitskonzept (die »caring capacity« einer Gesellschaft ist für ihr Überleben genauso wichtig wie die »carrying capacity« ihrer Umwelt) und müssen deshalb auch Ausgangspunkt oder zumindest Bestandteil jeder Theorie und Strategie nachhaltiger Entwicklung sein<sup>6</sup>. Zugleich verlangt die Kommission von den Industriestaaten eine Vorreiterrolle einzunehmen, die sowohl die Reduzierung ihrer Umweltbelastungen, den Transfer umweltverträglicher Technologien als auch verstärkte Bemühungen in der Entwicklungspolitik einschließt.

#### *Dokument 1: WCED, Brundtlandkommission*

Die von der Brundtland-Kommission vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen lassen sich jenseits aller wertvollen Detailvorschläge zugespitzt zusammenfassen als »Armutsbekämpfung über massives Wirtschaftswachstum, bei kompensatorischem Umweltschutz durch Entkoppelung von Umweltbelastung und BIP«. Beides wird postuliert unter der Annahme, dass dies in unserem Wirtschaftssystem ohne grundlegende Veränderungen möglich sei.

Eine der größten Schwächen des Brundtland-Berichts ist die völlige Ignorierung von Machtverhältnissen und der Rolle des Freihandels, die den vorgeschlagenen Lösungen, insbesondere zur Überwindung der Nord-Süd-Spaltung, hier wie dort entgegenstehen. Das erklärt sich aus dem Konsens-Charakter des Berichts;

6 Beides wird heute ignoriert, wenn – wie es im politischen Diskurs häufig geschieht – Nachhaltigkeit auf Ökoeffizienz reduziert wird.



auch in den internationalen Anhörungen der Kommission wurden diese Fragen kaum aufgeworfen (die Arbeit der Kommission erfolgte 1985-1987, also zu einer Zeit, als es die erst ab 1991 dominant werdende Standort- und ökonomische Globalisierungsdebatte noch nicht gab; damals wurde über Globalisierung diskutiert wenn Umweltschützer die Globalisierung der Umweltverschmutzung anprangernten (vgl. Spangenberg 1991). Dieses Tabu setzt sich dann auch im offiziellen Nachhaltigkeitsdiskurs fort, von der UNCED-Konferenz (Rio Principles und Agenda 21) (United Nations 1993) über die CSD (United Nations 2001) bis zum Weltgipfel WSSD in Johannesburg 2002 (United Nations 2002)<sup>7</sup>.

So sehr der Brundtland-Bericht bis heute als grundlegendes Werk anerkannt wird (auch die Ergebnisbände der Kommission (WCED 1987a; WCED 1987b) verdienen Aufmerksamkeit), so wenig wurde er unvoreingenommen gelesen bzw. das Gelesene zur Kenntnis genommen oder gar in politisches Handeln umgesetzt. Statt dessen wurden die Ergebnisse und Forderungen der Kommission selektiv zur Kenntnis genommen und als Bestätigung vorgefasster Meinungen interpretiert (ein Grund sowohl für die weltweite Zustimmung zum Bericht wie für die Schwierigkeiten bei der Operationalisierung). Dabei war die Wahrnehmung in Europa, geprägt durch »Limits to Growth«, die von Nachhaltigkeit als Umweltschutz des 21. Jahrhunderts; in den USA, wo der Club of Rome – Bericht völlig anders rezipiert wurde, stand als globales Problem das Bevölkerungswachstum der Dritten Welt im Vordergrund. In Skandinavien spielten von Anfang an die Themen internationale Gerechtigkeit und europäische Konsummuster eine wesentliche Rolle, in den Niederlanden soziale Aspekte, und in Deutschland wurden Ziele der Kommission häufig als technologische Herausforderungen verstanden. Die divergente kulturelle Entwicklung in Europa und den USA seit Mitte der 1970er/Anfang der 1980er Jahre wurde hier sichtbar und in der Vorbereitung auf die Rio-Konferenz auch politisch wirkmächtig.

Die Wahrnehmung im Süden war von »Limits to Misery« und der dahinter liegenden, breiten politischen Strömung beeinflusst und sah den WCED Report eher als einen neuen Anlauf zur globalen Verteilungsgerechtigkeit. Dabei propagieren die Eliten des Südens »Wachstum als Entwicklung« (ein gescheitertes Konzept, das jedoch ihren Interessen diene) und forderten verbesserten Zugang zu den Märkten der Industriestaaten, während die Vertreter/innen der Zivilgesellschaft eine gerechtere Wohlstandsverteilung in und zwischen den Ländern fordern und die Wichtigkeit nachhaltiger Lebensverhältnisse (sustainable livelihoods) betonen.

7 In Europa wurde weitgehend der Ausweg gewählt, die Existenz mächtiger Partialinteressen am Fortbestand nicht-nachhaltiger Verhältnisse nicht zu ignorieren, sondern zu leugnen, indem Nachhaltigkeit ausschließlich als »win-win-win«-Situation beschrieben wurde.

#### 4. Der Begriff heute

Nachhaltige Entwicklung als Schlüsselbegriff der Kommission ist nach wie vor ein »umkämpfter Begriff« (Brand 2002). Seine Mehrdeutigkeit ist keine Beliebigkeit oder das Ergebnis von »semantischem Verschleiß«, sondern das Ergebnis gezielter Versuche der Uminterpretation zur Entschärfung der Herausforderungen des Konzepts wie zur Imagepolitik. Gerade dass der Begriff bis heute umstritten ist, zeigt seine Relevanz – umso wichtiger ist es, die unterschiedlichen Interpretationen zu verstehen und Weiterentwicklungen von Regressionen zu unterscheiden. Insofern ist es ratsam, alle Definitionen zu hinterfragen, bei denen die eingeflossenen Wertungen und Konzepte intransparent sind.<sup>8</sup> Regressive Definitionen können entweder ganz auf Ziele verzichten oder diese nur betreffs einer Dimension formulieren (bzw. das Primat einer Dimension einfordern); sie sind (meist interessegebundene) Täuschungsmanöver und verdienen die Bezeichnung nachhaltige Entwicklung nicht:

- Ohne Ziele wird Nachhaltigkeit postmodern zur »regulativen Idee«, prozedural bestimmt als ständig neu auszuhandelnder Prozess, der eine nicht substanziiell zu fassende Qualität darstelle (so in Deutschland bei vielen Sozialwissenschaftler/innen, Wirtschaftsvertreter/innen, FDP und Grünen; bei SPD und den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages ist dieser Ansatz mit einem normativen Verständnis gemischt). Diese Interpretation ist mit beiden genannten Kernkriterien (Bedürfnisse, Grenzen) nicht vereinbar.

- Bei Beschränkung auf die ökonomische Dimension ergibt sich das Konzept der »weak sustainability«, eine domestizierte Nachhaltigkeit durch ökonomische Umdeutung. Aufbauend auf der neoklassischen Theorie werden Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft als Kapitalstöcke definiert, und die Substituierbarkeit von Natur- und Sozialkapital postuliert. Da die »funktional äquivalente Substitution« eindimensional auf wirtschaftliche Erträge bezogen wird, können die Bestandteile von Natur und Gesellschaft, auch die Menschen, durch Geldbeträge vollständig beschrieben und auch ersetzt werden. So wird Nachhaltigkeit zur ultimativen Kommodifizierung als Grundlage eines neuen Wachstumsparadigmas. Derartige Vorstellungen sind bei den meisten Ökonomen, in Teilen der Wirtschaft, bei Union und FDP stark vertreten; international protegiert die OECD diese Interpretation (OECD 2001), die das Kriterium »Grenzen« ignoriert und somit substanziiell kein Nachhaltigkeitskonzept darstellt.

- Eine andere Variante der ökonomischen Umdeutung ist es, die Unabhängigkeit der vier Dimensionen zu bestreiten und (oft implizit) eine funktionale Hierarchie zu postulieren. Diese besagt, dass mit zunehmendem Wohlstand die zunächst

8 Das gilt besonders bei Nachhaltigkeitsindizes: Ein Grobtest ist hier, die Rangfolge der nachhaltigsten Länder zu betrachten. Wird diese wie bei vielen Indizes von den Industrieländern angeführt, mit den USA an der Spitze, so deutet das auf eine Ausrichtung der Hierarchie am BIP und damit ein ökonomistisch regressives Nachhaltigkeitsverständnis.

steigende Umweltbelastung an einen Wendepunkt komme und danach, gerade durch weiter steigende Wirtschaftsleistung, d.h. ohne weitere Politikmaßnahmen, wieder abnehme (Environmental Kuznets Curve EKC Hypothese). Ebenso sei dies für die soziale Polarisierung in einer Gesellschaft der Fall (sogenannte Kuznets-Hypothese). Politik könne sich deshalb ausschließlich auf die Förderung des Wirtschaftswachstums konzentrieren, sozialer Ausgleich und Umweltentlastung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit seien die automatische Folge. Die These kann heute als widerlegt gelten (Fischer-Kowalski 2001; Spangenberg 2001), wird aber unter Umweltökonominnen und in Teilen der Politik (in den USA stärker als in Europa) immer noch breit diskutiert.

- Beschränkt man sich auf die ökologische Dimension oder räumt ihr ein unbedingtes Primat ein, so ergeben sich Forderungen nach Nullwachstum und Konsumverzicht, oft verbunden mit kommunitaristischen Konzepten von lokalen Wirtschaftskreisläufen und autonomen Gemeinschaften; die Ergebnisse der aktuellen Forschung zu nachhaltigem Konsum (vgl. z. B. Reisch, Roepke 2004) werden dabei meist ignoriert. Dabei wird das Kriterium »Bedürfnisse« entweder ignoriert wie im Konzept des Umweltraums, oder es wird extern eine Grenze zwischen legitimen und nicht akzeptierten Bedürfnissen gezogen. Solche Grenzen verletzen das Nachhaltigkeitskriterium ebenfalls, da Bedürfnisse nicht extern und objektiv bestimmbar sind, wie schon die Grundbedürfnisdebatte der 1970er und 1980er Jahre gezeigt hat. Zudem differenzieren die Grenzziehungen meist nicht zwischen Bedürfnissen und den Mitteln zu ihrer Befriedigung (»satisfiers« and »needs« bei Max-Neef 1991). Einige Biolog/inn/en und Ökolog/inn/en, fast alle Kommunitarist/inn/en und »deep ecology« Vertreter/innen folgen dieser Position, sowie zahlreiche Umweltverbandsrepräsentant/inn/en. Einst bei den Grünen heimisch, ist diese Position jetzt im politischen Raum ausgestorben, findet sich (quasi als Fossil) noch in Studien wie »Sustainable Netherlands« (Buitenkamp et al. 1993) und »zukunftsfähiges Deutschland« (BUND/ MISEREOR 1996).

- Nur der sozialen Dimension widmen sich einige Diskussionen im Süden; in diesen Fällen wird jede Art von »Development« als Fortschritt und damit als »Sustainable« beschrieben. Hauptziel ist dann meist die Förderung des Wirtschaftswachstums – hier trifft sich diese Art der konzeptionellen Verkürzung mit der erstgenannten. In Europa gibt es überraschend wenige öffentliche Diskurse, die soziale Ziele in den Vordergrund stellen, und keine einseitig sozialen Nachhaltigkeitskonzepte. In den USA und teilweise im Süden dominiert der soziale Aspekt die Gerechtigkeitsdebatte, einschließlich der Themen Umweltgerechtigkeit als nationales, und ökologische Schulden (ecological debt) als globales Verteilungsproblem. Wo (wie in Teilen der australischen Diskussion) soziale Nachhaltigkeit explizit thematisiert wird, geschieht dies im Sinne einer Defizitanalyse und nicht als Forderung nach einem Primat der sozialen Entwicklung (die meist zusammen mit wirtschaftlicher Entwicklung, d.h. Wachstum gesehen wird).

Die wiederholte Wachstumsfixierung ist dabei kein Zufall: bei gegebenen Armut- und Gerechtigkeitsproblemen dient das Wachstumsversprechen zur Vermeidung einer Verteilungsdiskussion in und zwischen den Nationen. Auch Vertreter/innen des Südens, die die ungerechte internationale Verteilung anklagen, benutzen im eigenen Land oft die Wachstumsrhetorik, genau wie ihre Kollegen im Norden, als Pazifizierungsstrategie.

### *Dokument 2: Die Nachhaltigkeitsstrategie der OECD*

Im Mai 1999 erteilte die OECD-Ministerkonferenz dem Generalsekretariat den Auftrag zur Entwicklung einer OECD-Nachhaltigkeitsstrategie auf der Basis der Vorarbeiten des Sekretariats (OECD 1998). Die Zuständigkeit der OECD für die Entwicklung einer Rahmenstrategie wurde mit der bei der OECD vorhandenen multidisziplinären Kompetenz begründet, die mit den themenübergreifenden Zielen nachhaltiger Entwicklung korrespondiere, sowie mit der Nützlichkeit einer Diskussionsplattform, die nicht selbst handelnde Partei sei. Arbeiten der OECD zu Verteilungsproblemen und sozialen Sicherungssystemen, Humankapital-Investitionen (OECD 1998), Arbeitsmarktsituation (OECD 1996); Umweltdaten (jährlich), das OECD-Umweltprogramm vom Mai 2001 (OECD 2001) mit einem eigenen Kapitel über soziale Aspekte der Umweltpolitik sowie zahlreiche ökonomische Analysen bestätigen diese Einschätzung.

Im Laufe von drei Jahren hat die OECD weitere umfangreiche Materialien zusammengestellt, regelmäßig den Umweltministerrat konsultiert (die Sozialminister waren nur zu Beginn des Projekts durch ein Statement eingebunden), sowie Expertenanhörungen, Workshops und Konferenzen durchgeführt. Über den Fortschritt des Projekts wurden 1999 und 2000 Zwischenberichte erstellt (OECD 2000). Bereits in einer frühen Phase dieser Arbeiten zeigte sich jedoch die Schattenseite dieser breiten Kompetenz in der mangelnden Kohärenz der Einzelbeiträge. Dieses Problem beruhte nicht zuletzt auf den nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten, einen »gemeinsamen Nenner«, oder auch nur eine gemeinsame Begrifflichkeit für die fachspezifisch geprägten Ergebnisse der unterschiedlichen OECD-Abteilungen zu entwickeln. Der Versuch, ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit zu integrieren, zeigte sich am deutlichsten in den Entwürfen eines themenübergreifenden Indikatorensatzes, der 1999 in Rom vorgestellt wurde (OECD 1999). Diesen Ansatz spiegelt auch der 2001 veröffentlichte Analytic Report; er stellt zugleich einen Abschlußbericht dieser Arbeiten dar (OECD 2001). Nach einleitenden Kapiteln zur Herausforderung Nachhaltigkeit, zu Grundprinzipien (einschließlich des »Drei-Säulen-Modells«) und zur Messung von Nachhaltigkeit enthält er Analysen und Handlungsempfehlungen in zahlreichen Einzelfeldern.

Als Zusammenfassung der politikrelevanten Teile des Analytic Reports für die ministerielle Entscheidungsebene wurde der Policy Report veröffentlicht (OECD 2001). Dieser spiegelt jedoch mehr die Machtverhältnisse in der OECD als den

Sachstand zu nachhaltiger Entwicklung: In der Schlussphase der Arbeit hatte die Wirtschaftsabteilung der OECD die Federführung für seine Zusammenstellung übernommen, dabei wurde aus dem Nebeneinander unterschiedlicher disziplinärer Denkschulen eine Selektion nach den Kriterien neoklassischer Ökonomik, erweitert durch ressourcenökonomische Argumentationen. Kern des Konflikts war die Rolle der Ökonomik: Entweder werden ausschließlich monetär fassbare Sachverhalte einbezogen, dann sind aber nicht in Geld auszudrückende Faktoren nicht mehr entscheidungsrelevant (so kann beispielsweise Verteilungsgerechtigkeit nicht als Problem der optimalen ökonomischen Effizienz abgehandelt werden). Werden zusätzliche Maßstäbe für soziale und ökologische Prozesse einbezogen, dann gibt es keinen einheitlichen Bewertungsmaßstab mehr und damit keine Möglichkeit, mittels einer Optimierungsstrategie eine eindeutig beste Lösung zu bestimmen. Der Policy Report löst diese Spannung (z. B. in Analytic Report Kapitel 3) zugunsten einer neoklassisch-ressourcenökonomischen Sichtweise auf.

Das abschließende Ergebnis (Begrüßung der Vorlage, Aufforderung zum weiteren Nachdenken, Ablehnung der Strategie in der vorliegenden Form: OECD Ministerrat, Frühjahr 2001) hat bei Ökonomen der OECD nicht etwa zu neuen Lernprozessen geführt; stattdessen wird die OECD Strategie auf Basis des Policy Reports vom Sekretariat massiv propagiert. Der OECD Environmental Outlook 2030, dessen Veröffentlichung im Herbst 2007 geplant ist und der unter Federführung des umweltpolitischen Komitees EPOC entsteht, zeigt (zumindest in den Entwurfsfassungen) die Folgen dieser klaren Hierarchie: auch EPOC nimmt das ökonomische Denkmodell und darauf aufbauende Modellierungen als Grundlage seiner Arbeit, modifiziert diese dann aber in der Diskussion durch Einbeziehung weiterer Faktoren.

Wirtschafts-»Wissenschaft« dient in diesem Kontext als Legitimationsinstanz vorformulierter Politiken, die den Grundsatz der Sozialpflichtigkeit staatlichen Handelns aufgegeben haben. Gerechtigkeit durch Wachstum erzeugen zu wollen ist aber keine Strategie, sondern eine Illusion. Wie empirische sozialwissenschaftliche Studien längst gezeigt haben, gibt es keine Korrelation von Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit, wohl aber eine schwache von Einkommenspolarisierung und Gewalt, sowie eine starke von Sozialstaat und Verteilungsgerechtigkeit in der Sekundärverteilung der Einkommen (Alber 2002).

### *Der Analytic Report*

Die Trendanalyse der OECD in Kapitel 1 ist breit angelegt, umfasst soziale ebenso wie wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen. Die Umweltprobleme dominieren zwar (Klima, Biodiversität, Wasser/Wüsten als Thema globaler Konventionen, zusätzlich Ressourcenschutz als ressourcenökonomisches Thema), aber soziale Probleme einschließlich Armut, Einkommensverteilung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Entwicklung sind in einem eigenen Teil dargestellt.

Kapitel 2 ist widersprüchlich: einleitend wird betont, es handele sich um ein ökonomisches Verständnis von Nachhaltigkeit, verstanden als die Integration von Umweltaspekten in die (Wirtschafts-) Politik. Im folgenden Text wird aber das Prinzip der gleichgewichtigen Behandlung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte eingehend dargestellt, einschließlich ihrer Wechselwirkungen. Vier Kapitalstöcke (einschließlich Human- und Sozialkapital) gelten als Grundlage für die Erzeugung menschlichen Wohlbefindens, das deutlich über den ökonomischen Wohlstand hinausreicht (und dieser wiederum über die in Geld erfassten Marktprozesse). In der weiteren Diskussion wird jedoch der Fokus auf die einleitend betonte Absicht (Integration der Umwelt) verengt, und dies in einer rein neoklassischen Sicht- und Argumentationsweise, die nur Teile der Umweltdebatte erfasst. Eine auch nur annähernd gleichgewichtige Behandlung des Sozialen ist an dieser Stelle nicht mehr gegeben; sie würde ein eigenes Kapitel erfordern.

Kapitel 3 zerfällt in zwei Teile: Im ersten wird versucht, ausgewogen aber rein ökonomisch zu argumentieren: Human- und Sozialkapital sollen ebenso wie Sach- und Naturkapital monetär erfasst und in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung integriert werden, so dass durch geeignete Modellierung optimale Lösungen ermittelt werden können. Insbesondere für »Human- und Sozialkapital« ist dieser Ansatz sehr problematisch und kaum zielführend.<sup>9</sup>

Im zweiten Teil von Kapitel 3 werden sogenannte »Ergebnisindikatoren« vorgestellt, meist aggregierte Umwelt- und Wohlfahrtsindikatoren, die in der internationalen Debatte bekannt und umstritten sind.

### *Der Policy Report*

Der Policy Report wird seinem Anspruch, Grundlage politischer Entscheidungen für nachhaltige Entwicklung zu sein, nicht gerecht. Die für seine Zusammenstellung zuständige Wirtschaftsabteilung hat aus dem Analytic Report Ansätze selektiert, die Nachhaltigkeit durch drei Maßnahmenbündel zu erreichen trachten:

- Internalisierung von Umweltschäden in das Preissystem,
- Verbesserte Effizienz der Politik (z.T. durch Deregulierung),
- Förderung von Innovation und Technik.

Dahinter steht die Überzeugung, dass wirtschaftliches Wachstum langfristig maximiert werden muss, wobei ökologische Beeinträchtigungen als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung unter Kontrolle zu halten seien. Dies geschehe zu minimalen Kosten durch geeignete Anreizmechanismen. Technik werde in der Lage sein, alle notwendigen Lösungen hervorzubringen, insbesondere wenn die Politik effizient gestaltet sei. Soziale Probleme werden insoweit benannt, als sie die Umsetzung »notwendiger Anpassungsmaßnahmen« stören könnten und wer-

<sup>9</sup> Die UN schlägt deshalb in der integrierten ökologisch-ökonomischen Gesamtrechnung SEEA »Satelliten-Konten« für Umweltparameter vor, die Sachverhalte in nicht-monetären Einheiten darstellen. Während die Umweltgesamtrechnung UGR als Ergänzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung VGR in der Bundesrepublik schon realisiert ist, wird an der Sozialgesamtrechnung SGR noch gearbeitet.

den insofern als relevant betrachtet, als diese Störungen am Ende teurer sein können als vorbeugende sozialpolitische Maßnahmen. Dabei wird postuliert, dass es für soziale Probleme etablierte Lösungsmechanismen gebe, die für gegenwärtige und mögliche zukünftige Konfliktlagen ausreichend seien und daher in Bezug auf soziale Fragen kein Handlungsbedarf bestünde, der über die Nutzung vorhandener Institutionen hinausginge.

Grundsätzlich werden soziale wie ökologische Ziele nicht klar definiert; sie ergeben sich als abgeleitete Größen ökonomischer Überlegungen. Diese »Ziellosigkeit« ermöglicht es, Wachstumsförderung und Kosteneffizienz als zentrale Kriterien auch für sozial- und umweltpolitische Maßnahmen festzusetzen, ohne eine Erfolgskontrolle durch eigenständige soziale und ökologische Ziele. Dieser Maxime folgend werden unterschiedliche Handlungsfelder benannt (einige Umweltprobleme, Forschung, Verwaltungseffizienz) und überwiegend ökonomische, aber auch einige rechtliche und administrative Handlungsoptionen dargestellt. Nachhaltigkeit wird in dieser Darstellung zur Frage nach geeigneten Rahmenbedingungen für dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum.

Der versprochene Nutzen kann also mit der verfolgten Strategie nicht eintreten, die Vertröstung ist eine auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Bei der so genannten »Nachhaltigkeitsstrategie« der OECD, wie sie auf Basis des Policy Reports international verbreitet wird, handelt es sich um einen klaren Missbrauch der Nachhaltigkeitsterminologie: der Übergang vom Analytic zum Policy Report zeigt sehr anschaulich, wie durch ökonomische Verengung die Grundziele der Nachhaltigkeit bei Beibehaltung der Rhetorik verloren gehen. Wer einer solchen »Nachhaltigkeitsstrategie« folgt, dessen Entwicklung wird nicht nur nicht nachhaltig sein, sondern der wird die Probleme verschärfen und dabei ein passant das Konzept Nachhaltigkeit diskreditieren.

## **5. Die ökonomische Komplexitätsreduktion: ein Irrweg**

Erfolgt die inhaltliche Bestimmung von Nachhaltigkeit aus ökonomischer Perspektive, so wird sie zuerst als Erhalt der Produktionsgrundlagen beschrieben. »Dazu muss das Produktivvermögen der Gesellschaft (einschließlich natürlicher Ressourcen, des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung, der Innovationsfähigkeit und schließlich des Sozialkapitals) gesichert und entwickelt werden. (...) Spezifisch für die ökonomische Sichtweise ist, dass die Definition von Gemeinwohl auf individuellen Wertschätzungen basiert. Daraus folgt, dass eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung nicht durch feste Zielvorgaben gesteuert werden kann. Vielmehr müssen Nachhaltigkeitsziele in einem offenen Prozess der politischen Willensbildung immer wieder neu bestimmt werden. Deswegen sind die quantifizierten Zielvorstellungen, die im ökonomisch-sozialen Szenario genannt werden, nur illustrativ und vorläufig.« (Hans-Böckler-Stiftung 2000b, S.

18). Wenn Ökonomen überhaupt Zielvorgaben nennen, dann definieren sie nachhaltige Entwicklung meist statisch, als Erhalt der Bestände von Natur-, Human-, Sach- einschließlich Finanz- und teilweise Sozialkapital.<sup>10</sup>

Umstritten ist unter Wirtschaftswissenschaftlern im Wesentlichen die Frage, ob und wenn ja wie weit die unterschiedlichen Kapitalstöcke gegeneinander substituierbar sind. Soll Substitution vollständig (d.h. ohne Grenzen, sogenannte »schwache Nachhaltigkeit«) zulässig sein, oder nur teilweise (»intermediäre Nachhaltigkeit«: Wie würden dann die Grenzen definiert?), oder gar nicht (»starke Nachhaltigkeit«: Wie würden dann die Bestände und ihr Erhalt gemessen)? Es handelt sich dabei um ein immanentes Problem der ökonomischen Theorie, nicht um eines der nachhaltigen Entwicklung: In der neoklassischen Ökonomik ist die Substituierbarkeit zu einem zentralen Prinzip aufgestiegen, das Grundlage sowohl für die Erklärung des Preis- wie des Produktionssystems ist. Dieses Postulat (unterstützt durch die Annahme einer einheitlichen Substitutionselastizität) bildet die funktionale Grundlage, bzw. den Schlüsselmechanismus einer umfassenden Kommodifizierung aller Lebensbereiche. In dieser Sichtweise gibt es keine Qualitäten, kein Bild von Konsum und gutem Leben. Soziale wie ökologische, ökonomische wie institutionelle Irreversibilitäten (Hans-Böckler-Stiftung 2000) und die Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen von Natur, Mensch und Gesellschaft (also Grenzen in den verschiedenen Dimensionen) finden in der (neoklassischen) makroökonomischen Analyse wenig Beachtung (außer Hinweisen auf Regulation durch Knappheitspreise), da die Annahme der vollständigen Substituierbarkeit das Problem zumindest in der Theorie löst. Die mindest partielle Komplementarität unterschiedlicher Produktionsfaktoren wird dabei ignoriert; damit gibt es auch keine limitierenden Faktoren der Wirtschaftstätigkeit. Diese spielen jedoch in anderen Disziplinen eine entscheidende Rolle, in der Ökologie spätestens seit Liebig's Formulierung des »Gesetzes vom Minimum« 1859, und sind die Grundlage des Kriteriums der Grenzen in der nachhaltigen Entwicklung. Diese – als Management zumindest temporär absoluter Knappheiten entstanden – behandelt gerade den Umgang mit essenziellen, also nicht substituierbaren Ressourcen.

10 Der Begriff des Sozialkapitals (einschließlich des kulturellen Kapitals) bereitet allen Varianten neoklassischen Ökonomen paradigmatische Probleme, da nach ihrer gemeinsamen Auffassung der methodologische Individualismus Bestandteil jeder Wirtschaftstheorie sein muss; dieser postuliert die Erklärbarkeit von Gesellschaften aus der Summe der Individuen, also die Nichtexistenz von »emergent properties«, von nicht als Addition erkläraren Systemeigenschaften auf höherer Ebene. Damit könnte Sozialkapital nichts anderes sein als die Summe der individuellen Humankapitalien (Cochrane 2006) – was jedoch auch ökonomisch im Gegensatz zur Empirie steht. Serageldin (1997) führt daher das Sozialkapital als Residualgröße ein, ohne die sich die Wachstumsdaten nicht erklären lassen. Messner et al. (1996) zeigen, dass sich in Lateinamerika bei gleichen Politiken auf der Mikro- wie der Makroebene unterschiedliche Erfolge ergeben haben, die sich durch die Funktionsfähigkeit von Netzwerken der Mesoebene erklären lassen – das entspricht weitgehend dem Sozialkapital.



### *Schwache, intermediäre und starke Nachhaltigkeit*

*Schwache Nachhaltigkeit:* Unter der Annahme vollständiger Substituierbarkeit kann jeder Bestand durch andere restlos ersetzt werden (also durch Sachkapital – die Gegenrichtung wird trotz der Annahme, dass alle Prozesse reversibel seien, nie diskutiert). Damit ist eine Produktion ohne lebendige Arbeit und ohne Ressourcen denkbar; solange – das ist die Bedingung schwacher Nachhaltigkeit – die Summe aller Kapitalstöcke unverändert bleibt. Unter dieser Annahme (und nur dann) macht es Sinn Fragen zu stellen wie »Wieviel Hektar Naturwald kompensieren eine Million Arbeitslose? Wieviel Euro Zusatzeinkommen gleichen den Verlust von Demokratie, Frieden oder Menschenrechten aus?« Damit ist jedoch keines der beiden zentralen Kriterien erfüllt – schwache Nachhaltigkeit ist als Forderung zu schwach, um nachhaltig zu sein; sie ist eher ein Euphemismus für unbegrenzte Wachstumsziele.

*Die intermediäre Nachhaltigkeit* ist weniger radikal: sie geht davon aus, dass in einem bestimmten Umfang Natur- durch Sachkapital ersetzt werden kann, jedoch ein essenzieller Rest (das »kritische Naturkapital«) erhalten bleiben muss:

*»Bei der Vermeidung ökologischer Fehlentwicklungen steht der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen im Vordergrund. Dies führt zu den bekannten Managementregeln für natürliche Ressourcen. Sie besagen, dass erneuerbare Ressourcen nur in dem Umfang genutzt werden sollen, in dem sie sich regenerieren. Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem funktional gleichwertiger Ersatz geschaffen werden kann. Ein Ersatz wird aber wohl nur für wenige Stoffe nicht gefunden werden können. [...] In Grenzen sind die Bestandteile des Produktivvermögens gegenseitig ersetzbar; auch kann seine geschicktere Nutzung die Produktionsgrundlagen verbessern.«* (Hans-Böckler-Stiftung 2000b, S. 18).

Sie hat mit der schwachen Nachhaltigkeit jedoch das Problem gemeinsam, dass Substitutionsprozesse eigentlich nur möglich sind für Dinge, die nicht nur vergleichbar sind (Kompatibilität), sondern darüber hinaus auch in einem gemeinsamen Maß gemessen werden können (starke Kommensurabilität – nur so kann die funktional äquivalente Menge des Substituts bestimmt werden). Schon Schumpeter kritisierte die Annahme eines gemeinsamen Nenners, also der Kommensurabilität, als illusorisch (Schumpeter 1981, nach Hubacek, van den Berg 2006, p. 7):

*»...this procedure might give us the economic philosopher's stone – the unit of measurement by which to reduce the available quantities of the (...) 'original factors' (i.e. the primary inputs, JS) (...) to a homogenous quantity of 'productive power' that could be expressed by one figure (...). As it is, this interesting venture, like all similar ones, proved to be a blind alley.«*

Noch früher verwies Mill auf Nicht-Aggregierbarkeit komplementärer Produktionsfaktoren (wie Natur und Arbeit bei Ricardo und Marx oder Bäume und Sägewerke bei Daly 1996):

»when two conditions are equally necessary for producing the effect at all, it is unmeaning to say that so much of it is produced by one and so much by the other; it is like attempting to decide which half of a pair of scissors has most to do in the act of cutting; or which of the factors, five and six, contributes most to the production of thirty.» (Mill 1976 (1848), p. 26, nach Hubacek, van den Berg 2006, p. 10).

Zwar kommen Abwägungen zwischen der Nutzung/dem Verbrauch von Elementen unterschiedlicher Kapitalstöcke in politischen wie persönlichen Entscheidungssituationen immer wieder vor, argumentieren Ökonomen an dieser Stelle. Das ist jedoch irreführend, denn diese Entscheidungen sind jeweils bezogen auf den Verbrauch der nächsten Einheit des entsprechenden Kapitals und nicht auf die Kapitalbestände, implizieren also nicht deren Kommensurabilität.

Ein zweites Problem hat die »pragmatische« Definition mit der »starken Nachhaltigkeit« gemeinsam: Wie misst man den Bestand an Sozial- und Naturkapital? Ohne Messung ist es nicht möglich, das Nachhaltigkeits-Kriterium der »Grenzen« zu operationalisieren (es spielt in der schwachen Nachhaltigkeit keine Rolle), also den Schutzanspruch des Naturkapitals zu quantifizieren, sei er für das gesamte oder das kritische Naturkapital. Auch hier ist die Annahme von Kommensurabilität unvermeidlich, diesmal innerhalb eines jeden Kapitalstocks (und bei intermediärer Nachhaltigkeit wegen der teilweisen Substituierbarkeit auch zwischen den Kapitalstöcken – damit sind die Annahmen mit dem Konzept schwacher Nachhaltigkeit identisch).

*Starke Nachhaltigkeit* ist kein Prinzip der status-quo Konservierung, denn nicht die Bestandteile, sondern der Wert des Naturkapitals soll erhalten werden. Dabei gehen Ökonomen (und hier übernehmen die meisten Denkschulen die Methoden der Neoklassik) in dieser Makroanalyse von einem Wertbegriff aus, der auf der Mikroebene angesiedelt ist. Danach gibt es keinen intrinsischen Wert (oder er wird erwähnt, fließt aber nicht in die Entscheidungsfindung ein), sondern der Wert wird als Austauschverhältnis bestimmt, beim Tausch von Gütern und einfacher in Geld als universellem Tauschmittel. Menschliche Präferenzen bestimmen die Nachfrage, die Nachfrage bestimmt das Angebot, beide bestimmen den Preis und dieser ist der Wert. Dass Individuen bei jeder (Kauf-) Entscheidung eine Abwägung zwischen unterschiedlichen Gütern entsprechend ihrer Präferenzen vornehmen (müssen) ist Grundlage der neoklassischen Methode der Grenzbetrachtung; Entscheidungen sind demnach geoffenbarte Präferenzen (revealed preferences). Diese Präferenzen sind extern gegeben, unveränderlich und bestimmen den Grenznutzen, der zusammen mit den Grenzkosten den Marktprozess determiniert (Nutzen und Kosten einer zusätzlichen Einheit, »at the margin«: noch eine Straße oder noch ein Naturschutzgebiet? Ein fair gehandeltes Produkt oder ein billiges »Schnäppchen« kaufen? In der Realität des Konsums stellt sich aber nicht die Frage nach der Abwägung auf Basis fixer Präferenzen, sondern die Käufer/innen,

aber auch politische Verantwortungsträger/innen entscheiden (oft unbewusst), »welche Wertschätzung habe ich *momentan und in der gegebenen Situation* für eine zusätzliche Einheit dieses oder jenes Gutes?« auf Basis einer subjektiven Multikriterienanalyse (ähnliches gilt im politischen Prozess). Diese Momentaufnahme der Wertschätzung einer zusätzlichen Einheit eines Gutes als Grundlage für die Bewertung der Gesamtbestände nutzen zu wollen verkennt die Situationsbedingtheit der Güterabwägung und der in einem Augenblick handlungsleitenden Präferenzen, vernachlässigt die vermutlich anderen Präferenzen späterer potenzieller Nutzer/innen (gerade im Nachhaltigkeitskontext unverzichtbar), und ignoriert den subjektiven Wert einer Ganzheit gegenüber ihren Teilen. Einfach ausgedrückt: Ökonomen sehen grundsätzlich den Wald vor lauter Bäumen nicht, denn nur die haben einen Preis und damit einen ökonomischen Wert.

Alle drei Konzepte beinhalten eine Orientierung an Beständen, nicht an Flüssen und führen durch die gemeinsame ökonomische Terminologie (Kapitalstöcke, Produktionsfaktoren) für so unterschiedliche Dinge wie Wirtschaften, Gesellschaften, Natur und Bevölkerung sowohl zu einer Pseudo-Objektivierung als auch dazu, die unterschiedlichen Dynamiken zu vernachlässigen: Sachkapital schrumpft bei Nutzung, Human- und Sozialkapital wachsen durch Nutzung, Naturkapital regeneriert sich nach Nutzung.

Eine zweite Definition, die im Gegensatz zur ersten dynamisch und zumindest mit einem Nachhaltigkeitsprinzip, dem der Bedürfnisse, systematisch korreliert ist, basiert auf dem Hicks'schen Einkommensbegriff. Dieser erkennt nur solche Beiträge als Einkommen an, die aus dem Zuwachs der Bestände gewonnen werden, also aus Kapitalerträgen und nicht aus der Liquidation von Teilen des Kapitalstocks; *nachhaltig* wäre dann die dauerhafte Sicherung eines solchen Einkommens. Seine Höhe ist zumindest teilweise von der Größe der Bestände unabhängig; ein konstantes Einkommen kann bei wachsender Produktivität auch aus sinkenden Beständen generiert werden. Dies lässt die Einhaltung des Kriteriums der Grenzen zumindest fraglich erscheinen; das der Bedürfnisse ist im Einkommensbegriff nicht angelegt und wäre als Zusatzforderung nach einem (wie auch immer quantifizierten) Mindesteinkommen extern zu definieren.

Dem heutigen Nachhaltigkeitskonzept am nächsten kommt die Definition des »psychischen Einkommens« bei (Fisher 1906). Dieser hebt auf die subjektive Befriedigung ab, die durch die Nutzung von Gütern und Dienstleistungen entsteht, einschließlich qualitativer Faktoren. Dadurch wird das gegenwärtige Kaufverhalten vom Begriff des Konsums entkoppelt, denn letzterer speist sich aus allen zu einem bestimmten Zeitpunkt genutzten Gütern, während ersteres nur die Bestandsänderungen betrachtet (also wieder eine Betrachtung »at the margin« darstellt) und damit weit stärker fluktuieren kann.

## Neoklassische Ökonomik

»Warum suchen wir möglichst tiefe Erklärungsebenen, wenn dadurch der Weg zur tatsächlichen Erklärung zunehmend verstellt wird?« (Körner 2002)

Ähnlich wie das Kriterium der Grenzen wird das der Bedürfnisse in der neoklassischen Ökonomik abstrahiert, axiomatisch wegdefiniert und damit »gelöst«: Jedes Bedürfnis ist austauschbar (formal beschrieben durch Äquivalenzkurven); gibt es ein Bedürfnis, so gibt es auch eine Nachfrage nach seiner Befriedigung, und im axiomatisch gesetzten Gleichgewichtszustand ist jede Nachfrage und damit jedes Bedürfnis befriedigt – Konsumenten bestimmen das Marktgeschehen. Ein näherer Blick zeigt jedoch zwei Probleme dieser Vorgehensweise: Zum einen werden nur solche Bedürfnisse wahrgenommen, die sich als kaufkräftige Nachfrage auf Märkten ausdrücken (und damit die Bedürfnisse der Ärmsten gerade nicht), und zum zweiten wird der Blick auf die verantwortlichen Akteure durch die Konsumentenfixierung vernebelt. Die entscheidende Rolle der Wirtschaft bei der Bestimmung der sozialen und ökologischen Folgen von Produktion und Konsum gerät aus dem Blick. Tatsächlich werden in der Industriegesellschaft die Güter auf Optionsmärkten gehandelt. Die Produzenten fixieren als Option ein Mindestpaket von Angebotsbedingungen, sie legen die Qualität und das Image ihrer Produkte fest, die Preise, die Konditionen. Sie legen auch fest, ob im Produktionsprozess Kosten getragen oder auf Umwelt und Gesellschaft abgewälzt werden, und ob das Produkt den Konsumenten anregt, die beim Ver- oder Gebrauch anfallenden Kosten zu tragen oder einige abzuwälzen, d.h. zu externalisieren (Scherhorn 2006).

Gegen eine Einsicht in diese Zusammenhänge und die aus ihnen resultierende Verantwortung ist die neoklassische Ökonomik jedoch durch ihre konstitutiven Axiome gefeit: Der methodologische Individualismus, die Verhaltenssteuerung durch maximale Präferenzbefriedigung und das sich immer selbst organisierende Gleichgewicht der Märkte sind die drei essentiellen, in allen modernen Fortentwicklungen unverändert gültigen Säulen des neoklassischen Paradigmas (Arnsperger, Varoufakis 2006). Diese normativ gesetzten Grundannahmen aller neoklassischen Modelle waren ursprünglich eine Anleihe der sich entwickelnden Ökonomik (damals verstanden als die »Mechanik der Wirtschaft«) bei der Kinetik der allgemeinen Gastheorie (der »Mechanik der Gase«). Diese besagt, dass alle Gasmoleküle (in der Übertragung: Mikroagenten wie Firmen oder Konsumenten) autonom sind, d.h. das Verhalten des Gases (der Wirtschaft) aus einfacher Addition seiner Elemente bestimmt werden kann. Die Moleküle verhalten sich zwar individuell unterschiedlich, folgen aber alle dem selben Bewegungsgesetz, der Brown'schen Molekularbewegung (dem Nutzenmaximierungsprinzip), das ihr Verhalten vollständig bestimmt. Schließlich erreichen die Gase (Märkte) immer einen Gleichgewichtszustand, in dem die Entropie (die Wohlfahrt) maximal ist. So erhielt die »unsichtbare Hand« eine vermeintlich »wissenschaftliche Grundlage«. Ist die maximale Wohlfahrt nicht direkt bestimmbar, so hilft man sich mit der De-

definition des »Pareto-Optimums«. Dieses ist gegeben, wenn es nicht möglich ist, die Situation auch nur eines Akteurs zu verbessern ohne die mindestens eines anderen zu verschlechtern. Dann ist ein (lokales) Optimum erreicht und jede Änderung wäre schädlich für die Gesamtwohlfahrt. Umverteilung ist dann a priori schlecht weil wohlfahrtsmindernd, sofern sie aus dem Bestand erfolgt; nur aus Wachstum könnte sie unschädlich gestaltet werden (aber hier greifen andere Restriktionen).

Die Probleme mit der neoklassischen Ökonomik sind nicht das Resultat einzelner Annahmen oder Autoren, sondern Folge ihrer Grundstruktur. Während die klassische Ökonomik von Smith, Ricardo, Marx und Mill die Reproduktion einer Gesellschaft durch die Handlungen ihrer Individuen über die Zeit zum Gegenstand hatte, mit dem Hauptforschungsziel, die Faktoren zu bestimmen, die zum Wohlstand der Nationen beitragen, und insbesondere die relative Bedeutung von Natur, Arbeit und Kapital festzustellen, ist der Ausgangspunkt der neoklassischen Grenznutzen-Analyse die statische Betrachtung von nutzenmaximierenden Individuen. Ziel der »neoklassischen Revolution« war es ursprünglich, von einer eher langfristigen Produktions- zu einer kurzfristigen Allokationstheorie zu wechseln und dazu die Zusammenhänge zwischen dem Nutzen auf der Konsum- und den Kosten auf der Produktionsseite systematisch zu erfassen (Hubacek, van den Berg 2006). Es handelt sich also um eine Mikro- statt einer Makrobetrachtung, die subjektive statt objektiver Werte ermittelt, Austausch statt Produktion betrachtet und eine statische statt einer dynamischen Analyse vornimmt (Judson 1989). Eine dynamische Betrachtung auf der Makroebene, wie für Nachhaltigkeitsbetrachtungen notwendig, ist ihr kaum zugänglich, da die emergenten Eigenschaften eines Systems nicht durch einfache Summation der Eigenschaften seiner Elemente erschlossen werden können.<sup>11</sup> Damit ist der neoklassische theoretische Apparat für eine notwendig multidimensionale nachhaltige Entwicklung ungeeignet – »wertvoll« für Umwelt, Gesellschaft und Bevölkerung kann vieles sein, ohne im ökonomischen Sinn einen Wert zu haben.

Solange die Wirtschaftswissenschaften den Übergang von der »Cowboy Ökonomik« mit dem Fokus auf Förderung des materiellen Konsums zu Gunsten einer »Raumschiffökonomik« nicht schaffen, die den wirtschaftlichen Umgang mit begrenzten Vorräten an Material, Energie und Nahrungsmitteln zum Thema hat (Boulding 1966), so lange sind sie keine geeignete Grundlage und bieten nur wenige relevante Beiträge für eine Theorie der nachhaltigen Entwicklung. Mangels Grundlage in der Wirtschaftswissenschaft kann diese Herausforderung eher im Rahmen der Systemtheorie angegangen werden (ökonomische Nachhaltigkeitskriterien sind auch weder im Brundtlandbericht noch in späteren Studien entwickelt worden).

11 Insofern sind zunehmenden Anleihen bei der Klassik nicht überraschend, die tendenziell eher objektiv, dynamisch und auf die Makroebene ausgerichtet war.

## 6. Operationalisierung der ökologischen Grenzen: der Umweltraum

Das Konzept des Umweltraums wurde von Hans B. Opschoor in den Niederlanden als ressourcenökonomisches Konzept entwickelt, dessen Kern die Notwendigkeit einer langfristigen Begrenzung des Ressourcenverbrauchs aufgrund ökonomischer Knappheiten und der Notwendigkeit einer global gerechten Verteilung dieser Ressourcen bildet (Opschoor, Reinders 1991). Dabei – und noch expliziter in späteren Anwendungen – wurde der Umweltraum definiert als ein egalitäres Prinzip global-paritätischer Anrechte auf die Nutzung von Ressourcen und Schadstoffsenken als gemeinsames Erbe der Menschheit. Diese Anrechte sind also nicht durch Verdienste oder mit Geld erworbene, sondern allen Menschen gleiche Grundrechte; daraus ergibt sich das Postulat der Verteilungsgerechtigkeit. Die Umsetzung der so definierten *Konsumrechte und Konsumgrenzen* (bei Opschoor berechnet auf Basis der Ressourcenverfügbarkeit) hätte eine dramatisch stärkere Gleichverteilung der Einkommen weltweit zur Voraussetzung und/oder zur Folge.

Um diese Grenzen der Naturnutzung einfach und kommunizierbar quantifizieren zu können, muss die Auswahl unter den verfügbaren physischen Umweltdaten so getroffen werden, dass eine begrenzte Anzahl öffentlich verständlicher, in der Sache repräsentativer und politisch handlungsrelevanter Indikatoren verfügbar ist. Eine der jeweiligen Problematik angemessene Auswahl dieser Indikatoren wird dann zu spezifischen Indikatorensystemen zusammengestellt, die in der gegenseitigen Kontextualisierung der Einzelinformationen sowohl Nutzungsgrenzen aufzeigen wie auch mangelnde Bedürfnisbefriedigung mit zahlreichen Facetten erfassen können, die wiederum der Ausgangspunkt für politisches Handeln sein können Verhältnis (zum Verhältnis von Einzelindikatoren und Indikatorensystemen vgl. Spangenberg 2005). In vielen Indikatorensystemen wird der Input des Industriesystems unter ressourcenökonomischen Aspekten betrachtet, während der Output meist unter öko- und humantoxikologischen Aspekten behandelt wird (Guinomet 1999). Die unterschiedlichen geographischen Bezugsebenen der Umweltprobleme und damit ihrer Indikatoren machen es jedoch schwer, mit diesem Ansatz über den Einzelfall hinaus verlässliche, richtungsweisende Hinweise für die Politik zu geben.

Einen Versuch, dieses Problem zu überwinden, stellt die Ableitung physischer Grobindikatoren dar. Dabei handelt es sich stofflich um die Energie- und Stoffströme sowie um die Nutzungsintensität in der Fläche, jeweils mit standardisierten Maßen und quantifizierten Reduktionszielen. Aggregierte Maße physischen Konsums sind auf jeder der drei Grundkomponenten aufbauend vorgeschlagen worden:

- auf Basis von Flächeneinheiten: der ökologische Fußabdruck, (Rees, Wackernagel 1994), (Hubacek, Giljum 2003); komplexer: der Sustainable Process Index SPI, (Narodoslawski 1994), Human Appropriation of Net Primary Production HANPP (Krausmann Haberl 2002; Haberl et al. 2004),

- als Gesamtstoffströme oder ökologischer Rucksack (Schmidt-Bleek 1994; Fischer-Kowalski 1997; Ehrlich 1999), oder
- als Energie/Exergie (Ayres, Martins 1995), embodied energy (Slesser 1978) »graue Energie«, oder Entropie (nutzbare Energie), HANPP (s.o).

Problematisch dabei ist der Versuch, die drei inkommensurablen Komponenten auf Basis notwendig willkürlicher Konversionsparameter ineinander umzurechnen. Der Umweltraum wird dagegen als Vektor quantifiziert, indem nicht der gesamte Ressourcenverbrauch in einen Parameter umgerechnet, sondern verschiedene Kenngrößen getrennt aufgeführt und mit den jeweils zugehörigen Zielwerten für Material- und Energieverbrauch sowie Flächennutzung angegeben werden (ökologische Größen wie Biodiversitätsverluste sind von diesen beeinflusst, jedoch nicht aus ihnen ableitbar).

Diese Indikatoren sind Grundlage von Szenarien und politischen Prozessen geworden; Energie-Indikatoren spielen eine zentrale Rolle im Klimaschutz, Stoffstromreduzierungen (Faktor 4, Faktor 10) wurden von der UN-Vollversammlung als Strategie empfohlen und sind Bestandteil der OECD Indikatoren wie der EU-Ressourcenstrategie (allerdings ohne die Zielfaktoren). Der ökologische Fußabdruck wird von internationalen Umweltorganisationen wie dem WWF genutzt und von der EU auf seine Eignung als Indikator geprüft.

*Dokumente 3 und 4: Vereniging Milieudefensie: Actieplan Nederlands Duurzaam und BUND/MISEREOR: Zukunftsfähiges Deutschland*

Das von Opschoor 1990 entwickelte Konzept des Umweltraums wurde 1992 von der Umweltorganisation Vereniging Milieudefensie in ihrem »Actieplan Nederlands Duurzaam« dahingehend modifiziert, dass nicht die Erschöpfbarkeit der Ressourcen, sondern die ökologischen Belastungsgrenzen zur Grundlage der Berechnungen genommen wurden (Buitenkamp et al 1992) (englisch »Sustainable Netherlands« (Buitenkamp et al. 1993). Gleichzeitig wurde in den Niederlanden eine Reduzierung der Umweltbelastung durch den Nationalen Umweltpolitikplan NEPP 2 umgesetzt. Dieser enthielt freiwillige Vereinbarung mit den meisten Branchen über Emissionsgrenzen – mit Ausnahme der privaten Haushalte. Hier setzt die Studie »Sustainable Netherlands« an und definiert Obergrenzen für den individuellen Konsum von fossilen Energieträgern, Holz und Wasser sowie für Abfallproduktion und Flächennutzung von Gras- und Ackerland. Die Studie diskutiert die resultierenden innergesellschaftlichen wie internationalen Verteilungsfragen kurz, fokussiert aber auf die Verbrauchsreduzierung in den europäischen Haushalten. Die Idee eines global einheitlichen Verbrauchsstandards, abgeleitet aus dem Umweltraum, verbreitete sich vor allem nach der Präsentation dieses Konzepts anlässlich der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 und entwickelte sich zu einem internationalen Prozess.

Im Rahmen der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« entwickelte das Wuppertal Institut das Konzept der niederländischen Studie weiter (BUND/MISE-

REOR 1996). Dabei wurde der Blick vom individuellen Konsum auf den gesamten »industriellen Metabolismus« (Ayres 1989; Fischer-Kowalski 2001) erweitert, die Berechnungen auf den Ressourceninput systematisiert, Stoffströme und ihre »ökologischen Rucksäcke« mit einbezogen sowie die Landnutzung flächendeckend erfasst.

Konkret entschied sich das Institut für Material-, Energie- und Wasserverbrauch sowie Flächennutzung als inputseitige Parameter und betrachtete zugleich einige ausgewählte Emissionen; als Ziel wurde eine Reduzierung der Entnahme aus der Umwelt um 80 bis 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts gefordert. Die Umsetzbarkeit dieser Ziele wurde durch Übergangsstrategien auf der Basis von Szenarien und Modellrechnungen illustriert. Drei weitere Elemente unterscheiden diese Studie von zahlreichen anderen: zum einen die explizite Diskussion der Auswirkungen der vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsstrategie auf die Länder der Dritten Welt, zum zweiten die Leitbilder, die in hoher Anschaulichkeit und ohne unmittelbare Verbindung zu Szenarien und Strategien eine Vorstellung davon vermitteln, wie das Leben in einer nachhaltigen Gesellschaft nach Auffassung der Autoren aussehen könnte (von Kritikern wurde die Ferne der Leitbilder zur Lebenswelt der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit beklagt). Drittens schließlich wurden in einem Teil »Zusammenhänge« Themen wie soziale Fairness, Wirtschaftsverträglichkeit, politische Reform und der notwendige Ausgleich zwischen Nord und Süd aufgegriffen. Das zugrunde liegende Wirtschaftsmodell ist das einer sozialen Marktwirtschaft nach ordoliberalem Vorbild, mit der zusätzlichen Einführung von Rahmensetzungen, die zur Dematerialisierung führen sollen. Das Konzept setzt auf eine Kontextsteuerung, die Eigeninitiative in möglichst ungestörten Märkten fördert und die ordnungsökonomisch begründet wird. Wettbewerb soll ein wesentliches Element der Innovationsförderung entlang der ökologischen Leitplanken sein. Auf die Notwendigkeit der Integration sozialer Aspekte wird hingewiesen, ohne diesen Zusammenhang auszufüllen.

Die beiden Umweltraum-Studien illustrieren, dass – bei allem Bemühen in den Diskussionsteilen, die Bedürfnisse der Armen und die Notwendigkeit von Politiken zu ihrer Überwindung zu betonen – ein Konzept, das nur die Forderung nach ökologischen Grenzen operationalisiert, letztlich einseitig bleiben muss. Die Studie »Nachhaltiges Deutschland« ist insofern zu recht von Vertreter/innen von Entwicklungsorganisationen, Frauengruppen und Gewerkschaften ob ihrer »sozialen Schlagsseite« kritisiert worden. Leitbilder können motivieren, ersetzen aber keine Analyse der Machtverhältnisse und deren Berücksichtigung in der politischen Strategie.

### *Soziale und ökologische Ziele*

Um dieses Problem zu überwinden wurde dem Konzept »Umweltraum« in einem weiteren Entwicklungsschritt eine entscheidende Ergänzung hinzu gefügt: Neben der ökologisch begründeten Obergrenze des Ressourcenverbrauchs wurde eine so-



zial begründete Untergrenze definiert, die die zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens notwendige Verfügbarkeit von stofflichen, monetären und sozialen Ressourcen beschreibt (Spangenberg 1995). Das Umweltraum-Konzept wird dabei durch normative Setzungen ergänzt, die zum Teil umweltbezogen sind, aber auch auf die Qualität von Arbeit und Partizipation zielen, auf Geschlechtergerechtigkeit und/oder nachhaltigen Konsum.

Das damit verfolgte Ziel einer physischen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe an der Gesellschaft für alle Bürger/innen konkretisiert die institutionelle wie die soziale Nachhaltigkeit (Spangenberg et al. 2002), wie sie in der auf der UNCED-Konferenz 1992 beschlossenen Agenda 21 angelegt und von UNCSD konkretisiert worden sind (UNDPCSD 1996). Es bleibt in seiner Quantifizierung aber zwangsläufig abhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Situationen und wirkt so mehr als ethisch-normatives, abstraktes Postulat für die Gestaltung von Strategien nachhaltiger Entwicklung denn als konkrete Handlungsanleitung, ist dadurch aber auch offen für vielfältige Kulturen und Lebensstile, denen nicht Formen oder Inhalte, sondern nur Grenzen gemeinsam sein sollen. Das Ziel dieses Prozesses ist nicht eine nachholende oder imitierende, sondern eine insofern konvergente Entwicklung.

Die verantwortlichen Akteure müssen dazu anerkennen, dass alle Staaten heute von unterschiedlichen Formen der Nicht-Nachhaltigkeit ausgehend ihre jeweiligen Strategien formulieren müssen. Die Konvergenz ist dann auch keine Homogenisierung (schon allein da die Entwicklungen in historischer Zeit stattfinden und pfadabhängig sind, müssen die resultierenden Gesellschaften soziokulturell wie ökonomisch äußerst verschieden sein), sondern die Verständigung auf die Grenzen als einen gemeinsamen Rahmen, einen globalen *contrat social* (Rousseau 1762/1988), ähnlich der Menschenrechtskonvention für die individuelle Ebene. Offen bleibt dabei die Struktur der Gesellschaft, einbezogen werden qualitative Kriterien für die Arbeits-, Sozial- und Geschlechterbeziehungen.

*Dokument 5: CEAT Coordination Européenne des Amis de la Terre: »Towards Sustainable Europe«*

Das Projekt im Auftrag von Friends of the Earth Europe entwickelte das Konzept des ökologisch und sozial begrenzten Umweltraums als Spielraum wirtschaftlichen und politischen Handelns. Die Ergebnisse der systematischen Analyse des industriellen Ressourcendurchsatzes des »industriellen Metabolismus« (des »throughputs« bei Daly 1991) wurden dabei mit ökonomischen, sozialen, arbeitsweltlichen Aspekten, mit Konsumentanalysen und technischen Designfragen zu einem Gesamtzenario verbunden. Dem Schutz der biologischen Vielfalt wird in der Studie dadurch Rechnung getragen, dass ausreichende Flächen für den Naturschutz freigestellt und die Landwirtschaft auf ökologischen Landbau und naturnahe Wälder umgestellt werden sollen. Der Output industrieller Systeme wird behandelt, indem einerseits das Mengenproblem durch rigorose Verminde-

zung des Inputs angegangen wird und andererseits das toxikologische Problem über die nicht näher spezifizierte Forderung nach einer Stoffpolitik abgearbeitet wird, die die Qualität der produzierten Substanzen auch und gerade an ihrer Umweltverträglichkeit misst.

Die Studie und ein Handbuch »Towards Sustainable Europe« waren die Grundlage für mehr als 30 nationale Studien in Europa, deren Ergebnisse später teilweise Eingang in die nationalen Umweltpläne fanden, aber auch von Organisationen wie dem Nordic Council, der UNECE oder der Europäischen Umweltagentur aufgegriffen wurden. Es folgten nach der selben Konzeption angelegte Studien in mehreren Ländern Südamerikas; insbesondere die Diskussion um die Untergrenze des Umweltraums (genannt *linea de dignidad*) bot politischen Sprengstoff und hält bis heute an. Die der Methodik folgende Studie in Japan und die europäische Studie selbst flossen in die Regierungsprogramme zur Förderung nachhaltigen Konsums ein.

Die ökonomische Diskussion in der Studie »Sustainable Europe« zeigt, dass zumindest langfristig jede wachstumsorientierte Ökonomie an Grenzen der Effizienzsteigerung stößt, bzw. dass nach Ausschöpfung der Effizienzpotentiale zur Reduzierung der ökologischen Belastungen eine physisch nicht wachsende Wirtschaft notwendig erscheint, um die Grenzen zukunftsfähigen Wirtschaftens dauerhaft einhalten zu können. Da ökonomische Strukturwandel-Prozesse lange Zeiträume erfordern, fordert die Studie, die Möglichkeiten zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sozialen Sicherheitssystemen wie Renten-, Kranken- und Sozialversicherung unter den Bedingungen einer Steady-State Ökonomie mit auf verringertem Niveau konstantem Ressourcenverbrauch schon heute zu diskutieren

Ausgehend von der Analyse, dass die gegenwärtige Entwicklung immer weniger zu einer Sicherung von Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt beiträgt, diskutierte »Towards Sustainable Europe« auch soziale Fragen wie Einkommensverteilung, Sozialtransfers, und vor allem die Rolle von Beschäftigung, Qualität der Arbeitsplätze und die zukünftige Gestaltung der Arbeitsbedingungen als zentrale Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung. Auch die Untersuchung der zunehmenden Bedeutung informeller Arbeit (die *sozialen* Prozesse von Dienstleistungserstellungen außerhalb des Marktes) war ein Thema der Studie, sowie eine Analyse der Zusammenhänge von Arbeit, Mobilität (auch aus feministischer Sicht) und umweltverträglichem Konsums. Die Zukunft der Arbeit und der Geschlechterverhältnisse erwiesen sich im Laufe der Studie als zentrale, der quantitativen Herangehensweise des Umweltraums aber nicht zugängliche Bedingungen nachhaltiger Entwicklung.

## 7. Drei Dimensionen: von Säulen und Dreiecken

Die zwei von der Brundtland-Kommission genannten Schlüsselkonzepte, Bedürfnisorientierung und Anerkennung von Grenzen, verweisen vorrangig auf die sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen und Zielsetzungen nachhaltiger Entwicklung. Eine eigenständige wirtschaftliche Zielsetzung ist nicht vorgesehen, vielmehr wird die Wirtschaft in einer dienenden Rolle gesehen, ihr werden Bedingungen gestellt: Sie soll über hinreichendes Wachstum für die Bedürfnisbefriedigung sorgen, und durch die Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastung die Einhaltung der Grenzen sicherstellen. Schon früh hat diese intermediäre Rolle der Wirtschaft, die den Ausgleich zwischen sozialen und ökologischen Zielen bewirken soll, dazu geführt, diese als eigenständige dritte Dimension nachhaltiger Entwicklung zu betrachten. Das Ergebnis wurde als »Drei-Säulen-Modell« bekannt (in den USA der »three legged stool«) und in der Bundesrepublik durch die Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages zumindest in der *classe politique* populär. Die Metapher von den drei Säulen weist auf voneinander weitgehend unabhängige stabile Einheiten. Das gemeinsam getragene Dach *Nachhaltigkeit*, wird nicht länger als Ziel eigener Qualität diskutiert, sondern durch die (weitgehend unverbundenen) Säulen definiert. Diese Metapher hat auch die Wahrnehmung von Nachhaltigkeit lange geprägt, zusammen mit den Brundtland-Kriterien: nachhaltige Entwicklung als additiver Prozess dreier weitgehend autonomer (und in ihrer traditionellen Funktionslogik nur begrenzt modifizierter) Politikfelder, mit einer zusätzlichen Rechtfertigung für das Ziel maximaler Wachstumsraten und der Modifikation, dass dieses bei nicht steigender Umweltbelastung zu realisieren sei. Richtig an dieser Systematik ist aus Sicht der Politikgestaltung die Einbeziehung der Wirtschaft als eigenständige Dimension: Ihre Gestaltung ist zum einen unverzichtbar, zum anderen stellt sie ein System mit eigenen »Spielregeln«, Rhythmen und einer in der Regel höheren Reaktionsgeschwindigkeit als Natur und Gesellschaft dar und bedarf daher einer spezifischen Behandlung. Auch wenn die Ökonomie nicht Selbstzweck ist, muss ihre Entwicklung durch politische Intervention gezielt nachhaltig gestaltet werden, um eben diesen Zweck erfüllen zu können. Dabei handelt es sich nicht um Planvorgaben zur Erreichung eines festen Ziels, sondern um den qualitativen Anspruch an einen dynamischen Entwicklungsprozess, unter wechselnden Umgebungsbedingungen dauerhaft leistungsfähig zu sein.

*Dokument 6: Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags und nationale Nachhaltigkeitsstrategie – drei Säulen, wenig Grenzen, wenig Bedürfnisse*

Die Arbeiten einer Reihe von Enquetekommissionen begannen Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts mit der Enquete »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre« des 11. Deutschen Bundestags, die noch weitgehend auf Umweltfragen (Schutz von Ozonschicht und Klima) beschränkt war, aber auch schon die so-

zio-ökonomischen Folgen von Umweltschäden und Schadensvermeidung diskutierte (Deutscher Bundestag 1988). Schrittweise wurde das Spektrum der behandelten Themen erweitert, bis hin zur Enquete des 13. Deutschen Bundestags »Schutz des Menschen und der Umwelt«, die erstmals in Deutschland eine integrierte, zielbasierte Nachhaltigkeitskonzeption als neues Politikkonzept propagierte (Deutscher Bundestag 1998). Ihr Bericht fußt konzeptionell auf den »3-Säulen-Modell« nachhaltiger Entwicklung und enthält nicht nur Managementregeln für den Umgang mit natürlichen Ressourcen, sondern auch vergleichbare Regeln für die soziale und wirtschaftliche Dimension, leider ohne sie systematisch an das Nachhaltigkeitskonzept anzubinden und es so zu operationalisieren. Dabei werden als soziale Dimension überwiegend sozialpolitische Ziele verstanden. Der Bericht der Globalisierungs-Enquete des 14. Deutschen Bundestags widmet dem Thema »Nachhaltigkeit« nur ein Kapitel ( Kapitel 3.5.1.6) mit zahlreichen Verweisen auf die Vorgängerberichte und die zukünftigen Herausforderungen, sowie die Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesregierung und der EU (Deutscher Bundestag 2002, S. 393 ff.).

Aufbauend u.a. auf den Berichten der Enquetekommissionen hat die Bundesregierung 2001 erst ein Konsultationspapier (Bundeskanzleramt 2001a) und dann den Entwurf (Bundeskanzleramt 2001b) sowie in 2002 die Endfassung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlicht (Bundeskanzleramt 2002). Einem Zwischenbericht 2004 mit einer konkretisierenden Fortschreibung (»Fortschrittsbericht«) folgte ein zweiter, aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen verkürzter Bericht 2005. Zwischengeschaltet waren jeweils Konsultationen mit Experten, Verbänden und über mehrmalige Internet-Chats mit der interessierten Öffentlichkeit. Insofern wurde den in der Agenda 21 beschriebenen Kriterien institutioneller Nachhaltigkeit in der Prozessgestaltung Rechnung getragen, allerdings in einem zeitlich sehr beschränkten Ausmaß und ohne öffentliche Diskussion, also eher dem Muster eines erweiterten neokorporatistischen Ansatzes folgend. In beiden Fällen wurden Forderungen und Vorschläge des Nachhaltigkeitsrates dokumentiert, ohne dass die Bundesregierung sich diese explizit zu eigen gemacht hätte.

Die Strategie gibt den vorher von der Enquete-Kommission genutzten »3-Säulen-Ansatz« bewusst auf und hatte so eine Chance, die der Säulen-Metapher inhärente Isolation der Dimensionen zu überwinden. Als Struktur wurde eine Gliederung nach vier nachhaltigkeitsrelevanten Oberzielen gewählt, die als politisch definierte Querschnittsthemen alle Säulen gleichzeitig betreffen und die neben der Lebensqualität die globale wie nationale intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit betonen: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Zu diesen werden Managementregeln vorgeschlagen, ohne dass diese klar aus den Zielen abgeleitet wären. Sie sprechen das Kriterium »Bedürfnisse« an, das Thema »Grenzen« wird aber nur als technische Herausforderung behandelt. Ähnlich unverbunden stehen die vorgeschlagenen

Indikatoren zu den Managementregeln, so dass trotz der Vielzahl der genannten Ziele nur selten der Eindruck eines kohärenten Leitbilds aufkommt. Auch die Ergänzungen in den Fortschrittsberichten 2004 und 2005 lassen eher den Eindruck einer ad hoc auf Basis bestehender Politiken und unabweisbarer Herausforderungen weiterentwickelten, und insofern unsystematischen Vorgehensweise als den eines von systematischen und strategischen Überlegungen geprägten Politikkonzepts aufkommen.

Die gegenseitigen Bedingtheiten verschiedener Sektorpolitiken und die Dynamik der Prozesse in das Konzept zu integrieren ist Ziel einer weiteren Metapher, des »Nachhaltigkeitsdreiecks«, in dem jeder der drei Dimensionen eine Ecke eines gleichschenkligen Dreiecks zugewiesen wird und ihre Wechselwirkungen durch dessen Seiten symbolisiert werden. Damit soll die Unverbundenheit der Säulen überwunden werden, die im Drei-Säulen-Modell (wie in der umweltökonomischen Diskussion) nur durch die Forderung eingeschränkt ist, die Umweltbelastung dürfe auch bei anhaltendem Wirtschaftswachstum nicht ansteigen.

Das Nachhaltigkeitsdreieck

- verbindet die drei Säulen,
- verweist auf Wechselwirkungen, die eigene Politikziele begründen,
- fragt nach den Funktionsbedingungen jedes Bereichs und der Verbindungen,
- repräsentiert eine dynamische statt einer statischen Sicht und
- erfordert die Entwicklung von Brückenkonzepten.

Damit wird die Behandlung von Querschnittsthemen im Rahmen des Nachhaltigkeitskonzepts möglich, es entstehen mehrdimensionale Zielbündel und Politikkonzepte: Jede der drei Dimensionen ist mit der Anforderung konfrontiert, dass sie einerseits – wie schon im Drei-Säulen-Modell – inhärenten Nachhaltigkeitszielen genügen muss (und diese die Schlüsselkonzepte der WCED berücksichtigen müssen), und zusätzlich ihre Auswirkungen die Nachhaltigkeitsziele und -prozesse der anderen Dimensionen nicht beeinträchtigen dürfen. Politikentwicklung wird bei konsequenter Umsetzung dieses Konzepts zu einem iterativen Prozess und insbesondere die Verbindungen der Dimensionen, die »Interlinkages« werden zu zentralen Gestaltungsfeldern von nachhaltigkeitsorientierter Politik. Hier sind »Brückenkonzepte« notwendig, die trotz der unvermeidlichen Antagonismen der Dimensionen die Restriktionen in jeder Dimension unter der Schwelle irreversibler Schäden halten und wo möglich Synergien (die relativ seltenen win-win-Situationen, Spangenberg et al. 2002) identifizieren und nutzen. Um diese komplexen Zusammenhänge nicht nur theoretisch rekonstruieren zu können, sondern vergangene Trends zu quantifizieren und zukünftige Entwicklungen zu überwachen (z.B. als politische Erfolgskontrolle) sind umfangreiche Daten erforderlich, wie sie in der Bundesrepublik im Rahmen der integrierten Gesamtrechnung gesammelt und ausgewertet werden (eine Kombination aus volkswirtschaftlicher, Umwelt- und Sozial-Gesamtrechnung, VGR, UGR und SGR, die letztere noch im Aufbau, vgl. (Seibel 2005).

*Dokument 7: Verbundprojekt »Arbeit und Ökologie« von DIW, WZB und Wuppertal Institut – Integrationsversuch mit nationaler Perspektive*

Die Hans Böckler Stiftung der deutschen Gewerkschaften hat 1996 das Forschungsprojekt »Arbeit und Ökologie« initiiert und bis zum Jahre 2000 begleitet und finanziert, das Grenzen und Möglichkeiten einer nachhaltigkeitsorientierten sozial-ökologischen Reformstrategie für Deutschland skizziert hat. Es wurde in einem Forschungsverbund aus WZB Berlin, Wuppertal Institut und DIW bearbeitet. Diese interdisziplinäre Anlage sorgte nicht nur für einen umfassenden Forschungsansatz, sondern die projektimmanenten Rückkoppelungen führten zu einer ständigen gegenseitigen Bewertung, teilweise mit entsprechenden Korrekturen der Arbeit der Einzeldisziplinen. Dies und die Einbeziehung externer nicht-wissenschaftlicher Experten über Beirat und Konsultationsverfahren sowie die abschließende, von der Stiftung finanzierte Transferphase heben das Projekt von vielen anderen ab und machen es zu einer Übung in »post-normal science« (Funtowicz, Ravetz 1998).

Die Arbeit im Projekt erfolgte in einem mehrschrittigen Verfahren (Spangenberg 2000). Zunächst wurden vertiefende Analysen von Einzelaspekten aus disziplinärer Sicht, aber in Bezug auf einen Nachhaltigkeitsbegriff erarbeitet, der die »drei Säulen« Ökonomie, Ökologie und Soziales (intra- und interpersonell) als gleichgewichtige Bestandteile betrachtet. Diese Querschnittsanalysen flossen soweit möglich in die drei qualitativen Szenarien ein. Dabei handelt es sich um ein als Hintergrundfolie dienendes, stilisiertes Kostensenkungs- oder Kontrastszenario, ein Szenario, das aus sozialen Gründen auf Wirtschaftswachstum setzt, dies aber unter den Rahmenbedingungen von notwendiger Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und einer sich nicht übermäßig verschlechternden Einkommensverteilung (ökonomisch-soziales Wachstumsszenario), und um einen sozial-ökologischen Entwicklungspfad, der als Grundphilosophie versucht, irreversible Schäden zu vermeiden. Dies gilt in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht, aber auch bezüglich des Institutionengefüges der Gesellschaft, das als vierte Nachhaltigkeitsdimension analysiert wird (Spangenberg 2003). Für die drei dem Projekt gemeinsamen Dimensionen wurden auf Basis von Vorschlägen der disziplinär »zuständigen« Institute Kriteriensätze für ökonomische, ökologische und arbeits- und sozialpolitische Nachhaltigkeit erarbeitet, die zwischen den Projektteilnehmern abgestimmt wurden. Der resultierende Kompromiss war Grundlage der abschließenden Szenarienbewertungen (Hans-Böckler-Stiftung 2000a).

Die angenommenen Maßnahmen und die Ergebnisse ihrer Umsetzung wurden durch eine Modellierung mit dem ökonometrischen Modell *Panta Rhei* (Meyer et al. 1999) veranschaulicht. Die Ergebnisse werden mittels dieser Kriterien wechselseitig bewertet und die gefundenen Politikansätze zu Strategiebündeln in fünf strategischen Handlungsfeldern zusammengefasst (Bockermann et al. 2000; Hans-Böckler-Stiftung 2000b; Spangenberg 2003). Im Rahmen des Projektes konnten fünf strategische Handlungsfelder und zugehörige Schlüsselstrategien

identifiziert werden, die für eine umfassende sozial-ökologische Reform unverzichtbar sind, bei denen jedoch erhebliche Freiheitsgrade in der konkreten politischen Ausgestaltung bestehen:

- die ökologische Gestaltung des Strukturwandels durch fiskalische Instrumente (Ökosteuern, Mehrwertsteuer u.a.) und Information;
- die soziale Gestaltung des Strukturwandels durch eine soziale Grundsicherung, Abbau von Geschlechterdiskriminierungen, Qualifikationsmaßnahmen und eine Aufwertung der Nichterwerbsarbeit;
- Innovationsförderung nicht nur durch Bildung, Forschung und Entwicklung, sondern auch durch inner- und außerbetriebliche Partizipation;
- verkürzte Arbeitszeiten, die nicht nur Teilzeitstellen (auch für Männer) bietet, sondern auch eine Verkürzung der Regelarbeitszeit in Verbindung mit besseren Wahlmöglichkeiten und bessere Verbindbarkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeiten;
- Konsumwandel, durch Preisgestaltung, Information (Kennzeichnung) und das Angebot von Alternativen.

Zwei deutlich unterschiedliche Szenarien prägen die Projektergebnisse und waren Grundlage der Identifikation der oben genannten Strategien, eines wesentlich aus ökonomischer, eines aus sozial-ökologischer Sicht formuliert. Das sozial-ökologische Szenario »stellt den Versuch dar, Nachhaltigkeit als komplexes Konzept einschließlich einer vierten Dimension von Nachhaltigkeit, die politische Akteure und Prozesse beschreibt, umzusetzen. Dabei wurde der Vermeidung von Irreversibilitäten, also von nicht in einer oder zwei Generationen behebbaren Schäden, in allen Dimensionen zukunftsfähiger Entwicklung konzeptionell der Vorrang vor kurzfristigen Einzelmaßnahmen gegeben. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit hat die Integration der vier Dimensionen (Ökologie, Soziales, Ökonomie und die Veränderung der Institutionen, einschließlich des Abbaus von Geschlechterhierarchien und männlich geprägten gesellschaftlichen Natur- und Sozialverhältnissen) zum Ziel. Es sucht den politischen Ausgleich zwischen den zum Teil notwendig in Konflikt miteinander stehenden Zielen. Das Kernziel des Szenarios ist also eine sich langfristig selbst tragende Entwicklung, die wirtschaftliche, soziale und Umweltaspekte gleichzeitig berücksichtigt. Ziel der Integration ist der Versuch, Zielkonflikte zu vermeiden. Sind solche unausweichlich, erfolgt die Abwägung als Risikominderung nach dem Kriterium der Vermeidung von Irreversibilitäten. Ein weit gefasstes Vorsorgeprinzip wird dabei in allen vier Dimensionen als unverzichtbare Grundlage nachhaltiger Entwicklung betrachtet.

Als Resultat ergibt sich ein Spektrum an Entwicklungspfaden. Davon wurde ein Pfad aufgegriffen, der in allen Dimensionen graduelle Fortschritte ermöglicht. Damit geht das ökologisch-soziale Szenario von einem normativen Nachhaltigkeitsbegriff aus, von dem sich die weitere Entfaltung des Szenarios weitgehend ableitet. Die Integration der vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung kann dabei nicht als einfache Addition erfolgen. Ökologie, Institutionen und Soziales set-

zen der Ökonomie die »Grenzen des Erlaubten« im Sinne einer ordnungspolitischen sozialen und ökologischen Rahmenordnung, innerhalb derer sich die Wirtschaft entfalten kann. Diese setzt ihrerseits »Grenzen des Möglichen« (häufig im Sinne ‚des Finanzierbaren‘) für die Umwelt- und Sozialpolitik, was Synergien, neue wirtschaftliche Möglichkeiten als Folge einer ökologisch-sozialen Orientierung ausdrücklich nicht ausschließt« (Hans-Böckler-Stiftung 2000b, S. 24/25).

Die durchgehende und keineswegs reibungsfrei zu erreichende Zusammenführung von unterschiedlichen Denkansätzen ist die wohl größte Leistung des Projekts. Die als gemeinsamer Nenner formulierten Kriterien der drei Dimensionen bieten Hinweise auf die ökologischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen für die Nachhaltigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft, die Dokumentation der nicht konsensualen Punkte bietet Ansatzpunkte für die weitere Debatte. Während auf diese Weise die Politikintegration in weiten Teilen gelungen ist, blieb die internationale Gerechtigkeitsperspektive weitgehend unbearbeitet, während die intergenerationelle Gerechtigkeit weniger als Verteilungsgerechtigkeit denn als Chancengerechtigkeit thematisiert wurde. Dies schließt gleiche Lebenschancen für die Geschlechter, ein anderes Verständnis von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit (»Mischarbeit« nach Hildebrandt 2002) und den Abbau der Arbeitslosigkeit als Bedingung sozialer Gerechtigkeit ein; die Zeitperspektive umfasst dabei 20 Jahre. Die Nachhaltigkeitskriterien des Projekts weisen trotzdem ein erhebliches, wenngleich im Projekt selber aufgrund der national und gegenwartsnah definierten Forschungsfrage nicht virulentes Gerechtigkeitsdefizit auf.

Das Modell unverbundener Säulen bindet die Wirtschaft nicht an sozial-ökologische Ziele und macht so Nachhaltigkeitsstrategien letztlich unwirksam. Ein ähnliches Problem haben aber auch Nachhaltigkeitsstrategien, die zwar Querschnittsthemen formulieren, die Lösungskonzepte aber in Rahmen der neoklassischen Wirtschaftstheorie suchen, denn wie bereits gezeigt bietet die Standardökonomik keine geeignete konzeptionelle Grundlage für Strategien nachhaltiger Entwicklung. Dies ist umso bedauerlicher, als sowohl die Enqueteberichte wie die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zumindest deklamatorisch die Kernkriterien Grenzen und Bedürfnisse thematisieren. Die Studie »Arbeit und Ökologie« zeigte die Chancen wie die Probleme der Politikintegration auf, blieb aber wenig politikrelevant.



## 8. Die Institutionen

Der Übergang vom statischen Säulen-Modell zum Nachhaltigkeitsdreieck stellt eine deutliche konzeptionelle Verbesserung dar, die sich aber in der politischen Praxis – anders als im Expertendiskurs – auch außerhalb Deutschlands bis jetzt kaum niedergeschlagen hat (CEC 2004; Council of Europe 2005). Dennoch bleiben drei wesentliche Schwächen ungelöst:

- Die Integration qualitativer und quantitativer Daten fehlt entweder oder erfolgt durch Normalisierung und anschließende arithmetische Aggregation, wobei wesentliche qualitative Aspekte verloren gehen. Abhilfe können in dieser Situation neue Verfahren wie Multi-Kriterien-Analyse (MCA, MCDA) schaffen, eingebettet in eine neu konzipierte Nachhaltigkeitsforschung (post-normal science, Sustainability Science). Dies bedarf jedoch zahlreicher Methodeninnovationen wie einer partizipativen Indikatorenentwicklung und ihrer Einbettung in Nachhaltigkeitsszenarien.

- Es fehlt eine Spezifizierung der Ziele in allen Dimensionen als Voraussetzung einer richtungssicheren Politik und als operationale Folgerung aus einer theoretischen Nachhaltigkeitskonzeption. Ohne Zielkonkretisierung bleiben jedoch erhoffte Synergien wie befürchtete negative Rückkoppelungen weitgehend hypothetisch und die betreffenden Nachhaltigkeitsstrategien politisch weitgehend wirkungslos.

- Die »Spielregeln der Entscheidungsfindung« einer Gesellschaft bleiben außer Betracht, denn sie können nicht sinnvoll einer der drei Dimensionen zugeordnet werden. Im Brundtland-Bericht wie in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie werden sie breit, aber außerhalb der jeweils drei Dimensionen diskutiert. Als Trennung von Form und Inhalt verstanden entwertet das institutionelle Zielsetzungen, Fragen von Macht und Verantwortung werden aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs ausgeschlossen. Zudem entstehen immanente Widersprüche, die die Implementation der Strategie erschweren.

Agenda 21 bezieht sich explizit auf die drei Dimensionen, enthält zusätzlich aber auch Ziele und Kriterien für gesellschaftliche, insbesondere politische Prozesse der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung. Mit gutem Grund haben die Vereinten Nationen bei der Operationalisierung der Agenda durch die Erstellung eines Indikatorensystems diese Ziele als eigenständige »institutionelle Dimension« zusammengefasst (UNDPCSD 1996). Auch die überarbeiteten Fassung, bei deren Erstellung das frühere pseudokausale Organisations-Schema von Verursachung – Zustand – Reaktion (driving force – state – response DSR) aufgegeben wurde, behielt die vier Dimensionen bei (Spangenberg 1998; UNDESA 2001), und die 2006/2007 laufende Revision wird an dieser Struktur ebenfalls nichts ändern.

Zur *institutionellen Dimension* gehören alle Faktoren, die als Bedingungen gesellschaftlicher Entscheidungsfindung die »Spielregeln der Entscheidungsprozesse« beeinflussen können, einschließlich Kultur, sozialer Organisation und

Machtfragen. Das kann sich auf soziale Gruppen als Akteure ebenso beziehen wie auf die Regelsysteme, die ihr Verhalten bestimmen, einschließlich der Durchsetzungsmechanismen für solche Regeln (Czada 1995, S. 205; Göhler 1997, S. 29). Politische Organisationen weisen beide Merkmale auf: sie sind soziale Akteure im politischen Prozess, und sie stellen Regelsysteme dar, die das politische Verhalten strukturieren und gesellschaftliche Orientierungen fördern (so auch die grundgesetzliche Aufgabe der Parteien).

Das Abgrenzungskriterium von sozialer und institutioneller Dimension besteht darin, dass die soziale Dimension das Humankapital erfasst, also die intrapersonalen Faktoren wie Bildung und Erfahrung, aber auch Einstellungen und Werte der Individuen, während die institutionelle Dimension die aus interpersonalen Interaktionen resultierenden Ergebnisse erfasst (vgl. Spangenberg et al. 2002). Das Bedürfnis nach und das Gefühl von sozialer Sicherheit für sich selbst oder seine Familie wären danach Teil der sozialen, die dieses Bedürfnis befriedigenden sozialen Sicherheitssysteme Teil der institutionellen Dimension. Die Interaktion von sozialer und institutioneller Dimension ist eine im traditionellen Sinne sozial-soziale Wechselwirkung, die die Interaktionen von Individuen und Gesellschaft beschreibt; Interessen gesellschaftlicher Gruppen sind in dieser Definition Teile der institutionellen Dimension.

Zur internen Strukturierung der institutionellen Dimension werden insbesondere die Orientierungen von den Ideen abgegrenzt, (siehe die Übersicht in Tabelle 1). Ideen sind nach dieser aus der Politikwissenschaft stammenden Systematisierung (diese Sicht ist für Governance-Fragen relevanter als das Institutionenverständnis etwa aus geschichts-, rechts-, wirtschaftswissenschaftlicher oder soziologischer Sicht, vgl. Spangenberg et al. 2002) zwar für die langfristige Entwicklung der Institutionen von Bedeutung, weisen jedoch keine unmittelbare Entscheidungsrelevanz auf. Von ihnen werden die politisch relevanten Institutionen mit ihrem unmittelbaren Handlungsbezug unterschieden; diese werden wiederum in drei Ebenen untergliedert: Orientierungen, Mechanismen und Organisationen. Dabei können politische Institutionen aller drei Arten implizit wie explizit, formell oder informell sein, z.B. als Verbände oder Initiativen und Netzwerke, Recht und Gewohnheitsrecht, Verfassungsziele und Leitbilder.

*Tabelle 1: Das Verhältnis von Ideen und Institutionen*

<b>Ideen</b>	Verhaltensleitende allgemeine Erwartungen einer Gesellschaft, Werte, Ideen, Prinzipien	explizit und implizit explizit, aber nicht auf
<b>Institutionen III:</b> institutionelle Orientierungen	Normen, Leitbilder	Institutionen bezogen
<b>Institutionen II:</b> institutionelle Mechanismen	Administrative, politische und soziale Verfahrensweisen Rechtsvorschriften	explizit in der Agenda 21
<b>Institutionen I:</b> Organisationen	Strukturierte und dauerhafte Organisationen mit impliziten und expliziten internen Regeln	explizit in der Agenda 21

Quelle: eigene Zusammenstellung, nach Spangenberg et al. (1999)

Die Leistungsfähigkeit von Institutionen (ihre »carrying out capacity«) für nachhaltige Entwicklung zeigt sich in ihrer Fähigkeit, gesellschaftliche Entscheidungen umzusetzen, d.h. die ihnen in diesem Kontext übertragenen Funktionen zu übernehmen und die resultierenden Aufgaben umzusetzen, ohne irreversibel ihre ursprüngliche Bedeutung und/oder Kernfunktion zu verlieren. Dies setzt nicht nur eine geeignete Auswahl der Institutionen voraus, denen bestimmte Aufgaben übertragen werden, sondern auch ein die Umsetzung dieser Aufgaben begünstigendes oder zumindest ermöglichendes institutionelles Umfeld: Funktionalität ist immer kontextual. Dabei konstituiert das Verhältnis von Orientierungen einerseits und Mechanismen und Organisationen andererseits ein Politik-Dilemma: Während letztere der politische Einflussnahme häufig direkt zugänglich sind, gilt dies für die Orientierungen nicht. Gleichzeitig setzen Orientierungen der Politik Grenzen von Legitimität und Akzeptanz, die in einer Demokratie bei Strafe des Machtverlustes nicht überschritten werden können. Damit ergibt sich das Dilemma, dass die politische Einflussnahme auf Institutionen durch eine weitere, nicht direkt steuerbare Institution begrenzt wird, die zudem in ihrer Entwicklung einer Systemträchtigkeit unterliegt: Leitbilder und »mental maps« können z.B. durch Aufklärung oder durch Vorbildverhalten und »political leadership« beeinflusst, aber nicht gezielt gesteuert werden. Sie entwickeln sich meist (mit Ausnahme katastrophischer Ereignisse, und dann oft nicht dauerhaft) nur mittel- bis langfristig und begrenzen so die Handlungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Akteure.

### *Leitbilder*

Leitbilder sind Orientierungen, also Phänomene der institutionellen Dimension. Als soziales Phänomen prägen sie die Identität gesellschaftlicher Gruppen und erleichtern den Alltag, indem sie den Einzelnen eine gruppenkonforme Orientierung in Entscheidungssituationen bieten: nicht die Analyse komplexer Situationen ist

dann mehr gefragt, sondern ihre Einordnung in das Leitbild, das die Entscheidungshilfen liefert. Insofern sind Leitbilder ein Minderheitenphänomen; sie konstituieren soziale Gruppen, entwickeln sich und sind begründungspflichtig. Leitbilder können im Diskurs neue Gruppen »erobern« – das ist mehr eine Frage von Macht, Status, Prestige und Mode als von rationaler Argumentation. Wird ein Leitbild hegemonial (und damit unbestritten), so wird es für diese Gruppen zur Norm gesellschaftlichen Verhaltens. Normen sind hegemoniale, dem Wettbewerb der Ideen und Interpretationen entzogene und deshalb weitgehend erstarrte Leitbilder. Aufgrund ihrer hegemonialen Rolle unterliegen sie keiner Begründungspflicht mehr; erst durch ihre Hinterfragung werden sie wieder auf den Status von Leitbildern reduziert und damit wieder evolutionsfähig (vgl. Spangenberg 2000). Solch ein »Absturz« kann (wie jedes Aufbrechen einer lock-in Situation) rapide vor sich gehen, denn einmal bestreitbar geworden, werden die Schwächen eines lange erstarrten Leitbilds offensichtlich und können zu seiner unmittelbaren Marginalisierung und dem Ersatz durch andere, bereits vorher in Nischen der Hegemonie vorhandene oder ersatzweise importierte Leitbilder führen. Das neoliberale Menschen- und Gesellschaftsbild ist heute eine solche Norm. Nach Begründungen zu fragen heißt den Normcharakter anzweifeln und ist deshalb Heräsie, provoziert die Pharisäer und führt zu Sanktionen.

Überwundene Normen können weiter als Retraditionalisierungs-Leitbilder virulent sein, allerdings meist im Zusammenhang mit einer ex post konstruierten, idealisierten Vergangenheit (vgl. Giddens 1996), und sogar weitgehend verblasste Leitbilder können wieder reaktiviert werden, wie das der »Normalfamilie« als vorgeblicher Hort der Sicherheit in Zeiten zunehmender Prekarisierung. Alle diese Ablösungsprozesse sind sowohl ideologische Konflikte (Söderbaum 2000 definiert Ideologie als ein vorgestellte Mittel-Wirkungs-Relation), Kämpfe um die »Lufthoheit« über den Stamm- und Mittagstischen, als auch Macht- und Interessenkonflikte ihrer gesellschaftlichen Trägergruppen.

Leitbilder spiegeln die Operationalisierung allgemeiner Werthaltungen in gesellschaftlichen Diskursen. So ist das »europäische Modell« durch nachhaltigkeitsnahe Werte wie soziale Gerechtigkeit, gesunde Umwelt, individuelle Freiheit und Armutsvermeidung gekennzeichnet. Diese ökologisch aktualisierte Variante von »Freiheit, Gleichheit, Solidarität« wird heute breit getragen, 70 Prozent der Europäer/innen betrachten die Qualität der Umwelt als relevant für ihre Lebensqualität, und fast 9 von 10 EU-Bürger/inne/n glauben, Politiker/innen sollten die Umwelt als genauso wichtig behandeln wie die Wirtschafts- und die Sozialpolitik (European Commission 2005). Zur Realisierung dieser Werte gehören nach weitgehendem Konsens Vollbeschäftigung, soziale Sicherheitssysteme, effektive Umweltpolitik sowie wirtschaftliche Prosperität (und damit Wettbewerbsfähigkeit).

Wie diese Ziele jedoch zu erreichen gesucht werden, welche Politikkonzepte dabei angewandt werden, das prägen entscheidend die gesellschaftlichen Diskurse. Die Wechselwirkung von nicht unmittelbar handlungsleitenden Wünschen

und handlungsorientierten Diskursen prägt die Leitbilder als handlungsorientierende Institutionen. Das macht den intermediären Charakter von Leitbildern als »gemeinsamer Fluchtpunkt von Wünschbarkeit und Machbarkeit« aus, als Produkt einer Koevolution von Wollen und Handeln.

Mit dem *Globalisierungsdiskurs* (der im übrigen die Realitäten der Globalisierung in Zeiten der Geopolitik längst nicht mehr widerspiegelt, vgl. Spangenberg 2004) ist ein in der *classe politique* der Einfluss- und Entscheidungseliten der Republik (Politik, Wirtschaftsverbände, Medien) weitgehend hegemoniales Leitbild entstanden. Dieses stellt die Situation völlig anders dar als es ein neutraler Beobachter tun würde, der auf den Strategiewechsel der USA von liberaler zu imperialer Machtausübung, auf die Stärken der Bundesrepublik als Exportweltmeister, damit weltbesten Standort und Globalisierungsgewinner sowie auf die nachgewiesenen Handlungsspielräume von EU-Mitgliedsstaaten in der Außen-, Wirtschafts- und Handels- und erst recht in der Innen-, Umwelt- und Sozialpolitik verweisen würde. Demnach ist das Kapital extrem mobil, sucht sich die Standorte mit geringsten Steuerlasten für Firmen und mobile Spitzenverdiener, den wenigsten Umweltauflagen und den niedrigsten Sozialabgaben. Dieser vorgeblichen Tatsache (Kostenminimierung als Kriterium für günstige Investitionsbedingungen) steht jedoch entgegen, dass seit Jahrzehnten alle Umfragen unter Firmen nach den entscheidenden Kriterien für ihre Standortwahl sozialen Frieden, verlässliche Rahmenbedingungen, gute Infrastruktur und insbesondere qualifizierte Arbeitnehmer/innen weit vor fiskalischen Aspekten nennen – und Bildung wie Infrastruktur sind nun einmal mit Kosten verbunden, die durch Steuern finanziert werden müssen. Nicht Verlagerungen in Niedriglohnländer sind die wesentliche Ursache von Arbeitsplatzverlusten, sondern 90 Prozent gehen als Folge industrieller Restrukturierungen in Europa verloren (Dublin Foundation Restructuring Monitor 2006). Solche Fakten spielen jedoch im Globalisierungsdiskurs keine Rolle; Globalisierung ist eine »Disziplinierungsmethapher«, ein Kampfinstrument gegen abweichende oder gegenläufige Interpretationen der gegenwärtigen globalen Umstrukturierung (Young 2004); die davon abgeleiteten »Wahrheiten« sind unabhängig vom Realitätsgehalt der Analyse.

Globalisierung als Paradigma ist unmittelbar verbunden mit einer neoklassisch-orthodoxen Interpretationsperspektive, die so hegemoniale Deutungsmacht für die wirtschaftlichen Prozesse erhält und einen Grundpfeiler eines neoliberalen Politikverständnisses bildet. Da nach neoklassischer Lehre das sozioökonomische System immer einem Gleichgewicht zusteuert ist es ein Versagen des Einzelnen, wenn er/sie arm, krank oder arbeitslos ist – eine öffentliche Verantwortung und damit Handlungsnotwendigkeit kann nicht existieren, denn jeder Eingriff in den Markt stört die Bildung des Gleichgewichts und verschlechtert so die Lage, statt sie zu verbessern; Arbeitslosigkeit besteht nur, weil Arbeit zu teuer ist. Trifft dieser Diskurs und die ihm inhärente Weltsicht auf die überwiegend nachhaltigkeitsnahen Werte des »europäischen Modells«, so wird nicht der Mangel an Arbeits-

plätzen ins Visier der Politik genommen, sondern die vermeintliche Arbeitsunwilligkeit der Arbeitslosen, und so Armut geschürt. Statt staatlicher Sicherungssysteme soll der vermeintlich effizientere Markt für soziale Sicherheit sorgen; Umweltpolitik fokussiert auf wirtschaftliche Anreize und freiwillige Vereinbarungen statt politischer Zielvorgaben. Der Globalisierungsdiskurs gibt so eine bestimmte Realitätswahrnehmung vor und definiert damit die im Rahmen dieses Paradigmas zulässigen Identitäten, Verhaltensweisen, Handlungsspielräume und Nachhaltigkeitsinterpretationen. Die Förderung der individuellen Freiheit dient dabei als Metapher, die den Abbau gesellschaftlicher Solidarmechanismen verschleiert; die Privatisierung der Lasten wird – wie in einer Orwellschen Sprachkonstruktion nicht anders zu erwarten – nicht thematisiert. Die Beschreibung selbst wird zur politischen Kraft, unabhängig von ihrem Realitätsgehalt »the explanation itself has become a political force helping to create the institutional realities it purportedly merely describes« (Piven 1995).

Die Fixierung auf eine Ökonomisierung der Politik im Sinne einer Unterordnung unter die aus dem neoliberalen Bild der Globalisierung abgeleiteten Handlungsrestriktionen ist die Essenz der gegenwärtigen Politik, so wie sie von der politischen Klasse der Bundesrepublik mit minimalen Akzentuierungsunterschieden übereinstimmend gefördert und umgesetzt wird.

Diskurse stützen die Leitbilder, indem sie die Machbarkeit des Wünschbaren proklamieren (d.h. desjenigen Teils der Visionen, modernen Mythen oder *grand narratives*, die in das jeweilige Leitbild aufgenommen wurden), und Leitbilder stützen die Diskurse (und damit die ihnen inhärenten Machtstrukturen), indem sie die allgemeine Wünschbarkeit des als Machbar erklärten postulieren<sup>12</sup>. Sie bilden so ein Arrangement, das gleichzeitig mit anderen Arrangements koexistieren und konkurrieren kann. Jedes von ihnen stellt einen zeitlich begrenzten Kompromiss auf Basis der zum Ausgangszeitpunkt vorherrschenden Kräfteverhältnisse dar, mit dem Ziel, soziale Konflikte temporär zu überbrücken. Werden solche Kompromisse freiwillig allgemein akzeptiert, und damit zu Normen, dann erfalten sie eine sich selbst reproduzierende Stabilität, werden zu einem Regulationsmodus (Alain Lipietz) oder einem Habitus (Pierre Bourdieu). Der Staat tritt häufig als Garant solcher Regulationsmodi und damit als friedenssichernde Instanz nach Kompromissfindung durch die beteiligten Akteure auf. Deren Angelegenheit ist es, bei veränderten Verhältnissen neue Aushandlungsprozesse zu beginnen, die wiederum durch die Diskursmacht der Akteure und die Wertmuster der Gesellschaft geprägt und in Leitbilder gegossen werden. Die Unsicherheit der Ergebnisse, sowie die hohen Transaktions-Kosten solcher Verhandlungen und ihrer Umsetzung führen dazu, dass von allen Seiten ein Kompromiss zwischen Aktualität und Verlässlichkeit angestrebt wird). Bestehende Arrangements werden – je nach Situation – for-

12 Sind die resultierenden Trends mit den ursprünglichen Werten nicht zu vereinbaren, regt sich Widerstand gegen die hegemoniale Interpretation – allerdings nicht unmittelbar, sondern mit einer erheblichen Verzögerung, einem Trägheitseffekt des sozial-institutionellen Systems (Spangenberg 1998).

mell oder informell gekündigt, und in einem konfliktreichen, unstetigen und ergebnisoffenen Transitionsprozess ein neues Arrangement entwickelt (Whiteside 1996).

### *Normen in der Wissenschaft*

Sicher gibt es für das Verhalten der Konsumenten, Bürger/innen und der politischen und ökonomischen Entscheidungsträger vielfältige Erklärungen. Aber gerade für das Verhalten der Wissenschaft, für ihre Nichtbefassung mit der Begrenzungsperspektiven, gibt es kaum eine andere Erklärung als das Festhalten am Paradigma des industriellen Fortschritts. *Dieses steht inzwischen im Abwehrkampf gegen das eigene Scheitern auf der einen und gegen das heraufziehende Nachhaltigkeitsparadigma auf der anderen Seite.* Also igelt es sich ein und immunisiert sich durch Überhöhung zum Fortschrittsmythos, dessen Inhalt wegen seines religiösen Charakters nicht mehr überprüft, sondern nur noch geglaubt wird. (Scherhorn 2006)

Dieser Mechanismus der iterativen Aushandlung bleibt in Kraft, solange alle Seiten ein Arrangement wollen – wobei das Streben nach Arrangements, die breit getragen werden, eine europäische Kulturleistung ist. Dem steht heute international das angelsächsische Siegermodell des »the winner takes it all« gegenüber, das die strategische Zuspitzung des neoliberalen Globalisierungsdiskurses (und der ihn stützenden neoklassischen Wirtschaftstheorie) darstellt. Es sucht keine freiwillig akzeptierten Arrangements mehr, sondern Sieg oder Niederlage – der Unterlegene muss sich in das vom Sieger bestimmte Arrangement fügen, bekommt Aufgaben und Restkompetenzen zugeteilt. Dieses ist dann kein selbststabilisierender Regulationsmodus, sondern mangels Konsensfindung eine instabile Situation, die zu häufigen Umbrüchen neigt. In der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik überlagern sich beide Konflikte, der um den Modus der Auseinandersetzung und der um die Lösung von politischen Streitfragen gemäß dem einen oder anderen Modus.

Nachhaltigkeit selbst ist kein Leitbild – die strukturelle Nicht-Eindeutigkeit des Konzepts als multikriterielle Optimierung schließt dies ebenso aus wie die Komplexität des Ansatzes, die die Machbarkeitsvorstellung der meisten Akteure überfordert. Insofern stellt Nachhaltigkeit eher ein Meta-Leitbild dar, den gemeinsamen Fluchtpunkt einer Vielzahl von verschiedenen, durchaus widersprüchlichen Leitbildern. Da geteilte oder sich überschneidende Leitbilder den informellen Rahmen für eine über den Minimalkonsens hinausgehende Zusammenarbeit von Akteuren bieten können, die sonst wenig gemeinsame Interessen verfolgen, kann Nachhaltigkeit einen Rahmen für politische Mehrheitsbildungen darstellen, auch wenn die Zielvorstellungen der einzelnen Akteursgruppen weiterhin divers und potentiell konfliktträchtig bleiben. In diesem Rahmen können verschiedene Akteure ihre unterschiedlichen legitimen Interessen einbringen und um die Ausgestaltung des Konzepts ringen, ohne damit das verbindende Meta-Leitbild selbst in Frage zu stellen (Spangenberg 2000).

## 9. Das Prisma der Nachhaltigkeit

So wie bisher beschrieben stellen die vier Dimensionen zunächst ein Strukturmodell dar: geometrisch kann es durch einen Tetraeder (*das Prisma der Nachhaltigkeit*, Spangenberg 2002), analytisch als eine Punktmenge innerhalb eines vierdimensionalen Vektorraums mit einem carthesischen, d.h. orthogonalen Koordinatensystem beschrieben werden. Mit anderen Worten: die vier Achsen stehen senkrecht aufeinander. Jedes Ereignis hat einen Koordinatenvektor, der Elemente aus allen vier Dimensionen enthält. Funktional äquivalent im Nachhaltigkeits-sinne können damit nur Elemente sein, die den gleichen Koordinatenvektor aufweisen. Kommensurabilität und damit funktionale Substituierbarkeit sind durch die Annahme der Orthogonalität ausgeschlossen.

Die Achsen des Koordinatensystems stehen für je eine der vier Dimensionen, und nach Definition einer Metrik sowie eines Entscheidungsverfahrens, das Nachhaltigkeit bzw. Nicht-Nachhaltigkeit betreffs der jeweiligen Dimension anhand dieser Metrik feststellt, kann die Menge der Punkte bestimmt werden, die in allen vier Dimensionen die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllen. Werden die Metriken so gewählt, dass jede Achse des Koordinatensystems homogen bezüglich der Nachhaltigkeitsbewertung ist (d.h. zwischen zwei Punkten mit dem Merkmal »nachhaltig« liegt keiner mit dem Merkmal »nicht nachhaltig« und umgekehrt), so bildet die Menge der Punkte, die in allen vier Dimensionen als nachhaltig bewertet sind, einen homogenen Nachhaltigkeitsraum (eine formal bessere Metapher als die häufiger verwandten »Nachhaltigkeitskorridore«), das *Prisma der Nachhaltigkeit*. Einige Aspekte des hier gewählten Nachhaltigkeitsmodells lassen sich an diesem Prisma gut illustrieren:

- Nachhaltigkeit ist von Nicht-Nachhaltigkeit abgrenzbar, es gibt Kriterien für »innen« und »außen«;
- Nachhaltigkeit ist nicht als Punkt eindeutig definiert, sondern als eine Punktmenge mit einer unendlichen Anzahl von Elementen. In diesem Modell gibt keine positiv bestimmten eindeutigen Lösungen, wohl aber Negativbestimmungen (»außen«);
- Deshalb ist zur Entscheidungsfindung immer ein politischer Prozess notwendig, in dem konkurrierende Akteure unterschiedliche nachhaltige Lösungen präferieren, mit stärkerer Berücksichtigung einer oder mehrerer Dimensionen. Graphisch bedeuten diese Unterschiede z. B. die Verschiebung in Richtung einer Achse, d.h. einer Ecke des Prismas<sup>13</sup>.
- Solche Positionierungen und auch Substitutionsprozesse (die dann aber nicht betreffs aller vier Dimensionen voll funktional sein können) sind zulässig, wenn das Ergebnis immer noch »innen« liegt, also ein Element der das Prisma konstituierenden Punktmenge ist;

13 Das entspricht dem Aushandlungsprozess der Vertreter/innen unterschiedlicher Leitbilder über gemeinsame Positionierungen im Rahmen des Meta-Leitbilds Nachhaltigkeit.



- Die Grenzen (Bewertungskriterien) stellen einen sachlich wie ethisch informierten gesellschaftlichen Kompromiss dar. Sie sind nicht axiomatisch festgelegt und damit nicht zeitlich invariant.

Jeder Punkt im Nachhaltigkeitsraum entspricht einer bestimmten gesellschaftlichen Konstellation einschließlich ihrer Naturverhältnisse (d.h. einem Arrangement); jede Politik ist ein Transitionsvektor (eine Verbindung zweier wohldefinierter Punkte) in diesem Raum. Solche Transitionen verschieben die Koordinaten des Ist-Zustands in historischer Zeit; dabei sind nicht alle mathematisch möglichen Transitionen auch im Nachhaltigkeitsraum zugelassen. Die Gesamtheit der real existierenden Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung bezeichnet Bossel als »accessibility space«. Die Anzahl der Möglichkeiten ist zwar unendlich, da die Zukunft nicht determiniert ist, trotzdem sind weder die Möglichkeiten beliebig noch die Grenzen des Möglichkeitsraums der Nachhaltigkeit willkürlich. Diese bestehen nach Bossel (1999) in

1. Logik und Naturgesetzen (z.B. die maximale Energieeffizienz thermischer Prozesse);
  2. den Quellen: Physische Grenzen der Umweltressourcen, wie solare Energieeinstrahlung, nutzbare Materialien, fruchtbarer Boden, nutzbares Wasser, verfügbare Zeit;
  3. den Senken: Biologische Grenzen, Klima und Tragfähigkeit, Absorptions- und Degradationspotenzial und -geschwindigkeit für Abfälle des anthropogenen Systems;
  4. dem Zeitbedarf essentieller Prozesse, insbesondere aus den Kategorien (1) und (2);
  5. sozialen Grenzen: Werte und Ethik, kulturelle Offenheit, mentale und intellektuelle Kapazitäten, soziale Normen und Ansprüche, Institutionengefüge, Bewertung materieller Schäden;
  6. ökonomischen Grenzen: Tragekapazität der Wirtschaft, Rentabilität und Effizienz;
  7. der Vielfalt der Handlungsoptionen, dem Zeitbedarf der Prozesse aus (5) und (6).
- Quelle: nach Bossel (1999), modifiziert

Die Kategorien (1) bis (4) definieren den Ausschluss des nicht Möglichen und sind durch menschliche Einflüsse nicht substanziell veränderbar: Nicht-erneuerbare Ressourcen (2) werden durch Investitionen nicht geschaffen (wie es z.B. Adelman 1990, 1993 sieht), sondern existierende erschlossen, erneuerbare Ressourcen (2) können in ihrer Größe und Zusammensetzung sowie bezüglich ihrer Umgebungsbedingungen verändert werden, aber dabei werden nur die Kapazitäten des jeweiligen Systems ausgeschöpft, nicht aber diese geändert. Senkenkapazitäten (3) und Zeitbedarf (4) sind nur bedingt anthropogen beeinflussbar. Die Einschränkungen nach (5) bis (7) stellen die extern gesetzten humanen und gesellschaftlichen Grenzen der maximal akzeptablen Systemveränderung dar (gesetzt z.B. durch intellektuelle und organisatorische Fähigkeiten, Kultur, Ethik, Werte, Technologie oder das soziale und politische System, siehe Bossel 1996).

Lösungen von Nachhaltigkeitsproblemen sind in mehrdimensionalen Nachhaltigkeitsräumen nicht eindeutig zu bestimmen. Jede Positionsverschiebung innerhalb dieser Räume, sowie erst recht das Durchbrechen der Grenze von innen nach außen oder umgekehrt, ist von den jeweiligen Kräfteverhältnissen abhängig, in demokratischen Staaten also von allgemeinen Wertvorstellungen, gesellschaftlichen Diskursen und politischen Prozessen. Systemevolution im Rahmen eines bestehenden Regulationsmodus bedeutet inkrementelle Verschiebungen, der Übergang zu einem anderen Regulationsmodus eine großschrittige Transition. Der Logik des Systems entspricht es, die Förderung von Nachhaltigkeit auf inkrementelle Änderungen und Win-Win-Situationen zu konzentrieren, die gewiss – wo sie existieren – sehr wohl gesucht und genutzt werden sollten. Jedoch kann Nachhaltigkeit nicht erreicht werden, wenn man sich auf kleine Schritte und Win-Win-Situationen beschränkt – es sind Änderungen der Entwicklungsrichtung und dazu der Leitbilder, Normen und Regulationsmodi notwendig, die wiederum vielfältige Kompromisse von Gewinnen und tolerablen Verlusten bei Respektierung der Intolerabilitätsgrenzen erfordern. Gestaltung und Begrenzung sind dabei gleichermaßen notwendig, wie insbesondere in der Diskussion um nachhaltigen Konsum deutlich wird.

### *Nachhaltigkeitsziele*

Im Kontext Nachhaltigkeit werden mit jeder der Dimension spezifische normative Zielvorgaben verbunden, die die Entscheidungskriterien für »nachhaltig« oder »nicht nachhaltig« für jede Metrik vorgeben und auf ethischen Einstellungen, allgemeinen Präferenzen, wissenschaftlichen Einsichten und dem allgemeinen Wertekanon sowie der Wahrnehmung dieser Faktoren in der Gesellschaft beruhen. Die Ziele werden politisch interpretiert u.a. im Rückgriff auf vorhandene Konzepte; so wird z.B. das »dignified life«, die Untergrenze des Umweltraums, zu einem Imperativ der sozialen Dimension, und die Obergrenze, die ökologische Grenze wirtschaftlicher Aktivitäten, zum Imperativ der ökologischen Dimension (damit ist einerseits die Anschlussfähigkeit der Konzepte gewahrt, andererseits sind damit die Brundtlandt-Kriterien auch für das Prisma-Konzept erfüllt). Solche Imperative müssen explizit sein. Ihr Zweck ist es, die übergeordneten Grundziele, die für den Systemerhalt unerlässlich sind, stringent und knapp zu charakterisieren; ihre Formulierung ist das Ergebnis von Diskursprozessen unter gesellschaftlichen Repräsentant/inn/en. Das Prisma dient dann als heuristisches Mittel und didaktisches Instrument zur Strukturierung der Diskurse, die es inhaltlich füllen, sowie im weiteren bei der Konkretisierung von Kriterien und Indikatoren nachhaltiger Entwicklung (Spangenberg 2005). Solche Nachhaltigkeitsimperative sind kategorische, wissenschaftsgestützte Diskursergebnisse, widersprechen aber der herrschenden Norm. Das macht es schwer sie durchzusetzen, denn es wird zu Recht als ein Angriff auf den Normcharakter des herrschenden Diskurses verstanden.

Die Zukunft entwicklungsfähiger Systeme ist unbestimmt, nicht vorhersagbar und dynamisch, nicht stabil. Sie ist nicht nur durch epistemische Unsicherheit ge-

kennzeichnet (Noch-nicht-wissen, das durch weitere Forschung auflösbar wäre, oder als stochastisches Risiko der Beschreibung durch Wahrscheinlichkeiten zugänglich gemacht werden könnte), sondern durch aleatorische Unsicherheit, also durch Unbestimmtheiten oder Ungewissheiten, die auf systemimmanentes, nicht auflösbares Nicht-wissen-können verweisen. In diesen Fällen hilft nicht Forschung, um bessere Entscheidungen zu treffen, sondern es bedarf der Diskurse, um akzeptierte und legitimierte (auch Fehl-) Entscheidungen vorzubereiten und herbeizuführen. Hinzu kommt die Tatsache, dass nachhaltige Entwicklung regelmäßig mit der Anforderung konfrontiert ist, gleichzeitig unterschiedlichen und in ihrer Reinform unvereinbaren Zielen gerecht zu werden (so wäre z.B. der vollständige Schutz nicht-erneuerbarer Ressourcen erst bei sozial wie ökonomisch nicht nachhaltigem Nutzungsverzicht gewährleistet). Insofern erfordert Nachhaltigkeit immer wieder einen Ausgleich zwischen widersprüchlichen, aber legitimen und zum Erhalt der Systemfunktionen notwendigen Zielen zu suchen – und das unter der Bedingung nicht überwindbaren Nichtwissens. Sobald Nachhaltigkeitsnormen über ethische Grundprinzipien hinaus operationalisiert werden, müssen sie deshalb eher dialektisch als normativ gefasst werden. Auch deshalb verläuft nachhaltige Entwicklung nicht geradlinig; sie ist ein kontinuierlicher Lernprozess in dem die gefundenen Kompromisse ständig überprüft werden müssen, ein Lavieren zwischen Scylla und Charybdis.

Diese Dialektik kann als eine Verortung von Zielen innerhalb von Spannungsbögen beschrieben werden, wobei die Extreme jeweils ein wichtiges Element vernachlässigen und deshalb nicht nachhaltig sind, die relative Positionierung aber in einem politischen Prozess erfolgt und nicht wissenschaftlich bestimmt werden kann (es gibt kein objektives Optimum, sondern nur eine Vielzahl nicht aggregierbarer subjektiver Wertungen und Präferenzen). Gegensatzpaare, die solche Spannungsbögen charakterisieren sind z.B.

- Effizienz und Diversität eines ökonomischen Systems (Spannungsfeld von gegenwärtiger Leistungserbringung zur Resilienz gegen Änderungen der Systemumwelt und Redundanz zur Absicherung gegen den Ausfall von Subsystemen).
- Suffizienz und Opulenz der Konsumstile, die Balance zwischen Genuss und Genügsamkeit, Vermeidung von Völlerei und Askese, da die erste ökologisch und die zweite sozial nicht nachhaltig sind.
- Die Forderung nach Rückholbarkeit politischer wie technischer Entwicklungen und diejenige, die Irreversibilität solcher Entwicklungen in Folgenabschätzungen und durch das Vorsorgeprinzip zu berücksichtigen.
- Dynamik und Trägheit der Systemstrukturen, denn ohne Dynamik erlischt die Sensitivität und damit die Anpassungsfähigkeit des Systems, und ohne Trägheit gäbe es keine pfadabhängige Entwicklung, sondern nur eine ständige ungerichtete Fluktuation (Spangenberg 1998). Das betrifft nicht nur ökologische sondern ebenso sehr soziale und politische Systeme, wie die Public Choice Politik in Neuseeland in den 1990er Jahren ebenso gezeigt hat wie die politische Volatilität in Russland unter

Jelzin oder der Kollaps der Gesellschaft in New Orleans nach dem Wirbelsturm. Beispiele für mangels Dynamik sklerotisierte gesellschaftliche Mechanismen sind das US-amerikanische Konsumverhalten (American Way of Life) oder die israelische Außenpolitik, die außer Gewalt kein anderes Mittel der Politik mehr kennt.

Wesentlich ist dabei, dass in diesen Spannungsbögen die Privilegierung eines Pols jeweils im Sinne der Nachhaltigkeit unverzichtbare Ansprüche des anderen negiert, und deshalb ein Übergang von einer horizontalen zu einer vertikalen Dichotomisierung, also die Hierarchisierung zwischen den Polen a priori nicht nachhaltig sein kann.

Trotzdem gibt es eine Vielzahl von Bereichen, wo genau dies geschieht, wo Dichotomisierungen nicht genutzt werden, um Spannungsbögen zu erzeugen, die dialektisch aufgelöst werden müssten, sondern um Hierarchien zu konstituieren, die von vornherein dem Nachhaltigkeitskonzept widersprechen. Hofmeister und Scurrall (2006) nennen als Beispiele solcher hierarchisierender Dichotomisierungen Natur/Kultur, Zivilisation/Wildnis, bezahlt/unbezahlt, produktiv/reproduktiv, Arbeit/Freizeit:

*Dokument 8: Managing Paradoxes – Nachhaltigkeit als Umgang mit Widersprüchen, Ergebnisse aus dem Projekt »Sustainability Strategies«, Tampere Workshop 2004*

#### **Institutional Paradoxes**

- Participation vs. Leadership
- Stakeholder involvement vs. stability of institutions
- Stability of institutions vs. new institutional settings for policy integration
- Integrated policies vs. legitimate interests
- Legitimate interests vs. consensus orientation
- Consensus principle vs. structured governance
- Global responsibility vs. local values
- Top down vs. bottom-up
- Local electorates vs. local Agenda 21
- Networks vs. organisations
- Getting organised vs. freedom of individualism
- Co-operation vs. competition
- Corporatism vs. openness and transparency
- Equity, justice and effectiveness vs. efficiency
- Efficiency (the economic paradigm) vs. sufficiency
- Sufficiency vs. opulence
- Peace and sharing vs. consumption and production patterns

#### **Economic paradoxes**

- Supply side vs. demand side
- Sustainability criteria and regulations vs. freedom of investment, and choice of business and profession
- Steering consumer and business behaviour by taxes vs. self determination of economic actors

- Business ethics vs. profit orientation
- Shareholder vs. stakeholder participation
- Right to access resources vs. protecting the commons

### **Social paradoxes**

- Poverty eradication vs. unsustainable consumption
- Corruption: inflexibility vs. volatility
- Accountability and transparency vs. privacy
- Cognitive dissonance: insight vs. action
- Empowering women vs. »feminisation of sustainability«; tasks and work
- Solidarity vs. merit based remuneration

### **Environmental paradoxes**

- Material flow reduction vs. energy saving
- Bioenergy production vs. biodiversity
- Preservation vs. recreation
- Nature protection vs. evolution
- Windmills vs. migratory birds
- Protection by use vs. wilderness
- Invasive species vs. pesticide use

Diese »werden nicht als simplifizierende Charakterisierungen verstanden, die es erlauben, unterschiedliche Teilaspekte komplexer interaktiver Prozesse hervorzuheben, sondern (fast) immer als Hierarchisierungen unter getrennten (implizit voraussetzend: trennbaren) Entitäten aufgefasst. Das gilt für Produktion/Konsumtion ebenso wie für Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, und führt zu Assoziierungen wie produktiv – Erwerb – männlich versus reproduktiv – Konsum – weiblich. Gleichzeitig ergeben diese Assoziationsketten Verantwortungs- und Funktionszuschreibungen: Frauen sind für den Konsum zuständig und für seine normativen Qualitäten verantwortlich, Männer sind produktiv – Ernährer: da zählt nicht, was wie produziert wird, sondern ob die Ernährer-Rolle ausgefüllt wird. Stoffströme und Umweltbelastung können so der einen oder anderen Seite zugerechnet werden (der Trend liegt bei Konsumenten-Verantwortung), unter Vernachlässigung ihrer »gegenseitigen Bedingtheiten.« (Hofmeister, Scurrall 2006), S. 20-21).

Obwohl diese Sicht der funktionalen Realität schon lange widerspricht, bleibt sie als Leitbild virulent und wird gerade in Krisenzeiten reaktualisiert und legitimiert Restaurationsbemühungen. Versteht man diese Dichotomien dagegen nicht als Trennungen sondern als Spannungsbögen, dann wird klar, dass Produktion auch immer Konsum (u.a. von Ressourcen und Arbeitskraft) ist, und Konsum immer auch (Re-) Produktion, u.a. von Arbeitsfähigkeit, sozialer Kompetenz und sozialem Zusammenhalt, Umwelt- und Lebensqualität etc.

## 10. Ein systemanalytischer Ansatz: Nachhaltigkeit heißt die Bedingungen der Systemreproduktion zu sichern

Bei der systemtheoretischen Beschreibung nachhaltiger Entwicklung wird jede der vier Dimensionen als ein Subsystem betrachtet, das sich mit den jeweils drei anderen in einem Prozess der Koevolution befindet. Um diesen adäquat beschreiben zu können, ist die Wahl einer geeigneten System- oder Modellvorstellung erforderlich, d.h. eines Denkmodells, das die Funktionsweisen des zu analysierenden Systems vereinfacht aber verlässlich wiedergibt. Bei Anlegung dieses Kriteriums zeigt sich schnell, dass deterministische und systemdynamische Modelle (erst recht Gleichgewichtsmodelle) im Vergleich zu den Prozessen in Natur, Wirtschaft und Gesellschaft unterkomplex sind (Spangenberg 2005). Sie können Pfadabhängigkeiten, Bifurkationen, spontane oder aus Problemantizipation durch die Systemelemente generierte Wechsel der Entwicklungstrajektorien ebenso wenig darstellen wie sozio-kulturelle lock-ins und ihr Aufbrechen mit Mitteln der Politik. Vernetztes Denken und dynamische Strukturwandelprozesse sind ihnen unzugänglich. Hier wird deshalb der systemtheoretische Ansatz (im klassischen Sinn von Systemtheorie als Steuerungswissenschaft) genutzt, um die Nachhaltigkeit *entwicklungsfähiger* Systeme zu untersuchen (Allen 1998). Diesem Zweck dient die Orientorentheorie; sie untersucht die Bedingungen der Reproduktion entwicklungsfähiger Systeme in Abhängigkeit von variablen Umgebungsbedingungen. Systemerhalt setzt zum einen voraus, dass das System einerseits seine Fähigkeit zur Selbstreproduktion erhält, und zum anderen seine Fähigkeit zur Koexistenz mit anderen Systemen.

Das wiederum impliziert, dass die Produktions- und die Reproduktionsfähigkeiten der Systeme gleichermaßen wichtig werden, sich in doppeltem Sinne gegenseitig bedingen. Zum einen ist die *gegenwärtige* Reproduktion für jedes System, auf allen Ebenen, Voraussetzung für die *zukünftige* Produktion, und umgekehrt (klassisch ist hier der Zyklus von Investitionen und Gewinn). Gleichzeitig ist die *gegenwärtige* Produktion des einen zumeist Gegenstand der *gegenwärtigen* Reproduktion eines anderen Systems; das klassische Beispiel ist die Reproduktion der Arbeitskraft in familialer Versorgungsarbeit.

Jedes Akteurssystem hat das »Überlebensinteresse«, erfolgreich seine Existenz zu sichern und seine Funktionsfähigkeit in der jeweiligen Umwelt aufrecht zu erhalten. Die Umsetzung dieses »Überlebensinteresses« in operationale Ziele ist je nach Akteurssystem und seinen Herausforderungen durch die Systemumgebung unterschiedlich. »Interesse« ist dabei nicht teleologisch zu verstehen, sondern bezeichnet in der Koevolution von System und Umgebung entstandene Strukturen und Funktionen, die es beiden erlauben, die gegenseitige Herausforderung langfristig zu bestehen. Koevolution der Systeme bedeutet insofern, dass jedes an alle anderen »Anforderungen« hat, die sich seinen eigenen Reproduktions- und damit Überlebensbedingungen ergeben. Es geht also nicht um den Erhalt eines

bestimmten (Gleichgewichts-) Zustands, sondern um Prozessschutz, um die Sicherung einer Dynamik, um den Erhalt von Resilienz, Resistenz und Dynamik.

### *Orientoretheorie*

Speziell für die Gewinnung allgemeingültiger Einsichten über die Nachhaltigkeit komplexer entwicklungsfähiger Systeme in einer dynamischen Systemumwelt ist von Bossel und Mitarbeiter/inne/n die Orientoretheorie (bei Hornung 1985 »Orientierungstheorie«) entwickelt worden. Ihr Grundanliegen ist es, auf einer relativ hohen Abstraktionsebene allgemeingültige Antworten auf die Frage zu finden, wie in entwicklungsfähigen Systemen Szenarien, Politiken und Entwicklungspfade evaluiert und unter verschiedenen Alternativen eine Auswahl im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung getroffen werden kann. Sie wird hier aus zwei Gründen als Grundlage genommen. Einerseits bezieht sie sich gezielt auf entwicklungsfähige Systeme; sie ist nicht unterkomplex. Zum anderen ist sie der bekannteste theoretische Versuch, allgemeine Nachhaltigkeitskriterien für entwicklungsfähige Systeme zu formulieren, eben die Orientoren, und diese interpretativ auf unterschiedliche Systeme anzuwenden.

Die Orientoretheorie beschreibt einen für alle entwicklungsfähigen Systeme geltenden Satz von Eigenschaften, der es ihnen ermöglicht, mit ihrer jeweiligen Systemumgebung und deren Eigenschaften kompatibel und so in dieser Umgebung überlebensfähig zu sein. Sind diese inneren Eigenschaften des Systems gegeben, so ist es nicht absolut, aber innerhalb der Grenzen der betrachteten Ereignisse nachhaltig. Welche Eigenschaften das sind, hängt nicht nur von System selbst, sondern auch von seiner Umgebung ab: jedes System muss auf Zustand und Dynamik seiner Umgebung reagieren (und umgekehrt: das ist der Kern der Koevolution). Die Vielzahl der Umgebungsparameter klassifiziert die Orientoretheorie in Kategorien oder Grundeigenschaften der Systemumgebungen; die auf sie ausgerichteten bzw. von ihnen indizierten Systemeigenschaften werden als Orientoren bezeichnet.

Trotz ihrer Vielfalt können die Eigenschaften der möglichen Systemumgebungen gemäß der Orientoretheorie durch die jeweiligen Ausprägungen von nur sechs distinkten Grundeigenschaften vollständig beschrieben werden (Bossel 1998):

1. Normalzustand der Umgebung: um ihn oszilliert der Momentanzustand mit einem bestimmten Maximalabstand;
2. Ressourcenknappheit von für das System überlebenswichtigen Ressourcen: Stoffe, Energie und Information sind nicht dann und dort direkt verfügbar, wo sie benötigt werden;
3. Vielfalt: viele qualitativ sehr unterschiedliche Prozesse und Muster von Umgebungsvariablen sind konstant oder wiederkehrend vorhanden;
4. Variabilität: Der Umgebungszustand bewegt sich in einer Weise um den Normalzustand herum, der ihn zeitweise weit von diesem entfernen kann;

5. Wechsel: der Normalzustand der Umgebung wechselt im Lauf der Zeit allmählich oder abrupt in einen anderen Zustand;

6. Andere Akteurssysteme: die Umgebung enthält andere Akteurssysteme, deren Verhalten für das betrachtete System subjektiv von Bedeutung ist.

Da distinkt und umfassend, ist jede Systemumgebung durch einen sechsstelligen Vektor vollständig beschreibbar, der die Spezifizierungen dieser sechs Grundeigenschaften als qualitative und quantitative Daten enthält. Jeder dieser Umgebungseigenschaften entspricht ein Orientor, d. h. eine Grundeigenschaft des Systems, die – wenn vorhanden – es dem System ermöglicht, auf die jeweilige Grundeigenschaft der Umgebung so zu reagieren, dass seine Fortexistenz gesichert ist. Diese sechs Basisorientoren von Systemen sind: *Existenz, Effektivität, Aktionsfreiheit, Sicherheit, Anpassungsfähigkeit und Koexistenz*. Dieser Orientorensatz ist wie der der Umwelteigenschaften ebenfalls vollständig, deckt also alle wesentlichen Systemaspekte ab, und er ist distinkt, d.h. keiner der genannten Orientoren kann durch eine Kombination aus anderen ausgedrückt werden. Die jeweilige Ausprägung der Orientoren charakterisiert damit ein System umfassend, aber nicht eindeutig.

Die allgemein formulierten Umgebungseigenschaften und Systemleitwerte oder Orientoren wurden auf der wissenschaftlichen Metaebene theoretisch-deduktiv abgeleitet (Bossel 1998) und bilden jeweils ein vollständiges, umfassendes, systematisch konstruiertes System. Empirisch wurde die Eignung, d.h. die Anwendbarkeit und Aussagekraft dieses Systems in einer Clusteranalyse von etwa 200 bestehenden Wertsystemen bestätigt (nach Hornung 1985, S. 106). Das Orientorensystem stellt demnach ein abstrahiertes Bewertungsraster dar, das auf entwicklungsfähige Systeme aller Art angewandt werden kann, also auch auf die Wirtschaft. Eine zentrale Aussage der Orientoretheorie ist dabei, dass *die langfristige Existenz eines Systems und damit seine Nachhaltigkeit immer dann ernsthaft bedroht sind, wenn die Erfüllung auch nur einer der Orientoren ein Minimum unterschreitet*. In hierarchisch gegliederten Systemen gilt das gleiche Kriterium für alle entwicklungsfähigen Subsysteme, da ohne deren »viability« die Nachhaltigkeit des Gesamtsystems gefährdet ist (Bossel 1996). Fortgesetzte Systemfunktionalität erreichen diejenigen Akteurssysteme, die nicht nur ihre eigenen Interessen angemessen umsetzen können, sondern die auch gleichzeitig diejenigen der anderen Akteurssysteme hinreichend berücksichtigen, von deren Überleben sie abhängen (das entspricht den ökologischen, sozialen, ökonomischen und institutionellen Nachhaltigkeitsbedingungen eines jeden Subsystems. Dabei bedeutet die Unabhängigkeit der Basisorientoren keineswegs, dass auch die Erfüllung der einzelnen Orientoren von einander unabhängig wäre. Externe Einflüsse können gleichzeitig positive wie negative Einflüsse auf einen oder verschiedene Orientoren haben, die sich kurz- und langfristig unterschiedlich auswirken. So können neue Technologien gleichzeitig Arbeitsplätze vernichten (Sicherheit, Koexistenz mit dem sozialen System) und neue schaffen (Anpassungsfähigkeit). Die Entwer-



tung etablierter Wissensbestände durch die Einführung technologischer Innovationen verringert die Handlungsfreiheit, steigert aber tendenziell die Effektivität des Systems, insbesondere in Verbindung mit dem Aufbau neuer intellektueller Kapazitäten.

*Tabelle 2: Orientoren und andere Klassifizierungen von Eigenschaften sozialer Systeme auf der Makroebene*

<b>Basisorientoren</b> (Bossel 1999; 2000)	<b>Grundbedürfnisse</b> (Max-Neef 1989)	<b>Lebensstile</b> (Thompson 1990) nach (Bossel 2000)	<b>Eigenschaften sozialer Systeme</b> (Luhmann nach (Bossel 2000))
1. Existenz und Reproduktion	Subsistenz	atalistisch	Umweltkompatibilität
2. Effektivität	Verständnis, Erholung	(Organisator)	Code, Programme
3. Aktionsfreiheit	Freiheit	individualistisch	Vielfalt
4. Sicherheit	Schutz	hierarchisch, Sicherheit durch institutionalisierte Ordnungen	Redundanz
5. Anpassungsfähigkeit	kreative Schöpfung	(Innovator)	Autopoiesie (Selbstorganisation)
6. Koexistenz	Partizipation	egalitär	Doppelte Kontingenz
7. psychische Bedürfnisse, Verantwortlichkeit	Zuneigung, Identität	autonomer Einsiedler oder Narziss	Reflektion

Da Orientoren allgemeine Systemcharakteristika darstellen, müssen sie auch in den Gliederungsschemata sozialer Systeme nachweisbar sein, die andere Autoren mit unterschiedlichen Methoden und Instrumentarien erstellt haben (vgl. Tabelle 2). Deshalb korrespondiert der Satz von Grundorientoren auch mit den von Max-Neef festgestellten Grundbedürfnissen der Bevölkerung, die die Grundlage des Konsums kulturspezifisch unterschiedlicher »Satisfyer« bilden; solche können analog auch für die Erfüllung der Orientoren bestimmt werden (Spangenberg 2005). Bezüglich der Grundbedürfnisse ist nur die zweite Zuordnung nicht spontan plausibel: Effektivität setzt aber Wissen und Verstehen ebenso voraus wie Ruhe und Kontemplation (nicht erwähnt ist jedoch die Reproduktion des Leistungsvermögens).

Auch kulturwissenschaftliche Lebensstil-Typisierungen können den Orientoren zugeordnet werden; so lassen sich die sozialen Typen nach (Thompson et al. 1990) auf eine Präferenz für jeweils einen bestimmten Orientor nach Erfüllung der Minimalanforderungen für alle zurückführen. Das Orientorenschema bewährt sich unmittelbar darin, auf zwei Lücken in der Typenskala zu verweisen, die Bossel mit Anpassungsfähigkeit = Innovator und Effektivität = Organisator ergänzt hat. Der autonome Einsiedler befriedigt seine persönlichen psychologischen Bedürfnisse ebenso ohne praktische Relevanz für das soziale System wie der Narzist (aber mit unterschiedlichen indirekten Funktionen und ökonomischen wie ökologischen Implikationen, vgl. Bossel 1999; Peet, Bossel 2000). Ähnlich lassen sich die sozialen Systeme der Gesellschaft, so wie sie von Luhmann (Luhmann 1988) beschrieben wurden, homolog zur Gliederung nach Grundorientoren strukturieren.

Die Beispiele zeigen, dass das Konzept der Orientoren auf unterschiedlichste gesellschaftliche Makrosysteme anwendbar ist (ohne damit eine Bewertung der Luhmann'schen Gesellschaftsanalyse zu implizieren, die sich auf kognitive und kommunikative Prozesse kapriziert, die materiellen Strukturen und die zustandsabhängigen Dynamiken aber vernachlässigt, vgl. u.a. (Bossel 1999).

### *Die Dynamik anthropogener Systeme*

Bei der Anwendung naturwissenschaftlicher Konzepte auf anthropogene Systeme sind jedoch neben der Verknüpfung der verschiedenen Systeme über die physische Seite von Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. die Vernachlässigung von Human- und Naturressourcen als Produktionsfaktoren) und die ökonomische Relevanz der Gesellschaft als »Sozialkapital« des Produktionsprozesses hinaus auch die grundsätzlichen Unterschiede geo-biogener und anthropogener Systeme zu beachten. Ökonomische und soziale Systeme unterscheiden sich von biologisch-chemisch-physikalischen Systemen unter anderem dadurch, dass es sich bei ihnen um auf von Akteuren implizit oder explizit definierte Zwecke ausgerichtete, also teleologische Systeme handelt. Die Akteure wiederum können die erwarteten zukünftigen Konsequenzen in ihre gegenwärtigen Entscheidungen und Zieldefinitionen einbeziehen und so das Telos ändern; die Akteure und durch sie die Systeme sind antizipativ (was Irrtümer, Fehlwahrnehmungen, -einschätzungen und -entscheidungen ebenso wenig ausschließt wie Fehlinterpretationen z.B. durch die Deutung von Sachverhalten der Makroebene durch Verallgemeinerung von Einsichten der Mikroebene). Sie sind zudem in der Lage, aus vergangenen und gegenwärtigen Fehlern durch bewusste und unbewusste, teils aufgezwungene aber zielgerichtete Anpassung zu lernen und reagieren, indem sie Ziel und Maßnahmen ändern; insofern sind sie reflektierend und reflexiv (Beck 1996). Sie können sich nicht nur an neue Rahmenbedingungen anpassen, sondern diese auch in gewissen Grenzen gestalten; insofern sind sie selbst-bewusst (Falconi-Benitez 2002). Diese auf den Fähigkeiten der Akteure basierende Flexibilität ist u.a. Grundlage der Adaptationsfähigkeit komplexer sozialer Systeme bei sich wandelnden Umge-

bungsbedingungen und unterscheidet sie von den sich ungerichtet entwickelnden natürlichen Systemen. Die Orientoretheorie trägt dem Rechnung, indem für anthropogene Systeme zusätzliche Orientoren eingeführt werden. Zusätzlich zu den sechs extern induzierten Orientoren gibt es dann drei weitere, die eine Reaktion auf die internen Eigenschaften des Systems selbst darstellen:

- Sind Systeme zur Selbstreproduktion fähig, so bildet die Aufrechterhaltung dieser Fähigkeit einen neuen Orientor (über die Zeit verschmilzt dieser Orientor in entwicklungsfähigen Systemen mit dem der Existenz).

- Ist ein System empfindsam, so versucht es, gespürte Belastungen zu vermeiden. Dies wird von Bossel als die »psychologischen Bedürfnisse« des Systems bezeichnet.

- Trifft das System zusätzlich bewertete Entscheidungen zwischen Optionen mit unterschiedlichen Konsequenzen, so impliziert dies einen Orientor »Verantwortlichkeit«.

Soziale Systeme mit bewussten Akteuren erfahren eine Sinndeutung, die in der Begründung der Sinnhaftigkeit ihrer nachhaltigen Existenzsicherung besonders deutlich wird. Solche Begründungen reichen von religiösen Motivationen (Erhalt der Schöpfung, Wille Gottes, wie z.B. für H. Daly (2001): »Nachhaltigkeit (heißt die verfügbaren) Mittel in der Weise zu nutzen, die Gott am besten dient, (...) indem man für die Schöpfung sorgt, sie schützt und von ihr lernt.« über ethische Grundüberzeugungen wie Gerechtigkeitsziele (Rawls 1971) oder Verantwortungsethik (Jonas 1979) bis zu utilitaristischen Weltsichten (z.B. bei Bentham und Mill) und systemtheoretischen Argumentationen nach Bossel (1996), S. 202: »... sich aus dem Evolutionsprozess ergebende Zielfunktion aller lebenden und sich entwickelnden Systeme«.

Diese Sinnzuweisungen sind auch die Grundlage für verschiedene Formen des Umgangs mit entwicklungsfähigen Systemen und den von ihnen zu erwartenden Ergebnissen, die auf unterschiedlichen prä-analytischen Visionen beruhen. Die drei wichtigsten Vorgehensweisen, von denen die ersten zwei z.B. in der Ökonomie häufig auftreten, aber nur die dritte der Regulation komplexer Systeme unter Nachhaltigkeitszielen angemessen ist, sind (idealtypisch, nach Schütz 2000):

- die Auffassung, Selbstorganisation sei ein Selbstzweck und führe a priori zu optimalen Ergebnissen, Interventionen in den Prozess seien entsprechend zu minimieren (Hayek 1972; Luhmann 1982). Das bedeutet die Minimierung von gesellschaftlichen oder politischen Eingriffen in die als prioritär, unabhängig und nicht hinterfragbar bewertete individuelle Entscheidungsfindung, und insbesondere das Verbot solcher Eingriffe zur Verfolgung übergeordneter Systemzwecke. Diese Sichtweise ist in doppelter Hinsicht unrealistisch: zum einen setzt sie autonome, d.h. a-soziale Individuen voraus, die nicht durch gesellschaftliche Prozesse in ihrer Entscheidungsfindung beeinflusst werden, zum anderen verkennt sie die aus der Koppelung der Systeme resultierende Notwendigkeit, Maßnahmen zum Systemerhalt als geteiltem Ziel auch dann durchzuführen, wenn sie den Partikula-

rinteressen Einzelner zuwider laufen. Da angenommen wird, dass das System per se optimale Ergebnisse produziere sind die Optimalitätskriterien nicht hinterfragbar, sondern als Bestandteil des Systems vorgegeben.

- die Definition eines allgemeinverbindlichen und vorgeblich »neutralen«, von den Interessen der Akteure unabhängig extern vorgegebenen Wertmaßstabs, der die Identifikation einer eindeutig besten Lösung erlaubt. Dabei kann es sich um Festlegungen mit (z.B. geistlicher) Autorität versehener Dritter handeln, um demokratische Abstimmungen oder um Marktprozesse (Bossel 1996). Da jedoch in einem umfassenden System der betreffende Dritte selbst ein Teil des Systems und daher mit systemimmanenten Interessen ausgestattet ist, bedeutet diese Vorgehensweise eine Machtzuweisung an Autoritäten, Parteien oder preissetzende Institutionen (Märkte, Experten, Behörden), die Vertreter/innen anderer Wertmaßstäbe von der Entscheidungsfindung ausschließt (Luhmann 1982).

- die Etablierung von Entscheidungsprozessen auf Basis multidimensionaler Kriterien- und Indikatorensätze (Munda 1995; Bossel 1999). Diese gehen davon aus, dass keiner der in einem System repräsentierten Wertmaßstäbe a priori »richtig« und damit verbindlich sei; auch ein wissenschaftlicher »Beweis« für eine bestimmte Position leidet unter der Subjektivität der betreffenden Akteure: Entscheidungen unter unvollständiger Information sind nie nur technische Auswahlverfahren. Als Lösung bleiben dann nur Aushandlungsprozesse (»extended per community«), deren Verfahren in Anlehnung an Rawls von allen Beteiligten als gerecht empfunden werden muss. Ein neueres Forschungsverständnis (mode 2 science, uncertainty science, sustainability science, post normal science,...), gibt die Konzeption der neutralen Bewertung auf, ohne auf die Beliebigkeit des sozialen Konstruktivismus auszuweichen.

Problemadäquate Aushandlungsprozesse werden jedoch dadurch erschwert, dass die dynamischen Prozessabläufe und die in komplexen Systemen allgegenwärtigen Verzögerungselemente zu system-typischen Verzögerungen zwischen Ursache und Wirkung führen. Insbesondere wird die Suche nach den Ursachen dadurch erschwert, dass die typischen Risiken der Moderne (Beck 1986) sich durch unklare Kausalitäten, zeitliche Wirkungsverzögerungen und räumliche Verlagerungen auszeichnen (»hypothetische Risiken« nach Häfele 1974). Die Verzögerungseffekte der Systemträgheit lassen auch starke symmetrische Koppelungen temporär als Asymmetrien erscheinen. Manche Beobachter vermuten dann eine schwache einseitige Koppelung z.B. von Wirtschaft und Umwelt, d.h. dass die Schadwirkungen der Wirtschaft auf die Umwelt gering und Rückwirkungen der Umwelt auf die Wirtschaft vernachlässigbar und deswegen nachhaltigkeitsorientierte Änderungen der Wirtschaftsweise nicht notwendig seien, wie z.B. die Lobbyisten der Energiewirtschaft in den Klimaverhandlungen nicht müde wurden zu betonen. Ein anderer Argumentationsstrang vermutet eine zweiseitige, aber ebenfalls schwache Interaktion: wird die Koppelung der Wirtschaft an die Umwelt als existent aber schwach angenommen, so äußert sich das in der Zuversicht, dass auch

bei nicht vernachlässigbaren Störungen der Umweltsysteme nur geringe Störungen der ökonomischen oder sozialen Systeme zu erwarten seien, die z.B. durch technische Innovationen ohne Strukturveränderungen des sozioökonomischen Systems beherrschbar seien. Die (z.T. kommunikativ) eingeschränkte Rationalität der Rezipientensysteme trägt zu dieser Unterschätzung der Wirkungen bei.

Aufgrund dieser Mechanismen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass eine Reaktion auf Störfaktoren dann nicht mehr wirksam sein kann, wenn sie erst bei Auftreten der ersten sichtbaren Symptome einsetzt (selbst wenn diese von den an der Entscheidungsfindung beteiligten Akteuren unmittelbar erkannt würden). Deshalb ist die system- und problemadäquate Herangehensweise ein doppeltes Vorsorgeprinzip, das sowohl die Erhöhung der Handlungsfähigkeit des Systems durch Redundanzen und verbesserte Anpassungsfähigkeit durch eine Maximierung der Anzahl der Handlungsoptionen beinhaltet, als auch eine vorsorgende Problemminimierung. Dies erfordert Folgenantizipation und den Schutz nicht nur der Systemstruktur, sondern vor allem auch der Systemdynamik durch präventive Maßnahmen. Ökonomisch können das Stabilisierungsmaßnahmen gegen die Volatilität der internationalen Finanzmärkte sein, ökologisch eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs (Schmidt-Bleek 1994), sozial Entwicklungskooperation und interwie intranationale Armutsbekämpfung. In allen Fällen ist die Vermittlung der Handlungsnotwendigkeiten *ex ante*, d.h. vor dem Sichtbarwerden relevanter Schadsymptome ein zentrales Politikproblem.

Die Notwendigkeit einer solchen integrativen Sicht überfordert nicht nur die Ökonomik, denn die Einbeziehung sozialer und ökologischer Entitäten als Objekt des Diskurses ist bereits ausreichend, um die »substantielle Handlungsrationalität der neo-klassischen Ökonomik wenn nicht zu Makulatur, dann zumindest zu einem unwahrscheinlichen Sonderfall werden zu lassen.« (Beckenbach 1998). Sie führt auch jeden Versuch *ad absurdum*, Metriken zu definieren, die den oben genannten Bedingungen gerecht werden können. Insbesondere die Vielzahl von Kriterien in jeder Dimension, ihre Inkomparabilität, die subjektiven Wichtungen und der hohe Stellenwert qualitativer Aspekte machen es unmöglich, eine eindeutig und allgemeingültig definierte Metrik zu entwickeln. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass kein allgemeines »Maß der Nachhaltigkeit« gefunden werden kann, dass »Nachhaltigkeitsindizes«, die den komplexen Zusammenhang auf eine oder wenige Maßzahlen reduzieren, irreführend sind da sie (meist unerklärte) Übersimplifikationen darstellen, und dass das Prisma der Nachhaltigkeit als Heuristik und Metapher wertvoll, aber nicht als Quantifizierungsinstrument nutzbar ist. Nachhaltige Entwicklung ist und bleibt ein von Widersprüchen und ihrer (zeitweisen) Auflösung geprägter politischer Prozess, der akzeptable, nicht optimale Lösungen sucht und findet.

#### *Vom Allgemeinen zum Konkreten*

Eine umfassende systemanalytische Nachhaltigkeitsanalyse in hierarchisch gegliederten Systemen (»nested systems«) ist ein rekursiver Prozess, der vom Meta-

system bis zur gewünschten Detailauflösung fortschreitet, bis eine zuvor definierte Tiefe der Analyse erreicht ist. Diese bestimmt sich aus der Art der Fragestellung, da nicht Vollständigkeit (die Anzahl möglicher Rekursionsschritte ist unbegrenzt), sondern nur eine angemessene Auflösung Ziel der Analyse sein kann. Wesentliche Schritte sind dabei die

- Interpretation der Orientoren, Ableitung von gegenstandsbereichsspezifischen Kriterien.

- Interpretation der Kriterien, Ableitung und Selektion von operationalisierbaren Indikatoren. Nicht Aggregation, Aufsummierung von Dingen, die keinen gemeinsamen Nenner haben (d.h. inkommensurabel sind).

- Schrittweise steigende Vielfalt anderer legitimer Interpretationen (Pluralismus von Kulturen und Interessen). Dabei ist eine Ablehnung des Konzepts zu unterscheiden von divergenten Interpretationen einer gemeinsamen Basis (im letzteren Fall sind tendenziell die Unterschiede geringer und die Konflikte heftiger).

Schon aus Raum- und Zeitgründen, aber auch wegen der bestehenden Informationsdefizite ist es nicht möglich, diesem Verfahren folgend hier eine systematische Analyse der Nachhaltigkeit der Teilsysteme vorzulegen (zum ökologischen System siehe z. B. Müller, Jørgensen 2000, zum ökonomischen System Spangenberg 2005, zu sozialen Systemen Hornung 1985 und Bossel 1978; 1996; 2000); zu institutionellen Systemen liegen bisher erst Ansätze vor).

## **11. Fazit und Ausblick**

Nachhaltigkeit unterscheidet sich von sonstigen Gesellschaftstheorien nicht etwa durch einen anderen Gegenstandsbereich, sondern durch eine andere Sichtweise (interagierende Dimensionen) sowie durch spezifische, nicht verhandelbare Grundwerte. Diese definieren Nachhaltigkeit als Teilhabe plus Grenzen. Diese Teilhabe muss physisch, rechtlich, wirtschaftlich, sozial, intellektuell, statusgemäß etc. sein, also in allen vier Subsystemen (Wirtschaft, Gesellschaft, Bevölkerung, Umwelt) durchgesetzt werden.

Diese vier Dimension bilden zusammen mit den jeweiligen kategorischen Imperativen das Prisma der Nachhaltigkeit; Qualitäten zählen mindestens genauso wie Quantitäten. Sobald Nachhaltigkeitsnormen über ethische Grundprinzipien hinaus operationalisiert werden sind sie oft eher dialektisch als normativ beschreibbar und erfordern so einen politischen Prozess zu ihrer Konkretisierung. Jede Maßnahme der Umwelt-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik hat Folgen in anderen Systemen. Das erfordert breite ex ante Folgenabschätzungen, z.B. mit Sozial- und Genderkriterien und der Umwelt- und Wirtschaftspolitik (wir müssen wissen was wir tun). Multi-Kriterien Analysen und diskursive Entscheidungen sind notwendig, denn die Dimensionen und ihre Elemente sind inkommensurabel: Es gibt kein Optimum. Das erfordert Pluralismus in Politik und Wissenschaft sowie ständige Lern-

prozesse mit der Möglichkeit zur Selbstkorrektur in der Umsetzung. Unterschiedliche Interpretationen, Spannungen und konkurrierende Erklärungsansätze sind deshalb nicht nur legitim, sondern zu fördernde Formen der Pluralität und Voraussetzung der weiteren nachhaltigen Entwicklung – Nachhaltigkeit erfordert Vielfalt statt Einfachheit. Da Gesellschaften und ihre Werte, Ziele und Technologien in einem ständigen Wandel begriffen sind, kann eine »nachhaltige Gesellschaft« kein fester Zustand sein, sondern bedeutet den Erhalt der Systemreproduktion unter den wechselhaften Bedingungen einer immer unbekannteren Zukunft. Dabei ist durch die gleichzeitige Erhaltung der Funktionsdynamiken aller vier Subsysteme sowie zusätzlich der des Metasystems der Erhalt der Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems weitgehend gewährleistet, wie in den Sozial- und Politikwissenschaften bei Luhmann (1988) und Willke (1989), in der Ökologie bei Odum (1973) und Cruse (1981), sowie in den Wirtschaftswissenschaften bei Daly (1996) und (Messner 1996) ausgeführt.

Hier baut das Nachhaltigkeitskonzept auf diese und andere ältere Arbeiten, so zur Rückholbarkeit technischer Innovationen (heute auch als »Denovation« bezeichnet), oder an die zur Notwendigkeit fehlerfreundliche sozialer, ökonomischer und technischer Systeme (heute eher als Resilienz diskutiert, und damit zum Teil die sozialen Akteure ausblendend); ihre Potenziale sind bis heute für den Nachhaltigkeitsdiskurs kaum genutzt worden.

Im Wissenschaftsbereich hat sich zwischen den Disziplinen und teils gegen ihren erbitterten Widerstand die »Sustainability Science« etabliert, die sich der partizipativen, multikriteriellen Entscheidungsfindung in Umbruchsituationen unter Ungewissheit widmet (»where facts are uncertain, stakes are high, values disputed and decisions urgent« Funtowicz, Ravetz 1994), ohne dass ihre Erkenntnisse bisher im politischen Diskurs eine angemessene Rolle spielen würden. Ähnlich vernachlässigt werden Erkenntnisse der dynamischen Systemanalyse (Bossel 1998), der Konsumforschung (Roepke 1999; Shove 2004), der feministischen Forschung (auch und gerade im Bereich vorsorgendes Wirtschaften, vgl. Biesecker/Hofmeister in diesem Band), und die gesamte ostdeutsche Theoriearbeit.

In diesem Papier konnten nur einige der Verbindungslinien aufgezeigt und Hinweise auf die Möglichkeiten der Integration gegeben werden – das insofern eine gute Nachricht, als bisher kein Theorieansatz allein den eingangs genannten Ansprüchen gerecht wird, aber die Chance besteht, weitere Zusammenführung bestehender Arbeiten diesem Ziel zumindest erheblich näher zu kommen.

## Literatur

- Adelman, M. A. (1990). Mineral Depletion, with special Reference to Petroleum. *The Review of Economic Studies* LXXII: 1-10.
- Adelman, M. A. (1993). Modeling World Oil Supply. *The Energy Journal* 14: 1-32.
- Alber, J. (2002). Besser als sein Ruf - Der Sozialstaat als erfolgreiches Modell. *WZB-Mitteilungen*(98): 24-28.
- Allen, P. M. (1998). Evolutionary Complex Systems and Sustainable Development. Theory and Implementation of Economic Models for Sustainable Development. J. C. J. M. van den Bergh, Hofkes, M. W. Dordrecht, Kluwer Academic Publishers: 67-100.
- Arnspurger, C., Varoufakis, Yanis (2006). What is neoclassical economics? *post-autistic economic review*(38): 2-12.
- Ayres, R. U. (1989). Industrial Metabolism and Global Change. *International Social Science Journal* 41(3): 363-373.
- Ayres, R. U., Martinas, K. (1995). Waste potential entropy: the ultimate ecotoxic? *Econ. Appl.* 48: 95-120.
- Bechmann, A., Michelsen, Gerd, Ed. (1981). *Global Future - Es ist Zeit zu handeln*. Freiburg, Dreisam Verlag.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft*. Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Beck, U. (1996). Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. Reflexive Modernisierung - Eine Kontroverse. Beck, Giddens. Lash. Frankfurt/Main, Suhrkamp: 19 -112.
- Beckenbach, F. (1998). Paradigmatische Neuorientierung. *Ökologisches Wirtschaften* 1998(3-4): ÄW Spezial 1-3.
- Bierter, W., Winterfeld, Uta v. (1998). *Zukunft der Arbeit - welcher Arbeit?* Berlin, Boston, Basel, Birkhäuser.
- Bierter, W., Winterfeld, Uta von (1994). Gedanken über die Zukunft der Arbeit. *Jahrbuch Ökologie* 1995. G. Altner, Mettler-Meibohm, Barbara, Simonis, Udo E., von Weizsäcker, Ernst U. München, Beck: 11-20.
- Böhne, P., Delhey, Jan (1999). *Lebensstandard in Deutschland*. WZB Mitteilungen(85): 23-26.
- Bossel, H. (1978). Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft - neue Leitbilder, neue Werte, 30 Szenarien. Frankfurt/Main, Fischer Verlag.
- Bossel, H. (1996). *20/20 Vision. Explorations of sustainable futures*. Kassel, Center for Environmental Systems Research.
- Bossel, H. (1996). Deriving indicators of sustainable development. *Environmental Modelling and Assessment* 1(4): 193-218.
- Bossel, H. (1998). *Earth at a crossroads - Paths to a sustainable future*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Bossel, H. (1999). *Indicators for Sustainable development: Theory, Method, Applications*. Winnipeg, Canada, IISD International Institute for Sustainable Development.
- Bossel, H. (2000). Policy assessment and simulation of actor orientation for sustainable development. *Ecological Economics* 35(3): 337-355.
- Boulding, K. E. (1966). *The economics of the coming spaceship Earth*. Environmental quality in a growing economy. H. Jarret. Baltimore, USA, John Hopkins University Press.
- Brand, K.-W. (2002). In allen vier Ecken soll Nachhaltigkeit drin stecken. *Politische Ökologie* 76: 18-20.
- Brand, K.-W., Fürst, Volker, Lange, Hellmuth, Warsewa, Günter (2002). *Bedingungen einer Politik für nachhaltige Entwicklung. Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF Förderschwerpunkt*. I. Balzer, Wächter, Monika. München, oekom: 91-110.
- Brandl, S., Hildebrandt, Eckart (2002). *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit*. Opladen, Leske + Budrich.
- Brandt, W., Ed. (1983). *Hilfe in der Weltkrise. Ein Sofortprogramm*. Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission. rororo aktuell. Reinbeck/Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Buitenkamp, M., Venner, Henk, Wams, Teo, Ed. (1992). *Actieplan Nederlands Duurzaam*. Amsterdam, VMD Vereniging Milieudefensie.
- Buitenkamp, M., Venner, Henk, Wams, Teo, Ed. (1993). *Action Plan Sustainable Netherlands*. Amsterdam, VMD/ Friends of the Earth Netherlands.
- BUND/MISEREOR, Ed. (1996). *Zukunftsfähiges Deutschland. Eine Studie des Wuppertal Instituts*. Basel/Berlin, Birkhäuser.
- CEC Commission of the European Communities (2004). *National Sustainable Development Strategies in the European Union. A first analysis by the European Commission*. Commission staff working document SEC(2004)xxx. Brussels: 21.
- Cochrane, P. (2006). Exploring cultural capital and its importance in sustainable development. *Ecological Economics* 57(2): 318-330.
- Council of Europe (2005). *National Strategies for Sustainable Development in Council of Europe Member States. A glance at ongoing initiatives*. Think Tank on sustainable development SUS-DEV (2005) 02. Paris: 10.
- Council on Environmental Quality, Ed. (1981). *Global Future: Time to Act. Report to the President on Global Resources, Environment and Population*. Washington D.C., US Government Printing Office.
- Cruise, H. (1981). *Biologische Kybernetik, Einführung in die lineare und nichtlineare Systemtheorie*. Weinheim, Verlag Chemie.
- Daly, H. E. (1991). *Steady-State Economics. Second Edition with new Essays*. Covelo/Washington, D.C., Island Press.
- Daly, H. E. (1996). *Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development*. Boston, Beacon Press.



- Daly, H. E. (2001). Unwirtschaftliches Wachstum und Globalisierung in einer vollen Welt. *Natur und Kultur* 2(2): 3-22.
- Deutscher Bundestag, Ed. (1998). Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung, Endbericht der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt des 13. Deutschen Bundestags. Zur Sache 4/98. Bonn, Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag, Ed. (2002). Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten. Schlussbericht der Enquete-Kommission des 14. Deutschen Bundestages. Bundestagsdrucksache 14/9200. Bundestagsdrucksachen. Berlin, Deutscher Bundestag.
- Dörner, D. (1989). Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen. Hamburg, Rohwolt.
- Ehrlich, P. R., Wolff, G., Daily, G. C., Hughes, J. B., Dalton, M., Goulder, L. (1999). Knowledge and the environment. *Ecological Economics* 30(2): 267 - 284.
- European Commission (2005). The attitudes of European citizens towards environment. Brussels, CEC.
- Falconi-Benitez, F., Ramos-Martin, Jesus (2002). Integrated assessment of development trajectories: the two sides of the bifurcation of economic development (Spain versus Ecuador). Paper presented to the 7th biannual ISEE conference Environment and Development. Sousse/Tunesia: 21.
- Fischer-Kowalski, M., Amann, C. (2001). Beyond IPAT and Kuznets Curves: Globalization as a vital factor in Analysing the Environmental Impact of Socio-Economic Metabolism. *Population and Environment* 23(1): 7-47.
- Fischer-Kowalski, M., Haberl, H. (1997). Tons, Joules, and Money: Modes of Production and Their Sustainability Problems. *Society & Natural Resources* 10(1): 61-85.
- Fisher, I. (1906). *The Nature of Capital and Income*. New York, Kelly.
- Funtowicz, S. O., O'Connor, Martin, Ravetz, Jerome R. (1999). Scientific Communication, international cooperation and capacity bulding for sustainable development. *Int. J. Sustainable Development* 2(3): 363-368.
- Funtowicz, S. O., Ravetz, Jerome R. (1994). The worth of a songbird: ecological economics as a post-normal science. *Ecological Economics* 10: 197-207.
- Funtowicz, S. O., Ravetz, Jerome R., O'Connor, Martin (1998). Challenges in the Utilisation of Science for Sustainable Development. *International Journal of Sustainable Development* 1(1): 2-10.
- Guinomet, I. (1999). The relationships between indicators of sustainable Development. An overview of selected studies done on behalf of the UNCSO. New York, United Nations: 196.
- Haberl, H., Schulz, Niels B., Plutzar, Christoph, Erb, Karl Heinz, Krausmann, Fridolin, Loibl, Wolfgang, Moser, Dietmar, Sauberer, Norbert, Weisz, Helga, Zechmeister, Harald G., Zulka, Peter (2004). Human Appropriation of Net Primary Production and Species Diversity in Agricultural Landscapes. *Agriculture, Ecosystems & Environment* 102 (2): 213-218.
- Häfele, W. (1974). Hypotheticality and the new Challenges, The Pathfinder Role of Nuclear Energy. *Minerva* 1974(3): 303-322.
- Hans-Böckler-Stiftung, Ed. (2000). *Arbeit und Ökologie*, Endbericht. Düsseldorf, Hans Böckler Stiftung.
- Hayek, F. A. v. (1972). *Die Theorie komplexer Phänomene*. Vorträge und Aufsätze. Walter Eucken Institut. Tübingen, Mohr: 7-38.
- Herrera, A., Skolnik, G. (1976). *Die Grenzen des Elends - Das Bariloche-Modell* (engl. Original: *Limits to Misery - The Bariloche Model*). Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Hildebrandt, E. (2002). Nachhaltige Entwicklung und die Zukunft der Arbeit. *Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?* T. Ritt. Wien, Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte. Informationen zur Umweltpolitik 149: 126.
- Hofmeister, S., Scurrall, Babette (2006). Sozial-ökologische Perspektiven auf eine (re-)produktive Ökonomie: Gibt es ein Wirtschaften jenseits von Wachstum? *Ökologisches Wirtschaften* 2006(2): 20-21.
- Hornung, B. R. (1985). *Grundlagen einer problemfunktionalistischen Systemtheorie gesellschaftlicher Entwicklung*. Sozialwissenschaftliche Theoriekonstruktion mit qualitativen, computergestützten Verfahren. Frankfurt/Main, Bern, New York, Paris, Peter Lang.
- Hubacek, K., Giljum, Stefan (2003). Applying physical input-output analysis to estimate land appropriation (ecological footprints) of international trade activities. *Ecological Economics* 44(1): 137-152.
- Hubacek, K., van den Bergh, Jeroen C.J.M. (2006). Changing concepts of 'land' in economic theory: From single to multi-disciplinary approaches. *Ecological Economics* 56(1): 5-27.
- ICSU International Council for Science, I. P., TWAS Third World Academy of Sciences, Initiative on Science and Technology for Sustainability (Year). *Science and Technology for Sustainable Development*. Synthesis Workshop on Sustainability Science, Mexico City, May 20th-23rd, 2002, 2002. City, ICSU: 11.
- IUCN/UNEP/WWF (International Union for the Conservation of Nature, U. N. E. P., World Wildlife Fund), Ed. (1980). *World Conservation Strategy: Living Resource Conservation for Sustainable Development*. Gland, IUCN.
- Jonas, H. (1979). *Das Prinzip Verantwortung*. Frankfurt/Main, Insel Verlag.
- Judson, D. H. (1989). The convergence of neo-Ricardian and embodied energy theories of value and price. *Ecological Economics* 1(3): 261-281.
- Körner, C. (2002). *Umweltforschung zwischen exakter Kuriosität und verschwommener Realität*. GAIA 11(1): 48.

- Krausmann, F., Haberl, Helmut (2002). The process of industrialisation from the perspective of energetic metabolism. Socioeconomic energy flows in Austria 1830-1995. *Ecological Economics* 41(2): 177-201.
- Littig, B. (2002). Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz als ein Baustein sozialer Nachhaltigkeit. *Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?* T. Ritt. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte. 149: 79-90.
- Luhmann, N. (1982). Autopoiesis, Handlung und kommunikative Verständigung. *Zeitschrift für Soziologie* 11: 366-379.
- Luhmann, N. (1988). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt, Suhrkamp.
- Luks, F. (2001). Was ist postmoderne Umweltpolitik? Grenzen der Naturnutzung und ökologische Vorsichtsstrategien. *Natur und Kultur* 2(2): 23-44.
- Max-Neef, M., Elizalde, Antonio, Hopehayn, Martin (1989). Human Scale Development. An Option for the Future. *Development Dialogue*(1989:1): 7-80.
- Max-Neef, M. A. (1991). *Human Scale Development: Conception, Application and Further Reflections*, The Apex Press.
- Meadows, D. H., Meadows, Denis L., Randers, Jorgen, Behrens, William W. (1972). *The Limits to Growth. A Report to the Club of Rome*. New York, Universe Books.
- Meier, K. (2005). Globale Ökonomie der Enteignung und er Hegemonie versus Ökonomie nachhaltiger Entwicklung - nicht ohne Politikkonzepte, die die Wege bereiten. *Nachhaltige Entwicklung: Suche nach einer Begriffsbestimmung*, Moscow, RLS.
- Messner, D., et al. (1996). Systemische Wettbewerbsfähigkeit. *INEF Papers*. Duisburg.
- Metzner, A. (1989). Die ökologische Krise und die Differenz von System und Umwelt. *Das Argument* 178: 871-886.
- Mill, J. S. (1976 (1848)). *Principles of Political Economy*. Fairfield, N.J., USA, Augustus M. Kelley.
- Morosini, M., Friebe, Elke, Schneider, Caroline, Röhm, Marc, Ballschmiter, Karlheinz (2001). *Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte - 61 Profile*. Stuttgart, TA Akademie Baden-Württemberg.
- Müller, F., Jørgensen, Sven E. (2000). *Ecological Orientors: A Path to Environmental Applications of Ecosystem Theories*. Handbook of Ecosystem Theories and Management. S. E. Jørgensen, Müller, Felix. Boca Raton, CRC Publishers: 561-575.
- Munda, G. (1995). *Multicriteria Evaluation in a Fuzzy Environment*. Heidelberg, Physica Verlag.
- Munda, G. (2003). *Multicriteria Assessment*. Internet Encyclopedia of Ecological Economics Retrieved Feb. 3rd, 2004, from <http://www.ecoeco.org/publica/encyc.htm#Munda>.
- Narodoslawski, M. (Year). *The Sustainable Process Index SPI*. afcet Conference, Paris, 1994. City.
- O'Connor, M. (2002). *Social Costs and Sustainability. Economics, Ethics and Environmental Policy: Contested Choices*. D. H. Bromley, Paavola, J. Oxford, Blackwell Publishing: 181-202.
- Odum, E. P. (1973). *Fundamentals of Ecology*. Boston, Harvard University Press.
- OECD (1996). *Employment outlook*. Paris, OECD.
- OECD (1998). *Human Capital Investment - An International Comparison*. Paris, OECD.
- OECD (1998). *OECD Work on Sustainable Development, A Discussion Paper on Work to be Undertaken over the Period 1998 - 2001, PAC/AFF(98)02*. Paris, OECD.
- OECD. *Towards Sustainable Development*. Rome Conference. *Towards Sustainable Development. Indicators to measure progress*, Rome, 1999. City, OECD.
- OECD (2000). *The OECD Initiative on Sustainable Development. Progress Report to the 2000 Ministerial Council Meeting*. Paris, OECD: 22.
- OECD, Ed. (2001). *Analytic Report on Sustainable Development SG/SD(2001)1-14*. Paris, OECD.
- OECD (2001). *Draft OECD Environmental Strategy for the First Decade of the 21st Century ENV/EPOC(2000)13/REV1*. Paris, OECD: 18.
- OECD (2001). *Policies to enhance Sustainable Development, Doc. SG/SD(2001)5/FIN*. Paris, OECD.
- OECD (2001). *The Well-being of Nations. The role of human and social capital*. Paris, OECD.
- OECD Centre for Educational Research and Innovation (1998). *Human Capital Investment*. Paris, OECD.
- Opschoor, H., Reinders, L. (1991). *Towards sustainable development indicators. In search of indicators of Sustainable Development*. O. Kuik, Verbruggen, H. Dordrecht, Kluwer Academic Publishers: 7 - 27.
- Peet, J., Bossel, Hartmut (2000). An ethics-based system approach to indicators of sustainable development. *Int. J. Sustainable Development* 3(3): 221-238.
- Piven, F. F. (1995). Is it global Economics or Neo-Laissez-Faire. *New Left Review*(213): 107-114.
- Rawls, J. (1971). *A Theory of Justice*. Cambridge, MA, USA, Harvard University Press.
- Rees, W. E. (1994). *Sustainability, Growth and Employment. Towards an Ecologically Stable, Economically Secure, and Socially Satisfying Future. IISD Employment and Sustainable Development Project*, University of British Columbia. Gabriola Islands, British Columbia, Canada.
- Rees, W. E., Wackernagel, Mathis (1994). *Ecological Footprints and Appropriated Carrying Capacity. Investing in Natural Capital. The Ecological Economics Approach to Sustainability*. A. M. Jansson, Hammer, M., Folke, C., Costanza, R. Washington D.C., Island Press: 504 ff.
- Roepke, I. (1999). The dynamics of willingness to consume. *Ecological Economics* 28(3, Special Issue Consumption and Environment - Perspectives from Ecological Economics): 399 - 420.

- Roepke, I., Reisch, Lucia A., Ed. (2004). *Sustainable Consumption and Ecological Economics*. Aldershot, UK, Edward Elgar.
- Rousseau, J.-J. (1762/1988). *Der Gesellschaftsvertrag*, deutsche Ausgabe nach der 3. Auflage von *Du contrat social ou Principes du droit politique*, Paris 1896. Köln, Röderberg Verlag.
- Scherhorn, G. *Gegen den Bankrott der guten Vorsätze: Vermittlung der Nachhaltigkeitskultur! Produktion und Konsum gemeinsam für eine zukunftsfähige Entwicklung*, 7. 3. 2006, Wuppertal Institut, Wuppertal, 2006. City, Wuppertal Institut: 3-18.
- Schmidt-Bleek, F. (1994). *Wieviel Umwelt braucht der Mensch?* Berlin/Basel, Birkhäuser.
- Schmidt-Bleek, F. (1994). *Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS, das Maß für ökologisches Wirtschaften*. Berlin, Basel, Boston, Birkhäuser.
- Schumpeter, J. A. (1981). *History of Economic Analysis*. London, George Allen & Unwin.
- Schütz, J. (2000). Sustainability, Systems and Meaning. *Environmental Values* 9: 373-382.
- Seibel, S. (2005). Nutzung von Daten der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen für die Berichterstattung und Analyse im Rahmen der Nachhaltigkeits-Strategie. *Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR)*, S. Bundesamt, Wiesbaden, Statistisches Bundesamt: 66.
- Serageldin, I., Ed. (1997). *Expanding the Measure of Wealth; Indicators of Environmentally Sustainable Development*. Washington, D.C., The World Bank.
- Shove, E. (2004). Changing human behaviour and lifestyle: A challenge for sustainable consumption? *The Ecological Economics of Consumption*. L. A. Reisch, Roepke, Inge, Cheltenham, UK, E. Elgar: 111-130.
- Slessor, M. (1978). *Energy in the Economy*. New York, N.Y., St. Martin Publ.
- Söderbaum, P. (2000). *Ecological Economics*. London, Earthscan.
- Spangenberg, J. H. (1991). *Umwelt und Entwicklung. Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie*. Marburg, Schueren.
- Spangenberg, J. H., Ed. (1995). *Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe*. Sustainable Europe. Nottingham, UK, Russel Press.
- Spangenberg, J. H. (1998). Systeme zwischen Evolution, Trägheit und technischer Beschleunigung. *Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus*. A. Renner, Hinterberger, Friedrich. Baden-Baden, Nomos Verlag: 299-319.
- Spangenberg, J. H. (2000). *Zukunftsfähigkeit als Leitbild? Leitbilder, Zukunftsfähigkeit und die reflexive Moderne. Reflexive Lebensführung*. Eckart Hildebrandt in Zusammenarbeit mit Gudrun Linne. Berlin, Edition Sigma: 249-270.
- Spangenberg, J. H. (2001). The Environmental Kuznets Curve - a Methodological Artefact. *Population and Environment* 23(2): 175-192.
- Spangenberg, J. H. (2001). Investing in Sustainable Development. *Int. J. Sustainable Development* 4(2): 184-201.
- Spangenberg, J. H. (2002). Environmental space and the prism of sustainability: frameworks for indicators measuring sustainable development. *Ecological Indicators* 2(4): 295-309.
- Spangenberg, J. H. (2004). Nach dem Ende des Neoliberalismus - die neue Rolle des Staates nach innen und nach aussen. *perspektiven ds* 21(1/04): 52-73.
- Spangenberg, J. H. (2005). *Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft. Theorien, Kriterien und Indikatoren*. Berlin, Edition Sigma.
- Spangenberg, J. H. (2005). Economic sustainability of the economy: concepts and indicators. *Int. J. Sustainable Development* 8(1/2): 47-64.
- Spangenberg, J. H. *Structural Indicators: Towards systemic structures as the basis for future EU policies*. 29th CEIES Seminar, Expert Meeting Statistics - »Structural Indicators«, Alpbach, Austria, 2005. City, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg, 2006: 143-163.
- Spangenberg, J. H., Bonniot, Odile. *Sustainability Indicators - A Compass on the Road towards Sustainability. Sustainable Development Indicators*, Paris, 1998. City, OECD: 116-143.
- Spangenberg, J. H., Lorek, Sylvia (2002). *Lebensstandardmessungen einschließlich nicht-marktlicher Dienstleistungen. Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkung auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität*. G. Bosch, Henricke, Peter, Hilbert, Josef, Kristof, Kora, Scherhorn, Gerhard. Frankfurt, New York, Campus: 455-481.
- Spangenberg, J. H., Omann, Ines, Hinterberger, Friedrich (2002). *Sustainable growth criteria. Minimum benchmarks and scenarios for employment and the environment*. *Ecological Economics* 42(3): 429-443.
- Spangenberg, J. H., Pfahl, Stefanie, Deller, Kerstin (2002). Towards indicators for institutional sustainability: lessons from an analysis of Agenda 21. *Ecological Indicators* 2(1-2): 61-77.
- Spitzner, M. (1999). *Krise der Reproduktionsarbeit - Kerndimension der Herausforderungen eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch-ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität. Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden*. I. Weller, Hoffmann, Erika, Hofmeister, Sabine. Bielefeld, Kleine: 151-165.
- Strasser, J., Traube, Klaus (1981). *Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus*. Bonn, Verlag Neue Gesellschaft.
- Südkommission (1990). *Die Herausforderung des Südens (Nyerere-Bericht)*. Bonn, Dietz.
- Thompson, M., Ellis, R., Wildavsky, A. (1990). *Cultural Theory*. Boulder, San Francisco, Oxford, Westview Press.

- Ullrich, O. (1979). *Weltniveau*. Berlin, Rotbuch-Verlag.
- Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Nord-Süd-Kommission, B.-K. (1980). *Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer*. Köln, Kiepenheuer & Witsch.
- UNDESA UN Department of Economic and Social Affairs, Ed. (2001). *Indicators of Sustainable Development: Guidelines and Methodologies*, 2nd Edition. New York, United Nations.
- UNDP/CSO UN Division for Sustainable Development. Department of Policy Co-ordination and Sustainable Development (1996). *Indicators of Sustainable Development, Framework and Methodologies*. New York, United Nations.
- United Nations (1983). *Resolutions of the 38th General Assembly*. New York, United Nations.
- United Nations (1993). *Documents adopted by the Conference*, UN sales No. E.93.I.8. New York, United Nations.
- United Nations (2001). *Report of the Secretary-General, Commission on Sustainable Development, Advanced Unedited Copy*, E/CN.17/2001. New York: 52.
- United Nations (2002). *World Summit on Sustainable Development - Plan of Implementation*. New York, United Nations.
- von Carlowitz, H. C. (1713, Reprint 2000). *Sylvicultura oeconomica, oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht*. Leipzig, Freiberg Technical University.
- WCED World Commission on Environment and Development (1984). *Mandate of the Commission. Inaugural Meeting of the World Commission on Environment and Development Oct. 1st-3rd, 1984. Mandate for Change*. WCED. Geneva, WCED: 19-24.
- WCED World Commission on Environment and Development, Ed. (1987). *Energy 2000: A Global Strategy for Sustainable Development. Reports to the WCED*. London, ZED Books.
- WCED World Commission on Environment and Development, Ed. (1987). *Food 2000: Global policies for sustainable agriculture: A report for the WCED. Reports to the WCED*. London, ZED Books.
- WCED World Commission on Environment and Development (1987). *Our Common Future*. Oxford, Oxford University Press.
- Whiteside, K. (1996). *Regulation, Ecology, Ethics: The Red-Green Politics of Alain Lipietz. Capitalism, Nature, Socialism. A Journal of Socialist Ecology* 7(3): 31-56.
- Willke, H. (1989). *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften*. Weinheim, Verlag Chemie.
- Young, B. (2004). *Globalisierung als externer Schock?* *Forum Wissenschaft* 21(1): 6-10.
- Zabel, H.-U. (2004). *Geldwirtschaft - was passiert mit Mensch und Natur?* *Natur und Kultur* 5(1): 3-26.
- Ziegler, R. (2003). *Die negative Einkommenssteuer nEST als Beispiel einer sozialen Grundsicherung. Nachhaltigkeit für Deutschland. Ein ökologisch-soziales Szenario*. J. H. Spangenberg. München, oekom: 187-202.

Dr. Joachim H. Spangenberg, SERI e.V., Vorsterstr. 97-99, 51103 Köln  
 Tel./Fax 0221-2168-95/-94; Joachim.Spangenberg@gmx.de

## Diskussion

Klaus Meier (Moderation):

Joachim Spangenberg hat in seinem Beitrag einen historisch kritischen Abriss zum Nachhaltigkeitskonzept entwickelt und mit einem schönen Credo abgeschlossen, nämlich: »Vielfalt statt Einfachheit«. Die Diskussion dazu ist eröffnet.

Ulrich Schachtschneider:

Im Beitrag wird von einem Korridor, einem Möglichkeitsraum unterschiedlicher Nachhaltigkeitskonstellationen gesprochen. Dem würde ich zustimmen, die Frage ist dann allerdings nach den Kriterien, welches Nachhaltigkeitskonzept oder welche Nachhaltigkeitspolitik von welcher politischen Richtung auch immer kann ich jetzt bezogen auf diesen Möglichkeitsraum als nachhaltig beschreiben. Und da beginnen die Probleme. Jede Dimension der Nachhaltigkeit impliziert entsprechende unterschiedliche Antworten. In dem im Beitrag vorgestellten Prisma der Nachhaltigkeit kommt der institutionellen Dimension eine besondere Bedeutung zu. Dieses institutionelle Gebot besagt: Die Beteiligung ist zu stärken. Hier würde mich die Begründung interessieren, warum man gerade dazu kommen muss. Partizipation als normatives Gebot ist sicher wünschenswert, aber es ist ja auch anderes denkbar, andere funktionale Anforderungen etwa. Bei der sozialen Seite z.B. heißt es im Nachhaltigkeitsprisma, »den Zusammenhalt stärken«. Also auch hier die Frage, warum ist das die einzig denkbare nachhaltige soziale Konstellation? Auch individualisierte Gesellschaften können nachhaltig sein. Also welches Verhältnis von Zusammenhalt, Gemeinschaft und Individualisierung ist nachhaltig und welches nicht?

Sabine Hofmeister:

Meine Frage zielt nach dem Verhältnis von differenzierter Perspektive und integrativem Ansatz. Beispiel: Wenn wir aus ökologischer und sozial lebensweltlicher Sicht auf das schauen, was Wirtschaften ausmacht, das haben wir in unserem Beitrag versucht, dann nimmt das, was Wirtschaften ist, plötzlich eine andere Form an. Dass wir also bei unserem Ansatz nicht quasi an den drei Säulen oder vier Dimensionen hängen bleiben und vielleicht in der Bewertung lediglich eine Vielzahl von Wunschkriterien anlegen. Wie bekomme ich so etwas wie eine integrative Perspektive hinein?

Adelheid Biesecker:

Eine Vorbemerkung und ein wenig auch ein Plädoyer für das was man landläufig als eindimensionale Betrachtung bezeichnet. Das kann beispielsweise in der Umweltbildung äußerst wirksam sein. Mathis Wackernagel, der Mitschöpfer des ökologischen Fußabdrucks hat damit eine unglaubliche Resonanz, weil er wirklich

bildlich machen kann, mit welchen großen Sandalen wir über die Erde trampeln und auf welch viel kleineren Füßen etwa Bewohner der armen und ärmsten Länder leben müssen. Die Frage ist doch, wozu benutzen wir das? Im Beitrag heißt es, das Prisma der Nachhaltigkeit hat sich im Diskurs mit Leuten vor Ort bewährt. Das fand ich ganz spannend. Es ist aber etwas anderes, wenn ich eine wissenschaftliche Analyse mache. Bei der Analyse erschienen mir dann vor allem die im Vortrag skizzierten Spannungsbögen und die damit repräsentierten Widersprüche als das entscheidende?

Rudi Höntzsch:

Für mich waren alle Vorträge eine echte Bereicherung, vor allem wenn sie sich mit den praktischen Problemen der Nachhaltigkeit herumschlagen. Ich habe zum Beitrag an Joachim Spangenberg zwei Fragen: Erstens welche Rolle messen Sie der präventiven Technikfolgenabschätzung bei, die ja vom namensgleichen Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag zu einem Instrument der Nachhaltigkeitsbewertung entwickelt werden soll. Dies auch, weil wir uns selber in der Arbeit mit der Technikfolgen-Abschätzung sehr intensiv befassen.

Zweitens wurde im Beitrag auch die Systemtheorie angesprochen. Bekannt ist das Buch von Frederic Fester über das vernetzte Denken und seine Studie von 2002 an den Club of Rome »Die Kunst, vernetzt zu denken«. Welche Rolle ist dabei der Kybernetik als Wissenschaft beizumessen, die ja in der DDR zeitweilig einmal überstrapaziert wurde.

Joachim Spangenberg:

Ich glaube, dass ein Denkansatz, der Elemente von Kybernetik aufgreift, allein deswegen sinnvoll sein kann, weil er hilft, komplexes Denken zu strukturieren. Komplexere Denkvorstellungen unterstützt durch Computermodelle sind eine notwendige Voraussetzung dafür, dass man in der Wissenschaft wie in der Praxis wirkliche Integration betreiben kann. Insofern versuche ich, solche Modelle zu nutzen und übermäßig simplifizierende Denkschablonen zu überwinden.

Natürlich gibt es unterschiedliche Ansätze, wie man das macht. Man kann in einem ersten Schritt, wie das Mathis Wackernagel mit seinen großen ökologischen Sandalen oder Friedrich Schmidt-Bleck mit dem ökologischen Rucksack tun, auf solche Weise Bewusstseinserweckung betreiben. Die beiden haben übrigens auch schon mal zusammengearbeitet und sich überlegt, ob man nicht auch die Tiefe des Fußabdruckes messen könnte, weil je größer der Rucksack, je tiefer der Fußabdruck. Ich finde, dies sind alles Dinge, die als eine Art Alarmglocke sehr, sehr hilfreich sein können. Aber sie sind dann nicht mehr gut, wenn man versucht, Lösungskonzepte zu entwickeln. Da helfen sogar die monetarisierten Berechnungen, wo man Umweltschäden in Euro oder in Dollar ausdrückt, oder den Verlust von Sozialkapital in Dollar umrechnet, nicht weiter. Was soll es letztlich heißen, wenn die Weltbank ausrechnet, dass die Entwicklung vieler Staaten im Süden ein stän-

diges Verlustgeschäft ist. Ich würde mich auf keine dieser Zahlen verlassen, aber als Alarmglocken sind sie sinnvoll, um anzuzeigen, unsere Entwicklungsrichtung ist falsch. Mit anderen Worten: diese vereinfachenden Indikatoren können ihren Zweck als Warnung erfüllen, sind aber nicht operational. Dazu muss man mehr machen und es bedarf einer viel stärkeren Orientierung an Diskursen.

Solche Diskurse haben wir erfolgreich auf lokaler Ebene geführt. Wir haben das hier vorgestellte Prisma hingehängt und dann ein »Metaplan-Spielchen« gespielt. Wir haben gefragt, was möchtet ihr denn als Ziele formulieren, als Vision für eure Stadt? Das Spannende daran war, dass die Leute, wenn sie erst einmal alle ihre Ziele auf ein Kärtchen geschrieben und angepinnt hatten, merkten: »Oh, wir haben ja kein soziales Ziel dabei! Haben wir eigentlich keine sozialen Probleme? Da war doch etwas! Und zwar...« Das hat sie sukzessive dazu geführt, ihre Selbstbilder vollständiger zu machen. Wir haben dann zwei Dinge von ihnen erfragt: Wo gibt es Änderungsbedarf und wo Erhaltungsbedarf? Es gibt da zunächst die Aktivist:innen, die viele Sachen ändern wollen, was von anderen wiederum als Bedrohung empfunden werden kann, als Aufhebung alter Sicherheiten, die – auch wenn es um Verbesserungen geht – Verlustängste hervorruft. Das ist nicht neu, das kann man schon bei Machiavelli nachlesen. Um so motivierten Widerstand zu vermeiden, vor allem aber, um der Komplexität der Situation gerecht zu werden, muss man die erhaltenswerten Dinge, die subjektiven Komponenten von Lebensqualität ebenfalls erfragen, und die Antworten als kontextspezifische Nachhaltigkeitskomponenten ernst nehmen. In so einem Diskurs darüber kommt man näher an die Identitäten der Leute, sieht was sie wünschen und worauf sie nicht verzichten möchten. Das ist eine Wertfrage, die ganz entscheidend für die Handlungsbereitschaft der Betroffenen ist.

In ähnlicher Weise haben wir mit den Leuten darüber gesprochen, was wären denn Indikatoren, die für euch geeignet erscheinen, Fortschritt in die richtige Richtung anzuzeigen bzw. den Erhalt, den Schutz des Bewahrenswerten zu messen. So haben wir gemeinsam diskursiv Indikatoren entwickelt. Das hat sowohl im Rahmen von lokalen Agenda-Prozessen als auch im Kreis von Belegschaften und Management von Firmen geklappt – hoch spannende Übungen! Mit der Beteiligung an diesen Diskursprozessen wächst zugleich die eigene Aufmerksamkeit und Akzeptanz.

Das war die Mikroebene, wir haben ähnliches aber auch auf der Makroebene praktiziert und dann Vertreter:innen und Vertreter nationaler Umweltverbände, entwicklungspolitischer Gruppen, Gewerkschaften, von Frauenorganisation und anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammengelassen und mit ihnen darüber geredet, was wären denn Ziele auf der Makroebene? Und das sind genau die Ziele, die in diesem Prisma drin stehen. Das heißt, was ich hier vorstelle, sind Ergebnisse von Diskursen mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, also mit einem breit zusammengesetzten Spektrum unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Wenn Sie also fragen, woher kommt diese Abgrenzung? Es ist nichts, was wir so-

zusagen normativ aus einem bestimmten Weltbild abgeleitet haben, sondern es ist Ergebnis von Diskursprozessen.

Das Bild des Nachhaltigkeits-Prismas hat noch einen weiteren Vorteil. Es zeigt, dass innerhalb des Prismas vier tendenzielle Schwerpunktsetzungen möglich sind, aber eben nicht jenseits der Grenzen des Prismas, wo nichts mehr nachhaltig ist. Dazu muss man einfach verstehen, dass so etwas wie Umweltqualität kein absoluter Wert ist. Wir sprachen über gesellschaftliche Naturverhältnisse, Wertmaßstäbe und ähnliches. Und Wertmaßstäbe werden eben unterschiedlich beurteilt, d.h. man kann über die Interpretation, etwa wie die Balance der unterschiedlichen Nachhaltigkeitsziele auszusehen hat, durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Aber in Anbetracht der ständigen Wechselwirkung in diesem komplexen System gibt es Grenzen, die man nicht überschreiten sollte, sonst drohen Systemkollapse. Auch die Tatsache, dass wir bestimmte Ansprüche an Lebensqualität haben, ist ein gesellschaftlicher Konsens, der sich in Diskursen herausbildet hat. Insofern ist mir das auch lieber als ein zweifelhaftes Koordinatensystem zur Messung von Nachhaltigkeit aufzubauen.

Was das Prisma auf jeden Fall bietet, ist eine Darstellung, die Innen- und Außenräume unterscheidet sowie definierte Zusammenhänge darstellt; für diese habe ich eine analytische Beschreibung der Wechselwirkungen versucht. Wenn man das programmatisch ausgestalten wollte, würde offensichtlich, dass sich mit den Wechselwirkungen auch die Definition der einzelnen Dimensionen ändert. Diese Kontextabhängigkeit und zeitliche Entwicklung der Definitionen ist auch Gegenstand bei Adelheid und Sabine. Insofern sollten hier Anknüpfungspunkte deutlich geworden sein, die wir in Zukunft tiefer ausloten müssen.

Zur Frage nach der präventiven Technikfolgen-Abschätzung: Technologie-Abschätzung muss notwendig multidimensional sein, weil sie in das gesamte komplexe System eingreift. Allerdings ist es eine Illusion anzunehmen, man könnte vorhersagen, was die Technik bewirken wird. Wenn man dies beachtet, kann man mit Hilfe der Technikfolgenabschätzung schon wichtige Hinweise bekommen, vor allem eine »Bildschärfung« für bestimmte Dinge erreichen.

Stichwort »Spannungsbögen« – ich habe das so formuliert, weil es so etwas wie einen naturgegebenen Kompromiss nicht gibt. Ich halte nichts von Leuten, die der Menschheit weismachen wollen, Nachhaltigkeit sein ein Win-Win-Win-Win-Projekt. Es gibt einzelne Beispiele, wo dies der Fall ist, aber es gibt mehr, die eine Lose-Lose-Win-Lose- oder Lose-Win-Win-Lose-Situation darstellen. Das heißt, dass es Spannungsverhältnisse zwischen den verschiedenen Dimensionen gibt, und wenn Entscheidungen jeweils mit mehreren Dimensionen getroffen werden müssen, wird es nicht spannungsfrei abgehen. Was das Prisma allerdings nicht mehr hergibt, ist auch noch die Spannungen innerhalb jeder einzelnen Dimension aufzuzeigen, die ja auch nicht in sich homogen sind.

Es gibt allerdings eine Ausnahme von dieser Betonung von Gewinnen und Verlusten: Bei Vorhaben, die ich mir als Einstiegsprojekte für eine Nachhaltigkeits-



politik vorstelle, würde ich natürlich eine Win-Win-Strategie und -Situation anstreben, in der man die auftretenden Spannungen möglichst produktiv nutzbar machen kann. Wir müssen diese dann aber auch als besondere Einstiegsprojekte kommunizieren.

Peter Ligner:

Ich habe weniger eine Frage als einen Kommentar. Bei aller Schwäche etwa des drei Säulen-Modells oder eines vier Dimensionen-Modells von Nachhaltigkeit möchte ich auch eine Lanze dafür brechen. Wir benutzen es ja alle als Einstieg für Diskussionen. Damit wird natürlich eine – ich sage mal etwas ironisch – heile Welt vermittelt. D.h. das, was im Beitrag von Joachim Spangenberg beschrieben wird, in dem Sinne, dass da Spannungen und Widersprüche sind, wird mit dem Modell erst einmal nicht transportiert. Die Leute, mit denen wir konkret arbeiten, wissen aber aus eigener Erfahrung, dass diese Widersprüche existieren, dass das ganze harmonische Konstrukt – ich sage es mal etwas übertrieben – auseinander fliegt. Mein Problem ist, wie wir es schaffen, in dieser Debatte über dieses Leitbild nicht eine heile Welt zu produzieren, sondern uns mit den realen Konfliktpunkten zu beschäftigen. Denn ich erlebe es immer wieder, dass dieses Modell folgendermaßen behandelt wird: Man schreibt schöne Ziele auf und jeder weiß eigentlich, passt ja alles nicht zusammen. Dann geht man raus und macht im Nachhinein die Erfahrung, dass es nicht aufgeht. Sich diesem Problem theoretisch und politisch zu stellen, halte ich für eine wichtige Aufgabe.

Joachim H. Spangenberg:

Ich denke, wenn man in einem solchen Diskurs die gegenseitigen Forderungen oder Anforderungen thematisiert, ist man schon einen Schritt weiter. Dazu gehört, Ziele klar zu benennen, ebenso Zielkonflikte (und diese nicht verbal zu verkleistern), nicht mit unterkomplexen Modellen zu arbeiten, Prozessdynamiken zu berücksichtigen, aus Fehlern zu lernen und die Akteure ernst zu nehmen. Kurz: das Umgehen mit komplexen, dynamischen, entwicklungsfähigen Systemen zu lernen und zu vermitteln.

## Abschlussdiskussion

Klaus Meier:

Ich danke für den sehr intensiven Gedankenaustausch in unserem zweitägigen Seminar. Wir werden die Ergebnisse der Diskussion in wesentlichen Passagen zusammenfassen und mit für die Veröffentlichung vorbereiten.

In der abschließenden Runde möchte ich an alle Teilnehmer die Frage stellen, ob und in welcher Form eine solche Diskussion eine Fortsetzung finden könnte.

Hubert Laitko:

Die Veranstaltung hat uns – eigentlich noch mehr, als wir es erwartet haben – mit dem Paradoxon der Fülle konfrontiert, mit der Fülle der Fakten, aber noch viel mehr mit der Fülle der Sichten. So kann man nicht auf die Schnelle ein Fazit ziehen. Man muss die Texte noch einmal in Ruhe lesen und versuchen, sie aufeinander zu beziehen und jeweils als Herausforderung für die eigenen theoretischen Überlegungen begreifen. Erst über dieses Stadium könnte man sich vorstellen weiterzugehen.

Reinart Bellman:

Wenn ein Folgeseminar geplant sein sollte, würde ich mir wünschen, dass man auch mal in Ruhe sich einzelne hier nur angedeutete Kriterien hernimmt und sich dazu eine Meinung bildet. Ich jedenfalls würde mich freuen, mit einem ähnlichen Programm und Teilnehmerkreis die Dinge weiter zu diskutieren.

Peter Ligner:

Mit geht es eigentlich um eine Fortsetzung in einer etwas anderen Form. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass man bei der Weiterführung der Diskussion auch quantitative Aspekte einbeziehen müsste, das ist wirklich wichtig. Zum anderen haben wir die Chance, diesen Nachhaltigkeitsdiskurs im Rahmen der Programmdebatte innerhalb der sich neu herausbildenden Linken offensiv zu führen. Das ist eine große Herausforderung. Denn es gibt begrifflich aber auch inhaltlich schon einen ziemlich großen Spannungsbogen zwischen dem, was Dieter Klein als Umweltpolitik herausarbeitet und dem was die Debatte in breiten Teilen der Linken bislang bestimmt. Das gilt es produktiv zu nutzen. Ich glaube, dass es nicht reicht, dass wir jetzt auseinander gehen und Dieter Klein nimmt einige Anregungen für seine Programmdebatte und die Arbeit der Zukunftskommission mit, und die anderen nehmen ihre Überlegungen mit. Es sollte aus dem hier praktizierten engen wissenschaftlichen Diskurs ein breiterer Diskurs erwachsen. Wie wir das machen können, weiß ich nicht, aber die Chance besteht. Ich denke, dass man auch die Bundestagsfraktion der Linken dazu aktiviert, es wäre wichtig, das zusammen zu machen.

Ulrich Schachtschneider:

Ich fand alle Vorträge sehr interessant, trotzdem war es so, wie Joachim Spangenberg sagte, wie ein Bahnhofsgeschehen, jeder hat den anderen interessiert zur Kenntnis genommen, allerdings konnte die Bezugnahme in der Diskussion nicht über erste Ansätze hinausgehen. Das war auch gar nicht anders möglich. Von daher ist das, was ich gestern als Erwartung formuliert habe, dass sich hier im Sinne von theoretischen Grundlagen nachhaltiger Entwicklung gemeinsame Bausteine herauskristallisieren lassen, speziell für eine linke Bezugnahme auf Nachhaltigkeit oder gar eine linke Nachhaltigkeitsstrategie, das konnte sich wohl auch erst einmal nicht erfüllen.

Bei der Frage wie weiter, würde ich sage, die Fragestellungen müssten konkretisiert werden, was also sind etwa Kriterien nachhaltiger Entwicklung. In seinem Einstieg zum Seminar hat Klaus Meier dazu einiges gesagt. Ich fände es interessant, wenn aus den anderen Sichtweisen heraus dazu noch einmal Stellung genommen würde in einer weiteren Runde. Ich hatte ja aus Zeitgründen nicht mehr die Möglichkeit, meinen Beitrag zur Diskussion zu stellen, der auch der Frage nachgeht, was ein linkes Nachhaltigkeitskonzept ausmacht? An dieser Frage sollten wir gemeinsam weiter arbeiten und dazu vielleicht auch Statements einfordern, so dass man sehen kann, was sagen die anderen dazu und worauf kann man sich beziehen. Es scheint ein genereller Mangel solcher Treffen zu sein, das man zwar viel Interessantes hört, neue Gedanken bekommt, aber wenig aufeinander aufbaut. Das muss man irgendwie systematischer organisieren und ich hoffe, die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird sich dafür weiter engagieren.

Damian Ludewig:

Ich konnte am ersten Tag leider nicht anwesend sein, insofern kann ich nur über einen Ausschnitt befinden. Mich interessiert immer die politische Umsetzung. Für mich ist die theoretische Diskussion nur der erste Schritt, dem als nächster folgen muss: Wie kommen wir zu einer nachhaltigen Politik, was für politische Instrumente müssten dazu entwickelt und genutzt werden? Dreiecke und Prismen der Nachhaltigkeit haben eine wichtige Erkenntnisfunktion, aber sie werden die Welt nicht verändern. Es bleibt die Aufgaben, sie für politisches Handeln fruchtbar zu machen.

Adelheid Biesecker:

Ich will es kurz machen, ich bin sehr begeistert und sehr dankbar für die Diskussionsatmosphäre hier in der Stiftung. Ich hatte das so nicht erwartet und bin deshalb sehr daran interessiert, wie es weitergeht.

Kerstin Schmidt:

Eine Schlussfolgerung aus diesem Seminar sollte sein, dass man das Programm nicht so eng anlegen darf und noch mehr Raum für die Diskussion lassen muss.

Sabine Hofmeister:

Leider muss man feststellen, dass Veranstaltungen wie diese, wo zu theoretischen Grundlagen der Nachhaltigkeit gesprochen wird, äußerst rar sind und dass ich das ganz toll finde, dass die Luxemburg-Stiftung hier diesen Raum für solche Diskussionen zur Verfügung gestellt hat. Ich kann mich meiner Kollegin Adelheid Biesecker nur anschließen: Die Aufmerksamkeit und das Wohlwollen und das große Interesse, mit dem wir hier konfrontiert wurden, was unsere Überlegungen angeht, dafür möchte ich mich bedanken.

Wolfgang Bey:

Das Seminar war insgesamt einen gelungener Versuch, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Ich stimme Hubert Laitko zu, dass man die Beiträge genauer studieren muss und halte deshalb die Idee, ein gedrucktes Material zur Verfügung zu stellen, für sehr wichtig – auch mit Blick auf die Folgenhaftigkeit für die politische Bildung wie auch für die Programmdebatte.

Frank Rosner:

Ich möchte erst einmal unterstützen, dass uns in absehbarer Zeit die Substanz unserer Diskussion zur Verfügung gestellt wird. Das wäre auch ein guter Ausgangspunkt für Folgeveranstaltungen dieser und ähnlicher Art, sozusagen um das Niveau voranzutreiben.

Das führt mich auch zu einem zweiten Punkt: Es ist in gewisser Weise bedauerlich, dass nur ein ganz kleiner Kreis hier versammelt ist. Wenn man das seminaristisch anlegt, kann man natürlich keine Massenveranstaltung durchführen. Auf der anderen Seite weiß man ja aus seiner eigenen Tätigkeit, dass es mehr Interessierte an dieser Problematik gibt. Es wurde schon die Bundestagsfraktion genannt und es gibt auch Landtagsfraktionen, es gibt eine Bundesarbeitsgemeinschaft für Umwelt, Energie, Verkehr und es gibt eine Ökologische Plattform u.a.m. Dort sind überall Leute tätig, die mit dem Problemkreis verbunden sind, der gestern und heute eine Rolle spielte. Wir müssen also mehr in die Breite kommen mit unseren Überlegungen und ein viel größeres Spektrum von Akteuren und Interessierten einbeziehen mit ihren Erfahrungen, mit ihrer Multiplikatorenrolle usw. Wenn man über eine Weiterführung der Diskussion und anderen Formen nachdenkt, müsste man diese viel stärker berücksichtigen.

Rudi Höntzsch:

Mit Blick auf die Programmdebatte der sich neu formierenden Linken wäre vielleicht auch eine Redaktionsgruppe sehr sinnvoll, die das alles einmal zusammenfasst und für die Diskussion bereitstellt.

Frank Adler:

Da es relativ wenige Möglichkeiten gibt, intensiver theoretische Probleme dieser

Thematik zu diskutieren, war ich sehr dankbar, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung hier ein Forum bietet. Wie es nun weitergehen könnte? Ich sehe da zwei gleichwertige, aber unterschiedliche Richtungen; Die eine ist auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene, hier sollte man noch direkter einen Disput zwischen unterschiedlichen Bewertungen und Positionen innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses organisieren, ich denke Christoph Spehr wäre dafür ein geeigneter Kandidat.

Eine zweite Richtung sehe ich anknüpfend an das, was Evelin Wittich sagte, in der Herausarbeitung der besonderen Relevanz für Ostdeutschland. Finden wir es beispielsweise schön, keinen oder zu wenig Wachstum zu haben, weil es die Umwelt weniger belastet. Wie stehen wir zu demographischen und anderen Schrumpfungsprozessen aus der Perspektive der Nachhaltigkeit? Natürlich sind das keine reinen Probleme der Ostdeutschen. Über welche Szenarien oder Regionstypen müssen wir dabei diskutieren, über Wachstumskerne und Cluster, wo die Effekte in der Breite ausbleiben? Eins ist klar, dass Konzept nachholender Entwicklung funktioniert nicht. Welches Leitbild, oder welches Entwicklungskonzept setzen wir an diese Stelle? Als Mitglied im Arbeitskreis Ostdeutschlandforschung habe ich versucht, in diesem Sinne die Idee der Nachhaltigkeit an die Stelle der Kopie des westdeutschen Modells zu setzen.

Joachim Spangenberg:

Ich fand die Diskussion sehr hilfreich, will aber auch sagen, dass ich hier zwei ganz verschiedene Diskussionsstränge gesehen habe. Zum einen wurde Nachhaltigkeit mitunter stark vom Umweltaspekt her mit der Frage diskutiert, wie kriegen wir das Ganze in die praktische Umsetzung. Und der andere Strang stärker am Thema des Seminars orientiert, wie bekommen wir Nachhaltigkeit konzeptionell so gefasst, dass etwas Vernünftiges draus wird. Für mich ist im Augenblick das zweite das Interessantere, weil ich eben nicht irgendwo parteipolitisch engagiert bin. Nachhaltigkeit so zu fassen, dass man es auch in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten handhabbar machen kann, weil es einen verbindenden strategische Nenner gibt. Auf unser Seminar bezogen, gibt es so etwas, oder gab es so etwas in diesen Tagen, wie einen gemeinsamen Kern, zu dem jeder noch etwas Besonderes beisteuert? Denn das würde bedeuten, man könnte sehr gut voneinander lernen und sich auch ergänzen. Oder waren die vorgestellten verschiedenen Richtungen nicht kompatibel, dann müsste man sozusagen die Differenzen herausarbeiten und an diesen diskutieren, ob sie notwendig sind oder aufhebbar sind oder wie auch immer. Das sind Diskussionen, die ich spannend fände, und für die es in dieser Republik wenig Raum gibt. Wenn das durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird, würde ich das sehr begrüßen.

Ich finde es auch ein legitimes Interesse von Leuten, die in der Umsetzung stehen, dass sie danach fragen, was können wir davon nutzen, wie können wir das weiter betreiben. Aber ich denke, da können Leute, die an der Theorie arbeiten nur das Angebot machen, nämlich ihre eigene Theorie zu verbessern und zu präsen-

tieren. Eine gewisse Arbeitsteilung oder Akzentuierung ist schon legitim. Bei der Weiterverfolgung der Theoriearbeit würde ich gerne mitmachen. Eines ist dabei noch gar nicht angesprochen worden, wie kommt man zu einer Wissenschaft von der Nachhaltigkeit, wie muss sie organisiert sein und was heißt das als Herausforderung an das Wissenschaftssystem insgesamt.

## **Autorinnen und Autoren**

**Adelheid Biesecker** – Jg. 1942, Prof. i. R. für Ökonomische Theorie unter besonderer Berücksichtigung ihrer gesellschaftshistorischen Entstehungsbedingungen am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen. Nach Studium der Volkswirtschaftslehre und Promotion zum Dr. rer. pol. an der Freien Universität Berlin war sie in Bremen von 1971 bis 2004 tätig. Arbeitsschwerpunkt: Ökonomische Theorie aus sozial-ökologischer Perspektive, Ökologische Ökonomie, Feministische Ökonomie. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt zusammen mit Sabine Hofmeister: Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung.

**Sabine Hofmeister** – Jg. 1954, Dipl.-Ing. Landschaftsplanerin, 1988 Promotion zum Dr.-Ing. im Fachbereich Landschaftsentwicklung der TU Berlin, 1997 Habilitation für das Lehrgebiet Ressourcenplanung & Umweltmanagement in der Fakultät Umwelt & Gesellschaft der TU Berlin; seit 1999 Univ.-Prof. für das Lehr- und Forschungsgebiet Umweltplanung in der Fakultät III Umwelt und Technik der Universität Lüneburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Theorie und Methodik Ökologischer Ökonomie, Nachhaltige Regionalentwicklung, Stoff- und Ressourcenmanagement sowie Geschlechterverhältnisse & Nachhaltigkeit.

**Evelin Wittich** – Jg.1950 Dipl. Bauing. Dr. oec., Promotion zu Volkswirtschaftlichen Problemen der Softwareökonomie, seit Gründung 1990 im Geschäftsführenden Ausschuss der PDS-nahen Stiftung, die sich seit 1999 Rosa Luxemburg Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung nennt. Seit 2003 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS. Betreuung der Gesprächskreise Nachhaltigkeit, Frauen und Politik und des Themenfeldes Rosa Luxemburg. Publikationen zu o.g. Themen sowie zu politischer Bildung in der RLS.

**Hubert Laitko** – Jg. 1935, Professor Dr. sc. phil., Wissenschaftshistoriker und Wissenschaftsphilosoph. 1953-59 Studium der Journalistik und Philosophie in Leipzig. 1964 Promotion auf dem Gebiet der Wissenschaftsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1978 Promotion B (Habilitation) auf dem Gebiet der Wissenschaftstheorie an der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1964-69 Assistent und Oberassistent am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität. 1969-91 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsgruppen- und Bereichsleiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der AdW der DDR. 1979 Akademieprofessur. 1994 Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin. Mitglied des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Zahlreiche Publikationen zur Wissenschaftsphilosophie, science of science, Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jhs., u.a.: (Hrg., mit R.Bellmann): Wege des

Erkennens (1969); (mit W.-D.Sprung): Chemie und Weltanschauung (1970, <sup>2</sup>1973); Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Zur begrifflichen Grundlegung der Wissenschaftswissenschaft (1978); (Leiter Autorenkollektiv): Wissenschaft in Berlin. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945 (1987); (Hrg., mit M.Guntau): Der Ursprung der modernen Wissenschaften. Studien zur Entstehung wissenschaftlicher Disziplinen (1987); (Hrg., mit D.Hoffmann): Ernst Mach. Studien und Dokumente zu Leben und Werk (1991); (Hrg., mit B. vom Brocke): Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip (1996); (Hrg., mit K. Fuchs-Kittowski, H. Parthey, W. Umstätter): Wissenschaft und Digitale Bibliothek. Wissenschaftsforschung. Jahrbuch 1998 (2000); (Hrg., mit A. Trunschke): Mit der Wissenschaft in die Zukunft: Nachlese zu John Desmond Bernal (2003); (Hrg., mit D. Hoffmann und S. Müller-Wille): Lexikon der bedeutenden Naturwissenschaftler in drei Bänden (2003 – 2004). Aktuelle Bibliographie in: Gesellschaftliche Integrität der Forschung. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2005. Hrsg. von K. Fischer und H. Parthey. Berlin 2006, S. 181-210.

**Klaus Meier** — Jg. 1952; Dr. sc. oec., Wissenschaftssoziologe, Seit 2000 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ab 2003 Leiter des Geschäftsbereiches Finanzen/Controlling; Engagiert in der politischen Bildung für die Themenfelder Nachhaltigkeit und Wissenschaftsentwicklung. Im Gesprächskreis Nachhaltigkeit verantwortlich für das Kollegium Wissenschaft und den jährlichen John-Desmond-Bernal-Tag zur Rolle von Wissenschaft und Innovation für zukunftsfähige Regionen, 1994-2000 freiberuflich als Wissenschaftssoziologe und Publizist tätig, 1992-95 Projektleiter im Wissenschaftler-Integrationsprogramm, 1974-1991 Mitarbeiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften mit Schwerpunkt: Fortschritt der Wissenschaften und die Entwicklung von Forschungstechnik und wissenschaftlichem Gerätebau.

**Ulrich Schachtschneider** – Jg. 1962, Dr., lebt in Oldenburg, Studium des Maschinenbau, Schwerpunkt Energietechnik, Tätigkeit als Energieberater, u.a.: Wirtschaftlichkeit von Energiesparmassnahmen und Einsatz regenerativer Energien, Energiekonzepte für Kommunen, Wirtschaft und Gebäudeeigner; Studium der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Umweltpolitik/ Gesellschaftstheorie; Veröffentlichungen zur Thematik: Das Gesellschaftsbild in Nachhaltigkeitskonzepten/ Struktur moderner Gesellschaften und Nachhaltigkeit. Gründungsmitglied Attac Oldenburg, Referent im Attac-Netzwerk

**Joachim H. Spangenberg** — Jg. 1955; Dr., Dipl. Biologe, Ökologe, Promotion in Volkswirtschaft, Mitarbeiter des Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ und Gastprofessor an der Universität Versailles St.-Quentin-en-Yvelines, Forschungstätigkeit zu Nachhaltigkeitskonzepten, -szenarien, -strate-



gien und -indikatoren, 2002-2006 Mitarbeiter des Sustainable Europe Research Institute, Wien, 2000-2002 freiberuflich u.a. für UNDP und BMA tätig, 1992-1999 Mitarbeiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, davor Institut für Europäische Umweltpolitik, Bonn, Abgeordnetenmitarbeiter und Fraktionsreferent im Deutschen Bundestag und Mitarbeiter des SPD-Parteivorstands.

